



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
DEMOKRATIE

BAND 25

Palästina und die Palästinenser

60 Jahre nach der Nakba

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und Christian Sterzing



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 25**

Palästina und die Palästinenser

60 Jahre nach der Nakba

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und Christian Sterzing

INHALT

Vorwort	7
<i>Christian Sterzing</i>	
Zur Einführung	11
Anmerkungen zu einem schwierigen Thema	
I Mythos und Geschichte	47
<i>Michael R. Fischbach</i>	
Die Katastrophe von 1948	48
Wie die Nakba die Geschichte der Palästinenser beeinflusst hat	
<i>Birgit Schäbler</i>	
Vertreibung, Nostalgie und nationales Bewusstsein	62
Das Land (al-ard) im politischen Gedächtnis der Generationen	
<i>Salim Tamari</i>	
Konfliktreiche Moderne	86
Soziale Transformationsprozesse in Palästina	
II Widerstand und Politik	105
<i>Salah Abdel Shafi</i>	
Vielfalt in Einheit?	106
Die Fragmentierung des palästinensischen Volkes und der Kampf um Einheit	
<i>Ilan Halevi</i>	
Die PLO: Wohin führt ihr langer Marsch?	112
<i>Kai Hafez</i>	
«Gerechter Krieg» und Pazifismus in der islamischen Welt	125
Das Beispiel Palästina	
<i>Alexandra Senfft</i>	
Asymmetrischer Dialog	136
Von der Hierarchie der Leiden und der Konkurrenz der Katastrophen	
III Besatzung und Belagerung	151
<i>Sabine Hofmann</i>	
Die palästinensische Wirtschaft	152
Zwischen asymmetrischer Abhängigkeit und regionaler Kooperation?	
<i>Anja Zorob</i>	
Trümmerfeld Gaza	171
Wirtschaftliche und humanitäre Folgen von Krieg und Blockade	
<i>Nazmi Al-Jubeih</i>	
Aufstieg und Niedergang	189
Jerusalem – das historische Zentrum des palästinensischen Volkes	
<i>Alia Rayyan</i>	
Zeichen lebendiger Existenz	207
Die Kunst- und Kulturszene in Palästina	

<i>John Ging</i>	
Eine Zwangslage der besonderen Art	219
Palästinensische Flüchtlinge unter der Besatzung	
IV Demokratie und Besatzung	225
<i>May Jayyusi</i>	
Demokratie in Palästina	226
Fatale Diskrepanzen und strukturelle Zwänge	
<i>Samir Awad</i>	
Vom doppelten Kampf der palästinensischen Zivilgesellschaft	231
Für die Demokratie und gegen die Besatzung	
<i>Islah Jad</i>	
«Femokratinnen» zwischen Vetternwirtschaft und Feminismus	239
Zur Rolle der Frauen in der modernen palästinensischen Geschichte	
V Religion und Politik	255
<i>Nathan J. Brown</i>	
Religion und Politik in Palästina	256
Der Islam und das Schisma zwischen Hamas und Fatah	
<i>Mkhaimar Abusada</i>	
Säkularismus versus Islam	264
Fatah, Hamas und die palästinensische Frage	
<i>Nicolas Pelham</i>	
Ideologie und Praxis	276
Das Rechtssystem im Gazastreifen unter der Hamas	
VI Freunde und Feinde	301
<i>Zachary Lockman</i>	
Die Palästinenser, die arabischen Staaten und Israel	302
<i>Muriel Asseburg</i>	
Das europäische und amerikanische Engagement für einen paläst. Staat	311
Sieben Thesen	
<i>Michele Dunne</i>	
Ignoranz und Manipulation	318
Zum internationalen Einfluss auf palästinensische Politik	
<i>John Ging</i>	
Eine einzigartige Beziehung	334
Die UNRWA und die palästinensischen Flüchtlinge	
VII Ausgrenzung und Diskriminierung	341
<i>Yousef T. Jabareen</i>	
Festgeschriebene Ungleichheit	342
Die Diskriminierung der palästinensisch-arabischen Minderheit in Israel	
ANHANG	357
Abkürzungsverzeichnis und Glossar	358
Ausgewählte deutschsprachige Literatur zum Thema Palästina	370
Autorinnen und Autoren	372



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Palästina und die Palästinenser
60 Jahre nach der Nakba

Band 25 der Reihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und Christian Sterzing 2011

Wir danken dem Wochenschau Verlag in Schwalbach/Taunus und dem Verlag C.H. Beck in München sowie PASSIA (Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs) in Jerusalem für die freundliche Genehmigung zum Abdruck der Karten.

Übersetzungen aus dem Englischen: Bärbel Deninger

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)

Druck: agit-druck

Titelphoto: Mohammed Saber, dpa

ISBN 978-3-86928-061-5

Die Beiträge geben allein die Meinungen der Autorinnen und Autoren wider.

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

VORWORT

Die Geschichte Palästinas und der Palästinenser/innen ist geprägt von Konflikten und Krieg, Gewalt und Gegengewalt, Flucht und Vertreibung, Besatzung und Belagerung. 1948 stellt das Schlüsseljahr für die palästinensische Existenz heute dar. Was in Israel als Unabhängigkeitskrieg und Geburtsstunde des jüdischen Staates gefeiert wird, fassen die Palästinenser in dem Wort *Nakba* – die Katastrophe – zusammen. Diese zwei sehr verschiedenen Narrative gehören seit 1948 zur politischen Identität und Kultur beider Gesellschaften. Das historische Ereignis der Entstehung Israels hatte einschneidende Folgen nicht nur für das jüdische Volk und den *Jischuv*, die jüdische Gemeinschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina, sondern auch für das arabisch-palästinensische Volk. Etwa 850.000 Palästinenser/innen mussten als Vertriebene und Flüchtlinge im Krieg 1948/49 ihre Heimat verlassen. 160.000 blieben in Israel, wurden während der vergangenen sechzig Jahre als «nicht-jüdische Bürger und Bürgerinnen» zu einer Minderheit von ca. 1,3 Mio. in einem jüdischen Staat. Die Flüchtlinge und ihre Nachkommen leben seitdem in der Westbank und im Gazastreifen, in den arabischen Staaten des Mittleren Ostens und verstreut in der ganzen Welt.

Unser deutscher Blick auf die Region ist geprägt von der *Schoa*, der Verfolgung und Vernichtung der Juden durch Deutschland, und der daraus resultierenden historischen Verantwortung gegenüber Israel. Das 60-jährige Gründungsjubiläum Israels wurde in Deutschland gefeiert. Im Mittelpunkt standen die politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen des israelischen Staates und der jüdischen Gesellschaft. Die komplexe Wirklichkeit des Lebens der Palästinenser/innen in Israel, vor allem aber in Palästina, geriet dabei häufig in den Hintergrund.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat sich sechzig Jahre nach der historischen Zäsur intensiv mit Israel und Palästina und der komplexen politischen wie gesellschaftlichen Situation befasst – und um der Pluralität der Sichtweisen und Perspektiven Raum zu geben, erfolgte dies im Rahmen ganz unterschiedlicher Aktivitäten. Ein Beispiel halten Sie nun in den Händen. In dieser Publikation setzen wir uns ausführlich mit dem Narrativ der Palästinenser sowie den Transformationsprozessen der Palästinenser/innen in und außerhalb Palästinas auseinander. Dabei geht es auch um innerpalästinensische Konfliktlinien und Auseinandersetzungen. Wer die Chancen einer friedlichen Konfliktregelung in der Region beurteilen und die Hoffnungen und Ansprüche der Palästinenser/innen verstehen will, muss sich intensiver mit der Geschichte der letzten sechzig Jahre befassen. Denn die heutige geografische, soziale und politische Fragmentierung des palästinensischen Volkes ist im Wesentlichen Folge des Nahostkonflikts.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet seit Jahren in Palästina und Israel. Mit unseren Büros in Ramallah und Tel Aviv unterstützen wir Partner/innen und Projekte, die Beiträge zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaften und zu einer friedlichen Konfliktregelung leisten. Als grüne politische Stiftung konzentrieren wir uns auf die Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaft, fördern Projekte im Umweltbereich, setzen uns ein für eine Gleichberechtigung von Minderheiten und die Gleichstellung von Frauen und Männern, unterstützen Initiativen, die für eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in ihren Gesellschaften arbeiten, und Gruppen, die für einen israelisch-palästinensischen Dialog sowie eine friedliche Konfliktregelung eintreten. Die Erfahrungen in dieser Arbeit auf beiden Konfliktseiten haben uns in der Überzeugung bestärkt, dass es der Stiftung in der politischen Auseinandersetzung über den Konflikt nicht um eine pro-israelische oder pro-palästinensische Positionierung gehen kann. Unter Berücksichtigung der kollektiven Traumata auf beiden Seiten fördern wir Ansätze für eine Konfliktregelung, die auf friedliche Koexistenz ausgerichtet ist. Auch in der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung bemühen wir uns, beiden «Konfliktparteien» Gehör zu verschaffen und sichtbar zu sein. Vorschläge beider Seiten für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung stehen immer wieder im Vordergrund unserer Aktivitäten vor Ort und in Deutschland.

Mit der großen internationalen Konferenz «Die Transformation Palästinas – Palästina und die Palästinenser 60 Jahre nach der *Nakba*» mit Expert/innen und Akteur/innen aus Palästina, den USA, Großbritannien und Deutschland ist es uns gelungen, die soziale, gesellschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung der letzten sechzig Jahre palästinensischer Geschichte nachzuzeichnen. Dem bei uns vorherrschenden Bild einer monolithischen palästinensischen Gesellschaft wurde eine differenzierte Analyse entgegengesetzt. Das ließ viel Raum für die Reflexion und Deutung historischer Ereignisse für die aktuellen politischen Perspektiven einer fragmentierten Gesellschaft. Im Vordergrund standen also nicht Friedenspläne und Debatten über die Zukunftsaussichten eines derzeit nicht stattfindenden Verhandlungsprozesses, sondern die Vielfalt palästinensischer Existenzen und Reformideen.

Das außergewöhnliche Interesse, das die Veranstaltung auslöste, hat uns bewogen, nicht nur einige Beiträge der Referent/innen als Buch zu veröffentlichen, sondern weitere Beiträge hinzuzunehmen. Entstanden ist ein vielfältiges Bild von Palästina und den Palästinenser/innen. Damit füllen wir eine Leerstelle in der deutschen Literatur zu diesem Thema. Denn diese konzentrierte sich in den letzten Jahren entweder auf historische oder konfliktorientierte Publikationen oder auf monografische Studien. Natürlich prägen nicht nur die Folgen des Nahostkonflikts «Land und Leute». Palästina bleibt nicht unberührt von den weltweiten wirtschaftlichen, sozialen, geschlechtsspezifischen und kulturellen Einflüssen. Die palästinensische Jugend zeigt gerade in den jetzigen Umbrüchen im arabischen Raum, dass sie andere demokratische Vorstellungen und Aspirationen für ihre Zukunft in Palästina hat. Die Beiträge vermitteln sehr facettenreiche Einblicke in die zersplitterten palästinensischen Existenzen. Wir haben

viele Mosaiksteine und -steinchen zusammengetragen, die allerdings auch in der Gesamtschau noch kein vollständiges Bild ergeben. Das war auch nicht unsere Intention, doch wir hoffen, dass neue Zugänge zum Verständnis des Konflikts eröffnet werden, die zu einer weiteren Beschäftigung und Auseinandersetzung einladen.

Die Herausgabe von Sammelbänden ist ein schwieriges Geschäft. Dass dennoch ein so bemerkenswertes «Lesebuch» zu Palästina entstanden ist, das weit über eine bloße Tagungsdokumentation hinausgeht, verdanken wir der engagierten Mitarbeit aller Autorinnen und Autoren und der geduldigen und fachkundigen Übersetzerin Bärbel Deninger.

Mein besonderer Dank aber gilt Christian Sterzing. Er hatte schon über Jahre die Arbeit unseres Regionalbüros in Ramallah bereichert. Mit seiner Idee zur Konferenz, die durch sein profundes Wissen und durch sein hervorragendes regionales wie internationales Netzwerk zu einem großen Erfolg wurde, und mit dieser Publikation hat Christian Sterzing einen weiteren Meilenstein seines jahrzehntelangen, bewundernswerten Einsatzes für eine friedliche Konfliktregelung zwischen Israel und Palästina gesetzt. Dafür Dank zu sagen ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis.

Berlin, im Juli 2011

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

1946



1947

UN-Teilungsplan



1949-1967



2008



**Karte 1: Die Teilung
Palästinas**

Zur Einführung

Anmerkungen zu einem schwierigen Thema

I

Mit Spannung wird im Herbst 2011 auf eine Abstimmung im UN-Sicherheitsrat gewartet: Zur Debatte steht ein Antrag auf Aufnahme eines palästinensischen Staates in die UNO. Auch wenn der Antrag die erforderliche Mehrheit erreichen sollte, werden die USA mit ihrem Veto die Aufnahme eines «Staates Palästina» in die UNO verhindern. Möglicherweise wird daraufhin in der UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, Palästina den Status eines Nicht-Mitgliedstaates mit Beobachterstatus zu verleihen – quasi eine Anerkennung Palästinas als Staat.¹

Wird dieses Szenario endlich den Palästinensern den lang erhofften eigenständigen Staat und der Region den lang ersehnten Frieden bringen? Wohl kaum. Zu befürchten ist eher ein *Déjà-vu*-Erlebnis. Schon einmal, im November 1988, proklamierte der Palästinensische Nationalrat (PNR) – das «Parlament» der PLO – in Algier einen palästinensischen Staat², der seitdem von mehr als hundert Staaten anerkannt wurde. Diese Unabhängigkeitserklärung sollte jedoch ohne konkrete Folgen für die Palästinenser bleiben, die in den besetzten Gebieten seit Dezember 1987 mit der Ersten Intifada ihren anhaltenden Protest gegen die schon damals zwei Jahrzehnte andauernde israelische Besatzung zum Ausdruck brachten.

Ein zweiter Anlauf zur faktischen Staatsgründung wurde 1998 nur angedacht: Die in den Oslo-Vereinbarungen nach einer Übergangszeit der Autonomie vorgesehenen Verhandlungen über den endgültigen Status der palästinensischen

- 1 Zum Problem der Völkerrechtssubjektivität Palästinas und des einzigartigen Status Palästinas in der UNO vgl. im Einzelnen Friedrike Bredt, *Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts im Israel-Palästina-Konflikt*, Berlin: Duncker & Humblot 2009, Schriftenreihe zum Völkerrecht Band 187, S. 174 ff.
- 2 Vgl. dazu Helga Baumgarten, *Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948*, Frankfurt: Suhrkamp 1991, S. 305 ff.; Dietmar Herz, *Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur*, München: Beck 1991, S. 83 f., Jörn Böhme/Tobias Kriener/Christian Sterzing, *Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2009, 4. Aufl., S. 55 f.

Gebiete kamen nicht zustande. Yassir Arafat drohte mit einer einseitigen Staatsproklamation im Mai 1999 den Oslo-Prozess zu beenden. Um dies zu verhindern, wurde auf dem EU-Gipfeltreffen im März 1999 die sogenannte Berliner Erklärung³ verabschiedet, in der die EU den Palästinensern eine «Option» auf einen eigenen Staat zusprach und außerdem zusagte, «die Anerkennung eines palästinensischen Staates ... zu gegebener Zeit in Erwägung zu ziehen». Die Palästinenser gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden und verzichteten auf die Staatsproklamation. Jedoch auch dies blieb ohne Folgen für die Palästinenser; der richtige Zeitpunkt für die Errichtung eines palästinensischen Staates scheint immer noch nicht gekommen zu sein.

Das Lernen aus der Geschichte ist offensichtlich ein schwieriges Unterfangen, denn weder die Staatsausrufung noch der gewünschte (vorläufige) Verzicht auf dieselbe bringt die Palästinenser ihrem Ziel näher, die israelische Besatzung zu beenden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben und damit dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen.

II

Es lohnt sich dennoch, die zeitgeschichtlichen Umstände der ersten palästinensischen Staatsproklamation ins Gedächtnis zu rufen.⁴ Die Ausrufung eines palästinensischen Staates im November 1988 auf der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (PNR) in Algier stellte einen Meilenstein in der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung dar. Zunächst hatte die PLO in ihrer Charta von 1968 schlicht ein Konzept der Vertreibung der nach 1917 (Balfour-Deklaration⁵) eingewanderten Juden aus Palästina, d.h. implizit der Zerstörung Israels, vertreten, den UN-Teilungsplan von 1947 und die Gründung Israels als illegal bezeichnet und den «bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung

3 Vgl. dazu Isabel Schäfer, Die Europäische Union und der Nahostkonflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 20/2004), Bundeszentrale für politische Bildung; Muriel Asseburg/Jan Busse, Deutschlands Politik gegenüber Israel, in: Thomas Jäger, Alexander Höse, Kai Oppermann (Hg.), *Deutsche Außenpolitik, Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen, Normen*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011, S. 693-716, abrufbar unter: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/29_Asseburg_Busse_Final%20\(2\).ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/29_Asseburg_Busse_Final%20(2).ks.pdf); Muriel Asseburg, *Die EU und der Friedensprozeß im Nahen Osten*, SWP-Studien 2003/S (Juli 2003), abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S2003_28_ass.pdf

4 Historisch gesehen ist die palästinensische Unabhängigkeitserklärung von 1988 bereits die zweite. Schon am 1. Oktober 1948 rief in Gaza das (allerdings politisch bedeutungslos gewordene) *Higher Arab Committee* der Arabischen Liga, bestehend aus einigen palästinensischen Notabeln, einen «freien, demokratischen und souveränen Staat» im gesamten ehemaligen Mandatsgebiet Palästina aus. Vgl. Helmut Mejcher (Hrsg.), *Die Palästina-Frage 1917-1948*, Paderborn: Schöningh 1993, S. 264.

5 Als sogenannte Balfour-Deklaration wird ein Brief des britischen Außenministers Lord Balfour bezeichnet, in dem er 1917 gegenüber einem Vertreter der Zionistischen Weltorganisation erklärt, dass die britische Regierung «die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina» mit Wohlwollen betrachte.

Tabelle: Palästinensische Gebiete – ausgewählte Daten und Zahlen¹

	Westbank	Gaza-Streifen	Palästinensische Gebiete gesamt	Zum Vergleich: Israel
Größe	5.655 qkm	365 qkm	6.020 qkm	20.991 qkm ²
Bevölkerung (Dez. 2010)	2.546.725 ³ (62 %)	1.561.906 (38 %)	4.108.631 (100 %)	7.695.000 (davon ca. 1,5 Mio. Palästinenser = 20,4 %)
Bevölkerungswachstum pro Jahr	2,7 %	3,3 %	2,9 %	1,9 %
Bevölkerungsdichte Pers/qkm (2007)	450	4.279 ⁴	682	328 (2009)
Lebenserwartung	71 (m) 74 (w)	70 (m) 73 (w)	70 (m) 73 (w)	78 (m) 81 (w)
Bevölkerungsanteil unter 15 Jahren (in %)	39,4	44,4	41,3	25,6
Kindersterblichkeit ⁵	15,9	18,3		4,2
Durchschnittliche Haushaltsgröße (2007)	5,5	6,5	5,8	3,1 (Palästinenser in Israel: 4,8)
Flüchtlingsanteil d. Bev.	ca. 30 %	ca. 70 %	ca. 43 %	
Religion (2008)	Muslime 75 % Juden 17 % Christen 8 % ⁶	Muslime 99,3 % Christen 0,7 %		Juden 75,5 % (5,6 Mio.); Araber 20,3 % (1,5 Mio.) (davon ca. 9 % Christen); andere 4,2 % (0,3 Mio.)
Bruttoinlandsprodukt (Mio. US \$)	4.071	1.169	5.241	194.800 (2009)
BIP je Einw. ⁷ (US \$)	1.837,8	786,8	1.415,7	26.800 (2009)
Bev. unter Armutsgrenze	34 %	70 %		21 %
Alphabetisierungsrate	94,6 %	95,5 %	94,9 %	97,1 %
Inflation	11,5	11,6	11,5 ⁸	2,6
Arbeitslosenquote ⁹	17,2 %	37,8 %	23,7 %	7,6 % (2008)

- 1 Zusammengestellt aus unterschiedlichen Quellen: Palestinian Central Bureau of Statistics, Israel Central Bureau of Statistics, CIA World Factbook, wikipedia. Die Angaben gelten für 2010, wenn nicht anders angegeben.
- 2 Ohne Ost-Jerusalem und die Golan-Höhen (entspricht etwa der Fläche von Hessen).
- 3 Siehe <http://www.pcbs.gov.ps>. Inklusive der in Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser (ca. 250.000), aber ohne israelische Siedler. Israel geht von erheblich geringeren Zahlen aus.
- 4 Dies entspricht etwa der Bevölkerungsdichte in Berlin.
- 5 Todesfälle/1000 Lebendgeburten.
- 6 Die meisten christlichen Palästinenser leben heute im Ausland.
- 7 Trotz des Wachstums in den letzten Jahren hat das BIP noch immer nicht den Stand von 1999 (also vor der zweiten Intifada und den Abriegelungen und Bewegungseinschränkungen ab 2000) erreicht. Internationaler Währungsfonds, Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Fourth Review of Progress, Sept. 2009; abrufbar unter http://unispal.un.org/pdfs/IMF_AHLCrep220909.pdf, S. 14
- 8 Schätzungen des Internationalen Währungsfonds.
- 9 Internationaler Währungsfonds, siehe oben, S. 4.

Palästinas» gepriesen.⁶ Dem folgte seit den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates von 1969 die Vision von einem «demokratisch-säkularen Staat in ganz Palästina», in dem Juden, Christen und Muslime zusammenleben⁷, bis der 12. Nationalrat in Kairo 1974 sich der Zwei-Staaten-Lösung annäherte, indem er sich – etwas verklausuliert und zumindest übergangsweise – für «die Errichtung einer kämpferischen unabhängigen nationalen Autorität in jedem Teil Palästinas, der befreit wird», aussprach.⁸

Vor diesem Hintergrund offenbarten sich die Unabhängigkeitserklärung und die damit verbundenen politischen Beschlüsse von 1988 als ein weiterer entscheidender Schritt, denn damit bekannte sich die PLO zur Errichtung eines palästinensischen Staates nur auf einem Teilgebiet des historischen Palästinas, zu den einschlägigen UN-Resolutionen und damit – wenn auch nur implizit – zu einer Anerkennung Israels. Gleichzeitig wurde der seit Gründung der PLO als einziger Weg zur Befreiung Palästinas proklamierte «bewaffnete Kampf» von der Forderung nach einer «politischen Lösung» und einer internationalen Konferenz flankiert. So manifestiert sich in den Beschlüssen und der Unabhängigkeitserklärung von 1988 die Aufgabe eines palästinensischen Exklusivitätsanspruchs auf das gesamte Land und die Erkenntnis, dass in der Region Frieden nur durch eine Teilung des Landes in einen israelischen und einen palästinensischen Staat realisierbar sein wird.

Heute gerät nicht selten aus dem Blick, welch weite politische Reise die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO von der Proklamierung des bewaffneten Kampfes zur Befreiung (ganz) Palästinas bis zur Ausrufung eines eigenständigen Staates auf ca. einem Fünftel des Territoriums bereits 1988 zurückgelegt hatte: «Die Wurzeln jeder der wichtigen Wendungen in den Dokumenten der 19. Tagung des PNR [der Politischen Beschlüsse und der Unabhängigkeitserklärung von 1988, Anm. der Hrsg.] – die Abkehr von der kompromisslosen Linie der Charta, die geschwundene Bedeutung des bewaffneten Kampfes, die Verpflichtung zu einer Zwei-Staaten-Lösung, die auf einer internationalen Konferenz verhandelt werden soll – gehen auf die Beschlüsse der 12. bis 18. Tagung zurück,» so der palästinensische Historiker Rashid Khalidi.⁹ Und diese Reise sollte noch weiter gehen. Auf der 20. Sitzung des PNR in Algier 1991 signalisierte dieser im Vorfeld der Madrider Friedenskonferenz die Bereitschaft, das Ziel einer Zwei-Staaten-Regelung auch in Etappen – im Rahmen eines Friedensprozesses – zu erreichen.¹⁰

6 Vgl. dazu die Palästinensische Nationalcharta von 1968, insbesondere Art. 6 und 9.

7 Vgl. dazu Michael Lüders, *PLO. Geschichte, Strategie, aktuelle Interviews*, Hannover: Fackelträger 1982, S. 61.

8 Vgl. dazu das «Vorläufige politische Programm» (sogenanntes 10-Punkte- oder Stufenprogramm) des 12. Nationalrates, verabschiedet auf der Sitzung im Juni 1974, Ziff. 2, in: Dietrich Neuhaus/Christian Sterzing (Hrsg.), *Die PLO und der Staat Palästina*, Frankfurt: Haag + Herchen 1991, S. 200 ff.

9 Rashid Khalidi, Die Beschlüsse der 19. Tagung des Palästinensischen Nationalrates, in: Neuhaus/Sterzing (1991), a.a.O., S. 68.

10 Neuhaus/Sterzing (1991), a.a.O., S. 292 ff.

Wenn heute von einer territorialen Teilung und der Schaffung eines palästinensischen Staates neben Israel die Rede ist, dann sprechen wir von einem «Restpalästina», das – im besten Fall – gerade einmal etwa 20 Prozent der Fläche des ehemaligen britischen Mandatsgebietes umfassen würde. Im UN-Teilungsbeschluss waren ca. 56 Prozent des Territoriums für den jüdischen Staat vorgesehen¹¹, in dem es aber immer noch nach Angaben der UNO eine hauchdünne arabische Bevölkerungsmehrheit (etwa 510.000 Araber gegenüber 500.000 Juden) gegeben hätte. Im arabischen Staat sollten neben etwa 750.000 arabischen Palästinensern etwa 10.000 Juden auf 43 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes leben. Für den Raum von Jerusalem/Bethlehem wurde wegen der heiligen Stätten eine «internationale Zone» vorgeschlagen, in der wiederum mehrheitlich Araber lebten (ca. 105.000 gegenüber 99.000 Juden). Im britischen Mandatsgebiet befanden sich ca. 6 Prozent des Bodens im jüdischen Besitz. Dass dem jüdischen Staat trotzdem 56 Prozent der Fläche zugesprochen wurde, mussten die Araber als ungerecht empfinden. Nach dem Krieg 1948/49 hatte Israel sein staatliches Territorium um ein Drittel vergrößert. Die nach 1967 besetzten palästinensischen Gebiete Westjordanland, Gazastreifen und Ost-Jerusalem, die heute als potenzielles Territorium für einen palästinensischen Staat gelten, umfassen noch 22 Prozent. Wie weit die Kompromissbereitschaft der palästinensischen Führung inzwischen geht, hat Anfang des Jahres 2011 die Affäre um die sogenannten *Palestine papers* offenbart. Der arabische Fernsehsender *Al Jazeera* veröffentlichte etwa 1.600 geheime interne palästinensische Positionspapiere und Protokolle von den israelischen-palästinensischen Gesprächen und Verhandlungen des letzten Jahrzehnts.¹² Die Zugeständnisse in fast allen zentralen Fragen des Konflikts lösten unter der palästinensischen Bevölkerung heftige Diskussionen aus, in Israel dagegen peinliche Betroffenheit, strafte sie doch die israelischen Regierungen der letzten Jahre Lügen, die immer wieder die angeblich mangelnde Kompromissbereitschaft der Palästinenser für das Scheitern von Verhandlungen verantwortlich gemacht und immer wieder behauptet hatten, es gäbe auf palästinensischer Seite «keinen Partner für Frieden».

Die weite politische Reise der Palästinenser zu einem historischen Kompromiss wird heute kaum wahrgenommen. Sie hat auch bisher nicht zum Ziel eines eigenen Staates geführt. Wie sehr sich doch die politischen Rahmenbedingungen seit der Staatsproklamation 1988 geändert haben: Damals wurde die Ausrufung eines palästinensischen Staates als «palästinensische Friedensinitiative» bezeichnet, heute – *tempora mutantur* – gilt sie vielen als «Störung» eines – längst nicht mehr existenten – Friedensprozesses. Zwar erkennen heute praktisch alle internationalen Organisationen und wichtigen politischen Akteure die Schaffung

11 Zu den folgenden Angaben siehe z.B. Walter Hollstein, *Kein Frieden um Israel*, Bonn 1977, S. 125 ff. mit weiteren Hinweisen auf die Beratungen und Berichte der UNSCOP (UN Special Committee on Palestine).

12 Die Dokumente sind zugänglich unter <http://english.aljazeera.net/palestinepapers/>; die brisantesten Papiere wurden auch vom englischen *Guardian* veröffentlicht, abrufbar unter: <http://www.guardian.co.uk/world/palestine-papers>

eines palästinensischen Staates neben Israel als Ziel der sogenannten «Zwei-Staaten-Regelung» und Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden an, doch die aktuelle internationale Debatte über die Aufnahme Palästinas in die UNO zeigt, dass es nicht nur in Israel, sondern auch in der internationalen Gemeinschaft an der Bereitschaft und dem politischen Willen fehlt, die Besatzung zu beenden, um damit die entscheidende Bedingung für jede israelisch-palästinensische Friedensreglung zu schaffen. Die Bekenntnisse zum Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und zur Notwendigkeit eines palästinensischen Staates entpuppen sich heute wieder einmal als bloße Lippenbekenntnisse. Vielleicht hat sich seit 1988 doch gar nicht so viel verändert?

III

Aus einem spezifisch deutsch und eurozentrisch geprägten Blickwinkel wurden die Palästinenser über Jahrzehnte im Wesentlichen als Störfaktor in der nahöstlichen Geschichte wahrgenommen. Der sogenannte Nahostkonflikt wird als Folge eines weitverbreiteten europäischen Antisemitismus interpretiert, der in der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik in Deutschland seinen furchtbaren Kulminationspunkt erreichte. «Im Zionismus manifestiert sich folglich die Reaktion der jüdischen Diaspora auf den europäischen Antisemitismus. Europäisches Schuldbewusstsein wegen der Ungeheuerlichkeit des organisierten Massenmordes an den Juden im Zweiten Weltkrieg und wegen der Untätigkeit der Alliierten führte schließlich dazu, die zionistischen Forderungen nach Gründung eines jüdischen Staates im Mandatsgebiet Palästina zu akzeptieren, zumal die bürgerkriegsähnliche Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen Juden und palästinensischen Arabern im Land und der Zusammenbruch der britischen Kolonialmacht keine andere Lösungsmöglichkeit realisierbar erscheinen ließen. Neben der ideologisch-religiös zwar legitimen, aber nach den Maßstäben des internationalen Rechts irrelevanten Berufung auf die Verheißung des Landes durch göttliche Offenbarung für das jüdische Volk bildete somit der europäische Antisemitismus eine wesentliche Legitimationsgrundlage für den Staat Israel.»¹³ Die Reden, die in der UNO während der Debatte über den UN-Teilungsplan (UN-Resolution 181 vom 29. November 1947) gehalten wurden, bezeugen dies eindrücklich.¹⁴ Hinzu kam die Tragödie der ca. 100.000 jüdischen *displaced persons*, zumeist Überlebende der Konzentrationslager, die Europa verlassen wollten und angesichts der rigiden Einreisebeschränkungen der britischen Mandatsmacht in Palästina und anderer Staaten verzweifelt nach einer neuen Heimat suchten.

¹³ Neuhaus/Sterzing (1991), a.a.O., S. 7.

¹⁴ Vgl. dazu z.B. die Reden des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 14. Mai und 26. November 1947 (Auszüge in Bruno Frei, *Israel zwischen den Fronten*, Wien/Frankfurt/Zürich: Europa Verlag 1965, S. 159 ff.).

In diesem historischen Kontext fand sich für die Palästinenser und ein Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes¹⁵ kein rechter Platz. Im Teilungsplan ist nur von der «arabischen Bevölkerung in Palästina» die Rede. Als ein völkerrechtliches «Problem» – und mit partieller Völkerrechtssubjektivität ausgestattet¹⁶ – tauchte die arabisch-palästinensische Bevölkerung nur kurz in den Debatten über den Teilungsplan auf, als es um die heftig umstrittene Frage ging, ob gemäß der UN-Charta nicht die ansässige arabische Bevölkerung zu den Teilungsvorschlägen befragt werden müsse und ob die UNO überhaupt die Kompetenz habe, gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung einen Staat ins Leben zu rufen. Doch die UNO lehnte den Vorschlag eines Referendums ab.¹⁷ Nach dem Krieg von 1948/49 – aus palästinensischer Sicht: der *Nakba*, aus israelischer Sicht: dem Unabhängigkeitskrieg – bemächtigten sich andere arabische Staaten der nicht von Israel beherrschten «Restgebiete» Palästinas: Ägypten stellte den Gazastreifen unter seine Verwaltung, Jordanien annektierte schließlich 1950 das Westjordanland und Ost-Jerusalem. Die im Teilungsplan der UNO auch vorgesehene Schaffung eines arabischen Staates in einem Teil des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina verschwand damit zunächst einmal von der politischen Tagesordnung. Die Palästinenser sollten in den folgenden Jahrzehnten in unzähligen UN-Resolutionen nur als Flüchtlinge wahrgenommen werden. Das Nahostproblem bestand aus dem israelisch-arabischen Konflikt und einem palästinensischen Flüchtlingsproblem.

Auch in der berühmten UN-Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967, die nach Beendigung des sogenannten Sechs-Tage- oder Juni-Krieges den «Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden», forderte, fand lediglich das «Flüchtlingsproblem» Erwähnung. Erst nach dem Aufstieg der PLO und ihrer internationalen Anerkennung ist eine «Re-Palästinisierung» des Problems erkennbar. Die UN-Generalversammlung erkennt 1974 die PLO und die «unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität»¹⁸ an. Immer häufiger ist daraufhin vom israelisch-*palästinensischen* Konflikt die Rede und dem Recht der Palästinenser, einen eigenständigen lebensfähigen Staat neben Israel zu gründen. 1988 wird die Proklamation eines unabhängigen palästinensischen Staates in der Generalversammlung begrüßt und der PLO, die als Befreiungsbewegung schon seit 1974 mit besonderen Rechten versehen worden war, nun gestattet, unter der Bezeichnung «Palästina»

15 Zur völkerrechtlichen Problematik des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts vgl. Friederike Bredt (2009), a.a.O., S. 149 ff.

16 Vgl. dazu Friederike Bredt (2009), a.a.O., S. 174 f.

17 Vgl. Heinz Wagner, *Der Arabisch-Israelische Konflikt im Völkerrecht*, Berlin: Duncker & Humblot 1971, S. 287 ff.

18 Resolution 3236 (XXXIX) und 3237 (XXXIX) der UN-Generalversammlung vom 22. November 1974, zit. nach: *Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt*, Bd. 5 Völkerrecht und Politik, Berlin: Berlin Verlag 1978, S. 268.

aufzutreten.¹⁹ Damit erlangte die PLO im Rahmen der UN zwar eine einzigartige «quasi-staatliche Völkerrechtssubjektivität»²⁰, doch der eigenständige Staat war damit noch längst nicht erstritten. Auch in den Oslo-Abkommen 1993/94 wird den Palästinensern nach der vereinbarten fünfjährigen Übergangsperiode – entgegen verbreiteter Meinung – keineswegs ein eigener Staat versprochen, sondern lediglich Verhandlungen über den «Endstatus» der besetzten Gebiete. Im Sicherheitsrat der UN sollte es bis zum 12. März 2002 dauern, bis sich das Gremium explizit für eine Zwei-Staaten-Regelung aussprach.²¹

Die skizzierten zeitgeschichtlichen Stationen machen deutlich, dass zum einen die palästinensische Nationalbewegung erst relativ spät auf der weltpolitischen Bühne in Erscheinung getreten ist. Zum anderen zeigt sich, dass sie fast immer nur in Konfrontation mit Israel wahrgenommen wird. Die palästinensische Nationalbewegung²² ist tatsächlich ein Spätankömmling in der nahöstlichen Geschichte. So war zwar bereits Anfang des 20. Jahrhunderts ein arabischer Nationalismus entstanden, doch es fehlte an einer spezifischen palästinensischen Ausprägung, wenn es auch 1911 zur Gründung einer ersten palästinensischen Organisation und 1919 zu einem ersten palästinensischen Kongress kam. Dieser arabische Nationalismus wehrte sich zunächst vor allem gegen die osmanische Herrschaft, nach Ende des Ersten Weltkriegs dann aus Enttäuschung über die nicht gehaltenen Versprechungen einer arabischen Unabhängigkeit gegen die europäischen Imperialmächte Frankreich und England.²³ Der Zerfall des osmanischen «Groß-Syriens» in zwei Protektorate (1922) und die Errichtung der «Schutzherrschaft» der Franzosen über Syrien und der Engländer über Palästina beförderten dann eine gewisse «Regionalisierung» des politischen Bewusstseins. Auch wenn das politische Denken der aktiven Eliten, sowohl der Intellektuellen als auch der dominierenden städtischen Notabeln, von panarabischen Vorstellungen geprägt war, entwickelte der palästinensische Nationalismus in der Konfrontation mit der zionistischen Siedlungspolitik und der jüdischen

19 Resolution 43/177 der UN-Generalversammlung vom 17. Dezember 1988.

20 Vgl. dazu Friedrike Bredt (2009), a.a.O., S. 175.

21 Resolution 1397 des UN-Sicherheitsrats vom 12. März 2002.

22 Zur Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung vgl. z.B. Gudrun Krämer, *Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel*, München: Verlag Beck 2003, 4. Auflage; Alexander Flores, *Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1948*, in: Helmut Mejcher (Hrsg.), *Die Palästina-Frage 1917-1948*, Paderborn: Schöningh 1993, S. 89 ff.; Yehoshua Porath, *The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement, 1918-1929*, London 1974; Baruch Kimmerling/Joel S. Migdal, *The Palestinian People*, Cambridge/London: Harvard University Press 2003; Azmy Bischara, *Zur Entwicklung der politischen Doktrin der PLO*, in: Neuhaus/Sterzing (Hrsg.) (1991), a.a.O. S. 17 ff.

23 Während des Ersten Weltkriegs versprochen die Engländer arabischen Repräsentanten mehrfach politische Unabhängigkeit, um sie als Alliierte im Krieg gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Doch gleichzeitig teilten sie hinter dem Rücken der Araber in einer geheimen Vereinbarung mit Frankreich und Russland (Sykes-Picot-Abkommen) die nahöstliche Region unter sich auf. Vgl. dazu Gudrun Krämer (2003), S. 170 ff.; Dietmar Herz (2003), a.a.O. S. 27 ff.

Parallelbewegung, dem Zionismus, sowie aus der Opposition gegen die britische Mandats Herrschaft seinen spezifischen Charakter und seine eigene Dynamik. Die Folgen der jüdischen Einwanderung nach Palästina und der zionistischen Besiedlung sowie schließlich die Gründung des Staates Israel, die zur Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern führten, haben die Konfrontation nochmals verschärft. Besonders in den palästinensischen Flüchtlingslagern fand die Nationalbewegung einen fruchtbaren Nährboden. Nach 1967 verstärkten die militärische Besatzung und politische Unterdrückung durch Israel ein palästinensisches Nationalbewusstsein, das nun – nach Phasen einer stärker panarabischen Orientierung oder Bestrebungen nach einem wie auch immer gearteten föderalen Zusammenschluss mit Jordanien – auf einen eigenen Staat gerichtet ist.

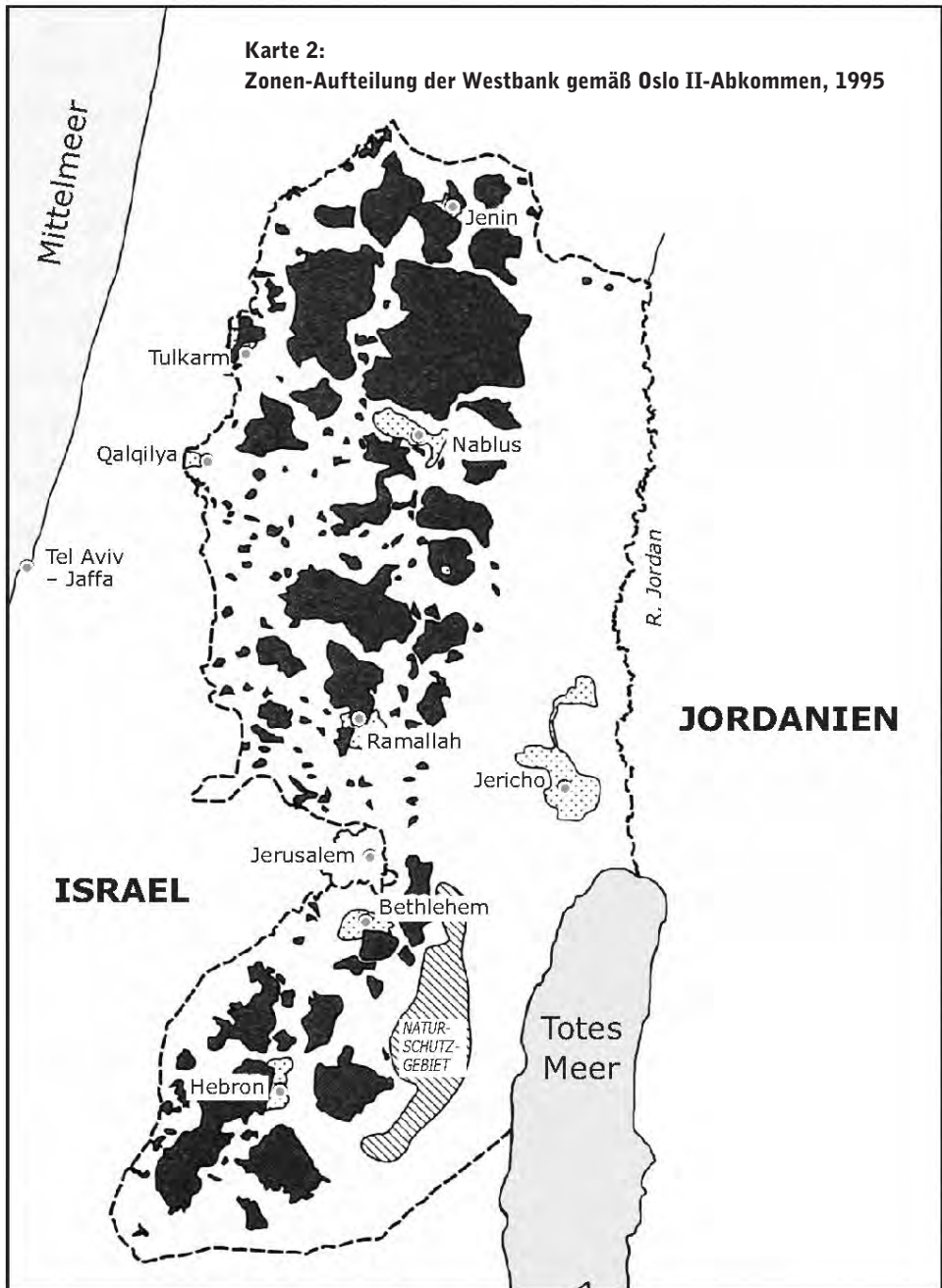
Nachdem lange Zeit die Existenz eines palästinensischen Volkes bestritten worden war, stattdessen bestenfalls von einer Flüchtlingsbevölkerung gesprochen wurde, ging es der palästinensischen Führung gegenüber Israel und der internationalen Gemeinschaft zunächst um die Anerkennung der Existenz eines palästinensischen Volkes. In den 1970er-Jahren trat dann die Frage nach den (unveräußerlichen) Rechten, insbesondere dem nationalen Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und seiner legitimen Vertretung, in den Vordergrund, das sich dann in der Auseinandersetzung über das Recht auf einen eigenen Staat unter Führung der PLO zuspitzte. Heute hat die «Palästinisierung» des Nahostkonflikts zumindest auf der diplomatisch-politischen Ebene mit der international weitgehend anerkannten und angestrebten Zwei-Staaten-Regelung ihren Abschluss gefunden. Die operative Umsetzung, d.h. die Frage, ob, wann und unter welchen Bedingungen eine solche Regelung realisiert werden kann, ist allerdings nun seit langem Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzung.

Die jahrzehntelange Ignoranz oder gar Leugnung palästinensischer Existenz oder palästinensischer Rechte durch Israel und große Teile der internationalen Staatengemeinschaft ist wohl ohne die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung kaum zu verstehen. Das Existenzrecht des israelischen Staates stand im Vordergrund, das palästinensische Selbstbestimmungsrecht trat dagegen in den Hintergrund. Gewiss dürfen handfeste Interessen nicht vernachlässigt werden: Die Einbettung Palästinas in den arabischen Lebensraum und die arabische Politik, die geostrategische Bedeutung des Konfliktgebietes im Machtpoker um regionale und globale Hegemonie, ökonomische und innenpolitische Interessen vieler Akteure. Die Rechte der Palästinenser wurden nicht selten zum Spielball der Interessen anderer. Im europäisch-amerikanischen Diskurs wurde – und wird häufig noch heute – eine Anerkennung palästinensischer Rechte mit dem Stigma einer Delegitimierung Israels versehen. Die von beiden Konfliktparteien in der Vergangenheit – und häufig noch heute – erhobenen und heftig verteidigten Exklusivansprüche auf das Land fanden bei den Verbündeten in aller Welt jeweils ihren entsprechenden Widerhall. Können denn zwei Völker auf das gleiche Land einen legitimen Anspruch erheben? Negiert nicht, wer das nationale Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt, das Existenzrecht

Israels? Verbergen sich hinter Kritik an der israelischen Politik und dem Ruf nach einem palästinensischen Staat nicht häufig antiisraelische, antizionistische oder gar antisemitische Motive?

Lange Jahre haben israelische Argumentationsmuster diesen Blick auf die Palästinenser geprägt. Gerade in Deutschland, dessen Regierung die Anerkennung des Existenzrechts Israels zur Staatsräson erklärte, fielen viele dieser Argumente auf fruchtbaren Boden und erklären zumindest zum Teil die politische «Zurückhaltung» im Umgang mit den Palästinensern. Zweifellos hätten sich das deutsch-israelische Verhältnis viel harmonischer und eine deutsche Nahostpolitik viel konsistenter gestalten lassen, wären da nicht die Palästinenser gewesen!²⁴ Wer von Palästina oder den Palästinensern spricht, muss auch von Israel und den Israelis reden. Vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit fällt deshalb der unverstellte Blick auf die Palästinenser und ihre Rechte schwer. Doch das Schicksal der Palästinenser ist mehr als ein zu vernachlässigender Kollateralschaden des deutschen Antisemitismus und der Gründungsgeschichte Israels. In Palästina/Israel existiert eine autochthone arabisch-palästinensische Bevölkerung, die nun seit Jahrzehnten unter Menschen- und Völkerrechtsverletzungen leidet. Millionen von palästinensischen Flüchtlingen in aller Welt warten seit Jahrzehnten auf eine wie auch immer geartete Umsetzung ihrer in unzähligen UN-Resolutionen verbrieften Rechte. Eine friedliche Konfliktregelung wird es am Rande des östlichen Mittelmeeres nur geben, wenn Menschenrechten

24 Kinan Jaeger spricht in seiner Studie über die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser von der «Quadratur des Dreiecks». Siehe Kinan Jaeger, *Die Quadratur des Dreiecks*, Schwalbach: Wochenschau Verlag 1997 (Bd. 27 der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten). Der deutsch-israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten gab 1991 ein Sonderheft der Zeitschrift *israel & palästina* (Heft 27/1991) mit dem Titel «Das schmerzhafteste Dreieck: Deutsche – Israelis – Palästinenser» heraus. Thomas Scheffler kritisierte «Die Normalisierung der Doppelmoral: Vierzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen» in: *Prokla* 18/4 (1988), S. 76 ff. Ebenso Yeshayahu A. Jelinek, *Zwischen Moral und Realpolitik: Deutsch-israelische Beziehungen 1945-1965*. Eine Dokumentensammlung (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte 16), Gerlingen 1997, und Thomas Risse-Kappen, *Muddling through Mined Territory: Germany's Foreign Policy-making and the Middle East*, in: Shahram Chubin (Hrsg.), *Germany and the Middle East: Patterns and Prospects*, London 1992, S. 195 ff. Die «Konzeptionslosigkeit» deutscher Nahostpolitik geißelten schon Martin Weiß, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Heft 19 (1991), S. 275 ff., und Udo Steinbach, *German Foreign Policy and the Middle East: In Quest of a Concept*, in: Haim Goren (Hrsg.), *Germany and the Middle East. Past, Present, and Future*, Jerusalem 2003, S. 85 ff., sowie Hildegard Hamm-Brücher, die in «Deutschland und Israel – Herausforderungen für die Zukunft» angesichts von «Illusionen und Verkrampfungen» endlich «Eindeutigkeit und Zuverlässigkeit» forderte, in: Ralph Giordano (Hrsg.), *Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährungsprobe. Bilanz und Perspektive der deutsch-israelischen Beziehungen*, Gerlingen 1992, S. 82 ff. Micha Brumlik diagnostizierte im deutsch-israelischen Verhältnis «eine kollektive Neurose all jener, die sich für Moral interessieren», Eine kollektive Neurose, in: Andrea Kaiser/Tobias Kriener (Hrsg.), *Normal ist das Besondere – Streiflichter aus 30 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen*, Schwalbach: Wochenschau Verlag 1996 (Bd. 26 der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten), S. 39.



- Zone A (volle palästinensische Verwaltung)
- Zone B (palästinensische Verwaltung und israelische Sicherheitskontrolle)
- Zone C (israelische Besatzung)
- Waffenstillstandslinie 1949 („Grüne Grenze“)

Quelle: Böhme/Kriener/Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag 2009, 4. vollst. überarb. und akt. Aufl.

und internationalem Recht universal und nicht nur ethnisch selektiv Geltung verschafft wird.

IV

Natürlich haben es die Palästinenser den Unterstützern der palästinensischen Sache nicht immer einfach gemacht. Die PLO proklamierte in ihrer Charta den bewaffneten Kampf und ihre Widerstandsgruppen führten in Israel terroristische Gewaltaktionen durch. In den 1970er-Jahren galten die Palästinenser mit weltweiten Flugzeugentführungen und Attentaten quasi als Inkarnation des Terrorismus. Militante Befreiungsbewegungen und links-extreme terroristische Stadtguerillas, auch die deutsche RAF, wurden in Trainingslagern der Palästinenser ausgebildet. Interne Machtkämpfe wurden gewaltsam ausgetragen. Palästinenser in arabischen Staaten destabilisierten bestehende Strukturen und wurden in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen z.B. in Jordanien und dem Libanon verwickelt. Palästinensische Führer verbrüderten sich mit arabischen Diktatoren. Die in der Ersten Intifada weltweit erworbenen Sympathien wurden während der Zweiten Intifada durch unzählige terroristische Selbstmordattentate gegen die zivile Bevölkerung in Israel wieder aufs Spiel gesetzt. Noch heute beschießen palästinensische Organisationen den Süden Israels mit Raketen und Mörsern.

Die Strategie der Gewalt einiger palästinensischer Organisationen hat sicherlich einerseits dazu geführt, dass die Probleme der Palästinenser weltweit überhaupt wahrgenommen und auf die politische Agenda gesetzt wurden. Andererseits hat diese Strategie aber auch erheblich dazu beigetragen, das Trauma von Verfolgung und Vernichtung unter Israelis wachzuhalten. Vergleiche Arafats mit Hitler und der PLO mit Nazis durch israelische Politiker erhielten somit Nahrung. Wenn auch die politische Instrumentalisierung derartiger Vergleiche nicht zu übersehen war, so hat die Gewalt ohne Zweifel das Gefühl existenzieller Bedrohung in Israel verfestigt, damit die radikalen, rechten oder zumindest wenig kompromissbereiten Kräfte auf der Gegenseite gestärkt und die politische Unterstützung für Israels unnachgiebige Haltung international mobilisiert – und letztendlich auf diese Weise friedenspolitische Initiativen erschwert. Besonders verheerend sollten sich die Ereignisse des 11. September 2001 auswirken. Der «palästinensische Terrorismus» wurde mit dem «islamistischen Terrorismus» gleichgesetzt. Dass es in Palästina um die Beendigung einer völkerrechtswidrigen Besatzung geht, schien vernachlässigbar. Zwar können terroristische Taten moralisch und politisch nicht gerechtfertigt werden, doch wer an friedlichen Konfliktlösungen interessiert ist, darf sich der Mühe einer politisch-ideologischen Analyse terroristischer Phänomene, ihrer Ursachen und Ziele nicht entziehen. Im globalen «Kampf gegen den Terror» war für Differenzierungen allerdings kein Raum. Es fiel dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon nicht schwer, sich der unbedingten Unterstützung durch den damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush zu versichern,

indem er darauf hinwies, dass die USA mit den terroristischen Anschlägen in New York und Washington nur das erlebten, was Israel seit Jahren erleide. Die Palästinenser und ihre politische Führung gerieten immer mehr ins politische Abseits, auch wenn sie sich von den Gewalttaten einzelner politischer Organisationen distanzieren.

Die Legitimität des Widerstands und des Protestes der Palästinenser gegen die völkerrechtswidrige israelische Besatzung kann kaum bestritten werden, aber es bleibt auch festzustellen, dass völkerrechtlich nicht jede Form des Widerstands zulässig ist.²⁵ Man mag über die politische Zweckmäßigkeit einer Strategie des bewaffneten Widerstands streiten, doch wer sich zur Durchsetzung seiner Ansprüche auf das internationale Recht beruft, darf sich nicht der Aufgabe entziehen, aufgrund völkerrechtlicher Normen zwischen legitimem und illegitimem Widerstand zu unterscheiden. Die Definition des Begriffes Terrorismus ist im internationalen Recht zwar bis heute strittig, doch weder der Hinweis auf gravierende Rechtsverletzungen und Gewaltanwendungen durch Israel noch die Existenz eines asymmetrischen Konflikts können z.B. unterschiedslose Angriffe auf Zivilisten rechtfertigen. Auch ein legitimer Zweck wie die Beendigung der Besatzung legitimiert nicht jedes Mittel. Palästinensische Widerstandsorganisationen und die politische Führung der Palästinenser haben sich während langer Phasen ihres Kampfes gegen die Besatzung der Aufgabe, zwischen legitimen und illegitimen Mitteln des Widerstands zu differenzieren, nicht gestellt, den bewaffneten Kampf und die Gewalt verherrlicht und damit politische Unterstützung und Sympathien für die palästinensische Sache verspielt.

Die Sicherheit Israels wurde auf diese Weise zum Schlüsselwort israelischer Politik und zur zentralen Frage einer Konfliktregelung, hinter der Ansprüche und Vorstellungen der Palästinenser angeblich zurückzutreten haben. Doch nicht die Gewalt der Palästinenser ist das zentrale Problem im Nahen Osten. Die Gewalt ist vielmehr Folge des ungelösten Konflikts, der andauernden Besatzung und der noch immer ausstehenden Realisierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts. Ein Ende der Gewalt und damit die Sicherheit Israels können nur das Ergebnis einer friedlichen Konfliktregelung sein, nicht eine Voraussetzung. Gewiss werden nach einem Friedensschluss Gewalt und Terror nicht plötzlich enden und Ruhe und Frieden in der Region einkehren. Die Prägung durch Gewalt hat inzwischen eine immanente Dynamik entwickelt, die nicht von heute auf morgen zu stoppen sein wird. Aber es erscheint kaum vorstellbar, dass in der Region ohne eine zivile Beilegung des Konflikts auf Dauer die Gewalt beendet werden kann.

25 Zur völkerrechtlichen Problematik des Widerstands gegen ein Besatzungsregime vgl. Friederike Bredt (2009), a.a.O., S. 160 ff.

**Tabelle: Palästinensische Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge 2008
(palästinensische Schätzungen)¹**

	1948	1967	2008
UNRWA-Registrierte Flüchtlinge von 1948	914.000		4.671.811
Nicht-registrierte Flüchtlinge von 1948	ca. 250.000		1.014.741
Flüchtlinge von 1967 ²		ca. 400.000	955.247
Binnenflüchtlinge in Israel von 1948	ca. 40.000		335.204
Binnenflüchtlinge in den palästinensischen Gebieten von 1967	ca. 10.000		128.708
Gesamt			7.105.711

Erläuterungen: Die Anzahl der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 ist umstritten. Unterschiedliche Studien schätzen die Zahl der Flüchtlinge in den Jahren 1948/49 auf ca. 750.000 bis ca. 950.000. Sicher ist, dass sich nicht alle palästinensischen Flüchtlinge von der UNRWA registrieren ließen. Schätzungen sprechen von 6.000 nicht-registrierten Flüchtlingen in Jordanien, 4.000 in Syrien und 8.000 im Libanon. Etwa 10.000 zogen nach Ägypten, 5.000 in den Irak und 30.000 in andere Teile der Welt. Die Zahlen der internen palästinensischen Flüchtlinge beruhen ebenfalls nur auf Schätzungen. Bis 1952 wurden 45.800 Flüchtlinge in Israel von der UNRWA versorgt.

Durch den Juni-Krieg 1967 wurde eine zweite Flüchtlingswelle ausgelöst: Nach palästinensischen Schätzung verließen ca. 400.000, nach jordanischen und Angaben der UNRWA ca. 250.000 Palästinenser die Westbank und den Gaza-Streifen (israelische Angaben liegen noch niedriger). Viele der Flüchtlinge wurden damit nach 1948 zum zweiten Mal zu Flüchtlingen. Die Zahlendifferenzen erklären sich zum Teil durch den unterschiedlichen Zeitpunkt der Erhebungen: Besonders den Gaza-Streifen verließen die meisten Flüchtlinge erst lange nach Kriegsende. In geringem Umfang wurde durch die israelischen Behörden eine Familienzusammenführung ermöglicht.

Von der palästinensischen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina 1947 (ca. 1,2 Mio.) wurden durch die Nakba ca. 70 bis 80 % 1948 zu Flüchtlingen.

Unabhängig von den exakt nicht immer festzustellenden Größenordnungen stellen die Palästinenser die größte Flüchtlingsbevölkerung – absolut und relativ zur gesamten palästinensischen Bevölkerung 1948 – auf der Welt dar.

- 1 Die Angaben beruhen auf palästinensischen Quellen: BADIL Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights, abrufbar unter <http://www.badil.org/en/resources-for-visitors-journalists-a-activists>, und werden von israelischer Seite wesentlich niedriger eingeschätzt.
- 2 Die Zahlen enthalten auch ca. 6.000 Flüchtlinge, die 1967 aus dem Gaza-Streifen in die Westbank flohen.

Wie nachhaltig Gewalt und Terror das Bild von den Palästinensern auch in der deutschen Öffentlichkeit prägen, ist in jeder Diskussion über den Konflikt spürbar. Aufgrund der Fokussierung der Berichterstattung auf Gewaltereignisse ist der zivile Widerstand gegen die Besatzung, sei es durch Demonstrationen, Boykottaufrufe und Sanktionsforderungen, die Verweigerung von Kooperation mit der Besatzungsmacht etc., bei uns weitgehend unbekannt. Wer um Verständnis für Palästinenser und ihre Anliegen wirbt, wird nicht selten der Sympathie für Gewalttäter geziehen oder setzt sich dem Vorwurf der – zumindest fahrlässigen – Förderung des Terrorismus aus. Immer wieder ist zu beobachten, dass der Hinweis auf die Gewalt des palästinensischen Widerstands nicht nur israelische Gewaltanwendung rechtfertigen und die vermeintliche Unmöglichkeit einer friedlichen Konfliktlösung begründen soll, sondern auch der Delegitimierung palästinensischer Ansprüche dient. Seit dem Anwachsen einer Bewegung, die sich aus Protest gegen die israelische Besatzungspolitik für Boykott-, De-Investment- und Sanktionsmaßnahmen einsetzt, sehen sich auch derartige Versuche, «klassische» Formen des gewaltfreien Widerstands gegen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu nutzen, politischer Denunzierung ausgesetzt. Der Aufruf zum Boykott von Waren, die in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen produziert wurden, wird als «ökonomischer Terror» bezeichnet und Befürworter von Sanktionsmaßnahmen werden in die politische Nähe von SA-Truppen gerückt. Auf eine bemerkenswerte Weise wird damit die Anerkennung der legitimen Rechte eines Volkes von seinem politischen Wohlverhalten abhängig gemacht. Doch welche Befreiungsbewegung hat die Gratwanderung zwischen legalem Widerstand und illegitimer Gewaltanwendung ohne Fehlritte bewältigt? Welches unterdrückte Volk erreichte das Ziel seiner Befreiung durch den Verzicht auf Widerstand und Protest gegen das erlittene Unrecht?

Die Berichterstattung in vielen Medien trägt wenig zur Differenzierung des Bildes von den Palästinensern bei. So finden z.B. Terroranschläge palästinensischer Gruppen umgehend und umfänglich in unseren Nachrichten Erwähnung, während palästinensische Opfer von Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht selten einer Meldung für wert befunden werden.²⁶ Begriffe wie Besatzung, Widerstand oder Völkerrecht werden kaum noch benutzt. Wird von Sicherheit geredet, so sind damit Israels legitime Sicherheitsbedürfnisse gemeint. In Beschlüssen und Resolutionen wird im Allgemeinen gefordert, dass Israel in Zukunft in «sicheren Grenzen» leben müsse. Dass sich auch Palästinenser, die ein Vielfaches an Todesopfern und Häuserzerstörungen unter der völkerrechts-

²⁶ Als am 23. März 2011 in Jerusalem ein Terroranschlag verübt wurde, bei dem eine Frau ums Leben kam, berichteten z.B. *FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Welt* und die Tagesschau darüber. Dass in den Märzwochen zuvor allein 14 Menschen im Gazastreifen durch israelisches Militär getötet worden waren (darunter 6 Zivilisten, davon zwei 14-jährige Kinder) fand keine Erwähnung.

widrigen Besatzung in den vergangenen Jahrzehnten erlitten haben, Sicherheit wünschen, wird meist nicht thematisiert.

Dabei soll nicht bestritten werden, dass es gerade aus deutscher Sicht vor dem Hintergrund der Geschichte gute Gründe gibt, sich in besonderer Weise Israel verbunden und verpflichtet zu fühlen. Das deutsch-israelische Verhältnis ist und bleibt ein besonderes. Auch kann kaum geleugnet werden, dass die Kritik an israelischer Politik in den deutschen Medien während der letzten Jahre gewachsen ist. Der in Israel inkriminierte Begriff *Nakba* taucht inzwischen auch in der deutschen Öffentlichkeit auf, wenngleich mit heftigen Reaktionen besonders Israel-freundlicher Kreise gerechnet werden kann. Doch es bleibt fast immer die «israelische Brille», durch die das Konfliktgeschehen beobachtet wird, zwar nicht die Brille der israelischen Regierung, sondern die einer regierungskritischen israelischen Opposition – auf jeden Fall jedoch keine palästinensische Brille. Dazu mag beitragen, dass viele der deutschen «Nahost»-Korrespondent/innen in Israel leben – zumeist in Tel Aviv und nicht in den palästinensischen Gebieten. Hinzu kommt, dass wir uns Israel grundsätzlich kulturell näher fühlen: Israel wird vielfach als ein «Stück Europa im Nahen Osten» wahrgenommen. Singt nicht Dana International im *Eurovision Song Contest* mit? Spielen nicht israelische Fußballmannschaften in der europäischen *Champions League*?

Studien²⁷ haben gezeigt, dass die Mehrheit der Konsumenten von Fernsehnachrichten zwei Schlüsselereignisse des Konflikts kaum kennt: Weitgehend unbekannt ist, dass (a) die israelische Staatsgründung 1948 zur Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern aus ihrer Heimat geführt hat und dass (b) seit 1967 Millionen von Palästinensern in einem Teil ihrer Heimat unter der völkerrechtswidrigen militärischen Kontrolle Israels leben, die täglich erhebliche Verletzungen ihrer Bürger- und Menschenrechte mit sich bringt. Fast zwei Drittel der Befragten hatten zudem aufgrund der Berichterstattung während der Zweiten Intifada nicht den Eindruck, dass die Zahl der palästinensischen Opfer die der jüdischen übersteigt (tatsächlich betrug das Verhältnis etwa 4:1). Offenbar mangelt es nicht nur an historischen Kenntnissen, sondern die immanenten Gesetzmäßigkeiten medialer Berichterstattung führen zu einer Verzerrung der Darstellung und Wahrnehmung des Konfliktgeschehens, so dass eine politische Orientierung für den Nachrichtenkonsumenten schwierig wird. Gewiss trägt dazu auch die Fixierung der medialen Berichterstattung auf Gewalttaten und deren bildhafte Verfügbarkeit bei: Ein spektakulärer Selbstmordanschlag liefert «bessere», mediengerechtere Bilder als eine wöchentlich in Olivenhainen abgehaltene Demonstration gegen den israelischen Mauerbau; die Liquidierung vermeintlicher palästinensischer Terroristen durch israelische Raketen oder nächtliche Militärkommandos erfolgen naturgemäß unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

27 Vgl. dazu Philo, Greg/Mike Berry, *Bad News from Israel*, London: Pluto Press 2004, S. 217 ff; nur 26 % der befragten deutschen Studenten wussten z.B., dass Israel palästinensisches Gebiet besetzt hält und die Siedler Juden sind.

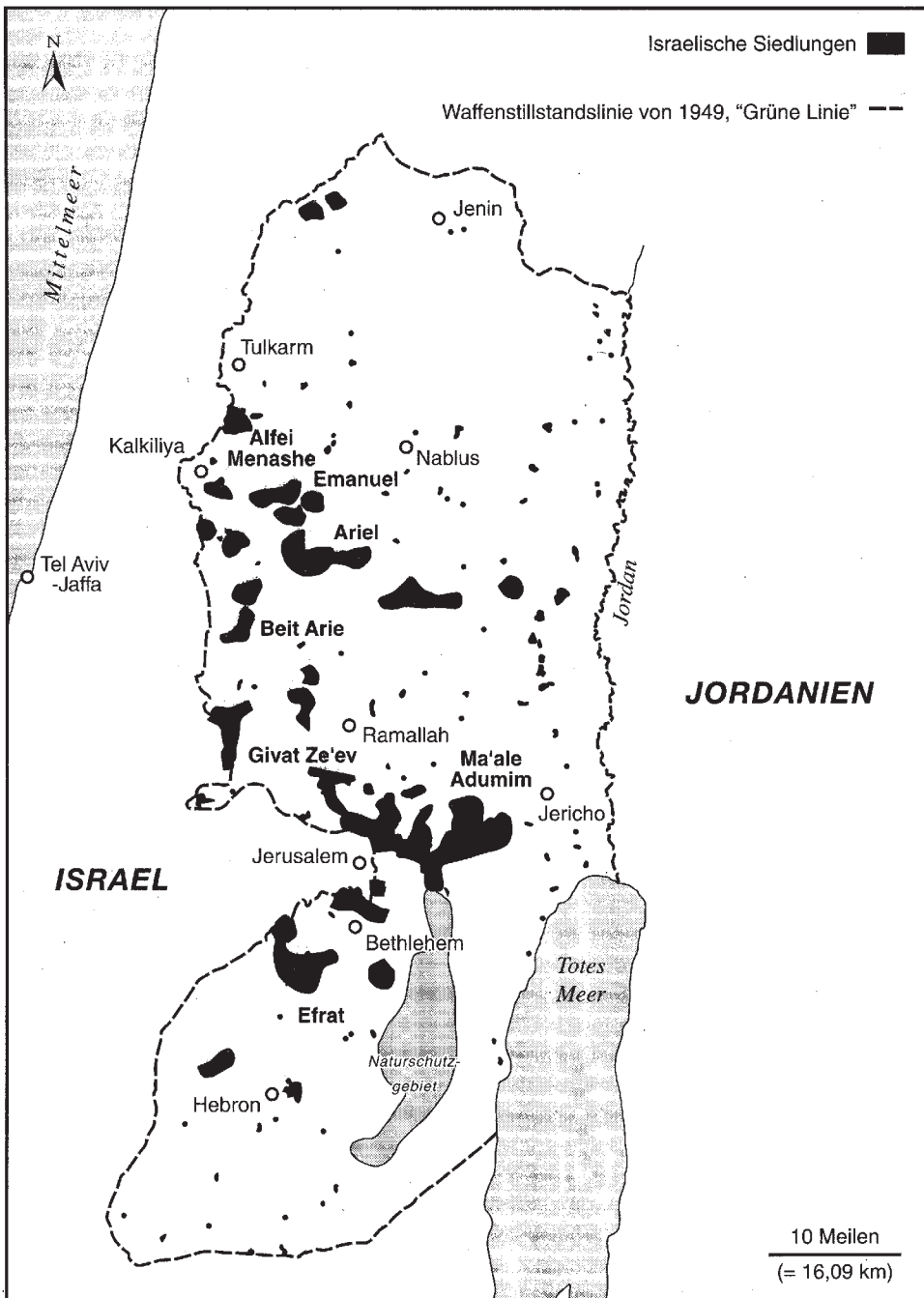
Es ist aber nicht nur die Auswahl der Bilder, die die Realität verfälscht. Bilder von Jugendlichen, die Steine gegen Panzer werfen, können beim Zuschauer sowohl Identifikationsprozesse mit dem palästinensischen *underdog* auslösen als auch Assoziationen einer notwendigen Aufstandsbekämpfung wecken. Der Palästinenser mit einer Maschinenpistole mag als Inkarnation des Terrorismus gelten oder als Symbol des heroischen Widerstands. Die Maske des palästinensischen Demonstranten könnte kriminelle Tarnung sein oder legitimen Schutz vor Verfolgung bedeuten. Palästinensische Demonstrationen gegen die Besatzung oder die Mauer werden so zu «Aufständen» oder «Unruhen», die eine Ordnungsmacht niederschlagen muss. Dass es sich dabei um den legitimen Protest gegen eine völkerrechtswidrige Besatzung handeln kann, bleibt unerwähnt.

Soviel Unkenntnis über den Konflikt mag den aufgeklärten Leser einer deutschen überregionalen Tageszeitung überraschen, wird doch bei uns über keinen Konflikt in der Welt so viel berichtet – und kontrovers diskutiert – wie über den Nahostkonflikt. Aber der Umfang der alltäglichen Berichterstattung korrespondiert offensichtlich nicht mit einem tieferen Verständnis für den Konflikt, seine Ursachen und Hintergründe. Viele Menschen halten die andauernden Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern für einen Grenzkonflikt zwischen zwei Ländern, die unglücklicherweise Anspruch auf das gleiche Territorium erheben. Dass es sich hier größtenteils um einen Konflikt zwischen Besatzer und Besetzten, zwischen völkerrechtswidriger Landnahme und legitimem Selbstbestimmungsrecht handelt, eben um einen asymmetrischen Konflikt, erschließt sich dem durchschnittlichen Fernsehzuschauer nicht. Notwendig wäre eine historische, an Völker- und Menschenrechten orientierte Kontextualisierung der Nachrichten, die dem Betrachter erst eine politische Einordnung und Bewertung ermöglicht.

VI

Geschichte ist mehr als die scheinbar objektive Aneinanderreihung von historischen Daten und Fakten. Geschichtsschreibung selektiert und interpretiert Entwicklungen und Ereignisse der Vergangenheit – zumeist weder voraussetzungs- noch absichtslos. Mit der je eigenen Historiografie werden erzieherische und politische Absichten verbunden. Aus «der Geschichte» soll ja gelernt werden. Sie soll kollektive Erinnerung und Identität schaffen und die Nation hinter der gemeinsamen Erzählung von historischen Ereignissen und den daraus ableitbaren politischen Vorstellungen zusammenführen. «Geschichte» ist deshalb besonders in Konfliktregionen zumeist das Produkt einer von besonderen Interessen geleiteten Geschichtsschreibung, die der pädagogischen Prägung von Menschen, der Nationenbildung und der legitimatorischen Grundlegung politischer Ansprüche dient. «Der Rückgriff auf erinnerte Strukturen wirkt nach außen als Argument in der völkerrechtlichen Auseinandersetzung und nach innen als

Karte 3: Israelische Siedlungen im Westjordanland (2002)



Quelle: Bernard Wasserstein, Israel und Palästina – Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören?, München, C.H. Beck Verlag 2003, © Peter Palm

Tabelle: Bevölkerung in den wichtigsten Städten der palästinensischen Gebiete (2008/2009)¹

Westbank	
Ost-Jerusalem	ca. 250.000 ²
Ramallah/Al Bireh	ca. 70.000
Hebron	ca. 165.000
Jenin	ca. 39.000
Tulkarem	ca. 61.000
Nablus	ca. 126.000
Jericho	ca. 18.000
Bethlehem/Beit Jala/Beit Sahur	ca. 64.000
Gaza-Streifen	
Gaza-Stadt	ca. 480.000
Rafah	ca. 160.000
Khan Yunis	ca. 180.000
Jabalia	ca. 170.000

- 1 Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Population, Housing, and establishment Census 2008
- 2 Schätzungen des PCBS. Das besetzte arabische Ost-Jerusalem gehört nicht zu den «Palästinensischen Autonomiegebieten», sondern wurde von Israel annektiert. In den israelischen Statistiken werden jedoch Zahlen und Angaben für Ost-Jerusalem nicht gesondert ausgewiesen, so dass man auf Schätzungen angewiesen ist.

zentraler Baustein des nationalen Selbstbewusstseins.»²⁸ Dies ist zunächst ein völlig «natürlicher», ein legitimer Prozess, der jedoch gerade in Zeiten eines Konfliktes, den beide Seiten als Existenzkampf wahrnehmen, auch zu verzerrten Geschichten, zu «Halbwahrheiten» und zur Geschichtsklitterung führen kann. Viele Staaten gründen auf derartigen Gründungsmythen, in denen sich nur ein Teil der historischen Ereignisse und deren spezifische, national geprägte Interpretation widerspiegeln. Vielleicht spricht man deshalb im Nahen Osten besser von «kollektiven Narrativen» als von «Geschichte». Denn es bedarf offenbar zweier Voraussetzungen, damit aus einem nationalen «kollektiven Narrativ» «Geschichte» werden kann: zum einen der Beendigung des Konflikts und zum anderen der historischen Distanz. Beides fehlt in Israel/Palästina.

Wir haben in Deutschland diesbezüglich unsere einschlägigen Erfahrungen gemacht. So hat es z.B. Jahrzehnte gedauert, bis eine gemeinsame, abgestimmte Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern möglich wurde. Und dies gelang erst Jahrzehnte nach dem Ende des Konflikts. Vor dem Hintergrund des andauernden israelisch-palästinensischen Konflikts wird es niemanden wundern, dass gerade Israelis und Palästinenser noch weit davon entfernt sind, eine gemeinsame Geschichte ihrer Beziehungen zu erzählen. Es ist kaum zu übersehen, dass angesichts des ungelösten Konflikts im Nahen Osten die jeweilige nationale Geschichtsschreibung in besonderer Weise der Legitimation politischer Ansprüche jeder Seite dient. Dazu gehört die Delegitimierung der anderen Seite, die Leugnung des quasi konkurrierenden Narrativs, denn dieses zu akzeptieren hieße, das eigene Narrativ in Frage zu stellen. So hat z.B. die israelische Regierung die Verwendung des Begriffs *Nakba* in israelischen Schulbüchern untersagt, weil dies als Delegitimierung der Staatsgründung Israels empfunden wird. Die Würdigung der jüdischen Opfer des *Holocaust* gilt wiederum in Palästina noch immer als politisch heikel, weil befürchtet wird, die Anerkennung der Juden als Opfer könnte die eigene Opferrolle im aktuellen Konflikt und politische Ansprüche unterminieren.

Für das jeweils kollektive Narrativ und die nationale Identität des israelisch-jüdischen und des palästinensisch-arabischen Volkes ist die Opferrolle quasi konstitutiv. Unabhängig von der historischen Unvergleichbarkeit stellt die *Nakba* im palästinensischen Bewusstsein das dar, was für die Israelis der *Holocaust* bedeutet: ein historisches Ereignis und eine kollektive Erfahrung, die noch heute wesentlich die Wahrnehmung der Gegenwart und das politische Handeln prägt. In der kollektiven Erinnerung des Zionismus ist die Opferrolle bereits angelegt, und «man kann es durchaus als Ironie der Geschichte betrachten, dass die Gründung des Staates Israel – ganz im Gegensatz zur ursprünglichen zionistischen Erwartung – nicht das Ende der Wahrnehmung von Juden oder Israelis

28 Thorsten Thiel, Von der Staatsgründung zu den «neuen Historikern» – Israels Identität im Wandel, in: *hamburg review of social sciences* (hrss), Jahrgang 1, Heft 1 (Januar 2006), S. 65; abrufbar unter http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/hrss0601_thiel.pdf

Karte 4: Israelische „Trennungsmauer“ (2008)



Quelle: Böhme/Kriener/Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag 2009, 4. vollst. überarb. und akt. Aufl.

als Opfer einleitete».²⁹ Das narrative Pendant zum Juden/Israeli als «ewigem Opfer» ist auf palästinensischer Seite die Rolle als «Opfer der Opfer». Für beide Seiten gilt: Die Opferrolle ist politisch bequem. Sie erweckt Mitleid und Sympathie – aber immunisiert auch gegen Empathie mit dem Leiden der anderen. Sie kann im politischen Alltagsgeschäft funktionalisiert werden und Unterstützung mobilisieren. Jegliche Gewalt wird zur «Notwehr», zur «legitimen Verteidigung». Diese Opferidentität exkulpiert gleichzeitig und scheint das Opfer der Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft zu entheben, denn die Verhältnisse kann ja nur einer verändern: der Täter. Aber funktioniert diese schlichte Dichotomie von Opfer und Täter im Nahen Osten? Lassen sich in diesem Konflikt so einfach Täter und Opfer identifizieren?

Es gibt Zeichen paradoxer Hoffnung: Seit einiger Zeit ist auf beiden Seiten des Konflikts eine Entmystifizierung der Geschichte(n) zu beobachten. Eine neue Generation israelischer Historiker stöbert seit den 1980er-Jahren in den Archiven, entkleidet viele der zionistischen Gründungsmythen ihres apologetischen Gehalts und erschüttert die kollektiven Erinnerungsstrukturen.³⁰ Auch auf palästinensischer Seite beschäftigen sich seit einigen Jahren mehr und mehr Wissenschaftler kritisch mit der eigenen Geschichte³¹, was nicht selten auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik der PLO oder der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) führt. Populär sind diese kritischen Geister auf beiden Seiten nicht. Wer sich von der offiziellen Erinnerungskultur absetzt oder sie in Frage stellt, wird nicht selten des Verrats an der nationalen Sache bezichtigt.

Gewiss wird es noch lange Zeit dauern, bis sich die nationalen Historiografien von vermeintlichen politischen Zwängen werden lösen können und nicht nur «kollektive Narrative» argumentativ unterlegen. Auch wenn die Bedeutung der revisionistischen Historiker in beiden Lagern nicht unterschätzt werden darf, weil sie nationale Konsense aufbrechen, Tabus berühren und vielleicht sogar neue Handlungsperspektiven eröffnen, so wird man wohl noch einige Zeit warten müssen, bis in beiden Gesellschaften der offene Diskurs über die (gemeinsame) Geschichte zu einer Selbstverständlichkeit wird. Natürlich verdienen derar-

29 Moshe Zimmermann, Die kollektive Erinnerung der Opfer, in: Wonderyears – Über die Rolle der Shoah und des Nationalsozialismus in der heutigen israelischen Gesellschaft, Berlin: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e.V. 2003, S. 37.

30 Zur Generation der sogenannten «neuen (postzionistischen) Historiker» gehören mit zahlreichen Werken und Studien vor allem Simcha Flapan, Benny Morris, Avi Shlaim, Tom Segev, Moshe Zimmermann und Ilan Pappé. Nur einige Werke erschienen bisher auf Deutsch. Grundlegend z.B. Simcha Flapan, *Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit*, München: Melzer 2006 (Die Originalausgabe erschien bereits 1987) oder Tom Segev, *Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates*, München: Siedler 2008 (Originalausgabe 1986); Tom Segev, *1967 – Israels zweite Geburt*, München: Siedler 2007; Ilan Pappé, *Die ethnische Säuberung Palästinas*, Frankfurt: Verlag Zweitausendeins 2007. Vgl. dazu den Überblick mit weiteren Hinweisen von Thorsten Thiel (2006), a.a.O., S. 64 ff.

31 Dazu gehören Rashid Khalidi, Edward Said, Sari Nusseibeh, Walid Khalidi, Beshara Doumani u.a. Viele der Studien liegen neben Arabisch nur in englischer Sprache vor.

tige Entwicklungen unsere Unterstützung. Aber (westliche) Ungeduld ist kaum angebracht, fehlt es doch eben an beidem, was für eine (selbst)kritische Aufarbeitung der Geschichte notwendig ist: der friedlichen Konfliktbeilegung und der historischen Distanz.

VII

Der andauernde Konflikt und die deutsch-europäisch-amerikanische Fixierung auf das jüdisch-zionistische Narrativ haben in den letzten Jahrzehnten auch den differenzierten Blick auf die Lebenswirklichkeit der Palästinenser in den besetzten palästinensischen Gebieten erschwert. Auf die weitverbreitete Unkenntnis des Flüchtlingsschicksals von Millionen von Palästinensern wurde schon hingewiesen. Dass die Palästinenser die größte Flüchtlingsbevölkerung weltweit darstellen, 1948 etwa drei Viertel der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat geflüchtet sind oder vertrieben wurden und wahrscheinlich etwa die Hälfte der Palästinenser heute außerhalb Palästinas leben, sind prägende Facetten einer Realität, die vielen von uns bei der Beschäftigung mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt kaum gegenwärtig ist. Die palästinensische Bevölkerung in Palästina/Israel und in aller Welt ist alles andere als eine monolithische Einheit.

Die Feierlichkeiten zum 60. Gründungsjubiläum des Staates Israel waren auch in Deutschland Anlass für vielfältige Darstellungen und Analysen der Entwicklungen des jüdischen Volkes, der israelischen Gesellschaft und des jüdischen Staates. Nur selten geriet in den Blick, dass die israelische Staatsgründung 1948 und die israelische Besatzung 1967 auch für die Palästinenser dramatische gesellschaftliche Veränderungen mit sich brachten. Flucht und Vertreibung führten ja nicht «nur» zu einer Dezimierung der arabischen Bevölkerung in Palästina. Durch die weitgehende Flucht der arabisch-palästinensischen politischen und ökonomischen Eliten kam es quasi zu einer Enthauptung der Gesellschaft; diese setzte sich unter der Besatzung nach 1967 – wenn auch in geringerem Umfang – fort, indem ökonomische Perspektivlosigkeit große Teile der Eliten ins Ausland trieb und politische Führungskräfte deportiert oder inhaftiert wurden. Mit dem Verlust des Landes, der ja nicht ein einmaliges Ereignis darstellte, sondern sich in unterschiedlichster Gestalt in Israel auch nach 1948 und in den besetzten Gebieten nach 1967 im Zuge der Judaisierung von Gebieten fortsetzte, verlor eine weitgehend agrarisch strukturierte Gesellschaft ihre Grundlage durch Enteignung von Land für jüdische Siedlungen, Städte und ihre Infrastruktur, für militärische Anlagen und nicht zuletzt den Mauerbau. Die Ausrichtung der palästinensischen Wirtschaft in den besetzten Gebieten auf die Bedürfnisse der israelischen Wirtschaft und die Integration von Zigtausenden palästinensischer Arbeitskräfte in den israelischen Arbeitsmarkt erlaubte in den ersten Jahrzehnten der Besatzung nicht die Entwicklung einer ohnehin auf schwachen Füßen stehenden eigenständigen Wirtschaft. Aufgrund dieser durch die israelische Besatzungspo-

litik induzierten «De-Entwicklung»³² war die palästinensische Wirtschaft nach Einführung der Trennungspolitik in den 1990er-Jahren denkbar schlecht auf die neue Situation vorbereitet. Besonders dramatisch ist die humanitäre Situation im Gazastreifen aufgrund der Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur durch die israelische Blockade. Das System der Reisebeschränkungen und Bewegungskontrollen innerhalb der besetzten Westbank setzt auch dort der wirtschaftlichen Entwicklung – internationalen Finanzhilfen zum Trotz – deutliche Grenzen. Wenn fast ein Drittel der Menschen in den palästinensischen Gebieten von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst abhängig sind, dann mag man das als ein Zeichen ungesunder Wirtschaftsstrukturen beklagen, doch dieser Zustand sichert eine gewisse soziale Stabilität – solange durch ausländische Budgethilfen die Entlohnung gesichert ist. Eine derartige Rentierwirtschaft, noch dazu unter einer Besatzung, prägt nicht nur die politischen und ökonomischen Beziehungen zum Ausland, sondern auch die innergesellschaftlichen Beziehungen und Entwicklungschancen.

Unter dem Einfluss der Besatzung und allgemeiner Modernisierungstendenzen haben sich auch in den gesellschaftlichen und familiären Beziehungen vielfältige und widersprüchliche Veränderungsprozesse entwickelt. Traditionell bedeutsame Clanstrukturen verloren einerseits an Bedeutung, andererseits werden sie in politischen und wirtschaftlichen Notsituationen wiederbelebt. Bei den demokratischen Wahlen zu den Kommunalparlamenten 2005 und zum Palästinensischen Legislativrat 2006 erlebten wir einerseits früher kaum vorstellbare konkurrierende Kandidaturen aus Großfamilien für unterschiedliche «Parteien», andererseits wurden viele Frauen bis in die Wahlkabine von ihren Ehemännern begleitet, die bei der Stimmabgabe «assistieren» wollten. Sogar die islamistische Hamas sah sich bei den Wahlen gezwungen, wegen der vorgeschriebenen Frauenquote Kandidatinnen aufzustellen. Immer häufiger verlassen auch junge Frauen Palästina für eine Ausbildung im Ausland, während andere den von den Eltern ausgewählten Bräutigam ehelichen. Patriarchale Strukturen geraten ins Wanken, wenn aufgrund jahrelanger Inhaftierung des Familienoberhauptes die Mutter für den Lebensunterhalt der Familie zu sorgen hat. Und wenn humanitäre Notlagen und bürgerkriegsähnliche, anarchische Verhältnisse das Überleben gefährden, dann bietet eben doch wieder nur der Clan Schutz und Sicherheit, und es droht eine Re-Tribalisierung der sozialen Beziehungen.

Hinter diesen Streiflichtern gesellschaftlicher Transformationsprozesse verbergen sich oft Gegensätze zwischen Stadt und Land, Reich und Arm, Flüchtlingen und Ansässigen, Säkularen und Religiösen, aus dem Exil (Tunesien) Heimgekehrten und in Palästina Gebliebenen. Hier werden Bruchlinien sichtbar, die in unterschiedlichster Form auch anderen Gesellschaften eigen sind, aber in der Konfliktsituation oft eine eigene Dynamik entfalten. Die gesellschaftli-

³² Vgl. zur wirtschaftlichen Entwicklung Sara Roy (1995), *The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development*, Washington 1995; Sara Roy (1999): *De-development revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 28, No. 3 (Frühjahr 1999), S. 64-82.

chen Interaktionen sind natürlich auch von der Gewalt der andauernden Besatzung geprägt, der fast täglichen Demütigung an *check points*, den willkürlichen Kontrollen, den Verhören bei der Beantragung von Reisegenehmigungen, den nächtlichen Razzien, den Inhaftierungen (mehr als die Hälfte aller palästinensischen Männer saß schon einmal in israelischen Gefängnissen). Das trägt bei zu dem uns so fremden Märtyrerkult, zur Heroisierung des bewaffneten Widerstands, zum sympathisierenden Verständnis für Selbstmordattentate, zum gnadenlosen Umgang mit Kollaborateuren und zur weitverbreiteten Ablehnung des Dialogs mit Israelis, die nur zu verstehen ist als Widerstand gegen eine «Normalisierung» der desolaten Besatzungssituation, als Verweigerung des Sich-Abfindens mit der Okkupation. Und dennoch ist überall und immer wieder der verzweifelte Versuch erkennbar, trotz widriger Umstände, trotz Gewalt und Not, trotz Besatzung und internen Auseinandersetzungen, wenigstens das eigene Leben zu «normalisieren» und die «Situation» im Alltag erträglich zu gestalten – eine Bevölkerung im permanenten Ausnahmezustand.

VIII

Palästinensische Existenz ist heute in einzigartiger Weise vielfältig. Im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina allein können mindestens vier «Kategorien» von Palästinensern unterschieden werden:

- Etwa 1,5 Millionen Palästinenser leben in Israel. Sie sind israelische Staatsbürger, stellen aber eine diskriminierte Minderheit im jüdischen Staat dar. Sie werden von den anderen Palästinensern die «48er» genannt, weil sie (und ihre Nachfahren) im Krieg 1948 in Israel geblieben sind. Jüdische Israelis bezeichnen sie als israelische Araber oder arabische Israelis, auf jeden Fall nicht als Palästinenser.
- In der Westbank leben etwa 2,5 Millionen Palästinenser seit mehr als vierzig Jahren unter israelischer Besatzung mit einer beschränkten Autonomie. Nur noch eine Minderheit von ihnen kann sich an ein Leben ohne diese Besatzung erinnern. Etwa ein Drittel der Bevölkerung (etwa 800.000) sind registrierte Flüchtlinge, davon leben 200.000 noch in Flüchtlingslagern. Durch die Oslo-Abkommen wurde der Bevölkerung zwar eine begrenzte, heute von Fatah oder Fatah-nahen Kräften dominierte Selbstverwaltung unter dem Präsidenten Mahmud Abbas und dem Ministerpräsidenten Salam Fayad gewährt, doch dieses palästinensische Gebiet ist durch den Mauerbau und rigide Reisebeschränkungen weitgehend von Israel abgeschnitten und von ausländischer Hilfe abhängig.
- Im Gazastreifen beläuft sich die Zahl der Palästinenser auf etwa 1,5 Millionen. Mehr als zwei Drittel sind bei der UNRWA als Flüchtlinge registriert, die Hälfte von ihnen (etwa 500.000) wohnt in einem der acht Flüchtlingslager. Nach dem Rückzug des israelischen Militärs 2005 hat sich der Besatzungs- in einen Belagerungszustand verändert. Israel kontrolliert alle Zugänge zu diesem Territorium – nur ein Grenzübergang nach Ägypten ist sporadisch

geöffnet und erlaubt einer begrenzten Zahl von Personen die Ein- und Ausreise – und hat jahrelang über den Gazastreifen eine Blockade verhängt, so dass die Infrastruktur weitgehend zusammenbrach und angesichts der humanitären Katastrophe bis zu drei Viertel der Bevölkerung von ausländischer Lebensmittelhilfe abhängig war. Seit 2007 ist der Gazastreifen faktisch von der Westbank abgeschnitten und steht unter der Kontrolle der islamistischen Hamas.

- Schließlich leben etwa 250.000 Palästinenser in dem von Israel annektierten Ostteil Jerusalems mit einem Rechtsstatus, der sich von dem der anderen Palästinenser in Israel, der Westbank und dem Gazastreifen unterscheidet. Die palästinensischen Jerusalemer sind im Allgemeinen keine israelischen Staatsbürger, obwohl sie es werden könnten.³³ Sie werden als «ständige Einwohner» (*permanent residents*) behandelt und genießen weitgehend die Rechte israelischer Staatsbürger. Im Zuge des Mauerbaus wurde Ost-Jerusalem als kulturelles, politisches und wirtschaftliches Zentrum weitgehend von dem Westjordanland abgeschnitten.

Diese vier Segmente der palästinensischen Bevölkerung im ehemaligen Mandatsgebiet Palästina umfassen jedoch nur einen Teil des palästinensischen Volkes. Die Fragmentierung des Volkes setzt sich auch außerhalb der Heimat fort:

- Geht man heute von etwa 10 Mio. Palästinensern in aller Welt aus – fast alle Zahlen beruhen auf Schätzungen und sind politisch heftig umstritten –, so lebt wahrscheinlich etwa die Hälfte aller Palästinenser außerhalb Israel/Palästinas.
- Knapp die Hälfte der Palästinenser (4,8 Mio.) in aller Welt sind als Flüchtlinge registriert. Die meisten von ihnen (knapp 3 Mio.) leben nicht in Israel/Palästina, sondern in den umliegenden arabischen Ländern wie Jordanien, Syrien, Libanon und Ägypten. Mehr als ein Viertel der registrierten Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und dem Libanon wohnen seit mehr als sechzig Jahren in Flüchtlingslagern.
- Jordanien beherbergt mit fast 3 Mio. die größte Zahl exilierter Palästinenser, gefolgt von jeweils etwa 400.000 in Syrien und dem Libanon. Insgesamt leben fast 5 Mio. Palästinenser im arabischen Raum. Ihre statusrechtliche Situation ist sehr unterschiedlich: In Jordanien wurde ihnen die Staatsbürgerschaft verliehen, in den meisten arabischen Ländern gelten sie als staatenlos. Sie leben zum Teil in erbärmlichen Flüchtlingslagern oder als diskriminierte Minderheit, zum Teil wurde ihnen die Integration ermöglicht, einigen

33 Mit der Ausdehnung der israelischen Jurisdiktion auf Ost-Jerusalem annektierte Israel das Territorium, aber nicht dessen Bewohner. Israel räumte den arabischen Einwohnern das Recht ein, die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Aus palästinensischer Sicht käme jedoch die Annahme der israelischen Staatsbürgerschaft einer Anerkennung der israelischen Besatzung und Annexion gleich, so dass diese Möglichkeit weitgehend boykottiert wird. Nur wenige Tausend arabische Einwohner Ost-Jerusalems haben deshalb von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Tabelle: Palästinenser in aller Welt 2008 (Schätzungen)

Land / Region	Palästinenser in aller Welt			
	PCBS	PASSIA 2001	PCBS 2004	BADIL 2008
Jordanien		2.598.000	2.839.639	2.478.424
Libanon		388.000	421.292	460.490
Syrien		395.000	422.699	488.656
Saudi-Arabien		287.000	314.226	341.770
Golfstaaten		152.000	166.086	Kuwait: 43.713 Golfstaaten: 137.785
Ägypten		58.000	62.846	75.706
Libyen & Irak			117.276	9.585 14.937
(Andere) Arabische Staaten	4.876.480 (44,4 %)	113.000	6.621	7.236
Vereinigte Staaten von Amerika		216.000	238.721	261.420
Andere Länder	626.824 (5,7 %)	275.000	303.987	Australien: 31.422 Kanada: 52.284 Chile: 365.987
Europa				Österreich: 1.151 Dänemark: 24.051 Finnland: 1.046 Frankreich: 3.142 Griechenland: 3.142 Großbritannien: 15.685 Deutschland: 146.395 Italien: 4.183 Niederlande: 10.457 Norwegen: 3.137 Polen: 1.046 Schweden: 41.827
Palästinenser außerhalb Israel/Palästina	5.503.304	4.482.000	4.913.393	
Israel	1.360.214 (12,4 %)			
Palästinensische Gebiete	4.108.631 (37,5 %)			
Gesamt	10.972.150 (100 %)			

Erläuterungen: Die Ermittlung zuverlässiger Bevölkerungszahlen der Palästinenser in aller Welt ist praktisch unmöglich, weil

- diese nicht überall gesondert statistisch erfasst werden,
- viele Palästinenser inzwischen eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben,
- zwischen Flucht und Auswanderung im Allgemeinen nicht unterschieden wird und
- die Schätzungen häufig einen politischen Hintergrund haben.

gelang der Aufstieg in die wirtschaftliche, kulturelle oder politische Elite der Gastländer.

- Hunderttausende von Palästinensern haben in den letzten Jahrzehnten auf der Suche nach beruflichen Perspektiven die palästinensischen Gebiete verlassen und fanden – zumindest zeitweise – Arbeit in anderen arabischen Staaten, vorwiegend den Golfstaaten. Mit ihren Einkommen unterstützten sie oft in erheblichem finanziellem Umfang ihre Familien in der palästinensischen Heimat. Viele dieser – nie offiziell registrierten – Arbeitsmigranten mussten allerdings auch wieder aufgrund politischer Umstände ihre Gastländer verlassen und heimkehren.
- Vielen Palästinensern wurde in Europa Asyl gewährt, Hunderttausende haben im Ausland studiert. Die meisten von ihnen kehrten als Akademiker z.B. aus Rumänien oder Großbritannien, aus den USA oder der Sowjetunion, der BRD oder der DDR zurück und brachten ihre sehr unterschiedlichen beruflichen und politischen Erfahrungen in die palästinensische Realität ein. Andere kehrten aufgrund der politischen Situation und ökonomischer Perspektivlosigkeit nicht in die Heimat zurück. Sie blieben in ihren Gastländern, integrierten sich beruflich und privat, nahmen die jeweilige Staatsangehörigkeit an – und wollen dennoch nicht ihre palästinensische Identität aufgeben.
- Schon vor der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete 1967 gab es eine nicht unerhebliche Emigration. Vor allem Angehörige der kleinen christlichen Minderheit wanderten in die USA oder nach Südamerika aus und bildeten dort Gemeinden, die an Mitgliederzahl auch schon einmal die Heimatdörfer in Palästina übertreffen. Gelang ihnen der soziale Aufstieg, so wird für den Lebensabend nicht selten in ein Haus in der palästinensischen Heimat investiert, um damit die Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen.

IX

Nur wer sich diese Vielfalt palästinensischer Existenz und sozialer wie politischer Transformationsprozesse vergegenwärtigt, wird viele der politischen Entwicklungen und innerpalästinensischen Auseinandersetzungen verstehen können. Denn natürlich generieren die unterschiedlichen Lebenssituationen auch unterschiedliche Interessen: Ein Flüchtling, der in einem libanesischen Lager sein Leben fristet, ein palästinensischer Facharzt, der in London eine Klinik leitet, ein Arbeiter in Jenin, der abends nicht weiß, ob er am nächsten Morgen wegen der israelischen Straßensperren seinen Arbeitsplatz erreicht, und ein arbeitsloser Kioskbesitzer in Khan Yunis, der im Gazastreifen auf die wöchentliche Lebensmittelration der UNRWA für seine Familie wartet – der Zusammenhang zwischen persönlichen und politischen Perspektiven ist sehr unterschiedlich. Dass sich nicht nur die geografische, sondern auch die soziale Fragmentierung in divergierenden politischen Orientierungen widerspiegelt, erscheint dann fast folgerichtig. Dies gilt auch gerade für die palästinensischen Gebiete: Für den Flüchtling im Lager in Rafah (Gazastreifen) oder Hebron (Westbank) hat das politisch

so umstrittene Rückkehrrecht eine andere Relevanz als für den seit Generationen in Tulkarem oder Nablus lebenden Palästinenser. Der arbeitslose junge Palästinenser aus dem Flüchtlingslager bei Bethlehem wird über die Fortsetzung der Intifada und einen Generalstreik aus Protest gegen die Besatzung anders denken als der zur Mittelschicht gehörende Ladenbesitzer in Nablus, für den jeder Tag der Geschäftsschließung finanzielle Verluste mit sich bringt.

Jede politische Führung der Palästinenser bewegt sich also in einem äußerst komplexen politischen Umfeld. Angesichts unterschiedlicher Interessen und unterschiedlicher Überzeugungen hinsichtlich der Ziele und Strategien des politischen Kampfes ist das Ringen um Einheit ein wesentliches Element der politischen Auseinandersetzungen gewesen. Natürlich wollen die Palästinenser, die außerhalb Palästinas leben, bei der Entscheidung über das Rückkehrrecht und etwaige Entschädigungen der Flüchtlinge mitreden. Palästinenser, die seit Jahrzehnten unter der Besatzung und den täglichen Menschenrechtsverletzungen leiden, haben jedoch vielleicht ein primäres Interesse an der Beendigung dieser Situation. Auch geht es in dem Konflikt um Jerusalem um eine auch für nicht-palästinensische Muslime heilige Stadt. Die religiöse Bedeutung der heiligen Stätten ist gewachsen und macht die Berücksichtigung nicht nur islamischer Kräfte in Palästina, sondern auch außerhalb (vor allem Jordanien und Saudi-Arabien quasi als islamische «Schutzmächte» der Heiligtümer) notwendig. Die fast völlige ökonomische und finanzielle Abhängigkeit der PA von ausländischer Hilfe fordert auch ihren politischen Preis. Der dem Hamas-Wahlsieg 2006 folgende, fast zweijährige finanzielle Boykott der palästinensischen Gebiete, der fast zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt hätte, hat deutlich gezeigt, dass ein gewisses politisches Wohlverhalten Voraussetzung für die ausländische Unterstützung ist.

Die politische Führung in Ramallah sieht sich also vielfältigen Mitbestimmungsansprüchen, Einflüssen und Zwängen ausgesetzt. Zwar fungiert die PLO als legitime Vertretung des gesamten palästinensischen Volkes und ist als solche auch völkerrechtlich der Vertragspartner Israels³⁴, doch die personelle Identität von PLO- und PA-Führung – der Präsident der PA, Mahmud Abbas, ist wie sein Vorgänger Yassir Arafat gleichzeitig Vorsitzender der PLO, die Mitglieder des palästinensischen Parlaments in den Autonomiegebieten sind *qua* Amt auch Mitglieder des Palästinensischen Nationalrats, des «Parlaments» der PLO – macht die unterschiedlichen institutionellen Zuständigkeiten politisch weitgehend obsolet. Die seit Juni 2007 existente politische Spaltung in eine Fatah-dominierte PA in Ramallah und eine Hamas-geführte PA in Gaza hat nicht nur die politische Legitimation der PA, sondern auch die der PLO unterminiert, weil in ihr die islamistischen Kräfte nicht repräsentiert sind. Über Jahrzehnte zeichnete sich die PLO – im Vergleich zu anderen Befreiungsbewegungen – durch eine gewisse

34 Gemäß den Oslo-Verträgen leitet die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ihre Legitimität als Selbstverwaltungsbehörde und Repräsentantin der Bevölkerung in den Gebieten nur von der PLO ab.

Pluralität aus, doch die Integration islamistischer Gruppen und Bewegungen, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewannen, gelang nicht. Diesbezügliche politische Bemühungen von Fatah und Hamas um eine Reform der PLO blieben bislang ohne Erfolg. Es ist – vorsichtig ausgedrückt – eine große Herausforderung für jede politische Führung, angesichts der skizzierten Vielfalt palästinensischer Lebenswelten, politischer Interessen, interner Zwänge und Interdependenzen die in der Auseinandersetzung mit Israel notwendige Geschlossenheit und Durchsetzungsfähigkeit herzustellen. Optimisten halten es für eine Herkulesaufgabe, Pessimisten für eine Sisyphusarbeit.

X

Doch palästinensische Politik wird in vielfältiger Weise auch von externen Kräften beeinflusst und geprägt. Auch hier gilt es, die deutsche und «westliche» Wahrnehmung zurechtzurücken. Welche Auswirkungen unsere Nahostpolitik auf die israelische Politik, die inner-israelischen Kräftekonstellationen und die deutsch-israelischen Beziehungen haben könnte, ist selbstverständlicher Teil jedes friedenspolitischen Diskurses über externe politische Interventionen. Stärken wir mit Kritik die friedensbereiten Kräfte oder die unversöhnlichen Hardliner? Verfestigen wir mit Sanktionen nur die israelische Wagenburgmentalität? Ist stille Diplomatie friedensfördernder als die öffentliche Auseinandersetzung?

Es erscheint bemerkenswert, dass die Folgen unseres politischen Handelns und unserer Positionierungen für die palästinensische Politik im Allgemeinen nicht thematisiert werden. Dabei ist offensichtlich, dass die Nahostpolitik der EU, der USA oder des Nahost-Quartetts natürlich auch einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der palästinensischen Bewegung und die politischen Verhältnisse in Palästina haben. Auch hier können wir verhandlungsbereite, demokratische und menschenrechtsorientierte Kräfte stärken oder schwächen. Leider ist festzustellen, dass oft das Gegenteil dessen bewirkt wird, was einem substanziellen Friedensprozess und einer demokratischen Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft dienlich wäre. Sicherung einer vermeintlichen Stabilität und Aufrechterhaltung der Fassade eines Verhandlungsprozesses, kurzfristiges Krisenmanagement und Rücksicht auf israelische Interessen genießen meist Priorität. So sind z.B. Reformforderungen an die Palästinenser von politischen Konjunkturen abhängig: Mal fordert das Nahost-Quartett die Entmachtung des palästinensischen Präsidenten Arafat durch Einführung eines Ministerpräsidentenamtes, das 2003 Mahmud Abbas übernahm, dann soll der Ministerpräsident – es war Ismael Haniyeh von der Hamas, der 2006 durch das neugewählte palästinensische Parlament gewählt wurde – kaltgestellt werden durch Stärkung des Präsidenten Abbas. Mal wird Israel aufgefordert, den Siedlungsbau einzufrieren, um die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu ermöglichen, dann wird wegen der fortgesetzten Weigerung Israels von der palästinensischen Führung erwartet, von dieser Forderung Abstand zu nehmen. Wahlen werden nur unterstützt, wenn das gewünschte Wahlergebnis vorhersehbar erscheint. Palästin-

sischen Wählern wird schon im Wahlkampf mit finanziellen Sanktionen gedroht, sollten sie «falsch» wählen. Unerwünschte Wahlergebnisse werden sanktioniert. Die politische Spaltung der palästinensischen Gebiete wird überall beklagt, doch jede nationale Versöhnung wird erheblich erschwert, weil wieder Boykotte angekündigt werden, wenn die Versöhnung nicht mit einer völligen Unterwerfung der Hamas verbunden ist. Gegenüber den Palästinensern wurde jahrelang auf einer Erfüllung der Bedingungen aus der *Road Map* bestanden, während man sich mit Forderungen gegenüber Israel vornehm zurückhielt. Diese Politik gegenüber der politischen Führung in Ramallah belegt nicht nur den Vorwurf politischer Doppelmoral und untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit europäischer und amerikanischer Politik im Nahen Osten, sondern schwächt auch die Position der verhandlungsbereiten und der demokratischen Kräfte in Palästina. Das lässt sich nicht allein mit finanziellen Zuwendungen kompensieren. Der Umfang der Finanzhilfen für die PA in Ramallah erweckt oft den Eindruck eines Surrogats für eine substanzielle Politik, die auf die Beendigung der Besatzung zielt. Geld als Trostpflaster für die mangelnde politische Unterstützung, zumal diese Mittel strukturell der Aufrechterhaltung des Besatzungszustands dienen, indem sie Israel weitgehend von seinen völkerrechtlichen, d.h. eben auch finanziellen Pflichten als Besatzungsmacht entlasten.

Ein weiteres Beispiel für die kontraproduktiven Wirkungen westlicher Nahostpolitik ist der Umgang mit der islamistischen Hamas. Mit dem politischen Boykott, den finanziellen Sanktionen und der Duldung der israelischen Blockadepolitik gegenüber dem Gazastreifen hoffte man, Hamas in die Knie zu zwingen. Statt Versuche zu unternehmen, die gemäßigten Kräfte innerhalb von Hamas zu stärken und in einen politischen Prozess einzubinden, wurden für Gespräche Vorbedingungen aufgestellt, die eigentlich erst Gegenstand von Verhandlungen sein können. Die Dilemmata einer Strategie des Dialogs mit dem politischen Islam können nicht geleugnet werden, doch zu bedenken bleibt, dass die westliche Isolierungsstrategie gegenüber Hamas zu einer Stärkung der militanten Kräfte innerhalb der Organisation geführt und Solidarisierungseffekte ausgelöst hat, die die Region dem Frieden nicht näher brachten. Heute sitzt die von Hamas geführte «Regierung» im Gazastreifen fester im Sattel denn je. Der Scherbenhaufen westlicher Nahostpolitik gründet nicht zuletzt auf der Unfähigkeit – oder dem Unwillen –, die Auswirkungen politischen Tuns – oder Unterlassens – auf die politische Landschaft in Palästina ins Kalkül zu ziehen.

Die EU unterstützt seit Beginn des Oslo-Prozesses mit erheblichen finanziellen Mitteln die PA und hat sich in unzähligen Erklärungen der Förderung einer Zwei-Staaten-Regelung verpflichtet. Auch die USA haben sich nun seit einigen Jahren zu diesen politischen Zielsetzungen bekannt. Die Kritik an israelischer Politik, die eine Realisierung dieser Zwei-Staaten-Regelung immer schwieriger macht, wird mal mehr, mal weniger deutlich geäußert. Doch den vielen Worten folgen keine Taten! Es kann deshalb nicht verwundern, dass eine palästinensische Führung, die sich für die strategische Option eines Verhandlungsfriedens und eines historischen Kompromisses entschieden hat, nach fast zwanzig Jahren

ergebnislosen Verhandeln einen schweren Stand hat. Der Verhandlungskurs der palästinensischen Führung hat bislang kaum positive Ergebnisse gezeitigt. Das liegt nicht nur an palästinensischem Unvermögen oder israelischer Unversöhnlichkeit, sondern auch an internationaler Untätigkeit. Der sogenannte Friedensprozess, der die Tür zu einem gerechten und dauerhaften Frieden aufstoßen sollte und an den so viele Hoffnungen, gerade auch unter der palästinensischen Bevölkerung, geknüpft wurden, ist für viele Palästinenser inzwischen zu einem Synonym für die Aufrechterhaltung der israelischen Besatzung unter amerikanisch-europäischer Schirmherrschaft geworden.

Kein Wunder, dass in den palästinensischen Gebieten mit zunehmender Intensität über eine «Ein-Staat-Regelung» debattiert wird: Aufgabe der Ambitionen für einen eigenen Staat, stattdessen Kampf um gleiche Bürger- und Menschenrechte in einem gemeinsamen demokratischen Staat. Der Kampf der Schwarzen in Südafrika gegen den weißen Apartheidstaat soll als Vorbild dienen. Und periodisch kehrt die Diskussion über eine freiwillige Auflösung der PA wieder. Warum die zweifelhafte Fassade einer Autonomie aufrechterhalten, wo doch die ohnehin sehr begrenzten Selbstverwaltungskompetenzen ständigen Interventionen der Besatzungsmacht ausgesetzt sind, die finanzielle Abhängigkeit von ausländischer Hilfe existenziell ist und für eine eigenständige Entwicklung kaum Spielräume bestehen? Soll nicht die Besatzungsmacht wieder die volle politische und finanzielle Verantwortung für das Wohlergehen der besetzten Bevölkerung gemäß den völkerrechtlichen Normen übernehmen? Wozu Israel eine «Besatzung light» ermöglichen? Vielleicht wird erst ein derartiger Zusammenbruch der politisch so bequemen Fassade des Oslo-Prozesses Israel zu einer Politikänderung zwingen? Diese Diskurse sind Ausdruck von Resignation und Verzweiflung, nicht zuletzt von Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung der entscheidenden externen Akteure auf der nahostpolitischen Bühne. Noch werden diese alternativen Optionen nur von kleinen Minderheiten vertreten, doch die andauernde Lähmung des politischen Prozesses könnte diesen Diskursen eine ungewollte Dynamik verleihen.

XI

Der Arabische Frühling hat in den palästinensischen Gebieten bislang keine demokratische Revolution ausgelöst. Dabei hätten auch die Palästinenser sowohl in der Westbank als auch im Gazastreifen durchaus Grund, für mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu demonstrieren.

Die wechselvolle demokratische Entwicklung ist immer wieder von Fortschritten und Rückschlägen gekennzeichnet. Zwar fanden 2005/2006 endlich demokratische Wahlen statt, die den Palästinensern ein doppeltes Paradoxon bescherten: Die erste arabische Demokratie begann sich unter der militärischen und völkerrechtswidrigen Besatzung durch die bislang einzige Demokratie in der Region – Israel – zu entfalten, indem der einzige Präsident und das einzige Parlament eines arabischen Landes, die sich einer demokratischen Legitima-

tion rühmen können, in Palästina gewählt wurden. Obwohl allen arabischen Staaten staatliche Souveränität zuerkannt wird, fanden also ausgerechnet in dem arabischen Land, dem bislang das nationale Selbstbestimmungsrecht verwehrt wird, freie Wahlen statt. Und dennoch bleibt festzustellen, dass «Demokratie» in Palästina nur so weit stattfindet wie es das israelische Besatzungsregime – und externe Akteure – zulassen. Gewiss, auch Yassir Arafat war keine demokratische Lichtgestalt. Wo es ihm zum eigenen Machterhalt notwendig erschien, hat er demokratische Bestrebungen behindert und sabotiert. Die palästinensische Führungsschicht hat bei der Demokratisierung der Gesellschaft und der politischen Entscheidungsprozesse nur in begrenztem Maß Ehrgeiz entwickelt. Erst nach dem Tod Arafats setzte nicht zuletzt durch das Engagement einer vielfältigen Zivilgesellschaft eine Demokratisierung ein.

Doch vor allem nach dem Wahlsieg der Hamas hat der demokratische Aufbruch herbe Rückschläge hinnehmen müssen. Die politische Spaltung Palästinas, die israelische Okkupationspolitik und ausländische Einflussnahme haben die Entwicklung gestoppt. Das palästinensische Parlament ist funktionsunfähig (abgesehen davon, dass seine Amtszeit inzwischen abgelaufen ist), weil etwa ein Drittel der Abgeordneten in israelischen Gefängnissen sitzt. Sowohl der «Regierung» des Ministerpräsidenten Fayad in Ramallah als auch des ehemaligen Ministerpräsidenten Haniyeh im Gazastreifen fehlt die verfassungsrechtliche Legitimation und demokratische Kontrolle. Es wird nur mit Dekreten «regiert». Auch die Amtszeit des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas ist längst abgelaufen. Wahlen sind jedoch nicht in Sicht. Noch bedenklicher sind aber die bürger- und menschenrechtlichen Defizite, die sich seit der gewaltsamen Machtübernahme durch die Hamas im Gazastreifen entwickelt haben. Politische Gegner werden verhaftet, unliebsame Organisationen verboten, kritische Journalisten eingeschüchtert und Demonstrationen gewaltsam auseinandergetrieben. Repressionsmaßnahmen sind nicht nur im Gazastreifen zu beobachten, wo dieser Prozess auch noch von einer schleichenden Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens verstärkt wird, sondern ebenso, wenn auch in geringerem Maße, in der Westbank.

Der Regierung Fayad ist es in den letzten Jahren gelungen, im Rahmen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik die durch die Intifada und finanzielle Sanktionen verschärfte soziale und wirtschaftliche Krise zu überwinden und für eine gewisse Stabilität zu sorgen. Doch die PA und die palästinensische Wirtschaft hängen wie nie zuvor am ausländischen Tropf, die soziale Polarisierung nimmt sprunghaft zu. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sieht anders aus. Auch im sicherheitspolitischen Bereich gelang es, die anarchischen Verhältnisse zu beenden und Sicherheit und Ordnung weitgehend wiederherzustellen – allerdings häufig auf Kosten der oppositionellen Kräfte und der Bürgerrechte. Die EU und die USA unterstützen massiv den Aufbau vorstaatlicher Strukturen, indem sie die wirtschaftliche Entwicklung sowie Sicherheit und Ordnung in einem wenig transparenten Prozess fördern. Die Verfestigung autoritärer Verhältnisse und die Verletzung von Bürger- und Menschenrechten werden hingenommen. Das

erhöht nicht gerade die Glaubwürdigkeit westlicher Staaten, die sich immerhin auch die Förderung gesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse in Palästina auf die Fahnen geschrieben haben.³⁵ Die schon in den Jahren nach Oslo betriebene Entkoppelung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses um einer vermeintlichen politischen Stabilität willen hat nun wahrlich keine vorzeigbaren Erfolge gezeitigt.

Die «Regierungen» in Ramallah und Gaza haben oppositionelle Demonstrationen, die durch die Ereignisse in anderen arabischen Ländern inspiriert wurden, weitgehend – zum Teil gewaltsam – unterbunden. Lediglich dem Ruf großer Demonstrationen vor allem Jugendlicher nach nationaler Versöhnung am 15. März 2011 konnten sie sich nicht entziehen. Es mag dahinstehen, ob es vor allem diese populäre Forderung und die Angst vor weiteren Demonstrationen oder die Umbrüche und Veränderungsprozesse in der arabischen Welt waren, die Hamas und Fatah nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen schließlich Ende April 2011 zur Unterzeichnung eines Versöhnungsabkommens veranlassten.³⁶ Bislang steht die Einigung jedoch nur auf dem Papier. Zur avisierten gemeinsamen Regierung und der Vorbereitung von Wahlen kam es noch nicht, da die tiefgreifenden politischen Differenzen nicht überwunden werden konnten.

Ob der Arabische Frühling in absehbarer Zeit zur baldigen Wiederbelebung eines Demokratisierungsprozesses in Palästina beitragen wird, muss bezweifelt werden. Zum einen überlagert die Diskussion über die staatliche Anerkennung Palästinas in den Vereinten Nationen viele politische Debatten. Zum anderen wird sich manch Palästinenser fragen, ob es nicht vielleicht viel mehr Gründe gibt, gegen die israelische Besatzung zu demonstrieren oder gegen die Blockade des Gazastreifens oder gegen die Politik der USA. Schließlich genießen die palästinensischen Gebiete, trotz aller Kritik an autoritären Tendenzen und islamistischer Einflussnahme, an politischen Repressionen und Rechtsverletzungen, eine gewisse politische Pluralität. Doch der Arabische Frühling und die Demokratiebestrebungen in der arabischen Welt werfen eine Reihe von grundsätzlichen Fragen für Palästina auf. Wo liegen die Grenzen einer demokratischen Entwicklung unter der Besatzung? Kann es eine Demokratie ohne staatliche Souveränität geben? Was soll im politischen Kampf Priorität genießen: nationale Befreiung oder demokratischer Aufbau? Welche innergesellschaftlichen Demokratisie-

35 Um die Komplexität der Situation zu verdeutlichen, sei darauf hingewiesen, dass sich eine westliche Regierung, die Menschenrechtsverletzungen der PA rügt und an ihre Kritik möglicherweise Konsequenzen knüpft, auch der Frage stellen muss, warum sie israelische Menschenrechtsverletzungen wie gezielte außergerichtliche Hinrichtungen von vermeintlichen Terroristen, willkürliche Inhaftierungen ohne ordentliche gerichtliche Verfahren oder die widerrechtliche Enteignung palästinensischen Landes taten- und sanktionslos hinnimmt.

36 Vgl. dazu Muriel Asseburg, *Der Arabische Frühling. Herausforderung und Chance für die deutsche und europäische Politik*, SWP-Studie 17, Juli 2011, S. 23; abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S17_ass_ks.pdf; Mouin Rabbani, *The Fatah-Hamas Accords*, in: *The Nation* vom 12. Mai 2011, abrufbar unter: <http://www.thenation.com/article/160635/fatah-hamas-accord>

rungsperspektiven bestehen in einer Gesellschaft, in der sich die meisten politischen Gruppierungen unter der fortgesetzten Besatzung als Befreiungsbewegungen oder Widerstandsgruppen verstehen und nicht als politische Parteien? Wie weit können und sollen in einer politisch und geografisch so fragmentierten Bevölkerung alle Betroffenen in eine demokratische Entscheidungsfindung einbezogen werden? Welche Chancen hat zivile, friedliche, demokratische Kompromissfindung in einer durch jahrzehntelange Besatzungsgewalt deformierten Gesellschaft? Können oder sollen islamistische Kräfte in den politischen Prozess eingebunden werden? Ist die Demokratisierung Voraussetzung für eine friedliche Konfliktregelung, oder ermöglicht erst die Beendigung des Konflikts die Entwicklung demokratischer Verhältnisse?

Auch die Folgen der «Arabellion» für die Perspektiven einer israelisch-palästinensischen Konfliktregelung sind noch ungewiss. Veränderungen in der nahostpolitischen Ausrichtung einiger arabischer Staaten deuten sich an, doch kennzeichnend ist bislang eher eine neue Unübersichtlichkeit. Zum einen sind die demokratischen Transformationsprozesse noch keineswegs abgeschlossen – und ihr Ausgang zumeist auch noch ungewiss. Zum anderen spielt offensichtlich die Haltung arabischer Regime gegenüber Israel/Palästina in den Protesten keine wesentliche Rolle. Dies scheint Israel, die USA und die EU in der Überzeugung zu bestärken, dass der geeignete Zeitpunkt für eine friedliche Konfliktregelung immer noch nicht gekommen ist.

XII

Der Nahostkonflikt und die Perspektiven einer friedlichen Regelung stehen nicht im Mittelpunkt des vorliegenden Sammelbandes. Es geht weder um eine (scheinbar) objektive Darstellung der Geschichte noch um eine ausgewogene Analyse der Konfliktparteien. Mit der Fokussierung auf Palästina und die Palästinenser, ihre Sicht der historischen Entwicklungen – ihr «Narrativ» – und ihren Blickwinkel auf den Konflikt hoffen wir, eine Lücke zu füllen, weil diese Sichtweisen oft zu kurz kommen. Wir wollen damit auch den Blick lenken auf die Lebenswirklichkeit der Palästinenser, die in der Berichterstattung über diplomatische Gespräche und Gipfeltreffen, Kriege und Konferenzen meist nur wenig Platz findet. Israelische Sichtweisen des Konflikts und seiner Geschichte sind in der deutschsprachigen Literatur und Berichterstattung in viel größerem Umfang präsent als Darstellungen aus einer palästinensischen Perspektive. Vor Ihnen liegt somit eine völlig einseitige, unausgewogene Zusammenstellung an Texten! Doch gerade damit hoffen wir, zu einem tieferen Verständnis der Auseinandersetzungen um einen nahöstlichen Frieden beizutragen.

Gewarnt sei ohnehin vor der Illusion einer Politik der Ausgewogenheit gegenüber dem Konflikt im Nahen Osten. Zu Recht wurde die beliebte Formel von der Ausgewogenheit deutscher Positionen als ein uneingelöstes und uneinlösbares Versprechen kritisiert, weil einmal die deutschen Beziehungen zu Israel immer besondere waren und auf unabsehbare Zeit auch bleiben werden. Zum anderen

werden die unmittelbar Betroffenen eines politisch und emotional so aufgeladenen und brisanten Konflikts, den sie zudem als Existenzkampf wahrnehmen, die Politik externer Akteure immer als einseitig, ungerecht und kontraproduktiv empfinden, solange nicht eindeutige Parteinahme mit der eigenen Sache artikuliert wird. Und schließlich sind wenige Bereiche der deutschen Außenpolitik so eng mit innenpolitischen Auseinandersetzungen verbunden und historischen Hypotheken belastet wie die Politik gegenüber Israel.³⁷ Eine «ausgewogene» Politik, die zum Maßstab für Erfolg oder Misserfolg ihres Handelns lediglich den Grad der Verstimmung beim politischen Gegenüber macht, fehlt es an Legitimation. Ausgewogenheit im Sinne von Neutralität kann es gegenüber Interessen anderer geben, aber nicht gegenüber Werten und Normen wie sie im Kanon der Menschenrechte oder im Völkerrecht ihren Niederschlag gefunden haben. Eine Politik der Ausgewogenheit ist somit gegenüber Konflikt*parteien* möglich, aber nicht gegenüber deren Konflikt*politik*.³⁸ Für den Abschied von einer an falschen Ausgewogenheitsvorstellungen orientierten Haltung ist deshalb die Rückbesinnung auf internationales Recht ein zentrales Element, denn die Umsetzung internationaler Rechtsnormen kann nicht der Beliebigkeit oder machtpolitischen Kräftekonstellationen überlassen werden. Ausgewogenheit verbietet sich, wenn einzelne Staaten oder Regierungen den regionalen Frieden gefährden oder internationales Recht verletzt wird. Eine an völker- und menschenrechtlichen Maßstäben ausgerichtete Positionierung vermeidet keineswegs alle Dilemmata einer friedenspolitisch ausgerichteten Nahostpolitik, denn es wird keinen dauerhaften und gerechten Frieden ohne die Berücksichtigung der kollektiven Traumata auf beiden Seiten geben. Einen positiven Beitrag zur Konfliktregelung wird aber nur leisten können, wer in diesem asymmetrischen Konflikt für eine differenzierte Wahrnehmung auch der Palästinenser offen ist. Die gesammelten Beiträge setzen in gewisser Weise diese Offenheit voraus – was Kritik und Widerspruch nicht ausschließt – und versuchen, sie gleichzeitig zu befördern, was zur weiteren Beschäftigung mit den Themen anregen soll. Darüber hinaus wird der unvoreingenommene und differenzierte Blick auf das Schicksal der Palästinenser und ihre aktuelle Situation auch die Dringlichkeit einer friedlichen Konfliktregelung deutlich machen.

Edenkoben/Berlin, im Juli 2011

37 So Friedemann Büttner, Germany's Middle East Policy: The Dilemmas of a «Policy of Even-Handedness», in: Haim Goren (Hrsg.) (2003), S. 115-160.

38 Vgl. dazu H. Gröhe/C. Moosbauer/V. Perthes/C. Sterzing, Eckpunkte für eine deutsche Nahostpolitik, in: Volker Perthes (Hrsg.), *Deutsche Nahostpolitik: Interessen und Optionen*, Schwalbach: Wochenschau Verlag 2001, S. 8.

I Mythos und Geschichte

Die Katastrophe von 1948

Wie die Nakba die Geschichte der Palästinenser beeinflusst hat

Der erste arabisch-israelische Krieg von 1948 war ein einschneidendes Ereignis in der modernen Geschichte der Palästinenser. Die Auswirkungen der Niederlage von 1948 – der *Nakba* (arabisch: Katastrophe) – auf die Palästinenser waren tiefgreifend und haben die Gestalt Palästinas und die palästinensische Geschichte auf vielfache Weise geprägt. Keine ernsthafte Analyse des heutigen palästinensischen Lebens wäre vollständig ohne ein Verständnis dieser Auswirkungen von 1948. Materiell zerschlug die *Nakba* die sozioökonomischen Strukturen Palästinas. Die arabische Wirtschaft in Palästina wurde praktisch zerstört, und Hunderte von Dörfern verloren ihre Bewohner, als mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ihre Heimat verlassen musste. Nachdem Israel die Rückkehr der Flüchtlinge verweigerte, waren sie gezwungen, sich im Exil so gut wie möglich ein neues Leben aufzubauen. Israel unterzog indessen Palästina einer vollständigen Verwandlung, zerstörte die palästinensischen Dörfer und löschte den arabischen Charakter des Landes fast völlig aus. Politisch raubte der Krieg den Palästinensern nicht nur ihren Staat, wie er in der Resolution 181 der UN-Vollversammlung vom November 1947 vorgesehen war, sondern führte auch zu einer Revolution innerhalb ihrer politischen Führung, deren Echo bis heute in der palästinensischen Politik zu spüren ist. Darüber hinaus bleibt auch das kulturelle und intellektuelle Leben bis heute von den Folgen von 1948 geprägt, was deutliche Auswirkungen auf die palästinensische Politik und Gesellschaft hat.

Wer die palästinensische Geschichte verfolgen und verstehen möchte, muss sich der verschiedenen grundlegenden Auswirkungen der *Nakba* bewusst sein.

Materielle Auswirkungen von 1948

Der arabisch-israelische Krieg, der eigentlich schon in den letzten Novembertagen 1947 begann und genau genommen bis zur Unterzeichnung des letzten Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und Syrien im Juli 1949 dauerte, verwüstete den arabischen Sektor Palästinas. Sozioökonomische Strukturen, Gebäude, das Land und die Demografie wurden für immer verändert. Diese

Karte 5: Die Waffenstillstandslinien von 1949 (sogenannte Grenzen von 1967)



Quelle: Gudrun Krämer, Geschichte Palästinas, München, Verlag C.H. Beck, 4. Auflage (beck'sche reihe),
© Peter Palm

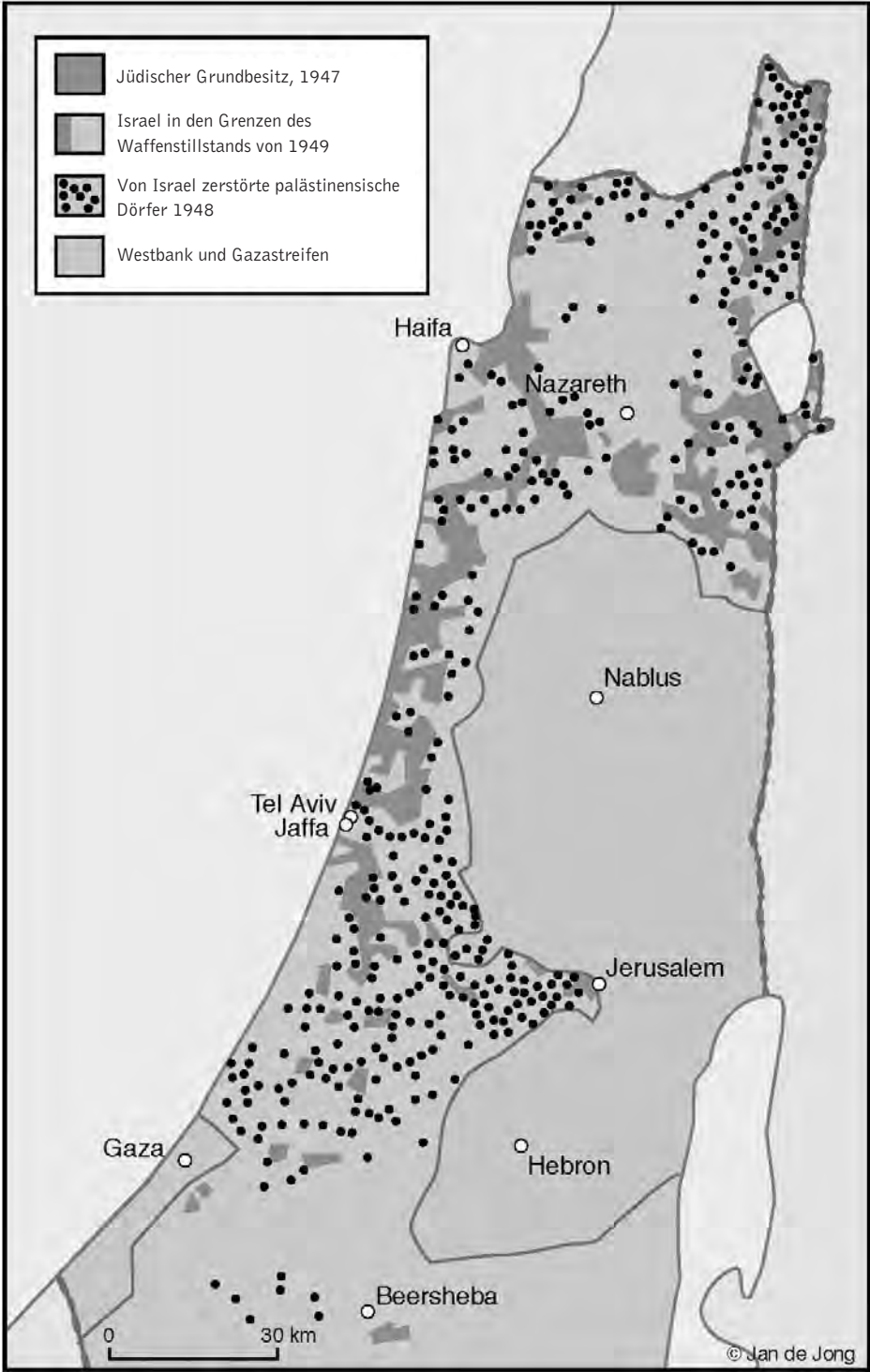
Tatsache erklärt besser als alles andere die Irrungen und Wirrungen palästinensischer Geschichte seit 1948.

Die materielle Zerstörung Palästinas zeigt sich am dramatischsten in der Demografie des Landes vor und nach dem Krieg. Abgesehen von den im Krieg getöteten Personen¹, führten die Kämpfe zu einer massiven Entvölkerung Palästinas. Vor dem Krieg von 1948 lebten über 1.308.000 Araber in Palästina.² Während der Kämpfe wurden mehr als die Hälfte dieser Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben. Die meisten davon lebten in jenen 77,2 Prozent des Landes, die als neuer Staat Israel aus dem Krieg hervorgingen. Ungefähr 750.000 Menschen flohen oder wurden von den israelischen Streitkräften vertrieben. Zwei Drittel von ihnen fanden Zuflucht in den restlichen 22,8 Prozent Palästinas, die nach dem Krieg unter arabischer Kontrolle verblieben (der Westbank und dem Gazastreifen).³ Etwa 300.000 weitere Flüchtlinge fanden sich außerhalb Palästinas in den benachbarten arabischen Ländern wieder. Selbst von den ungefähr 160.000 Palästinensern, die in Israel zurückblieben, lebten über 30.000 nicht mehr in ihren Heimatdörfern.⁴ Die palästinensische Vorkriegsgesellschaft verteilte sich so auf drei unterschiedliche Gruppen: die Palästinenser in Israel, die in der Westbank und im Gazastreifen und die in der arabischen Welt und anderswo.

Abgesehen von der demografischen, veränderte sich auch die räumliche Wirklichkeit Palästinas durch den Krieg und den Exodus der Flüchtlinge drastisch. Die Flüchtlinge ließen zwischen 360 und 429 Dörfer zurück, die von den israelischen Behörden später zerstört wurden.⁵ Nur 81 palästinensische Dörfer innerhalb Israels blieben intakt.⁶ Aus Städten in Israel, deren Bevölkerung aus einer Mischung aus Palästinensern und Juden bestand, wie Jaffa, Haifa und Tiberias, wurden nach 1948 mehrheitlich jüdische Städte mit kleinen palästinensischen Minderheiten. Nur eine einzige palästinensische Stadt in Israel, Nazareth, behielt ihre palästinensische Bevölkerung und ihren Charakter. Der arabische Charakter der Westbank und Gazas blieb erhalten, obwohl sich die räumliche Realität dieser Gebiete durch die Entstehung von Flüchtlingslagern veränderte.

- 1 Es existieren keine verlässlichen Zahlen, obwohl man manchmal von etwa 10.000 Toten liest.
- 2 Justin McCarthy, *Population*, in: Philip Mattar (Hrsg.), *Encyclopedia of the Palestinians*, überarbeitete Ausgabe, New York: FactsOnFile, Inc. 2005, S. 395.
- 3 Michael R. Fischbach, *Land*, in: Philip Mattar (Hrsg.) (2005), S. 294. Abgesehen von der Westbank und dem Gazastreifen kontrollierte auch Syrien nach dem Krieg einen winzigen Teil palästinensischen Territoriums in der Nähe der heißen Quellen von Al-Himma.
- 4 Zu den verschiedenen Angaben zu den Flüchtlingen innerhalb Israels (den „anwesenden Abwesenden“ in israelischem Sprachgebrauch), siehe: Nur Masalha, *Present Absentees and Indigenous Resistance*, in: Nur Masalha (Hrsg.), *Catastrophe Remembered: Palestine, Israel and the Internal Refugees. Essays in Memory of Edward W. Said (1935-2003)*, London und New York: Zed Books 2005, S. 11 f.
- 5 Für eine Diskussion der verschiedenen Angaben zur Anzahl der verlassenen Dörfer, siehe Michael R. Fischbach, *Records of Dispossession: Palestine Refugee Property and the Arab-Israeli Conflict*, New York: Columbia University Press 2003, S. 3 ff.
- 6 Siehe Salman Abu Sitta, *Atlas of Palestine 1948*, London: Palestine Land Society 2004.

Karte 6: Von Israel zerstörte palästinensische Dörfer



Michael R. Fischbach **Die Katastrophe von 1948 – Wie die Nakba die Geschichte der Palästinenser beeinflusst hat**

Quelle: Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA)

Über die Zerstörung ihrer Dörfer hinaus verloren die Flüchtlinge ungeheuer viel Land in Israel. Eine von 1953-62 von der UN-Aussöhnungskommission für Palästina (UNCCP – *United Nations Conciliation Commission for Palestine*) durchgeführte Studie identifizierte 6.057.032 Dunam Land aus Privatbesitz⁷ (ein Dunam = 1.000 m²), die von Flüchtlingen zurückgelassen wurden. Ein riesiges Gebiet, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Juden vor dem Krieg in ganz Palästina nur 1.734.000 Dunam besessen hatten, lediglich 6,59 % des Gesamtgebiets.⁸

Dieser verlorene Grundbesitz hatte einen schwindelerregenden Wert und kam einer immensen Enteignung gleich. Laut Schätzungen der UNCCP verloren die Flüchtlinge Privatland im Wert von mindestens 235.660.250 £P (1948 etwa 824.780.808 \$).⁹ Diese Zahl enthält keine in Gemeinschaftsbesitz befindlichen Dorfgrundstücke, Weideland, Land zur öffentlichen Nutzung usw. Eine spätere Untersuchung von Yusif Sayigh setzte den Wert des verlorenen Grundbesitzes weit höher an. Sayigh schätzt, dass die Flüchtlinge 6.611.250 Dunam Land im Wert von 403.400.000 £P (1948 etwa 1.625.702.000 \$) zurückließen sowie 173.000 Gebäude im Wert von 954.304.000 \$.¹⁰ Sami Hadawi und Atif Kubursi schließlich berechneten, dass die Flüchtlinge 19.031.012 Dunam Land im Wert von 528.900.000 £P (1948 etwa 131.467.000 \$) verloren hatten.¹¹ Selbst das Land vieler in Israel gebliebener Palästinenser wurde während des Krieges und danach enteignet. Darüber hinaus übernahm der neue israelische Staat weitere 12.500.000 Dunam meist unfruchtbaren Landes in der südlichen Negev-(Naqab)-Region, welches die israelischen Behörden nach 1948 zu «Staatsland» erklärten.¹² So kam es, dass 1962 93 Prozent des innerisraelischen Landes von der *Israel Lands Administration* kontrolliert wurden. Palästinensische Bürger besaßen damals lediglich 810.200 Dunam in Israel – 4 Prozent der Gesamtfläche des Landes.¹³

Zusätzlich zum Wert des Landes verloren die Flüchtlinge laut Schätzungen der UNCCP zwischen 70.122.000 \$ und 169.538.070 \$ (im Wert von 1948) an beweglichem Eigentum wie Hauseinrichtungen, Bargeld, Schmuck, Nutztieren,

7 Fischbach (2003), 274 ff. Siehe auch Michael R. Fischbach, *The Peace Process and Palestinian Refugee Claims: Addressing Claims for Property Compensation and Restitution*, Washington: United States Institute of Peace Press 2006, S. 41.

8 Fischbach, *Land*, a.a.O., S. 294.

9 Fischbach (2003), S. 275-77; Fischbach (2006), S. 42-45.

10 Yusif al-Sayigh, *al-Iqtisad al-Isra'ili* [The Israeli Economy], Cairo: League of Arab States, Institute for Higher Arab Studies 1966, S. 107 ff. Siehe auch Fischbach (2003), S. 320 ff., S. 381f., und Fischbach (2006), S. 44 f.

11 Sami Hadawi, *Palestinian Rights & Losses in 1948. A Comprehensive Study*. Teil V: *An Economic Assessment of Total Palestinian Losses written by Dr. Atef [sic] Kubursi*, London: Saqi Books 1988, S. 113 u. 187. Hadawis und Kubursis Methode erklärt, wie sie zu den deutlich größeren Zahlen von verlassenen Land kommen.

12 Fischbach, *Land*, a.a.O., S. 294.

13 Fischbach, *Land*, a.a.O., S. 295.

Werkzeugen, Autos, Fabrikinventar usw.¹⁴ Auch hier führt Sayighs Studie höhere Verluste auf: 453.375.000 \$ an beweglichem Eigentum.¹⁵

Natürlich hatten diese traumatischen Ereignisse entsprechende Folgen für die demografischen, räumlichen und sozioökonomischen Strukturen Palästinas. Innerhalb Israels war der größte Teil der Bourgeoisie und der Intelligenzija geflohen und hatte eine nahezu ausschließlich ländliche, führerlose Bevölkerung zurückgelassen. Die Landwirtschaft war durch die andauernden Enteignungen und die Beschlagnahme bestimmter landwirtschaftlicher Produkte wie etwa Olivenöl ins Chaos gestürzt worden. Einige Bauern in den Dörfern an den Waffenstillstandslinien waren von ihrem Land auf der anderen Seite des Zauns getrennt worden, Händler waren von ihren traditionellen Märkten abgeschnitten. Und auch außerhalb Israels hatte die *Nakba* große Auswirkungen auf die materiellen Aspekte palästinensischen Lebens. Zu den 80.000 Palästinensern, die in dem später von Ägypten kontrollierten Gazastreifen lebten, kamen fast 250.000 Flüchtlinge hinzu, zu den 450.000 Palästinensern in der Jordanien zugesprochenen Westbank stießen 350.000 Flüchtlinge.¹⁶ Diese Flüchtlingspopulationen bedeuteten eine enorme Belastung für lokale Ressourcen und soziale Strukturen. Während die einheimische palästinensische Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen mehrheitlich intakt aus dem Krieg hervorgegangen war, fehlte es den Neuankömmlingen an Land, um ihr Leben und ihren Lebensunterhalt wieder aufzubauen. Für ihr Überleben waren sie auf die internationale Hilfe der *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA) angewiesen. Zwar hatten nicht alle Flüchtlinge Land verloren – nach einer Studie der UNCCP von 1965 waren es etwa 44 Prozent¹⁷ –, aber es war doch ein vernichtender Schlag für die ehemals als Bauern lebenden Flüchtlinge, sei es auf eigenem oder auf gepachtetem Land, nunmehr in der Westbank und im Gazastreifen als von Spenden der UNRWA abhängiges Lumpenproletariat zu leben.

Auch die einheimischen Bauern in der Westbank und im Gazastreifen waren betroffen. Die Waffenstillstandslinien trennten einige Dorfbewohner von ihrem Land innerhalb Israels, und Händler und Handwerker waren von ihren traditionellen Märkten anderswo in Palästina abgeschnitten. Palästinenser, die in Exilländern außerhalb des Mandatsgebietes Palästina untergekommen waren, im Libanon, Syrien, Jordanien, den Golfstaaten oder noch weiter entfernt, standen vor den gleichen Problemen.

Abgesehen von diesen negativen Auswirkungen, führten die materiellen Folgen von 1948 auch zu gewissen positiven Entwicklungen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. So ließ beispielsweise der andauernde politi-

¹⁴ Fischbach (2003), 272-76; Fischbach (2006), S. 45.

¹⁵ Sayigh, a.a.O., S. 108-10. Siehe auch Fischbach (2003), S. 322 u. 382, sowie Fischbach (2006), S. 45.

¹⁶ Sara Roy (aktualisiert von Martha Myers), Gaza Strip, in: Philip Mattar, a.a.O., S. 172; Don Peretz, West Bank, in: Philip Mattar, a.a.O., S. 531.

¹⁷ Fischbach (2003), S. 277.

Karte 7: Zunahme des jüdischen Grundbesitzes in Palästina 1930-44



Quelle: Bernard Wasserstein, Israel und Palästina – Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören?, München, C.H. Beck Verlag 2003, © Peter Palm

sche Kampf, dem alle Palästinenser – wo immer sie auch gestrandet waren – ausgesetzt waren, eine gut entwickelte Zivilgesellschaft entstehen, mit Medien, Gewerkschaften, Studenten- und Berufsorganisationen, Forschungsinstituten und Menschenrechtsgruppen. Dies hat die palästinensische Gesellschaft in den sechs auf die *Nakba* folgenden Jahrzehnten geprägt.

Politische Auswirkungen von 1948

Die *Nakba* hatte auch dauerhafte politische Auswirkungen auf die Palästinenser. Aufgrund der Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen Strukturen Palästinas konnte keine «normale» sozioökonomische Entwicklung ablaufen, die zum Entstehen einer «normalen» politischen Reaktion auf die Tragödie geführt hätte. Eine unmittelbare Folge war, dass in Palästina kein dem neuen jüdischen Staat vergleichbarer arabischer Staat entstand. Das britische Mandatsgebiet Palästina wurde aufgeteilt zwischen Israel, Jordanien und Ägypten, und die in den einzelnen Gebieten lebenden Palästinenser wurden von Auswärtigen regiert. Weitere palästinensische Exilanten waren den Regimen im Libanon, in Syrien, im Irak, in Kuwait und in Saudi-Arabien unterworfen. Sie mussten sich umgehend anderen Staaten und Nationalbewegungen unterordnen, von denen die meisten der Entstehung einer rein palästinensischen Bewegung kritisch gegenüberstanden, da sie ihnen bedrohlich werden konnte. In der Folge zerfielen die schon zersplitterten politischen Strukturen Palästinas noch weiter.

In den ersten zwei Jahrzehnten nach 1948 entstand aus der *Nakba* keine vereinte palästinensische Nationalbewegung. Palästinensische Aktivisten orientierten sich meist an den Bewegungen in ihren Aufnahmелändern, die einen breiteren ideologischen Ansatz verfolgten und sich nicht allein auf palästinensische Fragen beschränkten. In Israel, wo die Palästinenser bis Dezember 1966 dem Militärrecht unterstanden und offen arabische Parteien, wie die panarabische nationalistische *al-Ard*-Bewegung, verboten waren, wendeten sie sich der binationalen, jüdisch-arabischen Linken zu, der Israelischen Kommunistischen Partei. In der Westbank, in Jordanien, im Libanon und in Syrien wurden Aktivisten von panarabischen Parteien wie der Baath-Partei angezogen, von der pansyrischen Ideologie der Syrischen Sozial-Nationalistischen Partei, von linken Gruppierungen wie der Jordanischen Kommunistischen Partei oder – wie diejenigen, die der Arabischen Nationalbewegung beitraten – von der panarabischen Philosophie des ägyptischen Präsidenten Jamal Abdel Nasser. Wieder andere Palästinenser wurden von den verschiedenen Regierungen, denen sie unterstanden, rekrutiert und arbeiteten mit in zionistischen Parteien wie der Arbeitspartei in Israel oder wurden Bürgermeister und Minister in der Regierung Jordaniens und der Westbank. Die ersten Anzeichen einer grenzüberschreitenden, rein palästinensischen Nationalbewegung entstanden in den späten 1950ern unter den Flüchtlingen in den Golfstaaten. Hier kam es zu einer folgenreichen Auswirkung der *Nakba* von 1948 auf die palästinensische Politik: Die Entstehung einer panpalästinensischen Bewegung, die von Flüchtlingen gegründet und geführt wurde und in den

Flüchtlingslagern sowie anderen Zentren palästinensischen Lebens im Exil zu Hause war. Die Bewegung nannte sich al-Fatah. Ihre Ziele waren recht einfach: bewaffneter Kampf bis zur Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Häuser und auf ihr Land in Israel; Übernahme von Eigenverantwortung anstatt arabischen Parteien und Regimen den Kampf zu überlassen sowie Neutralität in den erbitterten innerarabischen Fraktionskämpfen um Pro-Nasser- und Anti-Nasser-Gruppierungen. Die Tatsache, dass die Aktivisten der Fatah – einschließlich ihres Führers Jassir Arafat – mehrheitlich aus traditionellen, kleinbürgerlichen und muslimischen Milieus stammten, führte dazu, dass die Fatah sich generell weder dem militanten Säkularismus linker Bewegungen anschloss (von denen einige einen unverhältnismäßig hohen Anteil an christlichen Mitgliedern hatten) noch einer gesellschaftlichen Revolution innerhalb der arabischen Gesellschaft, die viele Linke mit dem nationalen Kampf gegen Israel verknüpften. Ihre Herkunft prägte den insgesamt konservativen, traditionalistischen und islamischen Charakter der Fatah über die Jahrzehnte.

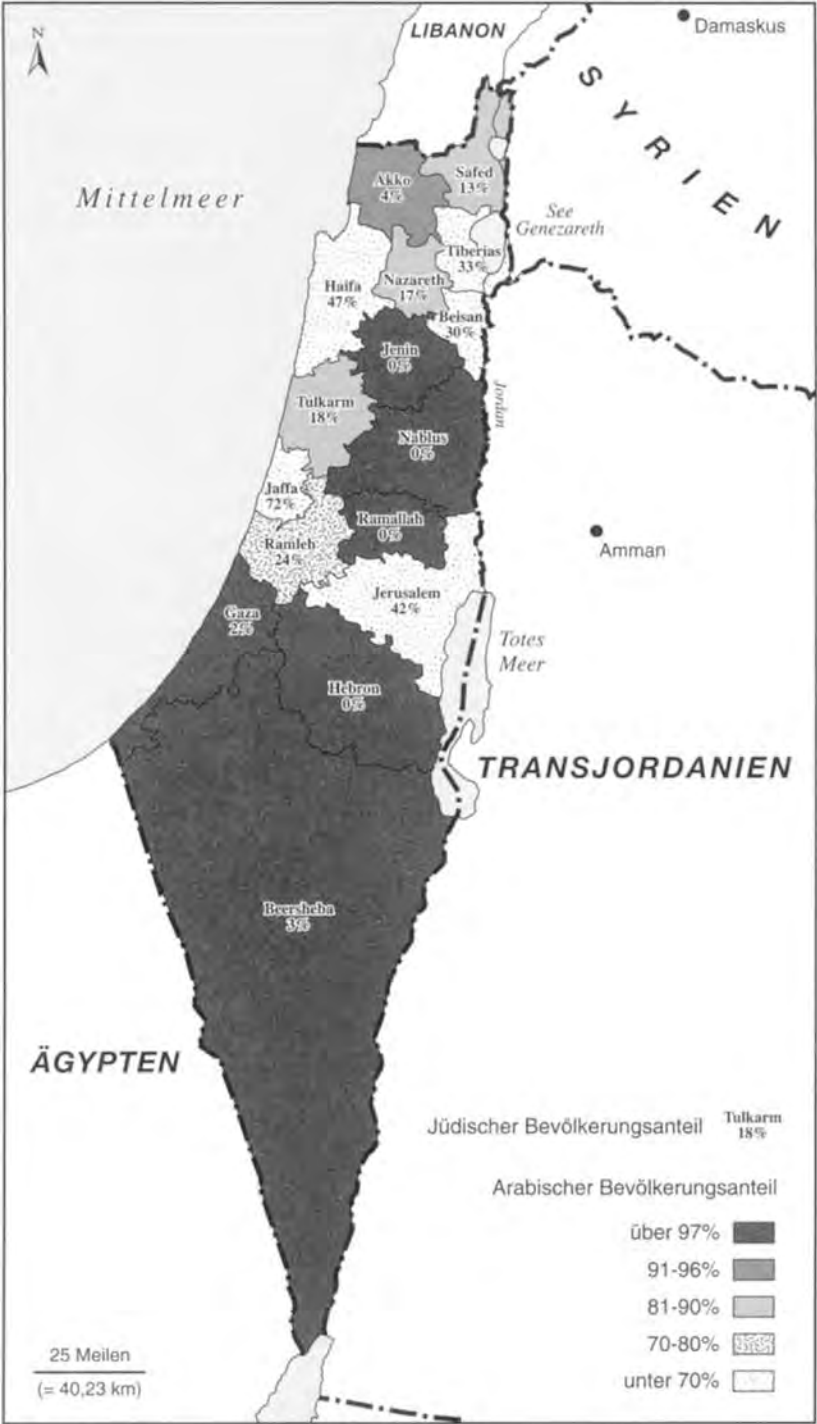
Die vernichtende arabische Niederlag im Juni 1967 und das Scheitern der Führungsansprüche Nassers und anderer arabischer Führer ließen die Popularität der Fatah und anderer von Flüchtlingen nach dem Krieg gegründeter palästinensischer Widerstandsbewegungen unmittelbar steigen. Dazu gehörten die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP, geführt von George Habash) und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP, geführt von dem Jordanier Nayif Hawatmeh). Diese Guerillaorganisationen griffen die traditionellen Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an, einer rein palästinensischen Organisation, die von Nasser und den arabischen Regimen 1964 gegründet worden war. Erst 1969 übernahmen sie die Macht. So wurde Arafat zum Vorsitzenden sowohl der Fatah als auch der PLO.

Während die Aktivisten der PLO aus allen Schichten der palästinensischen Gesellschaft kamen und ihre Finanzierung unter anderem von reichen palästinensischen Geschäftsleuten ausging, stammten ihre Anhänger meist aus den armen Flüchtlingsbevölkerungen innerhalb der arabischen Welt, in der Westbank und im Gazastreifen. In den langen Jahren, in denen die PLO die Agenda palästinensischer Politik bestimmte und sich ihre Ideologie und ihre Strategien veränderten, repräsentierte sie stets die Erfahrungen palästinensischer Flüchtlinge in einer Post-*Nakba*-Welt. Dazu zählten das Beharren auf der Errichtung eines palästinensischen Staates und dem Rückkehrrecht, das Vertrauen nur auf sich selbst, der bewaffnete Kampf, die Formulierung einer rein palästinensischen Identität und Bewegung und das Misstrauen gegenüber den Machenschaften der arabischen Regime.

Yezid Sayighs Untersuchungen¹⁸ haben gezeigt, dass die Entstehung einer bewaffneten nationalen Befreiungsbewegung im Exil die Entwicklung und die

18 Yezid Sayigh, *Armed Struggle and the Search for State: The Palestinian National Movement, 1949-1993*, Oxford: Clarendon Press, Oxford University Press, und das Institute for Palestine Studies 1997.

Karte 8: Arabischer und jüdischer Bevölkerungsanteil in den einzelnen Regionen Palästinas (1944)



Quelle: Bernard Wasserstein, Israel und Palästina – Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören?, München, C.H. Beck Verlag 2003, © Peter Palm

Strukturen palästinensischer Führungsorgane über Jahrzehnte geprägt hat, insbesondere in der Fatah. Die Tatsache, dass nationale Führungsstrukturen als Teil einer militärischen Bewegung entstanden, hilft uns, den Aufbau und die Handlungen der Fatah, der PLO und nach 1994 der durch den Osloer Friedensprozess eingesetzten Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zu verstehen. Trotz der Existenz von Nationalräten und anderer dekorativer Symbole einer Demokratie, leitete Arafat alle drei Gremien autoritär und verschwiegen, fast wie ein General. Im Laufe der Zeit wurden Personenkult, Nepotismus, Korruption, der Einsatz von Sicherheitsdiensten und der Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu typischen Charakteristika des politischen Lebens in Palästina – und das trotz der Entwicklung einer aktiv gegen diese Tendenzen angehenden, funktionierenden Zivilgesellschaft unter den Palästinensern.

Selbst der wichtigste Richtungswechsel in der palästinensischen Politik zeugt noch von den Auswirkungen der *Nakba*: Die Verschiebung des Schwerpunktes nationaler Bemühungen von einer bewaffneten Volksbewegung für die Befreiung ganz Palästinas in den 1970er- und 1980er-Jahren hin zu einer diplomatischen Lösung durch die Schaffung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen. Da Israel – anders als in den Gebieten, die unmittelbar nach 1948 unter seine Kontrolle fielen – nach der Eroberung der Westbank und des Gazastreifens das durchgängig arabische demografische Profil der beiden Territorien nicht sofort veränderte, waren diese 22,8 Prozent des Mandatsgebietes Palästina der einzige Teil des Landes, in dem immer mehr Aktivisten der PLO eine Chance für einen zukünftigen, arabisch-palästinensischen Staat sahen. Das Scheitern des bewaffneten Kampfes um die Befreiung der Gebiete von 1948 (d.h. Israels) und die oft herben Rückschläge, die der PLO von arabischen Regimen beigelegt wurden, verschob den Schwerpunkt der palästinensischen Politik auf die Westbank und den Gazastreifen. Dieser strategische Richtungswechsel war jedoch in all seinen Dimensionen äußerst kontrovers und spiegelte die zerrissene politische Wirklichkeit der Palästinenser nach der *Nakba* wider. Für die außerhalb der beiden besetzten Gebiete lebenden Flüchtlinge bedeuteten die Aufgabe oder die Mäßigung des bewaffneten Kampfes um eine vollständige Befreiung und die Aufnahme diplomatischer Gespräche zur Schaffung eines Staates in der Westbank und im Gazastreifen einen Verrat an der früheren Vision der PLO von der vollständigen Befreiung und Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat ihrer Vorfahren in Israel.

Die Enttäuschung über die Abkehr der PLO vom bewaffneten Kampf hin zu einer diplomatischen Strategie mit dem Ziel eines palästinensischen Staates in der Westbank und Gaza entsprang der tiefen Sehnsucht der Flüchtlinge nach Rückkehr. Die Tatsache, dass eine Verhandlungslösung keineswegs zu einer Rückkehr nach Israel führen würde, erklärt den Aufstieg der Hamas und anderer Gruppierungen, die eine in den Hoffnungen der Flüchtlinge verwurzelte politische Vision nicht aufgeben wollen. Tatsächlich ist die Hamas im Gazastreifen, wo mehr Flüchtlinge als Einheimische leben, immer stärker gewesen als in der Westbank. Die Hamas hat heute den Kampf gegen die Fatah von der PFLP und

anderen Gruppen vor ihr übernommen. Verschiedene Faktoren erklären die Desillusionierung vieler Palästinenser gegenüber Fatah, PLO und PA: Arafats autoritärer Führungsstil, die Korruption innerhalb dieser Institutionen, der Mangel an konkreten Verbesserungen für die Palästinenser durch den Friedensprozess und der fortgesetzte Siedlungsbau in der Westbank. Die steigende Popularität der Hamas ist jedoch ein Zeichen für das Ausmaß, in dem Post-*Nakba*-Traumata die palästinensische Politik bis heute beeinflussen.

Die durch die *Nakba* hervorgerufene Entwurzelung und Staatenlosigkeit erklärt auch, warum die PLO zumindest seit den 1970ern unbeirrbar auf der Schaffung eines vollständig unabhängigen, palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem beharrt. Der Wunsch nach einem rein palästinensischen Staat, in dem die Palästinenser sich selbst regieren und ihre eigenen nationalen Symbole wie Pässe und Flagge besitzen, ist ein Ziel, das die PLO seit Jahrzehnten mit unbeirrter Leidenschaft verfolgt. Einige Palästinenser kritisieren sogar die verschiedenen Kompromisse, welche die PLO in den letzten Jahren bei ihrem Versuch eingegangen ist, zumindest eine begrenzte Form der Autonomie über Teile der Westbank und des Gazastreifens zu erlangen. Sie sehen darin ein Beispiel für den Hunger der PLO nach den äußeren Symbolen eines unabhängigen Staates, ohne Aussicht auf eine tatsächliche Umsetzung.

Kulturelle und intellektuelle Auswirkungen von 1948

Letztendlich ist auch das kulturelle und intellektuelle Leben der Palästinenser stark von der *Nakba* und der Flüchtlingserfahrung beeinflusst worden. So basieren etwa die Werke fast aller großen palästinensischen Schriftsteller und Schriftstellerinnen der letzten sechzig Jahre auf der *Nakba* und der Zerstörung des palästinensischen Lebens. Einige der größten Autoren, wie Jabra Ibrahim Jabra, Ghassan Kanafani und Mahmud Darwish, waren selbst Flüchtlinge. Andere, wie Emile Habibi, Samih al-Qasim, Tawfiq Zayyad, Fadwa Tuqan und Anton Shammas (der auf Hebräisch schreibt), waren es nicht, dennoch hatte die *Nakba* einen großen Einfluss auf ihr Werk.

Aber auch auf anderen Ebenen der modernen palästinensischen Kultur findet man die Einflüsse der *Nakba* und die Sehnsucht nach Aspekten des palästinensischen Lebens vor 1948. Die tiefe Verwurzelung mit dem Land spiegelt sich vielleicht am besten in den seit 1976 alljährlichen Gedenkfeiern zum Tag des Bodens wider. Oder in dem wachsenden Trend, die ehemaligen Orte zerstörter Dörfer zu besuchen und ein «virtuelles Palästina» im Cyberspace entstehen zu lassen. Die Sehnsucht nach der Vergangenheit wird auch in der Weitergabe traditionellen Handwerks, wie z.B. der Stickerei, an jüngere Generationen deutlich, der Verehrung von Olivenbäumen als Symbolen der Verwurzelung und der Verbundenheit mit dem Land oder dem Tragen der *Kufiyeh* (auch *Shemagh* oder

Hatta genannt) – dem weißen oder karierten Kopftuch männlicher palästinensischer Bauern – als Symbol des palästinensischen Kampfes.¹⁹

Das palästinensische intellektuelle Leben ist bis heute grundlegend von der *Nakba* geprägt. Die Enteignung der Palästinenser schuf einen Hunger nach Bildung (etwas, das einem niemand wegnehmen kann), der dazu führte, dass die Palästinenser, vor allem auf universitärem Gebiet, eines der höchsten Bildungsniveaus aller arabischen Völker vorweisen können. Die moderne palästinensische Forschung und die Entstehung eines Gebiets, das allgemein als Palästinensische Studien bezeichnet werden kann, begannen damit, dass palästinensische Flüchtlinge über das Trauma der *Nakba* schrieben. Akademiker im Exil, wie Walid Khalidi und Edward Said, verfassten hochkarätige historische Werke und politische Essays, die sich mit dem Jahr 1948 und seinen Folgen befassten. Das *Institute for Palestine Studies* und das *Palestine Research Center* der PLO sammelten und veröffentlichten mit großem Einsatz Bücher und Zeitschriften und konservierten Fotos und Archivmaterial zur palästinensischen Geschichte.

Eine weitere Auswirkung der *Nakba* war, dass palästinensische Studenten Zugang zu einer größeren Vielfalt an Studienfächern, Ausbildungsmöglichkeiten, geistigen Strömungen und Bildungserfahrungen hatten als die meisten anderen Araber. Die Zersplitterung von 1948 hatte zur Folge, dass Palästinenser außerhalb des historischen Palästinas, die eine Universität besuchen wollten, dies in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens, in Europa und in Nordamerika tun konnten. Dasselbe galt für die Palästinenser innerhalb Israels. Da es in Israel keine arabischsprachige Universität gibt, besuchten viele Studenten, die keine Zulassung zu einer israelischen Universität erhielten, mit Hilfe von Stipendien der Israelischen Kommunistischen Partei Universitäten in Ländern des Ostblocks. Zu den Früchten dieser akademischen Vielfalt gehören die intellektuellen Debatten und die lebendige Gelehrsamkeit der Palästinenser von heute.

Fazit

Diese kurze Untersuchung hat gezeigt, dass das Erbe der *Nakba* für ein Verständnis des heutigen palästinensischen Lebens von unermesslicher Bedeutung ist. Die *Nakba* hat nicht nur das Entstehen eines palästinensischen Staates im Keim erstickt und das Flüchtlingsproblem geschaffen. In einer Gesellschaft, die auf verschiedene Länder verteilt ist und externen Kontrollen unterliegt, verzerrt sich die «normale» gesellschaftliche Entwicklung. Die schwache wirtschaftliche Basis als Folge der plötzlichen Enteignung einer mehrheitlich landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft und die Abhängigkeit der Flüchtlinge von internationaler Hilfe vereitelten die Entwicklung einer nationalen palästinensischen Wirtschaft. Der «normale» Klassenkampf um die Macht wurde durch

¹⁹ Durch sein Markenzeichen, die schwarz-weiße *Kufiyeh*, hat Jassir Arafat den politischen Symbolismus der *Kufiyeh* mehr als jeder andere Palästinenser hervorgehoben – obwohl er als in Ägypten groß gewordener Städter nicht mit diesem Inbegriff einer ländlichen Kopfbedeckung aufgewachsen ist.

das Fehlen eines Territoriums, in dem der politische Prozess stattfinden könnte, enorm verkompliziert.

Vor allem aber die aktuellen Auseinandersetzungen und Entwicklungen innerhalb der palästinensischen Politik sind ohne Bezugnahme auf diese historischen Ereignisse nicht zu verstehen. Dies trifft besonders zu auf die emotionalen Diskussionen über das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, über die Sicherung eines geografisch zusammenhängenden Staates und die andauernde Rivalität zwischen der Hamas-geführten Regierung in Gaza und der Fatah-PLO-PA-Regierung in der Westbank. Die Ereignisse von 1948 sind eng mit diesen Standpunkten und Auseinandersetzungen verknüpft. Vermittler sollten dies stets im Gedächtnis behalten, statt die Palästinenser immer wieder für ihre Streitigkeiten und ihren angeblich «mangelnden Realitätssinn» zu beschimpfen.

Vertreibung, Nostalgie und nationales Bewusstsein

Das Land (al-ard) im politischen Gedächtnis der Generationen¹

«Die Palästinenser benennen ihre Generationen, indem sie sie mit historischen Epochen verbinden: also jeel Filasteen, die Generation, die in Palästina geprägt wurde; jeel al-Nakba, die Generation, die von der Nakba geprägt wurde, jeel al-thawra, die Generation, die von der Revolution 1965 geprägt wurde.»²

Rosemary Sayigh

«Aber wir entschieden uns, auf die Rückkehr in unser Heimatland zu warten, wo wir gelebt, dabke [Volkstanz] getanzt und Laute gespielt hatten, wo die Männer ihre karierten hattas [«Palästinensertücher»] und die Frauen ihre bestickten Gewänder getragen hatten, wo die Sonne auch im Winter schien und der Duft der Orangen Luft und Seele durchzog.»³

Fawaz Turki

Die Verbundenheit mit dem Land ist wohl historisch das wirkmächtigste und stärkste Motiv im politischen Bewusstsein der Palästinenser. Dabei meint «Land» nicht nur das Land, aus dem man vertrieben worden war, also Vaterland oder Heimat (*watan*), sondern zunächst ganz elementar das Land, *von* dem man vertrieben worden war, also der Boden oder die Scholle (*al-ard*). In der politischen Symbolik der Palästinenser spielten ländliche Symbole eine wichtige Rolle. Diese Symbole waren bis in die Generation der ersten Intifada, die Rosemary

- ¹ Dieser Aufsatz basiert auch auf Beobachtungen und Gesprächen, die ich Ende der 1980er-Jahre für mehrere Monate im ehemaligen palästinensischen Flüchtlingslager Yarmuk nahe Damaskus und in den 1990er-Jahren in den Lagern Beiruts und in der Westbank durchführen konnte. Für Diskussionen danke ich Salma Jayyousi, May Jayyousi, Helga Baumgarten, Eileen Kuttub, Issam Nassar und Adel Manna.
- ² Rosemary Sayigh (1979), *Palestinians: From Peasants to Revolutionaries*, London 1979, S. 58, Anm. 5 (Übersetzung der Autorin)
- ³ Fawaz Turki (1972), *The Disinherited. Journal of a Palestinian Exile*, New York 1972, S. 147 (Übersetzung der Autorin)

Sayighs Aufzählung noch hinzugefügt werden muss, prominent in der politischen und künstlerischen Semantik der Palästinenser, sowohl im Inneren Palästinas als auch im Exil. Erst seit den 1990er-Jahren ist diese Symbolik zunehmend religiös geworden. Das alte, ländliche Palästina wurde nach der Staatsgründung Israels 1948 zu einem nostalgisch besetzten Erinnerungsort für die Flüchtlinge innerhalb und außerhalb Palästinas. Während die erste Generation der Flüchtlinge, vor allem in den Lagern, den alten agrarischen Vorstellungswelten weitgehend verhaftet blieb, besetzte und politisierte nach 1967 die Generation der PLO diese ländlichen Erinnerungen. Das «Palästinensertuch», das Jassir Arafat bekanntlich zu seinem Markenzeichen machte, ist die traditionelle Kopfbedeckung eines Fellachen. Verstärkt wurde diese palästinensische Erinnerungspolitik noch durch diejenige der Israelis, die sich ebenfalls auf den Boden, das Land richtete. Doch die Kontroversen um das Land in Palästina sind sehr viel älter.

Agrarische Mythen und agrarische Realitäten im 19. Jahrhundert

Keine der Agrargesellschaften des Nahen Ostens ist wohl in so vielfältiger Weise beschrieben, erinnert und umkämpft worden wie Palästina. Zwar machten erst die Briten, die von 1923 bis 1948 ein Völkerbundsmandat über die Region ausübten, die sie *Palestine* nannten, den Namen Palästina offiziell. Eine «Reißbrettkonstruktion» war dies jedoch nicht. Schon in den 1870er-Jahren tauchte der Name *Filastin* in der arabischen Presse und Literatur auf und bezeichnete ein Gebiet, das dem späteren *Palestine* weitgehend entsprach.⁴ Auch im Europa des 19. Jahrhunderts beschäftigte man sich rege mit der Topografie Palästinas, war man doch an der religiös-topografischen Rekonstruktion des «Heiligen Landes» interessiert. Dabei avancierte das historische Palästina zum Gegenstand vielfältigster religiöser und politischer Fantasien, zu denen auch «Kreuzzüge mit Pflug und Sichel» gehörten (so eine besonders anschauliche Aussage aus dem Jahre 1881⁵). Diese politische Mythenbildung hing mit der religiös-kulturellen Durchdringung zusammen, die die europäischen Großmächte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im «Heiligen Land» verfolgten.⁶

Besonders die anglikanisch-evangelistischen Verfechter des Konzeptes der *restoration of the Jews* prägten zunächst den Mythos der Vernachlässigung des Bodens durch die Faulheit seiner Bewirtschafter, «dieser armseligen, unweisenden, halb-wilden Araber mit ihren schmutzigen Dörfern und erbärmlichen Hütten»⁷. Katholiken, aber auch deutsche Protestanten und Millenarier, vertraten

- 4 Vgl. N. Mandel (1976), *The Arabs and Zionism before World War I*, Berkeley 1976, der Presseberichte vor 1914 in den zionistischen Archiven auswertete.
- 5 B. Walker (1981), *The Future of Palestine as a Problem of International Policy and in Connection with the Requirements of Christianity and the Expectations of the Jews*, London 1881, S. 39.
- 6 So vor allem A. Schölch (1986), *Palästina im Umbruch, 1856-1882. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozio-politischen Entwicklung*, Stuttgart 1986.
- 7 B. Walker (1981).

den Gedanken des «friedlichen Kreuzzuges» zur Wiedergewinnung des Heiligen Landes für die Christenheit, der ebenfalls mit agrarischen Kolonisationsprojekten einherging. Die Notwendigkeit der Kolonisation zur «Hebung des Landes» wurde zu einem Grundelement des europäischen Palästina-Verständnisses seit Mitte der 1860er-Jahre, auf das die zionistische Bewegung später zurückgreifen konnte.⁸

Doch trotz des fast schon literarischen Topos des «öden, vernachlässigten Palästina» präsentierte sich dieses auf der Weltausstellung in Wien 1873, also vor der jüdischen Kolonisation, in einem ganz anderen Licht. Dabei hatte Palästina keinen eigenen Stand, seine Produkte wurden vielmehr unter den Exponaten des Osmanischen Reiches geführt, dessen Provinz es ja auch war. Aber weil das Interesse am Heiligen Land so groß war, wurde für die deutschsprachige Öffentlichkeit besonders ausführlich über Palästina auf der Weltausstellung berichtet, und zwar über seine landwirtschaftlichen Produkte wie Weizen, Gerste, Sesam, Dura (*sorghum vulgare*), Hülsenfrüchte, Tabak, Wein, Öl, über die Gegenstände des Souvenirgewerbes wie Olivenholz-, Perlmutter- und Glaswaren und, natürlich, über Modelle «heiliger Stätten».⁹ Damit wurde die Integration Palästinas in den agrarischen Weltmarkt unabsichtlich und nicht vollständig, aber doch anschaulich dargestellt.

Die agrarische Realität war nämlich, dass Palästina, der südlichste Teil der sogenannten «Syrischen Länder» (*Bilad al-Sham*, zu denen auch der heutige Libanon, Jordanien und Syrien gehörten) über einen Boden verfügte, der zwar teilweise sandig und sumpfig war und Getreideerträge erbrachte, die im Vergleich zu den anderen Gegenden in diesen syrischen Ländern eher niedrig waren¹⁰, aber schon bei geringer Investition eignete er sich ausgezeichnet für den Zitrusanbau, der mit der «Jaffa-Orange» zum Wahrzeichen Palästinas werden sollte, weil die Früchte über Jaffa verschifft wurden. Nach 1850 breiteten sich die Orangenhaine mit großer Geschwindigkeit aus, und im Spitzenjahr 1913 wurden 1,6 Millionen Orangenkisten im Wert von fast 300.000 Pfund von Jaffa aus verschifft. Das amerikanische Konsulat schätzte um 1880 die Zahl der Orangenhaine um Jaffa auf 500, womit sich die Fläche für Orangenanbau seit 1850 verdreifacht hatte, ein Prozess, der sich bis 1914 noch beschleunigen sollte.¹¹ Palästinas harter Weizen wurde ebenfalls nach Europa verschifft, zum Beispiel nach Italien, wo er für die Pasta-Herstellung beliebt war.¹² Das «öde Land, das nur spärlich von Beduinen besiedelt war», war also ein politischer Mythos.

⁸ Schölch (1986), S. 68.

⁹ Schölch (1986), S. 74.

¹⁰ D. Warriner, *Land and Poverty in the Middle East*, London 1948, S. 62.

¹¹ Schölch (1986), S. 88; zur Ökonomie Palästinas im Osmanischen Reich siehe auch B. Doumani (1995), *Rediscovering Palestine. Merchants and Peasants in Jabal Nablus, 1700-1900*, Berkeley 1995; sowie G. Gilbar, *Economic and Social Consequences of the Opening of New Markets: The Case of Nablus, 1870-1914*, in: Philipp, T./Schäbler, B., *The Syrian Land: Processes of Integration and Fragmentation*, Stuttgart 1998, S. 281-291.

¹² L. Schilcher, *The Grain Economy of late Ottoman Syria*, in: Keyder, C./Tabak, F. (eds.), *Landholding and Agriculture in the Middle East*, New York 1991; Schölch, ebenda, S. 77.

Auch die ländliche Gesellschaft war derjenigen anderer Landschaften in den syrischen Ländern», zu denen Palästina gehörte, ähnlich. Dorfgemeinschaften teilten sich in Sippen (Clans) auf, und ein kompliziertes soziales System balancierte die Loyalität der Menschen zu ihrem Dorf und ihrer Familie.¹³ Ein ausgeklügeltes System von Ehre und Schande und eine Menge ländlicher Rituale regelten das gesellschaftliche Leben. Heiratete beispielsweise ein Mädchen aus einem Dorf in Galiläa einen Bräutigam aus einem anderen Dorf (solche Heiraten aus dem Dorf heraus wurden nicht gern gesehen), so musste der stärkste Mann des Dorfes des Bräutigams einen «Hochzeitsfelsen» stemmen. Das Dorf, das eine Frau «verlor», verlangte also eine Art Männlichkeitstest von dem Dorf, das sie gewann.¹⁴ Die Söhne der Großfamilie mehrten die Ehre des Dorfes und ihrer Familie durch kämpferisches Verhalten und strategische Heiratsbeziehungen zu anderen Clans und Dörfern. Ehrenvoll war weiterhin die Unterhaltung eines Gästehauses, das den Familienoberhäuptern der größten Clans oblag, und in dem Gäste bewirtet und Dorfversammlungen abgehalten wurden.

Trägerinnen der Familienehre im engeren Sinne waren im patriarchalischen System aber die Frauen, deren sexuell unbescholtenes Verhalten unabdingbar für die Ehre der Familie war. Aufgabe der Frau war es, viele Söhne zu gebären, die die Ehre und den Reichtum der Familie mehrten. Die Position eines Mannes als Respektsperson im Dorf war eng mit seinem Besitz an Land (*al-ard*) verbunden. Die Frauen seiner Familie waren ebenso eng mit seiner Ehre (*al-'ird*) verbunden wie sein Land. Die Frauen seiner Familie und sein Land waren die zentralen Elemente der Ehrbarkeit eines ländlichen Mannes.¹⁵ So gut wie alle Konflikte im Dorf drehten sich um Ehrverletzungen dieser Art, also Übergriffe auf Land und weibliche Familienmitglieder. Ehre musste in allen Fällen wieder hergestellt werden, im äußersten Falle durch Blutrache.

Landkauf und Vertreibung

Mit der jüdischen Einwanderung änderten sich die agrarischen Verhältnisse. Zwar hatten auch arabische Notabeln im Zuge der osmanischen Modernisierung Land erworben und waren Großgrundbesitzer geworden. Der entscheidende Unterschied bestand jedoch darin, dass sie die Bauern (Fellachen) als Tagelöhner oder Anteilspächter auf dem Land beließen. Die zionistische Bewegung war durch das Prinzip «jüdischer Arbeit» darauf ausgerichtet, die arabischen *fellahin*

¹³ Vgl. die ähnlichen gesellschaftlichen Verhältnisse einer anderen südsyrischen Landschaft in: B. Schäbler, *Aufstände im Drusenbergland. Ethnizität und Integration einer ländlichen Gesellschaft Syriens vom Osmanischen Reich bis zur staatlichen Unabhängigkeit, 1850-1949*, Gotha 1996.

¹⁴ Doumani (1995), S. 29.

¹⁵ S. H. Katz, *Women and Gender in Early Jewish and Palestinian Nationalism*, Gainesville, 2003, S. 82, 83.

vom Lande zu vertreiben.¹⁶ Die Landkäufe der *Jewish Agency*, die von solchen Vertreibungen begleitet waren, führten zu frühen ländlichen Konflikten.¹⁷ In den ersten Jahren jüdischer Einwanderung nach 1882 hörten die Feindseligkeiten jedoch auf, sobald die Bauern wieder auf dem Land arbeiten durften.¹⁸

Das sich herausbildende Muster war jedoch, dass die Etablierung einer neuen jüdischen Kolonie mit dem Landkauf (in den überwiegenden Fällen von einem städtischen Großgrundbesitzer) begann, auf den ein Räumungsbefehl folgte, mit dem die Bauern das Land endgültig für neue jüdische Siedler aufgeben mussten. Denn mit der Konsolidierung des Zionismus wurde das Prinzip jüdischer Arbeit immer dominanter, und auch die weniger ideologisierten Einwanderer der ersten Welle mussten sich diesem Druck beugen. Ab 1901 begann die *Jewish Colonization Agency* gezielt, arabische Fellachen von jüdischem Land zu entfernen. Dies führte zu organisiertem Widerstand seitens der Bauern, der von den osmanischen Behörden niedergeschlagen wurde.

Bald standen sich in der agrarischen Gesellschaft Palästinas zwei Sektoren gegenüber, eine mit modernen landwirtschaftlichen Mitteln, europäischem Know-how und großem Pioniereifer betriebene Modernisierung der Landwirtschaft in den jüdischen Siedlungen, und die nunmehr fast als archaisch erscheinende, «uralte» Bauernkultur der Araber, die jedoch, wie wir gesehen haben, in den dreißig Jahren vor der ersten Einwanderungswelle einen großen Aufschwung innerhalb der Region des Osmanischen Reiches genommen hatte und in diesem Rahmen durchaus modern war – aber natürlich nicht mit Europa mithalten konnte.¹⁹

Die weitere Modernisierung der agrarischen Verhältnisse von außen durch zionistische Einwanderung, Landerwerbungen und die anschließende Vertreibung der Bauern mobilisierte deren Wir-Gefühl, oft in gewaltsamer Abgrenzung gegenüber Zionisten und osmanischer Regierung. Der palästinensische Historiker Rashid Khalidi sieht in diesem frühen bäuerlichen Widerstand ein entscheidendes erstes Element palästinensischer Identität.²⁰

16 C. Kamen, *Little Common Ground: Arab Agriculture and Jewish Settlement in Palestine, 1920-1948*, Pittsburgh 1991, S. 259.

17 Belegt sind diejenigen von Petach Tikva 1886, in der Tiberias Region 1901-1904 (und noch einmal 1909) und von al-Fula, 1910/11. siehe Mandel (1976), S. 30/31 und 37/38.

18 G. Shafir, *Land, Labor, and the Origins of the Israeli-Palestinian Conflict, 1882-1914*, Cambridge 1989, S. 201.

19 Zum mangelnden Fortschritt der Entwicklung in den ländlichen Gebieten Palästinas während des Mandats siehe W. Tyler, *State Lands and Rural Development in Mandatory Palestine, 1920-1948*, Brighton 2001.

20 Rashid Khalidi, *Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness*, insbes. Kapitel 5: Elements of Identity I: Peasant Resistance to Zionist Settlement, New York 1997, S. 89-118. Klassisch zur Herausbildung der palästinensischen Nationalbewegung ab 1918: Y. Porath, *The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement 1918-1929*, London 1974.

Der erste große Aufstand erfolgte aber in der überwiegend von Bauern getragenen Revolte gegen das britische Mandat und jüdische Siedler 1936-1939.²¹ Dieser «Arabische Aufstand», wie er in der arabischen Geschichtsschreibung genannt wird, und sein Anführer Izz al-Din al-Qassam wurden, eingebettet in die umfassendere Erinnerung an das alte ländliche Palästina, zu einem zentralen Erinnerungsort (*lieu de mémoire*) für die weiteren Generationen von Palästinensern.

Generationen werden heute mehr als lebenszeitliche Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften betrachtet denn als reine Alterskohorten.²² Generationen stehen für Identitätskonstruktionen, Kollektivbezüge, Erfahrungsgemeinschaften und eine damit verbundene Handlungsrelevanz.²³ Im Falle der Palästinenser hat Rosemary Sayigh

- die «Generation Palästina» ermittelt, die durch Erfahrungen vor 1948 geprägt und in Palästina selbst mit dem Aufstand von 1936-39 identifiziert wurde;
- die «Generation der *Nakba*» (Katastrophe), wie die Palästinenser die Staatsgründung Israels und die Vertreibung benennen, und
- die revolutionäre Generation, die durch die «palästinensische Revolution» geprägt wurde.²⁴

Seitdem ist noch mindestens eine Generation der Intifada hinzugekommen. Die Generationen sind im politischen Gedächtnis verankert und ihrerseits Träger der Erinnerung, im Sinne politisierter sozialer und kommunikativer Erinnerung an Palästina als Erinnerungsort, an den Aufstand von 1936, an die Vertreibung von 1948, die fast von Anfang an mit politischen Zielen verknüpft wurde.

Der «Vorläufer des bewaffneten Kampfes»: Die Bauernrevolte von 1936-39

Auch im 20. Jahrhundert blieb Palästina überwiegend ländlich geprägt. Im Jahre 1922 lebten laut britischem Zensus 76 Prozent der muslimischen Bevölkerung Palästinas in Dörfern und von der Landwirtschaft. Ein bekannter Bericht der britischen Mandatsmacht, der Johnson-Crosbie-Report, kam 1930 zu dem

- 21 Zum Aufstand siehe S. al-Nimr, *The Arab Revolt of 1936-1939*, in: *Palestine*, unveröfftl. Dissertation, British Library, Document Supply Centre, 1990; S. Lachman, *Arab Rebellion and Terrorism in Palestine, 1929-36: The Case of Sheikh Izz al-Din al-Qassam and His Movement*, in: Kedourie, E./Haim, S., *Zionism and Arabism in Palestine and Israel*, London 1982, S. 52-99.
- 22 Zum Begriff der Generationalität siehe Bernd Weisbrod, Generation und Generationalität, und Jürgen Reulecke: Einführung: Lebensgeschichten des 20. Jahrhunderts – im «Generationencontainer»? in: Jürgen Reulecke/Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München: Oldenburg 2003, S. VIII.
- 23 U. Jureit/M. Wildt (Hrsg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005, S. 9.
- 24 R. Sayigh (1979), *Palestinians: From Peasants to Revolutionaries*, London 1979, S. 58, Anm. 5.

Ergebnis, dass mehr als 30 Prozent der palästinensischen Dörfler Landlose waren. Von denjenigen, die über Landbesitz verfügten, hatten 54 Prozent nicht mehr genügend Land, um ihre Familie zu ernähren. Die große Mehrheit der ländlichen Palästinenser konnte also die Subsistenz ihrer Familien nicht gewährleisten und zog in die Slums der Städte.²⁵

Dabei produzierten Bevölkerungswachstum und Landknappheit im gesamten Süden der syrischen Länder ein großes *Surplus* an Arbeitskraft auf dem Land, nicht nur im eigentlichen Palästina. Hunderte von verarmten Bauern aus den angrenzenden Agrarlandschaften, wie etwa dem südsyrischen Hauran, strömten ebenfalls in die palästinensische Küstenregion.

Was die zionistische Politik betraf, so zielte diese von Anfang an auf den Boden Palästinas, nicht auf seine Einwohner. Der Arbeiterzionismus war entschlossen, eine autarke Ökonomie zu errichten, die auf die Ausbeutung arabischer Arbeitskraft nicht angewiesen war. Allerdings wurden diese Aspirationen zunächst nicht erreicht. Gerade in der Zitrusindustrie wurden arabische Landarbeiter von den jüdischen Arbeitgebern eingestellt.²⁶ Aber auch die Eisenbahn, neue Verkehrswege und ein neuer Hafen in Haifa boten unter dem britischen Mandat Arbeitsplätze für Araber. Dabei handelte es sich jedoch weitgehend um Gelegenheitsarbeit. Um die Städte Haifa und Jaffa bildeten sich Slums heraus, in denen die arabischen Landarbeiter lebten.²⁷ Die britische Mandatspolitik zielte eher auf Vermeidung der sozialen Folgen solcher Landflucht als auf Verbesserung der agrarischen Produktionsbedingungen. Aus diesem Grunde ließ man die sozialen und politischen Verhältnisse in den Dörfern unangetastet. Das *Public Works Department* der Mandatsmacht stellte beispielsweise ländliche Arbeiter auf traditionelle Weise an, d.h. die Dorfältesten wählten diese nach der sozialen Organisation des Dorfes aus.²⁸ Saisonale Arbeit und traditionelle Dorfgemeinschaft erhielten die Vitalität der Dörfer und ihrer sozialen Beziehungen, und die Arbeiter in den städtischen Slums blieben ihren Dörfern verhaftet.

Die Unzufriedenheit dieser marginalisierten bäuerlichen Arbeiter, die ihre ländliche Vergangenheit und das Leben auf dem Dorfe idealisierten, war einer der Gründe für den Aufstand von 1936-39, der sich vor allem gegen das britische Mandat, aber auch gegen jüdische Siedler und gegen Städter allgemein richtete. Im Jahre 1938 gab es eine echte Revolte des Landes gegen die Stadt, auch gegen

25 Carmi, S./Rosenfeld, H., The Origins of the Process of Proletarianization and Urbanization of Arab Peasants in Palestine, in: *Annals of the New York Academy of Sciences*, 1973, S. 472; zu diesem Bericht und zur Lage der Bauern unter dem Mandat siehe auch, P.N. Tyler, *State lands and rural development in mandatory Palestine, 1920-1948*, Sussex Academic Press 2001, S. 162 ff.

26 Von einer arabischen Gesamtarbeiterschaft von 30.000 arbeiteten 1939 8.000 Männer in jüdischen Orangenhainen; siehe R. Taqqu (1980), Peasants into Workmen: Internal Labor Migration and the Arab Village Community Under the Mandate, in: J. Migdal (1980) et. alt., *Palestinian Society and Politics*, Princeton: Princeton University Press 1980, Tabelle S. 264.

27 Taqqu (1980), S. 263.

28 Taqqu (1980), S. 269, 270.

arabische Städte.²⁹ Eine ihrer Ausdrucksformen war die Frage der Kopfbedeckung.

Fez oder kufiyeh?

Die arabischen Städter trugen immer noch den osmanischen Fez, auch Tarbusch genannt, oder, wenn sie modern sein wollten, einen westlichen Panamahut. Auf dem Lande wurde bei den Bauern und Beduinen die *kufiyeh* (auch *hatta* genannt) getragen, ein schwarz-weiß- oder rot-weiß-kariertes Baumwolltuch, das unter einem Reifen aus Kamelhaar (*'iqal*) auf dem Kopf gefaltet wurde. Um den aufständischen Bauern auch in den Städten Schutz vor Entdeckung zu gewähren, und um die Solidarität der Städter einzufordern, wurden diese von den Aufständischen gezwungen, ihre Feze und Hüte mit der *kufiyeh* zu vertauschen. Die (britische) Zeitung *Palestine Post* stellte am 1. September 1938 sarkastisch fest:

«Wenn einmal die Geschichte dieser turbulenten Zeiten geschrieben und die Zerstörungen im Heiligen Land (die der Aufstand angerichtet hatte) evaluiert werden, wird der Chronist einen Nachtrag hinzufügen müssen: Im dritten Jahr der Unruhen erkannten die arabischen Stadtbewohner die Vorherrschaft der wilden Banditen vom Land an, indem sie ihre Tarbuschs und Panamahüte mit der Kufiyeh und dem Iqal vertauschten. Das war ihr Beitrag zur nationalen Sache.»

Als Jassir Arafat in den 1960er-Jahren die *kufiyeh* zu seinem Markenzeichen machte, knüpfte er zum einen an den bewaffneten Kampf der Bauern-Generation von 1936 an. Zum andern aber sollte die *kufiyeh* auch die Erinnerung an einen Augenblick der Einheit wecken, als zumindest die Männer, Bauern und Städter, Christen und Muslime, Arme und Reiche sich unter dieser ländlichen Kopfbedeckung im Kampf vereinten. Arafat selbst bezog sich des Öfteren auf den Aufstand von 1936, vor allem um die PLO-Führung, die zur *Nakba*-Generation gehörte, von den Eliten der Generation des alten Palästinas abzusetzen:

«...unsere palästinensische Führung war geteilt und bekämpfte sich gegenseitig... Wegen dieser inneren Kämpfe wurden viele unsere Führer getötet... Deshalb habe ich einen Eid geschworen, dass meine Generation die Fehler der Vergangenheit niemals wiederholen wird.»

Der amerikanische Anthropologe Ted Swedenborg sammelte in den frühen 1980er-Jahren für seine Dissertation in der Westbank mündliche Geschichten, um die Erinnerung an den Aufstand von 1936 im Gedächtnis der Palästinenser zu untersuchen. Die von ihm befragten alten Bauern, die am Aufstand teilgenommen hatten, stellten diesen klar in einen nationalen Zusammenhang, der im agrarischen Wertekodex des ländlichen Palästinas verankert war. Um anschaulich zu machen, warum der Aufstand absolut notwendig war, griffen die alten Aufständischen auf Schlüsselkonzepte ihrer Kultur wie Land (*al-ard*),

²⁹ Taqqu (1980), S. 272.

Ehre (*al-'ird*), Frauen, Familie und Dorf zurück. «Wer kein Land hat, besitzt keine Ehre», war ein oft zitiertes Sprichwort. «Wir mussten kämpfen, um unsere Heimat/unsere Nation und unsere Ehre zu verteidigen.» Oder: «Die Nation ist wie die Mutter. Männer beschützen Frauen, und deshalb haben sie den Aufstand ausgerufen.» «Wir verstanden, dass die Engländer unser Land den Juden geben wollten. Da haben wir gekämpft.» Land, Familie, Frauen, Ehre wurden mit der Nation und der Heimat verquickt. Individueller Landverlust an die zionistische Bewegung avancierte somit zur nationalen Schande. Das Dorf im alten Palästina wurde idealisiert und als Vorbild nationaler Solidarität dargestellt. Trotz erbitterter Familienfehden und wirtschaftlicher Probleme erschien den Menschen in der Rückschau «das ganze Dorf wie eine Familie». ³⁰

Zur Symbolfigur des Aufstands wurde ein religiöser Führer mit syrisch-ländlichem Hintergrund, Izz al-Din al-Qassam, der den *dschihad*, den Heiligen Krieg, predigte und in den Slums von Haifa bewaffnete Kämpfer rekrutierte. ³¹ Obwohl al-Qassam bereits kurz vor Ausbruch des Aufstands in den Bergen um Haifa bei einem Scharmützel mit den Briten fiel, avancierte er zum Gesicht des Aufstands, erinnert und besungen von palästinensischen Dichtern:

«Herbst 1935 ... Scheich 'Izz al-Din al-Qassam erhob seine treue Faust zum ersten Schlag der Rebellion. Kaum hatte er dies getan, öffneten sich die Tore der Ewigkeit, und er schloss sich mit einigen seiner Mitstreiter den Reihen der unsterblichen Märtyrer an. Das Feuer, das die Märtyrer entfacht hatten, flammte im April 1936 erneut auf und sprühte seine Funken über die Massen. Die Bauern und Arbeiter entflammten ... Der Volksaufstand wurde immer stärker und zwang die traditionelle Elite, ihre Strategie zu ändern, als sie mit der Hitze der Rebellion konfrontiert wurden. ... Eines der intensivsten Kapitel des palästinensischen Kampfes wurde damals geschrieben, auf den Bergpfaden und in ihren Dörfern. Von dort erscholl die unsterbliche Stimme des Volkes: Wir sind es, die die Heimat verteidigen ...» ³²

Nicht nur die Dichter, auch die politischen Führer und Aktivisten der nächsten Generationen beschworen das Andenken an den Aufstand. George Habbash, damaliger Chef der Volksfront zur Befreiung Palästinas und ein Vertreter der *Nakba*-Generation schrieb kurz vor seinem Tod über sich:

«Ich gehöre zu einer Generation, deren politisches Bewusstsein durch die Tatsache geweckt wurde, dass es in ihrer Heimat, Palästina, Rebellionen und Aufstände gegen ein britisches Völkerbundsmandat gab, das von Anfang an in einen direkten Kolonialismus überführt wurde.» ³³

³⁰ Alle Zitate in T. Swedenborg (2003), *Memories of Revolt: The 1936-1939 Rebellion and the Palestinian National Past*, University of Arkansas Press 2003, S. 77-79 (Übersetzung der Autorin).

³¹ Zu al-Qassam siehe Ali Hussein Khalaf, *Izz al-Din al-Qassam*, Lattakia, o.J.; Samih Hamuda, *al-wayi wa-l-thaura. Dirasa fi hayat wa jihad al-sheikh Izz al-Din al-Qassam*, Jerusalem o.J. [Arabisch].

³² F. Tuqan, *A Mountainous Journey*, St. Paul 1990, S. 82.

³³ Unveröffentl. Manuskript, im Besitz der Autorin.

Als Marxist bezieht er sich nicht direkt auf den religiösen Würdenträger al-Qassam und den Aufstand von 1936. Leila Khaled, zwanzig Jahre jünger als ihr Chef in der Volksfront und eine durch Flugzeugentführungen berühmt gewordene Angehörige der revolutionären Generation, hat weniger Berührungsängste. Sie rekrutiert al-Qassam und die Bauern problemlos für den revolutionären Volksbefreiungskrieg der Palästinenser:

«Ich wurde stark von einem palästinensischen Revolutionär der dreißiger Jahre beeinflusst. Izz Edeen Kassam, einem Mann, der den Geist des Widerstandes verkörperte und der die erste Arbeiter- und Bauernrevolution in der arabischen Heimat organisiert hatte. Er hatte etliche Jahre damit verbracht, eine Untergrundbewegung zu organisieren; 1935, als er den andauernden Verrat an seinem Volk nicht mehr mit ansehen konnte, entfachte er einen bewaffneten Aufstand, den er als Anfang eines Volkskrieges für die Befreiung von den Feinden plante: vom britischen Imperialismus, vom Zionismus und von der arabischen Unterentwicklung. Die Revolutionäre waren Arbeiter, Bauern, Studenten und andere fortschrittliche Gruppen. Die Revolte war eine Revolte der Unterdrückten und wurde von den Briten mit Hilfe der Zionisten und der arabischen Reaktionsäre erstickt.»³⁴

Auch die Generation der Intifada stellte sich in die Tradition des Aufstands und al-Qassams. In den Flugblättern der Untergrundführung der ersten Intifada wurde vom «Volk des Aufstands von 1936» und den «Enkeln Qassams» gesprochen:

«An die Massen unseres großen Volkes! An das Volk des Aufstands, der sich aus den Wurzeln unserer Heimat seit 1936 verbreitet! An das Volk von Märtyrern, Enkel von al-Qassam!»³⁵

Die Erinnerung an al-Qassam wird natürlich vor allem auch von den islamistischen Organisationen seit den 1990er-Jahren instrumentalisiert. Die palästinensisch-islamistische Bewegung Hamas nennt ihren militärischen Flügel *kataib al-Qassam*, die Qassam-Brigaden. Der Name Qassam eignet sich auch als Akronym für *quwat al-islamiyya al-mujahida* (Islamische Kampftruppen). Al-Qassams ehrwürdiger Name muss auch für die Benennung einer kleineren Rakete (8 km Reichweite) erhalten, die von der Hamas im Gazastreifen entwickelt wurde.

Nostalgie und Generationsbrüche in den 1960/70er-Jahren

Das Jahr 1948 ist als das Jahr der Katastrophe, der *Nakba*, in die palästinensische Erinnerung eingemeißelt.³⁶ Die Vertreibung von – nach britischer Zählung

³⁴ Leila Khaled, *Mein Volk soll leben. Autobiographie der palästinensischen Revolutionärin*, Stuttgart o.J., S. 14.

³⁵ Zachary Lockman/Joel Beinin (Hrsg.), *Intifada. The Palestinian Uprising against the Israeli Occupation*, Washington 1989, S. 390.

³⁶ Der Begriff *Nakba* wurde erstmals von dem Historiker Constantine Zuryaq, Professor an der American University of Beirut, verwandt und mit dem Buch populär: C. Zuryaq, *ma'na al-Nakba* (Die Bedeutung der Katastrophe), Beirut 1948.

1949 – 810.000 Palästinensern³⁷ und die Verhinderung ihrer Rückkehr durch die Staatsgründung Israels hatte eine traumatische Wirkung auf die fortan zerstreute und aufgespaltene palästinensische Gemeinschaft.

Die Generation der *Nakba*, die aus ihren Dörfern und Städten flüchtete, in die sie nicht zurückkehren durfte, wanderte entweder zuerst ziellos in Palästina umher, bevor sie in Lagern in Palästina selbst strandete (210.000 in Lagern im Gazastreifen, 320.000 in der Westbank). Oder sie floh nach Jordanien, Syrien oder den Libanon (280.000)³⁸. Der restliche Teil dieser Generation war 1948 in ihren Dörfern verblieben und fand sich nach 1948 unter jordanischer, nach 1967 unter israelischer Herrschaft wieder. Der Gazastreifen, ein winziges Stückchen Land an der Mittelmeerküste, das mit der israelischen Staatsgründung erst entstand, kam unter ägyptische Herrschaft. Mit seinen 210.000 (nach anderen Schätzungen 250.000) Flüchtlingen, die seine Bevölkerungszahl über Nacht verdreifachte, war er von Beginn seiner Existenz an so etwas wie ein großes Flüchtlingslager, mit einem Bevölkerungswachstum, das zu den höchsten der Welt gehört.³⁹

Die geflohenen städtischen Mittelschichten verfügten über weitverzweigte Verwandtschaftsnetze in Amman, Damaskus und später den Golfstaaten und fassten gesellschaftlich bald wieder Fuß. Die Flüchtlinge waren aber überwiegend ländlich. Es waren die bäuerlichen und landlosen Schichten, die in den Lagern landeten. Sie verloren nicht nur ihr Land, wenn sie dies besessen hatten, sondern auch ihr Selbstwertgefühl und wurden doppelt marginalisiert: als Flüchtlinge, aber auch als Bauern im Umfeld der Städte. Ökonomisch sank die Generation des Aufstands und des alten Palästina von Kleinbauern, Pächtern und ländlichen Arbeitern zu einem Lumpenproletariat von Flüchtlingen ab. Dies bedeutete auch einen schmerzhaften Generationsbruch. Der ehemalige Bauer als Familienpatriarch war im Flüchtlingslager der Basis seiner Respektabilität beraubt. Er hatte kein Land mehr und konnte seine Familie nicht mehr ernähren. Umso wichtiger wurden alle anderen Attribute der Respektabilität (Ehre, Macht über Frauen), die jedoch auch nicht mehr aufrechtzuerhalten waren. Seine Kinder, die neue Generation, die Flucht und Vertreibung in ihrer Kindheit erlebt hatten oder im Lager geboren worden waren, gelang es, eine Ausbildung zu machen und in den Dienstleistungssektor, vor allem in intellektuelle Berufe wie den des Lehrers, aufzusteigen. Diese radikalen Transformationen vollzogen sich auf der Basis der Aufrechterhaltung von bäuerlichen Werten.⁴⁰

37 Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited*, Cambridge 2004, appendix 1, S. 602. Die Zahl der Flüchtlinge war und ist umstritten. Arabische Angaben sprechen von 900.000-1.000.000; israelische von 520.000. Die hier genannten Zahlen beziehen sich auf britische Angaben vom Februar 1949. Benny Morris hält die Zahl von 700.000 für wahrscheinlich.

38 Alle Zahlen nach den britischen Angaben von 1949.

39 Die beste Arbeit zum Gazastreifen ist Sara Roy, *The Gaza Strip. The Political Economy of De-Development*, Washington 1995.

40 Rosemary Sayigh (1979), S. 6/7.

Für die Lager im Libanon und in Palästina liegen zwei Studien vor, eine von der bereits erwähnten palästinensischen Wissenschaftlerin Rosemary Sayigh, und eine vom *Shiloah Center for Middle Eastern and African Studies* der Hebräischen Universität von 1967, die unter der Führung von Shamir Shimon zu Beginn der israelischen Besatzung in den Lagern der Westbank durchgeführt wurde. Selbst wenn man dieser Studie ein politisches Interesse unterstellt, sind ihre Ergebnisse doch plausibel.

In der Studie kommt klar zum Ausdruck, welchen Schmerzen der Entwurzelung die Flüchtlinge in der Westbank ausgesetzt waren. Auch deren junge Generation hatte den Sprung in den Dienstleistungssektor geschafft. 1967 waren sie Angestellte in den nahe gelegenen Städten, und die Arbeitslosigkeit in den Lagern war mit der in der restlichen Westbank vergleichbar. Durch das UN-Flüchtlingshilfswerk UNWRA (dem die Palästinenser bald äußerst ambivalent gegenüber standen, da es sie in ihrer Sicht als Flüchtlinge festschrieb) profitierten die Flüchtlinge von einem Grad an sozialen Diensten in Gesundheit, Bildung und allgemeiner Wohlfahrt, der denen anderer nahöstlicher Gesellschaften überlegen war. Sie ähnelten, so Shamir, den Vorstädten anderer Drittweltländer, wo entwurzelte Bauern einen schmerzhaften Transformationsprozess in ihren Berufen, ihrer Lebensweise und ihrem Wertesystem durchmachten.⁴¹ Im Falle der Flüchtlinge jedoch wurden die Schmerzen der Entwurzelung verstärkt, einmal durch die politische Dimension des Nahostkonflikts, zum zweiten aber durch schwere soziale Minderwertigkeitsprobleme und Identitätskrisen. Der Rahmen des Lagers verstärkte diese Probleme noch, stellte jedoch gleichzeitig auch einen Fluchtpunkt dar.

In den Interviews, die zu geben die Flüchtlinge als ihre «nationale Pflicht» ansahen, kam zutage, dass sie ein «Leben voller Verzweiflung und Demütigungen» führten, sich nur «halb menschlich», als «doppelte Nullen» fühlten, «von Ehre, Heimat und Religion abgeschnitten worden seien». Weiterhin sagten sie, dass der «Tod dem Leben eines lebendigen Toten vorzuziehen sei, denn wer ohne Heimat/Nation (*watan*) sei, sei tot».⁴²

Es war, so Shamir, nicht ihr Lebensstandard, der dem ihrer Nachbarn ähnelte, und auch nicht ein Mangel an sozialer Versorgung, die durch die UNWRA eher besser gewährleistet war als die ihrer Nachbarn, sondern ihr sozialer Status, der sie quälte. Die umliegenden Bauern nannten sie «Landbesetzer», weil das Lager auf ihrem Land gebaut worden war. Zudem warfen sie ihnen vor, sie hätten ihr eigenes Land verlassen oder an den Feind verkauft. Die Flüchtlinge glaubten, dass die Nachbarn sie als wurzellose Zigeuner sahen, die bestenfalls Obstdiebe, schlimmstenfalls Verbrecher waren.⁴³

Tatsächlich betrachteten die Bauern die Flüchtlinge als «außerhalb aller Tradition und Sitte» stehend. Flüchtlinge konnten ohne Landbesitz keine Kredite

⁴¹ Shimon Shamir, *West Bank Refugees – Between Camp and Society*, in: J. Migdal (1980), S. 147 (Übersetzung der Autorin).

⁴² Shamir, ebenda, S. 149 (Übersetzung der Autorin).

⁴³ Shamir, ebenda, S. 149.

aufnehmen, und keiner gab ihnen seine Tochter zur Frau. Was die Situation für die Flüchtlinge so unerträglich machte, war der Umstand, dass sie die Auffassungen derer, die sie diskriminierten, teilten. Obwohl sie als Arbeiter in den Städten oft seit zwanzig Jahren nicht mehr von der Landwirtschaft gelebt hatten, teilten sie das Wertesystem einer agrarischen Gesellschaft, in dem der Landlose missachtet wird.⁴⁴

Gleichzeitig war das Lager jedoch Zuflucht. Unter lauter Flüchtlingen zu leben, war einfacher als die gefährvolle Welt «draußen», in der Flüchtlinge gedemütigt werden konnten. «Ich will unter Flüchtlingen leben», war eine oft gemachte Aussage. Dies verstärkte wiederum das Beharren auf Rückkehr zu den ursprünglichen Heimatorten als einzige Lösung. Mehr noch, der Status als Flüchtling bezeichnete einen potentiellen Besitz an Land. Deshalb musste man an der Rückkehr (*'awda*) und allen Symbolen des Rechts auf Rückkehr festhalten. Die alten Bauern hielten an ihren Rationskarten in einer Weise fest, als seien sie Landbesitzurkunden. Seine Rationskarte zu veräußern, sei wie sein Land zu verkaufen, also ehrlos, meinten sie.⁴⁵ Zudem waren die Lager allerorten nach den alten dörflichen Mustern organisiert. Dörfer und Familien lebten auch in den Vierteln der Flüchtlingslager unter einem Dorf-/Lagerältesten zusammen.⁴⁶

Es gab aber auch Pragmatismus. Als Mitte der 1950er-Jahre eine politische Kontroverse darüber geführt wurde, ob man als Palästinenser eine Anstellung in den «Gastländern» außerhalb Palästinas annehmen solle, weil dies den Status als *displaced person* in Frage stellte, nahmen die Flüchtlinge trotzdem überall Arbeit an. Nach 1967 arbeiteten sie in Israel. Ihre Kinder sollten Berufe erlernen, die sie in die Golfstaaten brachten und nicht zurück in die ursprüngliche Landwirtschaft. Gleichzeitig aber setzte eine Verklärung und Konservierung der alten Idylle in den Dörfern der Westbank ein, in der alte Frauen und Männer den Fellachen aus Palästina vor 1948 verkörperten und die Erinnerung an das alte Palästina wach hielten.⁴⁷

Dies ist bereits Ausdruck für den tiefen Generationsbruch, der sich auftat. Denn die neue Führungselite sowohl in den Lagern als auch außerhalb waren ausgebildete Leute der *Nakba*-Generation, die 1967 in ihren 40ern waren: Ärzte, Lehrer, Rechtsanwälte, Ingenieure. Nun waren es politische Verbindungen, politisches Engagement und Wissen über die «palästinensische Sache», die den gesellschaftlichen Status bestimmten.⁴⁸ Das Leben der Jungen und Gebildeten und das der Älteren und Traditionellen bewegte sich in zwei Zirkeln. Diskussi-

44 Shamir, ebenda, S. 151.

45 Vgl. zu diesem symbolischen Festhalten am Land in anderen Gebieten der syrischen Länder B. Schäbler, *Practicing 'Musha': Common Lands and the Common Good in Southern Syria under the Ottomans and the French*, in: R. Owen (Hrsg.), *New Perspectives on Property and Land in the Middle East*, Cambridge 2000, S. 241-312.

46 D. Robinson Divine, *The Dialectics of Palestinian Politics*, in: J. Migdal (1980), S. 227.

47 Vgl. dazu auch Swedenborg (2003).

48 Stockman, *Changing Social Values of the Palestinians: The New Outlook of the Arab Peasant*, in: *The New Middle East*, Juni 1969, S. 18-21.

onen wurden unter den jungen und alten Generationen zunehmend getrennt voneinander geführt. Die Jungen betrachteten die Alten als rückständig und ohne politisches und nationales Bewusstsein. Manchmal bezeichneten sie die Generation des alten Palästina als «Osmanen».⁴⁹

In den Lagern außerhalb Palästinas kam es in noch stärkerer Weise zum Generationsbruch. Hier war auch die Nostalgie nach dem alten Palästina noch stärker ausgeprägt. Der Begriff Nostalgie, aus griech. *nostos*: «in die Heimat zurückkehren», und *algia*, die Bezeichnung eines schmerzhaften Zustands, wurde ursprünglich von Johannes Hofer, einem Schweizer Arzt, im späten 17. Jahrhundert geprägt. Er bezeichnete damit den krankhaften Zustand extremen Heimwehs, das die Schweizer Söldner in den Diensten fremder Fürsten fern von den heimischen Bergen plagte. Erst sehr viel später scheint das Wort Nostalgie die allgemeinere Bedeutung «Sehnsucht nach der Vergangenheit» angenommen zu haben. Ein amerikanischer Soziologe behauptet, dass gerade die politische Kultur der 1970er-Jahre weltweit von einer solchen Nostalgie gekennzeichnet sei.⁵⁰ Zumindest für den palästinensischen Fall der alten Palästina-Generation in den Lagern scheint die ursprüngliche Bedeutung von Nostalgie, Heimweh als Krankheit, ziemlich zutreffend gewesen zu sein. Für die *Nakba*- und «revolutionäre» Generation stimmt wohl letzterer Befund, also eine politisch-soziale Besetzung und Verklärung der Vergangenheit, wie sie in der globalen Generation dieser Zeit allgemein zu finden war.

Rosemary Sayigh sammelte Mitte der 1970er-Jahre *oral history*-Interviews in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon. Sich selbst der palästinensischen Linken zurechnend, findet sie in der «Generation Palästina», wie sie im Libanon, in der Fremde (*ghurba*) genannt wird, den nostalgischen Blick zurück auf eine verlorene ländliche Idylle, den sie in ihrer Analyse zwar nicht direkt teilt, aber gemäß ihres Glaubens an die revolutionäre Kraft der bäuerlichen Massen doch positiv wertet. In ihrer einflussreichen Studie von 1979 erhob sie die bis dato verachtete Bauernkultur zu einem progressiv-politischen Wert. Sie argumentiert, dass es ein Beweis für die Stärke der Bauerngesellschaft sei, dass sie selbst in der Entwurzelung überdauerte und damit den Palästinensern half, zu überleben. Die bäuerlichen Beziehungen seien eine «unzerreißbare Nabelschnur, die die neugeborenen Palästinenser an das Land binden, das ihre Vorfahren geprägt hat».⁵¹

Die Aufrechterhaltung der Tradition in den Lagern sieht sie vor allem als eine Art der Verweigerung. Gleichzeitig spielten die Zusammengehörigkeit und der Kollektivismus der bäuerlichen sozialen Beziehungen, die in Palästina als Verteidigung gegen Klassenunterdrückung entwickelt worden seien, eine zentrale Rolle, um die Katastrophe der Vertreibung zu überleben. Es war die Bauernkultur und der Bauernzusammenhalt, nicht westlich inspirierte Formen der Organisa-

⁴⁹ Shamir, a.a.O., S. 162.

⁵⁰ F. Davis, *Yearning for Yesterday. A Sociology of Nostalgia*, New York: Free Press 1978.

⁵¹ Sayigh (1979), S. 10 (Übersetzung der Autorin).

tion, so Sayigh, die Idee und Praxis des palästinensischen Widerstands vorwärts trugen.

Sayigh sieht in der tiefen Verbundenheit der Bauern zu ihrem Land den Grund dafür, dass es der zionistischen Bewegung nicht gelungen war, mehr als 8,6 Prozent des Landes vor 1948 zu erwerben. Es war aber nicht nur die emotionale Verbundenheit der Bauern zu ihrem Land oder ihr Nationalismus, der sie so stark an ihr Land band, denn ökonomische Zwänge hätten sie zum Verkaufen des Landes durchaus zwingen können. Was es der Mehrheit der «Bauernklasse» möglich machte, auf dem Land trotz sich verschlechternder ökonomischer Bedingungen zu verbleiben, war die Solidarität von Verwandtschafts- und Dorfbeziehungen und das starke Element des Kollektivismus in der Kultur der Fellachen. Es sei diese Hartnäckigkeit der sozialen und ökonomischen Organisation, die ihre militärische Vertreibung notwendig machte.⁵² Die Zähigkeit des Widerstands, die auch im Exil noch andauert, sei ein klares Zeichen der Bauernkämpfe der Dritten Welt, die immer radikaler werden, je mehr Widerstand sie im Inneren erfahren.

Die nostalgische Aussage der alten Palästina-Generation: «Wir lebten im Paradies!», die so oft in den Lagern zu hören war, will Sayigh nicht als Sentimentalität abtun. Denn die Sicht der Alten, dass sie ein gutes Leben hatten, sei zutreffend: Trotz der Armut versorgte sie das Land mit allem was sie brauchten.⁵³ Die Werte der agrarischen Gesellschaft, Gastfreundschaft, Großzügigkeit, Loyalität, die Heiligkeit des Eides, der Code von Rache und Versöhnung, Respekt für die alte Generation seien Werte, die in dieser Stärke nicht in den Städten zu finden seien.⁵⁴ In den Lagern nannten die Befragten diese Werte, um sich von anderen Arabern abzusetzen. Palästinenser hätten «mehr davon» als die anderen Araber. Diese bäuerlichen Werte, so Sayigh, tauchten ständig in den Interviews auf, sei es bei Militanten der PFLP oder den ältesten Lagerinsassen.⁵⁵

Dies ist eine romantisch-populistische Sicht der Dinge, die die andere Seite der Medaille, nämlich die Ausgrenzung all derer, die nicht zum inneren Kern der Dorfgemeinschaft gehörten, also der Armen, der Landlosen und Tagelöhner, negiert. In der nostalgischen Erinnerung der alten Generation und der populistischen Ausformulierung der palästinensischen Linken scheint immer nur vom unverschuldeten, Land besitzenden Kleinbauern die Rede zu sein. Andererseits muss festgehalten werden, dass Sayigh der wissenschaftliche Teil einer Bewegung war, die der nicht nur in Palästina, sondern im ganzen Vorderen Orient von den Städtern verachteten Landbevölkerung eine politische Aufwertung zuteil werden ließ, die, wenn nicht deren Selbstbewusstsein selbst, so doch das ihrer Kinder enorm stärkte.

⁵² Sayigh (1979), S. 40.

⁵³ Sayigh (1979), S. 10.

⁵⁴ Sayigh (1979), S. 17.

⁵⁵ Sayigh, *The Palestinian Identity of Camp Residents*, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 6/3, 1977, S. 15.

Auch Rosemary Sayigh kommt nicht umhin, das von Shamir beschriebene Trauma zu konstatieren: Das Dorf habe sich so in die Persönlichkeit der Dörfler in der Diaspora eingegraben, dass die Trennung davon unerträglich sei. Die Flüchtlinge hatten zudem extrem unter den Schikanen des libanesischen Geheimdienstes zu leiden. Sie beschrieben die ersten Jahre ihres Exils als «Tod», «Lähmung», «Begräbnis», «Nicht-Existenz», «Verlust». Wie emphatisch die nostalgische Erinnerung an Palästina war, zeigte sich darin, dass sie das Wort *hajj* (Pilgerfahrt nach Mekka) benutzten, um einen Besuch nach Israel/Palästina zu beschreiben, der illegal und nächstens noch eine Weile möglich war.⁵⁶

Auch in den Lagern im Libanon wird der starke Generationenbruch sichtbar. Die Generation, die Sayigh die «Generation der Revolution von 1965» nennt, hielt ihre Eltern für politisch unbewusst. Politisches Bewusstsein aber avancierte in den 1960er/70er-Jahren zum höchsten Gut. Opfermut, Beständigkeit, Solidarität und Glaube, die traditionellen bäuerlichen Tugenden, waren immer noch notwendig, als moralische Basis des Kampfes. Aber die Lektion, die aus der Katastrophe (*Nakba*) zu ziehen war, war für die revolutionäre Generation – ebenso wie der gesamten globalen Generation der 1968er – die von der «Notwendigkeit einer korrekten politischen Ideologie».⁵⁷

Dabei meinte das Wort Revolution (*thaura*) im alltäglichen Sprachgebrauch der Lager die palästinensische Widerstandsbewegung mit all ihren Untergruppen und Kadern; man sagte, jemand «arbeite mit der Revolution». Ebenso wurde Revolution synonym mit «bewaffneter Kampf» und «Rückkehr» verwendet. Man wollte mit dem Wort auch Opposition zum Status quo ausdrücken. Und nicht zuletzt sahen die Palästinenser die Revolution als ihr Schicksal an – das Schicksal des bewaffneten Kampfes, den sie für ihre Befreiung, aber auch für die der gesamten (reaktionären) arabischen Welt zu führen hatten.⁵⁸

Es waren vor allem die Flüchtlinge in den Lagern außerhalb Palästinas, die sich schon früh der Priorität des bewaffneten Kampfes verschrieben. «Während die palästinensische Mittelschicht damit beschäftigt war, Jobs zu ergattern», so Sayigh, setzten die Lagerflüchtlinge auf Militanz, die sie mit derselben «Bauernsturheit» und Hartnäckigkeit verfolgten, mit der sie in den steinigten Boden Palästinas Terrassen geschlagen hätten.⁵⁹

Das galt für den Teil der *Nakba*-Generation, die Flucht und Vertreibung, und auch noch den Aufstand von 1936 bewusst erlebt hatten. Die Gründer der verschiedenen Organisationen der PLO wie z.B. Jassir Arafat (*1929) und George Habbash (*1923) wurden in den 1920er-Jahren geboren. Sie waren in ihren Mittdreißigern oder Anfang der Vierziger, als sie ihre Organisationen gründeten, Arafat die Fatah und Habbash die PFLP. Wie Rosemary Sayigh gehörten sie der privilegierten Mittelschicht an und hatten im Libanon oder in Ägypten studiert. In den «bäuerlichen Massen» sahen sie Hoffnungsträger und revolutionäres

⁵⁶ Sayigh (1979), S. 107.

⁵⁷ Sayigh (1979), S. 13.

⁵⁸ Sayigh (1979), S. 146.

⁵⁹ Sayigh (1979), S. 58.

Material. Für die Lagerflüchtlinge dieser Generation brachte die «palästinensische Revolution» ein neues Selbstbewusstsein. Während die Generation des alten ländlichen Palästina zunehmend resignierte, identifizierte sich die *Nakba*-Generation mit der «Revolution», auch wenn sie zu großen Teilen zu alt war, um darin mitkämpfen zu können. Für die Jungen aber bedeutete die Revolution Befreiung auf allen Ebenen, auch wenn die organisierten Widerstandsgruppen unter Führung der *Nakba*-Generation einen Massenprotest der Jungen, wie er in anderen Teilen der Welt 1968 stattfand, und die damit verbundenen grundlegenden Änderungen traditioneller Werte verhinderten.⁶⁰

Niemand hat das Lebensgefühl und die Psychologie der palästinensischen 1968er-Generation in ihrem Bruch mit der Elterngeneration wohl besser beschrieben als Fawaz Turki, der die *Nakba* als Kind erlebte und in einem Lager im Libanon aufwuchs:

«In den Flüchtlingslagern (und auch anderswo) aufgewachsen, fühlte sich die palästinensische Jugend, die besser ausgebildet und flexibler war als ihre Altersgenossen in anderen Ländern des Nahen Ostens, entfremdet und hilflos. Aber im Gegensatz zu ihren Eltern, die mental und körperlich zu verfallen und zu resignieren begannen, suchten sie ein Ventil für ihre unterdrückte Wut. Als die Gesellschaften der arabischen Welt nach dem Sechs-Tage-Krieg gespalten und gelähmt waren, nahmen diese jungen Palästinenser ihr Schicksal zum ersten Mal selbst in die Hand und behaupteten sich mit Macht in ihrer Selbst-Neuerfindung und Wiedergeburt. ... Ihre Bewegung spiegelte die vergessene Generation wider, die Neuen Palästinenser, die sich in ihrer Kindheit und Jugend in und um die Lager herum gedrückt und im Schatten auf ihre Stunde gewartet hatten.»⁶¹

«Wenn Entfremdung die Faszination für radikale Ideologien speist, dann fanden die jungen Palästinenser im Ausschluss aus der Mehrheitsgesellschaft genug Anreiz zur Radikalisierung. Sie wurden zur radikalsten linken und revolutionären Bewegung in der arabischen Welt, verschrieben sich progressiven Zielen oder extremen Ansichten, die ihre Eltern beunruhigten und andere Araber gegen sie aufbrachten. Vor allem lehnten sie die alten politischen Helden ebenso ab wie religiöse und soziale Hierarchien und altehrwürdige gesellschaftliche und ideologische Werte.»⁶²

Doch auch für diesen wortgewaltigen Literaten des Protestes, der seine Eltern schockierte, indem er an hohen islamischen Feiertagen in abgerissenen Kleidern mit seinen Freunden zum Strand lief, anstatt Verwandte zu besuchen, und das Idol seines alten Vaters, Nasser, beschimpfte, war das ländliche Palästina ein nostalgischer Erinnerungsort:

«[Das Ziel des bewaffneten Kampfes war] nicht nur, in Wohlstand zu leben, glücklich zu sein, dem Leben einen Sinn zu geben, schöpferisch zu sein, zu singen, zu tanzen, sich zu lieben; es lag auch nicht nur darin, unsere Kultur zu

⁶⁰ Sayigh (1979), S. 179.

⁶¹ Fawaz Turki (1972), *The Disinherited. Journal of a Palestinian Exile*, New York 1972, S. 99.

⁶² Turki (1972), S. 37.

bereichern, zur Zivilisation beizutragen, eine Spur in der Geschichte zu hinterlassen. Sondern es war ein Kampf darum, das Recht zu haben, dies alles in Palästina tun zu können. ... Syrien hat mehr fruchtbares Land zum Pflügen als Palästina, Libanon hat schönere Berge zum Bebauen, Australien eine entwickeltere Ökonomie zu bieten. ... Aber wir entschieden uns, auf die Rückkehr in unser Heimatland zu warten, wo wir gelebt, den Volkstanz *dabke* getanzt und Laute gespielt hatten, wo die Männer ihre karierten *hattas* und die Frauen ihre bestickten Gewänder getragen hatten, wo die Sonne auch im Winter schien und der Duft der Orangen Luft und Seele durchzog». ⁶³

Diese nostalgische Vision zu verkörpern und damit am Leben zu erhalten, wurde Aufgabe der Palästinenser im Innern Palästinas.

Der palästinensische *fellah* als revolutionäres Subjekt und nationaler Bedeutungsträger

Unter der israelischen Besatzung trat in Palästina, in der Westbank und im Gazastreifen unterdessen ein dramatischer Prozess der Deagrarisierung ein, der die zur Mandatszeit bereits angelegte strukturelle Unterlegenheit des arabischen Sektors noch verstärkte. ⁶⁴ Der Exodus 1948 von über 50 Prozent der mehrheitlich ländlichen Bevölkerung und die Enteignung des besten Ackerlandes förderten einerseits die ökonomische «Entbäuerlichung» (im Gegenzug jedoch symbolische «Verbäuerlichung») der palästinensischen Gesellschaft auf dem verbliebenen Land. Andererseits setzten sie die «unvollständige Proletarisierung» der Palästinenser fort. ⁶⁵

Im Jahre 1974 erreichte die Zahl der Arbeiter aus der Westbank, die sich in Israel verdingten, 40.800. Das waren 30 Prozent der gesamten Arbeiterschaft in der Westbank und über die Hälfte der Angestellten. ⁶⁶ Während 1961 noch 41,2 Prozent der Männer in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, waren es 1974 nur noch 21 Prozent. Umgekehrt arbeiteten 1961 nur 10,7 Prozent der Männer in der Baubranche, 1974 waren es doppelt so viele: 22,4 Prozent. Da aber die Arbei-

⁶³ Turki (1972), S. 147.

⁶⁴ Sarah Graham-Brown, *The West Bank and Gaza: The Structural Impact of Israeli Colonization*, in: MERIP Reports (Middle East Report and Information Project), Nr. 74 (1979), S. 9-20.

⁶⁵ Zur ökonomischen Entwicklung unter israelischer Besatzung siehe Brian Van Arkadie, *Benefits and Burdens: A Report on the West Bank and Gaza Strip Economies since 1967*, New York 1977.

⁶⁶ Mark Heller, *Politics and Social Change in the West Bank since 1967*, in: J. Migdal (1980), S. 191.

tenden nachts über die «Grüne Linie» zurückkehren mussten, führte dies nicht zu einem Prozess der Verstädterung der Arbeiter.⁶⁷

Aufgrund dieser speziellen sozio-ökonomischen Veränderungen, die durch die israelische Besatzung hervorgerufen wurden, entwickelte sich keine einheitliche Modernisierung politisch-kultureller Werte. Die politischen Strukturen spiegelten die Veränderungen in den sozialen und ökonomischen Strukturen nicht wider. Der alten Elite gelang es, ihren politischen Einfluss in der Westbank zu behalten. Dieser Einfluss hatte sich zwar verringert, war aber immer noch größer als ihre eigenen Ressourcen es eigentlich zuließen.⁶⁸ Clan-Chefs, Clans und viele der alten Sitten lebten unter der Besatzung einfach fort. Dabei kann man fast von einem «Einfrieren» der sozialen Verhältnisse auf dem Land sprechen. Veränderungen gab es von 1967 bis 1987, als die erste Intifada ausbrach, eher in den Symbolen von Identität und den Erwartungen einer politischen Öffentlichkeit.

Während in der palästinensischen Diaspora also soziale und politische Umwälzungen wie Generationsbrüche, politischer Aktivismus und neue politische Orientierungen vonstatten gingen, wurde den Palästinensern «im Innern» die Rolle des Beharrens, des Aushaltens, der Standhaftigkeit (*al-sumud*) zugeschrieben. Raja Shehadeh, Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist, hat dieses Konzept vielleicht am eindrucklichsten beschrieben:

«Samid bedeutet «der Standhafte», «der, der durchhält». Das ist der Name, der 1978 auf der Bagdad-Konferenz für die eineinhalb Millionen Palästinenser, die unter der israelischen Besatzung lebten, geprägt wurde. Zu diesem Zeitpunkt erkannten die arabischen Politiker außerhalb Palästinas offiziell die Dringlichkeit an, den massenhaften Exodus aus den besetzten Gebieten zu stoppen und die Enteignungen riesiger Ländereien auf der Westbank durch die israelische Regierung aufzuhalten. Wir, die wir seit 10 Jahren unter der Besatzung gelebt hatten, wurden nun (...) dazu gedrängt, die Haltung des *sumud* einzunehmen: zu bleiben, an unseren Häusern und unserem Land mit allen Mitteln festzuhalten. Ein spezieller pan-arabischer Fonds wurde gegründet, die *sumud*-Gelder genannt, der uns helfen sollte, den Zusammenbruch unserer sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zu bekämpfen, der durch die israelische Kolonisierung unseres Landes verursacht wurde.»⁶⁹

Dabei kommt den ländlichen Familien wiederum große Bedeutung zu. Swedenborg beschreibt, wie in den 1980er-Jahren die alten Männer und Frauen in den Dörfern der Westbank symbolisch die Tradition wahrten. Die alten Männer, in traditioneller Bauerntracht, mit *kufiyeh* und schwarzen Pumfosen

⁶⁷ Siehe Tabelle, ebenda, S. 193; siehe auch Elias Zureik, Transformation of Class Structure among the Arabs in Israel: From Peasantry to Proletariat, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 6/1 (1976), S. 39-66, und Salim Tamari, Other People's Homes: The Palestinian Peasant's Household and Work in Israel, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 11/1 (1981), S. 31-66.

⁶⁸ Heller, a.a.O., S. 211.

⁶⁹ Raja Shehadeh, *The Third Way. A Journal of Life in the West Bank*, London 1982, S. vii.

bekleidet auf den Dorfstraßen herumsitzend, rauchend und erzählend, konservierten den Eindruck zeitloser Tradition, und bewahrten diese gleichzeitig als nationales Erbe für die Jungen. In ihren jungen Jahren waren sie ebenso gekleidet gewesen wie ihre Söhne, die in Israel zur Arbeit gingen. Den alten Frauen oblag es, die alten regional verschiedenen Kreuzstichmuster weiterzugeben (und die bestickten Gewänder zu tragen), die zu einem zentralen Element palästinensischer Kultur wurden. Auch in den Lagern außerhalb Palästinas wurden die Frauen von den palästinensischen Organisationen der Linken über Stickereisitzungen mobilisiert.⁷⁰

Gerade weil die palästinensische Führungselite aus der Mittelschicht kam, avancierten die bäuerlichen Massen zum revolutionären Subjekt und zum nationalen Bedeutungsträger für die palästinensische Nation. Proletarische «Massen» gab es trotz aller Beschwörung nicht; außerdem standen Arbeiter eher für Entfremdung und eigneten sich daher nicht.

Die PLO half, eine national-populistische Vergangenheit zu konstruieren, indem sie die Erinnerung an die nationale Einheit im alten Palästina wach hielt. Jassir Arafats «Palästinensertuch» wurde in diesem Zusammenhang bereits erwähnt. Weitere Symbole aus dem ländlichen Leben, die in der politischen Kultur der Palästinenser eine wichtige Rolle spielen, lassen sich aus den politischen Plakaten der verschiedenen, vor allem links-säkularen Organisationen zu den nationalen Gedenktagen, vor allem natürlich zum «Tag des Bodens» (*yaum al-ard*)⁷¹ ablesen⁷²: Orangen- und Olivenbäume, Frauentrachten mit traditioneller ländlicher Kreuzstickerei, wilder Thymian (*za'tar*), der Kaktus, Steine, Bauern mit *kufiyehs* bei der Arbeit auf dem Feld, das Pferd als Symbol arabischer Stärke und des Stolzes, verbunden mit Kampfsymbolen wie geballten Fäusten und Handgranaten und die stilisierte Landkarte Palästinas vor 1948 sind die wiederkehrenden Motive, die allerorten auch in der palästinensischen Lyrik und Malerei zu finden sind. Über die palästinensischen Landschaften des Malers Ibrahim Ghannam wurde geschrieben:

«Sie besitzen nicht nur die illusionistische Syntax des Landes unten und des Horizonts und Himmels darüber, sondern sie verfügen über das liebende Gefühl und die detaillierte Kenntnis des dörflichen Lebens und des Alltags derjenigen, die das Land bebauen. Wir fühlen alle den Reichtum der Erinnerungen an Paläs-

70 Eigene Beobachtungen. Zur Kunst der Kreuzstickerei in Palästina vor 1948 siehe L. El-Khalidi, *The Art of Palestinian Embroidery*, London 1999. Auch in den Stickmotiven ist das Ländlich-Bäuerliche vorherrschend: Stilisierte Tiere, Felder, Ernten, Geräte etc. sind weit häufiger als religiöse Symbole; vgl. El-Khalidis Motivlisten, ebenda, S. 77-80.

71 Der «Tag des Bodens» wird traditionell am 30. März begangen. Er wurde zum Symbol für den gemeinsamen Widerstand aller Palästinenser innerhalb und außerhalb der Grenzen Israels gegen Enteignung und Vertreibung und erinnert an den 30. März 1976. Damals wurden sechs Palästinenser bei einer Demonstration gegen Landenteignungen in Israel erschossen. (Anm. der Hrsg.)

72 Eigene Sammlung politischer Plakate aus den 1980er-Jahren.

tina, wenn wir das Gemälde ‹Tag der Ernte› ansehen. Man verliert sich leicht in dem goldenen Weizen und dem Traum der dunkelgrünen Feigenbäume.»⁷³

Palästinensische Dichter, viele mit links-säkularen Organisationen wie der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), der Demokratischen Front (DFLP) oder kommunistischen Parteien affiliert, waren besonders beteiligt an der Konstruktion dieser ländlichen Symbole. Besonders anschaulich drückt vielleicht der palästinensische Nationaldichter Mahmud Darwish die Verbindung zur Erde aus: «Jede Faser meines Körpers und meines Seins ist geprägt von jeder Krume meiner Heimaterde. Sie und ich – jeder von uns beiden ist ein Teil des anderen.»⁷⁴

Das politische Programm der PFLP erhebt in seinem Artikel 4 ausdrücklich den Bauern zum revolutionären Subjekt: «Der Befreiungskrieg ist ein Klassenkrieg, der einer revolutionären Ideologie folgt. Der nationale Kampf ist ein Kampf um Land, und diejenigen, die dafür kämpfen, sind die Bauern, die von ihrem Land vertrieben wurden.»⁷⁵

Leila Khaled macht das nationale Programm in ihrer revolutionär-didaktischen Autobiografie anschaulich. Als ehrgeizige Neunjährige habe ein Mädchen «aus dem Lager, dem Abschaum der Menschheit – wie [sie damals] dachte» in der Schule bessere Noten gehabt als sie. Wütend habe sie die Rivalin angegriffen, bis ihre Lehrerin ihr erklärt habe, «dass die armen Bauernkinder ebenso gescheit seien» wie ihre (Mittelstands-)Familie. Außerdem, so die Lehrerin, «sind sie die wahren Kinder Palästinas, weil sie auf dem Land leben, das sie bebauen und von dem sie ernten. Die Leute vom Lande sind die wirkliche Kraft und das einfache Volk ist das Rückgrat einer Gesellschaft.»⁷⁶

Palästinenser sind nicht die einzigen, die Bauern und Symbole des Bauerntums national überhöhen. Die Nähe zum Boden, die Verbundenheit mit der Muttererde, die «natürliche» Bindung an das Land, die ländlichen Gesellschaften zugeschrieben wird, laden gerade dazu ein. Die Historisierung des Landes/Territoriums und die Territorialisierung der Geschichte sind eine Doppelbewegung, die sich auch in Europa finden lässt.⁷⁷ Aber es scheint, dass dies alles im palästinensischen Fall besonders ausgeprägt ist. Hier trug die ländliche Bevölkerung eine ungewöhnlich schwere symbolische Last auf ihren Schultern. Sie war dafür verantwortlich, dass den Palästinensern nicht noch mehr Land verloren ging. In den 1980er-Jahren lebte sie unter militärischer Besatzung, und jeder politische

73 S. A. Halaby, *The Landscape of Palestine in Arabic Art*, in: Abu Lughod, I./Heacock, R./Nashef, K. (Hrsg.) *The Landscape of Palestine: Equivocal Poetry*, Birzeit 1999, S. 187

74 Zitiert in: *Palästina als Metapher. Gespräche über Literatur und Politik*, Heidelberg 1998, S. 7

75 Walter Laqueur (Hrsg.), *The Israel-Arab Reader*, New York: Penguin 2001, 6. Auflage, S. 139

76 Leila Khaled, a.a.O., S. 24/25.

77 Vgl. E. Langthaler, Gerahmte Landbilder. Agrargeschichtsschreibung in Österreich in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Bruckmüller, E./Langthaler, E./Redl, J. (Hrsg.), *Agrargeschichte schreiben*, Innsbruck 2004, für das österreichische Beispiel.

Ausdruck, die Farben der Nationalfahne, ja sogar das Wort Palästina wurden zensiert.⁷⁸

Die offizielle nationale Propaganda der PLO nutzte die *fellahin*, um einen Widerspruch zur alten palästinensischen Führung aufzumachen, die auf die Bauern eher herabgesehen hatte. Es ging weniger darum, die Bauern zur nationalen Pflicht zu rufen, als ein geeintes Volk zu schaffen und ihm eine authentische Tradition und Kultur zu verleihen. Da die nationale Führung der PLO ja im Ausland war, war eine solche symbolische Vereinigung mit dem Bauern auf dem Land im Inneren Palästinas überaus wichtig. Der palästinensische Bauer war für die zerstreute und «draußen», in den Lagern der Fremde verelendende Flüchtlingsbevölkerung eine ideale Identifikationsfigur. Für die Palästinenser in der Diaspora verkörperte er die Wurzeln und die Standhaftigkeit (*sumud*) der palästinensischen Gemeinschaft. Er wird damit auch als Widerstandsfigur entworfen, die sich weiteren Angriffen auf das Land und die palästinensische Identität entgegenstellt.

Seit Beginn der ersten Intifada 1987, dies muss hier angefügt werden, und in Übereinstimmung mit den Tendenzen im Rest der arabischen Welt, wurde und wird dieser säkulare Nationalismus von einem religiös durchdrungenen abgelöst und überlagert. Die radikalen Prediger dieses islamistischen Diskurses machen ikonografisch aus dem imaginierten Orangenhain-Palästina nun die fromme islamische Stiftung (*waqf*) Palästina.⁷⁹

Doch bis in die 1980er-Jahre hatte die Konstruktion der palästinensisch-arabischen Nation im säkularen Sinne eine fast mythisch überhöhte traditionelle Bauerngesellschaft als Zentrum, die aber in völlig moderner Weise die Funktion eines jeden Nationalismus übernahm, nämlich die Nation zusammenzuschweißen. Die Emphase dieser nationalen Konstruktion erklärt sich auch daraus, dass es im israelischen Fall eine fast spiegelbildliche Entsprechung gibt. Die zionistische Siedlergesellschaft ist hier fest im nationalen Mythos verankert. Trotz einer revisionistischen neuen Historikerschule in Israel selbst sind die Konstruktionen des «Landes ohne Volk für ein Volk ohne Land» immer noch wirkungsmächtig. Touristen wird noch immer erklärt, allein die jüdischen Anstrengungen hätten «die Wüste fruchtbar gemacht». Solche Vorstellungen sind überdies auch in der nationalen Festkultur verankert, im «Tag des Baumes» zum Beispiel, wo Juden aus aller Welt einen Baum stiften oder pflanzen, um den jüdischen Bund mit dem Land zu feiern. Den Arabern wird dagegen vorgeworfen, die palästinensischen Wälder abgeholzt und das Land nicht gepflegt zu haben. Die enge Verbundenheit mit der Erde, der Pioniergeist, die Kibbuzim-Bewegung,

⁷⁸ Für eine Beschreibung der rechtlichen Verhältnisse in der Westbank in den 1980er-Jahren siehe Raja Shehadeh, *Occupier's Law. Israel and the West Bank*, Washington, 1988. Der Autor war praktizierender Jurist und Menschenrechtsaktivist in der Westbank.

⁷⁹ E. Sivan, Arab Nationalism in the Age of the Islamic Resurgence, in: James P. Jankowski/I. Gershoni (Hrsg.), *Rethinking Nationalism*, New York 1997 S. 225.

der arbeiter-zionistische Kult der harten jüdischen Arbeit auf dem Land – all dies sind Elemente israelischen nationalen Selbstverständnisses.⁸⁰

Beide Gruppen liefern sich auch einen erbitterten Kampf um historische Hegemonie. Dabei wird die Bewahrung der Erinnerung an das alte palästinensische Agrarland, die Bewahrung der Namen aller Dörfer, Brunnen, Hügel, die nach 1948 und 1967 zerstört, überbaut und mit neuen, hebräischen Namen versehen wurden, als nationale palästinensische Pflicht gesehen.⁸¹ Spiegelbildlich dazu ist die zumeist archäologische Beweisführung, dass dieses Land vor zweitausend Jahren einmal jüdisch war und man z. B. mit den hebräischen Umbenennungen nur die «echten» alten Dorf- und Hügelnamen wieder einführte, ein nationales israelisches Unterfangen. Jeder neuen Generation von Schulkindern und jungen Pionieren wird dies von Kindheit an mit organisierten Wanderungen und Jugendritualen von *moledat* (Heimat) nahe gebracht.⁸² Meron Benvenisti, ehemaliger zweiter Bürgermeister von Jerusalem, begleitete in seiner Kindheit seinen Vater, einen bekannten Geografen, der die neue Landkarte Israels mit hebräischen Namen erstellte, die an das Land der Bibel anknüpften. Er verfasste auch das einflussreiche Lehrbuch *Unser Land*, mit dem das Unterrichtsfach *yediat ha'aretz* (Das Land kennen) unterrichtet wurde. Das Buch lobt «unsere Pioniere, unsere arbeitenden Brüder, die den Boden um ihre blühenden Siedlungen beackern. ... Sie haben Ländereien, die zumeist verlassen und verwüstet waren, in ein Tal des Überflusses für das Volk und das Land verwandelt.»⁸³ In dem dreibändigen Werk kommen die arabischen Dörfer und ihre Bewohner bis auf zwei, drei Seiten überhaupt nicht vor. Dort werden sie nur als unwissend und faul beschrieben, unfähig, den Boden anständig zu bebauen. Bis dann die jüdischen Pioniere kamen und das Land in reiche Zitrusheiden und üppige Gärten verwandelten. «Und der Segen, den sie brachten, kam den arabischen Dörfern in ihrer Nachbarschaft ebenfalls zu Gute.»⁸⁴ Für Meron Benvenisti, einem der wichtigen post-zionistischen Intellektuellen Israels, war die Aufarbeitung des Zionismus zugleich die Aufarbeitung seiner Familiengeschichte.

Es geht in beiden Fällen um politische Nostalgie, um Bewahrung, ja Konservierung agrarisch-inspirierter nationaler Mythen (neben anders gelagerten

⁸⁰ Zum Arbeiter-Zionismus siehe Amos Elon, *The Israelis. Founders and Sons*, Harmondsworth 1983. Es gibt hier natürlich noch andere nationale Mythen, die beispielsweise die antike jüdische Gemeinde glorifizieren, wie Massada, die Bar Kochba-Revolution etc. Siehe auch Yael Yerubavel, *Recovered Roots. Collective Memory and the Making of Israeli National Tradition*. Aber die Bindung an das Land, durchaus auch im agrarischen Sinne, die aus dem Arbeiter-Zionismus hervorging, ist immer noch zentral.

⁸¹ Das klassische «Erinnerungsbuch» zu den verschwundenen palästinensischen Dörfern innerhalb Israels ist Walid Khalidi, *All that remains: the Palestinian villages occupied and depopulated by Israel in 1948*, Washington, D.C.: Institute für Palestine Studies 1992.

⁸² Siehe auch M. Benvenisti (2000), *Sacred Landscape. The Buried History of the Holy Land since 1948*, Berkeley 2000.

⁸³ Benvenisti (2000), ebenda, S. 57.

⁸⁴ Benvenisti (2000), ebenda, S. 58.

Mythen, jedoch trotzdem zentral), anti-modern in beiden Fällen, in beiden Fällen jedoch auch extrem national-mobilisierend und damit modern.

Da wir hier auch einen Generationenansatz verfolgt haben, ist es wichtig, abschließend festzustellen, dass die Mythologisierung der Bauernrevolution und des ländlichen Palästinas vor 1948 und selbst die *Nakba* bei der jungen Generation zumindest außerhalb der palästinensischen Gebiete zunehmend nicht mehr greift. In den Lagern im Libanon ist eine Generation herangewachsen, die viel Zeit in *internet chatrooms* verbringt, und sich eine neue globale palästinensische Identität zurechtlegt. Die in den 1970/80er-Jahren geborenen Palästinenser weigern sich zunehmend, die Nostalgie zu teilen. «Obwohl wir immer noch die Ergebnisse der *Nakba* erleben, haben wir sie doch nicht direkt erfahren und ich weigere mich, sie zu erben», so ein Ende der 1970er-Jahre im Lager geborener Palästinenser im Libanon: «..wenn ich an die *Nakba* denke und wie es in Palästina einmal war, dann denke ich nicht an einen wunderschönen Ort, wo Palästinenser unter Bäumen saßen und Obst aßen – ich denke an ein normales Leben, an dem ich nicht teil hatte.»⁸⁵

85 D. Allan, Mythologising Al-Nakba: Narratives, Collective Identity and Cultural Practice Among Palestinian Refugees in Lebanon, in: *Oral History*, Vol. 33/1 (2005), S. 52 (Übersetzung der Autorin).

Konfliktreiche Moderne

Soziale Transformationsprozesse in Palästina

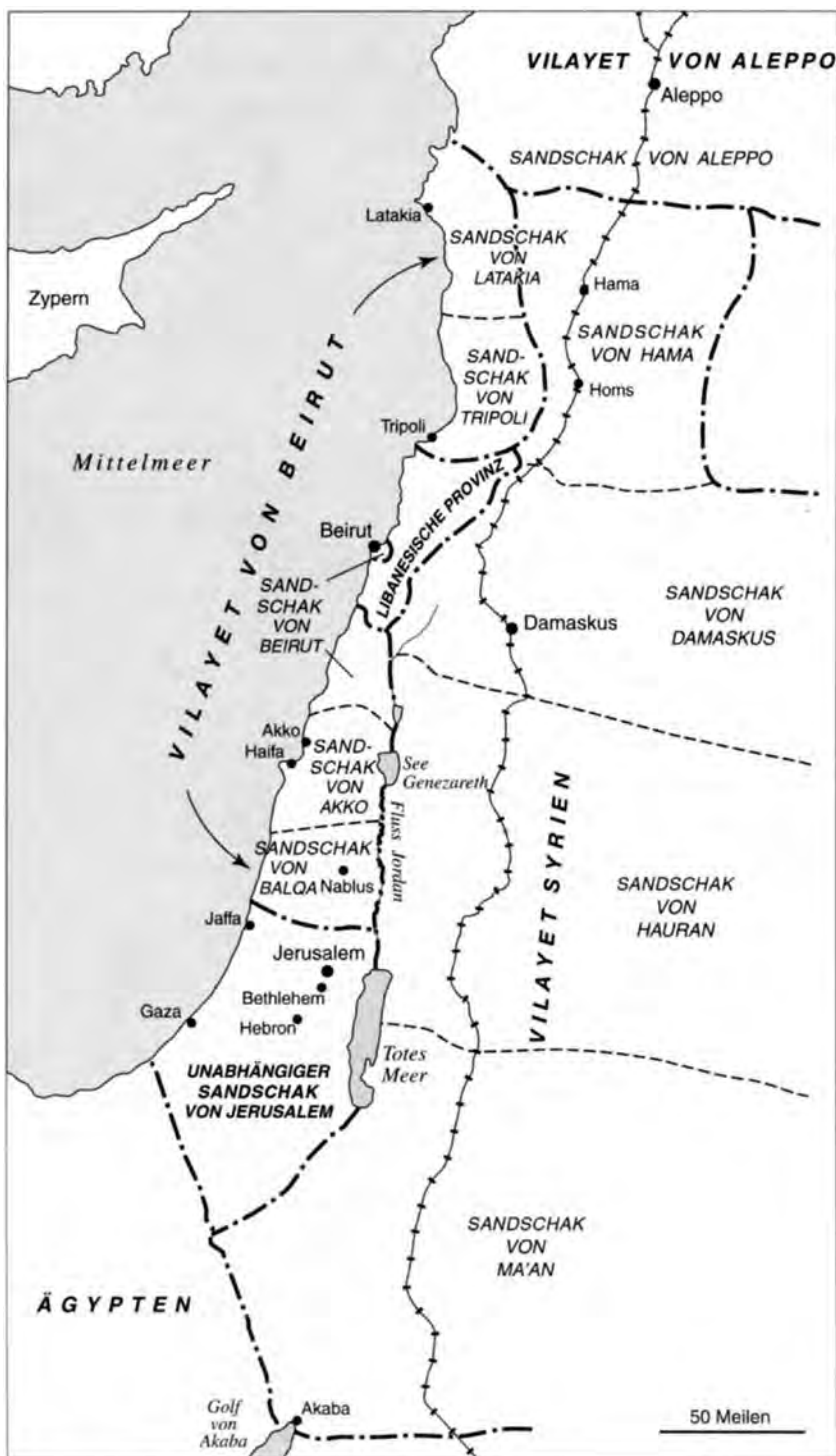
Während Palästina im 20. Jahrhundert als eigenständige Verwaltungseinheit neu entstand, war das Palästina des 19. Jahrhunderts in seinen kulturellen und gesellschaftlichen Mustern ein Fortsatz der syrischen Provinzen des osmanischen Westasien.¹ Zu diesen Mustern zählten ökologische Strukturen, Grundbesitz und Ernteregelungen, der Gegensatz zwischen Lebensräumen in Küstengebieten und im Hochland gelegenen Städten, Land-Stadt-Dichotomien sowie wirtschaftlich relativ autarke Dörfer.

Wie Anatolien, Syrien und die libanesischen Berge wurde auch Palästina zahlenmäßig von einer autonomen Bauernschaft bestimmt sowie von einem bäuerlichen Steuersystem (als Ersatz für das frühere feudale *Timar*-Lehenssystem) und von der klaren Unterscheidung zwischen einer städtischen Kaufmannskultur und der gemeinschaftlichen Organisation der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Lande. Nach den wenigen erhaltenen Quellen aus dieser Zeit waren das gesellschaftliche Leben und das Bewusstsein eindeutig orts- und verwandtschaftsorientiert. Städte und Dörfer waren eingebunden in Protektionsbeziehungen und vermeintliche Gruppenzugehörigkeiten.

Der Zeitpunkt von Palästinas Eintritt in die Moderne, im Sinne einer Integration in die globale Wirtschaft und einer starken Beeinflussung durch technologische Neuerungen aus Europa, wird unterschiedlich gesetzt: mit dem Einmarsch der napoleonischen Truppen um die Jahrhundertwende, mit dem ägyptischen Feldzug Ibrahim Paschas (1831-1840) oder häufig mit der Einführung der osmanischen Verwaltungsreformen von 1839 und der Kommerzialisierung des Bodens im Gesetzbuch von 1858. Diese Zeitpunkte markieren jedoch lediglich verwaltungstechnische Eingriffe in bereits vorhandene gesellschaftliche und ökonomische Netzwerke. So spricht z.B. Beshara Doumani in seiner Studie zu Handel und Landbesitz in Zentralpalästina von Protektionsbeziehungen zwischen Großgrundbesitzern und Bauern, trotz der osmanischen Dekrete.

1 Diese Analyse stützt sich auf meinen längeren Aufsatz *Palestinian Society*, erschienen in: *The Encyclopedia of the Palestinians*, Philip Mattar (Hrsg.), *Facts on File*, New York 2000. Für Einzelheiten und Verweise sei auf diesen Artikel verwiesen.

Karte 9: Die Verwaltungseinteilung in Palästina in spätoomanischer Zeit



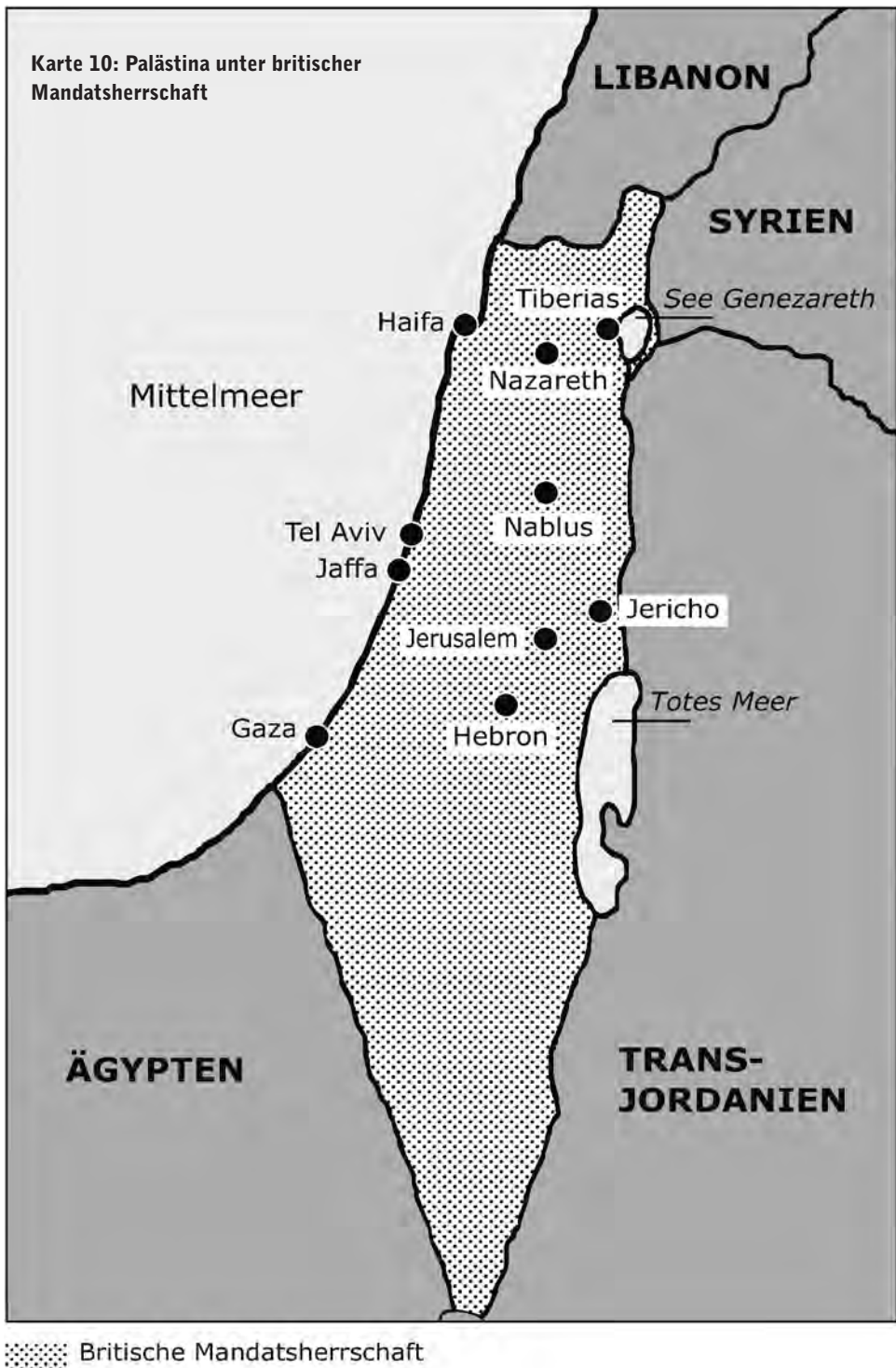
Quelle: Bernard Wasserstein, Jerusalem. Der Kampf um die heilige Stadt, München, C.H. Beck Verlag 2002,
© Peter Palm

Gegen Ende der osmanischen Herrschaft hatte das scheinbar unveränderliche palästinensische Dorf Umwälzungen erlebt, die sowohl das Erscheinungsbild der Dörfer als auch die Beziehungen zu den Machthabern in den Städten veränderten. Die Jahrhundertwende brachte einen Rückgang nomadischer Einfälle in die Bauernschaften, ein starkes Bevölkerungswachstum auf dem Land und den Bau eines zwar rudimentären, aber effektiven Transportnetzes, das die Dörfer mit den regionalen Zentren und entfernteren Absatzmärkten verband. Strukturell wurden in diesen Jahren sowohl das Grundbesitzsystem als auch die landwirtschaftliche Produktion radikal verändert: Vom gemeinschaftlichen Besitz des Bodens zu privatem Grundbesitz durch Auswärtige; von der Subsistenzwirtschaft zur Monetarisierung, Massenproduktion und dem Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Das Dorf blieb zwar Einkommens- und Machtquelle, nicht jedoch Sitz der Machthabenden. Großgrundbesitzer, Steuerpächter, Funktionäre, Kunsthandwerker, Händler und Honoratioren lebten sämtlich in den vier oder fünf wichtigen städtischen Zentren. Sie bildeten eine privilegierte Elite, die ihre Vormachtstellung in Palästina festigte. Trotz dieser Status- und Einkommensunterschiede war die palästinensische Gesellschaft durch Verwandtschaft oder Pseudo-Verwandtschaft gegliedert, wobei Klassenunterschiede kaum erkennbar waren. Und obwohl der Stadt-Land-Gegensatz das palästinensische Bewusstsein bestimmte, wurde dieses Bewusstsein außerhalb der lokalen Gemeinschaften (wie in der Volksdichtung deutlich wird) durch andere, als primär aufgefasste Identifikationen erzeugt: vor allem durch regionale Loyalitätsbeziehungen, religiöse Verbindungen und Familienzugehörigkeiten. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Landbevölkerung in Palästina mit wenigen Ausnahmen in Gruppen aufgeteilt, die auf Clanzugehörigkeit und Abhängigkeitsbeziehungen mit städtischen Großgrundbesitzern und Honoratioren basierten.

Der Niedergang der ländlichen Autonomie

Eine unmittelbare Folge der osmanischen Reformen im Palästina des 19. Jahrhunderts war der Niedergang der ländlichen Autonomie. Er war die Konsequenz verschiedener Verwaltungsbestimmungen (angefangen mit dem Landgesetz von 1858), die der Regelung des Grundbesitzes dienten. Sie förderten die Auflösung des gemeinschaftlichen bäuerlichen Besitzes von Dorfland (*musha*) und die Zunahme nicht ansässiger Großgrundbesitzer. Da die Reformen jedoch darauf abzielten, die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen, hatten sie auch andere, stabilisierende Folgen. Dazu zählten die Sicherheit der Landbewohner vor Plünderungen, ein starkes Wachstum der Stadtbevölkerung und der Anschluss der Region an ein Netz von Transportwegen und an das Eisenbahnsystem. Außerdem trugen die osmanischen Verwaltungsreformen zur Trennung des *sanjak* (Bezirk) Jerusalem (wo nach dem ersten Weltkrieg die Mehrheit der Bevölkerung Palästinas lebte) von den nördlichen *sanjaks* Akko und Nablus bei (die das beste Ackerland hatten). Anders als die wichtigsten städtischen Zentren



Quelle: Böhme/Kriener/Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, Schwalbach/Ts., Wochenschau Verlag 2009, 4. vollst. überarb. und akt. Aufl.

Palästinas war Jerusalem damit von seinem ländlichen Umfeld abgeschnitten. Seine Elite bestand meist nicht aus Großgrundbesitzern und es gab auch keine organisierte Form der politischen Interaktion zwischen der Stadt und Land.

Zwei Auswirkungen der verwaltungstechnischen Isolation Jerusalems auf die Clanpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollen hier genannt werden:

■ Die relative *Unabhängigkeit und die privilegierte Stellung der Jerusalemer Honoratioren* durch ihre direkte Verbindung zur Hohen Pforte in Istanbul. Diese Unabhängigkeit wurde gefördert durch das (mit offenkundig imperialistischen Ambitionen vermischte) Interesse der europäischen Staaten an der Heiligen Stadt. Diese relative Autonomie hatte jedoch auch eine deutlich negative Auswirkung auf das politische Leben im südlichen Palästina. Die Stellung der lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bildungs- und Sozialbereich war – verglichen mit den nördlichen Bezirken und Damaskus, wo derartige Verbände starke Positionen innehatten – eher schwach, eine Folge der starken Abhängigkeit Jerusalems von der Zentralregierung. Die damalige Sozialwirtschaft Jerusalems kann aufgrund ihrer Abhängigkeit von religiösen Stiftungen und internationalen Wohlfahrtsorganisationen und ihren schwachen Verbindungen mit dem ländlichen Umfeld als «parasitäre Sozialstruktur» bezeichnet werden.

■ Eine verschärfte *Rivalität zwischen Jerusalemer Familien und Familien aus Nablus*. Dies war die zweite Folge des verwaltungstechnischen Separatismus, jedoch reichen die Wurzeln dieses Konflikts zurück bis vor die Reformen. Traditionell klagten Honoratioren aus dem Norden über ihre Abhängigkeit von den «Launen der Effendis in Jerusalem» – wie es der Nabluser Historiker Ihsan al-Nimr ausdrückt. Diese Feindseligkeiten blieben sogar nach der Vereinigung Palästinas unter dem britischen Mandat erhalten. Jahrzehnte später stieß die einzige panarabische Massenbewegung, *al-Istiqlal* (Unabhängigkeit), bei ihrer Mobilisierung palästinensischer Araber für ihr antizionistisches und antiimperialistisches Programm unvermeidlich auf den Widerstand der Jerusalemer Familien der Husseinis und der Naschaschibis. Das lag einmal daran, dass der Führer der *al-Istiqlal*-Bewegung, Awni Abdul-Hadi, einer Familie von Großgrundbesitzern aus dem Bezirk Jenin (Nablus) entstammte, vor allem aber daran, dass das Programm von *al-Istiqlal* sich gegen Parteien wandte, die auf Clans und Familien basierten. Die beiden wichtigsten Führer von *al-Istiqlal*, Abdul Hadi und Muhammad Izzat Darwazeh, sahen Palästina als Teil einer größeren syrischen Heimat.

Die Macht einer Familie scheint auf zwei eng miteinander verknüpften Faktoren zu beruhen. Einmal auf der Anzahl der Personen, die ein Clanoberhaupt bei Streitigkeiten mit anderen Familien mobilisieren konnte. Dies hing zumindest bei den Bauern davon ab, wie viel Land sie kontrollierten, sowie von dem komplexen Protektionssystem mit Teilpächtern und semi-autonomen Bauern, und auch ihre Finanzkraft als Kreditgeber spielte in einer zunehmenden Geldwirtschaft eine

Rolle. Der zweite Faktor war der Zugang der Oberhäupter und ihrer Verwandten und Gefolgsleute zu öffentlichen Ämtern, d.h. die Fähigkeit, Anhängern als Gegenleistung für ihre Unterstützung in Konkurrenzkämpfen (einschließlich Kommunalwahlen, die unter dem britischen Mandat zu einer wichtigen Arena für Rivalitätskämpfe wurden) bestimmte Dienste zu erweisen.

Die auf diesem Protektionssystem beruhende Macht über die Bauern und die Festigung dieser Macht mit Hilfe eines öffentlichen Amtes stärkte sich wechselseitig. Einflussreiche Dorfpatriarchen, denen es gelungen war, sich nach Auflösung des *musha*-Systems umfangreichen Grundbesitz zu sichern, sandten einige ihrer fähigeren Söhne oder Verwandten in die regionalen Zentren, um sich dort zu etablieren, oder sie ergriffen selbst ein öffentliches Amt. Manche meinen, die Macht dieser Potentaten lasse sich an ihrer Übersiedlung vom Land in das regionale Zentrum ablesen.

Nicht immer jedoch war Grundbesitz unter semifeudalen Bedingungen (die Verpachtung von Land an Teilpächter durch den *wakil*, den Makler des Grundbesitzers) eine notwendige Voraussetzung für die Machtausübung. In Palästina gab es Fälle, in denen sich die Macht eines Clans fast ausschließlich auf die Ausübung eines öffentlichen Amtes gründete, also auf die Fähigkeiten einzelner Mitglieder, sich in den Dienst des Staates zu stellen. Grundbesitz und kaufmännische Aktivitäten waren hier zweitrangig. So war es z.B. beim Clan der Naschaschibis, die nach den Husseinis zu den wichtigsten Anwärtern auf die nationale Führung zählten.

Die zionistische Bewegung und ihre Erfolge beim Aufbau moderner und unabhängiger jüdischer Institutionen sowie die Unfähigkeit der Kolonialregierung, die nationalistischen Ansprüche der Palästinenser zu befriedigen, zwangen die einzelnen Clans in eine für sie ausgesprochen ungeeignete Rolle. Zwar konnte die arabische Führung die Massen gegen die koloniale Präsenz der Briten und für den Unabhängigkeitskampf mobilisieren, die Verdrängung der jüdischen Kolonien hätte jedoch eine vollkommen andere Strategie erfordert, welche die Nationalbewegung in einen langwierigen Kampf und eine Klassengesellschaft gezwungen hätte, die das Protektionssystem, auf dem ihre Macht basierte, höchstwahrscheinlich zerstört hätte.

Paradoxerweise stärkte der umfangreiche koloniale Staatsapparat nach dem Ersten Weltkrieg die Position der «führenden Familien» in Palästina, da es keine alternativen zwischengeschalteten Machtstrukturen gab. Sie wurden zu Vermittlern des Staates gegenüber den ländlichen Massen und der armen Stadtbevölkerung sowie zu deren Vertretern (oder vielmehr Wohltätern) gegenüber der Zentralmacht. Die Reaktion der traditionellen Führung auf die Revolte von 1936 zeigt sowohl die Grenzen als auch die Stärken dieses Clansystems.

Die spontanen Bauernaufstände zu Beginn der Revolte zwangen die beiden großen nationalistischen Parteien, die Arabisch Palästinensische Partei (des Husseinis-Clans) und die Nationale Verteidigungspartei (des Naschaschibi-Clans), sich im Obersten Arabischen Komitee zusammenzuschließen. Beide Clans repräsentierten dieselbe Klasse (wenn man diesen Begriff hier verwenden

kann) und beide liefen Gefahr, ihre Privilegien zu verlieren, falls die unabhängigen Bauern auch nur zeitweilig die Oberhand gewinnen würden. Die engeren Verbindungen der Husseinis zum Land, al-Haj Amins Rolle als Mufti von Jerusalem und die Kollaboration der Verteidigungspartei mit den britischen Behörden in der Vergangenheit führten dazu, dass die Naschaschibis im Komitee eine untergeordnete Rolle spielten.

Dieser Zusammenschluss schien das Ende der Clanpolitik einzuläuten. Tatsächlich wurde sie auf der nationalen Führungsebene jedoch nur zeitweilig ausgesetzt. Die institutionellen Bindungen der hierarchischen, vertikalen Allianzen blieben erhalten.

Die Entstehung neuer Eliten

Während die alten, auf osmanischen und britischen Verwaltungszonen basierenden Bezirke in Palästina an Bedeutung verloren, entstanden neue regionale Aufteilungen, bedingt durch die Integration der regionalen Wirtschaft in den europäischen Markt. Die kolonialen Einflüsse trugen auch zur Entwicklung einer modernen Infrastruktur bei, hauptsächlich aus militärstrategischen Gründen. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs besaß Palästina den größten Pro-Kopf-Anteil an Eisenbahnverbindungen im Nahen Osten, obwohl die wirtschaftlichen Auswirkungen der modernen Verkehrsmittel nicht so dramatisch waren wie in Ägypten.

Der Bau der Bahnlinie Jaffa-Jerusalem (später Jerusalem-Haifa mit Verbindung zur Hedschas-Bahn), das Wachstum des europäischen Marktes für Zitrusfrüchte und die Ausbreitung von Lohnarbeit durch die britische Kriegsbeteiligung und die Beschäftigung von Palästinensern in den Kolonialbehörden führten zum Niedergang der agrarischen Subsistenzwirtschaft und den damit verknüpften, semi-feudalen Beziehungen.

Viele in den großen Städten lebende Großgrundbesitzer und einige Funktionäre, deren Reichtum nicht auf Grundbesitz gründete, begannen, ihre landwirtschaftlichen Gewinne in den Ex- und Import und die Konsumgüterindustrie zu investieren. Ein im Jahr der Revolte 1936 entstandener Bericht der *Royal Commission* widersprach dem vorherrschenden Bild einer kraftstrotzenden, modernen jüdischen Industrie, die den hauptsächlich auf Handwerk basierenden arabischen Sektor in den Schatten stellte. Er stellt fest, dass «die arabische Industrie ebenso vielfältig ist [wie die jüdische] und aus einigen großen und zahlreichen kleineren Unternehmen besteht, die im Ganzen einen beträchtlichen Beitrag zur Industrie Palästinas leisten.» Zu den wichtigsten urbanen Industrien im arabischen Sektor gehörten die Seifenproduktion, Getreidemühlen und das Textil- und Baugewerbe. Auch der auf Zitrusplantagen in Jaffa, Gaza und den Regionen von Ramla-Lyddä basierende Agrarkapitalismus boomte während der Mandatszeit. Die Olivenölproduktion war der wichtigste Produktionszweig auf dem Lande. Hier investierten reiche Bauern und Großgrundbesitzer ihr Kapital, obwohl die Techniken meist recht primitiv blieben.

So entstand in den Küstenstädten Gaza, Jaffa und Haifa – den Toren nach Europa am Mittelmeer – eine neue Kaufmanns- und Unternehmerklasse. Begleitet wurde diese Entstehung einer Bourgeoisie von wichtigen demografischen Veränderungen. Die Bevölkerung insbesondere der Küstenstädte wuchs enorm. Schon vor der Mandatszeit war Jaffa die am schnellsten wachsende Stadt gewesen. Allein zwischen 1880 und 1922 war sie um das Vierfache gewachsen und zum wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum des arabischen Palästina geworden. In den 1930er-Jahren setzte eine massive Landflucht ein – Spiegel der zunehmenden Arbeitsmöglichkeiten in den Städten sowie der steigenden Zahl überflüssig gewordener Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Es entstand eine neue Dichotomie zwischen den wichtigsten Küstenstädten – den Zentren des Handels, der Presse und der Literaturmagazine sowie der jüdischen Einwanderung – und den Städten im Bergland (Nablus, Safad und Hebron), den Zentren des Konservatismus und der traditionellen Führung. Anders als die Großgrundbesitzer trat die palästinensische Bourgeoisie in dieser Zeit nicht als eigene Klasse auf. Das lag an der Zusammensetzung der Kaufmanns- und Industriellenfamilien in Palästina. Wie in den umliegenden arabischen Staaten hatte die palästinensische Bourgeoisie enge verwandtschaftliche und soziale Verbindungen zum Land. Industrielle, die keine Grundbesitzer waren, hatten entweder Protektionsverbindungen mit letzteren oder waren durch Heirat mit ihnen verbunden. Außerdem investierten die meisten Grundbesitzer ihre Gewinne entweder in Immobiliengeschäfte, Bauvorhaben oder in «gekaufte» Ämter für ihre Söhne (z.B. durch Heirat) – sämtlich keine produktiven Zweige.

So brachte dieser Differenzierungsprozess keine nennenswerte produzierende Klasse hervor. Die urbanen Eliten, die Großgrundbesitzer und die städtischen Honoratioren hatten keinerlei Kontrolle über den kolonialen Staatsapparat. Wegen der starken Konkurrenz des autonomen jüdischen Sektors (der, mit Ausnahme der Boykottzeit, ungehinderten Zugang zu den arabischen Verbrauchern hatte) waren die äußeren Bedingungen für ein Wachstum der arabischen Bourgeoisie nicht gegeben. Nur ein sehr geringer Teil des landwirtschaftlichen Überschusses wurde in die produzierende Industrie investiert. Nur wenige Geschäftsleute mit Grundbesitz investierten in die Produktion (wie die Seifenfabrikantenfamilie al-Masri in Nablus). Sie waren in ihrer Gesamtheit nicht in der Lage, ausreichend Arbeitsplätze für die Massen der enteigneten Bauern, Landarbeiter und städtischen Arbeiter zu schaffen. Darüber hinaus waren diese Unternehmer zu eng mit den Grundbesitzern verbunden, um ein eigenes Bewusstsein und eine eigene Ideologie zu entwickeln. Trotzdem zeigen jüngere Untersuchungen über palästinensische Firmeninvestitionen an der Küste die Entstehung einer lebendigen städtischen Unternehmerklasse in den 1940er-Jahren, mit engen Verbindungen zu libanesischen, syrischen, ägyptischen und europäischen Firmen.

Flucht und Zersplitterung

Als es schließlich 1948 zum direkten Zusammenstoß zwischen zionistischen und arabischen Streitkräften kam, wurden die Folgen der internen Streitigkeiten deutlich. Die vertikale Teilung der palästinensischen Gesellschaft, auf der die in den 1930er- und 1940er-Jahren vorherrschende, politische Struktur basierte, wurde von außen zerschlagen, was zur Vertreibung sowohl der ländlichen als auch der urbanen Gemeinden führte. (So sank z.B. die Zahl der arabischen Einwohner von Haifa innerhalb einer einzigen Woche aufgrund der Flucht von 80.000 auf wenige Tausend).

Während der ersten regionalen Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern Ende 1947 und Anfang 1948 war ein Großteil der palästinensischen Elite (Grundbesitzer, Geschäftsleute und Fachkräfte) unter den Zehntausenden von Arabern, die das Land verließen. Da in der palästinensischen Gesellschaft eine außerparlamentarische Institution (wie etwa die *Jewish Agency*) fehlte, die den Widerstand koordinieren und die von ihren Eliten verlassene Gesellschaft stützen konnte, war das Scheitern ihrer politischen Ziele unvermeidlich. Neben der flächendeckenden Bombardierung von Städten wie Jaffa, Lydda und Ramlah war dieser Exodus ein entscheidender Faktor für den Zusammenbruch der palästinensischen Gesellschaft und die Massenflucht aus den Städten und Dörfern.

Angesichts der umfangreichen Vertreibungen, denen die palästinensische Gesellschaft seit 1948 ausgesetzt war, und des Verschwindens der Protektionsstrukturen, auf denen die Clanpolitik basierte, brauchen wir zum Verständnis dieser Veränderungen neue Kategorien. Obwohl die meisten der in Palästina verbliebenen Palästinenser auf dem Lande wohnten (in Galiläa, im Arabischen Dreieck und in der Westbank – nicht jedoch in Gaza), konnte diese Gemeinschaft nicht länger als bäuerliche Gesellschaft bezeichnet werden, d.h. als eine Gesellschaft, die ihren Lebensunterhalt vor allem in der Landwirtschaft verdient und in der der familiäre Hof die wichtigste Einheit gesellschaftlicher Organisation bildet. Dies gilt besonders für den ländlichen arabischen Sektor in Israel, der rasch in die jüdische Wirtschaft eingebunden wurde und dessen einstige Bauern meist als Lohnarbeiter tätig waren. Die Clanpolitik hielt sich in den arabischen Dörfern lediglich aufgrund der externen Manipulationen durch die israelischen politischen Parteien. In den 1990er-Jahren jedoch lässt sich die Wiederbelebung von Clanstrukturen (in Israel) in vorgeblich nationalistischen und sozialistischen Parteien beobachten wie der Arabisch-Demokratischen Partei und der Demokratischen Front.

Eine Folge des Krieges war, dass die Bauern Palästinas auseinandergerissen wurden und sich in drei unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen wiederfanden: Diejenigen, die im Staat Israel blieben und zu einer verborgenen Klasse von Landarbeitern wurden (etwa 25 Prozent); diejenigen, die in die benachbarten arabischen Staaten und die restlichen Regionen Palästinas flüchteten und dort ein Reservoir an Arbeitern im Umfeld der großen städtischen Zentren bildeten (Amman, Nablus, Beirut, Damaskus, Jericho und Ramallah), insgesamt

40 Prozent; und schließlich diejenigen, die in ihren Dörfern in den Teilen Palästinas blieben, die 1948 von Jordanien und Ägypten übernommen wurden – der Westbank und dem Gazastreifen – und deren Sozialstrukturen sich veränderten, da sie, wenn auch anders als die Flüchtlinge, in neue gesellschaftliche Strukturen eingebettet wurden – letztere bilden etwa 30 Prozent der Bauern.

Die städtischen Flüchtlinge, die sich hauptsächlich aus Handwerkern, Fachkräften, Grundbesitzern und der traditionellen Arbeiterklasse des kolonialen Palästinas zusammensetzten, wurden zumindest in wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht erfolgreich in ihre arabischen Gastländer integriert – in erster Linie in Jordanien, Kuwait, den Golfstaaten und in geringerem Maße im Libanon. Aus ihren Reihen rekrutierte sich die palästinensische Intelligenzija, die sich politisch nicht in diese neuen Strukturen eingliedern konnte und zu einer glühenden Verfechterin des panarabischen Nationalismus wurde. Am oberen Ende steht eine sehr erfolgreiche palästinensische Bourgeoisie – Söhne der vertriebenen Grundbesitzer des alten Palästina, die in der Diaspora der nahöstlichen Ölwirtschaft ihr Vermögen machten. Sie finden sich heute in jedem Staat des arabisch-persischen Golfs unter den bekanntesten Bankern, Export- und Importkaufleuten, Ministern, Regierungsberatern und Unternehmensmanagern. Ihre glückloseren Verwandten arbeiten als Facharbeiter in diesen Staaten.

Deklassierte Palästinenser in Israel

Es ist umstritten, ob es unter den Arabern in Israel zu echten Klassenunterschieden gekommen ist. Man ist sich jedoch weitgehend darüber einig, dass die quantitative Integration der arabischen «Unterschicht» – vor allem Landarbeiter und Bauern, die täglich aus ihren Dörfern in die städtischen jüdischen Zentren pendeln – zu einer qualitativen Veränderung der Beziehungen zwischen der arabischen und der jüdischen Gesellschaft geführt hat. In Fachbegriffen könnte man diese als Transformation der jüdischen und arabischen Parallelgesellschaften in eine einzige soziale Struktur bezeichnen, die hierarchisch in einer Herrschaftsstruktur gegliedert ist. Ausmaß und Charakter der Differenzierung innerhalb der arabischen Gesellschaft, die während ihrer allmählichen Unterordnung unter die jüdische Gesellschaft verlief, müssen noch genauer untersucht werden.

Verschiedene ethnografische Untersuchungen zum Schicksal der arabischen Dörfer in Israel beleuchten die wechselnden gesellschaftlichen und politischen Strömungen in der palästinensischen Bevölkerung innerhalb Israels. Eine dieser Studien beschreibt, wie der israelische Staat durch die Begrenzung der politischen Orientierungsmöglichkeiten der Wähler auf zionistische Parteien und die Beeinflussung des Wahlverhaltens durch materielle Versprechungen (z.B. Arbeitsplätze) clanbedingte Streitigkeiten in den Dörfern, vor allen in denjenigen mit starker konfessioneller (religiöser) Ausrichtung, verstärkte. Die Aufspaltung in Clans bleibt hier bestehen, wenn auch in einem deutlich anderen Kontext als

vor 1948. Protektion ist heute verbunden mit dem Zugang zu Privilegien, die der arabischen Bevölkerung vom israelischen Staat durch die zionistischen Parteien zugeteilt werden. Sie ist zu einem Legitimierungsinstrument des Zionismus im arabischen Sektor geworden.

Seit den frühen 1980er-Jahren sind die Beschäftigungsmöglichkeiten israelischer Araber vielfältiger geworden. Vielen ist es gelungen, ihre Wohnungen und (manchmal) Grundstücke in den Dörfern zu behalten und in die Selbstständigkeit (als Subunternehmer im Baugewerbe, im Einzelhandel usw.) oder zu Fachkräften aufzusteigen. Sie haben eine militante (teilweise in den hebräischen Bildungszentren ausgebildete) Intelligenzija hervorgebracht, die sich offen mit dem palästinensischen Nationalismus identifiziert. Die auf der Beschlagnahme von Land basierende Strategie der «Deterritorialisierung», durch die der Unterschichtcharakter der palästinensischen Bevölkerung erhalten bleiben sollte, hat durch die Veränderung der Arbeitsprozesse das Gegenteil erreicht. Dieser Prozess hat die klassenspezifischen und ethnologischen Barrieren, die die jüdische und arabische Gesellschaft innerhalb Israels bisher voneinander getrennt hatten, objektiv verringert. Jetzt müssen sie auf politischer Ebene vom Staat gestärkt werden.

Die Wiederbelebung interfamiliärer Rivalitäten ist nicht das einzige Mittel zur Erhaltung der niedriger gewordenen Barrieren zwischen arabischer und jüdischer Gesellschaft. Diesem Ziel dient auch die Erhaltung der Rückständigkeit der arabischen Dörfer, in denen die Mehrheit der Palästinenser weiterhin lebt. Während die Einschränkungen der Dorfentwicklung Ambitionen nach einem besseren Leben in Richtung jüdischer Städte lenken, garantiert die Rückständigkeit der Dörfer die kontinuierliche Reproduktion einer Unterschicht von Bauern und Arbeitern.

Dieser Prozess, in dem strukturelle (sozioökonomische) und institutionelle (politisch-administrative) Mechanismen ineinandergreifen, um die israelisch-jüdische Hegemonie über die arabische Minderheit zu sichern, lässt sich jedoch nicht dauerhaft fortsetzen. Laut Ian Lustick setzt sich ein solches Kontrollsystem aus drei Faktoren zusammen:

1. *Segmentierung* – die interne Zersplitterung der arabischen Gemeinschaft, die ein geeintes politisches Handeln verhindert;
2. *Abhängigkeit* – die Abhängigkeit der Araber in der Beschaffung ihres Lebensunterhalts von der jüdischen Wirtschaft;
3. *Kooptation* – die selektive Manipulation des arabischen Fraktionalismus, insbesondere auf Dorfebene, durch die zionistischen Parteien und Institutionen.

Obwohl diese drei Kontrollmechanismen gleichzeitig eingesetzt werden, um ein arabisches Stillhalten auf politischer Ebene zu garantieren, sind sie nicht hundertprozentig wirksam, wie die zunehmenden Forderungen nach nationaler und regionaler Teilhabe am politischen System zeigen. Haidar meinte jüngst, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Staaten nach den Friedensabkommen von 1995 habe zu Forderungen nach Gleichbe-

rechtigung geführt, die auf den Einzelnen abzielten und eher auf individueller Selbstverwirklichung der neuen Klasse von Berufstätigen basierten als auf einer kollektiven Gleichberechtigung der arabischen Minderheit als Staatsbürger.

Exil und Vertreibung

Die Bewohner der Flüchtlingslager im arabischen Exil bilden den Kern der 1948 und noch einmal 1967 in alle Winde zerstreuten Palästinenser. Anders als die Flüchtlinge in Gaza und in der Westbank leben die Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und im Libanon nicht am Rande einer relativ dynamischen und wachsenden kapitalistischen Wirtschaft mit einem ständigen Bedarf an billigen Arbeitskräften wie in Israel. Der Bauboom in Jordanien (Mitte der 70er), der durch den Zuzug (reicher) Flüchtlinge aus dem libanesischen Bürgerkrieg verstärkt wurde, veränderte die Situation dort nur kurzfristig. Generell kann man sagen, dass die Flüchtlinge in den Lagern (die Mehrheit der Palästinenser im Libanon und in Syrien – und etwa ein Drittel der Palästinenser in Jordanien) der Wirtschaft ihrer Gastländer als arbeitssuchende Reservisten dienen.

Die Stellung dieser Flüchtlinge wurde von Elias Sanbar prägnant als «Vertreibung von den Produktionsmitteln» beschrieben. Bis der israelische Einmarsch in den Libanon 1982 die Gesellschaftsstruktur der palästinensischen Gemeinschaft zerstörte, besserte Lohnarbeit in den Flüchtlingslagern die Unterstützung durch die UNRWA und durch ausgewanderte Verwandte auf. Gemeinsam mit kurdischen und illegalen syrischen Einwanderern und schiitischen libanesischen Bauern aus dem Süden waren die Palästinenser billige und entbehrliche, miteinander konkurrierende Arbeitskräfte für die Fabriken in Beirut. Eine in einem Beiruter Flüchtlingslager zu Beginn des Bürgerkriegs durchgeführte, repräsentative Umfrage bestätigt diese Aussage. Das Flüchtlingslager Tel Za'atar, das 1976 von Streitkräften der Falangisten zerstört wurde, wobei zahlreiche Einwohner ermordet wurden, ähnelte anderen städtischen Flüchtlingslagern in Amman, Damaskus, Zarqa und Irbid. (Einige Merkmale unterschieden es jedoch auch von diesen Lagern: So lebte dort ein beträchtlicher Anteil nicht-palästinensischer Flüchtlinge, 23 Prozent, und viele der palästinensischen Flüchtlinge stammten aus nomadischen Hirtenfamilien hauptsächlich aus der Region Huleh.) Das Flüchtlingslager lag am östlichen Stadtrand von Beirut, wo 29 Prozent aller libanesischen produzierenden Industrien angesiedelt waren. Dort befanden sich 22 Prozent aller Arbeitsplätze, 23 Prozent der Investitionen in die libanesische Industrie gingen in diese Region.

Die Entfremdung vom Land und die wirtschaftliche Randstellung machten die Flüchtlinge in den Lagern zur politischen Basis der Bewegung, die das Rückkehrrecht (*al-awdah*) nach Palästina – der Kern ihrer politischen Ideologie – forderte. Aus ihren Reihen rekrutierten sich die Kämpfer für die verschiedenen Gruppierungen der palästinensischen Befreiungsbewegung. Der «Rückkehrkult» und die dazugehörige organisatorische Unabhängigkeit palästinensischer Bewegungen waren jedoch nicht immer selbstaufgelegte politische Beschrän-

kungen. Keineswegs soll hier eine zwangsläufige Determinierung der Ideologie und der organisatorischen Struktur durch die Deklassierung der Flüchtlinge suggeriert werden. Sowohl in Jordanien als auch im Libanon schlossen die Palästinenser unterschiedliche Allianzen mit den regionalen Kräften gegen die Unterdrückung durch die staatlichen Behörden. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der palästinensischen Flüchtlinge ließen diese Allianzen jedoch weitaus schwächer wirken als bei einer vollständigen Integration der Flüchtlinge in den Gastländern. Im Libanon, wo die Allianzen wirksamer waren, wurde ihre vereinte Kraft stark eingeschränkt durch die historische Zwangslage der libanesischen Linken in Netz des konfessionellen Systems. Der Bürgerkrieg schließlich führte zu einer dramatischen Erschütterung dieses Systems und drängte die Palästinenser in eine politische Rolle, in der sie sich nicht nur für ihre eigene Sache einsetzten, sondern auch für die Sache des Säkularismus und des Antikonfessionalismus im Libanon.

Obwohl die gesellschaftliche Basis der PLO in Jordanien (1967-71) und im Libanon (1971-82) in den Flüchtlingslagern und in der entwurzelten Intelligenzija lag, war ihre politische Anhängerschaft auf unterschiedliche soziale Gruppierungen überall in der arabischen Welt und in Israel verstreut. Als der Kampf um einen Staat die ideologische Ausrichtung der Bewegung vom «Rückkehrkult» zum Unabhängigkeitskampf verschob sowie von der vollständigen Befreiung zur eingeschränkten Staatlichkeit, verlagerte sich auch das politische Zentrum der PLO von ihrer deklassierten Diaspora in die Teile Palästinas, die in der Westbank und Gaza «intakt» geblieben waren.

Die Logik der alten Hierarchien

Das Modell der Deklassierung und der Entfremdung vom Land, das oft aus der Situation der in den städtischen Lagern des Libanon, Syriens und Jordaniens verstreut lebenden Flüchtlinge entwickelt wird, übersieht die Tatsache, dass über die Hälfte aller Palästinenser noch im (historischen) Palästina lebt, – inzwischen «vereint» unter israelischer Herrschaft. Die meisten von ihnen leben in relativ stabilen Gemeinschaften, in ihrem Geburtsort oder ganz in der Nähe davon. Versteht man Deklassierung im Sinne von Sanbar als «Vertreibung von den Produktionsmitteln», dann gilt dies im Grunde nur für die Bewohner der Flüchtlingslager. Einzig in Gaza besteht etwas mehr als die Mehrheit der Bevölkerung (etwa 55 Prozent) aus Flüchtlingen. In der Westbank sind es weniger als 20 Prozent und in Galiläa und in der Dreiecksregion (in Israel) bilden Flüchtlinge (wenn auch nicht in Lagern) weniger als 15 Prozent der palästinensischen Bevölkerung. Darüber hinaus haben die meisten der restlichen Palästinenser, die in anderen Teilen Israels leben (in Dörfern um West-Jerusalem – im Negev oder der Region Lydda-Ramlah und in Jaffa) ihre Wohnorte behalten.

Von zentraler Bedeutung für die besetzten Gebiete ist die Art der Integration palästinensischer Arbeitskräfte in die israelische Wirtschaft und – seit 1994 – die Entstehung einer palästinensischen Wirtschaft unter Aufsicht der Palästinensi-

schen Autonomiebehörde. In drei Jahrzehnten israelischer Herrschaft übte die Art der (wirtschaftlichen und sozialen) Integration der Westbank in die israelische Wirtschaft einen entscheidenden Einfluss auf palästinensische Gesellschaftsstrukturen aus. Bis zum Golfkrieg (1990/91) gehörte dazu die tägliche Beschäftigung fast der Hälfte aller palästinensischen Arbeitskräfte in israelischen Unternehmen und die Öffnung des Gazastreifens und der Westbank als Märkte für israelische Waren. Die große Mehrheit der betroffenen Arbeiter waren ursprünglich Bauern (73,2 Prozent stammten vom Land, gegenüber 26 Prozent Stadtbewohnern und Flüchtlingen zu gleichen Teilen), aber nur wenige arbeiten bis heute in der Landwirtschaft.

Die israelische Herrschaft ließ eine Klasse von Kriegsgewinnlern entstehen – meist als Arbeitsvermittler, im Baugewerbe und in der Immobilienbranche. Dabei gab es jedoch keine qualitative Veränderung der regionalen Bourgeoisie. Mögliche Wachstumseffekte wurden durch die Flucht der Kaufmannsbourgeoisie nach Jordanien seit 1967 aufgehoben. Es entstanden israelisch-palästinensische *Joint-Ventures* in Form von Subunternehmer-Firmen (im Textil- und Baugewerbe), aber nach den späten 1970er-Jahren gingen ihre Umsätze aufgrund der politischen Unsicherheiten zurück. Die zentrale Variable in diesem Kontext, die Arbeit in Israel, schuf eine neue Arbeiterschicht aus städtischen Flüchtlingen und überschüssigen Landarbeitern.

Die Landwirtschaft der Bauern ist inzwischen nur noch ein Zubrot zur Lohnarbeit, nicht mehr umgekehrt. Im Gazastreifen jedoch, wo Flüchtlinge (und nicht Bauern) die Mehrheit der Arbeitskräfte stellen, muss das Fehlen einer Subsistenzwirtschaft, auf die man im Notfall zurückgreifen kann, ins Bild einbezogen werden. Die Unterschiede zwischen Gaza und der Westbank gründen teilweise in den verschiedenen Formen landwirtschaftlicher Produktion (der vorwiegend großformatige Anbau von Zitrusfrüchten im Gazastreifen gegenüber kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben in der Westbank), teilweise jedoch auch in der großen Flüchtlingsbevölkerung Gazas. Natürlich trugen dazu auch die jordanische bzw. ägyptische Herrschaft in diesen beiden Regionen zwischen 1948 und 1967 bei.

Die Westbank entging der Zerstörung ihrer Grundbesitzer- und Kaufmannseliten. Die dortigen Klassen und Berufsgruppen waren nur begrenzten strukturellen Veränderungen ausgesetzt. Die jordanische Armee und Bürokratie, der Ausbau des Bildungssystems und eine große Auswanderungsquote (die in beträchtlichem Maße zum Einkommen der Haushalte beitrug) führten in ihrer Gesamtheit den gesellschaftlichen Wandel in eine andere Richtung als bei den Palästinensern in Israel oder unter ägyptischer Herrschaft im Gazastreifen.

Auf den ersten Blick scheint das Ausmaß der Integration in die jüdische Gesellschaft den Unterschied zwischen der Westbank und Galiläa auszumachen. Dies resultiert u.a. aus der (wenn auch schwachen) staatsbürgerlichen Eingliederung der israelisch-arabischen Bevölkerung in den Staat Israel einerseits und aus der kolonialen Beziehung zwischen dem Staat und den Palästinensern der Westbank und Gaza andererseits. Diese Einschätzung ist jedoch umstritten.

Viele sehen hier weniger eine qualitative Dichotomie als vielmehr einen nur graduellen Unterschied der kolonialen Herrschaft über die beiden Gruppen. Letztlich geht es um eine Analyse der Vermittlung der israelischen Herrschaft in den beiden palästinensischen Gemeinschaften.

In Galiläa, wo 60 Prozent der israelischen Palästinenser leben, findet diese Vermittlung durch die Zivilgesellschaft statt: durch politische Parteien, Kommunalverwaltungen, Clanloyalitäten und die diese Strukturen durchziehenden, individuellen nepotistischen Protektionsnetzwerke. Strukturelle Basis ist die berufliche Integration der arabischen Arbeitskräfte in die jüdische Wirtschaft. Dennoch wird beträchtlicher Zwang und Einschüchterung eingesetzt, um das Stillhalten der Palästinenser in einer zionistischen Gesellschaft zu garantieren, deren Selbstverständnis sie (als Araber) aus ihrem Gemeinwesen ausschließt. Seit Aufhebung der Militärregierung 1966 ist Zwang jedoch ein sekundärer Mechanismus politischer Kontrolle. Dagegen verläuft in der Westbank und in Gaza die Vermittlung israelischer Herrschaft in erster Linie über die Maschinerie der Militärregierung. Der Einsatz systematischer physischer Gewalt zur Erhaltung der israelischen Herrschaft übertrifft bei weitem die während der ersten Jahre des jüdischen Staates gegenüber israelischen Arabern eingesetzte, als die Militärregierung in Galiläa regierte (1948-66). Trotz ähnlicher struktureller Integrationsmuster in den beiden Regionen israelischer Herrschaft – auf wirtschaftlicher Ebene können die Unterschiede nicht einfach auf die Eingliederung der israelischen Araber und die fehlende Integration der Palästinenser in der Westbank und in Gaza geschoben werden.

Ein wichtiger Faktor, der die unterschiedlichen Reaktionen in den beiden Regionen auf die israelische Herrschaft erklären könnte, ist ihre gesellschaftliche Zusammensetzung. Während in der Westbank die ländlichen und städtischen Hierarchien erhalten blieben, wenn auch in veränderter Form, hat die ländliche Gesellschaft in Galiläa ihre ursprünglichen Grundbesitzereliten und ihre Intelligenzija verloren. Sie war daher in ihrem Kampf gegen ein übermächtiges Schicksal auf sich gestellt. Die andauernden Beziehungen zwischen den Palästinensern der Westbank und der arabischen Welt über Jordanien verhalfen dieser Gesellschaft zu einem Netzwerk kaufmännischer, politischer und kultureller Verbindungen, die den israelischen Arabern verwehrt waren, was deren politische Optionen drastisch einschränkte.

Die zentrale Bedeutung der Westbank und Gazas in der Zusammensetzung dieser sozialen Hierarchien manifestiert sich in zwei Elementen dieser Konfiguration: Einmal sind diese Regionen die einzigen Teile des historischen Palästina, in denen die Landwirtschaft einen bedeutenden Anteil an der regionalen Wirtschaft hat. Zweitens findet heute hier der Kampf um die palästinensische Souveränität statt. Im Gegensatz zu den Palästinensern in Israel und den benachbarten arabischen Staaten, waren die Menschen in der Westbank den Umwälzungen gesellschaftlicher Strukturen, denen Palästinenser an anderen Orten ausgesetzt waren, weniger unterworfen. Nur hier hat sich eine gesellschaftliche Ordnung erhalten, die an die historische Vergangenheit der Nation erinnert. Nur hier, im Hochland

der Westbank und in den Tälern des Jordan, ist eine palästinensische Bauernschaft noch immer verwurzelt, abgeschnitten von den Großgrundbesitzern an der Küste und den städtischen Eliten. Da diese Trennung jedoch von einem massiven Bevölkerungstransfer begleitet war, der ihrer traditionellen Gesellschaftsordnung aufgezwungen wurde, sowie von Veränderungen in der Natur ihrer hegemonialen Eliten und von ihrer Reintegration in drei radikal unterschiedliche Staatssysteme – das jordanische, das ägyptische und das israelische – darf man die im Land verbliebene Gesellschaft und die Bauern nicht einfach als Rest eines ursprünglichen Ganzen betrachten.

Zwei Aufstände: Gesellschaftliche Folgen

Die erste Intifada (1987-1993) war eine unterstützte Volksbewegung, ein Bürgeraufstand gegen die israelische Herrschaft. Der Nationalismus der Intifada und seine weit (und vage) gefassten Ziele staatlicher Unabhängigkeit mobilisierten anfänglich Hunderttausende zu Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die israelische Macht. Mit den Jahren und durch die zunehmende israelische Unterdrückung des Aufstands verlor die Bewegung ihre Basis in der Bevölkerung und beschränkte sich auf von wenigen Aktivistengruppen durchgeführte Straßenkämpfe gegen die Armee.

Die sichtbarste gesellschaftliche Folge des Aufstands war die starke Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den spontanen Widerstandsaktionen gegen die Kolonialmacht. Zehntausende junger Menschen, einschließlich Schüler, Kinder unter Fünfzehn und das Proletariat aus den Flüchtlingslagern und städtischen Gebieten wurden mobilisiert. Viele dieser Jugendlichen gehörten keiner politischen Gruppierung an. Ihre Mobilisierung verlief sowohl über politische Gruppierungen als auch über wütende Straßenbanden mit nur schwachen Verbindungen zu nationalen oder islamischen Bewegungen. Zwar waren ihre Hauptangriffsziele die israelische Armee, die Grenztruppen und die Siedler; die wichtigste Folge ihrer Aktionen war jedoch – zumindest gesellschaftlich gesehen – die Anfechtung der in der palästinensischen Gesellschaft herrschenden patriarchalischen Autoritätsstrukturen.

Dieser Prozess hatte schon in den frühen 1960er-Jahren mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit junger Menschen, einschließlich junger Frauen begonnen. Dies war eine Folge des Zerfalls der traditionellen regionalen Wirtschaft aufgrund der Arbeitsmöglichkeiten außerhalb des eigenen landwirtschaftlichen Betriebs oder des Familienunternehmens und des massiven Ausbaus des Bildungssystems auf primärem, sekundärem und universitärem Niveau.

Die Anfechtung der traditionellen Autorität der palästinensischen Familie nahm während der Intifada verschiedene Formen an. Sie lieferte jungen Menschen – darunter auch Frauen – legitime nationale Gründe, längere Zeit außerhalb ihres Zuhauses und damit außerhalb der elterlichen Kontrolle zu verbringen (Flucht vor Verhaftung, Organisation von Aktivitäten usw.). Direkt infrage gestellt wurde die Autorität der Eltern durch die Orientierung der

Jugendlichen an höheren Autoritäten, die durch ihr Engagement für politische Gruppen und damit für die «nationale Sache» sanktioniert waren. Diese Autoritäten wurden darüber hinaus auch von der Gesellschaft als Ganzes akzeptiert und legitimiert. Oft überwand der öffentliche Druck die familiären Sorgen um die Sicherheit und (im Falle der Frauen) die Ehre der Familie. Selbst bei Todesfällen übernahmen politische Gruppen oft die Aufgaben der Familie, indem sie die traditionellen Trauerfeiern organisierten und die rituellen Kondolenzen entgegennahmen.

Einer der intimsten Bereiche familiärer Macht ist die Auswahl von Ehepartnern für die Kinder. Diese Aufgabe geriet zunehmend durch Diskussionen über politische Zweckverbindungen, Sicherheitsfragen und sogar durch in der «Hitze des Kampfs» geborene Liebe in den Hintergrund. Zwar sollte der Anteil derartiger «politischer Ehen» nicht überbewertet werden, aber sie sollten auch nicht als soziale – im Gegensatz zu individuellen – Phänomene abgetan werden. In politischen Kreisen gibt es tausende solcher Verbindungen, sie blieben nicht länger auf radikale Gruppen beschränkt.

Gleichzeitig beobachtete man einen gegenläufigen Trend. In vielen Dörfern und Flüchtlingslagern wurden Mädchen früher und schneller verheiratet, um ihre Beteiligung an politischen Aktivitäten zu verhindern. Viele junge Männer profitierten von dem von der Intifada ausgelösten Regime sozialer Strenge und Armut, das zu niedrigeren Brautpreisen (*maher*) und weniger kostspieligen Hochzeitszeremonien führte. Die Register der Scharia-Gerichte verzeichnen ein Sinken des Heiratsalters junger Frauen um zwei Jahre gegenüber den Tagen vor der Intifada. Diese frühen Heiraten hatten zwei Folgen: Eine höhere Fruchtbarkeit (heute eingebunden in einen nationalen Fortpflanzungskult) und eine engere Kontrolle über das gesellschaftliche Leben junger Frauen, die vor der Ehe wenig Chancen auf ein öffentliches Leben haben. Die in diesem Zusammenhang allgemein verkündete Unabhängigkeit der Jugend muss als ein vor allem männliches Phänomen betrachtet werden, das oft als Instrument der Mobilitätskontrolle der Frauen diente, sei es in Arrangements frühzeitiger Eheschließungen oder durch das Aufzwingen eines Kleidungscode und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit junger Frauen im öffentlichen Raum.

Nach dem Krieg von 1948 (und wohl auch während des Aufstands von 1936) griffen die Palästinenser wieder auf die Großfamilie zurück, um sich vor dem Kontrollverlust über ihre Umgebung zu schützen. Bei den Bauern führte dies zur Wiederbebauung von brachliegendem Land, in den Städten eher zur personellen und finanziellen Stärkung des Familienunternehmens und der Vermeidung von Investitionen in außerfamiliäre Unternehmen. In beiden Fällen wurde eine Arbeitsteilung gestärkt, mit deren Hilfe die geschwächte Großfamilie viele ihrer verlorenen Funktionen wiedergewann. Während der Ersten Intifada konnte man (in den Städten) die zunehmende Bedeutung von kleinen Familiengeschäften beobachten sowie in Bergregionen den Versuch, durch Trockenfeldbau Familienland wiederzubeleben, das durch die Abwanderung von Arbeitskräften auf die städtischen Baustellen lange vernachlässigt worden war. Vieles davon wurde

allerdings während der zweiten Intifada (2000-2004) noch einmal umgeworfen. Dieser Aufstand löste wichtige neue Entwicklungen in der palästinensischen Gesellschaft aus. Er folgte dem Zusammenbruch der Osloer Vereinbarungen (1993-1999) und der Verhandlungen in Camp David im Sommer 2000 sowie der hermetischen Abriegelung der besetzten Gebiete von Israel durch ein umfangreiches Netz von Straßensperren und dem Bau der Betonmauer innerhalb der Westbank.

Die wichtigsten Grundzüge dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklungen können hier nur angedeutet werden. Zu ihnen gehört die Bildung einer neuen Funktionärselite im Umfeld der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die ihre Legitimation aus den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1996 und 2005/2006 bezog. Diese Elite häufte zunächst beträchtliche Privilegien an, von der Schaffung staatlicher Monopole bis zu Nebeneinkünften durch politische Ämter. Doch der Aufstieg der Hamas bei den zweiten Parlamentswahlen hat diese Gewinne teilweise wieder zunichte gemacht.

Der Bedeutungsverlust von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich jahrzehntelang als wichtigen Faktor des öffentlichen Lebens sahen, ist eine Folge der umfangreichen internationalen Finanzhilfen – vor allem von der Europäischen Union – für die neue PA und den Aufbau vorstaatlicher Strukturen während des Oslo-Prozesses gewesen. Hinzu kam die erfolgreiche Einbindung großer Teile der Intelligenzija und oppositioneller Nichtregierungsorganisationen in den staatlichen Sektor durch die PA. Politische Parteien, die das israelisch-palästinensische Friedensabkommen ablehnten und die Parlamentswahlen boykottierten, boten darüber hinaus keine alternativen politischen oder gesellschaftlichen Strategien zu denen der PA. So verloren linksgerichtete politische Parteien immer mehr an Bedeutung. Im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Einführung eines palästinensischen Grundgesetzes gelang es jedoch den Nichtregierungsorganisationen, die Versuche konservativer Elemente, eine autoritäre Verfassung zu verabschieden, abzuwehren. Dies führte dazu, dass sich viele Nichtregierungsorganisationen, die bislang politischen Gruppierungen nahestanden, von ihren «Zieheltern» emanzipierten und dass eine neue professionelle, demokratisch und säkular ausgerichtete Elite entstand, die heute wieder in großem Umfang von der internationalen Hilfe für Palästina profitiert.

Dieser kursorische Überblick über die wichtigsten Transformationsprozesse der palästinensischen Gesellschaft während des letzten Jahrhunderts hat gezeigt, wie sich Palästina von einer Provinz des Osmanischen Reiches über ein koloniales Mandatsgebiet bis zu einer segmentierten Gesellschaft unter israelischer Kontrolle entwickelte. Viele der sozialen Veränderungen lassen sich auch in anderen Ländern des östlichen Mittelmeeres beobachten. Gemeinsam ist ihnen die wachsende Kluft zwischen Handel treibenden Gemeinschaften in der Küstenebene und den Kleinbauern der Bergregionen. Diese Trennung wurde besonders spürbar, als sich beide Wirtschaftsregionen mehr und mehr kapitalisierten und in europäische und mediterrane Handelsnetzwerke integrierten. Dieser Prozess verstärkte die kulturellen Differenzen.

Die Entwicklung zeigt auch, wie Großgrundbesitzer die Beziehungen zwischen den Dorfgemeinschaften und den städtischen Zentren dominierten. Prägend für die sozialen und politischen Milieus in Palästina war aber auch der Überlebenskampf in einem zunehmend feindlich gesinnten Umfeld. Die unerfüllte Modernität Palästinas ist eher Folge der gesellschaftlichen Desintegration vor 1948 sowie von Krieg und Vertreibung danach, weniger das Resultat von Unterentwicklung. Insoweit unterscheidet sich die jüngere Geschichte Palästinas von dem Rest der arabischen Welt. Palästina war und ist Teil dieser viel größeren sozialen und politischen Konfiguration. Seine Kultur und politische Entwicklung wurden sowohl durch den territorialen Konflikt mit dem Zionismus und dem israelischen Staat als auch durch die bleibende Affinität zu den wichtigen Strömungen im arabischen Osten beeinflusst. Der Unterschied liegt darin, dass Palästina schon früh – 1917 – aus diesem Kontext gewaltsam gelöst wurde. Es ist diese physische Trennung und ihre Folgen, die den Blick auf die wesentlichen Konturen der sozialen Transformationsprozesse notwendig machen, denen das Land seit einem Jahrhundert ausgesetzt ist.

II Widerstand und Politik

Vielfalt in Einheit?

Die Fragmentierung des palästinensischen Volkes und der Kampf um Einheit

Vielfalt, Einheit und Zersplitterung sind drei Begriffe, die den politischen Diskurs in Palästina seit der Entstehung der palästinensischen Nationalbewegung im 20. Jahrhundert beherrschen. Seit 2007 verschärft die interne palästinensische Spaltung diesen Diskurs.

Der Begriff «Vielfalt» umschreibt unterschiedliche sozioökonomische Hintergründe, Ethnien, Religionen, kulturelle Werte, politische und ideologische Zugehörigkeiten usw. in einer Gesellschaft. Vielfalt gilt im Allgemeinen als wertvoll und wünschenswert zur Förderung einer besseren innergesellschaftlichen Kommunikation, die zu mehr Wissen und Verständnis führt und damit unterschiedliche gesellschaftliche und politische Akteure zu einer friedlichen Koexistenz befähigen soll. Generelle Vielfalt, insbesondere unterschiedliche politische Programme und Kräfte, können jedoch auch zu Fragmentierung führen, solange sie nicht friedlich in einem einheitsstiftenden System von Werten, Gesetzen, Regeln und Übereinkünften koexistieren. Solche einheitsstiftenden Systeme sind beispielsweise Verfassungen sowie nationale und internationale Gesetze und Konventionen. Das Fehlen eines solchen Systems macht Vielfalt zu einer tickenden Zeitbombe.

Im palästinensischen Kontext beschreibt Vielfalt die Unterschiede in den Programmen der diversen politischen Kräfte sowie deren Wege und/oder Mittel, diese Programme umzusetzen. Die derzeitige Zersplitterung innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung zeigt, wie politische Vielfalt zu einer zersetzenden Kraft mit weitreichenden negativen Auswirkungen werden kann.

Die Geschichte der nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches begonnenen Suche der Palästinenser nach Staatlichkeit wurde stets von unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Akteuren geprägt. Als Folge der geografischen Fragmentierung nach 1948 verstärkte sich diese Vielfalt durch die Herausbildung von vier Gruppen: die Palästinenser, die im neu entstehenden Israel geblieben waren, die Palästinenser in der Westbank und im Königreich Jordanien, die Palästinenser im Gazastreifen und die Palästinenser in der Diaspora. Während sich die Palästinenser mit dieser neuen Situation auseinandersetzten, mangelte es ihnen an politischen Strukturen, um sich den

verschiedenen Dominierungsversuchen arabischer Regierungen entgegenzustellen.

Die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) 1964 in der Arabischen Liga und der darauf folgende Beitritt der bewaffneten Widerstandsgruppen sowie der Aufstieg Jassir Arafats als Leiter des Exekutivkomitees der PLO 1969 wurden zu einem Wendepunkt in der Geschichte der palästinensischen Befreiungsbewegung. Die neue palästinensische Führung hatte einen Generationswechsel vollzogen: von der Führung durch Honoratioren-Eliten während des britischen Mandats hin zu einer Führung, die sich aus der urbanen Mittelklasse und den Flüchtlingslagern rekrutierte und die Politik für die Massen mit ausgeprägter militärischer Rhetorik machte. Nur zehn Jahre nach ihrer Gründung wurde die PLO sowohl von den Palästinensern als auch von der arabischen Welt und der internationalen Gemeinschaft als alleinige rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt. Keine politische Bewegung in Palästina hat je diese Anerkennung genossen. Zum ersten Mal seit 1948 galten die Palästinenser als ein Volk mit nationalen Rechten und als ein wichtiger politischer Faktor im Nahen Osten. Es ist in erster Linie das Verdienst der PLO, dass die Palästinafrage nach 1948 wieder eine Hauptrolle auf der politischen Bühne spielte.

Die politische Bedeutung der PLO geht jedoch über ihre Funktion als strukturgebende Organisation hinaus. Sie wurde Teil der politischen Identität aller Palästinenser, unabhängig von ihrem Wohnort. Es gelang ihr, die politische Fragmentierung der palästinensischen Nationalbewegung zu überwinden und dabei ihre Vielfalt zu erhalten. Die neue Strategie «Vielfalt in Einheit» überlebte schwierige Zeiten. Trotz deutlicher politischer Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen wurde in all den Jahren die Rechtmäßigkeit der PLO als alleiniger Vertreterin des palästinensischen Volkes nie ernsthaft in Frage gestellt. Selbst die Hamas hat sie bis vor kurzem nicht angezweifelt. Die Teilnahme der Hamas an den nationalen Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat 2006 unterstrich ihre Akzeptanz der PLO und der von ihr geschaffenen Strukturen.

Die Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen 1993 und die anschließende Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) 1994 schufen eine neue Realität vor Ort. Der Schwerpunkt der palästinensischen Nationalbewegung verschob sich vom Exil in die besetzten Gebiete, wo neue organisatorische und parlamentarische Strukturen geschaffen wurden. Die ersten palästinensischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Anfang 1996 zeugten von dem deutlichen Bemühen der palästinensischen Führung, unter dem Schirm der Osloer Vereinbarungen parastaatliche Strukturen zu schaffen. Dabei muss man wissen, dass in den Vereinbarungen selbst die Schaffung eines Parlaments nicht vorgesehen war. Die palästinensische Führung betrachtete den «Friedensprozess» als unumkehrbar, als ersten Schritt zu einer Staatlichkeit, als eine Phase der Umwandlung von Institutionen in parastaatliche Strukturen. Eine klare Vision und eine Strategie für die Staatsbildung gab es jedoch nicht. Außerdem konzentrierte man sich vorrangig auf die Fortsetzung der politischen Verhandlungen

mit Israel und vernachlässigte dabei die Notwendigkeit, an der Bildung starker staatlicher Strukturen als nationalem Ziel zu arbeiten. All dies führte nicht nur zum Scheitern der Bemühungen um eine Staatsgründung, sondern auch zu einer allmählichen Schwächung der Rolle und der Strukturen der PLO. Sie wurde von der sogenannten «Palästinensischen Führung» abgelöst, einer äußerst vagen Struktur, die Teile des Exekutivkomitees der PLO und führende Mitglieder der PA umfasste sowie einige unabhängige Persönlichkeiten und jeden, der zufällig bei einem Treffen dieser «Führung» dabei war. Der PLO blieb lediglich ihr rechtlicher Status als alleinige rechtmäßige Vertretung der Palästinenser erhalten. In dieser Eigenschaft unterzeichnete sie für die PA alle politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Vereinbarungen mit externen Parteien.

Das Scheitern der Gespräche von Camp David im Sommer 2000 und der darauf folgende Ausbruch der Zweiten Intifada mit ihrer späteren Militarisierung und den Angriffen auf israelische Zivilisten innerhalb Israels lieferten der israelischen Regierung einen Vorwand, nicht nur die geografische, zivile und sicherheitstechnische Infrastruktur der PA systematisch unter Beschuss zu nehmen, sondern darüber hinaus eine weltweite Kampagne zur Diskreditierung der palästinensischen Führung zu starten. Die Folgen waren eine internationale Schwächung der PLO und die Zerstörung der PA.

Der Zusammenbruch der zentralen Regierung, einschließlich des Rechtssystems und der Vollstreckungsbehörden, in Kombination mit der geschwächten Rolle der PLO machte aus der Vielfalt wieder eine Spaltung, die im Juni 2007 in der gewaltsamen Übernahme des Gazastreifens durch die Truppen der Hamas gipfelte. Die Zersplitterung verlief dabei nicht nur entlang politischer, sondern auch entlang gesellschaftlicher Grenzlinien. Die politische Fragmentierung war nicht auf die beiden Hauptrivalen Fatah und Hamas beschränkt, sondern verlief horizontal und vertikal über die gesamte politische Landkarte der besetzten Gebiete. Das Fehlen einer zentralen Gewalt machte außerdem den Weg frei für die Wiederbelebung der Clanstrukturen und das Auftauchen von *warlords*, die das Gesetz in die eigenen Hände nahmen. Ein Prozess der allmählichen gesellschaftlichen Auflösung setzte ein.

Die heutige Situation wirft die Frage auf, in welchem Ausmaß die jetzige interne Spaltung in der Existenz zweier unterschiedlicher und gegensätzlicher politischer Programme begründet ist. Zur Beantwortung dieser Frage muss daran erinnert werden, dass sich die Parteien Hamas und Fatah während der Gespräche

zur Nationalen Einheit 2007 in Mekka¹ recht schnell auf ein gemeinsames politisches Programm einigen konnten. Aus einer damals an den Gesprächen beteiligten Quelle war zu erfahren, die Einigung über das politische Programm für eine Regierung der Nationalen Einheit sei der leichteste Teil der Verhandlungen von Mekka gewesen. Letztendlich waren es nicht die Differenzen über ein politisches Programm, die zum tragischen Ende der Regierung der Nationalen Einheit führten, sondern externe Faktoren und Auseinandersetzungen über Machtfragen.

Objektiv gesehen standen wir nie so kurz vor einer Versöhnung wie heute. Führungskräfte der Hamas haben zu verschiedenen Gelegenheiten die Akzeptanz eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 erklärt. Vom «Widerstandsprogramm» der Hamas sind lediglich Rhetorik und Slogans geblieben. Die Regierung in Gaza duldet jedoch keine Anfechtung ihrer Rolle als alleinige rechtmäßige Autorität. Sie fordert das Machtmonopol und hat sich dem Konzept «eine Regierung, ein Gewehr» verschrieben. Die Regierung der PA in Ramallah unterscheidet sich davon in zwei Aspekten: in der Proklamierung der Staatsbildung als nationalem Ziel und der Unterstützung eines breiten massenhaften Widerstands. Trotz der nur geringen Unterschiede zwischen den politischen Programmen beider Seiten und der zentralen Bedeutung einer einigten Regierung scheint eine Versöhnung in weiter Ferne.

Die Gründe für die interne Spaltung liegen also offenbar jenseits der politischen Programme der rivalisierenden Parteien. Meiner Meinung nach liegen sie in der «Weltanschauung» der Hamas. Dieser Begriff hat seine Wurzeln in der deutschen philosophischen Tradition und bezieht sich auf den Rahmen von Gedanken und Glaubensgrundsätzen, innerhalb dessen ein Individuum oder eine Gruppe die Welt interpretiert und mit ihr interagiert. Als integraler Bestandteil der Internationalen Muslimbruderschaft ist die «Weltanschauung» der Hamas der Islam. Ihr langfristiges Ziel ist eine islamische Gesellschaft mit islamischen Regeln. In diesem Kontext ist die nationale Befreiung kein Ziel an sich. Als Folge

- 1 Nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 konnte diese zwar im März eine eigene Regierung bilden, doch die wachsenden Auseinandersetzungen mit der Fatah kulminierten immer wieder in bewaffneten Kämpfen, und ein internationaler politischer und finanzieller Boykott führte die besetzten Gebiete in eine dramatische wirtschaftliche und humanitäre Krise. Nachdem monatelange Verhandlungen zwischen Hamas und Fatah über eine Versöhnung und die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit fruchtlos verlaufen waren, lud der saudi-arabische König Abdallah die Kontrahenten zu einem Gipfeltreffen nach Mekka ein. Im sogenannten Mekka-Abkommen vom 8. Februar 2007 einigten sich die Parteien auf eine (allerdings nur vorübergehende) Befriedung der innerpalästinensischen Kämpfe und die Bildung einer gemeinsamen Regierung der Nationalen Einheit, die am 17. März 2007 ihre Geschäfte aufnahm. Da sich Fatah und Hamas in wesentlichen Fragen der Kontrolle der Polizei und der militärischen Sicherheitsdienste nicht einigen konnten, scheiterte das Abkommen schon im Juni 2007 mit der gewaltsamen Machtübernahme durch die Hamas im Gazastreifen. Seitdem übt praktisch Hamas die Kontrolle über den Gazastreifen aus, während sich die Macht des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und seines Ministerpräsidenten Salam Fayad auf die Westbank beschränkt. (Anm. der Hrsg.)

dieser grundlegenden Orientierung betrachtet die Hamas das Land nicht als den Kern des Konflikts mit Israel und ist daher bereit, einen palästinensischen Staat in vorläufigen Grenzen und einen langfristigen Waffenstillstand (*hudna*) mit Israel zu akzeptieren. Eine *hudna* verträgt sich mit Hamas' «Weltanschauung» des Islam, der im Übrigen jede Übereinkunft mit Ungläubigen verbietet.

Die blutigen Ereignisse vom Juni 2007 und die Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen waren für die Hamas ein Schritt nach vorn. Aus ihrer Perspektive ermöglicht ihnen die Kontrolle über Gaza die Errichtung eines Modells islamischer Herrschaft nach den Vorstellungen der Muslimbruderschaft. Beleg für die eindeutig nicht nationale Agenda der Hamas ist die Tatsache, dass sie sich weigert, die ägyptischen Versöhnungsvorschläge zu unterzeichnen, dass sie Parlaments-, Präsidentschafts- oder Kommunalwahlen ablehnt sowie die Rechtmäßigkeit der PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anfechtet. Darüber hinaus zeugt diese Positionierung von ihrer Ablehnung eines demokratischen Regierungssystems.

Einheit erfordert einen auf einer soliden Basis stehenden Konsens über Prinzipien zur Festlegung des Regierungssystems für die PA und den zukünftigen palästinensischen Staat. Diese Prinzipien finden sich in zwei grundlegenden Dokumenten: der Palästinensischen Unabhängigkeitserklärung und dem Grundgesetz der PA. Alle Parteien müssen ihre uneingeschränkte Verpflichtung zu den in diesen beiden Dokumenten vereinbarten Prinzipien und Werten erklären.

In der Palästinensischen Unabhängigkeitserklärung² (1988) heißt es:

« ... Dieser Staat garantiert die Freiheit ihrer [der Palästinenser] politischen und religiösen Überzeugungen sowie ihre menschliche Würde durch ein parlamentarisches, demokratisches Regierungssystem, das wiederum auf der Grundlage der freien Meinungsäußerung und der Gründung von politischen Parteien beruht.

Die Rechte von Minderheiten werden von der Mehrheit respektiert, ebenso wie sich die Minderheiten an die Beschlüsse der Mehrheit halten müssen. Das Regierungssystem wird auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichheit von Mann und Frau basieren. Es wird keine Diskriminierung in den allgemeinen Rechten geben, weder auf Grund von Rasse, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht, im Rahmen einer Verfassung, die die Autorität des Gesetzes und eine unabhängige Gerichtsbarkeit garantiert. Diese Prinzipien stehen in Übereinstimmung mit dem jahrhundertealten geistigen und zivilisatorischen Erbe der Toleranz und der religiösen Koexistenz in Palästina.»

2 Die «Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina» wurde am 15. November 1988 auf der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats in Algier beschlossen. Für die deutsche Übersetzung vergleiche: <http://www.palaestina.org/dokumente/plo/unabhaengigkeitserklaerung.pdf> (Anm. der Hrsg.)

Im palästinensischen Grundgesetz³ (2002) wird dazu ausgeführt:

Artikel 2

Alle Macht geht vom Volk aus

Artikel 4:

Die Prinzipien der Islamischen Scharia sind eine grundlegende Quelle der Rechtsprechung.

Artikel 5

Das Regierungssystem in Palästina wird ein demokratisches, parlamentarisches System sein, das auf politischem Pluralismus basiert.

Nur wenn diese Prinzipien respektiert werden und wir nach ihnen handeln, kann Einheit gewonnen und erhalten und Vielfalt respektiert werden. Politische Einheit kann und soll kein Ersatz sein für politische Vielfalt. Vielfalt – Pluralismus – ist der Kern jedes demokratischen Regierungssystems, denn sie erweitert die Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen und fördert ihre Teilhabe am politischen Prozess.

Die palästinensische Nationalbewegung befindet sich heute in einer einzigartigen Situation. Einerseits kämpft sie um die Erreichung zweier nationaler Ziele: die Beendigung der Besatzung und die Unabhängigkeit. Parallel dazu arbeitet sie an der institutionellen Infrastruktur eines zukünftigen Staates. Obwohl beide Ziele eng miteinander verknüpft sind und einander beeinflussen, erfordert die Arbeit an ihnen jedoch unterschiedliche Ansätze und institutionelle Vorgehensweisen. Aufgrund des rechtlichen Status der PLO, ihrer arabischen und internationalen Anerkennung und ihrer Stellung bei den Palästinensern innerhalb Palästinas und in der Diaspora bleibt sie die einzig mögliche Plattform, um alle palästinensischen Fraktionen auf den nationalen Fahrplan zur Beendigung der Besatzung und Erlangung der Unabhängigkeit einzuschwören. Dies erfordert jedoch eine demokratische Reform ihrer Strukturen, die den islamischen politischen Kräften eine Teilhabe und eine Vertretung in den verschiedenen Strukturen der PLO ermöglicht. Die PA sollte sich dagegen in erster Linie mit der Staatsbildung befassen. Die Einheit in der PA kann nur mit dem Volk und nicht über es hinweg wiederhergestellt werden. Alle Macht und alle Rechtmäßigkeit gehen von den Menschen aus. Politische Arrangements zur Teilung der Macht sollten deshalb nur vorübergehender Natur sein.

³ Das palästinensische Grundgesetz wurde vom palästinensischen Legislativrat im Oktober 1997 beschlossen, aber erst auf internationalen Druck hin im Mai 2002 von Präsident Jassir Arafat unterzeichnet. Es wurde im Hinblick auf die Staatsorganisation (Einführung eines Ministerpräsidenten) 2003 und im Vorfeld der Wahlen 2005 novelliert. Siehe dazu <http://www.palestinianbasiclaw.org/2003-amended-basic-law>. Die Bezeichnung «Grundgesetz» (nicht «Verfassung») soll den vorläufigen Charakter des Dokuments bis zur Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates zum Ausdruck bringen. (Anm. der Hrsg.)

Die PLO: Wohin führt ihr langer Marsch?

Die «Palästinafrage», wie sie seit Ende des Ersten Weltkrieges genannt wird, ist einer der ältesten ungelösten Konflikte der Moderne. Der lange Zeitraum des Konflikts ist von größter Wichtigkeit, wenn man versucht nachzuvollziehen, wie Krisenmanagement, Notfallpläne und Überlebensstrategien der verschiedenen lokalen, regionalen und globalen Protagonisten über die Jahre institutionalisiert und Zufälle, Launen und Notbehelfe zu scheinbar dauerhaften Strukturen wurden.

Vielleicht das beste Beispiel für dieses Phänomen ist die UNRWA, die *United Nations Relief and Works Agency*, die nach dem Krieg von 1948 und dem erzwungenen Exodus von fast einer Million palästinensischer Flüchtlinge geschaffen wurde – wenige Monate vor der Gründung des Flüchtlingshochkommissariats (HCR), dessen Mandat die Palästinenser aufgrund der Existenz des UNRWA, dieser speziellen, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Behörde, nicht einschließt. Anders als der HCR war die UNRWA jedoch als provisorische Einrichtung gedacht, bis zu einer Lösung des Flüchtlingsproblems in Palästina, die man damals für absehbar hielt. Mehr als sechzig Jahre später ist das Flüchtlingsproblem immer noch ungelöst. Die palästinensischen Flüchtlinge konnten bisher weder zurückkehren noch sind sie in den Bevölkerungen der Gastländer aufgegangen. Und die UNRWA existiert immer noch und ist inzwischen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich zum wichtigsten Versorger für etwa 5 Millionen über den Nahen Osten verstreute palästinensische Flüchtlinge geworden.

In vielerlei Hinsicht folgte auch die in den frühen 1960er-Jahren gegründete Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) diesem Muster. Ursprünglich war sie als Dachorganisation der für die Befreiung des Landes kämpfenden politischen und militärischen Gruppierungen geplant. Als dieses Ziel unerreicht blieb und in immer weitere Ferne rückte, bis es Mitte der 1970er-Jahre dramatisch umgeschrieben wurde, entwickelte sie sich immer mehr zu einer umfassenden Institution zur Organisation des Lebens der Palästinenser im Exil, zum Keim eines zukünftigen Staates und dem politischen Orientierungspunkt für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA). Diese ist faktisch zuständig für 22 Prozent des Mandatsgebiets Palästina, die jedoch immer noch unter israelischer Besatzung stehen und durch den ununterbrochenen Ausbau der Siedlungen weiter schrumpfen.

Nicht in diese Kategorie fallen die Ereignisse in Palästina vor dem Ersten Weltkrieg, als das Land noch zum schwächelnden Osmanischen Reich gehörte und von seinen Einwohnern als Teil der Provinz Großsyriens angesehen wurde. Politische Proteste und Unruhen waren Ausdruck von Dynamiken innerhalb der gesamten Region – wie die Entstehung des arabischen Nationalismus, zunächst als kulturelle Renaissance, dann als politische Bewegung, die mit dem Pan-Turkismus der Revolution der Jungtürken von 1908 kollidierte. Bezeichnend ist, dass die schon damals zunehmende Einwanderung europäischer Juden hauptsächlich in die Küstenregionen nicht als echtes Problem gesehen wurde, trotz wiederholter Warnungen von Seiten eines kleineren Teils der politisch-intellektuellen und religiösen (muslimisch wie christlichen) Eliten.

Palästina als politische Einheit ist eine Folge des Zerfalls des Osmanischen Reiches. 1922 wandelte der neugeschaffene Völkerbund die britische militärische Besetzung des Landes um in ein «Mandat», ein Regime, das die Existenz des Landes als eigenständige Einheit anerkannte und es in Übereinstimmung mit dem damals vorherrschenden Wilsonschen Systems der Selbstbestimmung zur Unabhängigkeit führen sollte. Diese Absicht widersprach jedoch der (in der Balfour-Erklärung von 1917 formulierten) offiziellen britischen Politik, die einer «Errichtung einer jüdischen Heimstätte» in demselben Gebiet «wohlwollend» gegenüberstand. Dies äußerte sich in einer organisierten jüdischen Einwanderung und dem grundlegenden Umbau der Gesetzgebung zum Grundbesitz, die es neu registrierten, nicht vor Ort lebenden Grundbesitzern erlaubte, Land an Ausländer und zionistische Organisationen zu verkaufen. Mitte der 1930er-Jahre entlud sich der palästinensische Widerstand gegen diese Politik in einem ernstzunehmenden Aufstand, einem sechsmonatigen Generalstreik, der die «Revolution» von 1936-39 einleitete. Zwei gegensätzliche Strategien, einerseits der Kampf gegen den britischen Kolonialismus, andererseits der Versuch, gemeinsam mit dem Mandat eine antizionistische Allianz zu schmieden, führten jedoch zur Niederlage. Der Zweite Weltkrieg kündigte sich an, mit einer neuen britisch-zionistisch-sowjetischen Allianz, und nach Ende des Krieges empfahlen die neu geschaffenen UN, angelehnt an die Teilungsvorschläge von 1936/37, die Teilung Palästinas in zwei Staaten, einen «arabischen» und einen «jüdischen».

Bis 1948 und der gewaltsamen Entstehung des Staates Israel durch «Blut und Eisen», Krieg und ethnischer Säuberung, zeigte sich die palästinensische Nationalbewegung als gespaltene, aber entschlossene Koalition von Kräften, die der Besatzungsmacht die Unabhängigkeit entreißen wollte. Nach der *Nakba* veränderte sich die gesamte Zusammensetzung des Konflikts dramatisch. Als zwei Drittel des Volkes außerhalb der 78 Prozent des vom neu gegründeten Staat Israel kontrollierten palästinensischen Gebiets lebten, erschien die Nationalbewegung nicht länger als ein Versuch, in einem besetzten Land die Unabhängigkeit zu erlangen, sondern als Hoffnung eines vertriebenen Volkes auf Rückkehr – eine Rückkehr, die damals als unvereinbar mit der Existenz des «zionistischen Gebildes» aufgefasst wurde.

Während der frühen 1950er-Jahre versuchten die Palästinenser, sich in dieser Geografie der Zersplitterung und gesellschaftlichen Entwurzelung neu zu organisieren. Vor der «Katastrophe» (*Nakba*) von 1948 stellten sie 70 Prozent der Bevölkerung des Landes. Danach waren sie, mit Ausnahme einer kleinen Minderheit, der es gelungen war, «sich mit den Fingernägeln an das Land zu klammern», wie einer ihrer Dichter schrieb, als Flüchtlinge versprengt: in den verbliebenen 22 Prozent Palästinas – Ost-Jerusalem, die Westbank, die 1950 vom haschemitischen Königreich Jordanien annektiert wurde, und der unter ägyptischer Militärverwaltung gestellte Gazastreifen – und in den umliegenden Ländern, vor allem Jordanien, dem Libanon und Syrien, aber in kleinerer Zahl auch in Ägypten und im Irak. Von dort setzte sich die Zersplitterung durch Emigration in die Golfstaaten, nach Europa und nach Süd- und Nordamerika fort.

Vor dem Hintergrund des «Kalten Krieges» wuchs in der gesamten Region der arabische Nationalismus, der in mindestens drei Strömungen zum Ausdruck kam. Vorherrschend war zweifelsohne der Nasserismus, basierend auf der Stärke und dem Einfluss Ägyptens. Aber auch die syrische und die irakische Baath-Partei regierten bald die jeweiligen Staaten, in beiden Fällen durch bombastisch als «Revolutionen» titulierte Militärputsche. Der Versuch, Syrien und Ägypten zu vereinen, war 1961 nur von kurzer Dauer. Die dritte Strömung war die «Arabische Nationalistische Bewegung», die sich nach der Niederlage von 1967 als «Marxisten» bezeichneten und später die Macht im Südjemen ergriffen. Aus ihr entstand die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP).

In den frühen 1950er-Jahren hatte es isolierte palästinensische oder kleinere, unorganisierte Gruppierungen gegeben, die verschiedene Formen von «Guerilla»-Aktionen durchführten. Meist überwandene sie die hermetisch abgeriegelten Grenzen des israelischen Staates, zunächst um in die Heimat zurückzukehren, dann um landwirtschaftliche Gerätschaften zu entwenden oder zu zerstören, schließlich um ausgereifte Sabotageakte oder sogar bewaffnete Angriffe durchzuführen, die vom Besatzer natürlich sämtlich als Terrorismus stigmatisiert wurden. Diese Kommandooperationen lösten harte israelische Gegenschläge aus. Nach einem der Angriffe drangen die Israelis 1953 auf jordanisches Territorium vor und eine Spezialeinheit unter Führung von Ariel Scharon tötete Dutzende Zivilisten in der Westbankstadt Kybia. 1954 und 1955 gab es mehrere Vergeltungsschläge gegen den Gazastreifen – darunter auch die Vergiftung von Brunnen. Sie eskalierten immer mehr, bis sie 1956 zum israelisch-französisch-britischen Dreifachangriff gegen Nassers Ägypten führten sowie zur Stärkung der militärischen Allianz Ägyptens mit der Sowjetunion.

1956 war die Besatzung der ägyptischen Sinai-Halbinsel und des Gazastreifens, wo Flüchtlinge aus dem Krieg von 1948 80 Prozent der Bevölkerung ausmachten, ein historischer Wendepunkt für die Palästinenser. In weniger als drei Monaten erlebten sie die demütigende Niederlage des großen ägyptischen Bruders, den Triumph Israels, seine Dominanz und Rücksichtslosigkeit (etwa die kaltblütige Tötung ägyptischer Soldaten und Offiziere in ihren Betten im Militärkrankenhaus von Scharm-el-Scheich), und dann, im Januar 1957, den Rückzug

der israelischen Streitkräfte aufgrund eines sowjetisch-amerikanischen Ultimatums sowie die nachfolgende Hexenjagd gegen die Kollaborateure mit dem Besatzern.

Die offizielle palästinensische Geschichtsschreibung siedelt die Gründung der Fatah- Bewegung an diesem Wendepunkt in Gaza an. Sie verband Einzelpersonlichkeiten, Studentenorganisationen und bewaffnete Gruppierungen aus Ägypten, Jordanien, Syrien, dem Libanon, Kuwait und den anderen Golfstaaten in einem geheimen regionalen Netzwerk politischer und militärischer Aktivisten, die nahezu überall unterdrückt und verboten waren, aber dank der Unterstützung eines beträchtlichen Teils der palästinensischen Geschäftsleute im Exil finanziell unabhängig waren.

Die Gründungsväter der Fatah stammten aus unterschiedlichen politischen Milieus. Einige waren in der syrischen Baath-Partei aktiv gewesen, andere in der Arabischen Nationalistischen Bewegung. Die meisten kamen jedoch aus der ägyptischen Muslimbruderschaft oder der in Jordanien tätigen Islamischen Befreiungspartei. Sie waren jedoch rigoros säkular ausgerichtet. Wie der verstorbene Abu Ijad einmal sagte: «Wir haben diese Bewegung gegründet, als wir spürten, dass wir das Ende des islamischen Wegs erreicht hatten.»

Verschiedene Faktoren führten in der Folge trotz des Prestiges der Fatah und der verbreiteten Anerkennung in der arabischen öffentlichen Meinung zu einer Entfremdung der neuen palästinensischen Bewegung vom Regime Nassers: Die Rolle des ägyptischen Militärregimes bei der Unterdrückung palästinensischer Organisationen in Gaza; der von Nassers Regime ausgeübte Druck gegen Fatah-Kämpfer in Ägypten selbst; sein Zögern, die militärische Initiative gegen «den Feind» zu ergreifen, sowie das Bemühen, die politischen Aktivitäten der Palästinenser zu kontrollieren und Kommandoaktionen zu verhindern. Offiziell sah Nasser zwar in der (arabischen) Einheit die Gelegenheit zur Rückkehr, Priorität hatte für ihn jedoch der Umsturz der konservativen, pro-westlichen Regierungen, die als Hindernisse für die Einheit galten. Die Rückkehr – die Befreiung Palästinas – verschob man, bis diese Einheit erreicht war. Deutlich wurde diese Strategie in der militärischen Beteiligung Ägyptens am Bürgerkrieg im Nordjemen, der zum Sturz des Imam Badr führte. Die Palästinenser orientierten sich unterdessen eher am algerischen Modell, dem Aufstand der Bürger gegen den Kolonialismus der Siedler, ohne auf die regionale Einheit zu warten. Fatah leugnete die organische Verbindung zwischen Einheit und Rückkehr keineswegs, aber sie formulierte sie in eine «Rückkehr als Weg zur Einheit» um.

1963 sah Fatah die Zeit für ein entschlossenes militärisches Handeln gekommen. Man erwartete, dass Kommandoaktionen israelische Vergeltungsschläge provozieren würden, welche wiederum die arabischen Regierungen, insbesondere Ägypten, in einen Krieg zwingen, den die Araber – davon waren die Palästinenser fest überzeugt – gewinnen würden. Dies wiederum würde dann zur Realisierung der Rechte der Palästinenser führen.

Ägypten und die nahezu vollständig unter seinem Einfluss stehende Arabische Liga erkannten sofort die Gefahr für die Stabilität in der Region. So gründete

man in Ost-Jerusalem die PLO mit der mehr oder weniger expliziten Absicht, unabhängige bewaffnete Aktionen der Palästinenser zu kontrollieren und zu verhindern. Ihr erster eingesetzter Führer war Ahmed Schukeiri, ein altgedienter Politiker, der zu verbalen Ausfällen neigte, aber von der Notwendigkeit überzeugt war, «auf die Einheit zu warten», ehe man zu direkten Aktionen übergang. Trotz dieser Einschränkungen bot die neue Dachorganisation den palästinensischen Widerstandsgruppen ein wertvolles institutionelles Instrumentarium, sozusagen den Keim eines zukünftigen Staates. Sie setzte ein Exilparlament ein, den palästinensischen Nationalrat (PNC), der sich aus unabhängigen palästinensischen Persönlichkeiten, Widerstandsorganisationen und «Volksverbänden» (Berufsverbänden und -vertretern) zusammensetzte. Sie wählten ein Exekutivkomitee, einen Zentralrat und zahlreiche Einzelkomitees. Vor allem aber konnte die im Prinzip von den arabischen Staaten unterstützte PLO überall in der Region auf überregionaler Ebene tätig werden.

Die Errichtung der institutionellen Strukturen der PLO brachte noch einen Vorteil mit sich. Dieselben arabischen Regierungen, die in ihren Ländern keine Mehrparteiensysteme zuließen, zwangen das palästinensische Parlament und die Institutionen zu politischem Pluralismus, in der Hoffnung, ihre Interessen durch einflussreiche Vertreter oder Marionettenorganisationen durchsetzen zu können. Die meisten der letzteren wurden in späteren Jahren aus den Institutionen heraus gedrängt, aber das Mehrparteiensystem blieb erhalten und wurde zu einem integralen Bestandteil der politischen Kultur Palästinas – eine Seltenheit in der Region.

So wie das Debakel von 1948 den Niedergang der pro-westlichen arabischen Regime beschleunigt und zu einer Reihe von Militärputschen geführt hatte, offenbarte die Niederlage von 1967 die Schwäche dieser nationalistischen Regierungen und ihre Unfähigkeit zu einer regionalen Einheit. Dies schuf ein politisches und ideologisches Vakuum, das bald von der Diskussion um die palästinensische Befreiung gefüllt wurde. Die moralische und materielle Unterstützung unabhängiger palästinensischer Aktionen wurde zum Ersatz für eigene arabische Initiativen.

1968, nach der Schlacht von Karameh im Jordantal, wo eine kleine israelische Einheit von palästinensischen Kämpfern besiegt wurde, wurde die Fatah, die sich von einer Flüchtlingsvertretung zur Massenbewegung entwickelt hatte, zur dominanten und alles beherrschenden Kraft in der PLO, und ihr bis dahin in der Welt kaum bekannter Führer Jassir Arafat wurde zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees gewählt. Damals änderte man die ursprünglichen Statuten der PLO und schrieb den bewaffneten Kampf als einzige akzeptable Befreiungsstrategie fest.

Das schnelle Wachstum der Organisation in Jordanien und die Verbreitung von Waffen in der palästinensischen Bevölkerung – etwa 70 Prozent der Einwohner Jordaniens, die durch die Annexion von 1950 zu jordanischen Staatsbürgern geworden waren – schufen einen palästinensischen Staat im Staate und stellten eine Gefahr für die haschemitische Herrschaft und die gesamte

Existenz des Königreichs dar. Im August 1970 hatte Ägypten endlich dem von den USA unterstützten Rogers-Plan zugestimmt, der dem sogenannten Zermürbungskrieg entlang des Suezkanals und der aktiven Unterstützung palästinensischer Guerillaaktionen ein Ende setzte. Als der radikale Flügel der PLO, die «marxistische» PFLP, Maschinen internationaler Fluglinien entführte und auf dem Flughafen von Amman in die Luft jagte, begann das jordanische Regime, auf heftiges Drängen seiner amerikanischen Beschützer und Geldgeber, die Kontrolle über das Land zurückzuerobern und die militärische Infrastruktur der Palästinenser zu zerstören. Diese blutige Episode ist als «Schwarzer September» bekannt. 20.000 tote Palästinenser waren das Resultat und die Flucht der verbliebenen Streitkräfte und Institutionen in den Libanon, wo die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft genau das Vakuum bot, das sie füllen konnten. Schon im Januar 1965 hatten die palästinensischen Widerstandsorganisationen mit dem offiziellen Beginn des bewaffneten Kampfes und der sogenannten «Intifada der Lager» die Kontrolle über die Flüchtlingslager im Libanon übernommen. 1969 hatte die Arabische Liga das Kairoer Abkommen verabschiedet, das den Palästinensern das Recht auf eine bewaffnete Selbstverwaltung auf libanesischem Boden zugestand (in völliger Missachtung der libanesischen Souveränität).

Die vorhandenen Strukturen wurden durch den Exodus der Institutionen aus Jordanien nach dem «Schwarzen September» deutlich gestärkt, so dass die PLO zu einem dominierenden politischen und militärischen Akteur auf der libanesischen Bühne wurde, was die libanesischen Institutionen, die auf einem zerbrechlichen und zunehmend anachronistischen konfessionellen Gleichgewicht basierten, weiter schwächte.

Der Krieg von 1973 («Ramadan-Krieg» für die Araber, «Yom-Kippur-Krieg» für die Israelis, international meist «Oktober-Krieg» genannt) war vom ägyptischen Präsidenten Anwar El Sadat zusammen mit Syrien vorbereitet worden, aber auch mit Saudi Arabien, das ein Öl-Embargo gegen mit Israel verbündete Staaten verkündete. Ein Jahr zuvor hatte Sadat alle sowjetischen Militärexperten und Berater aus dem Land geworfen, um den kommenden Krieg aus dem Kontext des Kalten Krieges herauszuhalten und diesen Kampf ausschließlich im amerikanischen Lager zu führen. Eine weitere vorbereitende Maßnahme war, die erstaunte PLO-Führung über die bevorstehende Auseinandersetzung zu informieren. Die Führer der Fatah bliesen die Operation, die sie in Jordanien in Gang gesetzt hatten, daraufhin ab. Ihr Ziel war – in Zusammenarbeit mit jordanischen Persönlichkeiten – eine neue palästinensisch-jordanische Übereinkunft gewesen, selbst zum Preis eines Militärputsches, der einem Sturz der Monarchie gleichgekommen wäre.

Ziel des Oktober-Krieges war es selbstverständlich nicht, Palästina zu befreien, sondern einen Mechanismus in Gang zu setzen, der zu einer Verhandlungslösung auf der Basis der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates führen sollte, die den israelischen Rückzug aus palästinensischen und anderen arabischen Gebieten forderte («Land für Frieden»). Die UN-Resolution 338 forderte die Umsetzung der Resolution 242 und verwies auf eine von den UN organi-

sierte internationale Konferenz als Verhandlungsinstrument. In der Folge des Krieges begann der Countdown für einen ägyptisch-israelischen Frieden: von den Verhandlungen zur Truppenentflechtung am Suezkanal zur ergebnislosen Eröffnung der Genfer Konferenz, die im Januar 1974 von den Israelis boykottiert wurde, bis zu Sadats spektakulärem Besuch in Jerusalem im November 1977, der Unterzeichnung der Vereinbarungen von Camp David im März 1979 und dem israelischen Rückzug aus dem Sinai drei Jahre später. Die 1980 ohne Beteiligung der PLO begonnenen Gespräche über eine palästinensische Autonomie wurden jedoch durch die Ermordung Sadats 1981 unterbrochen und erst ein Jahrzehnt später wieder aufgenommen, diesmal mit der PLO – erst hinter den Kulissen, dann als wesentlichem Akteur.

Die PLO reagierte umgehend auf die Veränderung des diplomatischen Gleichgewichts. Im Juni 1974 verabschiedete sie eine Resolution mit der Zielvorstellung, «eine nationale Autorität in jedem Teil Palästinas zu gründen, der befreit wird oder von dem sich der Feind im Rahmen politischer Einigungen zurückzieht». Dieser Beschluss stellte eine völlige Neufassung der Ziele der Bewegung dar und einen eindeutigen Bruch mit allen bisherigen Chartas, Verfassungen und Resolutionen. Zwar verwarfen die USA und die Israelis sie als einen irrelevanten Plan der Zerstörung Israels in kleinen Schritten, aber radikale, vom irakischen und dem libyschen Regime unterstützte palästinensische Gruppierungen trafen sich in Bagdad, um eine «Ablehnungsfront» gegen das zu gründen, was sie als Verrat ansahen. Gleichzeitig begannen die internationale Gemeinschaft, die UN und Europa, sowie die Länder des Sowjetblocks und die blockfreien Staaten Verhandlungen mit der PLO als vollwertigem Partner. Nach ihrer Anerkennung als «einziger legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes» durch die Arabische Liga wurde der PLO ein Beobachterstatus in der Generalversammlung der UN eingeräumt, ein Status, den sie damals mit dem südafrikanischen ANC und der namibischen SWAPO teilte. Europäische Staatsoberhäupter besuchten die PLO in Beirut, was 1980 in der Erklärung von Venedig gipfelte, die forderte, die PLO bei allen Verhandlungen «als gleichberechtigten Verhandlungspartner» einzubinden.

Die Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats (PNC) von 1972 hatten den Aufruf enthalten, in den 1967 besetzten Gebieten «eine breite patriotische Front aller die Besatzung ablehnenden Kräfte» zu bilden. Der fehlende Bezug zum bewaffneten Widerstand oder zur Befreiung des gesamten historischen Palästinas öffnete die PLO für unbewaffnete Gruppierungen (einschließlich der jordanischen kommunistischen Partei in den besetzten Gebieten) und ermöglichte kurz vor dem Oktober-Krieg die Entstehung der Palästinensischen Nationalen Front (PNF), die bei den Kommunalwahlen in der Westbank 1976 mit ihrer klaren «Zwei-Staaten-Lösung» einen erdrutschartigen Sieg errang.

Diese Entwicklungen wurden jedoch konterkariert durch das Eingreifen der Organisation im libanesischen Bürgerkrieg, als rechte libanesische Milizen die palästinensischen bewaffneten Truppen aus dem Libanon zu vertreiben suchten, um deren Einmischung zu unterbinden. Im März 1978 marschierte

Israel nach einer Kommandoaktion an der Autobahn Haifa-Tel Aviv im Südlibanon ein und richtete dort mit Hilfe libanesischer Kollaborateure und Söldner eine militärische Schutzzone ein. Im Mai 1981 wurde nach einer Serie israelischer Luftangriffe auf Beirut ein Waffenstillstand unter US-amerikanischer Schirmherrschaft geschlossen, der den Anfang des Dialogs zwischen den USA und der PLO markiert. Dieser fortgesetzte diplomatische Erfolg der PLO, der ihre Kontrolle über die besetzten Gebiete verstärkte, überzeugte die israelische Regierung Begin/Scharon von der Notwendigkeit, in den Libanon einzumarschieren und mit Hilfe ihrer Verbündeten vor Ort die PLO zu zerstören. Dies geschah im Juni 1982. Die israelischen Streitkräfte erreichten Beirut in wenigen Tagen und belagerten es volle drei Monate. Sie töteten Tausende Palästinenser und Libanesen, die meisten davon Zivilisten, ohne ihr Ziel zu erreichen. Mitte August koordinierte die Führung der PLO mit der amerikanischen und französischen Regierung den Abzug ihrer Streitkräfte aus der libanesischen Hauptstadt, um ihre «progressiv-islamischen» libanesischen Alliierten zu verschonen. In den ersten Septembertagen zogen einige Streitkräfte über die Straße nach Damaskus, während die meisten PLO-Truppen über das Meer evakuiert wurden, in erster Linie in nordafrikanische Länder. Jassir Arafat und die gesamte Führung der PLO ließen sich in Tunesien nieder, wo sie eine große internationale Anerkennung genossen. Wie Claude Cheysson, der Außenminister Mitterands, es formulierte, «sollte der militärische Rückzug der PLO durch politischen Fortschritt kompensiert werden.»

Nach dem Abzug der PLO nutzte die israelische Regierung die Abwesenheit jeglichen organisierten militärischen Widerstands, um das Massaker ihrer libanesischen Protégés an 3.000 Frauen, Kindern und alten Menschen in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila in den südlichen Vorstädten Beiruts zu ermöglichen. Es galt als Reaktion auf die mysteriöse Ermordung des libanesischen Präsidenten Baschir Gemayel, nach dem dieser wenige Tage zuvor eine Übereinkunft mit dem saudischen Königshaus getroffen hatte, sich aus den Vereinbarungen mit Israel vom 17. Mai zu lösen.

Der im Februar 1983 in Algier abgehaltene PNC bekräftigte die friedliche Ausrichtung der PLO. Ihm folgte jedoch eine Serie negativer Ereignisse und interner Krisen, welche die Organisation wieder einmal zwingen zu reagieren, statt sich vorwärts zu bewegen. Im April 1983 wurde Issam Sartawi in Portugal von der vom irakischen Regime unterstützten Gruppe «Abu Nidal» ermordet. Er war von der PLO mit geheimen Kontakten zu den Israelis beauftragt. Wenige Tage später inszenierten einige von Syrien unterstützte Fatah-Kämpfer, die im von Syrien kontrollierten Teil des Libanon geblieben waren, einen Militärputsch innerhalb der Fatah. Sie beschuldigten die Führung im Allgemeinen und Jassir Arafat im Besonderen des Verrats, der Inkompetenz und der Korruption sowie einer fehlenden demokratischen Gesinnung. Letzteres war eine recht paradoxe Beschuldigung angesichts der autoritären, militaristischen Einstellung der Putschisten selbst, sowohl vor ihrem Versuch, die Bewegung mit politischer und logistischer Unterstützung des syrischen Regimes zu übernehmen, als

auch danach. Dies führte zu einer tiefen Krise in den syrisch-palästinensischen Beziehungen. Sie gipfelte ein Jahr nach dem Abzug aus Beirut in der Belagerung von Tripolis im Nordlibanon, wo Arafat 4.500 Kämpfer versammelt hatte. Belagert wurden die Palästinenser in den beiden Flüchtlingslagern außerhalb Tripolis, Nahr el Bared und Baddawi, und natürlich die gesamte Zivilbevölkerung der Stadt. Lokaler Verbündeter der Fatah war die «Partei der islamischen Einheit», eine bewaffnete sunnitische Gruppierung, welche die von den Syrern oder Irakern unterstützten Milizen aus der Stadt vertrieben hatte. Die Belagerer waren eine Koalition verschiedener Kräfte: palästinensische Dissidenten unter den früheren Fatah-Kommandeuren Abu Musa und Abu Khaled el Amaleh, Ahmed Jibrils «Generalkommando» sowie syrische und libysche Truppen. Die israelische Marine kontrollierte das Meer und die rechten libanesischen Milizen die südlichen und östlichen Vororte der Stadt. Die Belagerung endete mit einem erneuten Abzug der Palästinenser – wieder über das Meer und wieder unter französischem Schutz. Die Kämpfer wurden zu den verschiedenen Militärbasen – vom Jemen bis Marokko und von Kuwait bis Libyen – geleitet, die bereit waren, sie aufzunehmen.

Obwohl der Zusammenstoß zwischen Arafat und dem syrischen Regime die PLO offiziell nicht betraf, paralyisierte er sie. Die beiden «marxistischen» Organisationen arabisch-nationalistischer Herkunft, die PFLP und die DFLP, hatten einen mehr oder weniger neutralen Standpunkt bezogen. Sie verbündeten sich mit pro-syrischen und pro-libyschen Gruppierungen und trugen letztlich zum syrischen Versuch bei, die palästinensische Politik zu kontrollieren. 1985 war es dann die schiitische Bewegung «Amal» unter der Führung von Nabib Berri, die mit Unterstützung der syrischen Streitkräfte eine neue Offensive gegen die Palästinenser im Libanon begann. Die Belagerung der Lager – bekannt als «Krieg der Lager» – dauerte fast zwei Jahre, bis die Arabische Liga ihr ein Ende setzte und 1987 auf dem PNC in Algier den Weg für eine neue nationale Einheit freimachte.

Unterdessen hatte Israel als Vergeltung für einen palästinensischen Anschlag auf ein israelisches Schiff im Hafen von Larnaka (Zypern) das Hauptquartier der PLO in Tunis bombardiert und 72 Menschen getötet, darunter viele tunesische Zivilisten. Dann kidnappte eine Splittergruppe innerhalb einer kleinen, vom Irak unterstützten Organisation (Abu'l Abbas FLP) ein italienisches Schiff, die *Achille Lauro*, auf hoher See und tötete einen amerikanischen Staatsbürger. Die PLO-Führung vermittelte die Aufgabe des Kommandos und kündigte an, dessen Mitglieder würden vor ein palästinensisches Militärgericht in Tunis gestellt. Letztendlich landeten sie in italienischen Gefängnissen. Bei dieser Gelegenheit verdamnte Jassir Arafat am 5. Dezember 1985 jede Form des Terrorismus in Form von Angriffen auf Zivilisten.

Ende 1987 brach die Intifada, der Volksaufstand in den besetzten Gebieten, aus. Am dritten Tag traf das Exekutivkomitee der PLO die historische Entscheidung, den Einsatz von Schusswaffen während des Aufstands zu verbieten und damit das Ausmaß der Gewalt auf das Werfen von Steinen zu beschränken. Man

errichtete eine kollektive Führung unter Einbeziehung der Fraktionen der PLO, aber auch der Kommunisten und der Islamisten. Damals änderte die Muslimbruderschaft im Gazastreifen – bis dahin die treibende konservative Kraft hinter zahlreichen Wohlfahrtsorganisationen, die von der Toleranz der Besatzer profitierte – ihren Namen in Islamische Widerstandsbewegung (Hamas). Stolz erklärte die Führung der Intifada ihre PLO-Identität und drückte ihre Verbundenheit mit der PLO-Führung im Exil aus, während sie klar und eindeutig die Zwei-Staaten-Lösung anstrebte. Im April 1988 landete ein israelisches Kommando in Tunis und ermordete Khalil El Wazir, «Abu Jihad», – ein vergeblicher Versuch, die Intifada ihrer Führung zu berauben. Dies schuf ein neues moralisches Machtgleichgewicht zugunsten der materiell schwächeren Seite. Im August 1988 erklärte König Hussein von Jordanien den Verzicht aller Ansprüche auf die Westbank, um die Gründung eines palästinensischen Staates zu erleichtern, und am 15. November 1988 verabschiedete der PNC in Algier einstimmig die Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina, die auf den Teilungsplan von 1947 als einen Beleg für seine Rechtmäßigkeit verwies. Außerdem stimmte man mit überwältigender Mehrheit für eine politische Resolution auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338. Damit war die seit 1974 unterschwellig vorhandene Anerkennung Israels offiziell geworden.

Der PNC von 1988 hatte beträchtliche Auswirkungen. 131 Länder erkannten Palästina als Staat an und erlaubten die Öffnung vollwertiger palästinensischer Botschaften. Palästina ersetzte die PLO als Beobachter bei den UN, und die US-Regierung begann über ihren Botschafter in Tunis einen offiziellen Dialog mit der PLO, der anderthalb Jahre später, nach einem Angriff von Abu'l Abbas' FLP auf Zivilisten am Nizzanin-Strand in Südisrael unterbrochen wurde. Es gab mehrere inoffizielle israelisch-palästinensische Begegnungen, und der Countdown für den Beginn von Verhandlungen lief.

Iraks Invasion und Besetzung von Kuwait im August 1990 und die militärische Einkreisung des Irak stürzten die PLO in eine tiefe Krise. Arafats Vermittlungsversuche zwischen den Kuwaitis und dem irakischen Regime widersprachen dem US-amerikanischen und ägyptisch-saudischen Beharren auf einer eindeutigen Stellungnahme gegen den Irak. Die damalige Haltung der PLO wurde daraufhin stark verzerrt und als Unterstützung der irakischen Besetzung Kuwaits dargestellt. Von der Arabischen Liga fünfzehn Jahre zuvor festgelegte Fördermittel wurden nahezu vollständig gestoppt, und eine halbe Million Palästinenser mussten aus den Emiraten fliehen, die meisten von ihnen nach Jordanien. Die PLO hatte Palästinensern untersagt, sich während der Besetzung Kuwaits den pro-irakischen Milizen anzuschließen. Nach der Befreiung durch die Truppen der von den USA geführten Koalition waren diejenigen, die geblieben waren, der Rache der Befreiten ausgeliefert und folgten ihren Vorgängern auf dem Weg in ein erneutes Exil. Die einst so wohlhabende palästinensische Gemeinde in Kuwait, die die palästinensische Wirtschaft stark unterstützt hatte, musste erneut fliehen, wurde abhängig von internationaler Hilfe und familiären Verbindungen in anderen Ländern der Region.

Dabei darf man den Kontext nicht außer Acht lassen: Das Ende des Kalten Krieges, der Zerfall des Warschauer Pakts und das letzte Jahr der Regierung Gorbatschows. Nach dem Waffenstillstand im Irak am 2. März 1991 starteten George Bush Sr. und Mikhail Gorbatschow einen Aufruf zur Lösung des israelisch-palästinensischen und israelisch-arabischen Konflikts. Sie begannen mit einer Serie von Kontaktaufnahmen und Gesprächen mit den verschiedenen Protagonisten, darunter auch Persönlichkeiten aus der Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem, die aus ihrer Loyalität zur PLO als alleiniger Vertreterin kein Geheimnis machten. All dies führte Ende Oktober 1991 zur Madrider Friedenskonferenz unter US-amerikanischer Schirmherrschaft, die den Beginn dessen markierte, was allgemein als Nahost-Friedensprozess bekannt ist.

Zwar war die PLO auf dringenden Wunsch der israelischen Regierung offiziell vom Verhandlungstisch ausgeschlossen, sie dirigierte den gesamten Prozess jedoch von ihrem Hauptquartier in Tunis aus. Mit der Öffnung der Oslo-Verbindung in Washington, nach den Madrider Verhandlungen, ergriff sie dann die Initiative. Im September 1993 ist es die PLO, die vom israelischen Premierminister Yitzhak Rabin in einem Brief an den norwegischen Außenminister als Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt wird, und die PLO unterzeichnet auch die sogenannten Oslo-Abkommen, deren voller Name «Gemeinsame israelisch-palästinensische Prinzipienerklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung» ist, sowie alle weiteren Vereinbarungen, vom Pariser Protokoll 1994 über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel bis zum Wye-Abkommen 1998. Darüber hinaus ist die israelische Regierung stets darauf bedacht, der «selbst ernannten» Palästinensischen Autonomiebehörde keinerlei Souveränität zuzugestehen und besteht bis heute darauf, nur die PLO dürfe internationale Vereinbarungen und Konventionen unterzeichnen. Die für Verhandlungen zuständige palästinensische Institution ist die Verhandlungsabteilung der PLO, und die PLO bleibt die gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde höher gestellte Institution. Während die Autonomiebehörde lediglich die Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten regiert und vertritt, vertritt die PLO auch weiterhin das gesamte palästinensische Volk.

Reform der PLO

Viel ist in den letzten Jahren über eine Reform der PLO gesagt und geschrieben worden; über die Notwendigkeit, eine Institution zu reformieren, die vor mehr als einem halben Jahrhundert gegründet wurde, ohne dass sich ihre Strukturen seither geändert hätten. Unabhängig davon, wann diese Aufgabe in Angriff genommen wird – die größte Herausforderung bei den Prozessen, politischen Inhalten, Programmen und Strategien liegt darin, die neuen politischen Kräfte einzubinden, insbesondere die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas).

Mit 44 Prozent der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von fast 63 Prozent) siegte Hamas in den Wahlen von 2006. Der gerade als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Arafat gewählte Präsident der Autonomiebehörde, Mahmud

Abbas, erkannte die Niederlage seiner eigenen Partei, der Fatah, sofort an und beauftragte Hamas umgehend mit der Regierungsbildung. Der Boykott der USA und der EU gegen jede Regierung, der die Hamas angehört, verhinderte das Zustandekommen dieser Regierung. Gleichzeitig verhinderte die Besatzungsmacht die Arbeit des Legislativrats, indem sie etwa 60 seiner Abgeordneten und ein Dutzend Minister festnahmen und die Parlamentarier aus dem Gazastreifen daran hinderten, zu den Sitzungen des Rats in der Westbank zu gelangen. Im Sommer 2007 ergriff Hamas einseitig die Macht im gesamten Gazastreifen und schuf so eine nie dagewesene geografische und institutionelle Trennung, die durch die vollständige Belagerung des Gazastreifens durch die Israelis noch verschärft wurde. Seitdem wird über eine Einigung zwischen Fatah und Hamas verhandelt, um eine Regierung der Nationalen Einheit zu errichten, die den Gazastreifen und die Westbank wieder unter einer Rechtsprechung vereinen würde sowie freie und faire, international überwachte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen organisieren könnte. Bis heute ohne Erfolg. Die Einigung, die auf dem Papier so gut wie fertig ist, wurde trotz der Flexibilität der PLO in der letzten Zeit noch nicht erreicht. Sie hängt von einer Änderung der Haltung der internationalen Gemeinschaft ab, insbesondere der EU. Tatsächlich wäre die Bereitschaft der Europäer, eine Regierung der Nationalen Einheit anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln, ein großer Anreiz für die Hamas, sich zu bewegen, wenn sie sich nicht dem Druck der Menschen vor Ort ausgesetzt sehen will, die Gelegenheit zur Überwindung der derzeitigen humanitären Krise auszuschlagen. Was die Gründe für die Spaltung angeht, liegen die Positionen der beiden rivalisierenden Bewegungen, abgesehen von verfahrenstechnischen Aspekten, inzwischen recht nahe beieinander. Seit zwei Jahren hat Hamas nicht nur ihre bewaffneten Operationen in einem «langfristigen Waffenstillstand» eingestellt, sondern auch systematisch und entschlossen bewaffnete Aktivitäten kleiner Gruppierungen wie dem Islamischen Jihad und anderen unterdrückt. Darüber hinaus hat sie sich bereit erklärt, ihre Forderung nach einer Einbindung des Gebiets des historischen Palästinas aufzugeben, wenn das palästinensische Volk in einem Referendum ein Abkommen mit Israel unterstützen würde. Die Fatah, Repräsentantin der Autonomiebehörde, der Exekutivgewalt über die Westbank und in den Augen der internationalen Gemeinschaft weiterhin die Vertreterin der Palästinenser, ist im Gegenzug damit einverstanden, Hamas eine ihrem Stimmanteil angemessene Rolle in allen Institutionen zu geben, einschließlich der Regierung selbst.

Durch den vorhersehbaren Ausfall der ägyptischen Vermittlung infolge der ägyptischen Revolution im Frühling 2011 könnte der nach Palästina zurückgekehrte Dialog zwischen Hamas und Fatah, jetzt ohne Vermittler und Mediatoren, den Weg zu einer politischen Einigung frei machen, welche die Abhaltung von Wahlen ermöglichen und einen glaubwürdigen palästinensischen Verhandlungspartner schaffen würde.

Solange fünf Millionen palästinensische Flüchtlinge Palästina nicht betreten dürfen, muss die PLO weiter existieren, und sei es nur um ihre Rechte aufrechtzu-

erhalten. Zwar ist der Präsident der Autonomiebehörde wie sein Vorgänger auch der Vorsitzende der Fatah und des PLO-Exekutivkomitees. Diese Verschmelzung der drei Ämter ist sicherlich einer der Gründe für eine Reform. Aber nur die PLO garantiert ein erneutes Mandat der palästinensischen Diaspora für Verhandlungen über eine «gerechte und realistische» Lösung des Flüchtlingsproblems, das den Kern dieses hundert Jahre alten Konflikts darstellt.

«Gerechter Krieg» und Pazifismus in der islamischen Welt

Das Beispiel Palästina

Vor allem die Existenz des islamistischen Terrorismus lässt nach dem Verhältnis des Islam zur Gewalt fragen. Besteht in der islamischen Welt eine im Vergleich zur christlich-abendländischen Welt kulturell und religiös stärker ausgeprägte Gewaltneigung? Diese auf den ersten Blick plausible Annahme erweist sich bei näherer Betrachtung als nicht haltbar. Ein Vergleich westlich-christlicher und östlich-islamischer Denktraditionen weist sogar auf erstaunliche Parallelen des Gewaltbegriffs hin.

In beiden Sphären prägt die Idee des «gerechten Krieges» und der «gerechten Gewalt» den Mainstream der Theologie und der Denktraditionen, während sowohl Extremismus als auch Pazifismus Minderheitenmeinungen geblieben sind, die allerdings in der politischen Entwicklung für bedeutsame Ereignisse des gewaltfreien Widerstandes stehen. Der bislang fast durchgehend verweigerter Vergleich der religiösen und politischen Kulturen zeigt, dass Unterschiede zwischen dem Islam und dem Westen eher in der Form der ideologischen Begründungen und der Traditionen als in deren kultureller Substanz begründet liegen.

Die Theorie wie auch die Praxis des gewaltfreien Widerstandes in der islamischen Welt steht dabei in engem Zusammenhang mit jeweiligen, in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlichen strukturellen, d.h. vor allem politischen und militärischen Rahmenbedingungen. Am Fallbeispiel der jüngeren Geschichte der palästinensischen Autonomiegebiete lässt sich zeigen, dass auch dort, wo Ansätze zur gewaltfreien Lösung bei religiös und säkular orientierten Widerstandskräften vorhanden waren, diese – zumindest in der Wahrnehmung der Beteiligten – letztlich an der umfassenden Repression eines israelischen Siedlerkolonialismus und an der internen Unfähigkeit zur Einigung auf eine gewaltfreie Strategie gescheitert sind.

Der vorliegende Beitrag führt in einige Grundlagen des islamischen theologischen Verhältnisses zur Gewalt ein und reflektiert die Frage, warum gewaltfreier Widerstand, der bei der Entkolonialisierung Indiens so erfolgreich praktiziert worden ist, in Palästina bislang versagt hat.

Die Lehre vom «gerechten Krieg» – kein Krieg ist heilig

Das Verhältnis von Religion und politischer Gewalt wird nur in einer minoritären Richtung des Islam so gedeutet, dass sich die entsprechenden Interpretationen als Grundlage für terroristische Akte eignen. In der islamischen Tradition lassen sich drei Strömungen einer politischen Gewalttheorie ausmachen.¹ Am bedeutendsten ist die Theorie des gerechten Krieges, wonach Gewalt nur defensiv und im Falle eines Angriffs von außen erlaubt ist. Daneben existieren die kleineren Denkströmungen des offensiven und totalen Krieges (Dschihadismus) und des islamischen Pazifismus, auf den später einzugehen sein wird.

Gemäß der moderaten Lesart, die heute die meisten Gelehrten vertreten², ist Krieg im Islam nur erlaubt, wenn die Intentionen und die Abwägung der Verhältnismäßigkeit der Mittel keinen anderen Weg erlauben, also etwa zur Befreiung von Muslimen gegen Aggressoren. Auch im Krieg soll Gewalt verhältnismäßig eingesetzt werden, und Zivilisten dürfen nicht das Ziel des Angriffs sein. Kernpunkt dieser Ansicht ist, dass das sogenannte «Haus des Islam» (*Dar al-Islam*), also das Territorium mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, zwar gewaltsam verteidigt, aber nicht gewaltsam erweitert werden darf. Kriege um der Mission und Konversion willen dürfen nicht geführt werden.

Vor allem die bei extremistischen Islamisten beliebten Denker Sayyid Qutb und Sayyid Abul Ala Maududi haben einen offensiven «heiligen Krieg» propagiert.³ Das *Dar al-Islam* steht demnach in ständigem Krieg mit dem *Dar al-Kufr*, mit dem Territorium der «Ungläubigen». Frieden wird erst im Jenseits gewährt. Historische Bezüge lassen sich zum Beispiel zu den Kalifen herstellen, die als Nachfolger Mohammeds das arabische Territorium aktiv erweitert haben und damit die islamische imperiale Phase einleiteten. Heute ist diese Auslegung einer kleinen terroristischen Minderheit vorbehalten, die als «dschihadistisch» bezeichnet wird.⁴

Die Existenz einer moderaten, defensiven wie einer radikalen, offensiven theologischen Begründung politischer Gewalt stimmt mit der christlichen Tradition überein, auch wenn deren historische Konjunkturen oft zeitversetzt waren. Vilho Harle: «Der Islam ist wegen des Konzepts des Dschihad, üblicherweise übersetzt mit heiliger Krieg, vielfach als eine gewaltsame Doktrin betrachtet worden. Dies ist unzutreffend: Gemäß dem klassischen Islam ist keine menschliche Aktivität heilig, und dies gilt ganz besonders für den Krieg. Es steht auf einem anderen Blatt, dass der Islam, ganz wie der Zoroastrismus, das Judentum

- 1 Clinton Bennett (2005), *Muslims and Modernity. An Introduction to the Issues and Debates*, London/New York: Continuum 2005, S. 198 ff.
- 2 Mohammed Abu-Nimer, *Nonviolence and Peace Building in Islam. Theory and Practice*, Gainesville u.a.: University of Florida Press 2003, S. 26 ff., 35; Bennett (2005), S. 219 ff.
- 3 Bennett (2005), S. 198 ff.
- 4 «*Understanding Islamism*», International Crisis Group, Middle East/North Africa Report, Nr. 37, 2. März 2005, <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/North%20Africa/Understanding%20Islamism.ashx>

und das Christentum, Menschen dazu bewegt hat, im Namen der Religion und im Auftrag Gottes Kriege zu führen – für das Gute und gegen das Böse. (...) Die religiöse Doktrin als solche aber beinhaltet nicht mehr Gewalt als die des Christentums».⁵

In der Geschichte hat es immer wieder das Bild des christlichen Märtyrers gegeben.⁶ Für den christlichen Krieger war allerdings nicht Jesus Christus das Vorbild, da er mit der traditionellen christlich-jüdischen Figur des kriegesischen Messias, der die Welt reinigt und sie dem richtigen Glauben zuführt, gebrochen hatte. In den Jahrhunderten nach dem Tod Christi entwickelte sich die Märtyrer-Figur des Christentums immer stärker vom leidenden und pazifistischen Märtyrer zum christlichen Krieger-Märtyrer, etwa in der legendären Figur des Heiligen Georg aus Lydda/Palästina, die im 4. Jahrhundert entstand. Georg wurde später von Richard Löwenherz zum Schutzherrn seines Kreuzzugs erkoren. Muslime und Christen haben über Jahrhunderte nahezu identische Vorstellungen vom gerechten Krieg entwickelt. Wichtig waren hierbei im Christentum etwa die Lehren des Heiligen Augustinus oder die frühmittelalterliche Theologie des französischen Klosters Cluny, deren Abt Odo (926-44) argumentierte, man könne Kriege für gute Motive, also «heilige Kriege», führen.⁷ Diese Vorstellung wurde während der Kreuzzüge offensiv-radikal, während der Angriffe islamischer Staaten aber auch defensiv-moderat gedeutet, und sie lebt auch heute noch in der Sprachgebung solcher Evangelisten wie Billy Graham fort, dessen Reden deutliche Spuren der heiligen Kriegslehre aufweisen. Glaube, so Graham, sei permanenter Krieg, Krieg gegen die Sünder und die Sünde.⁸ Im Westen ist die offensive Reinigungsmetapher zum Teil auch bei Sekten wie *Scientology* sehr beliebt, bekannt geworden etwa im Januar 2008, als der amerikanische Schauspieler Tom Cruise, ein hohes Mitglied der Sekte, in einem später veröffentlichten internen Video zur Reinigung der Welt aufrief.

Der christliche Protestantismus hat in den letzten einhundert Jahren zahlreiche Begründungsmuster entwickelt, die einen moralischen Einsatz von Gewalt rechtfertigen und «gerechte Kriege» möglich erscheinen lassen. Der berühmte amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr bereitete mit seiner Lehre vom ethischen Perfektionismus im Umgang mit Gewalt den moralphilosophischen Grund für den amerikanischen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg.⁹ Der Mensch, so Niebuhr, sei im Grunde sündhaft, und Gewalt sei dem Leben immanent. Es komme darauf an, im Umgang mit der Gewalt ein ziviles Maß

- 5 Vilho Harle, *The Enemy with a Thousand Faces. The Tradition of the Other in Western Political Thought and History*, Westport/London: Praeger 2000, S. 75, 77, Übersetzung des Autors.
- 6 Charles T. Davis III, *The Qur'an, Muhammad, and the Jihad in Context*, in: J. Harold Ellens (Hrsg.), *The Destructive Power of Religion. Violence in Judaism, Christianity, and Islam*, Westport/London: Praeger 2004, S. 233-254.
- 7 Davis III (2004), S. 251.
- 8 Davis III (2004), S. 244.
- 9 James F. Childless, Reinhold Niebuhr's Critique of Pacifism, in: *The Review of Politics* 4/1974, S. 467-491.

zu entwickeln, nicht aber, wie in der pazifistischen Leugnung jeglicher Gewalt, soziale Verantwortung abzulehnen. «Notwendigkeit» (*necessity*) und «Verantwortung» (*responsibility*) waren für Niebuhr die zentralen Maßstäbe, an denen die Anwendung von Gewalt auszurichten war.

Doktrinäre Fortschritte erzielte etwa die protestantische Kirche dann nach dem Zweiten Weltkrieg, als immer mehr Interpreten unter dem Eindruck der entwickelten Atom- und Massenvernichtungswaffen eine pazifistische Wendung forderten und den «gerechten Krieg» nicht mehr für durchführbar hielten.¹⁰ Dass diese Interpretation jedoch nicht die gesamte christliche Weltkirche in gleicher Weise erfasst hat, sondern immer wieder auch «gerechte Kriege» kirchlicherseits propagiert werden können, zeigte sich etwa am 17. Februar 2008, als die orthodoxe Kirche in Belgrad die Regierung anlässlich der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zur Mobilisierung der Armee und zur Besetzung der ehemaligen serbischen Republik aufforderte. Diese Beispiele zeigen bereits, dass weder das Christentum noch der Islam mit einer offensiven und radikalen Deutung von Gewalt vollständig abgeschlossen haben.

Gewaltfreier islamischer Widerstand – im Westen ignoriert

Der Pazifismus ist in Europa und Nordamerika eine verbreitete Weltanschauung, in der verschiedene humanistische und christliche Begründungen zu einer grundsätzlichen Ablehnung von Krieg und Gewalt führen. In den USA ist vor allem der Quietismus-Pazifismus der Quäker und der *Amish-People* ein Begriff. Wesentliche Einflüsse gingen aber auch von der Aufklärung aus, von Kants «ewigem Frieden» und der sich entwickelnden Menschenrechtsphilosophie. Moderne Friedensbewegungen haben sich in westlichen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder gebildet, vor allem gegen den Krieg in Vietnam, die Golfkriege oder die Aufrüstungsbestrebungen während des Kalten Krieges. Pazifismus und Friedensbewegungen sind allerdings nicht identisch. Letztere sind relativ kurzfristige soziale Bewegungen, die Menschen unterschiedlicher Motivation vereinen, von denen die wenigsten konsequente Pazifisten sind, wofür etwa der Zerfall der amerikanischen Friedensbewegung vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg steht.

Eine mit dem Pazifismus verwandte Strömung stellt der gewaltfreie Widerstand dar. Sowohl in Europa als auch in Nordamerika haben sich Bewegungen entwickelt, die der Ansicht sind, dass der gesellschaftliche Frieden nicht allein durch die Abwesenheit von Kriegen geschaffen werden kann.¹¹ In den USA wurde vor allem Martin Luther King mit seiner Philosophie des gewaltlosen Widerstandes gegen die Rassendiskriminierung berühmt. In jüngeren Jahren vereinen zum Beispiel die Umwelt- oder auch die Anti-Globalisierungsbewegungen unter-

¹⁰ Martin Honecker, Grundriss der Sozialethik, Berlin: de Gruyter 1995, S. 416 ff.

¹¹ Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Frankfurt: Waldkircher 1978.

schiedliche Formen des gewaltfreien Widerstandes, wobei vor allem symbolische Aktionen einen moralischen Vorteil verschaffen sollen.¹²

Es wäre trotz entsprechender starker Traditionen dennoch falsch, anzunehmen, dass Pazifismus oder gewaltfreier Widerstand im Westen akzeptierte Mehrheitskulturen seien. Der konservative deutsche Bundestagsabgeordnete Heiner Geißler ging 1983 sogar so weit, den Pazifismus für Auschwitz verantwortlich zu machen. Diese Äußerung macht in überspitzter Form deutlich, dass eine prinzipielle Ablehnung von Gewalt und Krieg von einer Mehrheit in westlichen Gesellschaften als soziale Verantwortungslosigkeit betrachtet wird – eine Position, die in völliger Übereinstimmung mit der gerechten Kriegslehre von Theologen wie Reinhold Niebuhr steht (s.o.). Die zivilisierte Gewalt, nicht aber die völlige Ablehnung von Gewalt, prägt den zeitgenössischen Westen etwa im System der kollektiven militärischen Sicherheit der NATO und militärischer Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen. Zwar wird an dieser herrschenden Lehre vonseiten der Pazifisten immer wieder kritisiert, sie erhalte den Teufelskreis von Krieg und Gewalt aufrecht. Dennoch bleibt die Vorstellung von der ethischen, angemessenen und gerechten Gewalt die primäre, der Pazifismus hingegen die sekundäre Kultur des Westens, die allenfalls von Minderheiten vertreten wird.

Mark LeVine war einer der Ersten, die darauf hingewiesen haben, dass pazifistische und gewaltfreie Denkströmungen und Strategien des Islam im Westen nahezu völlig ignoriert werden. In der westlichen Welt herrscht eine selektive Wahrnehmung vor, die den Islam vor allem auf Terrorismus und alle möglichen Formen der Gewaltausübung reduziert, während umgekehrt der Buddhismus und Hinduismus von vielen als «Friedensreligionen» verortet werden. Die selektive Festlegung des Islam auf Gewaltaspekte hat dazu geführt, dass der Versuch, Islam und Pazifismus in Einklang zu bringen, für viele Kritiker einer Quadratur des Kreises gleichkommt. Theologisch scheinen unüberwindbare Probleme zu bestehen, da der Koran Gewalt und Krieg, wenn auch unter bestimmten Bedingungen, rechtfertigt und vor allem, weil der Prophet Mohammed selbst Kriege führte. Während christliche Kriegsbegründungen stets sehr aufwändig sind, da sie der pazifistischen Botschaft von Jesus Christus zu widersprechen scheinen, könnte man meinen, dass Krieg und Gewalt dem Grundcharakter des Islam widerspruchsfrei und vollständig entsprechen. Dennoch hat sich ein islamischer Pazifismus entwickeln können, wobei Christentum und Islam spiegelbildliche Methoden der Exegese hervorgebracht haben. Das Christentum hat über Jahrhunderte, und zum Teil bis heute, die radikale Friedensbotschaft von Jesus Christus, die er nicht zuletzt in der Bergpredigt formuliert hat, in der praktischen Theologie durch Kriegsrechtfertigungen konterkariert. Im Islam ist die Lehre vom gerechten Krieg zwar tatsächlich die Hauptbotschaft des Korans, während

¹² Mark LeVine, *Why They Don't Hate Us. Lifting the Veil on the Axis of Evil*, Oxford: Oneworld 2005, S. 246 ff.

pazifistische Lehren am Rande existieren.¹³ Allerdings berufen sich islamische Pazifisten auf die frühe Periode des Propheten Mohammed, in der dieser immer wieder trotz Verfolgung seinen Anhängern Gewaltausübung verbot, und zwar auch in Fällen der Selbstverteidigung. Die Person des Propheten Mohammed wird von den unterschiedlichen Richtungen vereinnahmt: Den Pazifisten gilt dieser ebenso als Vorbild wie den Terroristen (s.o.). Die Gruppen beziehen sich auf unterschiedliche Taten und Perioden seines Lebens. Der Missachtung der pazifistischen Schrift (Bibel) durch die christliche Kriegslehre entspricht also eine Relativierung der Lehre des gerechten Krieges im Koran durch die muslimischen Pazifisten unter Rückgriff auf *bestimmte* islamische Traditionsschriften der *Hadith* (Taten Mohammeds). Durch diesen epistemologischen Kunstgriff besteht durchaus die Möglichkeit, einen islamischen pazifistischen Traditionsbezug herzustellen. In einzelnen Fällen gelingt heute sogar bereits eine entsprechende Neudeutung des Korans selbst.

Das Bild des leidenden und verfolgten Propheten Mohammed hat sich im Sufismus wie auch in der *Ahmadiyya*-Bewegung verfestigt. Beide Richtungen stellen starke volksislamische Strömungen dar, die innere Askese und Reinigung durch Leidensfähigkeit predigen und sich vom Dschihad-Begriff als Metapher für den physischen Kriegskonflikt getrennt haben.¹⁴ Der moderne Reformislam hat diese Impulse aufgenommen und zur Herausbildung eines intellektuellen Pazifismus beigetragen. Maulana Wahiduddin Khan begründet die Überlegenheit des gewaltfreien Widerstandes mit den ersten Jahren des Wirkens des Propheten Mohammed in Mekka, als dieser Gewaltfreiheit und friedliche Mission (*dawa*) predigte.¹⁵ Zeki Saritoprak beruft sich unter Hinweis auf die türkischen Reformdenker Said Nursi und Fetullah Gülen ebenfalls auf das Vorbild Mohammeds.¹⁶

Eine außergewöhnlich elegante Argumentation ist die von Chaiwat Satha-Anand, da sie sich nicht nur auf die Praxis des Propheten, sondern auf den Koran selbst bezieht. Zwar räumt Satha-Anand ein, dass der Koran die Anwendung von Gewalt unter bestimmten Bedingungen erlaube. Allerdings seien diese Konditionen in der Ära hochtechnologischer Kriegsführung nicht mehr einhaltbar. Satha-Anand meint, die im Mainstream des Islam verankerte Unterscheidung zwischen Schuldigen und Unschuldigen (Zivilisten) sei im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen nicht mehr schlüssig, da Tötung nicht zielgenau auf Soldaten beschränkt werden könne, was praktisch bedeute, dass auch der Koran

¹³ Abu-Nimer (2003), S. 33.

¹⁴ Abu-Nimer (2003), S. 45.

¹⁵ Maulana Wahiduddin Khan, *Non-Violence and Islam*, o.J. abrufbar unter <http://www.alrisala.org/Articles/papers/nonviolence.htm> (11. November 2010).

¹⁶ Zeki Saritoprak, *An Islamic Approach to Peace and Nonviolence: A Turkish Experience*, in: *The Muslim World* 7 (Juli 2005), S. 413-427.

unter den zeitgenössischen Bedingungen als Aufforderung zum Kriegsverzicht zu interpretieren sei.¹⁷

Hier deutet sich eine Argumentation an, die absolut parallel zu der pazifistischen Debatte des protestantischen Christentums nach dem Zweiten Weltkrieg verläuft. Beide Überzeugungen, der islamische wie auch der christliche Pazifismus, wenden sich gegen die von Niebuhr und anderen geprägte Vorstellung vom ethisch perfektionierbaren Umgang mit der Gewalt und weisen dabei insbesondere auf die Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungswaffen hin.

Es gibt eine große Zahl von Beispielen für den Einsatz gewaltfreier Widerstandstechniken in der jüngeren islamischen Geschichte, die allerdings im Westen kaum beachtet werden. Auch islamistisch-fundamentalistische Organisationen setzen diese Techniken ein. Zu den berühmtesten Beispielen für gewaltfreien Widerstand¹⁸ zählen die ägyptische Revolution 1919 (monatelanger gewaltfreier Widerstand gegen die britische Besatzung), der paschtunische Widerstand 1930 (Abdul Ghaffar Khan, bekannt als «Badschah Khan», ein enger Weggefährte Gandhis, versammelt zigtausende Mitstreiter seiner «Armee Gottes», die Khudai Khidmatgar, im heutigen Nordpakistan zum gewaltfreien Widerstand gegen die britische Kolonialmacht und beruft sich dabei auf Mohammeds frühe pazifistische Tradition¹⁹); oder in jüngerer Zeit etwa der palästinensische Widerstand seit 1987 (mit dem Ausbruch des ersten Intifada-Aufstands in der Westbank und im Gazastreifen seit 1987 ändern die Palästinenser ihre Form des Widerstandes vom bewaffneten Kampf der PLO zu zivilem Ungehorsam und gewaltfreiem Widerstand). Neben diesen großen Bewegungen ist gewaltfreier Widerstand ein alltäglicher Bestandteil des politischen Lebens in der islamischen Welt; ob Demonstrationen algerischer Journalisten, Hungerstreiks an palästinensischen Universitäten, von irakischen Ajatollahs organisierte Großdemonstrationen oder von Hamas initiierte Menschenketten durch den Gazastreifen: Die Zahl der Aktivitäten ist groß, ihr Charakter vielfältig.

17 Chaiwat Satha-Anand, *The Nonviolent Crescent: Eight Theses on Muslim Nonviolent Actions*, in: Glenn Paige/Chaiwat Satha-Anand/Sarah Gilliatt (Hrsg.), *Islam and Nonviolence*, Honolulu: University of Hawaii, Center for Global Nonviolence Planning Project 1993, S. 7-26 (S. 15).

18 Vgl. u.a. Quintan Wiktorowicz (Hrsg.), *Islamic Activism. A Social Movement Theory Approach*, Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press 2004; Stephen Zunes (1999), *Unarmed Resistance in the Middle East and North Africa*, in: Stephen Zunes/Lester R. Kurtz/Sarah Beth Asher (Hrsg.), *Nonviolent Social Movements. A Geographical Perspective*, Malden/Oxford: Blackwell 1999, S. 41-51.

19 Eknath Easwaran, *Nonviolent Soldier of Islam. Badshah Khan: A Man to Match His Mountains*, Tomales: Nilgiri 1999; Robert C. Johansen, *Radical Islam and Nonviolence: A Case Study of Religious Empowerment and Constraint among Pashtuns*, in: *Journal of Peace Research* 1/1997, S. 53-71; Beverly Milton-Edwards, *Islam and Violence in the Modern Era*, Houndmills: Palgrave 2006, S. 187 ff.

Gewaltfreier Widerstand in Palästina – Warum setzt er sich nicht durch?

Das Beispiel des palästinensischen Widerstandes der ersten Intifada seit 1987 zeigt sehr deutlich die Möglichkeiten und Grenzen des gewaltfreien Widerstandes im islamischen Raum. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die palästinensischen Bedingungen nicht verallgemeinerbar sind. Die Erfolgchancen hängen eng mit dem jeweiligen Typus eines Konfliktherdes zusammen. Dennoch verdeutlicht das Beispiel der Intifada, warum, trotz vielfältiger Ansätze, eine mit Mahatma Gandhis Befreiungskampf vergleichbare Bewegung in der islamischen Welt bislang nicht entstanden ist.

Die 1987 ausgebrochene und bis 1994 dauernde Intifada operierte mit weitgehend gewaltfreien Mitteln.²⁰ Gewalt äußerte sich nur dort, wo Jugendliche Steine auf die israelische Armee warfen: Bilder, die weltweit große Verbreitung fanden. Weniger aufmerksam wahrgenommen wurde jedoch, dass die Intifada von Streikaktionen, Boykotten, Steuerstreiks, Besetzungen, Blockaden und diversen Maßnahmen des zivilen Ungehorsams geprägt war. Man kann davon ausgehen, dass der gewaltfreie Volksaufstand der Palästinenser die Weltöffentlichkeit derartig beeinflusste, dass über den Umweg der Friedensverhandlungen von Madrid schließlich der Osloer Friedensprozess 1993 beginnen konnte. Erst seit Ende der 1990er-Jahre vor allem die Hamas die Strategie der Gewaltfreiheit immer stärker gegen Terrorismus eintauschte, kam der Friedensprozess zum Erliegen.²¹

Mohammed Abu-Nimer weist darauf hin, dass der gewaltfreie Widerstand der Palästinenser bereits vier Jahre vor dem Ausbruch der Intifada begonnen hatte. Die im Westen verbreitete Vorstellung von einem spontanen Aufstand hält er für falsch.²² Folgt man seiner Einschätzung, so war die Intifada eine von langer Hand geplante organisatorische Leistung, ohne die der Aufstand rasch kollabiert wäre und nicht Jahre überdauert hätte. Das zentrale Kommando der Intifada, die *Unified National Leadership of the Uprising* (UNLU), plante und organisierte den zivilen Widerstand basierend auf folgenden Elementen: ökonomischer Boykott (z.B. Geschäftsschließungen), sozialer Boykott (z.B. Generalstreiks), Protestmärsche, politische Nicht-Kooperation (z.B. Nicht-Anerkennung Israels), symbolische Aktionen (z.B. Tragen der palästinensischen Farben) und Aufbau alternativer Strukturen (z.B. Volkskomitees).²³ Die Hamas war nicht Teil der UNLU, kooperierte aber bei vielen Maßnahmen, wobei die Moscheen

20 Stephen Zunes (1999), *Unarmed Resistance in the Middle East and North Africa*, in: Stephen Zunes/Lester R. Kurtz/Sarah Beth Asher (Hrsg.), *Nonviolent Social Movements. A Geographical Perspective*, Malden/Oxford: Blackwell 1999, S. 41-51; ders., *Nonviolent Resistance in the Islamic World*, in: *Nonviolent Activist*, Jan/Feb. 2002, <http://www.warresisters.org/nva0102-1.htm> (28. Oktober 2010); Zachary Lockman/Joel Beinin, *Intifada: The Palestinian Uprising Against Israeli Occupation*, London: South End Press 1989.

21 Zunes (1999), S. 48.

22 Abu-Nimer (2003), S. 130 ff.

23 Abu-Nimer (2003), S. 151 ff.

oftmals Zentren des Widerstandes wurden.²⁴ Die Hauptaufgabe der Hamas zur damaligen Zeit bestand darin, durch karitative und soziale Einrichtungen ein Korrektiv zur Besatzungswirtschaft zu bilden, denn gerade der Wegfall des israelischen Arbeitsmarktes trug zur Verarmung der palästinensischen Bevölkerung bei. Da an der Intifada auch Christen und säkulare Gruppen beteiligt waren, stand der Islam nicht im Vordergrund.²⁵

Die weitere Geschichte ist bekannt: Nachdem in den Jahren 1993 bis 1995 die Hoffnung bestand, durch den Osloer Friedensprozess in einem Zeitraum von fünf Jahren einen Friedensvertrag abschließen zu können, an dessen Ende eine Zwei-Staaten-Lösung stehen sollte, brachte die Ermordung des israelischen Premierministers Itzhak Rabin durch einen israelischen Extremisten im Jahr 1995 die Wende. Es folgten Verzögerungen bei der Umsetzung der Zwischenabkommen, halbherzige Vertragsangebote und fortgesetzter Siedlungsbau durch Israel, zunehmender Terrorismus aufseiten der Hamas: Der Friedensprozess kam zum Erliegen, und die zweite Intifada ab 2000 war nicht mehr eindeutig durch den gewaltfreien Widerstand geprägt. Auch im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat es in den palästinensischen Gebieten immer wieder entsprechende Maßnahmen gegeben, aber sie blieben vereinzelt und ohne durchschlagenden Effekt.

Ein prominentes Beispiel ist das palästinensische Dorf Bilin in der Westbank. Nachdem die Dorfbewohner zweieinhalb Jahre lang friedlich dagegen protestiert hatten, dass die israelische Mauersperranlage den dortigen Bauern den Zugang zu ihren Feldern nahm, beschloss der Oberste Gerichtshof Israels im Jahr 2007, dass sie verlegt werden sollte.²⁶ Die Gruppe «Volksaufstand gegen die Mauer» hatte sich über Jahre strikt an gewaltfreie Strategien gehalten: Aktivisten ketteten sich an Olivenbäume, demonstrierten oder bauten provisorische Gefängniszellen. Dabei ließen sie immer wieder Verhaftungen, Tränengas und Schockgranaten über sich ergehen. Die Gruppe argumentierte, dass der palästinensische Widerstandskampf verlorengehe, weil man von palästinensischer Seite sonst zu schnell zu den Waffen gegriffen und dadurch die erforderliche moralische Autorität eingebüßt habe.

Auch die Hauptverantwortliche für Terrorattentate in jüngeren Jahren, die islamistische Hamas, setzt immer wieder Mittel der gewaltfreien Aktion ein. Zum Beispiel organisierte die Hamas im Februar 2008 eine Menschenkette durch den Gazastreifen, um die Öffnung der Grenzen zu erreichen. Weder bei der Hamas noch bei der in der Westbank dominierenden PLO ist allerdings eine umfassende Strategie des gewaltfreien Widerstandes zu erkennen. Entsprechende Maßnahmen werden durch terroristische Gewaltakte konterkariert, und eine

²⁴ Abu-Nimer (2003), S. 166.

²⁵ Abu-Nimer (2003), S. 175.

²⁶ Susanne Knaut, Gewaltfreier Protest bringt Erfolg, in: *die tageszeitung*, 6. September 2007; Martin Forberg, Wissen Sie etwas Besseres als den Boykott?, in: *die tageszeitung*, 9./10. Februar 2008.

koordinierte nationale Politik wie zu Zeiten der Intifada, als die PLO die Dynamik des inneren Widerstands erkannte und sich darauf einstellte, fehlt.

Warum ist den Palästinensern das misslungen, was Gandhi und Badschah Khan glückte: die gewaltfreie nationale Befreiung? Verantwortlich ist nicht, wie vielfach angenommen wird, das Nicht-Vorhandensein von Traditionen des gewaltfreien Widerstandes im Islam. Im Gegenteil, die gewaltfreie Aktion ist tägliche Praxis in vielen islamischen Staaten, aber sie mündet, wie das palästinensische Beispiel zeigt, nur selten in einer koordinierten und konzentrierten nationalen Bewegung. Zu den Hauptursachen hierfür zählt die Rivalität zwischen der Hamas und der PLO. Während Gewalt einfach zu bewerkstelligen ist, bedarf der gewaltfreie Widerstand eines Konsenses unterschiedlicher politischer Richtungen.

Weltanschauliche Differenzen müssen hinter einem gemeinsamen Ziel zurücktreten, was im Falle von Gandhis Bewegungen gelang, wo Interessenunterschiede, bis hin zu kriegesischen Auseinandersetzungen, erst *nach* Erlangung der Unabhängigkeit aufbrachen. Den Palästinensern ist es hingegen auch während der Anfangsphase des Osloer Prozesses nie geglückt, die Lager zu vereinen. Jassir Arafats Kunstgriff, stets einige Ministerposten in seiner Autonomieregierung für die Hamas frei zu halten, falls diese sich doch noch zum Friedensprozess bekennen sollte, konnte den Dominanzanspruch der PLO nicht verbergen.

Spontane Erhebungen sind, wie der Fall des gescheiterten Aufstandes der burmesischen Mönche 2007 gezeigt hat, kein Allheilmittel, sondern gewaltfreier Widerstand bedarf einer stimmigen Synthese von politischer Koordinierung und Bereitschaft der Basis, die Maßnahmen auch umzusetzen. Ein zweiter Grund für das Scheitern der Palästinenser nämlich liegt in dem im 21. Jahrhundert fehlenden Momentum von dauerhaften und flächendeckenden Massenprotesten. Auch die beste Organisation versagt, wenn die Resonanz fehlt. Das Echo, das eine gewaltfreie Kampagne in der Bevölkerung erzielt, ist allerdings auch Folge von erfahrenem oder antizipiertem Leid durch ein Regime oder eine Besatzungsarmee.

Abu-Nimer weist zu Recht auf die Tatsache hin, dass zwischen der palästinensischen und der indischen Besatzungssituation gravierende Unterschiede bestehen. Während sich die Bewegung Gandhis und Badschah Khans im Rahmen einer recht oberflächlichen britischen Kolonialherrschaft entfaltete, die den riesigen indischen Subkontinent nie vollständig beherrschen konnte, stehen in den besetzten palästinensischen Gebieten etwa vier Millionen Palästinenser einer ebenso großen israelischen Besatzungsmacht gegenüber, die aktiven Siedlerkolonialismus betreibt, auf engstem Raum militärisch hoch überlegen ist und jeden Ansatz von Widerstand im Keim erstickt.²⁷ Die erste Intifada zeigte zwar die Verwundbarkeit Israels, dessen Militär aber durch die Vorfälle besser auf einen Abwehrkampf dieser Art eingestellt ist. Gummigeschosse, Schockgranaten, Häusersprengungen und Verhaftungen dämpfen die Mobilisierbarkeit

²⁷ Abu-Nimer (2003), S. 143.

der palästinensischen Bevölkerung. Dieses Beispiel zeigt schon, dass kulturalistische Thesen, die dem islamischen Raum gewaltfreien Widerstand oder gar Pazifismus grundsätzlich nicht zutrauen und von einer immanenten Gewaltneigung ausgehen, die Verhältnisse in den etwa sechzig islamischen Staaten dieser Erde nie genau analysiert haben.

Dies trifft auch auf Autoren zu, die das grundsätzliche Potenzial des gewaltfreien Widerstandes im Vorderen Orient erkannt haben. Wenn Mark LeVine etwa das Vorbild des Widerstandskampfes der Zapatista-Bewegung in Mexiko für die MENA²⁸-Region ins Spiel bringt, dann übersieht er die spezifischen Bedingungen, die diesem Fall zugrunde liegen. Mexiko ist zwar in Teilen als autoritärer Staat zu betrachten, aber sicherlich nicht in dem Maße, wie dies für manchen orientalischen Staat gilt. Ziviler Widerstand im Irak Saddam Husseins war schwer vorstellbar.

Die Zapatisten hatten allerdings noch einen anderen, unschätzbaren Vorteil, der orientalischen Widerstandsgruppen bislang weitgehend fehlt, den aber gerade die Palästinenser ebenfalls für sich nutzen können: Sie genießen weltweite Unterstützung.²⁹ Wenn Kriterien wie die interne Einigkeit der Widerständler, ihre Fähigkeit zum Aufbau gewaltfreier Strukturen, die internationale Unterstützung und die Art der gegen die Bewegungen verübten staatlichen Gewalt entscheidende Erfolgskriterien des gewaltfreien Widerstandes in der islamischen Welt bleiben werden, dann sind die Palästinenser heute zugleich mit begünstigenden wie mit erschwerenden Bedingungen konfrontiert, und sie haben es zudem selbst in der Hand, den Gang der Dinge positiv zu beeinflussen.

Erschwerend ist die enorme Effizienz der israelischen Okkupation, die auf dem engen Siedlungsraum Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete jeden größeren Widerstand im Keim erstickt. Begünstigend ist die Aufmerksamkeit, die gerade Palästinenser, und in der islamischen Welt *nur* sie, von der Weltöffentlichkeit erhalten. Das Zünglein an der Waage mag in dieser Situation die interne Uneinigkeit sein, die den palästinensischen Widerstand spätestens seit der Zweiten Intifada auszeichnet, bis hin zu den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der PLO und Hamas. Erst wenn diese Kluft überwunden würde und man sich auf eine gemeinsame Strategie des gewaltfreien Widerstandes einigen könnte, bestünde überhaupt die Chance auf einen erfolgreichen Ausgang.

28 MENA = Middle East North Africa (Mittlerer Osten und Nordafrika).

29 Harry Cleaver, The Zapatista Effect: The Internet and the Rise of an Alternative Political Fabric, in: *Journal of International Affairs* 2/1998, S. 621-640.

Asymmetrischer Dialog

Von der Hierarchie der Leiden und der Konkurrenz der Katastrophen

In dem amerikanisch-israelischen Dokumentarfilm *Promises*¹ porträtieren die Regisseure sieben palästinensische und israelische Kinder zwischen 9 und 13 Jahren. Diese Kinder wohnen zwanzig Minuten voneinander entfernt im Großraum Jerusalem, leben jedoch in völlig getrennten, sich feindlich gesinnten Welten. Sie waren aber bereit, sich für diesen Film kennenzulernen. Von der Kamera begleitet, trafen sich einige von ihnen über mehrere Jahre hinweg; die Leidenschaft für das Fußballspielen hatte sie trotz aller Vorurteile in einen guten Kontakt miteinander gebracht. Durch ihre Herkunft und die politische Situation waren die Kinder zwar bereits stark geprägt, dennoch waren sie noch kindlich neugierig und aufgeschlossen. Die Aufnahmen entstanden zwischen 1995 und 2000 – dem Jahr, in dem die Zweite Intifada ausbrach –, noch bevor eine hohe Mauer Palästinenser und Israelis voneinander abschnitt wie Zwillinge bei der Geburt.

Einer der palästinensischen Jungen äußerte unter Tränen die Befürchtung, seine israelischen Freunde zu verlieren, denn sie würden wohl bald keinen Gefallen mehr daran finden, ihn zu besuchen. Ihm waren die Zerbrechlichkeit der Beziehung und die angespannte politische Lage schmerzlich bewusst. In der letzten Drehphase wurden seine Ängste schließlich bestätigt: Zwei israelische Brüder, die regelmäßig mit ihm gespielt hatten, zeigten kein Interesse mehr an diesen Begegnungen und äußerten sich, in ihrem Elternhaus von den Regisseuren befragt, gegenüber dem Schicksal ihres palästinensischen Freundes fast gleichgültig. Für die Teenager, denen die Welt mit allem modernen Komfort und all ihren Reizen offen stand, waren nun andere Dinge wichtiger. Der junge Palästinenser blieb jedoch in seiner Umgebung gefangen, mit nur wenig Hoffnung auf ein besseres Leben. Diese Erfahrung wird bittere Gefühle in ihm hervorgerufen haben.

Promises ist ein berührender und bedrückender Film, der die praktischen und psychologischen Komponenten der immens schwierigen Kommunika-

1 *Promises* (USA 2001) von B.Z. Goldberg, Justine Shapiro, Carlos Bolado. USA 2001, 35 mm, Farbe + S/W, 101 min.

tion zwischen Israelis und Palästinensern auf den Punkt bringt. Es herrscht eine kolossale Asymmetrie zwischen den beiden Gruppen, die immer wieder zu Enttäuschungen führt und die Beziehungen abbrechen lässt. Das israelische Narrativ und das palästinensische sind unvereinbar – jeder hat eine andere Perspektive auf die Geschichte und die aktuellen Ereignisse. *Promises* zeigt somit eine Dynamik, die sich wie ein roter Faden durch den gesamten Nahostkonflikt zieht.

Der politisch unabhängige amerikanisch-palästinensische Berater Akram Baker verweist zum Beispiel auf Sommerlager für palästinensische und israelische Jugendliche, die internationale Organisationen in Europa anbieten: «Die Gastgeber sind meist begeistert davon, wie gut die jungen Menschen sich hier vertragen und verständigen. Man muss aber bedenken, dass die Teilnehmer solcher Begegnungen in einem europäischen Land vor dem Gesetz gleichgestellt sind. Sobald sie wieder nach Hause fahren, geht der eine in die Armee und bewacht den Checkpoint, den der andere nicht passieren darf. Wie soll man eine Freundschaft erhalten, wenn die Realitäten am Ort jedem positiven Kontakt entgegenwirken?»², fragt der ehemalige Sprecher des 2001 verstorbenen Politikers Faisal Hussein.

«Wenn wir die Hoffnung verlieren, verlieren wir alles», hat der Palästinenser Khaled Abu Awwad vom palästinensisch-israelischen «Elternzirkel-Familienforum» gesagt.³ Und so wird die Hoffnung weiter von jenen beschworen, die an Menschlichkeit und den persönlichen Kontakt zwischen Feinden glauben und an der Basis daran arbeiten, die Kommunikation trotz aller politischen Hindernisse und Behinderungen nicht abreißen zu lassen.

Bei der Verleihung des Siegfried-Unseld-Preises in Berlin am 28. September 2010 sagte der israelische Preisträger Amos Oz: «Würden Sie [den palästinensischen Preisträger] Sari Nusseibeh und mich in den Vorraum dieser Halle setzen, wären wir in der Lage, innerhalb weniger Stunden die Rahmenbedingungen für eine Friedensvereinbarung zwischen Israel und Palästina zu entwerfen. Wir beide glauben an historische Kompromisse und an Koexistenz, und wir beide sind überzeugt, dass wir nicht zulassen dürfen, dass die Leiden der Vergangenheit die Versprechen der Zukunft erdrosseln»⁴, so der Schriftsteller. Und der Philosoph Nusseibeh, wenn auch wesentlich gedämpfter, nannte «den Zauber in uns»⁵, der den verfahrenen Friedensprozess doch noch voranbringen werde.

Es bedürfte tatsächlich der Zauberei oder starken internationalen Drucks, um endlich Frieden im Nahen Osten zu schaffen: Die 2010 abermals aufgenommenen Nahostgespräche befanden sich schon gleich nach ihrem Beginn in der Sackgasse. Da die israelische Regierung im Westjordanland weiter an jüdischen Siedlungen baut, gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die palästinensische

2 Gespräch der Autorin mit Akram Baker, November 2010.

3 Siehe Alexandra Senfft, *Fremder Feind so nah. Begegnungen mit Palästinensern und Israelis*, Hamburg: 2009, S. 71.

4 *The New York Review of Books*, 13.10.2010.

5 Ebenda.

Führung wenig Anlass, weiter zu verhandeln. Mit jedem weiteren Tag, an dem jüdische Siedlungen in der Westbank erweitert oder gar neu gebaut werden, und zwar ganz gleichgültig, ob gerade verhandelt wird oder nicht, verschwindet palästinensisches Land unter dem Beton der Siedlungsstädte. «Der Friedensprozess entbehrt jeder Substanz, wenn weiter gebaut wird. Den Siedlungsbau zu beenden ist im Übrigen keine palästinensische Forderung, sondern eine Forderung der internationalen Gemeinschaft, wie es schwarz auf weiß in der *road map* nachzulesen ist», erklärt der Generaldelegierte Palästinas in Deutschland, Salah Abdel Shafi. Warum hat sich die palästinensische Führung auf neue Nahostgespräche überhaupt eingelassen, obwohl keinerlei Zugeständnisse vonseiten der Regierung Benjamin Netanjahus zu erwarten waren und stattdessen allerhand Vorbedingungen gestellt wurden? Vermutlich befürchtete Ministerpräsident Mahmud Abbas, wenn er die Verhandlungen ablehnte, würde das lediglich die Vorurteile der Gegenseite bedienen und die Palästinenser aufs Neue als Friedensverweigerer dastehen lassen – mit allen politischen und auch finanziellen Konsequenzen. Akram Baker vertritt die Ansicht, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) sollte sich auflösen und abgeschafft werden: «Sie ist eine reine Verwaltungsbehörde, die machtlos ist und ihre eigenen Bürger nicht schützen kann. Ihre Existenz ist außerdem irreführend, weil es nach außen so wirkt, als sei sie eine Regierung, die mit einer anderen Regierung, der israelischen, verhandele. Dabei besteht keinerlei Parität, sondern eine extreme Schieflage der Machtverhältnisse.» Nazmi al-Jubeih, der von 1992-1994 im palästinensischen Team an den bilateralen Verhandlungen in Washington teilgenommen hat, widerspricht; in der jetzigen Lage Strukturen wie die PA mit ihren rund 150.000 Beamten aufzulösen, hält er für «selbstmörderisch»⁶. Unter palästinensischen Intellektuellen herrscht Uneinigkeit darüber, wie auf die schwierige Lage reagiert werden soll.

Das alles sind schlechte Voraussetzungen für einen zielgerichteten, fruchtbaren Dialog, an dessen Erfolg beide Seiten Interesse haben müssten. «Es gibt heute kaum Vertrauen, keine direkten Gespräche, kein Einfrieren des Siedlungsbaus und, so mutet es mitunter an: keine nennenswerten politischen Vorgaben seitens der USA. Weniger sichtbar, aber nicht minder schlimm, ist das wachsende Desinteresse der israelischen und palästinensischen Führung, zu verhandeln», so die Nahostexperten Hussein Agha und Robert Malley.⁷ Misstrauen und Unsicherheit überschatten mehr denn je die Kontakte zwischen Palästinensern und Israelis – sofern diese überhaupt noch möglich sind. In Wahrheit glauben nur noch wenige an die Zwei-Staaten-Lösung. Der ehemalige CIA-Chef in Islamabad, Robert Grenier, diskutierte bereits im November 2010, welchen Zeitpunkt Historiker künftig für das Ende des Friedensprozesses erklären würden. «Wut und

⁶ Nazmi al-Jubeih im Interview mit der Autorin, November 2010.

⁷ Hussein Agha/Robert Malley, *Who's Afraid of the Palestinians?*, in: *New York Review of Books*, 10. Februar 2011, abrufbar unter <http://www.nybooks.com/articles/archives/2011/feb/10/whos-afraid-palestinians/?page=3>

Verdrängung sind stets die ersten Reaktionen beim Trauerprozess; die Realität zu akzeptieren kommt erst später.»⁸

Selten war die Stimmung unter Palästinensern so gedrückt und pessimistisch wie heute. «Die Palästinenser und Araber begreifen im Allgemeinen, dass Israel keinen Frieden will und alles dafür tut, ihn zu verhindern. Die internationale Gemeinschaft [...] scheint nicht in der Lage oder willens zu sein, etwas gegen Israels Handlungen oder unfriedliche Positionen zu unternehmen», meldete die palästinensische Tageszeitung *Al-Quds*, die der Fatah nahe steht, resigniert.⁹ Intime Kenner des Nahostkonflikts waren bereits vor der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen unter der Leitung von Barack Obamas Administration skeptisch gewesen. Sie befürchteten, dass neue Gespräche auf höchster Ebene – ohne klar definierte Ziele und ohne Vorgaben zu deren Erreichung – das Wort «Verhandlungen» weiter in Misskredit bringen würden. Schon lange haben die Politiker massiv an Glaubwürdigkeit verloren: «Verhandlung», «Dialog» oder «Friede» sind für die meisten Betroffenen nichts als Lippenbekenntnisse.

Die ersten Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern hatten genau vor zwanzig Jahren in Madrid begonnen. Auf der damaligen Konferenz war die PLO noch durch die Jordanier vertreten, die palästinensische Delegation leitete Haider Abdel Shafi, flankiert von Hanan Ashrawi als Sprecherin – beides Palästinenser aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Aus israelischer Sicht war die PLO eine Terrorbande, und der damalige Regierungschef Yitzhak Shamir weigerte sich, die PLO als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Kontakte von Israelis zu PLO-Vertretern standen in Israel seinerzeit sogar unter Strafe. Dennoch hatten sich diverse Friedensaktivisten wie Uri Avnery seit den 1970er-Jahren insgeheim mit Vertretern der PLO getroffen. Das war freilich auch nicht im Sinne aller Palästinenser – Said Hammami und Issam Sartawi wurden wegen ihres Verständigungswillens 1978 und 1983 von palästinensischen Terrorgruppen ermordet. Sogar noch Ende der 1990er-Jahre standen die Israelis Yael Lotan, Eliezer Feiler, Reuven Kaminer und Latif Dori drei Jahre vor einem israelischen Gericht, weil sie in Bulgarien mit PLO-Mitgliedern gesprochen hatten.

Auf ihrem Nationalkongress von 1988 in Algier zeigte sich die PLO, die seit ihrem Entstehen 1964 die Zerstörung Israels gefordert hatte, allerdings zum ersten Mal bereit, Palästina mit Israel in einer Zwei-Staaten-Lösung zu teilen. Erst als Yitzhak Rabin und Jassir Arafat sich bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens 1993 in Washington die Hände schüttelten, war der Bann gebrochen: Gespräche zwischen israelischen und palästinensischen Politikern gehörten fortan zum Alltagsgeschäft – mit der Betonung auf «Geschäft», denn in der Region begann alsbald ein emsiges Treiben: Journalisten, Geschäftsleute, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und viele andere wollten am vermeintlichen Friedensprozess beteiligt sein. Inter-

-
- 8 Robert Grenier, *The Endgame for the peace process*, abrufbar unter <http://english.aljazeera.net/indepth/2010/11/20101120114435124111.html> vom 21.11.2010.
 - 9 Are the peace efforts over? And what should we do?, *Al-Quds*, 25.11.2010.

nationale Gelder flossen nun in Strömen in die palästinensische Infrastruktur und in zahlreiche «Dialog»-Projekte, wovon manche mit einem echten Dialog wenig gemein hatten – zumindest jedoch als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die palästinensische Wirtschaft stützten. Nach harten Jahren der Intifada und dem Golfkrieg von 1991 war es nur verständlich, dass, wer konnte, von dieser neuen Situation in der Region profitieren wollte, und so mancher trug es mit dem Eigennutz recht weit. Es hat deshalb fast satirische Qualität, wenn in einer palästinensischen Veröffentlichung damals von «*holy profit*» die Rede war. Gemeint war freilich der heilige Prophet und nicht der heilige Profit. In den 1990er-Jahren entstand das, was die Kritiker zynisch als «Friedensindustrie» bezeichnen. «Die Palästinenser haben sich von der finanziellen Großzügigkeit der westlichen Spender und gegenüber deren Urteil rechenschaftspflichtig gemacht», urteilen Agha und Malley heute.¹⁰

Was einst die Palästinensische Befreiungsorganisation gewesen war, wandelte sich unterdessen zur Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Gelegenheit wurde versäumt, einen inner-palästinensischen Dialog zu führen, um die verschiedenen politischen Gruppierungen zu vereinigen und soziale gesellschaftliche Strukturen zu sichern. Stattdessen war die durch innere und äußere Einflüsse verdorbene politische Lage der Grund, weshalb die Fraktionen sich bekriegten. Korruption, Gönnertum und Machtkämpfe beherrschten fortan das gesellschaftliche Klima. Realistische Aussichten auf einen palästinensischen Staat zerschlugen sich, nachdem im Jahr 2000 die Verhandlungen von Camp David zusammengebrochen waren und der israelische Ministerpräsident Ehud Barak die Schuld ungerechtfertigt, aber erfolgreich allein den Palästinensern zuschob. Beide Seiten richteten sich nun wieder auf den Konflikt ein, anstatt die eigene Position selbstkritisch zu überprüfen und den eigenen Problemen innerhalb ihrer Gesellschaften Rechnung zu tragen.

All das Reden und Verhandeln – das offensichtlich nicht auf Augenhöhe stattgefunden hatte – brachte den Palästinensern wenig Gutes: Ihr Land ist seit den Oslo-Verträgen in Verwaltungszonen zerteilt und wird unablässig weiter von Straßen der jüdischen Siedler und Sicherheitsstraßen der israelischen Armee zerstückelt. Hinzu kam die Mauer, die die verfeindeten Bevölkerungsgruppen trennen soll, in Wahrheit aber vor allem einen weiteren Landraub für die Palästinenser und noch größere Bewegungseinschränkungen für sie bedeutet. Der Gazastreifen ist seit Jahren hermetisch abgeriegelt, von der Westbank und dem Rest der Welt vollkommen isoliert. Die während der Ersten Intifada entstandene islamistische Bewegung Hamas machte sich diese Fehlentwicklungen freilich rechtzeitig politisch zunutze: Sie beharrt bis heute, zumindest in offiziellen Verlautbarungen, auf dem Standpunkt, dass den Palästinensern das ganze historische Palästina zustehe und Israel keine Existenzberechtigung in der Region habe. Ehud Baraks Behauptung nach den Camp-David-Verhandlungen, es gebe keine palästinensischen Partner für Friedensverhandlungen, entpuppte sich

¹⁰ Hussein Agha/Robert Malley (2011).

somit mittlerweile fast als selbsterfüllende Prophezeiung: Die palästinensische Gesellschaft ist physisch und politisch tief gespalten, eine Spaltung, die mit der Zeit immer größeren Schaden anrichtet und die palästinensische Verhandlungsposition stark schwächt. Die Zeit arbeitet gegen die Palästinenser, doch viele Menschen fürchten auch um Israels Zukunft.

Oslo, Hebron, Wye River, Taba, Camp David, die «Clinton-Parameter», die Arabische Friedensinitiative, die «Road Map» oder «Genfer Initiative» – alle Befriedungsversuche für den Nahen Osten seit 1991 sind erfolglos geblieben. Dabei ist längst alles gesagt und ausgehandelt worden, die Friedensverträge liegen nahezu fertig in den Schubladen der verantwortlichen Politiker und harren ihrer Umsetzung. «Genug geredet. Es ist Zeit zu handeln», hatte der israelische Journalist Gideon Levy schon im September 2008 gesagt. Natürlich hatte er das Ende der Besatzung gemeint, doch kurz darauf brach die israelische Militäroperation *Cast Lead* («Gegossenes Blei») über die Menschen des Gazastreifens herein: Gewalt anstelle von Dialog.

Die Mehrheit der Palästinenser empfindet jegliche Verbindungen zu Israelis mittlerweile als kontraproduktiv, gleichgültig ob diese es ernst mit dem Frieden meinen. Mit ihnen zu sprechen, verändere nichts an der misslichen Lage, so die Einschätzung, vielmehr konsolidiere das die Besatzung. Schon bloße Beziehungen mit den israelischen Nachbarn gelten bei vielen als «Normalisierung», erwecken sie doch den Eindruck normalen Lebens, dabei ist nichts, aber auch rein gar nichts unter der Besatzung normal. Palästinenser, die weiter mit Israelis kooperieren, geraten oft unter massiven Druck ihrer Gesellschaft – oder sogar der palästinensischen Sicherheitskräfte. Viele ziehen deshalb die Konsequenz, Kontakte mit Israelis zu verweigern und Boykottbestrebungen gegen Israel zu unterstützen. Mitunter wirkt das fast wie ein Spiegelbild der einstigen israelischen Kriminalisierung von Begegnungen zwischen Israelis und PLO-Mitgliedern, wenngleich die Ursachen und Motive mitnichten vergleichbar sind. Doch es gibt Experten, die diese Haltung sogar als folgerichtig bezeichnen: «Der Friedensprozess ist siebzehn Jahre von Illusionen am Leben gehalten worden», so Agha und Malley. «Die Behandlung der palästinensischen Führung durch die internationale Gemeinschaft, als wäre sie die Vertretung eines Staates, hat die Palästinenser diesem Staat kein Stück näher gebracht. Es hat sie vielmehr darüber getäuscht, was sie von der Welt erwarten können, und ihre Politik korrumpiert.»¹¹

De facto hat es auf der politischen Bühne zwar viele Verhandlungen, aber noch keinen ernsthaften Dialog gegeben. «Wir alle haben unsere Vorurteile. Unsere individuellen Vorurteile sind nur ein winziger Teil der Last des Verstehens. Solange wir ihrer aber nicht bewusst sind, sind wir eher ein Teil des Problems als der Lösung»,¹² sagt die palästinensische Dozentin Saida Nusseibeh,

¹¹ Hussein Agha/Robert Malley, ebenda.

¹² Vortrag von Saida Nusseibeh (Zweite Vorsitzende des *Council for Jewish-Palestinian Dialogue*) auf einem Seminar des *Centre for Christian-Jewish Relations*, Madingley Hall, Cambridge, UK, 18.11.2001.

die gemeinsam mit dem englischen Nahostexperten Tony Klug und anderen schon in den 1970er-Jahren in England bedeutsame Dialogarbeit zwischen Juden und Palästinensern leistete. Es gehört zu den vielen Missverständnissen über das Wesen von Dialogen, dass sie dazu dienen, der Gegenseite die eigenen Vorstellungen zu oktroyieren, so dass man dann nur noch zur praktischen Umsetzung schreiten müsse, und die Partei mit dem dominanten Narrativ in diesem Prozess den Ton angibt. Der Gegenseite aufmerksam und offen zuzuhören, wird im Allgemeinen damit assoziiert, die eigene Identität aufgeben zu müssen und den moralischen Anspruch, Recht zu haben, zu verspielen. Der persönlichen Geschichte eines Palästinensers zu lauschen, ohne ihn zu unterbrechen oder ihm währenddessen zu widersprechen, könnte für einen Israeli beispielsweise bedeuten, zugeben zu müssen, dass die Juden des *Jischuv* – der jüdischen Gemeinde in Palästina vor dem Entstehen Israels – ein Unrecht begingen, als sie 1948 die Palästinenser von ihrem Land und aus ihren Häusern vertrieben. Er oder sie könnte – noch schlimmer – beginnen, am Existenzrecht Israels zu zweifeln. Palästinensern, die sich das Leiden der Juden während des Holocaust anhören, drängt sich oft die Frage auf, ob ihre Geschichte angesichts jenes Grauens eigentlich noch «gut genug» sei, um erzählt zu werden. Und wäre sie wirklich nicht «gut genug», könnten sie dann noch den Anspruch aufrechterhalten, auf ihr Selbstbestimmungsrecht zu pochen?

Da jegliche Annäherung von beiden Seiten meist als Bedrohung der eigenen Geschichte und Identität empfunden wird, ist es scheinbar einfacher, den anderen zu verleugnen, seine Bedürfnisse zu ignorieren, seine Positionen zu entwerten und ihn bis an den Rand des Krieges zu bekämpfen, anstatt sich auf einen Dialog einzulassen. Mit dem Feind einen Dialog zu führen, bedeutet indes nicht, die eigene Position aufzugeben: «Anerkennen ist nicht gleichbedeutend mit Legitimieren!», so der palästinensische Soziologe Sami Adwan.

Um eine günstige Atmosphäre für einen Dialog herzustellen, der von Anfang an auf Gleichberechtigung aufbaut und zum gemeinsamen Ziel hat, die Besatzung zu beenden und Frieden und Sicherheit für beide Seiten zu schaffen, ist es notwendig, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, eine passende Örtlichkeit für das Zusammentreffen zu wählen und sich auf eine gemeinsame Sprache zu einigen. Dabei ist stets penibel darauf zu achten, die außerhalb herrschende Asymmetrie zwischen Israelis und Palästinensern im Auge zu behalten und im Kreis der Gesprächspartner zu jeder Zeit für Gleichberechtigung zu sorgen. Besonders hilfreich ist der von Dan Bar-On entwickelte Ansatz, sich die eigene Lebensgeschichte zu erzählen. Der vor zwei Jahren verstorbene israelische Psychologe hat damit einen äußerst bedeutsamen Beitrag zur Konfliktbewältigung geleistet. Es stellt sich nämlich fast immer heraus, dass selbst die ärgsten Feinde biografische Schnittpunkte haben, über die sie sich mit dem «Anderen» identifizieren können, so dass dieser gar nicht mehr so fremd und feindlich wirkt. So entsteht allmählich Vertrauen, und Vertrauen bedeutet, sich der anderen Seite öffnen zu können, zu reflektieren und schließlich sogar eigene Positionen zu revidieren. Das bereitet den Weg für Kompromisse. «Der Zuhörer sollte seine

eigene Meinungen während eines Dialogs vollkommen abstellen, während er dem «Anderen» zuhört», sagt Saida Nusseibeh über ihre eigenen Erfahrungen. «Dabei lenkt er seine volle Aufmerksamkeit auf den Sprecher. Der Zuhörer macht so eine ganz neue Erfahrung – indem er nicht unterbricht oder argumentiert, hört er Dinge, die er noch nie zuvor gehört hat. Auch der Sprecher lernt etwas: Er merkt, dass er von jemandem gehört wird, der nicht sofort mit einer Antwort, einer Kritik oder mit Opposition reagiert. Der Sprecher wird nicht nur gehört, er hört sich auch selbst. Das ist eine fantastische Erfahrung, und der Sprecher geht anschließend nach Hause und überdenkt das Thema noch einmal»,¹³ so die Expertin für Konfliktlösung. Mit der Zeit sind die Gesprächsteilnehmer eines solchen Dialogs zunehmend bereit, sich gegenseitig zuzuhören, anstatt auf der eigenen Perspektive zu beharren und sich gegenseitig zu belehren. Sie müssen zugleich lernen, dass das, was sie im engen Kreis miteinander erarbeitet haben, außerhalb ihrer Gruppe noch keine Entsprechung hat: Die Realität «innen» wird hart konterkariert durch die Realität «draußen». Das kann schmerzlich und entmutigend wirken, und es erfordert Überzeugungskraft und Geduld, um die eigenen positiven Erfahrungen im normalen Alltag zu bewahren und in seine Umwelt zu tragen.

Grobe Verallgemeinerungen, Entwertungen und schließlich sogar ein entmenslichender Gebrauch von Sprache sind Teil jedes tiefen Konflikts. Es ist deshalb auch wichtig, sich der unterschiedlichen Terminologie und ihrer Bedeutungen bewusst zu sein, um zu vermeiden, dass es zu unbeabsichtigten Beleidigungen und Verletzungen kommt, die das gerade erst gewonnene Vertrauen umgehend zerstören. Israelis zum Beispiel nennen den Krieg von 1948 den «Unabhängigkeitskrieg». Dasselbe Ereignis ist für die Palästinenser die *Nakba*, die Katastrophe ihrer Vertreibung und des Verlustes ihrer Heimat. Palästinenser betrachten jene, die gegen die israelische Besatzung kämpfen als «Freiheitskämpfer» – für die meisten Israelis sind es «Terroristen». «Palästina» heißt das Land der Palästinenser. Für viele Israelis indes, vor allem für jene mit rechtsgerichteten Ansichten, ist derselbe Flecken Erde *Eretz Israel*.

Ein Dialog ließe sich bereits als erfolgreich bezeichnen, wenn beide Seiten zur Kenntnis nähmen, dass es nicht ein einziges, gemeinsames Narrativ gibt, sondern zwei verschiedene Narrative, die beide ihre Berechtigung haben. Nach der Zweiten Intifada, dem Aufstand der Palästinenser, entwickelten Sami Adwan und Dan Bar-On mit palästinensischen und israelischen Lehrern ein neues Geschichtsbuch für Schulen.¹⁴ Darin sind beide Narrative nebeneinander dargestellt. In der jahrelangen Zusammenarbeit ging es gleich am Anfang darum, in welcher Sprache die Lehrer miteinander kommunizieren sollten. Der Parität

¹³ Ebenda.

¹⁴ Vgl. eine Kurzdarstellung des gemeinsamen palästinensisch-israelischen Schulbuchprojekts: Die Geschichte der anderen, in: Zeit-online, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2009/25/C-Schulbuch>; sowie: Die falsche Version der Geschichte, in: *die tageszeitung*, 27. Oktober 2010, zugänglich unter: <http://www.taz.de/1/politik/nahost/artikel/1/die-falsche-version-der-geschichte>

wegen einigte man sich auf Englisch. «Sprache hat nicht nur mit Symbolen oder Bedeutungen zu tun», so Adwan. «Sie ist auch Kultur, Realität, Interaktion und Leben. Würden wir nur Arabisch benutzen, gäbe das den palästinensischen Lehrern sofort mehr Macht. Genauso wäre es, wenn wir Hebräisch als Arbeitssprache einsetzen würden, das würde die Israelis bevorzugen... Englisch zu benutzen schafft hingegen für beide, Israelis und Palästinenser, Probleme, denn es fällt ihnen schwerer, ihre Ideen deutlich auszudrücken... Psychologisch gesehen hat die Tatsache, dass beide mit dem Englisch zu kämpfen hatten, für Gemeinsamkeit gesorgt.»¹⁵ Die Lehrer trafen sich ungeachtet der politischen Rückschläge und des jeweiligen gesellschaftlichen Drucks – auf beiden Seiten gab es Menschen, die dieses gemeinsame Projekt boykottieren wollten. Adwan weist hier vor allem auf den «Prozess» hin, der die Lehrer allmählich in einen konstruktiven Dialog miteinander brachte und auf ein gemeinsames Ziel richtete. So etwa kamen die palästinensischen Lehrer und diskutierten mit den israelischen Kolleginnen und Kollegen die historischen Sichtweisen, obwohl sie kurz zuvor an einem Checkpoint von einem israelischen Soldaten erniedrigt worden waren. Und die israelischen Lehrer waren ihrerseits bereit, weiter an dem Projekt zu arbeiten, obwohl sie oft Angst davor hatten, dass bald die nächste Bombe explodieren könnte. Bar-On nannte diese Sitzungen «Dialoge unter Beschuss». Der Psychologe zog aus der Zusammenarbeit im Schulbuchprojekt die wichtige Lehre: «Friede bedeutet, dass man erkennt, wie verschieden der andere von einem ist und nicht wie ähnlich. Eine einzige überbrückende Geschichte niederzuschreiben bedeutet, Gleichheit zu schaffen. Wir wollen aber keine Illusion von Gleichheit erwecken, denn das scheint uns in der näheren Zukunft noch nicht möglich zu sein. Deshalb muss man zunächst feststellen, dass der andere anders als man selbst denkt», so Bar-On.

Das ist für die herrschende Mehrheit jedoch unerträglich: Im Oktober 2010 zog das israelische Erziehungsministerium das Buch aus dem Verkehr: «Dieses Buch habe an einer israelischen Schule nichts zu suchen, es sei anti-zionistisch und vermittele eine Fülle falscher Fakten»,¹⁶ hieß es zur Begründung. Auch die palästinensische Führung (PA) setzte dieses «Experiment» kurz darauf ab, weil es aus der Bevölkerung zu viele Proteste gegeben hatte. Inoffiziell allerdings wird mit dem Geschichtsbuch bzw. Auszügen daraus trotzdem weiter gearbeitet – nachhaltige Projekte wie diese setzen sich zum Glück gegen viele äußere Widrigkeiten durch.

Der Nahostexperte Tony Klug berichtete im Mai 2010 über eine ungewöhnliche Begegnung zwischen Palästinensern und Israelis in Berlin. Unter den Israelis waren Vertreter der rechts-gerichteten Parteien Likud, von Außenminister Avigdor Liebermans *Yisrael Beitenu*-Partei und der zentralistisch-rechten Partei *Kadima*. Wie Klug vorhergesehen hatte, verschlechterte sich die

¹⁵ Interview mit Prof. Sami Adwan vom 14. Januar 2010, abrufbar unter: <http://www.justvision.org/portrait/76000/interview>

¹⁶ *Süddeutsche Zeitung*, 27. Oktober 2010

Atmosphäre auf der Konferenz von Tag zu Tag. Indes, «am vierten Tag gab es einen plötzlichen dramatischen Wandel. Die Israelis hatten darauf gedrungen, die Plenumsitzung in kleinen Gruppen abzuhalten, die Palästinenser allerdings befürchteten eine Falle und wollten in einer großen Gruppe bleiben. Zwei Israelis nahmen mich beiseite und baten mich, den Palästinensern zu erklären, dass sie zum ersten Mal in ihrem Leben deren Schmerz gefühlt und begriffen hätten, dass dies keine Taktik, sondern authentisch war», so Klug. «Sie wollten sich entschuldigen und suchten nach einem Weg, die Rechte der Palästinenser zu verwirklichen, ohne Israels Existenz dadurch zu gefährden. Am letzten Tag präsentierten die beiden offensten Teilnehmer der jeweiligen Seite dem Plenum gemeinsam die Skizze einer Friedensvereinbarung mit einigen neuen Regelungen, zu denen sie sich, wenn auch etwas bange, jeweils verpflichten würden. So unwahrscheinlich die Bedingungen auch waren, es war das bemerkenswerte Ergebnis einer Achterbahnfahrt, die allenthalben mit Umarmungen endete»,¹⁷ resümierte der jahrzehntelange Kenner des Konflikts. Auch wenn Klug seine positiven Eindrücke einschränkt, indem er hinzufügt, dass «es möglich ist, dass diese Wirkung noch nicht einmal die Heimreise überlebte», so ist er doch der Überzeugung, dass sich eine solche Begegnung in der Zukunft wiederholen ließe.

Klugs Erfahrung ist vergleichbar mit dem, was Dan Bar-On aus seiner Arbeit mit den palästinensischen und israelischen Lehrern erfuhr: «Es war ein Erfolg, dass sie sich gegenseitig zuhören konnten, ohne ihren eigenen Standpunkt oder den der anderen zu delegitimieren. Es ist emotional sehr schwierig, beide Narrative in sich zu halten. Man kann nicht erwarten, dass das schon beim ersten Treffen passiert.»¹⁸

Der palästinensisch-israelische Konflikt lässt sich nicht allein politisch und historisch erklären. Um die tieferen Schichten zu erfassen und seine Komplexität zu begreifen, sind auch psychologische Einblicke notwendig. Der französisch-libanesische Politologe Gilbert Achcar hat seinem Buch *The Arabs and the Holocaust*¹⁹ den Untertitel «Der arabisch-israelische Krieg der Narrative» gegeben. Er bezog sich damit auf die «beiden bestimmenden Traumata des Konflikts: den Holocaust und die *Nakba*». Der Philosoph Brian Klug, Bruder von Tony Klug, sagte bei der Buchpremiere am 1. Juli 2010 in London: «Man kann sich kaum etwas Makabereres als diesen verzweifelten, unerbittlichen Wettbewerb von Katastrophen vorstellen.»²⁰ Doch genau das ist die Realität am Ort – es gibt auf beiden Seiten Traumata, die unverarbeitet geblieben sind und so von Generation zu Generation weitergereicht werden und eine subtile Atmosphäre von Angst erzeugen. Zugleich sorgen sie in den beiden Gesellschaften jedoch

17 Bericht von Tony Klug als Quelle für die Autorin.

18 Interview mit Prof. Dan Bar-On im März 2008, abrufbar unter: <http://www.justvision.org/search?page=2&keys=dan%20bar-on>

19 Gilbert Achcar, *The Arabs and the Holocaust. The Arab-Israeli War of Narratives*, London 2010.

20 Brian Klugs Rede bei der Buchpremiere von Gilbert Achcars Buch, Quelle lag der Autorin vor.

auch für einen gemeinsamen Nenner, mit dem sich jeder identifiziert und der sogar jene einbezieht, die weder die *Shoah* noch die *Nakba*, die Vertreibung und Entwurzelung der Palästinenser, erlebt haben.

«Wir haben eine dominante Haltung gegenüber den Palästinensern, die Machtverhältnisse sind asymmetrisch...», sagte Dan Bar-On. «Zugleich haben wir aber auch Angst, dass die Palästinenser die Nachfolger derer sein könnten, die uns in Europa verfolgt haben. Es bestehen zwei gegensätzliche Ungleichheiten: das physische Ungleichgewicht am Ort, unsere Kontrolle über die Palästinenser; und das zweite Ungleichgewicht, unsere Angst vor ihnen. Wenn man diese beiden Missverhältnisse nicht begreift, kann man auch nicht verstehen, warum dieser Konflikt kein Ende nimmt»,²¹ so der Psychologe. In vielen gescheiterten Dialogen haben sich Palästinenser hilflos und zum Schweigen gebracht gefühlt, wenn sie mit Erzählungen über die Katastrophe der Judenvernichtung konfrontiert waren. Einige von ihnen reagierten daraufhin defensiv und beschuldigten Israelis, sich gegenüber Palästinensern wie Nazis zu benehmen. Erwartungsgemäß fühlten die Israelis sich durch diesen Vergleich nicht wahrgenommen und zutiefst verletzt. In der Empfindung vieler Israelis sind Araber und Palästinenser die neuen Nationalsozialisten: «Aber den Arabern werden wir nie verzeihen, weil sie angeblich genauso sind wie die Nazis, schlimmer als die Deutschen. Wir haben unsere Wut und Rachegefühle von einem Volk auf ein anderes verlagert, von einem alten auf einen neuen Feind»²², konstatiert der ehemalige Knesset-Sprecher, einst auch Vorsitzender der *Jewish Agency*, Avraham Burg. Er ist der Ansicht, «dass, wenn wir die Araber von der Nazi-Rolle befreien, die wir ihnen zugewiesen haben, es wesentlich einfacher sein wird, mit ihnen zu reden und unsere beiden existenziellen Probleme zu lösen».²³

Der Wissenschaftler Aziz Abu Sarah sagt: «Ich muss gestehen, dass ich als Heranwachsender wenig über den Holocaust wusste. Wir Palästinenser haben darüber einfach nichts gelernt. Das Thema war stigmatisiert, es bedeutete für uns: Israel missbraucht den Holocaust, um für Unterstützung zu werben und diese dann als schreckliche Waffen auf uns Palästinenser zu richten. Wenn ich auf den Holocaust angesprochen wurde, empfand ich defensiv den Drang zu sagen: «Es war nicht mein Fehler. Ich habe dafür auch gelitten.» Tief in meinem Innern dachte ich wohl, wenn ich den Schmerz der Juden anerkennen würde, würde ich meine eigenen Leiden verraten oder marginalisieren. Ein anderer Teil in mir befürchtete wohl, dass ich meinen Anspruch auf Gerechtigkeit verwirken würde, wenn ich Sympathien für «den Feind» zeigte. Ich weiß jetzt, dass das Unfug ist: Man ist stärker, wenn man Feindschaft mit Menschlichkeit überwindet.»²⁴ Abu Sarah hatte begriffen, dass er über den Holocaust lernen musste, um mit seinen jüdischen Freunden erfolgreich zu kommunizieren. Freilich kann man

²¹ Alexandra Senfft (2009), S. 15.

²² Avraham Burg, *Hitler besiegen. Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss*, Frankfurt/M: Campus 2009, S. 95.

²³ Ebenda, S. 98.

²⁴ Siehe <http://azizabusarah.wordpress.com/>

von diesen Freunden ebenso erwarten, dass sie das Schicksal der Palästinenser wahrnehmen, um empathisch auf Abu Sarah zu reagieren – und einen echten Dialog zu beginnen.

Anders als Deutsche und Juden, die mit der Zeit ein gemeinsames Narrativ entwickelt und immerhin definiert haben, wer während des Nationalsozialismus Täter und wer Opfer gewesen ist, ringen Israelis und Palästinenser weiterhin darum, wer von beiden das Opfer ist und wer mehr leidet. Geradezu so, als habe das Opfer immer Recht, hält jeder den anderen für den Täter. Die Mehrheit der Israelis betrachtet sich als Opfer oder potenzielles Opfer palästinensischen Terrors und sieht das Existenzrecht Israels in beständiger Gefahr. Indem sie ihren Blick auf den «Opferstatus» reduzieren, verdrängen sie ihre Rolle als Besatzer und drücken sich um die Verantwortung für ihre eigenen Handlungen. Die Palästinenser leben zwar unter einer Besatzung und werden täglich gedemütigt, doch das verleiht auch ihnen nicht den Rang des Opfers – auch sie haben ihre gewaltsamen Anteile und sind gegenüber jüdischen Israelis oder gar gegenüber ihren eigenen Leuten zu Tätern geworden. Tatsache ist, dass es auf beiden Seiten Opfer und Täter gibt.

Über die Funktion von Feindbildern und Stereotypen sagt Saida Nusseibeh: «Hier ist mehr als Ignoranz oder kulturelle Einstellungen am Werk. Vorurteile zuzugeben kann zur Folge haben, mit verdrängten Schuldgefühlen konfrontiert zu sein. «Schuld ist der Klebstoff, der Vorurteile zusammen hält.» Um solche Einstellungen zu verändern, muss man eine Atmosphäre schaffen, die die Schuldgefühle der Menschen vermindert. Bei anderen Menschen bleiben Vorurteile erhalten, weil sie in der Vergangenheit verletzt oder diskriminiert wurden. Unsicherheit kann Angst und Ohnmacht erzeugen, die die Feindbilder weiter verstärken.» Sündenböcke zu schaffen, sei meistens eine Projektion, so die Schwester des Philosophen Sari Nusseibeh. Wer diskriminiert worden sei, fühle sich oftmals bereits dann besser, wenn er seinerseits nun andere diskriminiere. «Anstatt dass wir als Individuen unsere eigenen negativen Charakteristika oder geheimen Wünsche, die möglicherweise gegen die kulturellen Normen und Werte unserer Gruppe verstoßen, zugeben und uns mit ihnen konfrontieren, projizieren wir diese negativen Eigenschaften häufig auf die andere Gruppe («Alle Israelis sind arrogant» oder «Alle Araber sind unzuverlässig» usw.).»²⁵

Es gebe kein objektives Maß, um Leid zu messen, denn Leiden sei immer subjektiv, hat Bar-On stets betont. Er hielt es für dringend geboten, dass jede Seite versucht zu begreifen, wie schmerzhaft und nicht verarbeitete Erfahrungen aus der Vergangenheit auf die Gegenwart wirken. Der ehemalige PLO-Vertreter Afif Safieh verwies zu Recht auf die Universalität der Menschenrechte: «Wäre ich ein Jude, Sinti oder Roma, wäre der Holocaust für mich das schrecklichste Ereignis in der Geschichte. Wäre ich ein Schwarzafrikaner, wären es die Sklaverei und Apartheid. Wäre ich ein Ureinwohner Amerikas, wäre es die Entdeckung der neuen Welt durch europäische Forscher und Siedler, was fast zur völligen

²⁵ Vgl. Saida Nusseibeh (2001).

Auslöschung geführt hat. Wäre ich Armenier, wäre es das osmanisch-türkische Massaker. Und wenn ich ein Palästinenser wäre, wäre es die *Nakba*, die Katastrophe der Vertreibung. Niemand hat das Monopol über menschliches Leiden. Es ist nicht ratsam, eine Hierarchie des Leides zu schaffen. Die Menschheit sollte all das oben genannte als moralisch abstoßend und politisch unakzeptabel betrachten.»²⁶

Neben der parlamentarischen Ebene und den rein praktischen Beziehungen, die es zwischen Israelis und Palästinensern noch gibt, existiert auch die Zivilgesellschaft – Nichtregierungsorganisationen und Initiativen in den Friedensbewegungen – auf beiden Seiten. In Palästina gibt es divergierende Ansichten darüber, ob man weiter mit Israelis zusammenarbeiten solle. Der Generaldelegierte Palästinas in Deutschland, Salah Abdel Shafi, sagt, diese Frage sei nicht pauschal zu beantworten, sondern liege im Ermessen jedes Einzelnen. «Die Minimalanforderungen für Kontakte sollten aber sein, dass Palästinenser und Israelis sich darauf einigen, gleichberechtigt auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten, die Besatzung zu beenden und einen palästinensischen Staat neben Israel zu schaffen.»²⁷ Sicherheit gelte nicht nur für Israelis, sondern auch für die Palästinenser. Es sei Unfug zu glauben, man könne die Zusammenarbeit auf humanitäre oder finanzielle Belange beschränken, wie das von israelischen Partnern oft gefordert werde – jeder Kontakt sei politisch, so Abdel Shafi, und deshalb müsse es für gemeinsame Projekte auch einen politischen Rahmen geben, für dessen Ziele sich alle Beteiligten einsetzen. «Wir müssen uns einig sein, einen lebensfähigen palästinensischen Staat schaffen zu wollen, der an der Seite Israels Bestand haben wird»,²⁸ so der Politologe, dessen Vater Haider Abdel Shafi 1991 die palästinensische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Madrid und anschließend auch in Washington noch einige Zeit leitete, bis er sie zur Farce erklärte, weil sie mit einem fairen Austausch nichts zu tun hätten, und von seinem Amt zurücktrat.

Es gibt, trotz aller politischen Schwierigkeiten, weiterhin eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen in Palästina und Israel, die erfolgreich zusammenarbeiten und dem Stillstand auf der hohen politischen Ebene durch lebhafte Prozesse an der Basis entgegenwirken. Zu nennen wären hier zum Beispiel das *Palestine-Israel Journal*, eine Zeitschrift mit paritätisch besetzter palästinensischer und israelischer Redaktion, oder *Miftah – The Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue & Democracy*. Miftah kooperiert mit der israelischen Organisation *Keshev*, dem Zentrum zum Schutz der Demokratie in Israel, im Rahmen eines Medienbeobachtungs-Projekts mit dem Titel «Auch Worte können töten», um der Frage nachzugehen, ob die Medien friedensfördernd berichten oder – ganz im Gegenteil – Vorurteile und Feindschaft schüren. *IPCRI – The Israel/Palestine Center for Research and Information* oder *PRIME – Peace*

²⁶ Afif Safieh, *On Palestinian Diplomacy*, Washington D. C. 2006, S. 24 f.

²⁷ Gespräch mit der Autorin im November 2010.

²⁸ Ebenda.

Research Institute in the Middle East arbeiten als Thinktanks. *Al-Tariq – The Way to Democracy and Peace* führt unter anderem Verständigungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen durch, und in der Dorfkooperative *Wahat al-Salam/ Neve Shalom* leben seit 1972 jüdische und palästinensische Bürger Israels miteinander. *Ta'ayush* (Arabisch) bedeutet «Zusammenleben» und ist eine Bewegung von Juden und Palästinensern, die sich gemeinsam durch diverse *Grassroots*-Aktivitäten gegen Rassismus und für ein friedliches Miteinander einsetzen. Zu nennen wäre ferner der *Bitter Lemons Newsletter*, eine online-Plattform israelischer und palästinensischer Intellektueller, die ihre jeweilige Sicht auf die aktuellen Entwicklungen veröffentlichen. Nicht zuletzt sind *The Parents Circle – Families Forum* und *Combatants for Peace* von besonderer Bedeutung, weil hier Palästinenser und Israelis ihre Lebensgeschichten austauschen, gemeinsam die Opfer in ihren Familien betrauern und sogar ihre Rolle als Täter aufarbeiten. Es gibt dergestalt viele Initiativen, die, von der internationalen Öffentlichkeit oft nicht oder nicht angemessen wahrgenommen, zur Verständigung zwischen Palästinensern und Israelis beitragen.²⁹ Viele der Persönlichkeiten, die sich in diesen Initiativen aktiv einbringen, haben Gewalt erfahren und oft schmerzhaftes Verlorene erlitten. Für manche von ihnen hätten diese oft traumatischen Erlebnisse zur Folge haben können, selbst zur Gewalt zu greifen und anderen Schaden zuzufügen. Anstatt jedoch einen destruktiven Weg einzuschlagen – und sich durch Hass letztlich auch selbst zu zerstören –, haben sie den Weg der Verständigung gewählt. Die regierenden Politiker auf beiden Seiten könnten viel über wahrhaftige Dialoge von vielen dieser Akteure in der Zivilgesellschaft lernen. Diese Menschen handeln oft sehr viel politischer und effektiver als sie, nicht zuletzt weil sie das Private als politisch erkannt haben.

Hussein Agha und Robert Malley sagen: «Die Palästinenser sind insgeheim im Glauben befangen, die USA würden sie eines Tages retten; und die Israelis hängen der Vorstellung an, die USA würden sie ewig schützen. Beide zeigen zu oft größeres Interesse daran, Amerikas Unterstützung zu gewinnen als sich gegenseitig zu überzeugen.»³⁰ Erst wenn die palästinensischen und israelischen Politiker die Arbeit jener Nichtregierungsorganisationen und verschiedenen Friedensinitiativen zum Vorbild nehmen, die partnerschaftlich und auf Augenhöhe kooperieren, um die Besatzung zu beenden und Palästinensern und Israelis Sicherheit zu vermitteln, erst wenn sie deren Aktivitäten zum menschlichen und politischen Maßstab erheben, kann im Nahen Osten tatsächlich Frieden

²⁹ Leider können im Rahmen dieses Beitrags nicht alle Organisationen und Initiativen genannt oder ausreichend gewürdigt werden. Es wird in diesem Zusammenhang noch hingewiesen auf den Dachverband *Panorama – The Palestinian Center for the Dissemination of Democracy & Community Development* (www.panoramacenter.org) und *The Peres Center for Peace* (www.peres-center.org). Hier sind rund 120 palästinensische und israelische Organisationen, von denen viele gleichberechtigt und erfolgreich miteinander arbeiten, miteinander vernetzt. Siehe die Liste und weitere Links zu diesen Organisationen unter <http://www.wiserearth.org/organization/view/dd7fee01e4e116e302d5-c426478b0d1a>

³⁰ Hussein Agha/Robert Malley (2011).

geschaffen werden. Sobald die Friedensaktivitäten an der Basis durch politische Entscheidungen gestützt werden und sich diese beiden Ebenen strategisch miteinander verbinden, kann auch die öffentliche Meinung auf beiden Seiten positiv beeinflusst und auf Friedenskurs gebracht werden.

Sami Adwan betont, wie sehr ein echter Dialog dafür sorgt, Empathie für den Schmerz des anderen zu entwickeln, ohne dabei die eigene Identität und die eigenen Interessen aufzugeben: «Es geht nicht darum, dass wir, Palästinenser oder Israelis, unsere Leute oder die Gesellschaften, in denen wir leben, im Stich lassen. Es wäre ein schrecklicher Fehler anzunehmen, ein Palästinenser verleugne seine Realität oder sein Leiden, nur weil er mit Israelis zusammenarbeitet. Man kann weiter ein nützliches Mitglied seiner Gemeinde, Familie oder Gesellschaft bleiben und trotzdem zugleich an Aktivitäten mit Israelis teilnehmen. Ebenso sollten Israelis sich nicht von ihren Gesellschaften entfernen. Wenn das passierte, würden sich beide Gruppen von ihren eigenen Gesellschaften isolieren und abtrennen, was einzig dazu führen würde, ihren Einfluss auf diese Gesellschaften zu schwächen.»³¹

Gerade dieser Einfluss ist jedoch dringend notwendig, um Menschlichkeit, Freiheit und Demokratie als gesellschaftliche Werte zu erhalten und zu fördern. Es gibt für Palästinenser und Israelis deshalb keine andere Lösung als Dialog und gleichberechtigte Zusammenarbeit.

31 Siehe Sami Adwan (2010).

III Besatzung und Belagerung

Die palästinensische Wirtschaft

Zwischen asymmetrischer Abhängigkeit und regionaler Kooperation?

Der Nahostkonflikt wurde in der Vergangenheit meist von der politischen Auseinandersetzung überragt. Auch in der Nahostwissenschaft standen bis Ende der 1980er-Jahre meist politische, vor allem sicherheitspolitisch-militärische Themen im Vordergrund; Fragen zur Wirtschaft waren meist auf die Ölproduktion und die Analyse der Rentenflüsse bezogen. Die entscheidenden Grundlagen einer Gesellschaft schafft und formt aber die Wirtschaft. Sie ist nicht isoliert zu betrachten, sondern in einem umfassenderen sozialen und politischen Kontext. Geht es um das Verständnis von Politik und Gesellschaft, ist folglich die Ökonomie die «Schlüsselwissenschaft»¹. Auf der lokalen und regionalen wie auf der globalen Ebene wirken «orientierende Definitionsfaktoren» auf das soziale Subjekt ein und bestimmen dessen «Spielräume möglichen Handelns»². Um diese Spielräume konkurrieren Akteure, insbesondere in Prozessen politischer Neubildungen, wie in der Staatsbildung. Hinzu kommt, dass *state-building* als ein indigener Prozess in Gemeinschaften, die aus gewaltsamen Konflikten hervorgehen, an sich ein weites und relativ neues Feld ist. Erst recht fehlen Aussagen, um *state-building* unter den Bedingungen von Besatzung, ökonomischer Abhängigkeit und territorialer Separation zu werten. Die Modelle der einflussreichsten Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen wie IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank basieren mehrheitlich auf neoliberalen Ansätzen, die weniger der Wirtschaftswissenschaft, als vielmehr «dem simplen Glauben an die freie Marktwirtschaft» entspringen, wie der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, feststellt.³ Deren Übergewicht, eingeschränkte Entscheidungsfreiheit

- 1 Siehe hierzu die Ausführungen von Hans Heinz Holz (2010), Die Strenge des Begriffs. Von der politischen Ökonomie zur wissenschaftlichen Weltanschauung, abrufbar unter: http://www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com_content&view=article&id=289:die-strenge-des-begriffs&catid=38:weltanschauung-philosophie-und-ethik&Itemid=67; Heinrich Bortis: John Maynard Keynes. Eine neue Politische Ökonomie, <http://www.formdesign.ch/fileadmin/pdf/JohnMaynardKeynes.pdf>. (1.3.2011).
- 2 Wolf-Dieter Narr (2010), Wie kommt's zum Raum-Echo? Abrufbar unter: <http://www.raumnachrichten.de/ressource/buecher/1187-raum>, (1.3.2011).
- 3 Joseph Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin: Siedler 2002, S. 255.

und das Manko an alternativen eigenständigen Ansätzen zur ökonomischen Zukunft schwächen die palästinensischen politischen Akteure in der institutionellen Aufbauarbeit bis heute.

State-building im Westjordanland und Gazastreifen ist Teil des Austrags des israelisch-palästinensischen Konfliktes und seines Wandels. Je nach politischer Zäsur sind die politökonomischen Rahmenbedingungen verändert. Der entwicklungskritische Punkt bleibt jedoch, inwiefern in diesen Etappen die asymmetrische Dependenz der palästinensischen Wirtschaft von der Israels zu- oder abnimmt und Wirtschaftsstrukturen in Richtung ökonomischer Eigenständigkeit und Lebensfähigkeit bzw. Nachhaltigkeit (*viability/sustainability*) entwickelt werden. Zusammengefasst stellen sich zur konfliktsensitiven Wirtschaft und Wirtschaftsentwicklung in den palästinensischen Gebieten schließlich zwei ganz praktische Fragen:

1. Wie beeinflusst der israelisch-palästinensische Konflikt die Wirtschaft in den palästinensischen Gebieten hinsichtlich der erklärten Zielsetzung eines palästinensischen Staates?

2. Welche politökonomischen Modelle sind politisch realistisch und ökonomisch sinnvoll, um eine lebensfähige, eigenständige palästinensische Volkswirtschaft aufzubauen, nicht zuletzt angesichts der realen globalwirtschaftlichen Konstellationen und technologischen Prozesse?

Die Entwicklung der ökonomischen Strukturen

Die politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und natürlichen Ausgangsbedingungen im Westjordanland, im Gazastreifen und in Israel unterschieden sich seit jeher. Nach der Staatsgründung führte die israelische Regierung eine zentralisierte, regulierte *mixed economy* ein. In den folgenden Jahren richtete sie ihre exportorientierte Wirtschaftspolitik auf westeuropäische Gesellschaften und Marktwirtschaft aus.

Die Wirtschaftsentwicklung in der Westbank und im Gazastreifen wurde stets von «scheinbar endlosen politischen Turbulenzen und menschlichen Tragödien»⁴ beeinflusst. Bis 1948 waren Westjordanland und Gazastreifen integraler Teil der Wirtschaft im Mandatsgebiet Palästina. Im Krieg 1948/49 wurde das Territorium, auf dem laut UN-Teilungsbeschluss von 1947 der arabisch-palästinensische Staat gegründet werden sollte, von den Nachbarn besetzt. Die von der israelischen Armee eroberten Teile gliederte die israelische Regierung an den von den UN vorgesehenen jüdisch-palästinensischen Staat an. Die Armee des Königreichs Jordanien besetzte das Westjordanland, Ägyptens Militär den Gazastreifen.

Nach der Annexion durch Jordanien 1951 verfügte das Westjordanland über einen großen Landwirtschaftssektor und einen schwachen und unterentwickelten

4 George T. Abed (Hrsg.), *The Palestinian Economy: Studies in Development under Prolonged Occupation*, London 1988, S. 1. (Übersetzung der Hrsg.)

Industriesektor. Vorherrschend waren kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe. Die Geschäftsleute verloren mit der Teilung wichtige Handels- und Industriezentren, einen erheblichen Teil ihres Marktpotenzials für Landwirtschaftsprodukte und den Zugang zum Mittelmeer. Die Wirtschaft des Gazastreifens war während der Mandatszeit zwar peripher, aber nicht isoliert gewesen und hatte von der geografischen Lage als Durchzugsgebiet für den Personen- und Warentransport profitiert.⁵ Nach dem Krieg unterbrach das ägyptische Militärregime die traditionell enge Verbindung Gazas mit Kairo. Auch der Zugang nach Israel war verschlossen. Durch den Zustrom von palästinensischen Flüchtlingen hatte sich die Bevölkerung 1950 gegenüber 1948 verdreifacht und 1967 versechsfacht. Die Wirtschaft war fragil⁶ mit einem Überangebot an palästinensischen Arbeitskräften und einer regional vergleichbar schwach entwickelten Infrastruktur, die auf derartige Anforderungen nicht vorbereitet war. Auf Grund dieser politgeografisch abgeschnittenen Lage stieg die Anzahl derjenigen, die im Warenverkehr und -austausch tätig waren. So entwickelte sich der Handel zum bevorzugten Wirtschaftsbereich im Gazastreifen. Das Einkommen der hiesigen Bevölkerung resultierte neben öffentlichen und privaten Hilfszahlungen hauptsächlich aus der Landwirtschaft, aus Zitrusanbau und -verarbeitung. Infolge der gestiegenen Exportnachfrage, hauptsächlich aus Osteuropa, expandierten die Unternehmen in der Zitruswirtschaft; daneben entwickelte sich fast keine andere Industrie.

Zusammengefasst ist festzustellen, dass Westbank und Gazastreifen nach 1948/49 an zwei unterschiedliche nationale Ökonomien gebunden waren. In Jordanien und Ägypten bestanden traditionelle arabische Wirtschaftssysteme mit nahöstlich orientierten Marktbeziehungen. Weder Jordaniens noch Ägyptens Regierung zeigten Interesse an einer Wirtschaftspolitik, die ausgesprochen auf die Entwicklung und Integration von Westjordanland bzw. Gazastreifen orientiert war.

Nach 1967 bestimmte die israelische Besatzungspolitik die Wirtschaftsentwicklung in den palästinensischen Gebieten.⁷ Die israelische Wirtschaft dehnte die eigenen Marktstrukturen systematisch auf Westbank und Gazastreifen aus. Der Rüstungsboykott gegenüber Israel war schließlich der finale Anlass für die Regierung, in der einheimischen Rüstungsindustrie zu expandieren und somit die teure Eigenbedarfsproduktion durch gewinnversprechende Exporte zu entlasten. Während die Regierung Unternehmen bei der Entwicklung von Hochtechnologie für sicherheitspolitische Zwecke in Israel förderte, lagerten einheimische Firmen arbeitsintensive Abteilungen der Zivilproduktion in die besetzten Gebiete aus. So modernisierte Israel seine Volkswirtschaft in einigen

5 Vgl. Nathan Shachar, *The Gaza Strip. Its History and Politics. From the pharaohs to the Israeli invasion of 2009*, Brighton: Sussex Academic Press 2010.

6 Vgl. Ziad Abu-Amr, *The Economy: 1948-1984*, in: Abed (1988), S. 100-118.

7 Vgl. Arie Arnon, *Israeli Policy towards the Occupied Palestinian Territories: The Economic Dimension, 1967-2007*, in: *Middle East Journal*, Jahrgang 61, Nr. 4 (2007), S. 573-595, abrufbar unter: http://www.bgu.ac.il/~arnona/Israeli_Policy_towards_the_Occupied_Palestinian_Territories_The_Economic_Dimension_1967-2007.pdf

Branchen auch durch *outsourcing* von arbeits- und ressourcenintensiven Bereichen in die besetzten Gebiete.

Das Westjordanland und der Gazastreifen verfügten in dieser Zeit über eine nur unzureichend ausgebaute Infrastruktur und wenig entwickelte Industriesektoren sowie kaum verwertbare Energieträger; es überwogen kleine, von Familien geführte Unternehmen, Abhängigkeit von Rohstoffimporten und Mangel an Investitionskapital. Für Anfang der 1970er-Jahre weisen beide Territorien eine Phase des Wirtschaftswachstums auf, als sowohl das Bruttosozialprodukt (BSP) als auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) relativ schnell anstiegen, gefolgt von einer Rezession in den 1980er-Jahren, als der internationale Ölboom abbrach und in Israel Stagflation herrschte.⁸ Hintergrund waren zwei Faktoren, die bis heute von imperativer Bedeutung für die palästinensische Wirtschaft sind:

- Einerseits resultierte das Wachstum aus Einkommen ausländischer Herkunft, insbesondere aus Transferzahlungen von palästinensischen Gastarbeitern in den Golfstaaten und in Israel, aus Überweisungen der Diaspora und arabischer Staaten sowie von Einrichtungen der internationalen Hilfe an palästinensische Institutionen. Diese Überweisungen aus dem Ausland nahmen über die Jahre tendenziell zu. 1987 resultierte das Einkommen des Westjordanlandes zu einem Viertel und das des Gazastreifens zu einem Drittel aus Transferzahlungen aus dem Ausland.⁹ Folglich sank die Wertigkeit der inländischen Wirtschaftsaktivitäten bei der Bilanzierung des verfügbaren Nationaleinkommens gegenüber dem Einkommen aus externen Quellen. Dadurch wiederum hatten die palästinensischen Behörden geringere Steuereinnahmen für dringend erforderliche soziale und materielle infrastrukturelle Maßnahmen zur Verfügung. Letztlich stieg damit die Abhängigkeit der besetzten Gebiete von Einkommen, das nicht im Lande generiert wurde.
- Andererseits genehmigte die Regierung Israels die Ausdehnung solcher palästinensischen Wirtschaftsbereiche, die zur israelischen Wirtschaft kompatibel waren.¹⁰ Israelische Unternehmer nutzten das niedrigere Lohnniveau in den palästinensischen Gebieten und lagerten arbeitsintensive Produktionsprozesse aus, behielten aber die strategischen Abteilungen im Lande. So wurden traditionelle palästinensische Manufakturen zu Subunternehmen israelischer Betriebe, u. a. in den Sektoren Textil und Bekleidung, Lederwarenverarbeitung, vor allem in der Schuhproduktion. Daneben eröffneten palästinensische Geschäftsinhaber neue Serviceeinrichtungen für israeli-

8 Vgl. World Bank, *Developing the Occupied Territories. An Investment in Peace*, Bd. 1, Washington D.C. (1993), abrufbar: <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/D16478C6C4DC132C852574F600518919>

9 Vgl. Osama A. Hamed/Radwan A. Shaban, *One Sided Customs and Monetary Union: The Case of the West Bank and Gaza Strip under Israeli Occupation*, in: Stanley Fischer/Dani Rodrik/Elias Tuma (Hrsg.), *The Economics of Middle East Peace*, Cambridge/Mass. (1993), S. 117-148.

10 Siehe Meron Benvenisti (mit Ziad Abu-Zayed und Danny Rubinstein), *The West Bank Handbook. A Political Lexicon*, Jerusalem: The Jerusalem Post (1986).

sche Unternehmen, z. B. Autowerkstätten, Garagenbetriebe und Werkstätten für Landwirtschaftsgeräte. Damit wurde in einigen Bereichen die industrielle und gewerbliche Basis erweitert, gleichzeitig jedoch einseitig auf den Bedarf in Israel ausgerichtet und abhängig davon, dass der Zugang zum israelischen Kernland stets geöffnet ist. Diese Abhängigkeit betrifft insbesondere die Arbeitsbeziehungen. Bis zum Ende der 1980er-Jahre wuchs der israelische Arbeitsmarkt zum wichtigsten Beschäftigungsfeld für palästinensische Arbeitskräfte. 1992 erhielten 115.600 Palästinenser ihre Löhne aus einer Beschäftigung in Israel; das waren 36,6 Prozent aller palästinensischen Beschäftigten in Westbank und Gazastreifen.¹¹ Nominal finanzierten sie mit den in Israel verdienten Löhnen die Handelsimporte aus Israel, die rund 1 Mrd. US-Dollar jährlich betrugen.¹² Insgesamt bestand und besteht zwischen beiden Wirtschaften eine große Disparität: Nach israelischen Berechnungen stammten 1986 mehr als ein Drittel des erwirtschafteten BSP der besetzten palästinensischen Territorien aus dem Verkauf von Waren und Faktorleistungen an Israel. Demgegenüber realisierte Israel nur 3 Prozent seines BSP aus dem Verkauf von Waren an die Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten.¹³

Durch diese Externalisierung¹⁴ erfolgte eine zunehmende Integration der palästinensischen Wirtschaft in die stärkere und technologisch weiter entwickelte Wirtschaft Israels. Die vereinzelt entstandenen industriellen Kerne und auch die jahrelange Beschäftigung von Palästinensern in der modernen Wirtschaft Israels trugen durchaus dazu bei, dass Übertragungseffekte auf die palästinensische Ökonomie wirkten. Determinierend war jedoch, dass die palästinensischen Produktions-, Handels- und Arbeitsmarktstrukturen einseitig auf das Wirtschaftszentrum Israel orientiert wurden. Letztendlich wurde damit nicht die wirtschaftliche Selbständigkeit der palästinensischen Territorien gefördert, sondern deren asymmetrische Abhängigkeit von Israel.¹⁵

Der Ausbruch der Intifada im Dezember 1987 zeigte, dass diese Abhängigkeit auch auf die israelische Wirtschaft und Gesellschaft nachteilig wirkt. Auf mikroökonomischer Ebene wurden zahlreiche israelische Unternehmen durch Liefer- und Fertigungsausfälle getroffen, auf der makroökonomischen Ebene durch

- 11 Siehe Ephraim Kleiman, Some Basic Problems of the Economic Relationships between Israel, the West Bank, and Gaza, in: Fischer/Rodrik/Tuma (1993), S. 305-333.
- 12 Nachdem Israels Regierung nach Mosche Dayans Vorschlag die *Open bridge*-Politik eingeführt hatte, genehmigte die Israeli Military Authority palästinensische Exporte auch nach Jordanien, aber begrenzte die Einfuhr palästinensischer Produkte nach Israel.
- 13 Siehe Kleimann (1993).
- 14 Sara Roy, *The Gaza Strip: The Political Economy of De-Development*, Washington: Institute for Palestine Studies (1995).
- 15 Ausführlicher siehe den Beitrag von Sabine Hofmann, Wirtschaftliche Kooperation bei politischer Separation. Zum Aufbau einer palästinensischen Volkswirtschaft, in: Dietmar Herz/Christian Jetzlspurger/Kai Ahlhorn (Hrsg.), *Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven*, Stuttgart: Steiner (2003), S. 141-167.

den Boykott israelischer Waren. 1988 verzeichnete die israelische Wirtschaft auf Grund der Intifada eine finanzielle Einbuße von 1,9 Prozent des BIP.¹⁶ Unter dem Eindruck von Intifada, Strukturveränderungen in der israelischen Volkswirtschaft, Einwanderungswelle und den Empfehlungen aus dem *Sadan Report* modifizierte die israelische Regierung ihre Besatzungspolitik Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre. So sollten Investitionen in die industrielle Basis zur Schaffung von Jobs in Westbank und Gazastreifen genehmigt werden, um auf diesem Wege die Abhängigkeit der besetzten Gebiete vom Arbeitsmarkt und der Wirtschaft Israels sowie andererseits die Abhängigkeit Israels von palästinensischen Arbeitskräften *innerhalb* Israels zu reduzieren.

Mit der Unterzeichnung der *Declaration of Principles* (DoP) 1993 akzeptierten die israelische Regierung und die PLO eine Restrukturierung ihrer politischen Beziehungen. Zu den entscheidenden Kernpunkten zählte die beidseitig unterstützte Feststellung, das Westjordanland und Gazastreifen als «einheitliches Territorium, dessen Einheit während der Übergangsperiode beibehalten wird», zu betrachten und diese Einheit auch politisch und wirtschaftlich zu unterlegen. Durch die DoP, die *Road Map* und die in den folgenden Jahren unterzeichneten Dokumente präferierten aber beide Seiten die Option von zwei Staaten: Israel und Palästina. Dieses Verständnis ist das veränderte Element und bedeutet einen historischen Durchbruch im israelisch-palästinensischen Verhältnis¹⁷ und brachte Bewegung in Richtung Aufbau eines palästinensischen Regierungssystems.

Für das Gebiet der Wirtschaft unterzeichneten beide Seiten im April 1994 das *Protocol on Economic Relations between the Government of Israel and the P.L.O., representing the Palestinian People* (PER). Auf der Basis dieses Regimes wurde ein israelisch-palästinensisches *Joint Economic Committee* (JEC) eingerichtet, das die Wirtschaftsfragen gemeinsam regeln sollte. Danach obliegt die Ökonomie nicht allein der palästinensischen Selbstbestimmung, sondern in den Hauptfragen ist die Zustimmung Israels erforderlich, wie z. B. im Handel. So sollten die Tarife für israelische und palästinensische Importe abgestimmt und damit ein gemeinsamer Zollrahmen (*customer envelope*) geschaffen werden. Auch in der Arbeitsmarktpolitik wurde vereinbart, den Bedarf in den jeweiligen Wirtschaftsgebieten von Zeit zu Zeit abzustimmen.

Ausschlaggebend hierbei sind das Verhältnis zwischen den beiden Vertragsseiten und die Verbindung zwischen den Wirtschaftsgebieten, d.h. ob zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten eine Grenze existiert oder nicht. Während das Konzept des PER auf der Annahme basierte, dass die Territorien und Wirtschaftsgebiete offen sind, hat die Schließungspolitik Israels zu einer zunehmenden Separierung geführt. Die «Realität beweist das Scheitern der

16 Nadav Halevi, *Economic Implications of Peace: The Israeli Perspective*, in: Fischer/Rodrik/Touma (1993), S. 117-148.

17 Vgl. Galia Golan, *Israel and Palestine: Peace Plans and Proposals from Oslo to Disengagement*, Princeton: University Press (2007).

Architekten des Protokolls», schlussfolgerte der israelische Wirtschaftswissenschaftler Arie Arnon.¹⁸

Seit der Unterzeichnung der DoP durch Mahmud Abbas und Shimon Peres im September 1993 verläuft die Entwicklung in den palästinensischen Gebieten recht instabil. Die verschiedenen Perioden des anvisierten *state-building* sind sowohl von politischem Fortschritt und Wirtschaftswachstum als auch von Abhängigkeit, Instabilität, Stagnation und Krisen gekennzeichnet. Welche Situation finden wir vor, welches sind die determinierenden Faktoren?

Entwicklungsdeterminanten der palästinensischen Wirtschaft

a) Okkupation, Konflikt, Vorstaatlichkeit und fehlende politische Souveränität

Israels Premierminister Jizchak Rabin erklärte im September 1995, das Ziel der politischen Regelung des Konfliktes sei die Trennung Israels von der Wirtschaft der palästinensischen Gebiete und eine Separation beider Völker. Ehud Barak verkündete als Ministerpräsident im Winter 1999 ebenfalls, dass seine Regierung in den Verhandlungen über den endgültigen Status einer vollständigen Trennung von Israelis und Palästinensern in allen Bereichen, einschließlich der Wirtschaft, zustimme. Zuvor war bereits die tiefgreifendste politische Veränderung, die die Ökonomie in den palästinensischen Gebieten seit der Besetzung 1967 erfahren hatte, erfolgt: Israels Politik der graduellen Schließung der Grenzen – der «dauerhaften Schließung» (*permanent closure*), der «umfassenden Schließung» (*comprehensive closure*) und der «internen Schließung» (*internal closure*) von Westbank und Gazastreifen – und der zunehmenden Herauslösung Ost-Jerusalems aus der palästinensischen Wirtschaft. Im *Agreement of Movement and Access*¹⁹ (Abkommen über Bewegungsfreiheit und Zugang – AMA) vereinbarten Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) im November 2005 einige Nachbesserungen, die insbesondere für den Personenverkehr zwischen Gaza und Ägypten via den Grenzübergang Rafah zeitweise auch erreicht wurden. Für den Warenverkehr zwischen Westbank und Gazastreifen und Israel fehlt aber weiterhin ein offenes Handelsregime. So gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass für den Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland eine Transitverbindung (*safe passage*), wie sie in den Osloer Abkommen vereinbart wurde, eröffnet wird.

Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Westjordanland wird durch ein dichtes Netz von Autoritäts- und sicherheitspolitischen Barrieren bestimmt. Hinzu kommen die israelischen Kontrollen beim Zugang nach Israel

18 Siehe Arie Arnon, On the Implications of Economic Borders Between Israel and Palestine, in: *Israel-Palestine Journal*, 9. Jahrgang (2002), Heft 3, S. 32-39. (Übersetzung der Hrsg.)

19 Die Grenzkontrolle zwischen dem Gazastreifen und Ägypten ist Teil des AMA. Danach sollte der Personen- und Warengrenzverkehr bei Rafah der ägyptischen und palästinensischen Kontrolle unterliegen mit einer dritten Monitoringpartei (EUBAM – *EU Border Assistance Mission*) und israelischer Überwachung.

(«grüne Grenze») und die Reglementierung des Zugangs nach Ost-Jerusalem.²⁰ Die israelische Regierung verlangt von jedem Palästinenser, der Arbeit in Israel sucht, dass er eine Genehmigung beantragt. Schon Anfang der 1990er-Jahre hatten all diese Maßnahmen einen vernichtenden Einfluss auf die palästinensische Wirtschaft,²¹ da nicht nur die in Israel arbeitenden Palästinenser und deren Familien von der Schließung betroffen waren, sondern auch die lokalen Beschäftigten. Die inländische Wirtschaft ist von Importen aus Israel und dem Ausland abhängig, wie dem Import von Rohmaterialien für die örtlichen kleinen Geschäfte, Betriebe und Werkstätten, für private und öffentliche Dienstleistungen und den persönlichen Verbrauch. Ebenso wurde die Wirtschaft beim Export getroffen, denn rund vier Fünftel der Exportverkäufe gehen nach Israel.

Neben der Einteilung in A-, B- und C-Gebiete mit jeweils differenzierter Verfügungsgewalt der palästinensischen Behörden wird der Waren- und Personenverkehr durch die israelischen Checkpoints und Straßensperren behindert.²² Im Januar 2010 hielt die israelische Regierung 626, im Januar 2011 immer noch 569 derartige Barrieren aufrecht. Darunter sind die ständig (2010: 75, 2011: 69) und die zeitweilig betriebenen Checkpoints (2010: 18, 2011: 21) sowie die unbemannten Straßensperren (2010: 533, 2011: 480).²³

Nachdem die Hamas aus den Wahlen 2006 als stärkste politische Kraft hervorgegangen war, übernahm sie im Juni 2007 nach innerpalästinensischen Kämpfen gegen die Fatah die Regierung im Gazastreifen. Die israelische Regierung reagierte harsch: Sie verhängte eine Blockade über den gesamten Gazastreifen und erhielt dafür internationale Zustimmung. Auch Ägypten schloss seine Grenze zum palästinensischen Nachbarn.²⁴ Die 1,5 Millionen Einwohner im dicht besiedelten Gazastreifen, von denen mehr als die Hälfte arm und ein Drittel sehr arm und auf humanitäre Hilfe angewiesen sind²⁵, blieben eingesperrt. Außer den Hilfslieferungen durch internationale Organisationen, die auf

20 Siehe World Bank, Checkpoints and Barriers: Searching for Livelihoods in the West Bank and Gaza. Gender Dimensions of Economic Collapse, abrufbar unter: <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/GenderStudy-EnglishFeb2010.pdf>

21 Siehe Arnon (2002).

22 Vgl. zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft auch Hofmann (2003).

23 Siehe OCHA, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the Occupied Palestinian Territory, *The Monthly Humanitarian Report*, Januar 2011, abrufbar unter: http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_the_monthly_humanitarian_monitor_2011_02_11_english.pdf (1.3.2011)

24 Die neue ägyptische Regierung richtete ihre Regionalpolitik neu aus: Am 28. Mai 2011 wurde der Grenzverkehr für den Personenverkehr (partiell) wieder geöffnet. Der Hamas-Sprecher begrüßte diese Entscheidung Ägyptens, Israels Außenminister kritisierte sie.

25 Das Palästinensische Statistische Büro (PCBS) bezeichnet als «relativ arm», wenn einer sechsköpfigen Familie für Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Transport ein Monatsbudget von weniger als 2.362 NIS zur Verfügung steht. Als «tiefste Armut» klassifiziert das Amt Familien mit 6 Personen und einem Monatsbudget für Lebensmittel, Bekleidung und Wohnen von weniger als 1.886 NIS. Danach gab das PCBS für 2007 folgende Armutsraten an: Westjordanland und Gazastreifen 30,3 % (18,3 % tiefe Armut), Westjordanland 19,1 % (9,7 %), Gazastreifen 51,8 % (35,0 %).

die von der israelischen Regierung genehmigten Warengruppen begrenzt sind, bestand mit Gaza faktisch kein regulärer Personen- und Warenverkehr. Dafür betrieben Händler und Schmuggler zeitweilig bis zu 1.200 Tunnels an der Grenze zu Ägypten, über die sie Produkte jeglicher Art nach Gaza quasi «einführten». Die Händler *verkauften* nur, führten aber keinerlei einheimische Erzeugnisse aus dem Gazastreifen aus. Lokale Ökonomen schätzten im Frühjahr 2010, dass etwa zwei Drittel des gesamten Wirtschaftsverkehrs Gazas auf diesem Wege abliefen. Der Tunnelbezug war aus dem informellen Bereich zu einem Teil des Geschäftslebens geworden, das Hamas-Behörden mit Steuern belegen und einzelne Clans kontrollieren.²⁶ Die ohnehin vom Ressourcenimport abhängige Wirtschaft des Gazastreifens ist nach dem Krieg 2008/09²⁷ erneut auf den Stand von vor dem Oslo-Prozess zurückgeworfen worden.²⁸

Die Territorial- und Sicherheitspolitik Israels ist letztlich auf die ökonomische Separation Israels von den palästinensischen Gebieten gerichtet, wobei die Entscheidung über die Entwicklungsräume der palästinensischen Gebiete jedoch bei der Regierung Israels verbleibt. Gewalttätige Auseinandersetzungen, territoriale Absperrung und internationale Wirtschaftsblockade dürften kaum dazu beitragen, die palästinensische Staatswerdung zu befördern und innerpalästinensische Differenzierungstendenzen zu verhindern. Durch die Separationspolitik Israels gegenüber den palästinensischen Territorien (A-, B-, C-Gebiete, Straßensperren und Checkpoints, israelisches Grenzsystem um das Westjordanland, Sonderstellung Ost-Jerusalems, Blockade des Gazastreifens) wurde/n

- a) ein ökonomisches Grenzsystem durchgesetzt,
- b) die Schaffung indigener palästinensischer Wirtschaftsstrukturen im gesamten Gebiet kompliziert,
- c) einigende Entwicklungsinitiativen begrenzt,
- d) die Produktions- und Erstellungskosten erhöht und damit die Konkurrenzfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft beeinträchtigt (Kosten für Transport, Logistik, *Back-to-Back*-System, Lagerhaltung usw.).

So verlief die makroökonomische Entwicklung nicht nur instabil, sondern auch politisch sehr sensitiv. Das Pro-Kopf-Einkommen war in den 1990er-Jahren bis 1999 gestiegen, doch danach unter das Niveau von vor dem Oslo-Abkommen gesunken. 2002 betrug es real zwei Drittel des Wertes von 1999 und lag auch 2008

²⁶ Siehe International Crisis Group (ICG), *Inside Gaza: The Challenge of Clans and Families*, *Middle East Report* No. 71 (Dezember 2007), abrufbar unter: http://www.crisisgroup.org/~media/Files/Middle%20East%20North%20Africa/Israel%20Palestine/71_inside_gaza_the_challenge_of_clans_and_families.ashx

²⁷ Siehe den Report des Human Rights Council (HRC), *Human Rights in Palestine and other Occupied Arab Territories. Report of the United Nations Fact Finding Commission on the Gaza Conflict* (2009), abrufbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/9/docs/UNFFMGC_Report.PDF (1.3.2011).

²⁸ Vgl. zu den ökonomischen und humanitären Folgen im Gazastreifen ausführlich den Beitrag von Anja Zorob in diesem Band.

und 2009 noch unter dem Niveau von vor dem Oslo-Prozess.²⁹ Das Wirtschaftswachstum 2008 (2,25 Prozent) und 2009 (7,0 Prozent) bewerteten IWF und Weltbank bereits als Indiz für eine erfolgreiche Entwicklung, denn trotz Krise lag diese Wachstumsrate höher als die Israels und der Industrieländer. Die Werte sind jedoch differenzierter zu betrachten: Diese Zahlen sind in erster Linie abstrakte, *quantitative* Angaben, ohne einen Hinweis darauf, ob damit eine *qualitative Verbesserung* der Wirtschaft verbunden war und wie sich das in der Gesellschaft auswirkt.

Ungeachtet der Unterschiede in den politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen trifft für beide Teilökonomien zu, dass das statistische Wachstum von einer sehr niedrigen Basis ausging. Das Wachstum wurde auch nicht für Westbank und Gazastreifen gleichermaßen registriert, sondern nur im Westjordanland und dort vorrangig in der Immobilien- und Bauwirtschaft und den öffentlichen Dienstleistungen. So war es hauptsächlich die PA, die das BIP-Wachstum mit von externen Geldgebern finanzierten Aktivitäten ankurbelte, und weniger das Vertrauen und die Investitionen des palästinensischen privaten Sektors in den Standort. Im Gazastreifen hatten die Blockade und der Krieg 2008-2009 zu einem drastischen Rückgang der Wirtschaftsleistung (2008: -5,0 Prozent; 2009: 0 Prozent)³⁰ und einem fast völlig zerstörten Privatsektor geführt. Inzwischen hat die israelische Regierung die Grenz- und Kontrollvorschriften etwas gelockert, doch angesichts der politischen Situation bestehen weiterhin erhebliche Hürden. So zeigt sich ein Bild von unterschiedlichen Trends in der palästinensischen Ökonomie: wirtschaftliche Erholung und Wachstum, Unternehmensausdehnung und Neugründungen, aber auch Stagnation, Depression und zaghafte Privatunternehmertum.

b) Der Prozess des *state-building*

Das Hauptdilemma der palästinensischen Ökonomie liegt nicht in den palästinensisch-israelischen *Wirtschaftsbeziehungen*, sondern in der fehlenden politischen und wirtschaftlichen Souveränität und Gleichberechtigung der palästinensischen Seite. Regierung und Institutionen setzen den politisch-administrativen Rahmen für Wachstum und Entwicklung. Die PA hat in den letzten Jahren die grundlegenden Strukturen und Einrichtungen für das palästinensische Staatswesen aufgebaut.³¹ Ziel ist die Entwicklung einer tragfähigen Wirtschaft und

²⁹ Siehe World Bank (2010).

³⁰ Siehe IMF, Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza, Staff Report (2009), abrufbar unter: <http://www.imf.org/external/country/wbg/RR/2010/041310.pdf>

³¹ Auf der Frühjahrstagung 2011 bescheinigten die internationalen Organisationen IWE, World Bank und UNSCO der PA beträchtlichen Fortschritt beim *institution-building* und in der Wirtschaftsentwicklung, jedoch wurden auch die Entwicklungserfordernisse aufgezählt. Siehe United Nations Special Coordinator (UNSCO), UNSCO Report on Economic and Social Conditions in the West Bank and Gaza Strip, Gaza, Februar 2011, abrufbar unter: <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/41639DB73FCDEC1A85257868005A0AC1>

robuster staatlicher Institutionen zur Umsetzung des Regierungsprogramms «Palästina: Beendigung der Okkupation. Errichtung des Staates».³² Dazu zählen weitere Reformen zur Verbesserung der Infrastruktur und Rechtssicherheit für Unternehmer und die finanzielle Absicherung der Institutionen.³³

Der PA blieben aber auch Felder verschlossen, die für eine zukünftige Unabhängigkeit wichtig sind. Insbesondere obliegt ihr nicht die alleinige Verfügung über die Naturressourcen auf ihrem Territorium und die Außenbeziehungen, einschließlich des Außenhandels. Vielmehr bestimmen Israels sicherheitspolitische Interessen den palästinensischen Zugang zu grundlegenden Ressourcen wie Land und Wasser³⁴ und die Verteilung von Verfügungsrechten über Rohstoffvorkommen wie Erdgas.

Um die Wirtschaftsentwicklung zu fördern und das Investitionsklima in den palästinensischen Territorien zu verbessern, hat die PA für Rechtssicherheit, politische Stabilität und wirtschaftliche Verlässlichkeit zu sorgen. In ihrer Wirtschaftspolitik orientiert sie sich an neoliberalen Konzepten der Marktwirtschaft sowie der Förderung des Privatsektors und neuer Technologien. Ziel ist es, nicht nur die israelische Okkupation palästinensischer Territorien zu beenden, sondern auch die externe Hegemonie und Kontrolle der palästinensischen Wirtschaft (*Palestinian national economy*³⁵). Schließlich orientiert sich die PA im Programm nicht einseitig auf die Kooperation mit israelischen Unternehmen, sondern auf eigene Investitionen und Ansiedlungen.

Die Hamas im Gazastreifen setzt in ihrer Programmatik den Islam als Rahmen, auch für das Wirtschaftssystem. Im Wahlprogramm von 2006 trat sie für eine unabhängige Widerstandsökonomie ein. Mit dem Hinweis auf Antimonopolgesetze grenzt sie sich von den staatskapitalistischen Mechanismen der PA, wie unter dem Präsidenten Jassir Arafat, bewusst ab. In den Außenbeziehungen stellt die Hamas die arabischen und islamischen Staaten verständlicherweise an die erste Stelle, doch auch die internationalen Wirtschaftsabkommen sollen nicht abgeschafft, sondern angepasst und erweitert werden, einschließlich des Protokolls über Wirtschaftsbeziehungen mit Israel, des Freihandelsabkommens mit den USA und des Partnerschaftsabkommens mit der EU.

32 Ministerpräsident Salam Fayad legte im August 2009 ein Regierungsprogramm mit dem Titel Palestine: Ending the Occupation. Establishing the State. Program of the Thirteenth Government, Palestinian National Authority (PNA) (2009), vor. Abrufbar unter: http://www.mop-gov.ps/web_files/issues_file/090825%20Ending%20Occupation,%20Establishing%20the%20State%20-%20Program%20of%20the%2013%20government.pdf

33 World Bank, *The Underpinnings of the Future Palestinian State: Sustainable Growth and Institutions. Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, Washington: World Bank (2010a).

34 Vgl. Anne Le More: *International Assistance to the Palestinians After Oslo. Political Guilt, Wasted Money*, London: Arnon (2007).

35 *Palestine. Ending the Occupation, Establishing the State. Program of the Thirteenth Government, Ramallah*, a.a.O.

c) Abhängigkeit von ausländischen Zuflüssen

Die palästinensischen vor-staatlichen Autoritäten und die Wirtschaftsentwicklung sind von ausländischen Zuflüssen existentiell abhängig. Der Prozess des *state-building* verläuft unter den Bedingungen struktureller Abhängigkeit von Auslandshilfe (Rentiersystem).

Nach Schätzungen der Weltbank stieg die gesamte externe Hilfe für die Westbank und den Gazastreifen von 607 Mio. US-\$ im Jahr 1999 auf 3,25 Mrd. US-\$ 2008.³⁶ Auf der internationalen Konferenz in Annapolis (USA) im November 2007 sagten die Geberstaaten der PA rund 7 Mrd. US-\$ und 2008 in Scharm-el-Scheich weitere 5,2 Mrd. US-\$ einseitige Transferzahlungen zu. Diese Summe war fast so hoch wie das BIP in den palästinensischen Gebieten, das 2008 rund 6,64 Mrd. US-\$ betrug.

Unter den Staaten und internationalen Organisationen ist die EU der größte Geldgeber. Die EU zahlt die höchsten Leistungen sowohl an die PA als auch an den NRO-Sektor, der etwa 70 Prozent seiner Mittel allein von der EU erhält. Die arabischen Staaten und auch die USA haben ihre Überweisungen hingegen zurückgefahren, insbesondere die Zahlungen ins PA-Budget. Nach einer internationalen Studie entsprach die gesamte Auslandshilfe 2007 rund 36 Prozent des palästinensischen Bruttonationaleinkommens oder 73 Prozent der Regierungsausgaben; noch 2000 waren es (nur) 13,1 Prozent bzw. 53,2 Prozent gewesen.³⁷

Trotz der hohen externen Zuwendungen stieg das Defizit des laufenden Budgets der PA 2008 und 2009, vor allem infolge des erhöhten Bedarfs angesichts der humanitären Not nach dem Krieg im Gazastreifen. 2010 konnte die PA durch höhere Steuereinnahmen und Eigenmittel das Haushaltsdefizit senken und lag somit unterhalb der externen Zuwendungen der Geber von 1,28 Mio. US-\$.³⁸ Das ist immer noch ein einmalig hoher Betrag für eine einzige Einrichtung im Prozess dieser weitgehend auf «Fremdbeinen» stehenden Staatsbildung.³⁹ Wenn die Relevanz des *rent-seeking* und der *rent-allocation* hier auch nicht zur Disposition steht, so ist doch

36 Joseph DeVoir/Alaa Tartir, *Tracking External Donor Funding to Palestinian Non-Governmental Organisations in the West Bank and Gaza 1999-2008*, Ramallah: MAS 2009. Abrufbar unter: <http://www.ndc.ps/uploads/File/Researches/Tracking%20External%20Donor%20Funding.pdf>

37 Ebenda.

38 Budgetdefizit der PA (in Mrd. US-\$): 2008: 1,3; 2009: 1,6; 2010: 1,15. Quelle: World Bank (2010), *Towards a Palestinian State: Reforms for Fiscal Strengthening. Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*; World Bank, *Building the Palestinian State: Sustaining Growth, Institutions, and Service Delivery. Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, Washington: World Bank (2011).

39 Den größten Einzelposten bei den Ausgaben stellen die Löhne für die (2008) rund 140.000 Zivilbeschäftigten der PA, dem größten und wichtigsten Arbeitgeber in den palästinensischen Gebieten.

1. angesichts des steigenden Bedarfs an Notfallhilfe⁴⁰ nach dem Ziel der Transfers zu fragen und
2. in Betracht zu ziehen, dass der Zufluss externer Ströme mit Auflagen der Geber verbunden und an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, wie den *Washington consensus*, und der Handlungsspielraum der Regierung begrenzt und
3. als allgemein anerkannt vorauszusetzen, dass Auslandshilfe nur ein *Mittel*, ein *Instrument* für eine gewisse Periode oder wirtschaftliche Entwicklungsphase sein sollte, denn sie kann schwerlich eine gesunde Basis für eine lebensfähige Wirtschaft eines souveränen Staates ersetzen.⁴¹

Es geht nicht nur darum, welcher Sektor und welches Unternehmen zuerst unterstützt wird, warum und wie stark, sondern auch darum, dass die Ressourcen im öffentlichen Sektor für Subventionen und Investitionen in die Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung benötigt werden. Das bedeutet auch, dass der Ressourcenzufluss unsicher ist. Insbesondere bei längerfristigen Struktur- und Entwicklungsprojekten kann es immer wieder zu kurzfristigen Störungen und Unterbrechungen kommen. In ohnehin politisch-sensitiven Gebieten verschlechtert das die Standortfaktoren, erhöht das unternehmerische Risiko und schreckt potenzielle Investoren ab. Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird das Leistungsniveau der palästinensischen Wirtschaft nicht nur entscheidend beeinträchtigt, sondern verfälscht. Schließlich kann das tatsächliche Wirtschaftspotenzial Palästinas im lokalen und regionalen Maßstab nicht umfassend ausgeprägt und somit auch nicht effektiv genutzt werden.

d) Wirtschaftliche Diversifizierung und struktureller Wandel vs. asymmetrische wirtschaftliche Verflechtung und politökonomische Separation

Das Projekt des *state-building* erfordert nicht nur die politische Souveränität der PA, sondern auch die ökonomische Re-Orientierung auf die Westbank und den Gazastreifen mit der Maßgabe,

- a) Zugang zur inter-/transnationalen Technologieentwicklung zu erlangen,
- b) mehr Arbeitsplätze in PA-Gebieten zu schaffen,
- c) eine Verifizierung der Marktbeziehungen vorzunehmen und
- d) Entwicklung mit internationaler Kooperation zu verbinden.

Analysen und Reports von internationalen Organisationen (wie UN, Weltbank, UNSCO, UNDP etc.) stellen fest, dass sich die Wirtschaftslage insbesondere im Westjordanland 2009 und 2010 zwar gebessert habe, aber weiterhin instabil sei und der Verbesserung und Modernisierung bedürfe.⁴² So sind

⁴⁰ Michael Keating/Anne Le More/Robert Lowe, *Aid, Diplomacy and Facts on the Ground: The Case of Palestine*, London: Chatham House Publishers 2006.

⁴¹ Sari Hanafi/Linda Tabar, *The Emergence of a Palestinian Globalized Elite. Donors, International Organizations and Local NGOs*, Jerusalem: Institute of Jerusalem Studies (2005).

⁴² PMA, PCBS, MAS, *Quarterly Economic and Social Monitor*, Vol. 23, Ramallah (2011).

einzelne Ansätze für strukturelle Wandlungen erkennbar, um den Auswirkungen von politischer und ökonomischer Krise zu begegnen – wie in der sozioökonomisch bedeutsamen Beschäftigungsfrage, der Zweigstruktur und dem Handel –, aber kein indigener nachhaltiger wirtschaftlicher Strukturwandel.

Die Beschäftigungsrate für die palästinensischen Gebiete lag 2009 bei 41,6 Prozent. Der Anteil der berufstätigen Frauen stieg von 11,0 Prozent in den 1990er-Jahren auf 15,5 Prozent, vor allem im Westjordanland (auf 17,4 Prozent; im Gazastreifen auf 12,2 Prozent). Das ist aber immer noch eine der niedrigsten Beschäftigungsraten in der Region und weltweit und stellt ein großes Potenzial für die Ausdehnung des Arbeitsmarktes dar.

Tabelle: Bevölkerung und Beschäftigungsindikatoren in Westbank und Gazastreifen 2009-10

Gesamtbevölkerung: rd. 4,0 Mio.	Erwerbsquote: 41,6 %	Beschäftigung	Beschäftigte: 744.300 (Jahresdurchschnitt gesamt)
Davon 0-15 Jahre: 46,7 % 15-24 Jahre: 19,2 %	Darunter bei Männern: 67,0 % Frauen: 15,5 % Außerhalb der Erwerbsquote 58,4 %	Voll beschäftigt 69,6 % Unterbeschäftigt 5,9 % Arbeitslos 24,5 % Darunter im Westjordanland 18,8 % Gazastreifen 45,8 %	Davon beschäftigt in: Westbank 471.300 Gazastreifen 193.500 Israel und Siedlungen 78.500

Quelle: Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), *Statistical Abstract of Palestine*, Ramallah (2010); PCBS, *Labour Force Survey 2010-11*; International Labour Conference, 100th Session (ILC), *The Situation of Workers of the Occupied Arab Territories, Report of the Director-General, Appendix*, Genf (2011). Auf Deutsch abrufbar unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@relconf/documents/meetingdocument/wcms_155777.pdf

In der branchenmäßigen Beschäftigungsstruktur spiegeln die Trends seit Ende der 1990er-Jahre den Einfluss der politischen Prozesse und Ereignisse wider: ein absoluter und relativer Rückgang der Beschäftigten im Bauwesen von 18,23 Prozent im Jahr 1997 auf 11,7 Prozent in 2009 (Gazastreifen auf 0,9 Prozent!) sowie ein Rückgang der industriellen Produktion von 16,4 Prozent auf 12,1 Prozent (Gazastreifen 5,4 Prozent). Dem gegenüber steht die Zunahme im Dienstleistungssektor und im PA-Bereich von 27,9 Prozent im Jahr 1997 auf 39,6 Prozent in 2009 (Gazastreifen auf 63,3 Prozent).⁴³

⁴³ UNSCO, *Report of the Palestinian Economy, Special Focus: Donor Disbursements and Public Investment*, Gaza (1999); PCBS, *Statistical Abstract of Palestine*, Ramallah (2010).

Tabelle: Beschäftigung und BIP nach Wirtschaftsbereichen (4. Quartal 2010)

Wirtschaftsbereich	Anteil am BIP (in %)	Anteil der Beschäftigten (in %)
Land-, Forst-, Fischwirtschaft	6,8	12,5
Industrie, Stein- und Bergbau	11,6	10,7
Bauwesen	9,4	12,7
Handel und Tourismus	12,9	19,5
Transport, Lagerhaltung und Kommunikation	8,0	5,9
Dienstleistungen u.a. Branchen	51,3	38,7
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: ILC (2011).

Nach Jahrzehnten der externalisierten Arbeitsmarktstrukturen sind viele Palästinenser und deren Familien zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes weiterhin auf den Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt angewiesen. Sie unterliegen jedoch der Quotierung und Genehmigung durch israelische Behörden und sind vom Bedarf israelischer Unternehmen wie auch der Sicherheitspolitik der israelischen Regierung abhängig. Der «Israelische Koordinator für Regierungsaktivitäten in den Gebieten» (COGAT) gab für 2010 etwa 50.600 erteilte Arbeitsgenehmigungen für Israel und die Siedlungen an.⁴⁴ Die tatsächliche Anzahl lag im Jahresdurchschnitt bei 78.500; mehr als die Hälfte davon entfiel auf den Bausektor, vor allem in den Siedlungen. Somit erhält mehr als ein Zehntel der Beschäftigten aus den palästinensischen Gebieten sein Einkommen auf dem israelischen Arbeitsmarkt. Die dort generierten Löhne sind fast doppelt so hoch wie die im Privatsektor des Westjordanlandes und bilden weiterhin einen erheblichen Teil des BSP und der inländischen Kaufkraft.

Tabelle: Anzahl der in Israel und israelischen Siedlungen offiziell beschäftigten Palästinenser, 1970-2010

Jahr	Anzahl der in Israel und den Siedlungen beschäftigten Palästinenser
1970	20.600
1980	75.100
1990	107.700
1992	112.000
2000	110.000
2001	9.000
2010	50.600

Quelle: Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS), *Statistical Abstract of Israel, Yearbook*, Jerusalem, verschiedene Jahrgänge; PCBS, *Yearbook* und *Labour Force Survey*, Ramallah, verschiedene Jahrgänge.

⁴⁴ Siehe ILC (2011).

Trotz des Anstiegs sind gegenwärtig halb so viele Palästinenser in israelischen Unternehmen beschäftigt wie Anfang der 1990er-Jahre. Dieser Rückgang bedeutet

1. eine Verringerung der Lohneinkommen und der Einkommenstransfers in die palästinensischen Gebiete und
2. eine zunehmende Anzahl von Arbeitsuchenden, die in die palästinensische Wirtschaft integriert werden muss(te).

Noch fehlt ein entsprechendes soziales Sicherungssystem, so sind Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit gesellschaftliche Grundfragen auch für die nächsten Jahre in einer Gesellschaft, in der fast die Hälfte der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist und die Arbeitslosenrate offiziell bei 16,9 Prozent, real bei 23,5 Prozent liegt. Nach internationalen Schätzungen werden in der Westbank und im Gazastreifen mehr als 250.000 zusätzliche Stellen benötigt, um die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung effektiv zu verringern. Bedarf besteht vor allem an qualifizierten Arbeitsplätzen für die Entwicklung einer modernen Wirtschaft und um einen *brain drain* zu verhindern, also gut ausgebildete Spezialisten und Wissenschaftler davon abzuhalten, dass sie ein Arbeitsangebot im Ausland annehmen und das Westjordanland oder den Gazastreifen (wieder) verlassen.

Auch eine alleinige Orientierung auf den israelischen Markt wäre nur begrenzt erfolgreich. Für israelische Unternehmen sind die palästinensischen Arbeiter seit Jahrzehnten eine stille Reserve im Niedriglohnsegment, die sie kurzfristig bei Bedarf und ohne weitere soziale Verpflichtung nutzen. Wie die Krisen 2000 und 2008/2009 zeigten, wird die israelische Wirtschaft vom Einfluss des politischen Konfliktes weniger getroffen. Im Zuge von Wirtschaftsliberalisierung, Privatisierung und Öffnung hat sie einen Strukturwandel hin zu höherwertigen Produkten und Dienstleistungen sowie Integration in den Weltmarkt vollzogen. In physisch anstrengenden Arbeitsbereichen beschäftigen die Unternehmer inzwischen mehr als 200.000 Gastarbeiter aus Osteuropa und Südasien und sind von der täglichen Präsenz einer hohen Anzahl palästinensischer Arbeitskräfte in Israel nicht mehr abhängig.⁴⁵ Zulieferproduktionen wurden ausgelagert, so auch nach Ägypten und Jordanien. Diese Entwicklung ist nicht auf Fertigungsschritte in der sogenannten *old economy* wie im Textilsektor begrenzt, sondern betrifft auch nicht-sicherheitsrelevante Aufträge für ausländische IT-Spezialisten, wie indische Software-Experten. Schließlich können Entwicklungen für Unternehmen in Israel und Palästina nicht nur von Jerusalem und Jenin aus erledigt werden, sondern auch von Zypern, Berlin oder Bangalore.

Für Staatsgebilde mit kleiner Fläche und geringer Kaufkraftnachfrage sind eine offene Wirtschaft und damit Handel eine Notwendigkeit, so auch für Paläs-

⁴⁵ Jedoch im Bauwesen und im Land- und Gartenbau kommen vorrangig Palästinenser zum Einsatz, v. a. für kurzfristige Aufträge wie den Hausbau in den Siedlungen und für Erntearbeiten saisonaler Produkte.

tina. Die Wirtschaft in den palästinensischen Territorien hängt vom Handel mit Israel in mehrfacher Hinsicht ab. Das betrifft sowohl den Zugang zum israelischen Markt für Ex- und Importe von bzw. nach Israel als auch den externen Handel und damit den Zugang zu Häfen und Transfereinrichtungen in Israel. Seit der Besetzung 1967 hängen mehr als drei Viertel palästinensischer Ein- und Ausfuhren am Herkunfts- oder Zielland Israel. Das permanente Handelsdefizit der palästinensischen Seite resultiert vor allem aus der negativen Bilanz mit Israel. Hingegen ist der Absatz israelischer Waren in den besetzten Gebieten, der 2009 immerhin rund 6,0 Prozent und 2005 rund 5,0 Prozent des Gesamtnettoexports (nach ICBS und PCBS berechnet) betrug, weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Außenhandelsbilanz Israels. Einzelne Bereiche und Betriebe, wie z. B. in der Nahrungsmittelindustrie oder im Handels- und Transportwesen, sind weitgehend auf diesen Markt ausgerichtet.

Die Exporte aus den palästinensischen Gebieten sind nach dem drastischen Rückgang 2001 und 2002 zwar wieder gestiegen, und heute erreichen allein die Ausfuhren aus dem Westjordanland das Niveau von Ende der 1990er-Jahre, doch das Defizit ist weiterhin hoch. Israel verbietet auf seinem Territorium den Verkehr palästinensischer Transportfahrzeuge; folglich müssen palästinensische Waren aus der Westbank an der Grenze auf israelische Transportmittel umgeladen werden. Dadurch entstehen zusätzliche Zeitverzögerungen und vor allem Kosten, die auf den Herstellerpreis aufgeschlagen werden. So steigen die Endpreise, was sich insbesondere auf dem Regionalmarkt nachteilig auswirkt. Weiterhin gehen mehr als 80 Prozent der Ausfuhren nach Israel; das ist eine leichte Veränderung gegenüber der Zeit bis 2001, als mehr als 90 Prozente der Exporte nach Israel gingen. Im Unterschied dazu ist seit 2002 der Anteil der Exporte in die arabischen Staaten gestiegen.

Die Diversifizierung der Handelsbeziehungen und der Zugang zu neuen Märkten bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe für die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft. Das anvisierte Markt- und Produktsegment wird weniger in der einfachen Massenproduktion als vielmehr in einer Nische von speziellen Gütern und Dienstleistungen liegen. Das ist ein längerer Prozess, um sowohl das Handelspotenzial als auch das potenzielle Marktsegment zu erweitern. Um neue Märkte zu penetrieren und sich der internationalen Konkurrenz gegenüber zu behaupten, werden bestehende Beziehungen diversifiziert und ausgedehnt, allerdings nicht unter Umgehung der Verbindungen zu israelischen Unternehmen. So sondieren kapitalkräftigere Unternehmer den lokalen Markt in der Westbank, konzentrieren sich aber auf profitable Standorte und Märkte, ob im In- oder Ausland, und auf Kooperation mit internationalen Investoren.

Mit juristischen Instrumentarien wie dem *Investment Promotion Law* von 1995, das seither mehrmals aktualisiert wurde, sowie demonstrativen Großereignissen wie den internationalen Investorenkonferenzen in Bethlehem 2008 und 2010 unter Schirmherrschaft des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas sollen bevorzugt Groß- und ausländische Investoren angezogen werden, vor allem aus der zahlreichen und international vernetzten Diaspora. Dagegen

rekrutiert sich die einheimische Unternehmerschaft vorrangig aus Selbständigen, sehr kleinen und familiären Kleinbetrieben, die weit weniger in den Genuss von Fördermaßnahmen wie *Investment Guides* und Steuerersparnis kommen.

Damit zeigt sich keine neue Tendenz, eher wird nun offener sichtbar: Gesellschaftliche Veränderung und technische Modernisierung finden *innerhalb* der palästinensischen Territorien statt, von der *old* zur *new economy*, von der arbeitsintensiven zur wissensintensiven und *web economy*. Die Weltbank lobte die *web economy* als passend und vorteilhaft für die palästinensische Wirtschaft, könne sie doch an jeden Ort verlagert werden. Die Internet-basierte Wirtschaft ist gewachsen und wird von PA-Institutionen und Teilen des Privatsektors für die palästinensische Wirtschaftsentwicklung als wesentliche und treibende Kraft eingeschätzt. Nach palästinensischen Angaben erbringt der Informations- und Kommunikationssektor (ICT) etwa 10-12 Prozent des BIP mit einem Marktwert von etwa 500 Mio. US-\$ und besitzt Expansionspotenzial zur Penetration regionaler und internationaler Märkte jenseits der «grünen Linie». Der Sektor eröffnet sicherlich große ökonomische Möglichkeiten, aber ICT allein kann qualitatives Wachstum und Entwicklung nicht garantieren und ist auch keine ausreichend angepasste Strategie für die strukturelle Erneuerung hin zu einer lebensfähigen palästinensischen Volkswirtschaft.

Zusammenfassung und Ausblick

Den politischen Bedingungen und dem Druck der israelischen Besatzungspolitik sowie den strukturellen Anpassungsprogrammen der Geberstaaten bzw. -organisationen folgend und zwischen neoliberal und islamistisch beeinflussten Programmatiken der Macht- und Herrschaftseliten, finden seit Ende der 1980er-Jahre politökonomische Bewegungen statt, wodurch die strukturelle Verflechtung der palästinensischen Wirtschaft von der Israels erodiert, aber ihre asymmetrische Abhängigkeit von Israel nicht aufgelöst wird. Zur Abhängigkeit von Israel kommt die finanzielle Abhängigkeit von den Geberstaaten.

Mit dem politischen und ökonomischen Veränderungsdruck geht schließlich auch eine zunehmende physische Abgrenzung bei wirtschaftlicher Abhängigkeit einher. So sind im Westjordanland, Ost-Jerusalem und Gazastreifen separierte palästinensische *Teil*-Gesellschaften und *Teil*-Ökonomien in der Ausprägung, nicht zuletzt seit Herbst 2000, was weniger zur Bildung einer einheitlichen Wirtschaft von Westbank und Gazastreifen, wie in Oslo angedacht, sondern viel mehr zu einer Manifestierung der politökonomischen Differenzierung beiträgt. Während die natürlichen Bedingungen *für* die Öffnung des Marktes sprechen, kommt es auf Grund stärker wirkender politischer Faktoren zu einer Markttrennung.

Als Ergebnis nimmt die politische und ökonomische Teilung *innerhalb* der Gesellschaft zu. Diese mehrfache sozioökonomische Differenzierung und soziale Stratifikation kennzeichnet den politökonomischen Wandel. Sie stehen ebenso für die Umsetzung kapitalistischer Strukturen in der palästinensischen Gesell-

schaft, zudem schärfer und polarisierter in der Ausprägung durch die israelische Besatzungspolitik. Nach zwanzig Jahren Konflikt-Regelungsprozess und internationaler Beratung sowie Weltbank- und EU-Programmen kommen Fortschritte und Nutzen in der Gesellschaft zu wenig an.

Wie die Verbindung von Politik und Ökonomie zeigt, ist es schwierig, das *eine* Modell und *die* Strategie zur Umwandlung einer konflikt-sensitiven Wirtschaft in eine lebensfähige eigenständige Wirtschaft zu identifizieren. Jede Wirtschaftsstrategie hat zudem die regionale und internationale Dimension in Betracht zu ziehen. Seit den 1980er-Jahren haben Experten internationaler Institutionen verschiedene Modelle für palästinensisch-israelische Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft entworfen. Die Optionen basieren auf den beiden Grundannahmen von offenen oder geschlossenen Grenzen, auf entweder transnational verbundenen Ökonomien oder nicht verbundenen, separaten Ökonomien. Offen bleibt, ob das perspektivisch ein imperativer Faktor für eine integrative oder eine disintegrative Entwicklungsrichtung ist. Während die territoriale Separation zwischen Israel und den palästinensischen Territorien, zwischen und innerhalb der palästinensischen Territorien verläuft, ist dieser Prozess in der Wirtschaft so nicht nachzuvollziehen. Vielmehr sprechen die realen politökonomischen Strukturen und die Deformation der palästinensischen Wirtschaft eher für andere Optionen als die der zwei Staaten.

Das Programm *Ending the Occupation* der PA vom August 2009 wie auch die *Priority Interventions for 2010* der PA vom Januar 2010 stehen in der Linie der *West Bank first*-Option. Diese politischen Deklarationen werden von internationalen Geldgebern, den UN, USA, EU und arabischen Staaten unterstützt. Sie sind ein erster Schritt für eine zeitlich und inhaltlich fixierte Periode. Für eine lebensfähige Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung müssen sie in den Kontext der palästinensischen Gesellschaft im Westjordanland, Gazastreifen und in Ost-Jerusalem eingepasst werden. Neben den ökonomischen Bedingungen ist es zunächst eine Frage der politischen Rahmenbedingungen, die von Konflikt und Besatzung, politischer Missbilligung und Boykott bestimmt werden. Die israelische Seite setzt hier Sicherheitsinteressen als Primat an. Um die politische Situation zu stabilisieren, sind nicht nur souveräne Verhandlungspartner gefragt, sondern nützliche und effektive ökonomische Initiativen, die auf eine nachhaltige Entwicklung zielen, deren Ergebnisse nicht nur den Eliten nützen, sondern in den breiten Schichten der Gesellschaften ankommen und die Sicherheit der palästinensischen wie der israelischen Seite verbessern.

Trümmerfeld Gaza

Wirtschaftliche und humanitäre Folgen von Krieg und Blockade

«Die israelische Blockade des Gazastreifens ist seit ihrem Beginn 2007 inakzeptabel, unnötig und kontraproduktiv. Sie hat die Lebensbedingungen für 1,5 Millionen Palästinenser verschlechtert, Armut und Nahrungsmittelunsicherheit vertieft, den Wiederaufbau verhindert, die Abhängigkeit von Hilfe erhöht und damit dem Lebensunterhalt sowie den wirtschaftlichen Aktivitäten vieler Menschen die Grundlage entzogen.»

John Holmes, UN Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs¹

Mit der seit 2006 andauernden internationalen Blockade und dem als «Operation gegossenes Blei» betitelten Krieg gegen den Gazastreifen hat sich die katastrophale wirtschaftliche und humanitäre Lage in dem «größten Freiluftgefängnis der Welt» in den letzten Jahren nicht nur stetig verschlimmert; zusätzlich vertiefte sich neben der politischen Spaltung auch die wirtschaftliche Kluft zwischen Gaza und Westjordanland. Die Idee eines zukünftigen palästinensischen Staates auf dem Territorium der beiden Gebiete scheint damit in immer weitere Ferne zu rücken. Die Abwärtsspirale wachsender Armut, Arbeitslosigkeit und systematischer De-Entwicklung indes lässt sich weder durch eine noch so rege «Tunnelökonomie» noch durch die von Seiten der israelischen Regierung im Sommer 2010 verkündeten «Lockerung der Gaza-Blockade» effektiv stoppen oder gar umkehren.

Im Folgenden werden nach einem Überblick über die wichtigsten Ereignisse seit 2005 und einer Betrachtung der seit 2007 stark divergierenden Wachstumsverläufe in Gaza und Westjordanland die Auswirkungen von vierjähriger Blockade und dem drei Wochen andauernden Krieg 2008/09 auf die Wirtschaft und das Leben der Menschen in Gaza erörtert. Ein Hauptaugenmerk gilt dabei den katastrophalen humanitären Folgen in Form massiver Defizite in der Versor-

1 United Nations (UN), Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), *Statement of John Holmes, United Nations Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs and Emergency Relief Coordinator, on the «Free Gaza» Flotilla Crisis*, New York, 31. Mai 2010, OCHA Press Release, abrufbar unter: <http://ochaonline.un.org> (25.07.2010)

gung der Bevölkerung sowie dem fortgesetzten Entzug der Existenzgrundlagen weiter Teile der Bevölkerung als Ergebnis kollabierender Produktionsstrukturen in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk.

1 Die Ereignisse seit 2005 im Überblick: Israelischer Abzug – Blockade – Krieg

Als Beginn der Blockade werden in der Literatur unterschiedliche Referenzpunkte gewählt. Für einige Beobachter, darunter zum Beispiel der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, nimmt der Boykott im ersten Halbjahr 2006 seinen Ausgang. Andere lassen die Blockade erst Mitte 2007 und mit der vollständigen Abriegelung des Gazastreifens als Antwort der israelischen Verantwortlichen auf die Machtübernahme der Hamas im Juni 2007 beginnen.

Mit der Umsetzung des einseitigen «Abkoppelungs- oder Scharonplans» bzw. seiner unter Ehud Olmert revidierten Fassung als «Konvergenzplan» – der für die einen den Palästinensern ein «Dubai am Mittelmeer» bescheren sollte, während er für die anderen den definitiven «Tod der *Road Map*» bedeutete – zogen israelisches Militär und Siedler im September 2005 aus Gaza ab.² Die Euphorie über den Abzug, den Abschluss des *Agreement on Movement and Access (AMA)* und die Übergabe der Kontrolle des Grenzübergangs Rafah an der Grenze zu Ägypten an die Palästinenser war jedoch nur von kurzer Dauer. Nach dem Sieg der Hamas in den palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006 beschloss die israelische Regierung, die Beziehungen zur Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) abubrechen und die monatlichen Transfers von Zoll- und Steuereinnahmen an die Palästinenser auszusetzen. Dem folgten wenig später die USA und die EU, die ihre Hilfszahlungen an die PA unter Ausnahme von humanitären Hilfen einstellten. Dadurch geriet der palästinensische Haushalt so unter Druck, dass ab März 2006 für einige Monate keine öffentlichen Gehälter mehr ausbezahlt werden konnten. Hinzu kamen Restriktionen auf den Außenhandel und insbesondere den Zugang palästinensischer Arbeitskräfte nach Israel, die sich vor allem für die Bewohner des Gazastreifens schon ab dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 sukzessive verschärft hatten.

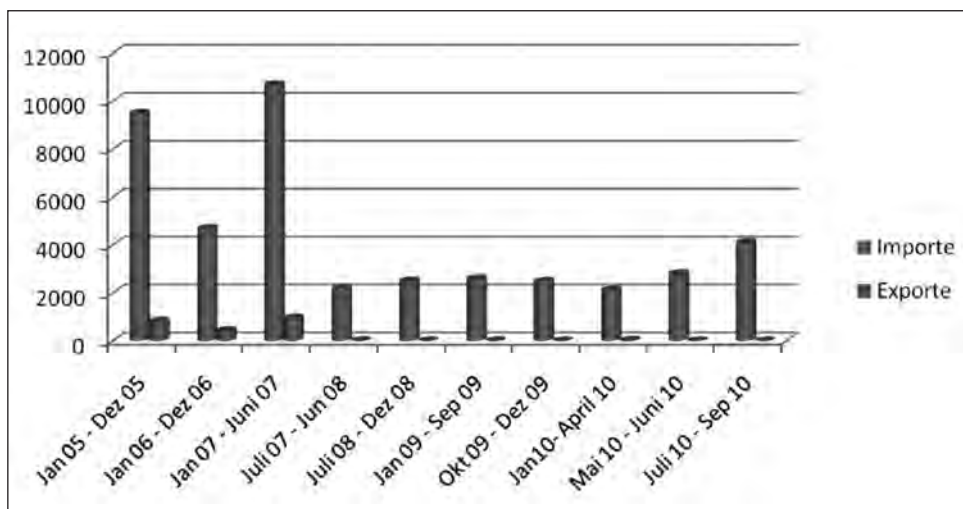
Die «Operation Sommerregen», in deren Rahmen die israelische Armee am 27. Juni 2006 erneut in den Gazastreifen einmarschierte, brachte neben Toten und Verletzten und der Verhaftung zahlreicher Politiker eine massive Zerstörung mit sich. Die Grenzübergänge al-Montar/Karni und Rafah wurden für längere Zeit abgeriegelt, nachdem der Checkpoint Erez für palästinensische Arbeitnehmer und Händler bereits im März 2006 geschlossen worden war. Damit verloren Arbeitskräfte aus dem Gazastreifen endgültig den Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt. Außerdem halbierten sich Exporte und Importe nach

2 Ausführlicher zu den Inhalten des Konvergenzplans siehe Anja Zorob, Palästina: Wirtschaftliche Rezession und drohende humanitäre Katastrophe, in: *GIGA Focus Nahost*, Nr. 6, 2006.

Gaza über das Terminal al-Montar/Karni im Jahr 2006 auf etwa die Hälfte ihres Vorjahresniveaus (siehe Abb. unten). Der Grenzübergang stellte zu dieser Zeit das größte Güterterminal und damit die für den kleinen, aber dicht besiedelten und stark vom Außenhandel abhängigen Gazastreifen bedeutendste Verbindung nach außen bzw. in die Westbank, Israel und den Rest der Welt dar.

Vor dem Hintergrund u.a. der Bemühungen um eine Regierung der nationalen Einheit und der Einführung des «Interims-Mechanismus» für Hilfen von Seiten der EU schien sich die Lage bis Ende 2006 noch einmal zu entspannen. Ein jähes Ende fand dies jedoch, als es zu erneuten Kämpfen zwischen Hamas und Fatah im Gazastreifen kam, die Einheitsregierung abgesetzt wurde und Hamas im Sommer 2007 allein das politische Ruder übernahm. Die israelische Regierung reagierte mit einer weiteren Verschärfung des Boykotts gegen den Gazastreifen, während sie die Restriktionen auf den Verkehr von Gütern und Personen im Westjordanland schrittweise zu lockern begann. Daneben nahm das israelische Finanzministerium die Steuer- und Zolltransfers an die Finanzbehörden der nunmehr unter Führung der Fatah stehenden PA ebenso wieder auf wie internationale Geber, darunter insbesondere die USA und EU mit umfangreichen Finanzhilfen.³

Abb.: Containerabfertigung an den Grenzübergängen zum Gazastreifen, 2005-2010



Anmerkung: Für die Jahre 2005 bis 2006 beschränken sich die Angaben ausschließlich auf den Grenzübergang al-Montar/Karni.

Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Palestinian Trade Center (Paltrade): Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, mehrere Ausgaben, und Gaza Terminals Movement Monitoring Annual Reports, mehrere Ausgaben.

³ Siehe State of Israel: *Measures taken by Israel in Support of Developing the Palestinian Economy and Socio-Economic Structure, Report of the Government of Israel to the Ad Hoc Liaison Committee (AHLC)*, New York, 21. September 2010, S. 11.

Die Einfuhren in den Gazastreifen wurden auf ein Minimum von etwa 100 Gütern im Gegensatz zu über 4.000 erlaubten Güterkategorien vor der Blockade reduziert, die sich vorwiegend aus Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln zusammensetzten. Daneben schränkten die israelischen Behörden die für die Stromerzeugung dringend notwendigen Brennstofflieferungen ein, während Exporte aus dem Gazastreifen komplett unterbunden wurden. In Bezug auf den Personenverkehr über den Grenzübergang Rafah wurden Ausreisen nur noch für medizinische Notfälle gestattet. Im September 2007 erklärte die israelische Führung schließlich den Gazastreifen offiziell zum «Feindesland». Gleichzeitig gab sie bekannt, dass die gegen Gaza verhängte Blockade im Gegensatz zum ursprünglich als Rechtfertigung genutzten Sicherheitszweck nunmehr als Teil einer «wirtschaftlichen Kriegsführung» im Kampf gegen die in Gaza regierende Hamas, die sie als Terrororganisation einstuft, zu betrachten sei.⁴ Teil dieser «wirtschaftlichen Kriegsführung» war laut offiziellen israelischen Dokumenten, die erst im Oktober 2010 auf Druck einer am Gericht von Tel Aviv eingereichten Petition veröffentlicht wurden, eine «Politik der absichtlichen Verknappung der Güter des Grundbedarfs». Die israelischen Behörden überwachten kurzerhand die Lagerbestände von Grundbedarfsgütern im Gazastreifen und verhängten einen Importstopp, sobald bei einem Gut mit einem gewissen «Überschuss» zu rechnen war. Als Luxusgüter eingestufte Produkte (z.B. Schokolade oder Papier) wurden ebenso generell verboten wie Güter mit «Wiederaufbaucharakter» (Baumaterialien).⁵

Neben der Abriegelung grenzte das israelische Militär den Zugang der Bevölkerung zu landwirtschaftlichen Nutzflächen innerhalb des Gazastreifens und die Fischereizone entlang der Küste immer weiter ein. Sie vernichtete damit die Existenzgrundlagen eines großen Teils der Bauern und Fischer in Gaza. Diese Entwicklung hatte ähnlich wie die Restriktionen auf die Arbeitsmigration bereits mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 eingesetzt. Besonders problematisch ist dabei, dass die israelischen Behörden die Menschen in Gaza im Ungewissen darüber lassen, wo genau die Grenzen der Sperrzonen verlaufen. Laut einer Umfrage unter den von den Zugangsrestriktionen betroffenen Bewohnern beschränkte sich die Sperrzone zunächst auf einen Gürtel von 300 m zum Grenzzaun. Als im November 2008 der Waffenstillstand zwischen Israel und Hamas zusammenbrach, begann das israelische Militär, die Sperr-

4 Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, *Restrictions on the Transfer of Goods to Gaza: Obstruction and Obfuscation*, Info Sheet, Januar 2010, abrufbar unter <http://www.gisha.org> (10.10.2010)

5 Gisha, *Due to Gisha's Petition: Israel Reveals Documents related to the Gaza Closure Policy*, News, 21. Oktober 2010, abrufbar unter <http://www.gisha.org> (18.11.2010)

zone auf 1-1,5 km auszuweiten.⁶ In dieser Zone, die inzwischen in eine *No-go-Zone* von 500 m zum Grenzzaun und eine *High-risk-Zone* für den Rest eingeteilt ist, drangen israelische Militärpatrouillen seither mehrmals wöchentlich ein, ebneten landwirtschaftliche Nutzflächen und zerstörten Gebäude und Anlagen. Zusammen genommen entsprechen diese beiden Zonen 17 Prozent der gesamten Fläche des Gazastreifens und etwa 35 Prozent seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Fischereizone im Umfang von 20 Seemeilen vor der Küste des Gazastreifens wurde 2002 offiziell auf 12 Seemeilen verringert. Ab Mitte 2006 verkürzte sich die Fischereizone auf 6 Seemeilen vor der Küste, bis sie schließlich zu Beginn des Gaza-Krieges im Winter 2008/09 auf gegenwärtig nur noch 3 Seemeilen eingeschränkt wurde. Zählt man das Verbot des Zugangs zu den Küstengewässern an der Grenze im Norden und im Süden zu Ägypten hinzu, bedeutet das, dass die Fischer des Gazastreifens nur noch 15 Prozent der ihnen im Gaza-Jericho-Abkommen ehemals zugesagten Meeresgebiete für den Fischfang nutzen können. Fischer, die die Sperrzonen unerlaubt befahren, setzen sich dem scharfen Beschuss durch israelische oder ägyptische Militärpatrouillen aus und riskieren die Konfiszierung und/oder Zerstörung ihre Boote.⁷

Nach dem Zusammenbruch des viermonatigen Waffenstillstands zwischen Israel und der Hamas begann am 27. Dezember 2008 die «Operation gegossenes Blei». Der drei Wochen andauernde Krieg kostete nicht nur über 1.300 Menschen, vorwiegend Zivilisten, im Gazastreifen das Leben. Er überzog den schmalen Küstenstreifen darüber hinaus mit einer weiteren Welle ungeahnter Zerstörung. Spätestens mit den Auswirkungen des Krieges galt die formale Wirtschaft im Gazastreifen als zusammengebrochen, während sich die humanitäre Krise immer weiter verschärfte. Dennoch hielt Israel zunächst an der Blockadepolitik fest, ebenso wie palästinensische bewaffnete Gruppen den Beschuss israelischer Grenzgebiete während des Krieges und danach fortsetzten. Nach den Angaben von UN-OCHA fanden im Jahr 2010 64 Palästinenser in Gaza den Tod, 276 wurden verletzt, darunter überwiegend palästinensische Zivilisten, wobei sich etwa zwei Drittel dieser Fälle innerhalb der oben beschriebenen Sperrzonen ereigneten. Daneben gab es Tote und Verletzte bei israelischen Luftangriffen auf das weitverzweigte Tunnelnetz an der Grenze zu Ägypten. Bewaffnete palästi-

6 In dem 1994 von Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterzeichneten Gaza-Jericho-Abkommen wurde die Errichtung eines 1 km breiten «Sicherheitsperimeters» auf der Gaza-Seite der Waffenstillstandlinie von 1949 festgelegt. Eine weitere Klausel des Vertrages erklärte eine Zone von 20 Seemeilen vor der Küste des Gazastreifens als offen für die palästinensische Fischerei; siehe United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory (UN OCHA)/World Food Programme (WFP), *Between the Fence and a Hard Place, Special Focus*, August 2010, abrufbar unter www.ochaopt.org (12.09.2010)

7 Ebenda, S. 8-10.

nensische Gruppen wiederum feuerten auf israelisches Gebiet, wodurch seit dem Gaza-Krieg vier israelische Soldaten getötet und 10 weitere verwundet wurden.⁸

2 Wirtschaftliche und humanitäre Lage: Kennzeichen der Zerstörung und «De-Entwicklung»

2.1 Wachstum und Entwicklung der palästinensischen Volkswirtschaft

Vor dem Hintergrund der sich stetig abwechselnden Phasen der Abriegelung der besetzten Gebiete und der erneuten Lockerung der Restriktionen gegen den palästinensischen Güter- und Personenverkehr war das Wachstum der palästinensischen Ökonomie seit dem Beginn des Oslo-Prozesses in den 1990er-Jahren äußerst starken Schwankungen ausgesetzt. Dazu trug maßgeblich bei, dass sich die palästinensische Wirtschaft in den Jahrzehnten zuvor sukzessive asymmetrisch in den israelischen Markt integriert hatte. Im Rahmen des Oslo-Prozesses vertiefte sich die Abhängigkeit von der israelischen Ökonomie über die Kanäle Außenhandel und Arbeitsmigration noch weiter; ein neuer Faktor, die Abhängigkeit von internationalen Hilfen, kam in den 1990er-Jahren hinzu. Damit einher ging ein fortgesetzter systematischer Schwund der Produktionsbasis in den besetzten Gebieten und eine Deformierung der palästinensischen Wirtschaftsstruktur.

Wie in der nächsten Abbildung zu sehen ist, konnte das Pro-Kopf-Einkommen in den besetzten Gebieten in den 1990er-Jahren unter dem Eindruck des Oslo-Prozesses zunächst stark zulegen, was der IWF in seinem jüngsten Bericht insbesondere dem wachsenden Vertrauen des privaten Sektors und dem tatkräftigen Aufbau von Institutionen der PA in diesem Zeitraum zuschreibt.⁹ Folgt man der Argumentation vieler anderer Autoren, wie zum Beispiel der von Sara Roy, die als erste den Begriff der «De-Entwicklung» der besetzten Gebieten prägte, stellte dieses Wachstum allenfalls eine durch den Zufluss umfangreicher finanzieller Hilfen aus dem Ausland maskierte Entwicklung dar, von der nur wenige wirklich profitierten. Nach Einschätzung von Roy hat sich unter dem Oslo- oder «Friedens-» Prozess in den 1990er-Jahren die wirtschaftliche Not der meisten Menschen in den besetzten Gebieten eher verstärkt als abgeschwächt; die wichtigsten Kennzeichen der De-Entwicklung in Form der Enteignung, asymmetrischen Integration und Schwächung der Institutionen haben sich in dieser Zeit nicht nur weiter beschleunigt. Die negativen Effekte der De-Entwicklung wurden

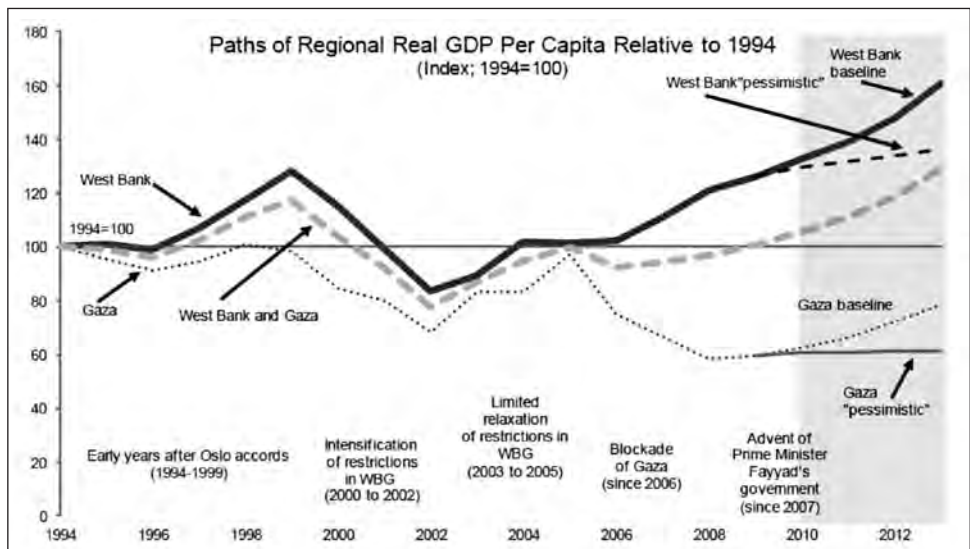
⁸ Ebenda S. 18. Siehe ebenso United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory (UN OCHA), Protection of Civilians, 3.-9. November 2010, abrufbar unter www.ochaopt.org (18.11.2010), S. 2-3.

⁹ Siehe International Monetary Fund, Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Sixth Review of Progress – Staff Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee, New York, 21. September 2010, abrufbar unter <http://www.imf.org> (30.10.2010), S. 17.

zusätzlich verschärft durch die israelische Absperrungspolitik, die laut Roy das wichtigste Merkmal der Post-Oslo-Phase darstellt.¹⁰

Mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 setzte eine dramatische Abwärtsentwicklung ein. Durch die vollkommene Abriegelung der besetzten Gebiete kam es zu einem massiven Einbruch der Exporte, die bereits zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich nach Israel gingen oder zumindest über den israelischen Markt abgewickelt wurden. Daneben blieben die Lohntransfers der in Israel tätigen palästinensischen Arbeitnehmer aus. Schließlich zückten die israelischen Finanzbehörden ihr mit dem Oslo-Prozess neu geschaffenes «Sanktionsinstrument» und setzten die im Rahmen des Pariser Protokolls 1994 vereinbarte Überweisung der Steuer- und Zolleinnahmen an die Finanzverwaltung der PA aus.¹¹ Wie oben bereits erwähnt, trafen die neuen Restriktionen insbesondere Arbeitnehmer aus dem Gazastreifen, wo noch im Jahr 1999 13 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in Israel hatten.¹²

Abb.: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens im Westjordanland und in Gaza im Vergleich, 1994-2012



Quelle: International Monetary Fund, *Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Sixth Review of Progress*, September 2010, Figure 3, p.19.

Ab Ende 2002 wurden die Restriktionen auf den palästinensischen Güter- und Personenverkehr teilweise aufgehoben, und die israelischen Behörden nahmen die Steuertransfers wieder auf. Aufgrund der nur begrenzten Lockerung der

¹⁰ Ausführlicher siehe Sara Roy: De-development revisited: Palestinian Economy and Society since Oslo, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 28, No. 3 (Frühjahr 1999), S. 64-82.

¹¹ Siehe Zorob (2006), S. 3.

¹² Siehe IMF (2010), S. 7.

Restriktionen u.a. reichte das Wachstum jedoch nicht aus, um die Einbußen im Niveau des Pro-Kopf-Einkommens seit 1999 vollständig aufzuholen. Außerdem wurde das Wachstum dieser Jahre durch eine expansive Haushaltspolitik der palästinensischen Autonomiebehörde erkaufte, die nur durch den Zufluss massiver externer Hilfen finanzierbar und daher aber langfristig nicht tragbar ist.¹³ Noch bevor der Boykott im Frühjahr 2006 begann, verlangsamte sich das Wachstum in den besetzten Gebieten wieder, da die israelischen Behörden diese während des einseitigen Abzugs aus Gaza vollständig abriegelten. Mit der Blockade gegen den Gazastreifen jedoch, die 2007 nochmals verschärft wurde, während Israel die Restriktionen gegenüber der Westbank maßgeblich lockerte, setzte eine gefährliche Entwicklung ein, die neben der politischen Spaltung unter den Palästinensern auch die wirtschaftliche Kluft zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen weiter vertieft. Diese Entwicklung lässt sich an dem eklatanten Auseinanderdriften in der Entwicklung der beiden Gebiete in der vorigen Abbildung deutlich erkennen. Während das Pro-Kopf-Einkommen der Westbank seit 2007 kontinuierlich wächst und selbst unter «pessimistischen» Annahmen der Beibehaltung des gegenwärtigen Status quo in den nächsten Jahren um zumindest etwa 30 bis 40 Prozent über dem gemeinsamen Wert von 1994 liegen wird, schrumpfte es in Gaza auf gegenwärtig kaum mehr als die Hälfte dieses Wertes, womit sich das *Worst-case*-Szenario der Weltbank aus dem Jahr 2006 für den Gazastreifen schmerzhaft bewahrheitete.¹⁴ Unabhängig von der Frage, inwieweit das Westjordanland nach dem jahrzehntelangen Prozess der De-Entwicklung, rein auf die eigenen Kräfte gestützt, wirtschaftlich überleben könnte, scheint mit dieser wachsenden Kluft und der fortgesetzten Separation Gazas und des Westjordanlands die Idee eines zukünftigen palästinensischen Staates auf dem Territorium der beiden Gebiete in immer weitere Ferne zu rücken.

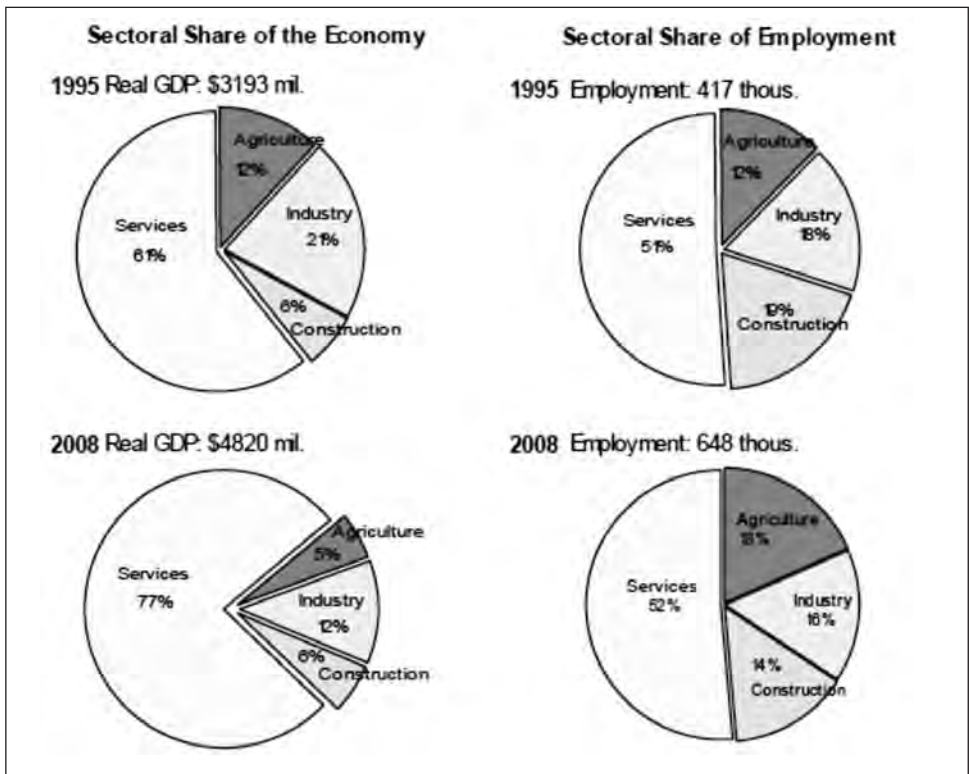
Für die Volkswirtschaft der besetzten Gebiete insgesamt hat sich die Deformierung der palästinensischen Wirtschaftsstruktur in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund von Absperrung und Blockade sowie dem Bau der Mauer zwischen Israel und dem Westjordanland und fortgesetzter Siedlungs- und Enteignungspolitik weiter vertieft. Bereits in den 1990er-Jahren führten unterschiedliche Faktoren wie zunehmende nicht-tarifäre Beschränkungen im Zugang zum israelischen Markt, der Mangel eigener See- und Flughäfen, wachsende Probleme in der Belieferung der Nachbarländer und ein hoher Schekel-Wechselkurs neben der schrumpfenden Produktionsbasis dazu, dass palästinensische Produkte auf ausländischem wie lokalem Markt an Wettbewerbsfähigkeit einbüßten. Die Blockade und der Bau der israelischen Sperranlage im Westjordanland setzten diesem schleichenden Prozess die Krone auf und ließen die palästinensischen Exporte auf weniger als 15 Prozent des BIP in den vergan-

¹³ Siehe Zorob (2006), S. 4-5.

¹⁴ 2006 hatte die Weltbank unter der Annahme der Aufrechterhaltung des Boykotts ein *Worst-case*-Szenario für die Entwicklung der gesamten palästinensischen Ökonomie aufgestellt, unter welchem das BIP pro Kopf um mehr als die Hälfte seines Wertes vor Ausbruch der Zweiten Intifada schrumpfen würde, siehe ebenda.

genen Jahren im Vergleich zu ehemals 50 Prozent in den 1980er-Jahren absinken.¹⁵ Hauptdevisenbringer und finanzielle Stützen von Konsum und Investitionen wurden stattdessen ausländische Hilfen und die privaten Transfers der im Ausland arbeitenden Palästinenser.¹⁶

Abb.: Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur der palästinensischen Volkswirtschaft, 1994-2008



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), *Report on UNCTAD Assistance to the Palestinian People: Developments in the Economy of the Occupied Palestinian Territory*, 13. Juli 2010, Figure 3, p. 12.

Wie in der Abbildung oben zu sehen, haben Landwirtschaft und Industrie zur Mitte der 1990er-Jahre, trotz der fortschreitenden De-Entwicklungsprozesse, die vor allem Investitionen in die Landwirtschaft, aber auch die Industrie durch

¹⁵ Siehe International Monetary Fund, *Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Fifth Review of Progress – Staff Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee*, Madrid (2010a), 13. April 2010, abrufbar unter <http://www.imf.org> (30.08.2010), S. 4.

¹⁶ Siehe United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), *Report on UNCTAD Assistance to the Palestinian People: Developments in the Economy of the Occupied Palestinian Territory*, TD/B/57/4, 13. Juli 2010, S. 11.

mannigfaltige Hemmnisse wie Enteignungen, Absperrungen in der Haupterntezeit, Konfiszierung und/oder Vernichtung von Brunnen oder übermäßige administrative Hemmnisse beim Aufbau von Unternehmen behinderten, zusammen noch zu einem Drittel zur Entstehung des BIPs beigetragen. Danach sank der Anteil der Industrie am Inlandsprodukt bis 2008 um etwa die Hälfte; die Leistung der Landwirtschaft sackte noch stärker ab, womit der Beitrag der beiden Sektoren zum BIP letztlich auf unter ein Fünftel schrumpfte. Ausgeweitet haben sich im Gegensatz dazu vor allem die nicht-produzierenden Sektoren und hier insbesondere die öffentlichen Dienstleistungen, während die privaten Dienstleistungen, die in wesentlich geringerem Maße unter den oben genannten Restriktionen zu leiden haben, im gesamten Zeitraum fast konstant blieben.¹⁷

Dies zeigt, dass sich die Struktur der palästinensischen Ökonomie mittlerweile extrem stark auf den Dienstleistungssektor konzentriert, während die eigene Produktionsbasis und damit die Möglichkeit, sich mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industriegütern zu versorgen und/oder diese zu exportieren, immer weiter schwindet. Auf der anderen Seite steigt die Abhängigkeit von vor allem israelischen Lieferanten immer weiter an, genauso wie jene von ausländischen Hilfen zur Finanzierung der Einfuhren. Einher ging diese «strukturelle Deformation» des Weiteren mit einer massiven Verschlechterung der Produktivität in Landwirtschaft und Industrie. Im Gazastreifen aber mündete die quasi finale Stufe der De-Entwicklung durch Blockade und Krieg in den weitgehenden Zusammenbruch der formalen Ökonomie und in eine humanitäre Katastrophe.

2.2 Kennzeichen der humanitären Katastrophe und Vertiefung der De-Entwicklung in Gaza

Die direkten Kosten des Krieges im Winter 2008/09 schätzt UNCTAD auf 1,3 Mrd. US-\$, was 90 Prozent des BIPs des Gazastreifens im Jahr 2006 entspricht. Während der drei Wochen andauernden «Operation gegossenes Blei» überzog das israelische Militär den Gazastreifen mit einer Welle der Zerstörung, die, wie oben erläutert, nicht nur über 1.300 Menschen das Leben kostete und eine weitaus größere Anzahl verletzte und/oder innerhalb des Gazastreifens zu Obdachlosen machte. Darüber hinaus wurden Krankenhäuser und Schulen, Anlagen der Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung, Straßen und zahlreiche öffentliche und private Gebäude beschädigt oder dem Erdboden gleichgemacht. Über die direkten Kriegskosten hinaus generierten Absperrung, Blockade und Krieg nicht nur für Gaza, sondern für die Ökonomie der besetzten Gebiete insgesamt hohe indirekte Kosten durch entgangenes Wachstum und Beschäftigung, die sich auf weitere 1,8 Mrd. US-\$ für den Zeitraum 2008-2010 beziffern.¹⁸ Aber

¹⁷ Siehe IMF (2010a), S. 5-6.

¹⁸ Siehe UNCTAD (2010), S. 8-9.

wie wirkten sich anhaltende Blockade und Krieg auf die Wirtschaft und vor allem das Leben der Menschen im Gazastreifen aus?

Mit der Blockade wurden ca. 40 Prozent der gesamten Bevölkerung der besetzten Gebiete vom Rest der Welt nahezu vollständig isoliert. Dabei handelt es sich um eine äußerst junge Bevölkerung, denn mehr als die Hälfte der inzwischen knapp 1,5 Mio. in Gaza lebenden Menschen ist unter 18 Jahren. Durch Blockade und Krieg brach die formale Wirtschaft im Gazastreifen mehr oder minder zusammen. Sie wurde ersetzt durch ein System, das sich, neben einem in großem Maßstab organisierten Importschmuggel über ein weitverzweigtes Tunnelsystem an der Grenze zu Ägypten, auf externe Not- und humanitäre Hilfen und eine soweit wie möglich aufrechterhaltene öffentliche Beschäftigung stützte.¹⁹ Deutlich wird der katastrophale humanitäre Zustand bei einem Blick auf die Armutsinzidenz. Eine Umfrage, die das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) im Mai 2008, also noch vor dem Krieg im Winter 2008/09 in Gaza durchführte, ergab, dass 70 Prozent der befragten Familien von weniger als einem US-\$ pro Tag und Person lebten, etwa 40 Prozent sogar nur von einem halben Dollar, wenn die humanitären Hilfen abgezogen werden.²⁰ Die Arbeitslosenrate liegt im Gazastreifen laut Angaben der Weltbank bei 39 Prozent und stellt damit eine der höchsten Arbeitslosenraten der Welt dar. Andere Quellen gehen jedoch von einer noch viel höheren Rate aus.²¹ Auf der anderen Seite haben sich einige Händler in Gaza am Tunnelschmuggel sozusagen eine «goldene Nase» verdient und schürten damit soziale Verwerfungen in der Gesellschaft weiter, die sich schon in den 1990er-Jahren mit der Rückkehr der PLO nach Gaza entwickelt hatten.²²

Blockade und Krieg legten große Teile von Landwirtschaft und Industrie lahm und entzogen damit vielen Bewohnern des Gazastreifens die Existenzgrundlage. Wegen der scharfen Importrestriktionen, welche die Einfuhr industrieller Inputs und Anlagen ebenso wenig erlaubten wie die Ausfuhr der stark auf den Export spezialisierten Industriebetriebe in Gaza, und anderen Hemmnissen wie dem Mangel an Devisen und dem kaum mehr ordentlich funktionierenden Bankensystem und den häufigen Stromsperren mussten die meisten Unternehmen schließen. Wie in der folgenden Tabelle dargestellt, arbeiteten 2008 in den Schlüsselindustrien Textilien, Möbel und Nahrungsmittelverarbeitung nicht einmal mehr 5 Prozent der vor der Blockade bestehenden Betriebe. Begünstigt

19 Siehe u.a. Sara Roy, Gaza: Treading on Shards, in: *The Nation*, 1. März 2010, abrufbar unter <http://www.thenation.com> (10.11.2010)

20 Siehe United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory (UN OCHA), *Locked in: The Humanitarian Impact of Two Years of Blockade on the Gaza Strip*, Special Focus, August 2009, abrufbar unter www.ochaopt.org (12.11.2010), S. 5.

21 Siehe World Bank, *The Underpinnings of the Future Palestinian State: Sustainable Growth and Institutions, Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, 21. September 2010, abrufbar unter <http://www.worldbank.org/ps> (20.10.2010), S. 9.

22 Siehe u.a. Jon Donnison, Gaza's Smuggling-Tunnel Millionaire, *BBC News*, 10.07.2010, abrufbar unter <http://news.bbc.co.uk> (25.10.2010)

durch die Einfuhren industrieller Vorprodukte über die Tunnels an der Grenze zu Ägypten und die Umstellung der Produktion auf den Bedarf des lokalen Marktes in Gaza nahmen bis Anfang 2010 einige Betriebe ihre Arbeit wieder auf. Allerdings produzierten diese Unternehmen stark unter ihrer Kapazitätsauslastung.²³ Diese und andere private Unternehmen sollen mit ihren Beschäftigten vor der Blockade den Lebensunterhalt von mehr als 300.000 Menschen oder etwa ein Fünftel der Bevölkerung des Gazastreifens gesichert haben.²⁴

Fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Anbauflächen war nach Schätzungen der UNCTAD 2009 entweder nicht zu bestellen oder lag brach.²⁵ Wie bereits im ersten Teil des Beitrags erläutert, kommen Bauern entweder gar nicht oder nur unter Lebensgefahr zu ihren Äckern, die in der Sperrzone entlang der 45 km langen Grenze zwischen Israel und dem Gazastreifen liegen. Die meisten Felder in der *No-go-Zone* waren entweder bereits kurz nach Ausbruch der Zweiten Intifada oder mit dem Beginn der Blockade 2006 zerstört worden. In der *High-risk-Zone* wurden seit Ende 2008 und vor allem während des Krieges Felder systematisch eingeebnet, Bäume und Sträucher wie zum Beispiel jahrzehntealte Olivenhaine entwurzelt, Gewächshäuser und landwirtschaftliche Gebäude abgerissen und mehr als 300 Brunnen zugeschüttet. Laut Angaben von UN-OCHA und WFP beläuft sich die Anzahl der Menschen, die direkt unter den Zugangsrestriktionen auf dem Land und zur See zu leiden haben, auf 178.000 Personen oder 12 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens.²⁶

Tabelle: Status der Schlüsselindustriebetriebe in Gaza, 2007-2010

Sektor	Indikator	Mitte 2007	2008	Feb.-März 2010	Kapazitätsauslastung Anfang 2010
Industrie	Anzahl arbeitender Betriebe	3.900	117	1.170	10 % d. Betriebe: 20-50 % 20 % d. Betriebe: 10 % 70 % der Unternehmen sind außer Betrieb
	Anzahl der Beschäftigten	35.000	2.000	5.000	
Bau	Anzahl arbeitender Betriebe	125	8	50	Anstieg der Beschäftigung seit 2009 vorwiegend im Zuge der Abfallbeseitigung u. kleinere Instandhaltungsmaßnahmen
	Anzahl der Beschäftigten	50.000	100	1.500	

Quelle: Palestinian Trade Center (Paltrade), Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, mehrere Ausgaben.

²³ Ausführlicher siehe Palestinian Trade Center (Paltrade), Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, Februar – März 2010, abrufbar unter www.paltrade.org (15.11.2010)

²⁴ Siehe Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, *Unraveling the Closure of Gaza: What has and hasn't changed since the cabinet decision and what are the implications?*, *Information Sheet*, Aktualisierung vom 7. Juli, abrufbar unter <http://www.gisha.org> (18.11.2010), S. 3.

²⁵ Siehe UNCTAD (2010), S. 7.

²⁶ Siehe UN OCHA/WFP (2010), S. 12-17.

Die prekären Auswirkungen der Zugangsrestriktionen spiegeln sich wider in einer wachsenden Armut der Bevölkerung und zunehmender Ernährungsunsicherheit. Viele Bauern berichten, dass ihr Einkommen aus der Landwirtschaft nach der Erweiterung der Sperrzone Ende 2008 auf weniger als ein Drittel schrumpfte oder ganz ausblieb. Ähnliches gilt für die Fischer des Gazastreifens. In den Jahren 2008 bis 2009 ging der Fischfang in Gaza um fast 50 Prozent zurück, der Sardinenfang um fast drei Viertel. Der Küstenstreifen Gazas mit seinen erfahrenen Fischern und gut ausgestatteten Booten ist nunmehr von Fischimporten aus Israel und Ägypten abhängig. Nach Schätzungen des ICRC gelten 90 Prozent der etwa 4.000 Fischer in Gaza inzwischen als arm. Damit in Verbindung steht der Verlust der dem Fischfang nachgelagerten Jobs, die vor der Blockade etwa weitere 40.000 Menschen ernährt haben sollen.²⁷

Um alternative Einkommensquellen zu erschließen und den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern, begannen einige Fischer von ihren ägyptischen Kollegen Fisch zu kaufen und auf den Märkten in Gaza abzusetzen. Andere benutzen dazu das weitverzweigte Tunnelnetz an der Grenze zu Ägypten. Bauern, die ihr Hab und Gut in den Sperrzonen verloren haben, versuchen, anstatt von Oliven- oder Grapefruit-Hainen zu leben, andere Gewächse wie Weizen oder Gerste anzubauen, die weit weniger Ertrag bringen und ggf. zu einem späteren Zeitpunkt von israelischen Patrouillen ebenso eingeebnet werden. Viele der Bauern und Fischer entschieden sich allerdings dazu, ihre bisherige Existenzgrundlage komplett aufzugeben. Einige gingen dazu über, aus den zerstörten Häusern und Gehöften Almetalle und Abfall aufzusammeln, für die sich vor dem Hintergrund des hohen Wiederaufbaubedarfs und der Beibehaltung der scharfen Importrestriktionen ein lukrativer Recyclingmarkt gebildet hat. Andere wiederum wandten sich dem Tunnelgeschäft zu, in dem Tausende entweder am Handel durch die Tunnels oder deren Grabung und/oder Aufrechterhaltung beschäftigt gewesen sein sollen und zum Teil immer noch sind. Daneben wurden viele dieser Fischer und Bauern, ähnlich wie so manche Unternehmer oder Handwerker, von Hilfsorganisationen abhängig. Negative *Coping*-Mechanismen umfassen derweil unterschiedlichste Maßnahmen der Einsparung von Kosten im Haushalt, bei der Ernährung oder Schulgebühren mit Nachteilen für Gesundheit und zukünftige Entwicklung.²⁸

Die Zerstörung weiter Teile der landwirtschaftlichen Produktion führte neben der wachsenden Armut und dem Anstieg der Preise für Nahrungsmittel dazu, dass 2009 drei Viertel der Bevölkerung in Gaza als «nahrungsunsicher» galten, was bedeutet, dass sie nicht über die physischen oder wirtschaftlichen Mittel verfügten, sich in ausreichendem Maße mit unversehrter, nahrhafter und für die Sicherung eines gesunden Lebens angemessener Nahrung zu

27 Siehe ebenda, S. 22-23; UNCTAD (2010), S. 7; Catherine Weibel, Fishing without Sea in Gaza, *Oxfam News*, Podcast vom 24. September, 2010, abrufbar unter <http://www.oxfam.org.uk/applications/blogs/pressoffice/2010/09/24/fishing-without-sea-in-gaza/?v=newsblog> (18.11.2010)

28 Siehe UN OCHA/WFP (2010), S. 25-27; Weibel (2010).

versorgen.²⁹ An diesem Problem konnten offenbar auch die umfangreichen Einfuhren über die Hunderte von Tunnels an der Grenze zu Ägypten nichts ändern, da diese, trotz ihres Beitrags zu einer begrenzten Stabilisierung der Preise in Gaza, für die ärmeren Teile der Bevölkerung häufig unerschwinglich blieben.³⁰

Die Restriktionen in den Sperrzonen behinderten darüber hinaus den Wiederaufbau und/oder die Instandhaltung der Strom-, Wasser- und Abwasserversorgung. Im Gaza-Krieg wurden große Teile der Wasserreservoirs, Brunnen, Pumpstationen und Abwasseranlagen zerstört. Drei Großprojekte für die Abwasserversorgung, darunter eines, das von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert wird, liegen in den Sperrzonen. Aufgrund der dadurch fehlenden Kapazitäten wurden in den letzten Monaten tagtäglich etwa 80 Mio. Liter un- oder partiell geklärter Abwasser in die Umwelt oder das Meer geleitet. 90 bis 95 Prozent des Wassers aus dem Küstengrundwasserleiter, der einzigen Frischwasserquelle in Gaza, gelten seitdem als verschmutzt und sind daher nicht mehr trinkwassertauglich.³¹

Des Weiteren wurde und wird die Wasser- und Abwasserversorgung beeinträchtigt durch eine akute Stromknappheit. Im Juni 2006 zerstörte die israelische Luftwaffe die sechs Transformatoren des einzigen in Gaza existierenden Kraftwerks. Nach der Erklärung des Gazastreifens zum «feindlichen Gebiet» entschied die israelische Regierung im November 2007, alle Arten von Brennstofflieferungen nach Gaza einzuschränken. Daran hat sich bislang auch im Zuge der begrenzten Lockerung der Blockade seit Sommer 2010 wenig geändert. In der ersten Novemberwoche 2010 konnten nur 41 Prozent des wöchentlichen Brennstoffbedarfs für das Kraftwerk eingeführt werden. Dementsprechend musste die Produktion auf etwa die Hälfte heruntergefahren werden, was tägliche Stromabschaltungen von 8 bis 12 Stunden im gesamten Gazastreifen nach sich zog. Die Probleme mit Brennstofflieferungen scheinen jedoch auch mit handfesten Finanzierungsproblemen sowie Meinungsverschiedenheiten zwischen der PA in Ramallah und den zuständigen Behörden in Gaza darüber zu tun zu haben, welchen Anteil Gaza an den Stromrechnungen zu tragen hat und welche Bargeldbeträge dafür in die Westbank transferiert werden müssen und können.³²

Schließlich haben Blockade und Krieg auch das Gesundheits- und Bildungssystem in Gaza schwer beeinträchtigt. Viele Krankenhäuser, Ambulanzen und andere medizinische Einrichtungen wurden während der «Operation gegossenes Blei» zerstört oder beschädigt. Die strengen Importrestriktionen führten zu einer

²⁹ Siehe UN OCHA (2009), S. 3.

³⁰ Siehe UNCTAD (2010), S. 9.

³¹ Siehe UN OCHA/WFP (2010), S. 31-32; Amnesty International (2009), *Thirsting for Justice: Palestinian Access to Water Restricted – Water is a Human Right*, MDE 15/028/2009, Oktober 2009, abrufbar unter <http://www.amnesty.org/en/library/info/MDE15/028/2009/en> (22.10.2010)

³² Siehe UN OCHA, 3.-9. November 2010, S. 3.

Unterversorgung mit Arzneimitteln und medizinischem Gerät. Viele Spezialoperationen können aufgrund unzureichender technischer Ausstattung und/oder fehlender Aus- und Fortbildung der Ärzte in Gaza nicht durchgeführt werden. Daher müssen viele Patienten in Hospitäler in Israel oder Ägypten überwiesen werden, wobei allerdings durch die langwierigen israelischen Genehmigungsprozeduren einige Patienten während der Wartezeit verstorben sind.³³ Auch zahlreiche Schulen, Kindergärten und Universitätsgebäude wurden im Gaza-Krieg ganz oder teilweise zerstört. Aufgrund dessen arbeiten die meisten staatlichen ebenso wie UNRWA-Schulen im Schichtsystem, und trotzdem konnten zu Beginn des laufenden Schuljahrs von den UNRWA-Schulen etwa 40.000 Kinder nicht eingeschult werden. Durch die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Baumaterial konnten beschädigte Schulen bislang nicht wieder aufgebaut werden, und es fehlt an Klassenräumen. Ein akuter Mangel an Fachlehrern und Unterrichtsmaterialien wie Papier und Büchern erschwert die Lage zusätzlich.³⁴

Der Wiederaufbau der durch den Krieg 2008/09 zerstörten Gebäude, Industrie- und landwirtschaftlichen Anlagen sowie der Infrastruktur konnte bislang kaum beginnen, da Baumaterial bis 2010 entweder nur über das selbstorganisierte «Recycling» von Abfällen oder durch den Import über die Tunnel zwischen Ägypten und Gaza beschafft werden konnte.³⁵

Ausblick: Eine bloße Lockerung der Blockade genügt nicht!

Am 20. Juni 2010 verkündete die israelische Regierung unter massivem Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft vor dem Hintergrund des *Freedom-Flotilla*-Vorfalles eine Lockerung der Blockade des Gazastreifens. In der Entscheidung, die eine *new civilian policy towards Gaza* signalisieren sollte, legte die Regierung unter anderem fest, das Importregime zu lockern, den Betrieb an den Grenzübergängen für die Zollabwicklung von Gütern auszuweiten und die Genehmigungsverfahren für die Ein- und Ausreise von Personen für humanitäre und medizinische Zwecke sowie für Mitarbeiter internationaler Organisationen zu vereinfachen. Im selben Atemzug betonten die israelischen Entscheidungsträger in diesem Papier allerdings auch, dass das «Sicherheitsregime» gegenüber dem Gazastreifen aufrechterhalten würde.³⁶ Anfang Juli

³³ Siehe u.a. World Health Organization, Gaza Health Fact Sheet, 20. Januar 2010.

³⁴ Siehe u.a. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory (UN OCHA): *Humanitarian Monitor*, September 2010, [www.ochaopt.org], 10.11.2010, S. 10.

³⁵ Siehe UNCTAD (2010), S. 7.

³⁶ Israel's Cabinet Decision on the Civilian Policy towards Gaza – Principles and Implementation, in: State of Israel, Measures Taken by Israel in Support of Developing the Palestinian Economy and Socio-Economic Structure, Report of the Government of Israel to the Ad Hoc Liaison Committee (AHLC), New York, 21. September 2010, S. 25-36. Die Entscheidung des Kabinetts ist auch auf der Webseite des israelischen Außenministeriums abrufbar http://www.mfa.gov.il/MFA/government/communiques/2010/Prime_Minister_Office_statement_20-jun-2010.

legten die israelischen Behörden eine Liste von Gütern vor, deren Einfuhr in den Gazastreifen weiterhin verboten bleiben soll. Dabei handelt es sich um Waffen, Munition und dergleichen sowie um sogenannte *Dual use*-Produkte. Eine zweite Negativliste beinhaltet Baumaterialien unterschiedlicher Art, deren Import nach Gaza nur für solche Projekte gestattet ist, die von der PA genehmigt und von internationalen Organisationen durchgeführt werden. Für alle anderen zivilen Güter soll die Einfuhr uneingeschränkt und ohne vorherige Genehmigung erlaubt sein.³⁷

Mit der Umsetzung der in der Kabinettsentscheidung festgelegten Maßnahmen haben sich die Importe nach Gaza in den letzten Monaten in Umfang und Vielfalt ausgeweitet. Im Oktober 2010 gelangten etwa 4.500 Lastwagenladungen nach Gaza. Damit fallen sie zwar wesentlich höher aus als die monatlichen Importe von im Durchschnitt 2.000 bis 2.500 Containern in 2008 und der ersten Hälfte von 2010. Dennoch liegen sie nach wie vor weit unter dem Wert von über 10.000 Wagenladungen in der ersten Hälfte des Jahres 2007 (siehe Abb. auf S. 173). Außerdem konzentrieren sich die Importe weiterhin in starkem Maße auf Nahrungsmittel, auch wenn eine begrenzte Anzahl industrieller Inputs und Rohstoffe wieder unter den Einfuhren der letzten Monate zu finden waren.³⁸

Nicht nur palästinensische und israelische Nichtregierungsorganisationen, sondern auch internationale Organisationen begrüßen in ihren jüngsten Berichten zur Lage in Gaza die graduelle Lockerung der Blockade durch die israelischen Behörden. Sie weisen jedoch auch darauf hin, dass diese lediglich bruchstückhafte Entschärfung der Restriktionen im Verkehr von Gütern und Personen zwischen Gaza und dem Rest der Welt – und darunter insbesondere zwischen Gaza und der Westbank – auf keinen Fall ausreicht. Im Gegenteil macht der neueste UN-OCHA *Humanitarian Monitor* unmissverständlich klar, dass die Politik der «kollektiven Bestrafung» der Bevölkerung des Gazastreifens nichtsdestotrotz fortbesteht. Zum einen ist nach wie vor kein regelmäßiger und vor allem in Bezug auf den Reisegrund unbegrenzter Personenverkehr erlaubt, auch wenn der Grenzübergang in Rafah in den letzten Monaten fast täglich in Betrieb war. Auf Anfrage der Nichtregierungsorganisation Gisha stellten die israelischen Behörden Anfang Juli klar, dass die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für die Ein- und Ausreise von Personen auf keinen Fall eine Ausweitung des Reiseverkehrs zum Beispiel für Studenten aus Gaza

37 Ebenda, S. 27-28. Siehe auch Israel Ministry of Foreign Affairs, Lists of Controlled Entry Items, 4. Juli 2010, abrufbar unter http://www.mfa.gov.il/MFA/HumanitarianAid/Palestinians/Lists_Controlled_Entry_Items_4-Jul-2010 (19.08.2010)

38 Siehe United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – occupied Palestinian territory (UN OCHA), Humanitarian Monitor, Oktober 2010, abrufbar unter www.ochaopt.org (18.11.2010), S. 9; Palestinian Trade Center (Paltrade), Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Monitoring Report, August-September 2010, abrufbar unter www.paltrade.org (15.11.2010), insbes. S. 10.

ins Westjordanland impliziert.³⁹ Folglich bleibt die Bevölkerung von Gaza weiterhin überwiegend «eingesperrt». Noch nicht einmal bei der Ein- und Ausreise von Mitarbeitern internationaler Hilfsorganisationen lässt sich laut UN-OCHA eine signifikante Besserung der Lage erkennen.⁴⁰ Zum anderen bleiben das Exportverbot und die Restriktionen für die Einfuhr von dringend benötigten Baumaterialien weiter in Kraft. Daher sind substanzielle positive Effekte und vor allem eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen wie humanitären Lage in Gaza kaum zu erwarten.

Die vollständige Auflösung der Blockade drängt sich umso mehr auf, als die offensichtlichen Ziele der «ökonomischen Kriegsführung» Israels gegen den Gazastreifen nicht in Erfüllung gegangen sind bzw. sogar kontraproduktiv wirkten. Der israelische Soldat Gilad Shalit konnte nicht befreit werden, die Regierung der Hamas sitzt allem Anschein nach trotz vieler ungelöster Aufgaben und wachsender Kritik fester denn je im Sattel, und die Angriffe auf israelisches Gebiet setzen sich fort.⁴¹ Für den lange aufgeschobenen Wiederaufbau und vor allem die Wiederherstellung einer eigenständigen Produktionsbasis der palästinensischen Ökonomie als Grundlage für einen zukünftigen Staat Palästina ist aber nicht nur eine vollständige Aufhebung der Blockade gegen den Gazastreifen unbedingt erforderlich. Darüber hinaus muss der in den letzten Jahren auch gegenüber dem Westjordanland fortgesetzten Politik der systematischen De-Entwicklung über willkürliche Absperrung, Landnahme, Siedlungs- und Mauerbau sowie alleiniger Kontrolle Israels über alle Ressourcen ein Ende gesetzt werden. Dies sollten sich internationale Geber, das Nahost-Quartett und insbesondere auch die von der Fatah geführte PA in Ramallah auf die Fahnen schreiben, die in den vergangenen Jahren nicht nur den Boykott gegen den Gazastreifen maßgeblich unterstützt haben, sondern auch die Vertiefung der Fragmentierung zwischen Gaza und Westjordanland. Insbesondere letztere sollten sich zu Gemüte führen, dass – wie die Weltbank in ihrem jüngsten Bericht kritisch feststellt – ausländische Hilfen und der dadurch finanzierte Aufbau von Institutionen allein weder nachhaltiges Wachstum und Entwicklung fördern noch imstande sein werden, einem «existenzfähigen Staat» eine Basis zu geben.⁴² Auch die UNCTAD kommt in ihrer neuesten Studie zu dem Schluss, dass eine Beibehaltung oder Ausweitung externer Hilfen für die besetzten Gebiete nur dann einen signifikanten Beitrag zu Wiederaufbau und Entwicklung leisten kann, wenn zusätzlich zur Blockade des Gazastreifens auch die Absper-

39 Siehe Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, *Unraveling the Closure of Gaza: What has and hasn't changed since the cabinet decision and what are the implications?*, Information Sheet, Aktualisierung vom 7. Juli, abrufbar unter <http://www.gisha.org> (18.11.2010), insbes. S. 7-8.

40 Siehe UN OCHA, Humanitarian Monitor, Oktober 2010.

41 Für eine ähnliche Argumentation siehe u.a. Muriel Asseburg, Die Gaza-Blockade beenden – aber wie?, SWP-Aktuell 51, Juni 2010; Margret Johannsen, Der Gaza-Krieg: Jüngstes Kapitel in einem endlosen Konflikt, in: Institut für Entwicklung und Frieden (Hrsg.): *Friedensgutachten* 09, Münster: Lit-Verlag, S. 97-109.

42 Siehe World Bank (2010), S. 5.

rungen und anderen Restriktionen im Westjordanland massiv gelockert und letztlich komplett aufgehoben werden.

Daher wird es höchste Zeit, in einem ersten Schritt die offensichtlich sinnlose Strategie der Isolation, so wie sie bislang vom Nahost-Quartett und der EU mitgetragen wurde, aufzugeben und die kollektive Bestrafung der Bevölkerung in Gaza zu beenden. Für einen solchen Prozess unausweichlich ist aber, dass sich die EU und USA in welcher Form auch immer für eine Aufnahme des Gesprächsfadens mit der Hamas-Regierung in Gaza bereit erklären.

Aufstieg und Niedergang

Jerusalem – das historische Zentrum des palästinensischen Volkes

Die meisten Wissenschaftler halten Jerusalem für das komplizierteste Problem des palästinensisch-israelischen Konflikts. Diese These wird oft instrumentalisiert, um die Unlösbarkeit des Problems hervorzuheben und jegliche Suche nach Lösungen aufzugeben. Dieser Beitrag will die Schwierigkeiten des Konflikts um Jerusalem nicht ignorieren. Aber es sollen die verschiedenen Aspekte der «umkämpften Stadt» neu definiert und unterschiedliche Lösungsansätze untersucht werden. Beide Parteien, Palästinenser wie Israelis, haben ihre Minimalforderungen für einen Frieden in der Stadt ebenso formuliert wie ihre Tabus. Auch diese müssen sehr behutsam angegangen werden. Jede Lösung für Jerusalem, egal in welcher Form (offene oder geteilte Stadt, mit weichen oder harten Grenzen, in Kooperation oder in Feindschaft), wird beträchtliche Auswirkungen auf beide Teile der Stadt und auf die Beziehungen zwischen Palästinensern und Israelis insgesamt haben. Die Art der zwischen den Parteien gefundenen Lösung und ihrer Beziehungen zueinander wird *de facto* die Zukunft der gesamten Region mitbestimmen.

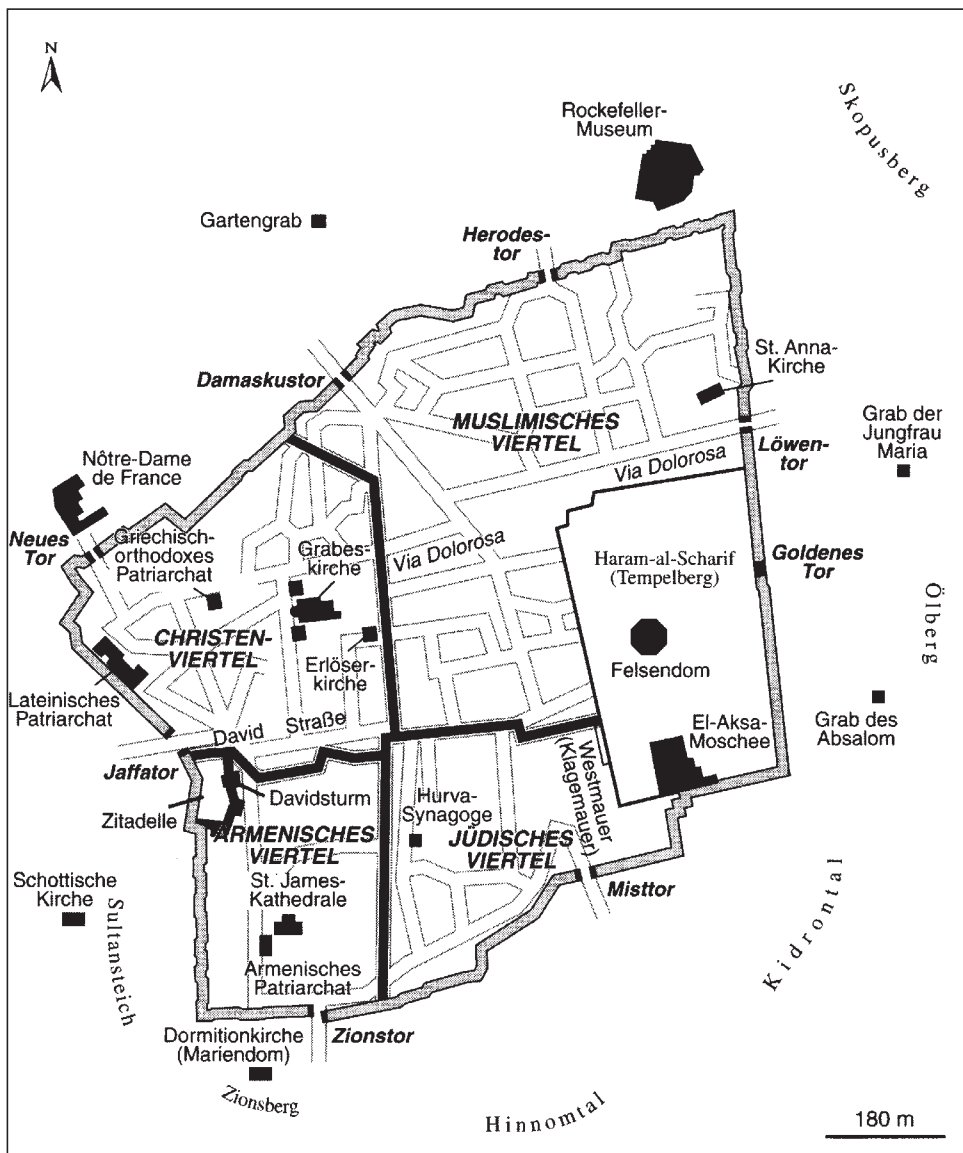
Eine weitere Dimension ist die Verbundenheit beider Seiten mit der Stadt; sie wird täglich weiter ausgebaut. Offensichtlich konkurrieren beide Parteien darin, sie zu steigern. Geschichte, Archäologie, Literatur, Demografie und vieles mehr wird genutzt, um diese Verbundenheit darzustellen. Die Herstellung nationaler und religiöser Symbole läuft daher mit höchster Intensität und Geschwindigkeit. Hinzu kommt die Schaffung von Fakten vor Ort.

Dieser Beitrag zeigt die palästinensische Sichtweise, nicht die israelische oder jüdische. Der Autor nimmt diese zur Kenntnis, ohne sie gänzlich zu akzeptieren oder abzulehnen. Teile der Verbundenheit mit der Stadt entstanden als Folge der Besetzung von 1967, und prinzipiell verstoßen alle vor Ort geschaffenen Fakten gegen internationales Recht.

Jerusalem und die Religion der Palästinenser

Wie man weiß, sind im palästinensischen Volk sowohl der Islam als auch das Christentum vertreten. Zwar ist der Anteil der Christen in den besetzten Gebieten

Karte 11: Jerusalem – die Altstadt



Quelle: Bernard Wasserstein, Jerusalem. Der Kampf um die heilige Stadt, München, C.H. Beck Verlag 2002,
© Peter Palm

(Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem) in den letzten Jahrzehnten auf 1 Prozent oder weniger gesunken, aber ca. 15 Prozent der Palästinenser in der Diaspora sind Christen. Jerusalem gilt als ein Fundament sowohl des islamischen als auch des christlichen Glaubens und der jeweiligen kulturellen Traditionen.

Seit fast 2.000 Jahren ist die hiesige christliche Kirche trotz vieler Unbilden und einer Folge von Fremdherrschaften in Jerusalem aktiv. Die beiden Jahrtausende schufen zahlreiche christliche Traditionen und verschiedene Formen der Verbundenheit mit der Stadt. Jerusalem gilt als Wiege der Christenheit. Viele der im Alten und Neuen Testament geschilderten Ereignisse spielten sich in Jerusalem ab. Im Leben von Jesus spielt die Stadt eine bedeutende Rolle. Hier wurde er gekreuzigt und begraben, hier ist er in den Himmel aufgefahren. Die Christen gedenken dieser Ereignisse in vielen Stätten und Kirchen, es sind heilige Stätten. Das Grab Jesu, die Grabeskirche aus dem 4. Jahrhundert, ist für viele Christen die wichtigste heilige Stätte des Christentums, in der zahlreiche Traditionen verwurzelt sind. Über die Jahrhunderte haben fast alle christlichen Konfessionen und Nationen in Jerusalem Kirchen gebaut: Griechen, Georgier, Armenier, Russen, Äthiopier, Kopten, Assyrer, Briten, Iren, Deutsche, Dänen, Schweden, Amerikaner, Italiener, Franzosen, der Vatikan, Spanier, Palästinenser ... Keine andere Stadt der Welt beherbergt so viele Kirchen. Zahlreiche Kirchen und Klöster sind in der Stadt und Umgebung angesiedelt. Sie repräsentieren verschiedene Nationalitäten und bewahren unterschiedliche religiöse und kulturelle Traditionen. Einige von ihnen sind 1.600 Jahre alt.

Es ist nicht einfach, die Bedeutung einer Stadt zu definieren, die seit so langer Zeit mit großer Heiligkeit in Verbindung gebracht wird. Der Islam versteht sich selbst als Vervollkommenung der himmlischen Religionen (Judentum und Christentum), als Erbe ihres religiösen Vermächtnisses in Jerusalem. Da die Stadt gemäß des religiösen Narrativs als heilig gilt, erbte der Islam auch dieses Vermächtnis. Der Islam verbindet die *Al-Aqsa*-Moschee mit Gott wie auch mit dem ersten Menschen, Adam. Die Heiligkeit der Moscheen und der Stadt war daher schon seit Anbeginn der Schöpfung festgelegt. In den ersten Tagen des Islam haben die Muslime ihre Gebetsrichtung (*Qibla*) nach Jerusalem ausgerichtet. Im Islam gibt es drei heilige Stätten: Mekka, Medina und Jerusalem. Alle drei Stätten sind miteinander in einer dialektischen Beziehung verbunden, die sich in den letzten 1.400 Jahren entwickelt und verwurzelt hat. Mehrere *Hadith* (Überlieferungen Mohammeds) regen an, die *Hadsch*-Pilgerreise in Jerusalem zu beginnen (*Bait al-Maqdis*). Durch die *Hadsch* sind die drei heiligen Stätten direkt miteinander verbunden, da die Pilger ihre *Hadsch* nach der Vollendung der Rituale durch einen Besuch der *Al-Aqsa*-Moschee in Jerusalem heiligen mussten. Jerusalem war das Ziel des Propheten Mohammed auf seiner Nachtreise (*Isra'wa-Mi'raj*). Von hier stieg er in den Himmel auf und hinterließ seinen Fußabdruck auf dem heiligen Felsen (Felsendom). Daher ist Jerusalem im Islam das Tor zum Himmel.

Jerusalem ist auch der Ort, an dem sich am Tag des Jüngsten Gerichts (*Yaum al-Qiyama*) alle Menschen versammeln und ihrem Richter begegnen werden. In

Karte 12: Das geteilte Jerusalem (1949-1967)



Quelle: Bernard Wasserstein, Jerusalem. Der Kampf um die heilige Stadt, München, C.H. Beck Verlag 2002,
© Peter Palm

diesem Kontext wird Jerusalem der heiligste Ort auf Erden sein. Einige Überlieferungen des Propheten Mohammed besagen, dass Mekka und Medina am Tag der Auferstehung der Toten mit Jerusalem vermählt werden. Ein Gebet in der *Al-Aqsa*-Moschee ist so viel wert wie 500 Gebete anderswo, anderen Quellen zufolge sogar 1.000 Gebete. Darüber hinaus beherbergt Jerusalem die ältesten erhaltenen islamischen Architekturdenkmäler. Der Felsendom war in der gesamten islamischen Geschichte eine Quelle der Inspiration für islamische und nicht-islamische Künstler. Unter Besatzung gewann er noch an Bedeutung. Während der Kreuzfahrerzeit, seit 1099, wurde Jerusalem auch zur Inspiration für politische wie religiöse islamische Bewegungen. Aktionen zur Befreiung der *Al-Aqsa*-Moschee bezogen daraus ihre Legitimität. Heute haben wir eine ähnliche Situation. Zahlreiche islamische und nicht-islamische politische Bewegungen beziehen ihre Legitimität aus Slogans zur Befreiung der *Al-Aqsa*-Moschee von der israelischen Besatzung.

Von einer blühenden zu einer geteilten Stadt

Die zentrale Bedeutung der Stadt war eine Folge ihrer religiösen, nationalen, demografischen, wirtschaftlichen, geografischen und institutionellen Stellung. Vor 1948 war Jerusalem die Hauptstadt des britischen Mandatsgebiets Palästina. Die Stadt blieb Mittelpunkt des palästinensischen Volkes, hier waren die meisten Bildungsinstitutionen, kulturelle, religiöse, spirituelle und politische Einrichtungen sowie die Gesundheitsversorgung. Bevölkerung und Institutionen gewannen rasch an Quantität wie an Qualität. Die zentrale Bedeutung Jerusalems wurde in den Dienstleistungen deutlich, ohne das Ansehen von Jaffa seit dem 19. Jahrhundert schmälern zu wollen. Jaffa galt als die Hauptstadt des Vergnügens, der Kunst und des Handels – der «Rest» war in Jerusalem angesiedelt.

Der Krieg von 1948 setzte der Entwicklung von Jerusalem ein Ende. Er führte zur Teilung der Stadt in zwei ungleiche Teile. Ost-Jerusalem, einschließlich der Altstadt, das nur 13 Prozent des gesamten Jerusalem umfasste, fiel unter jordanische Besetzung. West-Jerusalem, das die meisten modernen Stadtteile, die Institutionen, die Strom- und Wasserversorgung und die neuen Märkte umfasste, stand nun unter israelischer Besatzung.¹

Alle etwa 24.000 im Westteil der Stadt lebenden Palästinenser² wurden ausgewiesen. Dazu zählte nicht das Umland Jerusalems, dessen palästinensi-

- 1 Nach der UN-Resolution 181 (dem sogenannten UN-Teilungsplan) von 1947, die zur Schaffung von zwei Staaten, einem arabischen und einem jüdischen, im Mandatsgebiet Palästina aufrief, war Jerusalem als Sondergebiet mit einer eigenen Regierung (*Corpus Separatum*) unter internationaler Verwaltung ausgewiesen. Nach Internationalem Recht ist dies bis heute der rechtliche Status sowohl Ost- als auch West-Jerusalems.
- 2 Diese Zahl basiert auf den UNRWA-Aufzeichnungen. Palästinensische Schätzungen liegen weit höher, da sie eine andere Definition von Flüchtlingen zugrunde legen. Heute schätzt man die Zahl dieser Flüchtlinge auf etwa 115.000.

sche Bevölkerung ebenfalls vollständig evakuiert wurde.³ Als Folge des Krieges wurden auch etwa 2.500 Juden aus der Altstadt und aus zwei anderen Siedlungen im Bezirk Jerusalem evakuiert.

Keine der verfeindeten Seiten der geteilten Stadt konnte sich entwickeln. Ost-Jerusalem musste zahlreiche Flüchtlinge aufnehmen sowie die verlorenen Institutionen und die Infrastruktur ersetzen. Jordaniens guter Wille reichte nicht, um Ost-Jerusalem wiederzubeleben, da es über sehr begrenzte Ressourcen verfügte und die riesige Zahl der palästinensischen Flüchtlinge die begrenzten Kapazitäten überstieg.

Nach 1967 annektierte Israel ganz Jerusalem und dehnte die Stadtgrenzen 70 km² in die Westbank aus. Das «Vereinigte Jerusalem» wurde zur Hauptstadt Israels erklärt und überall in Ost-Jerusalem begann ein systematischer Siedlungsbau.

Ost-Jerusalem vor Oslo

Vor dem Beginn des Friedensprozesses (1991) war Ost-Jerusalem das nationale und institutionelle Zentrum der meisten palästinensischen Aktivitäten. Die zentrale Rolle Ost-Jerusalems zeigte sich in den Dienstleistungen, die dort nicht nur den palästinensischen Bürgern der Stadt, sondern allen Palästinensern in der Westbank und im Gazastreifen angeboten wurden. Seitdem hat die Stadt einen systematischen Wandel erlebt – Ergebnis verschiedener israelischer Taktiken, die ihre zentrale Bedeutung und ihre Rolle im täglichen Leben des palästinensischen Volkes schwächen sollten.

Als Israel 1967 Ost-Jerusalem annektierte, waren die Bürger der Stadt (wie die Bewohner der Westbank) jordanische Staatsbürger mit jordanischen Pässen. Israel stellte die Stadt unter israelisches Recht und annektierte das Gebiet Ost-Jerusalems einseitig, ohne die Palästinenser jedoch zu Staatsbürgern zu machen.⁴ Die Palästinenser behielten ihre jordanischen Pässe (bis heute) und erhielten israelische Identitätskarten,⁵ durch die sie Bürgerrechte und Pflichten (keine politischen Rechte) haben. Sie werden an alle ausgegeben, die beweisen können, dass sie innerhalb der von Israel definierten Stadtgrenzen ihren Wohnsitz haben.⁶ Von 1967 bis heute haben etwa 6.600 Bürger der Stadt ihr Wohnsitzrecht verloren, weil sie etwa für mehr als drei Jahre im Ausland lebten, weil ihr Lebensmittelpunkt außerhalb der Stadtgrenzen lag oder weil sie jemanden ohne

3 Im Bezirk Jerusalem wurden 1948 38 Dörfer evakuiert und später zerstört. Damals zählte man 73.258 offiziell registrierte Flüchtlinge aus diesen Dörfern, heute liegt ihre Zahl bei etwa 250.000.

4 Das Gebiet von Ost-Jerusalem wurde annektiert, nicht jedoch die Menschen, die dort lebten.

5 Zu Details, vgl. Salim Tamari (Hrsg.), *Jerusalem 1948: The Arab Neighborhoods and their Fate in the War*, Jerusalem 1999, S. 1-9.

6 Die Verschiebung der Stadtgrenzen verlief in mehreren Phasen, mit dem Ziel, so viel Land wie möglich mit so wenigen Palästinensern wie möglich zu kontrollieren.

Wohnsitz in Jerusalem geheiratet haben. In dieser Zahl sind die unterhaltsberechtigten Kinder derjenigen, die ihre Identitätskarten verloren haben, nicht enthalten. Das israelische Gesetz behandelt die Palästinenser in Ost-Jerusalem, als seien sie 1967 nach Israel eingereist⁷, obwohl es Israel war, das Ost-Jerusalem in diesem Jahr besetzte. So gefährdet jeder Palästinenser, der sich nicht an die israelischen Wohnsitzregeln hält, sein Recht auf einen Wohnsitz in Jerusalem.

Trotz der Tatsache, dass die meisten Palästinenser ihren Pflichten nachkommen, indem sie Steuern zahlen und andere Bürgerpflichten erfüllen, nimmt die Mehrheit von ihnen nicht an den Kommunalwahlen teil. Diese Enthaltung hat politische wie nationale Gründe.⁸ Diese Form des gewaltlosen Widerstandes ist wichtig für das Verständnis der demografischen Strategien Israels in Ost-Jerusalem seit 1967 sowie ihrer Auswirkungen auf die Verschlechterung der Lebenssituation der Palästinenser in der Stadt.

Demografische Tatsachen

Unmittelbar nach der Besetzung Ost-Jerusalems 1967 führte die israelische Regierung eine Volkszählung durch und registrierte 66.000 Palästinenser innerhalb der erweiterten Stadtgrenzen. In dieser Zählung fehlen die sogenannten «Abwesenden», die sich aus den verschiedensten Gründen (Arbeit, Studium, Urlaub oder Flucht vor dem Krieg) außerhalb Jerusalems befanden. Der Anteil der Palästinenser in der Stadt lag laut israelischen Schätzungen bei 25,8 Prozent. Offiziell bemüht sich Israel mit verschiedenen Mitteln (siehe unten), die palästinensische Bevölkerung unter 30 Prozent (einige sagen 27 Prozent) der Gesamtbevölkerung des «Vereinigten Jerusalem» zu halten.⁹ Diese Bemühungen scheiterten: Die Palästinenser überschritten ihren Anteil nach israelischen Statistiken 1999 mit 31,1 Prozent und 2002 sogar mit 33 Prozent. Palästinensische Statistiken zeigen noch höhere Anteile.¹⁰

Israel verwirklichte seine Strategie des «demografischen Monopoly» durch den Transfer jüdischer Bevölkerungsteile von West- nach Ost-Jerusalem und die Ansiedlung von Neueinwanderern aus dem Ausland und aus anderen Teilen Israels in jüdischen Neubausiedlungen in Ost-Jerusalem. Es ist nicht bekannt, ob die jüdische Einwohnerzahl in Ost-Jerusalem die 50-Prozent-Marke schon überschritten hat oder darunter liegt. Die veröffentlichten Zahlen sind ungenau

7 Gemäß dem israelischen Einreisegesetz von 1952.

8 Die Teilnahme an den Kommunalwahlen ist bis heute unter den Palästinensern umstritten. Eine Minderheit betrachtet sie als Bürgerrecht, das den Palästinensern helfen kann, nicht nur ihr tägliches Leben, sondern auch die Lebensbedingungen und vielleicht die politische Zukunft der Stadt zu beeinflussen. Die Mehrheit betrachtet eine Teilnahme als Form der Legitimierung von Besatzung und Annexion.

9 Zur demografischen Diskussion vgl. Michael Dumper, *The Politics of Jerusalem since 1967*, New York: Columbia University Press 1997, S. 53-72.

10 Palästinensische wie israelische Statistiken beruhen auf Schätzungen, so dass sie alle recht unzuverlässig sind, da es keine spezifischen Daten gibt, die zwischen West- und Ost-Jerusalem unterscheiden.

und meist auf beiden Seiten politisch manipuliert. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass Ost-Jerusalem für die jüdische Bevölkerung aus verschiedenen Gründen interessanter wurde, während es für die Palästinenser aufgrund des Drucks immer unattraktiver wurde. Unbestritten ist jedoch, dass die palästinensische Bevölkerung trotz aller israelischen Strategien stärker wächst als die israelische. Der demografische Trend verläuft klar zugunsten der Palästinenser. Dies zeigt sich schon seit 1996, als die palästinensische Wachstumsrate von 2,95 auf 4 Prozent (1999) stieg, während die israelische Wachstumsrate von 1,2 Prozent (1996) auf 1,1 Prozent (1999) fiel.

Der Aufstieg Ost-Jerusalems

Nach der Niederlage der arabischen Streitkräfte 1967 und dem Zusammenbruch der jordanischen Verwaltung in Ost-Jerusalem begannen die Palästinenser in der Stadt, sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen zu organisieren, um ihre Interessen zu wahren. Hier organisierten sie ihre Führung auf sozioökonomischer, politischer, administrativer und auf der Dienstleistungsebene, nicht nur für die Palästinenser in Jerusalem, sondern auch für die Menschen in der Westbank und im Gazastreifen. In dieser Hinsicht war das der Stadt aufgezwungene israelische Recht hilfreich. Im Rest der Westbank und im Gazastreifen war es nämlich unmöglich, eine institutionalisierte palästinensische Führung aufzubauen, da dort die israelische Armee die Verwaltung übernommen hatte und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft verhinderte.

In Jerusalem führten diese Entwicklungen trotz Besatzung und Annexion zum allmählichen Aufstieg verschiedener zivilgesellschaftlicher Institutionen sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Eine der ersten Institutionen, die nach 1967 entstand, war der Hohe Islamische Rat, der sich als Vertretung der Palästinenser in den besetzten Gebieten und Wächter der Heiligen Stätten des Islam in Jerusalem und der Westbank verstand. Andere Organisationen begannen, das Bildungssystem wiederaufzubauen. Sie gründeten Schulen, die unabhängig waren von israelischer Verwaltung. Außerdem entstanden Organisationen im Gesundheits- und sozialen Bereich, in der Jugendarbeit, in Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften, Hilfsorganisationen, Medien usw. In der Folge entwickelte sich Jerusalem zum Führungszentrum der besetzten Gebiete und zwar sowohl auf politischer Ebene als auch in der Verwaltung, bei den Dienstleistungen und im kulturellen Leben.¹¹ Seit den frühen 1970er-Jahren entwickelten sich die politischen Versammlungen in Jerusalem zur Stimme Palästinas in den besetzten Gebieten – parallel zur PLO in der Diaspora. Und selbst diese konnte die Führung in Jerusalem nicht ignorieren, was nach dem Friedensabkommen von Camp David zwischen Ägypten und Israel 1978 deutlich wurde: Die PLO

¹¹ Für mehr Details zum Aufstieg der palästinensischen Führung in Jerusalem nach 1967 vgl. Michael Dumper, *Israel's Policy towards the Islamic Endowments in Jerusalem, 1948-1988*, (Arab.) Beirut: Institute for Palestine Studies 1992.

verschob ihre Erklärung zu dem Abkommen bis das Jerusalemer Establishment sie abgelehnt hatte.

Die zentrale Bedeutung Jerusalems im täglichen Leben der Palästinenser entwickelte sich vor allem aufgrund zweier Faktoren:

- Die israelischen Gesetze erlaubten einen gewissen Grad zivilen politischen Lebens in Jerusalem, den sie im Rest der besetzten Gebiete niederschlugen.
- Die Stadt hat weiterhin eine große historische Bedeutung in den Herzen und Köpfen der Palästinenser.

Das Orienthaus¹² ist ein gutes Beispiel für diese politischen Entwicklungen. Wie so viele palästinensische Institutionen gewann das Orienthaus erst allmählich an Bedeutung. Es begann als Forschungszentrum der *Arab Study Society*, die in den späten 1970ern von Faisal al-Husseini als Fassade für seine politischen Aktivitäten als Vertreter der PLO im Allgemeinen und der Fatah im Besonderen gegründet worden war. Zwar beschäftigte sich die Gesellschaft auch weiterhin mit der Dokumentation und der Forschung zu Jerusalem und dem arabisch-israelischen Konflikt, gleichzeitig entwickelte sie sich zu einer bedeutenden politischen Stimme der Palästinenser in Ost-Jerusalem und in einigen Belangen auch derer in den besetzten Gebieten. Darüber hinaus dokumentierte das Zentrum, wie schwach die israelische Kontrolle über Ost-Jerusalem war. Sein Gründer, der teilweise vom Ruf seiner berühmten Familie profitierte¹³, genoss eine hohe Glaubwürdigkeit. Bald erkannte man die Positionen des Orienthauses konkurrenzlos als Stimme der Palästinenser an. Neben den diplomatischen Treffen im Haus wurde das Orienthaus auch zur Anlaufstelle für Normalsterbliche. Einfache Menschen ersuchten um Hilfe, medizinische Versorgung oder finanzielle Unterstützung bei der Zahlung ihrer Steuern. So entstanden verschiedene Abteilungen wie die Sozial-, Gefangenen-, Rechtshilfe-, Landvermessungs- oder Sicherheitsabteilung, um den wachsenden Bedürfnissen der Bürger gerecht zu werden.

Die späten 1980er-Jahre brachten den Aufstieg Faisal al-Husseinis vom palästinensischen Lokalpolitiker zur internationalen Persönlichkeit durch seine frühe Mitarbeit an den Vorbereitungen der Friedensverhandlungen. Im Orienthaus fanden diplomatische Hintergrundgespräche und Parallelverhandlungen mit israelischen Institutionen und verschiedenen Vertretern israelischer Parteien statt, um die Verhandlungen zu erleichtern. Ab 1990 war das Haus ein Zentrum täglicher diplomatischer Aktivität. Regelmäßig traf man dort Besucher aus aller Welt, Premierminister, Außenminister, Parlamentsdelegationen, Solidaritätsgruppen oder israelische Delegationen. Die Glaubwürdigkeit des Orienthauses

¹² Das Orienthaus ist ein wichtiges, aber nicht das einzige Beispiel. Ein ähnliches findet sich in Gaza mit der Gesellschaft des Roten Halbmondes unter dem Vorsitzenden Haider Abdel-Shafi, der 1991 der palästinensischen Delegation bei der Madrider Konferenz vorstand und später die Verhandlungen in Washington führte.

¹³ Faisal al-Husseini ist der Sohn von Abd al-Qadir al-Husseini, der 1948 bei der Verteidigung Jerusalems fiel. Sein Tod wurde zu einem Symbol der palästinensischen Geschichte und insbesondere der Geschichte Jerusalems.

und der mit ihm verbundenen politischen Elite halfen Faisal al-Husseini, bei den Verhandlungen mit den USA und europäischen Staaten die Grundlagen für den Friedensprozess zu legen. Das Orienthaus verschaffte dem gesamten Friedensprozess, den zunächst nicht nur die traditionelle palästinensische Opposition, sondern auch Mitglieder der PLO vehement abgelehnt hatten, Legitimation. Schließlich rekrutierte sich auch die palästinensische Delegation für die berühmte Madrider Friedenskonferenz aus dem Orienthaus und mit ihr die Hoffnungen von Palästinensern und Israelis auf eine bessere Zukunft. Es ist sehr schwierig, sich den Durchbruch im Friedensprozess von 1990/91 vorzustellen, ohne die Rolle zu berücksichtigen, die das Orienthaus auf jeder Ebene gespielt hat – für die Palästinenser in den besetzten Gebieten, in der Diaspora (vor allem die palästinensische Führung in Tunesien) sowie für Israelis und Amerikaner.

Der Aufstieg des Orienthauses ist auch das Ergebnis eines langen Aufbaus von Institutionen innerhalb der Zivilgesellschaft. Es füllte das durch die israelische Politik der Auflösung arabischer Gemeinden und anderer palästinensischer Institutionen in Jerusalem entstandene Vakuum. So wurde es zu einem politischen und institutionellen Dach für die Palästinenser in Jerusalem und im Rest der besetzten Gebiete.

All dies führte zu einer gewissen Unabhängigkeit Ost-Jerusalems von der israelischen Führung. Die «Vereinigte Hauptstadt» verwandelte sich in zwei eigene Städte, die zusammenlebten, aber getrennt waren. «In Jerusalem wird nicht nur jedem Individuum oder jedem Stadtviertel eine jüdische oder arabische Identität zugeordnet, sondern praktisch jeder öffentlichen Institution und jedem Wirtschaftsunternehmen. Dies gilt nicht nur für nationale, religiöse oder andere, kulturelle Institutionen wie Schulen und Theater, sondern auch für jedes Krankenhaus, Hotel oder Taxi.»¹⁴ Den Palästinensern in Ost-Jerusalem gelang es, ein gesellschaftspolitisches Netzwerk zu knüpfen, das die israelische Missachtung ihrer täglichen Bedürfnisse auffing und die Politik der Annexion unterwanderte, die ihre nationalen Rechte verwässern wollte. Zu diesem Netz gehörten viele soziale Dienste, Konfliktlösungsmechanismen sowie eine Art Schattengemeindeverwaltung samt politischem Forum und institutionellen Netzwerken. In gewissem Maße war das palästinensische Jerusalem bis in die späten 1980er-Jahre das wichtigste urbane Zentrum der Westbank. Hier befanden sich die wichtigsten sozialen Institutionen, die besten Fachkliniken, der größte Markt sowie berühmte Bildungs-, Kultur- und Forschungseinrichtungen. Außerdem war das arabische Jerusalem nicht nur Zentrum führender religiöser Institutionen¹⁵, sowohl der muslimischen als auch der christlichen Gemeinden Paläs-

14 Michael Roman, *Jews and Arabs in Jerusalem between Conflict and Coexistence*, in: Centro Italiano per la Pace in Medio Oriente (CIPMO), *Israelis, Palestinians, Coexisting in Jerusalem*, Mailand 2001, S. 40.

15 Zu weiteren Einzelheiten vgl. Salim Tamari, *Jerusalem: Issues of Control and Sharing in a Sacred Geography*, in: Centro Italiano per la Pace in Medio Oriente (CIPMO), *Israelis, Palestinians, Coexisting in Jerusalem*, Mailand, 2001, S. 71.

tinas, sondern auch Handels-, Finanz-, Industrie- und politisches Zentrum der Westbank und Gaza.

Der Zusammenbruch der palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem

Es ist offensichtlich, dass Jerusalem einen hohen Preis für den Friedensprozess gezahlt hat. Israelische Regierungen waren sich der wachsenden Bedeutung Jerusalems für das palästinensische Leben und die Zukunft bewusst. Sie versuchten, diese Entwicklung zu stoppen, ehe die internationale Zustimmung für Jerusalem als Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates zu sehr wuchs. Vom Beginn der Madrider Konferenz 1991 an startete Israel Aktionen, um abseits der Verhandlungen seine ganz eigene Vision des Friedens zu etablieren. Die erste war die Errichtung einer permanenten Straßensperre zwischen dem Gazastreifen und Israel. 1993 folgten die Trennung Jerusalems von der Westbank und die Einführung von Genehmigungen für alle Palästinenser, die Jerusalem besuchen wollten. Seitdem ist Jerusalem von seinem Hinterland abgeschnitten, was zu einer allmählichen Verschlechterung der Situation in der heiligen Stadt geführt hat, ihre Abhängigkeit von israelischen Märkten und Institutionen wachsen ließ und den Druck auf die Bevölkerung erhöhte.

Aber nicht nur die israelische Siedlungspolitik und die Grenzziehungen der Israelis führten zum Zusammenbruch der palästinensischen Institutionen in Jerusalem. Auch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und die internationale Gemeinschaft haben auf verschiedenen Ebenen zur jetzigen elenden Lage in Ost-Jerusalem beigetragen. Die an die Abkommen mit Israel gebundene PA konnte nur indirekt und unregelmäßig in Jerusalem investieren. So war man nicht in der Lage, die Verschlechterung der Dienstleistungen aufzuhalten. Vor dem Friedensprozess hielten verschiedene arabische Mäzene die meisten palästinensischen sozialen und politischen Organisationen sowie Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen am Leben. Zusätzlich zu den israelischen Investitionen erhöhte dieses Geld den Lebensstandard in Ost-Jerusalem und machte es zu einem besseren Ort als den Rest der besetzten Gebiete. Nach Einsetzung der PA 1995 floss diese Unterstützung in andere Richtungen, hauptsächlich in die Entwicklung der Institutionen der PA und die Verbesserung der Infrastruktur der besetzten Gebiete.

Darüber hinaus lockte der Aufstieg Ramallahs als *de facto* Hauptstadt mehrere Institutionen aus Ost-Jerusalem an. Auch viele Facharbeiter wanderten dorthin aus. Den Institutionen folgten die Geschäfte, angezogen vom wachsenden Markt in Ramallah, der eine schnelle Entwicklung versprach, von attraktiven Investitionsbedingungen und auf der Flucht vor den hohen israelischen Steuern in Jerusalem.

Die Zweite Intifada 2000 und der Zusammenbruch des Tourismus «krönten» diesen Abwärtstrend. Der Tourismus war eine Haupteinnahmequelle für Ost-Jerusalem. Auch der plötzliche Tod Faisal al-Husseini, des «Stadtvaters» und Präsidenten des Orienthauses, stellte eine weitere Katastrophe für die Stadt dar. Seit

seinem Tod 2001 ist es der Stadt nicht gelungen, ihn und die Dienstleistungen des Orienthauses zu ersetzen. 2001 profitierte Israel von der Situation, indem es mehrere Institutionen wie das Orienthaus, die Handelskammer, das *Small Projects Office*, die Landvermessungsbehörde, das Komitee zur Wiederbelebung der Altstadt und andere zentrale Institutionen schließen ließ, die den Bürgern von Jerusalem auf verschiedene Weise gedient hatten.

Neben der Isolierung von Jerusalem und der Schließung ansässiger palästinensischer Institutionen trugen noch viele weitere Faktoren zu dieser gefährlichen Situation bei: die Verstärkung und Ausweitung der jüdischen Siedlungsaktivitäten, die neu gezogenen Stadtgrenzen, der Bau der Mauer, Jahrzehnte israelischer Bevölkerungspolitik in Ost-Jerusalem und der Niedergang des Rechtsstaates. Der Platz reicht nicht aus, um all diese Faktoren in der ihnen gebührenden Ausführlichkeit darzustellen.

Jüdische Siedlungen

Der Siedlungsbau und das dazugehörige Straßennetz haben Fakten vor Ort geschaffen, die die avisierte Lösung für Jerusalem als doppelte Hauptstadt, nämlich eines palästinensischen und eines israelischen Staates, verhindern könnten.¹⁶ In der Tat denken viele, dass die Siedlungsaktivitäten jegliche für die Palästinenser annehmbare Lösung unmöglich machen.

Der Charakter des israelischen Vorgehens in Jerusalem und Umgebung ist heute sichtbarer denn je seit 1967. Eine Reihe aufeinanderfolgender Aktionen hat diese Einsicht wachsen lassen.¹⁷ Sie betreffen verschiedene Gebiete in sich überschneidenden Zeit- und Raumabschnitten, die zunächst ohne klare Verbindung miteinander zu stehen schienen. Erst in den vergangenen Jahren haben sich die letzten Puzzleteile zusammengefügt. So können wir heute die folgenden Aktionen und Pläne identifizieren, die nicht nur die politische Lösung der Jerusalemfrage, sondern auch die sozioökonomische Entwicklung Ost-Jerusalems beeinflussen werden. Schon jetzt haben sie zur Abschneidung Ost-Jerusalems vom Rest der Westbank geführt und die meisten seiner Stadtviertel zerschnitten:

■ *Die Siedlungen im äußeren Ring.* Dieser Plan begann mit der Trennung des Bezirks von Bethlehem von seiner südlichen Umgebung durch eine Reihe von jüdischen Siedlungen im sogenannten Etzion-Block. Mit Fertigstellung und Expansion der meisten Siedlungen in diesem Gebiet wird der Bezirk von Bethlehem nahezu isoliert sein – eingeschlossen zwischen einem großen äußeren und einem kleineren inneren Ring ohne ausreichenden Raum für zukünftiges Wachstum. Der östliche Ring besteht aus einer weiteren Gruppe von jüdischen Siedlungen – dem sogenannten Adumim-Block –, die mitei-

¹⁶ Einige halten es inzwischen sogar für zu spät für eine Zwei-Staaten-Lösung.

¹⁷ Philipp Misselwitz/Tim Rienits (Hrsg.), *City of Collision. Jerusalem and the Principles of Conflict Urbanism*, Basel/Boston/Berlin: Birkhäuser 2006.

inander verbunden wurden. Dieser östliche Block gehört zu einem weiteren gefährlichen, dem sogenannten E1-Plan, der darauf abzielt, das restliche offene Land in der östlichen Region von Jerusalem zu besiedeln. Dies wiederum wird den Ma'aleh Adumim-Block stärken und damit die totale Einkesselung des Gebiets mehrerer palästinensischer Dörfer, die sich nicht mehr weiter nach Osten ausbreiten können, zur Folge haben. Diese Gebiete sind von grundlegender Bedeutung für eine Entwicklung des arabischen Jerusalems, insbesondere für zukünftige Industrie- und Gewerbegebiete. Der östliche Siedlungsblock ist mit dem Binyamin-Block (nordöstlich von Jerusalem) und dem Givon-Block (nordwestlich von Jerusalem) verbunden. Der Binyamin-Block trägt eindeutig zur weiteren Trennung Jerusalems von seinem Umland und der großen palästinensischen Bevölkerungsgruppe in der Region um Ramallah bei.

- *Die Siedlungen im inneren Ring.* Diese Siedlungen liegen sämtlich innerhalb der heutigen Stadtgrenzen und zielen hauptsächlich darauf ab, eine Expansion des arabischen Jerusalems zu verhindern, die Entwicklung des jüdischen West-Jerusalems zu gewährleisten und eine demografische Situation zu schaffen, die einen größeren Anteil an Israelis nicht nur im «Vereinigten Jerusalem», sondern insbesondere in Ost-Jerusalem garantiert. Der südliche innere Ring besteht aus den Siedlungen Gilo, Givat Hamatus, Har Homa und dem östlichen Talpiot. Sie schneiden das arabische Jerusalem von dem Gebiet um Bethlehem ab und tragen gleichzeitig zur Einkesselung dieses Bezirks zwischen den äußeren und inneren Ringen bei. Die geografische Kontinuität zwischen der Altstadt und den arabischen Vierteln nördlich von Jerusalem (Shufat und Beit Hanina, die Jerusalem mit Ramallah verbinden) wurde durch French Hill und Ramat Eschkol zerrissen. Diese Trennung wurde noch verstärkt durch die Siedlungen Rekhesh Schufat, Pisgat Ze'ev und Neve Ya'acov.
- *Die Ringstraße.* Diese Straße folgt den heutigen Stadtgrenzen Jerusalems und verbindet alle das arabische Jerusalem umgebenden Siedlungen mit West-Jerusalem. Darüber hinaus zementiert sie die Trennung Jerusalems von den arabischen Gemeinden Azariya, Abu Dis, Ziayyim, Anata, Hizma, ar-Ram, al-Jeeb, Bir Nabala und dem alten Dorf Beit Hanina. Diese Städte und Dörfer werden zu eingeschlossenen Inseln, isoliert von ihrer städtischen Umgebung. Schließlich fördert die Straße den Siedlungsprozess und die Enteignung von Land entlang ihres Verlaufs.
- *Zersiedelung der palästinensischen Stadtviertel.*¹⁸ Nach der Fertigstellung des Siedlungsrings um Ost-Jerusalem verlagert sich der Druck jetzt auf die Zersplitterung der palästinensischen Viertel. In nahezu jedem palästinensischen Viertel in Ost-Jerusalem wird zurzeit eine jüdische Siedlung neu gebaut

18 Vgl. dazu auch Menachem Klein, *The Shift. Israel-Palestine from Border Struggle to Ethnic Conflict*, London: Hurst 2010, S. 58; Meir Margalit, *Seizing Control of Space in East Jerusalem*, Jerusalem 2010;

oder vollendet. Die derzeit bekanntesten und zugleich umstrittensten liegen in Silwan, Ras al-Amud, Scheich Jarrah und am Ölberg. Parallel dazu läuft der Siedlungsbau in der Altstadt.

■ *Der «Sicherheitswall» oder die Apartheitsmauer.*¹⁹ Inzwischen ist ganz Ost-Jerusalem von dieser Mauer umgeben, mehr als 50.000 Jerusalemer Palästinenser leben auf der anderen Seite. Die Mauer verwandelt das Leben von etwa 300.000 palästinensischen Einwohnern in einen Alptraum. Kein Palästinenser kann Jerusalem in Richtung Westbank verlassen oder von dort zurückkehren, ohne durch die Grenzkontrollen zu gehen. Palästinenser aus der Westbank dürfen die Stadt ohne israelische Genehmigung nicht betreten, und die Zahl der von Israel ausgestellten Genehmigungen ist sehr gering. Die Mauer hat Auswirkungen auf das Leben aller Palästinenser, egal ob in Jerusalem oder in der Westbank.

Der Niedergang Ost-Jerusalems

Die Schließung der palästinensischen Institutionen hinterließ ein Vakuum in der lokalen Führungselite. Außerdem verschwanden die unsichtbaren palästinensischen Sicherheitskräfte, die unter der Schirmherrschaft des Orienthauses gearbeitet hatten (mal in Zusammenarbeit mit israelischen Sicherheitskräften, mal von ihnen toleriert). Sie hatten den Jerusalemern ein Gefühl der Sicherheit und ein Instrument der Konfliktbewältigung gegeben. Die meisten internen palästinensischen Konflikte in Jerusalem wurden mit ihrer Hilfe gelöst. Die Israelis zerstörten dieses Instrument, ohne etwas anderes an seine Stelle zu setzen, was das Machtvakuum noch verstärkt.

Seit dem Ausbruch der Intifada konzentrieren sich die Israelis auf Sicherheitsfragen. Für die öffentliche Ordnung in Ost-Jerusalem ist jedoch praktisch niemand zuständig. Die Jerusalemer Stadtverwaltung leugnet nicht, dass Kriminalität und Verfall zugenommen haben. Als Grund dafür wird jedoch lediglich Geld- und Ressourcenmangel genannt, nicht aber die ungleichen Investitionen, die Strategie der Vernachlässigung und der auf Ost-Jerusalem ausgeübte sozio-ökonomische Druck. Nichts deutet darauf hin, dass sich diese Situation ändern wird. Dem arabischen Teil der Stadt fehlen Mittel für die erforderlichen Veränderungen, da die Exekutive vollständig in den Händen der israelischen Behörden liegt, obwohl sicherlich auch die palästinensische Gemeinde in Jerusalem selbst etwas für Jerusalem tun könnte.

Diese Politik der Vernachlässigung führt zu steigender Armut in Jerusalem. Obwohl es keine eindeutigen und verlässlichen Statistiken über Ost-Jerusalem

¹⁹ Vgl. Nazmi Al-Ju'beh, The Ghettoization of Arab Jerusalem, in: *Jerusalem Quarterly File*, November 2002, S. 5-11; R. Brooks/R. Nasrallah/R. Khamaisi/R. Abu Ghazaleh (Hrsg.), *The Wall of Annexation and Expansion: Its impact on the Jerusalem Area*, The International Peace and Cooperation Center, Jerusalem 2005; M. Auga/S. Hasson/R. Nasrallah/S. Stetter (Hrsg.), *Divided Cities in Transition. Challenges facing Jerusalem and Berlin*, Jerusalem 2005.

gibt, zeigen empirische Beobachtungen: Die Einkesselung Jerusalems, der Siedlungsbau, die Intifada, der «Sicherheitswall», die Landenteignung, der Mangel an Landzuweisungen für Neubauten und an öffentlichen Investitionen – all diese Faktoren hatten dramatische Auswirkungen auf die Stadt. Trotzdem haben viele Palästinenser ihre Wohnsitze in den nahegelegenen Städten (wie Ramallah und Bethlehem) und Dörfern (meist in der Westbank) aufgegeben, um in Jerusalem nach einer Wohnung zu suchen. Die Hauptgründe dafür sind die Abriegelung Jerusalems durch die Mauer und damit der erschwerte Zugang zur Stadt sowie die restriktivere Handhabung des Rechts auf Wohnsitz. Die Einschränkungen bei Neubauten und die fehlende Stadtplanung in Ost-Jerusalem haben eine Wohnungskrise verursacht, die dazu führt, dass Menschen unter wesentlich schlechteren Bedingungen leben, als sie es gewohnt waren.

Der akute Mangel an Wohnraum führte zur Errichtung zahlreicher ungeplanter und «unangenehmiger» Gebäude. Diese finden sich meist in weniger gut ausgestatteten Vierteln, wo zusätzliche Wohnungen an schon vorher schlecht gebaute Häuser angebaut werden (Beispiele dafür sind Silwan und A-Tur). Diese Viertel entwickeln sich allmählich zu Slums. Das interessanteste Beispiel ist das Flüchtlingslager Shufat. Laut UNWRA liegt die Zahl der offiziell registrierten Flüchtlinge nicht über 6.000, die tatsächliche Einwohnerzahl des Lagers wird jedoch auf über 17.000 geschätzt. Wenn diese Zahlen stimmen, bedeutet das, dass ca. 11.000 Einwohner tatsächlich zu Flüchtlingen im sozioökonomischen Sinne geworden sind, die unter elenden sozialen Bedingungen hausen.

Dasselbe Phänomen zeigt sich in anderen Vierteln. Obwohl sie die Israelis im demografischen Kampf geschlagen haben, verloren die Palästinenser den Kampf um eine akzeptable Lebensqualität. Die Trennung Ost-Jerusalems von seinem lebenswichtigen wirtschaftlichen Umland wird diese soziale Krise noch verschärfen und die Verbrechensrate weiter in die Höhe treiben. Parallel zu all diesen Entwicklungen ist in West-Jerusalem und den umliegenden jüdischen Siedlungen eine erhebliche Verbesserung der Dienstleistungen und des Lebensstandards zu beobachten. Ergebnis dieser Politik wird die Verwandlung des arabischen Jerusalems in ein Ghetto und Slum sein. Die wirtschaftlichen und sozialen Fakten zeichnen eine unsichere Zukunft für Ost-Jerusalem, unabhängig von den politischen Veränderungen, die ein Friedensabkommen bringen könnte. Die Verschlechterung der sozioökonomischen Bedingungen und die politische Verbitterung schaffen eine politisch äußerst explosive Situation.

Ist Jerusalem die «Vereinigte Stadt», von der die israelische Regierung immer spricht? Die Antwort erfordert keine großen Recherchen. Tatsächlich ist Jerusalem eine geteilte Stadt. Ihre Teilung basiert auf gegensätzlichen Lebensstandards, Einkommensniveaus, öffentlichen Dienstleistungen sowie unterschiedlichen sozialen Entwicklungen und politischen Zielen. Die Trennung vertieft sich täglich, die Beziehungen zwischen beiden Seiten werden feindlicher.

Jerusalem im Friedensprozess: Die Modelle

Die Teilung einer Stadt kann niemals als positiv erachtet werden. Geteilte Städte, egal wo und unter welchen Bedingungen, tragen stets großes Leid. Zwischen 1948 und 1967 war Jerusalem ein «gutes» Beispiel für eine unter der Teilung leidende Stadt. Trotz aller Schwierigkeiten und der hohen Sensibilität, die jede Diskussion über die Zukunft Jerusalems erfordert, glauben viele (vor allem amerikanische Diplomaten), dass die Verhandlungen von Camp David im Juli 2000 und 2001 im ägyptischen Taba einer Einigung in den zentralen Fragen sehr nahe gekommen sind.²⁰ Diskussionsgrundlage war eine Teilung der Stadt.²¹ Im Dezember 2000 stellte Präsident Clinton die Grundzüge vor (bekannt als Clinton-Parameter): Von Israel nach 1967 errichtete Siedlungen in Ost-Jerusalem sollten unter israelische Kontrolle bzw. Souveränität fallen, palästinensische Viertel unter palästinensische Kontrolle bzw. Souveränität (Nach der Formel 2:2 oder 1:3)²². Die schwierigen Probleme hinsichtlich des *Haram al-Scharif* (meist symbolischer Art), der Klage- bzw. Westmauer und des Konzepts des *Holy Basin* blieben ungelöst, obwohl verschiedene Formeln diskutiert wurden.

Selbstverständlich änderte die israelische Regierung ihre Planungen für (Ost- und West-)Jerusalem in keiner Weise, sondern verhielt sich, als gäbe es keinen Friedensprozess und als habe man einem Rückzug aus großen Teilen des besetzten Ost-Jerusalem nicht grundsätzlich zugestimmt. Man fuhr nicht nur fort, vor Ort einseitig Fakten zu schaffen, sondern man beschleunigte diesen Prozess auch noch, bis er die Ausmaße eines gut organisierten Angriffs auf den Friedensprozess annahm. Neben dem Ausbau der Siedlungen und ihrer Infrastruktur griff man die palästinensischen Institutionen an sowie jede Form der Organisation, die eine Form der Unabhängigkeit widerspiegelte.

In Wahrheit ist die beste Lösung für Jerusalem der Wiederaufbau der Stadt als «Vereinigte Stadt», sei es nun als eine Hauptstadt, zwei Hauptstädte oder überhaupt keine Hauptstadt der beiden Staaten. Ohne eine Auseinandersetzung mit den folgenden Aspekten ist keine langfristige Lösung für Jerusalem möglich:

- die zentrale Rolle der Stadt in den drei monotheistischen Religionen;
- ihre Bedeutung als nationales Symbol für Palästinenser und Israelis;
- ihre Bedeutung für die internationale Gemeinschaft (Weltkulturerbe);

20 Ich persönlich glaube nicht, dass eine Lösung in Camp David möglich gewesen wäre, da der Teufel im Detail steckt. Jede objektive Betrachtung der Entwicklungen seit den Oslo-Vereinbarungen 1993 bestätigt dies.

21 Menachem Klein, *The Origins of Intifada II and Rescuing Peace for Israelis and Palestinians*, Vortrag bei der Foundation for Middle East Peace, 2002; http://www.fmep.org/analysis/klein_origins_of_intifada_II.html

22 Die Formel 2:2 bedeutet: Das muslimische und das christliche Viertel (in der Altstadt) fallen unter palästinensische Souveränität, das jüdische und das armenische Viertel unter die Souveränität Israels. Dies wurde von den Palästinensern zurückgewiesen, die das armenische Viertel als Teil ihres Souveränitätsgebietes sehen. Die Formel 3:1 stellte den palästinensischen Vorschlag dar, gemäß dem das jüdische Viertel unter israelische und der Rest unter palästinensische Souveränität fallen.

- ihre Funktionsfähigkeit als normale Stadt, denn neben all der Heiligkeit und dem nationalen Symbolismus leben hier ganz normale Menschen.

Jedes Lösungsmodell für den Konflikt um Jerusalem steht vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen, darunter:

- die jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem;
- die arabischen Viertel in West-Jerusalem;
- muslimische und christliche Heiligtümer in West-Jerusalem;
- jüdische Heiligtümer in Ost-Jerusalem;
- die Altstadt generell, insbesondere der *Haram al-Scharif*;
- die Sicherheitsbestimmungen;
- freier Zugang für Menschen (und Waren) beider Seiten und für internationale Besucher.

Berücksichtigt man diese Aspekte und Herausforderungen, sind Lösungen immer noch möglich. Die Hindernisse dürfen jedoch nicht unterschätzt werden. Man muss stets im Auge behalten, dass die allgemeinen Bedingungen und das Verhältnis zwischen beiden Seiten von entscheidender Bedeutung für das Modell sind. Die Lösungen lassen sich in drei Gruppen einteilen:

a) Ein geteiltes Jerusalem, zwei Hauptstädte für zwei Staaten

Diese vor allem von der israelischen Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern bevorzugte Lösung verlangt eine vollständige Trennung zwischen beiden Teilen Jerusalems. Die jüngsten Entwicklungen nach der Zweiten Intifada weisen eindeutig in Richtung einer vollständigen Trennung.

Das Problem bei dieser Option ist die Altstadt, die nur sehr schwer aufzuteilen ist. Weitere Probleme stellen die jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem und natürlich die räumliche Kontinuität der palästinensischen Viertel in Ost-Jerusalem dar. Diese Lösung hätte weitreichende negative Auswirkungen auf die Einwohner der Stadt, die als «normale Menschen in einer normalen Stadt» leben möchten. Sie erfordert auch detaillierte Vereinbarungen und Regelungen zur Organisation des täglichen Lebens, der Flächennutzung, der Stadtplanung sowie von Abwasser, Wasser- und Energieversorgung und den Übergängen für Einzelpersonen, Touristen und Waren.

b) Eine offene Stadt – als Hauptstadt zweier Staaten

Dies wäre die beste Lösung für die Stadt, da dabei die meisten der Probleme einer Trennung wegfielen. Sie hätte auch positive Auswirkungen auf die Einwohner von Jerusalem und die internationale Gemeinschaft, die nicht mit zwei unterschiedlichen Rechtsprechungen leben müssten. In einer offenen Stadt hätten die israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem andere Auswirkungen und die Offenheit der Stadt würde die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern

beeinflussen, sie wäre ein großer Schritt in Richtung der nach einem Friedensvertrag dringend notwendigen Aussöhnung. Eine offene Stadt wäre darüber hinaus eine großartige Möglichkeit, das VEREINIGTE Jerusalem in ein Weltzentrum des Dialogs zwischen Religionen und Zivilisationen zu verwandeln, in ein regionales und internationales Zentrum der Konfliktbewältigung usw.

c) Eine zum Teil getrennte, zum Teil offene Stadt als Hauptstadt zweier Staaten

Dieses Modell trennt die weniger problematischen Teile der Stadt in zwei Hauptstädte, mit besonderen Kooperationsvereinbarungen untereinander in zahlreichen Bereichen. Die kompliziertesten und sensibelsten Teile, das *Holy* oder *Historical Basin*, d.h. die Altstadt und die umliegenden Viertel, blieben offen. Ihre Verwaltung könnte in privatwirtschaftlich organisierte Bereiche unterteilt werden (palästinensische, israelische, gemeinsam oder sogar von internationalen Firmen verwaltete). Die Sicherheit könnte in der Hand einer internationalen Polizeitruppe liegen, die vollständig mit der israelischen und palästinensischen Polizei zusammenarbeiten würde. Diese Truppe könnte auch beim Schutz der Heiligen Stätten eine wichtige Rolle spielen.

Jerusalem ist zweifellos ein zentraler Streitpunkt zwischen Israel und dem palästinensischen Volk. Die Differenzen zwischen den beiden Seiten gründen in Symbolen, Religion, Geschichte, Kultur sowie Sicherheits- und Wirtschaftsfragen und anderen praktischen Aspekten. Aber den meisten Beobachtern ist klar, dass trotz allem – und ohne die Schwierigkeiten kleinreden zu wollen – eine Lösung des Konflikts nicht unmöglich ist. Die Frage, über die jeder Politiker nachdenken sollte, ist nicht nur die spezifische Form einer politischen Lösung für Jerusalem. Die bedeutsame Frage ist: Wie kann diese Stadt, in der die oben genannten Bedingungen herrschen – ungeachtet der Frage, ob sie offen bleibt oder geteilt wird – wirklich friedliches Zusammenleben hervorbringen und einer Koexistenz von Palästinensern und Israelis förderlich sein?

Zeichen lebendiger Existenz

Die Kunst- und Kulturszene in Palästina

Jerusalem, Jaffa-Tor, im Oktober 2010: Ein früher Abend auf dem Dach des Christlichen Schwedischen Zentrums. Ungewöhnliche Klänge wehen über die Altstadtmauer. Statt des üblichen Glockengeläuts oder der täglichen Muezzinrufe erschallt eine Art orientalische Version der Beatles-Songs über den Dächern. Am späten Nachmittag findet sich eine Gruppe vor der Galerie *Al Housh* in der Zahra-Straße ein. Man wartet auf eine Führung. Kein gewöhnlicher Touristenrundgang, der die Sehenswürdigkeiten Jerusalems in der arabischen Altstadt bedient, sondern einer, der Einblicke in private Innenhöfe liefert, auf Dächer führt, in Bäckereien, Seitenstraßen weit ab vom Tourismusrummel und in alte Hotellobbies. Überall dort trifft man auf moderne Kunstwerke, die Teil der jährlich stattfindenden Ausstellung *Jerusalem Show* sind und von dem Palästinenser Jack Persekian kuratiert werden. Persekian ist mittlerweile einer der bekanntesten palästinensischen Kuratoren. Angefangen hat der ehemalige Ökonom mit der markanten schwarzen Brille in den 1990er-Jahren mit der kleinen Stiftung für Kunst *Al Ma'amal*, die ihren Sitz im armenischen Viertel der Altstadt von Jerusalem hat.

Wie andere palästinensische Kultureinrichtungen, die in den späten 1990er-Jahren gegründet wurden, hat auch die *Al Ma'amal*-Stiftung einen Schwerpunkt auf die Ausbildung für Kinder und Jugendliche gelegt. Kunst als Ausdrucksmittel in der pädagogischen Kinder- und Jugendarbeit aufzugreifen, hat sich nicht nur in Europa durchgesetzt. Mittlerweile kuratiert Persekian neben der jährlichen *Jerusalem Show* auch die im fernen Arabischen Emirat stattfindende internationale *Sharjah Art Biennale*, die 2010 zum dritten Mal realisiert wurde und sich zu einem internationalen Dreh- und Angelpunkt der Kunstszene zwischen Asien und Europa gemausert hat.

In den letzten zwanzig Jahren hat in der modernen Kunstszene im Nahen Osten ein Emanzipationsprozess begonnen, der eine neue junge und provokative Generation von Künstlern hervorgebracht hat, die nicht nur in der arabischen Welt ausstellen, sondern auch auf dem internationalen Parkett der Kunstwelt angekommen sind. Das Interesse des Westens an modernen Künstlern aus dem Nahen Osten hat seit 2001 mit dem Wunsch, den «Anderen» zu verstehen, zugenommen. Ausstellungen wie *DISorientation* (2003), die das Spektrum

moderner Künstler des Nahen Ostens im Haus der Kulturen der Welt in Berlin darstellte, oder spezifischere Themen wie z.B. die Situation der Frau im Nahen Osten in *The New Sheherazades* im *Centre de Cultura Contemporània de Barcelona* (2003) stehen für den Höhepunkt des Rummels zwischen 2002 und 2005. Nur langsam konnten sich die arabischen Künstler von dem Stigma befreien, als bloße Repräsentanten der Region Naher Osten wahrgenommen zu werden. Erst in den letzten Jahren werden sie um ihrer selbst willen überregional ausgestellt und anerkannt.

Wachsendes Interesse an palästinensisch-arabischer Kunst

Palästinensische Künstler sind in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. Dabei hat die neue Generation in kurzer Zeit einen langen Weg hinter sich gebracht. Ein Beispiel für die neue Generation ist die Künstlerin Emily Jacir, deren Werke 2007 durch den *Leone d'Oro a un artista* (Goldener Löwe für Künstler unter 40) auf der 52. Biennale in Venedig geehrt wurden. Jacir arbeitet mit unterschiedlichen Medien wie Film und Fotografie, aber auch Installationen und Collagen. Diese neue Generation nutzt die Techniken der Postmoderne und erzählt Geschichten aus dem Alltag der Palästinenser, verfremdet Objekte und kombiniert Archivmaterial mit der Gegenwart zu Kompositionen, die global verstanden und doch aus einem sehr palästinensischen Blickwinkel erzählt werden.

Längst hat sich die postmoderne Kunst- und Kulturszene in Palästina aus dem verkannten Dasein befreit und bietet sowohl für ein Fachpublikum als auch für Einheimische eine Mischung, die ihrer gesellschaftlichen Funktion eher durch Eulenspiegelei denn durch Bewahrung der Erinnerungen nachkommt. Junge Künstler setzten sich ab von den dominierenden Vorgängern, die unter dem direkten Einfluss der *Nakba* '48 (Katastrophe von 1948) standen und die den Kampf um die nationale Existenz und den Verlust der Heimat thematisierten. Heute, nach den ersten Erfahrungen mit einer eigenen – aber schwachen – Regierung, der immer noch bestehenden Abhängigkeit von Israel, dem Verhandlungsmarathon ohne Ergebnisse und voll leerer Versprechungen, setzen sich die Künstler mit anderen Themen auseinander. Statt den übergeordneten großen nationalen Themen wendet man sich dem Individuum in der gegenwärtigen Situation zu. Ängste, Selbstzweifel, Ironie, Zerrissenheit, Wünsche und Träume spiegeln sich in den Werken wider.

Auch wenn heute Künstler auf eine andere Weise mit dem Thema *Nakba* umgehen als ihre Vorgänger, müssen die Erfahrung der *Nakba* jedoch als einschneidendes Erlebnis für die Entwicklung der modernen Kunst und Kultur in Palästina angesehen werden. Nicht nur wegen des Verlustes an palästinensischen urbanen Strukturen, Städten und Einrichtungen und damit der gesellschaftlichen Schichten, die den Kultur- und Kunstbetrieb getragen haben, sondern auch aufgrund des Traumas der Vertreibung und Auslöschung der eigenen Geschichte. Kunst nach 1948 füllte die Lücke, um palästinensische Kultur festzuhalten und die eigene Geschichte darzustellen. Nachdem der junge israelische Staat sich

bemühte, der internationalen Gemeinschaft die Geschehnisse aus seinem Blickwinkel wiederzugeben, und damit begann, das kollektive Narrativ Israels als das einzig Wahre niederzuschreiben, waren es vor allem palästinensische Künstler in der Diaspora, die die palästinensische Sicht auf die Geschichte in Literatur, Film oder Malerei festhielten und präsentierten.

Kunst und Kultur in der Diaspora

Zu Beginn der 1950er-Jahre arbeiteten viele dieser Künstler, Literaten und Musiker in Beirut, das sich als moderne Kulturmetropole der arabischen Welt etabliert hatte. Im Gegensatz zu Kairo, das in Abgrenzung zu Europa oder dem Westen eine unabhängige arabische Kultur zelebrierte, ermöglichte Beirut den kosmopolitischen Spagat zwischen einer eigenständigen Kultur und einer Offenheit gegenüber dem Westen. Insbesondere nach der ägyptischen Revolution von 1952 avancierte Beirut zu einem Treffpunkt politischer Dissidenten aus Ägypten, Syrien und dem Irak sowie palästinensischer Flüchtlinge, die alle Beirut zur vorübergehenden Heimat der arabischen Intelligenzija machten. Beirut ist in dieser Zeit, so der palästinensische Maler und Kunsthistoriker Kamal Boullata, «ein politischer Blitzableiter» geworden.

Dabei formierten sich zwei Hauptströmungen in der arabischen Kunst- und Kulturszene, die sich auch in der palästinensischen wiederfinden sollten. Zum einen existierte die Gruppe der politisch engagierten Künstler, die mit ihren eher figurativen, farbenfrohen, expressionistischen Arbeiten die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen verarbeiteten, und zum anderen die Gruppe der eher avantgardistischen Künstler, deren Arbeiten abstrakt und experimenteller Natur waren. Für die erste Gruppe stehen exemplarisch vor allem vier palästinensische Künstler, die alle aus Flüchtlingslagern stammen: Ismael Shammout, Naji al-Ali, Mustafa al-Hallaj und Juliana Seraphim. Ihre Themen oszillierten zwischen dem Verlust der Heimat, der erlebten Vertreibung und dem Stilisieren der ländlichen Kultur. Ihre Arbeiten wurden oft im Zusammenhang mit palästinensischen politisch-kulturellen Veranstaltungen gezeigt und galten in der arabischen Welt – aber später auch in Europa – als exemplarisch für die Kultur des palästinensischen Widerstands. Zur zweiten Gruppe gehörte zum Beispiel der Palästinenser armenischer Abstammung Paul Guiragossian, der sich mit seiner Familie in Beirut in den 1940er-Jahren ansiedelte und dort künstlerische Erfolge erzielte.

Auch wenn palästinensische Kunst lange Zeit fast ausschließlich mit der expressiven Malerei von Ismail Shammout gleichgesetzt wurde, wäre es falsch, wenn man davon ausginge, dass Kunst jenseits des Kunsthandwerks in Palästina erst mit der Katastrophe der *Nakba* entstanden sei. Staffelmalerei wurde bereits in den Zeiten des Osmanischen Reiches von Künstlern wie Nicola Saig, Khalil Halabi, Mubarak Sa'ed und Daoud Zalatio durchgeführt. Ihre Anfänge waren geprägt von der russisch-orthodoxen Ikonenmalerei, aber schon bald nahmen sie Landschaften, Porträts, Stilleben sowie bildliche Darstellungen histori-

scher Erzählungen, der *Hakawati*, auf. Ein größerer Durchbruch der modernen Malerei wurde in der britischen Mandatszeit durch die erste Nationale Arabische Ausstellung 1933 in Jerusalem erreicht, als Zulfa al-Sa'di ausgewählt worden war, Palästina zu vertreten, und großen Erfolg hatte. Kunst als Repräsentationsmittel der nationalen Kultur hatte somit Einzug in die palästinensische Gesellschaft gefunden. Dabei spielten vor allem die Studios in den neuen arabischen Vierteln Jerusalems – z.B. Baka, Talbiyeh und Katamon – eine Rolle, wie das von Jamal Badran, dem Fotografen Khalil Ra'd oder des Malers Tawfiq Jawhariyeh in der Mamillastraße. Hier trafen sich Künstler, die ihr Studium im Ausland abgeschlossen hatten und den Einfluss der Moderne mitbrachten, und Kunstinteressierte aus der palästinensischen Oberschicht, die Kunst zu sammeln begannen. Gemeinsam formierten sie die Anfänge der palästinensischen modernen Kunst, die im Kontrast zu der eher konservativen Szene in der Altstadt Jerusalems eine junge Generation repräsentierte.

***Nakba* – politische und kulturelle Katastrophe**

Nach dem Krieg von 1948 wurden viele dieser Werke als Beutegut verschleppt und waren für die palästinensische Gesellschaft verloren. Die Teilung Jerusalems in einen West- und Ostteil tat ihr übriges, indem sie die ehemaligen Zentren der palästinensischen modernen Kunstszenen von den palästinensischen Gebieten westlich des Jordans abschnitt.

Politische Literatur

Wie in anderen arabischen Ländern auch, konzentrierte sich das literarische Leben in Palästina vorwiegend auf die Poesie, die bereits zu Beginn der ersten jüdischen Einwanderungswellen nach Palästina ab 1913 eine politische Dimension annahm. Wegen ihrer Emotionalität und ihrer Spontanität konnte die Poesie ihre Popularität bis in die heutige Zeit bewahren. So konnte sich trotz der Restriktionen auch im israelischen Kernland 1958 die literarische *Al Ard*-Bewegung bilden, die als Sprachrohr Palästinas nicht nur von der palästinensischen Bevölkerung, sondern auch in der arabischen Welt gehört wurde. Die literarische Bewegung, die von Emil Habibi, Tawfiq Fayyad, Muhammad Ali Taha und Hanna Ibrahim gegründet wurde, hatte aber besonderen Zuspruch unter Studenten, die – von den politischen Gedichten motiviert – begannen, sich gegen die israelischen Restriktionen aufzulehnen. Herausragende Vertreter dieses Genres sind neben dem bekannten Poeten Mahmud Darwish unter anderem Samih al-Quassem und Rashid Husayn.

Prosa und vor allem Kurzgeschichten erlangten erst nach der *Nakba* eine neue, besondere Bedeutung, da sie sich mit der konkreten Wirklichkeit auseinandersetzten und zum literarischen Dokument des aktuellen Zeitgeschehens wurden. Bis nach der Ersten Intifada wurden Kurzgeschichten zu einem wichtigen Mittel der politischen und kulturellen Kommunikation. Vorreiter

hierbei waren Samira Azzam und Ghassan Kanafani – der wohl bekannteste palästinensische Schriftsteller der Gegenwart.

Unterdrückung des kulturellen Selbstbehauptungswillens nach 1967

Eine weitere Einschränkung der künstlerischen Freiheit erlebten die Palästinenser nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 mit der Besetzung, die die restlichen palästinensischen Gebiete unter israelisches Militärgesetz stellte. Kunst wurde als Ausdruck der palästinensischen Kultur und des Anspruchs auf Selbstbestimmung begriffen und dementsprechend nicht geduldet. Ausbildungsmöglichkeiten für Künstler waren nicht mehr gegeben, sodass die palästinensische Kunstszenen vorwiegend in der Diaspora ausgebildet wurde. Selbst wenn Künstler es schafften, in den besetzten Gebieten eine Ausstellung zu organisieren, musste man stets damit rechnen, dass diese entweder geschlossen oder die Organisatoren verhaftet wurden. So dominierten in den 1980er-Jahren vor allem Literatur, Theater und Musik die palästinensische Kultur in den besetzten Gebieten.

Auch der traditionelle folkloristische Tanz *Dabke* wurde in der künstlerischen Arbeit aufgegriffen. Die 1979 gegründete Tanzgruppe *El Fanoun* aus Ramallah hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Ihr Tanztheater hat nicht nur einen enormen Bekanntheitsgrad innerhalb und außerhalb der palästinensischen Gebiete erlangt, sondern es fungierte auch als Motor des modernen Tanzes in Palästina, indem *El Fanoun* den traditionellen Tanzstil *Dabke* mit modernen Bewegungsabläufen verband und dadurch eine ganz eigene Interpretation des modernen Tanzes kreierte. 2006 erhielt die Truppe den Spezialpreis des *Al Jazeera* Filmfestivals für ihr Werk *Emotional Rescue* (2004), ein modernes Tanzvideo, das den seelischen *Outburn* des palästinensischen Alltags in den Straßen Ramallahs auf surrealistisch-tänzerische Weise widerspiegelt. Aufgegriffen hat die moderne Tanzbewegung heutzutage die Kulturorganisation *Sarriyat Ramallah*, die 2010 zum vierten Male das internationale Tanzfestival von Ramallah organisiert.

Ein weiteres Beispiel aus der Theaterszene ist die Gruppe *Al Hakawati*, die in der Tradition des politischen Theaters stand und mit ihren Stücken das Bedürfnis nach selbstbestimmter, politischer und freier Meinungsäußerung auffangen konnte. Die Gruppe erlebte ihren Höhepunkt in den frühen 1990er-Jahren, als ihre Stücke Kassenschlager waren. Heute betreibt die Gruppe das *Nationale Palästinensische Theater* in Ost-Jerusalem, das nicht nur Spielort für Theaterstücke ist, sondern auch Raum für Film- und Tanzaufführungen bietet. Eine der wichtigsten Musikgruppen, die in der Intifadazeit von 1987 bis 1991 ihren Höhepunkt erlebte, war die Gruppe *Sabreen*, die sich um die Gebrüder Murad und die Sängerin Kamilya Jubran formierte. *Sabreen* gelang es, traditionelle palästinensische Musikinstrumente wie Oud¹, Tabla² oder Kanun³ mit expres-

1 Arabische Kurzhalslaute (Anm. der Hrsg.)

2 Arabische Trommel (Anm. der Hrsg.)

3 Arabische Zither (Anm. der Hrsg.)

siveren Klangabläufen avantgardistischer Moderne und arabischen Texten zu kombinieren, die geradezu zu Hymnen der Intifada wurden. Öffentlich auftreten konnte die Gruppe jedoch nur im Ausland.

Aufbruchstimmung nach Oslo

Diese Situation änderte sich erst mit dem Oslo-Prozess. Parallel zur gesellschafts-politischen Entwicklung des Landes konnte sich auch die palästinensische Kunst- und Kulturszene jetzt wieder entwickeln. Mit den Oslo-Verträgen und dem Abzug des israelischen Militärs aus den Städten kamen auch die internationalen Geldgeberorganisationen, die den palästinensischen Nichtregierungsorganisationen ermöglichten, ihre soziale, kulturelle und politische Arbeit fortzuführen. Ende der 1990er-Jahre etablierten sich die ersten Kunstorganisationen und Stiftungen wie das Kulturzentrum *Al Sakakini* oder die *Qattan Foundation* in Ramallah oder die *Al Ma'amal Foundation* in Jerusalem, die die Bewegung der modernen Kunst- und Kulturszene in den 1940ern in Palästina wieder aufgreifen wollten und mit finanziellen Mitteln junge Künstler unterstützten. Neben der politischen und gesellschaftlichen Emanzipierung von den Einschränkungen der Besatzungsmacht waren es vor allem die neuen Medien, die die Umsetzung der palästinensischen Kunst veränderten: Fotografie, Videoarbeiten und Objektkunst.

Fünfzig Jahre nach der *Nakba*, dreißig Jahre nach der Besatzung und kurz nach den Oslo-Verträgen begannen junge Künstler, die Frage nach der Identität aufzugreifen. Das Schicksal der Palästinenser, über den Globus verteilt und vieler kultureller Nachlässe beraubt, hatte sich mit dem Beginn der Friedensverhandlungen zwar nicht verändert, aber die innenpolitische Situation konfrontierte die Menschen mit neuen Lebensbedingungen. Fotografien, Kunstvideos und Installationen lösten nun Malerei und Literatur ab. Die junge Kunst nutzte interdisziplinäre Methoden, um ihre Sprache zu finden. Designer, Layouter, Filmmacher, Schriftsteller oder selbst Wissenschaftler griffen diese Möglichkeiten auf und drückten sich in neuen Formaten künstlerisch aus. In einem Gebiet, das seit den 1940er-Jahren keine künstlerischen Ausbildungseinrichtungen besaß, eröffneten diese neuen Methoden vielen jungen Palästinensern die Möglichkeit, trotz mangelnder Kunstausbildung ihre eigene kreative Sprache zu finden.

Wichtig für die Entwicklung und Emanzipation der postmodernen Kunst waren und sind neben der Entdeckung durch international renommierte Kuratoren die Ausweitung der regionalen arabischen Netzwerke und des grenzübergreifenden Austausches. Jenseits von ehemaligen panarabischen Ideologien ist die junge Generation dabei, ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln und sich auf eigene Themen und Bedürfnisse zu konzentrieren, ohne dabei andere auszuschließen. So haben die jungen Kunstorganisationen der Region wie *Ashkal Alwan* in Beirut, die *Townhouse Gallery* in Kairo oder der *Young Arab Theater Fund* Plattformen etabliert, die die arabischen Kulturschaffenden versammeln. Mittlerweile hat sich der Ruf dieser Treffpunkte so gefestigt, dass auch europä-

ische und amerikanische Künstler versuchen, an diesen Ausstellungsorten ihre Arbeiten zu präsentieren.

Diese regionale Entwicklung hat auch Einfluss auf die innerpalästinensische Kunstszene ausgeübt – zum einen durch eine bessere Einbindung von palästinensischen Künstlern aus den besetzten Gebieten in regionale Ausstellungen und damit den Abbau von gegenseitigen Stereotypisierungen durch jahrzehntelange Isolation; zum anderen, indem sie den Austausch zwischen palästinensischen Künstlern aus der Diaspora und aus den palästinensischen Gebieten förderte. Dieser fand zwar schon seit den 1990er-Jahren statt, aber die regionale Öffnung hat – wenn auch indirekt – als Katalysator auch den fruchtbaren Austausch zwischen Palästinensern, die in den besetzten Gebieten leben, und Palästinensern, die im Ausland Fuß gefasst haben, intensiviert, was sich auch in den Kunstwerken widerspiegelt.

Neue Stile, neue Formen

Auch in der Musik entwickelte sich im gesamten Nahen Osten ein neuer Stil: Rap und Hiphop. Die palästinensische Antwort auf US-Rapper ist die Gruppe *DAM*, gegründet 1999 von den Brüdern Tamer and Suhail Nafar aus Lod (Israel), die Hiphop mit arabischen Musikstilen der Liedermacher wie Marcel Khalefe verbinden. Mit ihren politischen Texten und harten Beats knüpfen die jungen Sänger an die Tradition der Sänger aus den schwarzen Gettos der USA an und prangern strukturelle Benachteiligung in Israel und Rassismus an. Der Vergleich passt, da die drei Sänger in dem vorwiegend von Palästinensern bewohnten Ort Lod in der Nähe des israelischen Flughafens Ben Gurion groß geworden sind. Ihre Lebenserfahrungen am Rande einer Gesellschaft, die sie nicht will, bilden die Wurzel ihrer Protestlieder. Mittlerweile ist die Gruppe nicht nur in den palästinensischen Gebieten bekannt, sondern tritt auch in Europa und in den USA auf. Der von der Filmemacherin Jacky Salloum gedrehte Dokumentarfilm *Slingshot Palestine* (2009) zeichnet die Entwicklung dieser Szene in Palästina nach, die den Nahostkonflikt aus der Sicht einer verlorenen Jugend erzählt.

Was für visuelle und musikalische Ausdrucksformen gilt, kann auch auf weitere Kunstformate wie Literatur oder Film übertragen werden. Ende der 1990er-Jahre etablierte sich eine junge Generation, die die Tradition der Kurzgeschichte wieder aufgriff. Zwar kann sie nicht an die politische Bedeutung der Vorgänger in den beiden Jahrzehnten davor anknüpfen, jedoch liefert sie tiefe Einblicke in den Seelenzustand der Palästinenser nach Oslo. Ähnlich wie in der visuellen Kunst scheuen sich dabei auch die neuen Schriftsteller nicht, Stilelemente aus benachbarten Disziplinen zu entwenden. Dabei entsteht eine sehr bildliche, fast traumhafte Sprache, die einem ganz eigenen, ja eigenwilligen Rhythmus unterliegt. Vertreter dieser neuen Bewegung sind unter anderem Adania Shibli, Ala Hlehel, Ahlam Beshara oder Nathalie Handal.

Neben der visuellen Kunst ist sicherlich der palästinensische Film der bekannteste Kulturexport der Gegenwart. Abgesehen von internationalen

Filmerfolgen wie *Ranas Wedding* (2002) und *Paradise Now* (2004) von Hani Abu Assad, *Atash* (2004) von Tawfik Abu Wael und *Divine Intervention* (2002) von Elias Suleiman sind es vor allem junge Filmemacherinnen, die mit ihren Kurzfilmen, Kunstvideos und Dokumentationen auch international Aufsehen erregen, so zum Beispiel Annemarie Jacir mit *10 Impossibles* (2008), Larissa Sansour *A Space Exodus* (2009) oder Nahed Awad *10 Minutes from Home* (2008). Die politische Situation hat jedoch die Entwicklung einer inländischen Filmindustrie bisher verhindert. So existieren weder Filmschulen noch professionelle Produktionshäuser, Kinos und Vertriebe. Filmschaffende erhalten ihre Unterstützung von ausländischen Geldgebern und Kulturfonds, studieren im Ausland und produzieren mit ausländischen Produktionsfirmen. In den letzten Jahren wird jedoch der Versuch unternommen, den inländischen Betrieb ins Rollen zu bringen. Kulturorganisationen und Filmemacher organisieren Workshops und Ausbildungsmöglichkeiten, laden internationale Produktionsfirmen, Filmemacher und Kameralleute für Vorträge ein und versuchen, den Aufbau einer Filmbranche in Palästina auch auf offizieller Regierungsebene zu proklamieren. Doch die Entwicklung verläuft nur schwerfällig. So konnte zum Beispiel erst im Jahr 2000 das *Kasaba Theater* als erstes Kino in Ramallah seine Tore öffnen. Die *Qattan*-Stiftung unterstützt Bemühungen, Filmclubs in palästinensischen Orten zu eröffnen, indem sie internationale und palästinensische Filmproduktionen frei zur Verfügung stellt. Doch auch heutzutage sind Kinos immer noch meist kurzfristig angelegte Projekte und benötigen die Unterstützung einiger weniger Engagierter, wie z.B. das Kino in Jenin, das als Jugend- und Gemeindeprojekt 2010 mit Hilfe internationaler (vor allem deutscher) Geldgeber öffnete. Neben Ramallah besitzt nun auch die Stadt Nablus seit jüngster Zeit einen Kinobetrieb, der ein reguläres Programm anbietet.

Kunst in der Zweiten Intifada

Die politische Situation verschärfte sich erneut mit dem Besuch des damaligen israelischen Verteidigungsministers Ariel Scharon auf dem Tempelberg und der darauf folgenden Zweiten Intifada. Höhepunkt der Eskalation war der Einmarsch des israelischen Militärs in Ramallah 2001 und 2002, der den Aufbau der Stadt als politisches und kulturelles Zentrum mit einem Schlag zunichte machte. Neben dem eigentlichen Ziel, der *Mukata*, dem Amtssitz des damaligen Präsidenten Jassir Arafats, zerstörte die israelische Armee auf ihrem Weg nicht nur Straßenzüge, Autos, Ampeln, Büros, sondern auch kulturelle Institutionen wie das *Sakakini Center*, das *Kasaba Theater* oder die Stadtbibliothek.

Es sind die Arbeiten von einigen Künstlern, die diese Zerstörung dokumentieren, z.B. die Installation der Künstlerin Vera Tamari *Going for a Ride?* (2002), eine Aneinanderreihung von durch Panzer überrollten privaten Autowracks, die auf einer kurvenreichen asphaltierten, eigens für die Ausstellung angelegten Straße platziert wurden. Trotz Zerstörung vermittelten die Wracks die Norma-

lität einer Autoschlange, die sich weiter auf den Weg macht. Ihr Werk steht damit für einen Überlebenswillen, der einem übermächtigen Militärapparat trotzt.

Der Einmarsch der israelischen Armee verdeutlichte, was sich vorher schon bedrohlich abzeichnete – die angestrebte Unabhängigkeit bleibt eine Unabhängigkeit am seidenen Faden. Verbitterung und Enttäuschung sind Kennzeichen dieser Zeit. Mit der Verbindung von Ironie und Alltäglichem haben Künstler versucht, diese Gefühle und Erlebnisse einzufangen. Statt der direkten Anklage, wird der Betrachter mit vertrauten Situationen aus dem Alltag konfrontiert und angeregt, genauer hinzuschauen. Erst auf den zweiten Blick entpuppt sich das Grauen und die Sprachlosigkeit der Generation nach Oslo. Ein Beispiel für dieses Lebensgefühl ist das Video von Sharif Waked *Chic Point: Fashion for Israeli Checkpoints* (2003). Sharif, ursprünglich Modedesigner, hat junge Männer auf den Laufsteg geschickt, um die neusten Schnitte aus Palästina zu zeigen. Die Models treten aus der Dunkelheit ins Scheinwerferlicht und tragen raffiniert geschnittene Oberteile, die bei Bedarf entweder mit einem Reißverschluss, einer Ziehleine oder Knöpfen die Körpermitte freilegen. Im Anschluss an die Modenschau hat Sharif die harte Realität der Kontrollen am Checkpoint in Schwarz-weißbildern eingefangen: Palästinensische Männer jeglichen Alters stehen mit hochgezogenen Oberteilen und mit runtergelassenen Hosen vor israelischen Soldaten.⁴ Kunst in Palästina ist immer noch ein Sprachrohr für die Unterdrückung, jedoch hat sich die Grammatik geändert. Statt expressiver, fast heroischer Malerei der *Nakba*-Generation, stellen die jüngeren Künstler den einzelnen Menschen und seinen Alltag in den Mittelpunkt. Ihre Arbeiten erzeugen eine Nähe, die fast bedrückend ist und den Betrachter zum Nachdenken anregt.

Ein weiterer Einschnitt in der Entwicklung der Kunstszene erfolgte wenige Jahre später, als sich die politische und gesellschaftliche Situation erneut verschlechterte. Mit dem Tod Jassir Arafats 2004 begann die Zersplitterung der politischen Führung in Palästina. Kunstwerke setzten sich immer mehr mit der internen Situation und der politischen Entwicklung der Gesellschaft auseinander. Einen großen Schock erlebte die palästinensische Gesellschaft nach der von der Hamas gewonnenen Parlamentswahl 2006, als die «internationale Gemeinschaft» das Wahlergebnis nicht anerkannte und es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas kam, die in der Übernahme des Gazastreifens durch Hamas mündeten. Politische Unsicherheit und eine Spaltung der palästinensischen Gesellschaft in Hamas- und Fatahanhänger prägten die folgenden Jahre – bis heute. Israel begann mit dem Bau der Mauer, die die Westbank von dem Territorium Israels abtrennt. Wie andere Mauern in der Welt wurde auch diese Mauer als Symbol des Freiheitswillens genutzt: Zahlreiche Graffitizeichnungen von Künstlern, die sich dort verewigten, bezeugen den palästinensischen Wunsch nach Befreiung.

4 Diese Form der Leibesvisitation insbesondere der Körpermitte dient an vielen israelischen Checkpoints der Suche nach Sprengstoffgürteln und wird von Palästinensern als demütigend empfunden. (Anm. der Hrsg.)

«Kulturhauptstadt» Ramallah

Die Palästinenser leben heute in den palästinensischen Gebieten in drei sehr unterschiedlichen Lebenssituationen: Zum einen die Palästinenser, die in der Westbank leben und von der Fatah «regiert» werden; dann die Palästinenser, die noch im annektierten Ost-Jerusalem wohnen und damit israelischem Recht unterliegen; und schließlich die Palästinenser im abgeriegelten Gazastreifen unter der Führung der Hamas. Eine gemeinsame Entwicklung wird somit für die palästinensische Gesellschaft immer schwieriger. Dementsprechend unterliegt auch die Kunst- und Kulturszene unterschiedlichen Bedingungen. Die palästinensischen, sogenannten autonomen Zonen der Westbank haben in den letzten drei Jahren einen neoliberalen ökonomischen Neuanfang erfahren, der eine verbesserte Infrastruktur, wirtschaftliche Anreize und einen Hauch von Gründerjahren verspricht. Dies wäre alles ohne internationale Geldgeber nicht möglich, und so sind es auch heute noch im Wesentlichen eine Reihe von ausländischen Stiftungen und Organisationen, die Kunst- oder Kulturveranstaltungen finanziell ermöglichen. Der 800 Zuhörer fassende Kulturpalast am Stadtrand von Ramallah liegt in der an die Geldgeber (Japan) erinnernde Tokiostraße. Mittlerweile wird auch in die Ausbildung von Künstlern investiert und so gibt es seit 2008 eine Kunstakademie in Ramallah, an der bis zu fünfzehn Kunststudenten pro Jahrgang von einem internationalen Kollegium unterrichtet werden. Ramallah ist zur Kulturhauptstadt der palästinensischen Gebiete geworden – mit Filmfestivals, Theatertreffen, Literatur- und Musikveranstaltungen, aber auch Events mit ungewöhnlicheren Formaten wie Straßenmusikfestivals oder Performances finden statt. Diese Veranstaltungen zeugen von einer lebendigen Kulturproduktion, die aber nicht davon ablenken sollte, dass es immer noch an Infrastruktur für Kulturschaffende mangelt und die Mehrzahl der Künstler, Filmemacher und Musiker von ausländischer Unterstützung abhängig ist.

Für die Privatwirtschaft hingegen scheint es seit 2009 besser zu laufen, und so eröffnen in Ramallah zahlreiche neue Cafés, Bars und Restaurants, die das Stadtbild verändern und darüber hinwegtäuschen, dass bislang eine politische Lösung noch nicht gefunden worden ist. Internationale Nachrichtensender wie *Al Jazeera* oder CNN berichten über das florierende Nachtleben in Ramallah, Arbeitsaufenthalte in der Stadt werden für die internationale Gemeinschaft wieder interessanter, und eine neue Mittelschicht mit ihren neuen Autos bestimmt das Bild der Stadt. Auch jetzt sind es wieder Künstler, die diesem Treiben kritisch gegenüberstehen, und die Bürger dieses Semistaates anregen, genauer hinzuschauen. Angelehnt an das Grimm'sche Märchen von Schneewittchen fragen zum Beispiel Vera Tamari und der Architekt Yazid Anani in der Ausstellung *«Ramallah – wer ist die Schönste im ganzen Land?»* und konfrontieren den Besucher mit einem Zerrspiegel, der die gegenwärtigen Auswüchse des Aufschwungs in der Stadt hinterfragt. Emily Jacir und der Architekt Yazid Anani haben Zukunftsbaupläne für die Stadt zum Anlass genommen, um ein überzeichnetes fiktives Bauprojekt für die Altstadt Ramallahs unter die Leute zu bringen: Zwei Werbeplakate preisen

eine Zukunftsvision für den alten Gemüsemarkt, an dessen Stelle ein Büroturm im Stile Abu Dhabis stehen soll. Ihre fiktiven Werbeplakate wurden von der Öffentlichkeit als realistische Pläne aufgefasst und führten zu einer großen öffentlichen Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung, die ihre eigenen Pläne nun überdenken muss.

Kunst mischt sich in den Alltag ein. Eine ganz andere Form baulicher Strukturen veranlasste den Künstler Jawad Al Malhi zu seinen jüngsten fotografischen Werken: Vertikale schmale Nahaufnahmen von Betonkonstruktionen aus dem Flüchtlingslager Shuafat bei Jerusalem. Al Malhi interessiert sich für diese Konstruktionen, die – mangels Platz in den Flüchtlingslagern – die Aufstockung der einfachen Betonwohnungen dokumentieren, um die reale neue Lebenssituation jenseits des glamourösen Ramallahs darzustellen. Weil die Friedensverhandlungen keinen Spielraum für eine Rückkehr der Flüchtlinge bereithalten, ist aus der temporären Lebenssituation in den Flüchtlingslagern eine dauerhafte geworden. In der Enge der winzigen Gassen stocken die Familien ihre kleinen Behausungen auf, um ihren eigenen kleinen, kontrollierbaren Lebensraum zu erweitern. Durch die künstlerische Transformation der alltäglichen Situationen oder Objekte, die aus ihrem Kontext herausgerissen werden, erhält scheinbar Alltägliches seine eigene Intensität und Ausdruckskraft.

Jerusalem: Symbol verlorener Illusionen

Die Intensität des Alltäglichen im palästinensischen Leben steht auch im Mittelpunkt der bereits erwähnten *Jerusalem Show*, wenn die *Al Ma'amal*-Stiftung zum fünften Mal internationale und palästinensische Kunstwerke in der Altstadt ausstellt. Bereits der Titel verrät, dass man hier versucht, das politisch schwierige Thema «Jerusalem» mit etwas Abstand zu betrachten: Jerusalem als Show in einem nicht enden wollenden Verhandlungszirkus. Gleichzeitig manifestiert sich in der Ausstellung auch die fortdauernde Existenz palästinensischen Lebens in der Altstadt, das durch den jüdischen Siedlungsbau in den letzten Jahren massiv eingegrenzt wird.

Die historische Bedeutung Jerusalems für die palästinensische Gesellschaft ist jedoch in den letzten Jahren der stockenden Friedensverhandlungen eher zu einem Symbol einer verlorenen Illusion mutiert. Längst befinden sich die Palästinenser in Jerusalem auf einsamem Posten, das hauptstädtische Kultur- und Geschäftsleben findet in Ramallah statt. Ost-Jerusalem wird zur leblosen Kulisse, die – abgeschnitten vom palästinensischen Hinterland – wie eine Marionette in einem schlechten Theaterstück an seidenen Fäden hängt.

Gerade in Jerusalem hat deshalb die Arbeit von Künstlern erneut an Bedeutung gewonnen, da die palästinensische Stimme an diesem Ort fast zum Schweigen gebracht wurde. So erhält das Motto der *Al Ma'amal*-Stiftung im Zusammenhang mit dem symbolisch aufgeladenen, machtpolitisch dominierten Ort Jerusalem eine fast politische Brisanz: «Kunst ist als Mittel der freien Meinungsäußerung zu verstehen, unabhängig von dem Auftraggeber und von

der Macht oder Symbolik des Ortes, an dem die Kunst stattfindet. Sie experimentiert mit der Realität und beschreibt neue Orte und Betrachtungsweisen für eine andere Form der Geschichte.»

Die *Jerusalem Show* nimmt dieses Lebensgefühl auf und kann damit als Symbol für die neue palästinensische Kunst- und Kulturszene gesehen werden, die ihren gleichberechtigten Platz in der internationalen Szene einfordert und gleichzeitig ein lebendiges Zeichen palästinensischer Existenz setzt – jenseits der politischen Nachrichten.

Eine Zwangslage der besonderen Art

Palästinensische Flüchtlinge unter der Besatzung

Flüchtlinge unter Besatzung. Nirgends sonst in der Welt umschreiben diese drei Worte die Lebenswirklichkeit von nahezu zwei Millionen Menschen. Aber für die palästinensischen Flüchtlinge in den besetzten Gebieten definieren sie seit mehr als vierzig Jahren eine zweifach beraubte Existenz: gefangen in einer politischen Sackgasse, grundlegender Menschenrechte beraubt – abseits der internationalen Agenda, abgesehen von seltenen und unbestimmten Verweisen auf Endstatusfragen im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts und eines seit langem entgleisten Friedensprozesses.

Das Elend der Palästinenser berührt uns und fordert unsere Aufmerksamkeit: die alte Frau, die geduldig auf ihre Lebensmittelration wartet; die jungen Männer und Frauen, denen eine Hochschulausbildung im Ausland verwehrt ist, da sie keine anerkannten Reisedokumente besitzen; und die Hunderttausende intelligenter, eifriger Kinder, die in den Schulen der Vereinten Nationen von unseren für alle geltenden Menschenrechten und Prinzipien erfahren. Das größte und am längsten andauernde Flüchtlingsproblem der Welt offenbart internationale politische Schwächen in Bildern individueller und kollektiver Tragödien. Drei Generationen palästinensischer Flüchtlinge sehnen sich seit der Flucht oder der gezwungenen Vertreibung aus ihren Häusern in der britischen Mandatszone einzig nach einem Ende ihrer Not, nach der Erfüllung des menschlichen Grundrechts auf einen Ort, wo sie zu Hause sind.

Die Versorgung bedürftiger Flüchtlinge mit grundlegenden Hilfsleistungen ist eine unbestrittene internationale Pflicht, universell gültig und überall umgesetzt. Mit dem Mandat der Generalversammlung vom 8. Dezember 1949 übernahm die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA) diese Rolle auf Geheiß der internationalen Gemeinschaft. Pflicht und Prinzipien dulden keine bequemen Ausflüchte, und die Agentur hat sich nie vor ihrer Verantwortung gedrückt, trotz politischer Spannungen, lautstarker Kritik und chronischer finanzieller Probleme. Die UNRWA steht an der Seite der palästinensischen Flüchtlinge in ihrem Streben nach Würde und Schutz. Sie ist

handlungsfähig in einer spannungsgeladenen Umgebung, die seit Jahrzehnten geprägt ist von Konflikten, Gewalt und unerfüllten Hoffnungen.

Über sechzig Jahre nach den Verwüstungen der *Nakba* findet das unaufhörliche Leid der palästinensischen Flüchtlinge seinen deutlichsten Ausdruck in den besetzten palästinensischen Gebieten der Westbank und dem Gazastreifen. Dort ist die *Nakba* nicht nur ein historisches Ereignis, das bis heute das Leben vieler Generationen bestimmt, sondern sie steht für eine täglich spürbare Politik der weiteren Vertreibung und Beschneidung des Lebensraumes. Die Folgen der Ereignisse von 1948 bleiben eine stets präsente Erfahrung für Millionen palästinensischer Flüchtlinge in der Region und weltweit. Für die Bewohner der besetzten Gebiete kommt jedoch hinzu, dass die *Nakba* in ihrer heutigen Umgebung unnachgiebig fortgeschrieben wird, in Form von Zwangsräumungen, Häuserzerstörungen, verweigerten Baugenehmigungen, eingeschränkter Bewegungsfreiheit und Barrieren, die sie von ihren Familien, Nachbarn und der Außenwelt trennen.

Vier Jahrzehnte militärischer Besatzung würden in jeder Gesellschaft geographische, psychologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Spuren hinterlassen. Nicht nur die jeweiligen politischen Führer, auch die Menschen selbst – Besetzte wie Besatzer – werden permanent durch ihre Handlungen definiert. Unser gemeinsames internationales Recht zwingt uns, zwischen legalen und illegalen Handlungen zu unterscheiden. Diese internationalen Prinzipien und Standards verpflichten uns, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn Rechte verletzt werden. In den besetzten palästinensischen Gebieten jedoch spielt Verantwortung eine Nebenrolle. Beredte Zeugen dafür sind sechs Jahrzehnte Flüchtlingselend, andauernde Vertreibung und offene Missachtung der gemeinsamen Werte der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Vierten Genfer Konvention.

In der Westbank, hinter Mauern und Zäunen, zerrissen durch Straßensperren und Checkpoints, Geiseln einer Logik territorialer Expansion und expliziter israelischer Sicherheitsbedürfnisse, werden die Palästinenser zu Zeugen der unablässigen Zerstückelung und Erosion ihres vor der israelischen Besatzung 1967 zusammenhängenden, vielversprechenden Landes voller Möglichkeiten. Seit 1967 hat die militärische Besatzung in Verbindung mit systematischem Missbrauch das Land und damit auch die Lebensbedingungen seiner Bewohner bis zur Unkenntlichkeit verändert. Abgeschnitten von Jerusalem, dem Zentrum für Handel und Kultur und dem Ort der Heiligen Stätten, sind die palästinensischen Flüchtlinge zu einer zweifach zerrissenen Existenz verurteilt: ohne Recht auf eine Beziehung zu ihrer territorialen Heimat sowie zu anderen Teilen der besetzten palästinensischen Gebiete. Separation, Trennung und Isolation – all das sind passende Beschreibungen der heutigen Situation, einer Realität, der sich die internationale Gemeinschaft in der Entschlossenheit ihres Handelns rasch anpassen sollte.

Die Verbindung von wirtschaftlichem Elend und wiederkehrender Gewalt untergräbt jeden noch so minimalen Sicherheitsstandard in einer Bevölkerung,

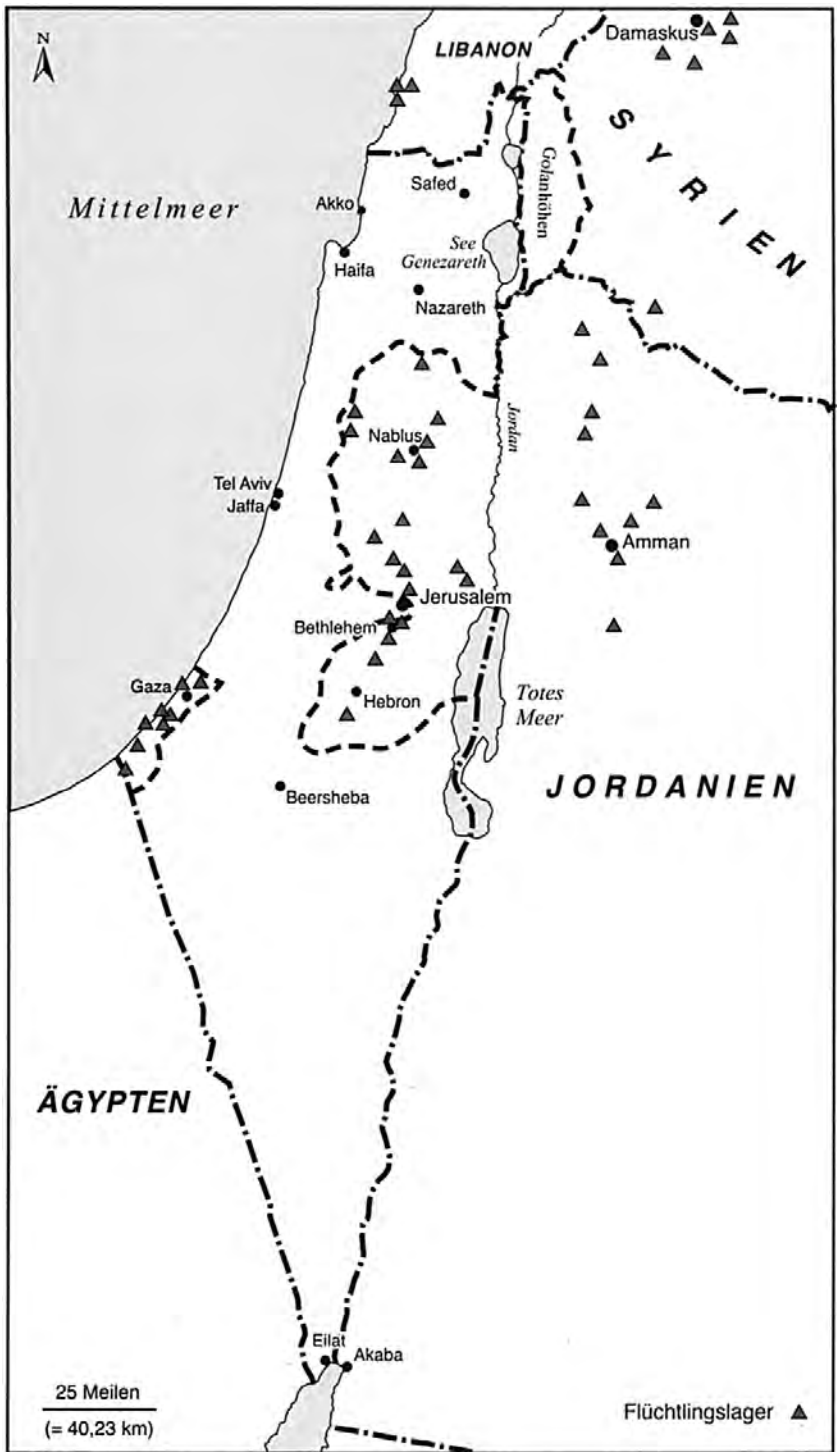
die schon schreckliche Verluste ertragen musste. Die sich verschärfende Krise in den besetzten Gebieten gründet in der Verweigerung menschlicher Entwicklung und Würde, in sozialer und wirtschaftlicher Not und humanitärem Elend. Laut einer Studie der UNRWA von 2008 gelten fast 40 Prozent der Haushalte palästinensischer Flüchtlinge in der Westbank als arm, 26 Prozent gar als bitterarm. Die Maßnahmen, die diese Haushalte ergreifen, erinnern an die der Bewohner von Gaza in den ersten Tagen nach Beginn der Zweiten Intifada im September 2000. Wenn Arbeitsplätze und Verdienst durch die täglich stärker eingeschränkte Bewegungsfreiheit verloren gehen, bleibt den Menschen nichts anders übrig, als ihre wenigen Besitztümer zu verkaufen, den Verbrauch einzuschränken und sich auf Kredite oder Hilfsgüter zu verlassen, um über die Runden zu kommen. In einem solchen Umfeld wird Hilfs- und Schutzarbeit nicht nur härter, sondern auch deutlich schwieriger.

Angesichts der heutigen Situation in der Westbank sollten die Entwicklungen, Konsequenzen und Implikationen der gegenüber der Wirtschaft und der Bevölkerung im Gazastreifen seit den frühen 1990er-Jahren verfolgten Politik all denen eine Warnung sein, die sich für einen Frieden im Nahen Osten einsetzen. Im letzten Jahr hat der wirtschaftliche Erfolg der Westbank Anlass zu Optimismus gegeben. Wesen und Ausmaß dieses auf bestimmte Gebiete und Sektoren begrenzten Erfolgs müssen jedoch vor dem Hintergrund der allgemeinen Erfahrungen der Bewohner und der verbleibenden Hindernisse für eine freie Wirtschaft gesehen werden. In Gaza wurde der einstige, von Israel abhängige wirtschaftliche Aufschwung durch fortlaufende Restriktionen, Isolation und schließlich Trennung zerstört. Nur ein ungehinderter Zugang von Menschen und Waren kann den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Niedergang aufhalten und eine Rückentwicklung wie in Gaza verhindern. Daher dient der augenblickliche Aufschwung in der Westbank eher als Ablenkung von der Besatzung und dem gemeinsamen Ziel einer gerechten und nachhaltigen Lösung.

Zerstörte Lebensgrundlagen, bittere Armut und tiefe Verunsicherung charakterisieren das Leben von mehr als einer Million palästinensischer Flüchtlinge im Gazastreifen, dessen Verarmung von vielen inzwischen als «bewusst herbeigeführt» bezeichnet wird. Fast drei Jahre Blockade haben die produktive Industrie ausgehöhlt und den Kollaps des privaten Sektors durch eine Politik herbeigeführt, die den Zusammenhalt der Gesellschaft im Gazastreifen bedroht. Erst wenige Jahre sind vergangen, seit mehr als 100.000 Palästinenser täglich nach Israel gingen, um für und mit ihren Nachbarn zu arbeiten. Durch Einschränkungen der Mobilität reduzierte sich diese Zahl immer mehr, bis sie während der Jahre der Zweiten Intifada auf wenige Tausend geschrumpft war. Die heutige Situation entstand daher durch bewusste schrittweise Einkesselung, Abriegelung und Trennung.

Gaza ist ein Beispiel für die massiven materiellen und menschlichen Kosten politischen Scheiterns. Mehr als ein Jahr nach einem Konflikt von ungekannter Zerstörungswut und Härte warten die Menschen in Gaza bis heute auf die 4,5 Milliarden Dollar, die ihnen 2009 von der internationalen Gemeinschaft in

Karte 13: Palästinensische Flüchtlingslager (2002)



Quelle: Bernard Wasserstein, Israel und Palästina – Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören?, München, C.H. Beck Verlag 2003, © Peter Palm

Scharm el-Scheich zugesagt wurden. Zerstörte Krankenhäuser und Schulen, Kliniken und Wohnhäuser zeugen von der Unmöglichkeit humanitärer Wiederaufbauarbeit durch die illegale und kontraproduktive Blockade unschuldiger Menschen.

Mit der Zeit werden die Erfahrungen der Menschen von Hoffnung und allgemeiner Menschlichkeit immer stärker von denjenigen bestimmt, welche die gegenwärtige Politik akzeptieren und fortführen. Die Praktiken der Besatzung – kollektive Bestrafungen, Raketenbeschuss und andere Gewaltakte – trafen alle, ob jung oder alt, ob schwach oder stark. Und zu dieser unaufhörlich leidenden Bevölkerung in Gaza, Sderot, Aschkelon und anderen betroffenen Orten gehören 750.000 Kinder, die zweifellos für immer gezeichnet sein werden durch die Erfahrung physischer Not, durch seelische Traumata und die Isolation von der Außenwelt. Für sie und für ihre Zukunft muss die menschliche Entwicklung an erster Stelle stehen. Wenn sie keine anderen Erfahrungen machen und der täglichen Gewalt, Unterdrückung und Verzweiflung nicht entfliehen können, sind die Gedanken und Perspektiven dieser Kinder einer Umgebung ausgeliefert, die in diametralem Gegensatz zu den internationalen Zielen von Frieden, Sicherheit und Freiheit steht. Aus diesem Grund folgt die UNRWA – unter Besatzung und Blockade – einem umfassenden und intensiven Menschenrechtscurriculum, das den Kindern von Gaza Toleranz, Respekt und Gerechtigkeit nahebringt, um die traditionellen Werte der palästinensischen Gesellschaft zu schützen und ihnen eine realistische Grundlage für die Hoffnung auf einen gerechten Frieden zu geben und die Erkenntnis, dass dieser nur durch rechtsstaatliche und friedliche Mittel erreicht werden kann.

Zweifellos unterminiert die bisherige Weigerung, das palästinensische Flüchtlingsproblem anzupacken, das Vertrauen in eine gerechte Lösung. Nirgendwo sonst auf der Welt ist die Flüchtlingsrealität so komplex wie in den besetzten palästinensischen Gebieten. Da hier ein wirksames, von allen Gruppen anerkanntes Instrumentarium fehlt, mit dessen Hilfe die Einhaltung internationaler Gesetze garantiert werden kann, diktieren die Folgen von Besatzung und kollektiver Bestrafung das Leben von zwei Millionen Flüchtlingen. Trotz aller in der Natur des Umfeldes liegenden Hindernisse und Einschränkungen wird die UNRWA auch weiterhin in der Westbank und im Gazastreifen für menschliche Entwicklung, humanitäre Unterstützung und Schutz sorgen. Die wirtschaftliche, vor allem aber die schleichende sozialpsychologische Entwicklung stellt momentan unsere größte Herausforderung dar. Diesen Trend umzukehren, ist jetzt die wichtigste Aufgabe der UNRWA.

Wie andere Flüchtlingsgemeinschaften leben auch die palästinensischen Flüchtlinge in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die auf dem Respekt und dem Engagement für ihre unveräußerlichen Rechte basiert. Ihre Not zu lindern und menschliche Entwicklung nach anerkannten Werten und Standards zu sichern, ist seit sechzig Jahren die ehrenvolle Pflicht der UNRWA. Trotz operativer und finanzieller Beschränkungen ist die Organisation stets bestrebt, sich zu verbessern, und wartet auf den Tag, an dem den Flüchtlingen unter ihrem

Mandat die Rechte und Freiheiten zugesprochen werden, die ihnen nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zustehen. Diese Erklärung macht die alte Frau mit der Essensmarke in der Hand zu unserer Mutter, die jungen Mädchen und Burschen zu unseren Cousins oder Freunden und die Kinder zu unseren Kindern, die sich eines Tages darauf verlassen können, dass ihre Grundrechte ihnen nicht nur in einer Schule der Vereinten Nationen gepredigt, sondern endlich auch anerkannt werden.

IV Demokratie und Besatzung

Demokratie in Palästina

Fatale Diskrepanzen und strukturelle Zwänge

«Demokratie» in «Palästina» wirft sofort eine ganze Reihe von Fragen zu den beiden Begriffen auf: Was und wo ist Palästina? Umfasst Palästina den Gazastreifen und die Westbank oder seit dem Debakel der Wahlen von 2006 und den Ereignissen von 2007 nur noch die Westbank? Ist Palästina ein Staat? Genießt er Souveränität? Kann man von einem demokratischen Prozess reden? Und was ist mit den Palästinensern – wer sind die Palästinenser, die demokratisch vertreten werden sollen? Wie steht es mit der Demokratie selbst? Lässt sich eine Demokratisierung unter kolonialen Bedingungen durchführen?

Normalerweise ist Demokratie eine innenpolitische Angelegenheit, bei der es darum geht, wie ein Gemeinwesen sich selbst regiert. In Palästina jedoch existiert kein souveräner Staat. Ist es möglich, in der Fragestellung die besondere Situation der Palästinenser zu berücksichtigen, die im Wartestand auf einen zukünftigen Staat verharren – Demokratie also als Möglichkeit zur Selbstbestimmung zu definieren? Als Möglichkeit zur Ausübung einer nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichteten kollektiven politischen Handlungskompetenz, was sicherlich eine Voraussetzung für die Realisierung von Selbstbestimmung innerhalb eines abgegrenzten politischen Raumes darstellt. Wie hätte man aber diese kollektive politische Handlungskompetenz unter dem Oslo-Abkommen umsetzen können?

Ich stelle diese Fragen nicht aufgrund meiner Zweifel, sondern um auf die komplexen Sachverhalte hinzuweisen, die in der Diskussion über die palästinensische Demokratie oft verdrängt werden. Diese Sachverhalte existieren jedoch – kaum wahrnehmbar – weiter, nicht nur am Rande von innerpalästinensischen Debatten über die Demokratisierung, sondern als begrenzende Faktoren und oft fatale, der gesamten palästinensischen Situation inhärente Mängel – eine Situation, die durch einen andauernden Prozess der Fragmentierung gekennzeichnet ist.

Der «Friedensprozess» als neue Form der Kolonialpolitik

Die Begriffe «Palästina» und «Palästinenser» bleiben im Kontext des in der Westbank und im Gazastreifen errichteten Regimes grundsätzlich

verschwommen, da ihre Umrisse in der nationalen Terminologie die Begrenzungen der in Oslo nur zum Teil anerkannten politischen Gemeinschaft der Palästinenser überschreiten. Palästinenser sind nicht nur diejenigen, die ein Wahlrecht besitzen und ein palästinensisches Parlament wählen dürfen. Deshalb bedeutete Oslo für viele die Preisgabe der palästinensischen Flüchtlinge, die das Rückgrat der nationalen Bewegung gewesen waren. Die politische Gemeinschaft der Palästinenser reicht somit weit über die geografische Region hinaus, in die sie durch Oslo eingefasst worden war: mehr oder weniger die A-Zonen.¹ Diese Inkongruenz zwischen Volk und Land überschattete als destabilisierende Kraft die in Oslo organisierten «regionalen» politischen Arrangements.

Die Transponierung der palästinensischen Führung in die Westbank und den Gazastreifen unter den Zwängen des Oslo-Abkommens führte zur Schaffung einer neuen politischen Ordnung in Palästina. Sie war jedoch deutlich eingeschränkt durch die Bedingungen des Abkommens. Messlatte für deren Erfüllung waren nicht die Leistungen der neuen Regierung gegenüber dem eigenen Volk, sondern gegenüber der Besatzungsmacht, deren Herrschaft durch die Zwischenschaltung einer regionalen Autorität zwischen Besatzer und Besetzten unsichtbar geworden war.

Im Regelfall folgt der Aufbau eines Staates nach der Entkolonialisierung. In Palästina sollte die Staatsbildung jedoch unter einer Besatzung stattfinden, die nicht nur andauerte, sondern immer stärker expandierte und Wurzeln schlug. Tatsächlich lässt diese Transformation nicht nur die palästinensischen Flüchtlinge außen vor – in einer Warteposition ohne Repräsentation, als Endstatus-thema abgestempelt –, auch die Palästinenser innerhalb Palästinas waren in doppelten Kontrollstrukturen gefangen, in denen Rechenschaft letztendlich nur vertikal gegenüber der eigentlichen Regierungsmacht Israel abgelegt wurde, die den größten Teil des Landes, der Luft, des Wassers und sogar der Bewegungen der Palästinenser – oder derjenigen, die als Palästinenser gelten – kontrolliert.

Durch die fatale Diskrepanz zwischen dem nationalen Verständnis von der Zusammensetzung des palästinensischen Volkes und den tatsächlichen Einschränkungen, die die Grenzen der politischen Repräsentation neu festlegen sollten, sowie durch die Diskrepanz in der demokratischen Verantwortlichkeit, die durch die zweifachen Kontrollstrukturen entstanden ist, wurde der «Friedensprozess» selbst zu einem disziplinarischen Mittel zur Umsetzung einer neuen Form der Kolonialpolitik.

Als die Übergangsperiode (1999) zu Ende ging, spielten Fragen der Repräsentation und der Verantwortlichkeit eine große Rolle. Darüber hinaus verschärften chronische Korruption und Vetternwirtschaft sowie die fehlende Institutiona-

1 Nach dem Oslo-Abkommen wurden die palästinensischen Gebiete in A-, B- und C-Zonen eingeteilt. Lediglich in den A-Zonen (vor allem die palästinensischen Städte, die etwa 17 % der Gebiete ausmachen) kann die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ihre Autonomie (inklusive der Überwachung der inneren Sicherheit) ausüben. Die B-Gebiete werden gemeinsam mit der israelischen Besatzungsmacht verwaltet. Die C-Gebiete (ca. 59 %) werden von Israel kontrolliert.

lisierung Ende der 1990er-Jahre das Thema der demokratischen Verantwortlichkeit noch. Die Diskussionen drehten sich in erster Linie um die «Entscheidungsfindung» bezüglich nationaler Fragen, die in den Endstatusverhandlungen geklärt werden sollten. Diese Fragen, so glaubte man, würden das Schicksal der Palästinenser innerhalb und außerhalb Palästinas entscheiden. Die Menschen befürchteten, Arafat werde unter dem Druck der USA und Israels einknicken. Als das nicht geschah, war die kollektive Erleichterung groß. Der durch die realen territorialen Praktiken der israelischen Besatzung (andauernder Siedlungsbau, Straßensperren usw.) und das Scheitern der Endstatusverhandlungen blockierte Drang nach Selbstbestimmung brach in der Zweiten Intifada als Akt eines kollektiven politischen Handlungswillens hervor, um den Stillstand zu beenden und die Besatzung zu bekämpfen.

Die nationale Frage war also für die Dynamik der politischen Situation, einschließlich der Reformpläne, bei weitem die wichtigste Frage. Dennoch dürfen die schon früh begonnenen innenpolitischen Reformbemühungen nicht hinter den weiterreichenden nationalen Fragen zurückstehen. Beide Problemkreise sind eng miteinander verbunden. Das Problem bestand darin, dass keine politische Partei in der Lage war, beide Teile des Projekts zu verknüpfen und ein emanzipatorisches Projekt sowohl auf nationaler als auch auf demokratischer Ebene zu entwerfen, das nationale Ziele verwirklichen und die Menschen dafür mobilisieren konnte.

Kampf an zwei Fronten: für Demokratie und gegen Besatzung

Das Oslo-Abkommen stürzte die politische Gesellschaft ins Chaos und hinterließ, als der gesamte Oslo-Prozess seine Legitimation verlor, letztendlich ein politisches Vakuum. Es konfrontierte die Menschen mit einem Kampf an zwei Fronten: der internen für Demokratisierung und der nationalen gegen die Besatzung. Durch den Mangel an organisierten politischen Parteien mit alternativen Strategien und Programmen wurde der Kampf für die Demokratisierung von den Organisationen der Zivilgesellschaft übernommen. Eine aktive und lebendige NRO-Gemeinde wurde zum Träger eines gesellschaftspolitischen Modernisierungsprojekts, das auf die Schaffung eines öffentlichen Raums für den demokratischen Diskurs und demokratische Strukturen zielte und über den Rechtsstaat, die Notwendigkeit eines funktionierenden palästinensischen Legislativrats und die Gleichberechtigung der Geschlechter diskutierte.

Angesichts des durch Oslo doppelten Kampfes verharrten die Formen der Auseinandersetzung jedoch zumeist innerhalb der Grenzen des fiktiven Staates. Die säkularen palästinensischen Eliten (Intellektuelle und NROs), die sich dem entstehenden Staat überlegen fühlten – zunächst an Wissen und Erfahrung sowie rhetorischer Eloquenz bezüglich «demokratischer Entwicklung» und «Zivilgesellschaft», später dann als alternative, in der Regierungsführung gewiefere «technokratische» Elite –, blieben in ihren Debatten über den institutionellen Aufbau und die demokratische Entwicklung in der räumlichen Vorstel-

lung eines Staates gefangen. Auch sie trugen dazu bei, die Besatzungssituation auszuklammern, die damit – außer in Krisen – unsichtbar wurde. Die Unfähigkeit, über das Staatsgebiet hinaus zu denken, führte dazu, dass der größte Teil der palästinensischen Bevölkerung nahezu vollständig vom politischen Prozess ausgeschlossen blieb. Die NROs bewirkten einerseits eine gewisse Professionalisierung des öffentlichen Sektors und seiner Aktivitäten, die jedoch andererseits zum Ausschluss einer größeren, an den Entscheidungen über Prioritäten und nationale Fragestellungen teilhabenden Öffentlichkeit führte. Mangels politischer Parteien und gesellschaftlicher Bewegungen trugen die NROs das Projekt der Modernisierung zwar in die Bevölkerung, sie konnten die politischen und gesellschaftlichen Forderungen der Menschen jedoch nicht in die organisierten politischen Gruppierungen vermitteln.

Bezeichnend dafür war der Ausbruch der Zweiten Intifada, als die ehemaligen Aktivisten, die den Volksaufstand der Ersten Intifada angeführt hatten, zu hilflosen Randfiguren wurden. Dies war der erste Test, der die gravierenden Beschränkungen zivilgesellschaftlicher Organisationen als Träger des demokratischen Projekts deutlich machte.

Demokratisches Versagen

Diese unterschiedlichen Schwachpunkte auf nationaler wie politischer Ebene führten zum Erfolg der Hamas-Bewegung bei den Wahlen von 2006. Die Tatsache, dass niemand einen möglichen Hamas-Sieg voraussah, zeugt von der Blindheit des politischen Systems Palästinas. Sicherlich schwamm Hamas auf der Reformwelle, aber in den Köpfen der Menschen war die Reformfrage eng verbunden mit der Wahrnehmung von der Hamas als Trägerin des nationalen Projekts und der Einsicht, dass ein korruptes politisches System israelischen Forderungen oder Verhandlungen nichts entgegenstellen, geschweige denn einen unabhängigen Staat erkämpfen konnte.

Eine geordnete Machtübergabe von der Fatah an die Hamas wäre ein Zeichen der Reife des politischen Systems gewesen, Zeichen eines Potenzials für eine echte Konsolidierung des demokratischen Prozesses. Dies war die Chance, sich den «Spielregeln» zu unterwerfen und die Islamisten in den fortlaufenden Diskussionsprozess über nationale und demokratische Ziele einzubinden. Als der Übergang jedoch schon in seinen Ansätzen scheiterte, woran zahlreiche internationale Akteure und Israel großen Anteil hatten, wurde eine weitere fatale Diskrepanz deutlich: die zwischen dem Reden über die Demokratie und der Bereitschaft und der Fähigkeit, sie umzusetzen. Nicht nur die Fatah, sondern die große Mehrheit der politischen und zivilen Gesellschaft hat in diesem Test versagt. Zwar gab es politisch korrekte Aussagen, echte Bemühungen aber, die katastrophale Situation, in der sich die Palästinenser heute befinden, zu verhindern, blieben aus. Niemand begriff, dass dies nicht nur ein undemokratisches Verhalten der Hamas gegenüber war – was immer man von der Bewegung halten mag –, sondern auch ein Angriff auf die Grundlagen des demokratischen Systems.

Primat der Sicherheit

In der Folge haben sich die Regime sowohl im Gazastreifen als auch in der Westbank zu mehr oder weniger außerhalb der Gesetze stehenden Sicherheitsregimen entwickelt. Die Palästinenser sind noch stärker fragmentiert, und beide Regime sind der andauernden Expansion und den Angriffen Israels gegenüber gelähmt. Ohne eine Wiedervereinigung wird es sicherlich keine Mechanismen für einen Neuanfang des demokratischen Prozesses oder für die Abhaltung von Wahlen, die einen Wandel bringen könnten, geben. Gefährlich ist auch, dass in beiden Regimen neue sozioökonomische Kräfte entstanden sind, deren *modus operandi* an die neuen Machtverhältnisse gebunden ist. Sie verstärken die Spaltung noch und legen die gesellschaftliche Grundlage für ihre Zementierung.

Dieser sich rasch verfestigende Primat der Sicherheit prägt das palästinensische Leben und die Politik. Hier taucht einer der ursprünglichen strukturellen Zwänge wieder auf, der den gesamten Oslo-Prozess und seine Ergebnisse gekennzeichnet hat: die Unterwerfung all dessen, was ein historischer Kompromiss zwischen Palästinensern und Israelis werden und eine Wiedergutmachung für die palästinensische Geschichte der Enteignungen bringen sollte, unter ein allumfassendes Sicherheitskonzept, das jetzt auf regionaler Ebene reproduziert wird. Es versteht sich von selbst, dass dieser Trend, sollte er sich fortsetzen, nicht nur das Verschwinden der Demokratie aus dem politischen Prozess bedeuten würde, sondern die Negation all dessen, was wir als politisch verstehen.

Vom doppelten Kampf der palästinensischen Zivilgesellschaft

Für die Demokratie und gegen die Besatzung

Schon vor 1948 waren in Palästina politische Bewegungen und Organisationen entstanden, deren Führung jedoch meist in den Händen von Familien der Oberschicht lag und die als Patronats- und Kontrollsysteme agierten.¹ Nach dem Krieg von 1948 erlebten die Palästinenser die Zerstörung ihres gesellschaftlichen Zusammenhalts.² Die *Nakba* von 1948 hatte dramatische Auswirkungen auf alle Aspekte des palästinensischen Lebens und der Gesellschaft. Mehr als die Hälfte der Palästinenser wurde aus ihrer Heimat vertrieben.³ Nach der *Nakba* unterstanden die Palästinenser in Galiläa, in der Negev-Wüste und im sogenannten Arabischen Dreieck bis 1966 israelischem Militärrecht. Gleichzeitig gerieten die Westbank unter jordanische und der Gazastreifen unter ägyptische Herrschaft. Dort war unabhängiges politisches oder militärisches Engagement von Palästinensern die Ausnahme, es war meist von den Regeln und der Politik der arabischen Staaten bestimmt, die die palästinensischen Flüchtlinge beherbergten.

In der Zeit nach der *Nakba* entstanden in den palästinensischen Gebieten zahlreiche wohltätige Hilfsorganisationen, die sich um Bedürfnisse der Flüchtlinge kümmerten. Sie konzentrierten sich auf die Gesundheitsversorgung und die Ausbildung der Flüchtlinge; dadurch erweiterten sie ihre Leistungen und ihre gesellschaftliche Basis im Vergleich zu früheren Zeiten. Sie wurden jedoch weiterhin von den Familien lokaler Eliten beherrscht. In dieser Zeit entstanden in der Westbank und in Gaza auch Berufsgenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften und Handelskammern. Der Status der Berufsgenossenschaften wurde auf andere nationale gesellschaftliche Gruppen übertragen

- 1 Samih Farsoun/Christina Zacharia, *Palestine and the Palestinians. A Social and Political History*, Boulder: Westview Press 1977, S. 21 ff.
- 2 Joel Migdal et al., *Palestinian Society and Politics*. Princeton: Princeton University Press 1980, S. 37.
- 3 Sami Hadawi, *The Bitter Harvest: A Modern History of Palestine*, New York: Olive Branch Press 1991, S. 84 ff.

und spiegelte sich in der Gründung von Gewerkschaften, von Studenten- und Frauenverbänden im Kontext der PLO wider. Dies waren in Palästina jedoch keine Massenorganisationen, ihre Basis lag im Exil – vor allem in Ägypten und in den Golfstaaten, von wo aus sie auch arbeiteten. In ihnen sammelte sich eine neue, gebildete Generation, deren politisches Engagement in diesen Organisationen gebündelt wurde.

Zivilgesellschaftliche Organisationen im Aufschwung

Unter der Besatzung entwickelte die palästinensische Gesellschaft ein dichtes Netz von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Frauen- und Studentenverbänden und juristischen Vereinigungen. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke waren ein wirksames Instrument des nationalen palästinensischen Engagements gegen die israelische Besatzung und eine sichere Tarnung für zahlreiche verbotene politische Parteien, um sich am Widerstand zu beteiligen.

Souveräne Staaten mit autoritären Regimen zeichnen sich durch einen geschlossenen politischen Raum und einen stark eingeschränkten Zugang zur Macht oder zu freier, kompetitiver politischer Arbeit aus. In den palästinensischen Gebieten unter der illegalen israelischen Besatzung existiert kein souveräner politischer Raum. Dieser Mangel führt zu einer extremen Zuspitzung der autoritären Strukturen. Politische Parteien, denen der Zugang zum offiziellen politischen Raum – sei es durch ein autoritäres oder ein Besatzungsregime – versagt bleibt, tendieren dazu, die Zivilgesellschaft als Schauplatz für stellvertretende, kompetitive Politik zu usurpieren. In Palästina unter einer israelischen Besatzung, die trotz ihrer erzwungenen Macht in den Augen der Bevölkerung keinerlei Legitimation besitzt, boomten deshalb zivilgesellschaftliche Organisationen in einem ungeregelten, pluralistischen Markt der Ideen.⁴

In seiner Untersuchung der Überlebenstechniken autoritärer Regime stellt Noam Chomsky fest: Solange ein «komplexes gesellschaftliches System mehr oder weniger funktioniert und mindestens die grundlegenden Bedürfnisse großer Teile der Bevölkerung sowie hin und wieder auch weit mehr als das erfüllt und keine unerträglichen Lebensbedingungen für große Massen schafft ... bleibt es bestehen.»⁵ Also könnten derartige Regime jedem externen Druck hinsichtlich Reformen oder einer Demokratisierung widerstehen. In gewisser Weise gilt dies vielleicht auch für ein Besatzungsregime.

Die Entstehung einer modernen Zivilgesellschaft in Palästina lässt sich – abgesehen von den Wohlfahrtsorganisationen, die schon mehrere Jahrzehnte zuvor in Palästina aktiv gewesen waren – auf die frühen Jahre des Widerstandes gegen die israelische Besatzung zurückverfolgen. Damals entstanden verschiedene regionale palästinensische Organisationen, um sich in Abwesenheit eines

4 Musa Al-Budeiri, *A Critical Perspective on Palestinian Democracy*. Ramallah: MUWATIN-The Palestinian Institute for the Study of Democracy 1995, S. 66-71.

5 Noam Chomsky, *The Chomsky Reader*, New York: Pantheon 1987, S. 32; Milan Rai, *Chomsky's Politics*, London: Verso 1995, S. 108.

Staates um elementare soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedürfnisse und zentrale Probleme der Gesellschaft zu kümmern. Palästinensische Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen spielten schließlich eine zentrale Rolle während der ersten palästinensischen Intifada.⁶ Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Verbände agierten als Vermittler zwischen Menschen, Kommunen, den politischen Parteien, der Führung und dem Widerstand. So entstand vor allem in den ersten beiden Intifada-Jahren der Eindruck, als seien fast alle Palästinenser an der Regelung ihrer täglichen Angelegenheiten beteiligt.⁷

Über 1.500 palästinensische Nichtregierungsorganisationen in der Westbank und im Gazastreifen (darunter Frauenverbände, juristische Vereinigungen, Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, Kooperativen und Freiwilligenverbände) erfüllten vor allem zwei zentrale Aufgaben: Sie sorgten für lebenswichtige Dienstleistungen in der ärztlichen Grundversorgung, der Bildung, der Landwirtschaft, der Kreditvergabe usw. Dies gehörte zum Überlebenskampf in Ermangelung staatlicher Institutionen. Genauso wichtig war jedoch die «Fortführung des palästinensischen nationalen Kampfes» mit anderen Mitteln, vor allem durch die sogenannte «Standhaftigkeit im Widerstand».⁸

Dies war eine Basisbewegung zur Belebung und Stärkung der palästinensischen Gesellschaft. Man wollte ihr Potenzial gegen die Besatzung mobilisieren und gleichzeitig die internen Beziehungen verändern. Hier liegen die Anfänge einer Zivilgesellschaft, die einmal als unabhängige Wächterin gegenüber autoritären Tendenzen in einem zukünftigen Staat zu fungieren hat.⁹

Die vom palästinensischen Volk entwickelte pluralistische Kultur und die aktiven sozialen Netzwerke führten dazu, dass viele renommierte Wissenschaftler annahmen, ein einmal etablierter palästinensischer Staat werde sicherlich demokratisch sein – vielleicht die erste Demokratie ihrer Art in der arabischen Welt.¹⁰ In einer bekannten Studie zeichnet Edy Kaufman die besonderen Eigenschaften der palästinensischen Gesellschaft und Kultur sowie den historischen Weg der Nationalbewegung nach, um zu belegen, dass Palästina sich radikal von anderen arabischen Regimen in der Region unterscheidet.¹¹ Überzeugend legt er dar, dass das Vertrauen der PLO in demokratische Prozesse wie Mehrheits-

6 Khalil Al-Shikaki, *Al-Demokratiyyah wa Hoqouq Al-Insan fi Filisteen*, in: *Al-Madaniyyat* [Arabisch], Nablus: Center for Palestine Research and Studies 1997, S. 89-92.

7 Ebenda S. 89.

8 Julia Hawkins, *Palestinian NGOs in Crisis*, in: *Challenge*, Dezember 1996, S. 18.

9 Ebenda.

10 David Schenker, *Palestinian Democracy & Governance: An Appraisal of the Legislative Council*, Washington: The Washington Institute for Near East Policy 2000, S. ix. Siehe auch Saad Eddin Ibrahim, *Liberalization and Democratization in the Arab World: An Overview*, in: Rex Brynen et al. (Hrsg.), *Political Liberalization and Democratization in the Arab World*. Boulder: Lynne Rienner Publishers 1995. S. 29 ff.

11 Edy Kaufman et al. (Hrsg.), *Democracy, Peace and the Israeli-Palestinian Conflict*, Boulder: Lynne Rienner Publishers 1993, S. 45-48.

entscheidungen und Parlamentswahlen und der hohe Anteil gebildeter Palästinenser wichtige Grundlagen eines demokratischen Staatsgebildes darstellen.¹²

Das umfassende Engagement der Zivilgesellschaft während der Ersten Intifada war in vielerlei Hinsicht die praktische Verkörperung des demokratischen Potenzials der Palästinenser. Ein großer Teil des Erfolgs der Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft während der Intifada basierte auf ihrem erstaunlichen Pluralismus, der Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen und der kontinuierlichen Ausweitung des politischen Diskurses. Die daraus resultierenden optimistischen Erwartungen für die politische Entwicklung in den Autonomen Palästinensischen Gebieten sollten sich jedoch nicht erfüllen – zumindest nicht von Anfang an.

Gesellschaftliche Entwicklungen

In ihrer ideologischen Orientierung ist eine generelle historische Entwicklung von Wohlfahrts- über politisch-nationale hin zu professionellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen zu beobachten. Entsprechend wandelte sich mit der Zeit auch die gesellschaftliche Grundlage zivilgesellschaftlicher Organisationen. Repräsentierten die ersten Organisationen noch Eliten, so gewannen sie während der nationalistischen Periode doch eine breitere gesellschaftliche Basis. In jüngerer Zeit rekrutierte sich diese Basis vor allem aus einer professionellen Mittelschicht.¹³ Gleichzeitig bestimmte die Wohltätigkeitsarbeit auch weiterhin das Engagement und die Identität zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen auf lokaler wie auf nationaler Ebene. Religiöse Organisationen, vor allem die Muslimbruderschaft, verbanden Wohltätigkeit in zahlreichen Bereichen – z.B. der Kinder- und Jugendarbeit – mit religiösem Engagement, politischer Macht und der Werbung neuer Anhänger.¹⁴ In den 1990er-Jahren waren zwischen 10 und 40 Prozent aller sozialen Institutionen im Gazastreifen und der Westbank islamisch. In einzelnen Sektoren wie der Bildung lag der Prozentsatz wohl noch höher. Im Gazastreifen galten 65 Prozent aller Bildungseinrichtungen unterhalb der Sekundarstufe als islamisch.¹⁵

Viele der eher basisdemokratisch orientierten Organisationen entsprangen gesellschaftlichen Sektoren und Schichten, die bis dahin von einer aktiven Teilnahme an der Politik ausgeschlossen waren (Frauen, Jugendliche, Studenten, Arbeiter und Bauern).¹⁶ In Folge dieser Entwicklung ging der Einfluss traditio-

¹² Ebenda.

¹³ Rima Hammami et al., *Civil Society and Governance in Palestine. The Palestine Paper*, Cape Town Meeting, January 1999.

¹⁴ Nasseriddin al-Sha'ir, *The Palestinian-Israeli Peace Process*, Nablus: Center for Palestine Research and Studies (CPRS) 1996, S. 20 ff.

¹⁵ Vgl. dazu Sara Roy, *The Transformation of Islamic NGOs in Palestine*, London: Institute of Development Studies 1999.

¹⁶ Hasan Ladadwa, The Palestinian National Authority and the NGOs, in: Al-Siyasa Al-Filistiniyya [Palestine Policy], Bd. 6, Nr. 23 (Sommer 1999), S. 127 ff.

neller Vereinigungen, die in früheren Jahrzehnten dominiert hatten, zurück. Dies hätte sich grundlegend auf die Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft auswirken und damit die Macht der Zivilgesellschaft und ihren Einfluss auf die Durchführung weiterer Reformen nach der Gründung eines Staates verstärken können. Unter dem Druck der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Israels und ausländischer Geldgeber verkehrte sich jedoch seither diese Entwicklung nahezu in ihr Gegenteil.

Zivilgesellschaft und Palästinensische Autonomiebehörde

Die palästinensische Unabhängigkeitserklärung von 1988 unterstreicht die zentrale Rolle der Demokratie im Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit.¹⁷ Sie spiegelt eine von der Führung der palästinensischen Widerstandsbewegung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und führenden Intellektuellen postulierte «philosophische Verpflichtung» zur Demokratie wider.¹⁸ Die Anziehungskraft und Popularität der Demokratie im palästinensischen Volk ist tief in der jüngeren Geschichte der palästinensischen Gesellschaft verwurzelt. Darüber hinaus behielten die politische Führung der PLO und später die PA das rhetorische Bekenntnis zum Aufbau eines pluralistischen, demokratischen Staates in Palästina bei.¹⁹

In ihrem Bemühen, die Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen zu kontrollieren, begann die PA jedoch mit dem Aufbau einer alternativen Struktur von Behörden und Organisationen, deren Personal sich aus von der PLO kontrollierten «Diaspora»-Eliten rekrutierte. Damit umging man die zivilgesellschaftlichen Organisationen und minimierte die Bedeutung regionaler Anführer und Organisationen. Darüber hinaus setzte die PA die alten Familien und traditionellen Führer wieder in ihre früheren Positionen ein, um der beträchtlichen Macht der zivilgesellschaftlichen Organisationen entgegenzuwirken.²⁰ Arafat berief zahlreiche loyale Politiker in Aufsichtsräte und Vorstände von Nicht-regierungsorganisationen, Krankenhäusern, Universitäten und Gemeinden. Bezeichnend war, dass er auch einen Berater für Clan- (*Asha'ir*)-Angelegenheiten einsetzte, der die Integration traditioneller, Clan-orientierter Machtstrukturen in die PA erleichtern sollte.²¹ Nach Oslo stieg die Geldmenge, die Palästina von ausländischen Geldgebern zur Verfügung gestellt wurde, exponentiell. Ein Verteilungskampf begann zwischen der PA einerseits, die vorstaatliche Strukturen

17 Die palästinensische Unabhängigkeitserklärung wurde auf der Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) am 15. November 1988 in Algier verabschiedet. Die deutsche Übersetzung ist abrufbar unter <http://www.palaestina.org/fileadmin/Daten/Dokumente/Abkommen/PLO/unabhaengigkeitserklaerung.pdf> (Anm. der Hrsg.)

18 Edy Kaufman et al. (1993), S. 45-48.

19 Intisar Al-Wazir, persönliches Interview, Nablus, Juni 1999, und verschiedene Treffen der PLO.

20 Islah Jad, *State Society Relations in Palestine*, Lecture Kevorkyan Center, NYU, Juli 1998.

21 Islah Jad, ebenda.

aufbauen und damit auch bislang von zivilgesellschaftlichen Organisationen wahrgenommene Aufgaben übernehmen und den Geldzufluss in die palästinensischen Gebiete kontrollieren wollte, und den Nichtregierungsorganisationen andererseits, die gesellschaftlichen Einfluss- und Funktionsverlust befürchteten und ihre Unabhängigkeit gegenüber der weitgehend von außen kommenden Führungsschicht der PA bewahren wollten. Gleichzeitig wuchs jedoch auch in den Nichtregierungsorganisationen die Verbitterung über die Konditionen, mit denen externe Zuschüsse verknüpft wurden, denn inzwischen waren die meisten Spenden im Interesse der verschiedenen Hauptgeldgeber an detaillierte politische Bedingungen gebunden.²²

Erst 1996 hatten sich die komplexen Beziehungen zwischen der PA, ausländischen Geldgebern und zivilgesellschaftlichen Netzwerken stabilisiert, und das Tauziehen um die Ausrichtung des Demokratisierungsprozesses in Palästina begann.

Internationale und externe Faktoren

Internationale Faktoren haben in der palästinensischen Innenpolitik immer eine Rolle gespielt. Viele Beobachter haben insbesondere auf die Bedeutung regionaler und internationaler Einflüsse auf die Bereitschaft von Regimen hingewiesen, Reformen zurückzunehmen und autoritäre Praktiken wiedereinzuführen. Der Hinweis, dass internationale Einflüsse im Nahen Osten als Ganzes eher antidemokratisch wirken, findet sich oft.²³ Häufig verweisen die Wissenschaftler dabei auf den Nahostkonflikt (oder den Friedensprozess) mit Israel und die Instrumentalisierung der nationalen Sicherheit als Rechtfertigung einer autoritären Politik.²⁴ So argumentiert etwa Yezid Sayegh, dass externe politische und finanzielle Zwänge die freie Entscheidungsfindung der Palästinenser stark beeinträchtigt hätten.²⁵ Die PLO orientierte sich in ihren Bemühungen um internationale Unterstützung, Anerkennung, Legitimität und finanzielle Unterstützung stets nach außen. Daher hatten externe Geldgeber immer einen entscheidenden Einfluss auf sie.

Dies gilt auch für die heutige Situation unter der PA, die zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Einflussbereich weiteren Einschränkungen unterwirft.

22 George Karzam, Partnership or Dependency: The Relationship among the Donor-Countries, the Palestinian Authority and the Civil Society Organizations [Arabisch], in: Al-Siyasa Al-Filistiniyya [Palestine Policy], Bd. 6, Nr. 24 (Herbst 1999), S. 103-106.

23 *Al-Qadiyya Al-Filistiniyyah: Ro'ia Thaouriyyah*, Center for Socialist Research and Studies, Kairo: Center for Socialist Studies 2001 [Arabisch], S. 118/119; siehe auch: Carlos Padori et al., The Silent Demise of Democracy: The Role of the Clinton Administration in the 1994 Yemeni Civil War, in: *Arab Studies Quarterly*, Bd. 16, Nr. 4, (Herbst 1994), S. 65-74.

24 Bahgat Korany et al. (Hrsg.), *The Many Faces of National Security in the Arab World*, London: McMillan 1993, S. 206-210; siehe auch: Lisa Anderson, A Middle East Choice: Peace or Democracy, Interview mit Jane Perez, in: *New York Times*, 28. November 1999.

25 Yezid Sayegh, The Palestinian Cause. Past and Future in International, Regional and National Frameworks, in: *Palestine Policy*, Bd. 5, Nr. 18, (Frühjahr 1998), S. 57-60.

Es ist daher wichtig zu eruieren, welche Auswirkungen der internationale Druck auf die PA im Hinblick auf ihre Menschen- und Bürgerrechtspolitik und ihre Haltung gegenüber der politischen Opposition hat. Die internationale Gemeinschaft bleibt der wesentliche Finanzier des «Friedensprozesses» zwischen Palästinensern und Israelis. Und obwohl internationale Kräfte ihren Einfluss auf unterschiedlichste und vielfältige Weise ausüben, lässt sich feststellen, dass die PA wesentlich stärker von ausländischer Hilfe als von der Gesellschaft und deren Ressourcen vor Ort abhängig ist. Hier liegt einer der Gründe, weshalb die PA die Versuche der Zivilgesellschaft, politische Freiheiten und Diskurse auszubauen, so leicht abwehren konnte. Insofern stellt das Verhältnis zwischen der PA, den lokalen Nichtregierungsorganisationen und den internationalen Kräften und Geldgebern eine sehr problematische Beziehung dar. Das Hauptinteresse internationaler und regionaler Kräfte scheint mehr darin zu liegen, die Sicherheitsbedürfnisse Israels zu bedienen und den Friedensprozess zu schützen, als die PA zur Wahrung der Menschenrechte und zum Ausbau demokratischer Freiheiten zu zwingen.²⁶ Die Entwicklungen in Palästina zeigen, dass die anfängliche optimistische Hoffnung, der Friedensprozess werde eine der Liberalisierung und Demokratisierung zuträglichere Atmosphäre schaffen, trügerisch war.²⁷

Demokratisches *roll back*?

Wie kann der Übergang zur Demokratie für die palästinensische Gesellschaft und die PA gelingen? Vor der PA verfügte Palästina über eine lebendige Zivilgesellschaft. Darüber hinaus waren die Palästinenser durch die Intellektuellen im Exil und die führende, im Westen ausgebildete Elite sowohl mit freiheitlichen als auch mit sozialistischen Ideen und Werten vertraut. Auch der starke Einfluss der islamischen Tradition durch die aktiven islamistischen Bewegungen wie Hamas und andere sowie die führenden muslimischen Gelehrten förderten demokratische Werte wie Meinungsfreiheit und freie Wahlen (vor allem, wenn die Wahlen gewonnen werden sollten).²⁸ Aus diesem Grund schien die Gründung eines lang erwarteten, «demokratischen und säkularen Palästinas» nicht allzu unrealistisch. Doch schon wenige Jahre nach der Gründung der PA hatten sich die anfänglichen Zweifel an der Bereitschaft der PA, eine pluralistische Demokratie zu schaffen, als berechtigt erwiesen. Die Gründung der PA hatte deutlich negative Auswirkungen auf die zivilgesellschaftlichen Netzwerke. Es gelang ihr, einige der aktiven Gewerkschaften, Vereine und Verbände zu vereinnahmen sowie gleichzeitig das Engagement der anderen zu kontrollieren, zu behindern und zu beschneiden.

²⁶ William Quandt, American Policy Toward Democratic Political Movements in the Middle East, in: E. Goldberg/R. Kasaba/J. Migdal (Hrsg.), *Rules and Rights in the Middle East*, Washington: University of Washington Press 1993, S. 164.

²⁷ Lisa Anderson, A Middle East Choice: Peace or Democracy, Interview mit Jane Perez, in: *New York Times*, 28. November 1999.

²⁸ Verschiedene Interviews mit islamistischen Führern an der Birzeit Universität, Sommer 2000.

Die Erfolgsaussichten einer palästinensischen Demokratie hängen u.a. von zwei Faktoren ab: einmal vom Funktionieren des Palästinensischen Legislativrats als Basis der Gewaltentrennung und einem öffentlichen Raum für den demokratischen Diskurs in der PA; zum anderen vom Erfolg palästinensischer zivilgesellschaftlicher Institutionen bei der Einführung von Prinzipien einer demokratischen Kultur und Rechtsstaatlichkeit. Die PA muss dem Volk gegenüber Rechenschaft ablegen – und zwar u.a. auch durch Vermittlung von Institutionen wie einer freien Presse und einer lebendigen und wachsenden palästinensischen Zivilgesellschaft. Dies ist zusätzlich, neben dem formal-demokratischen Prozess – regelmäßigen, freien und offenen Wahlen – notwendig. Bis heute sind diese Voraussetzungen jedoch nicht gegeben. Der Kampf der palästinensischen Zivilgesellschaft an zwei Fronten, nämlich gegen die israelische Besatzung und für eine pluralistische Demokratie, ist noch längst nicht zu Ende.

«Femokratinnen» zwischen Vetterwirtschaft und Feminismus

Zur Rolle der Frauen in der modernen palästinensischen Geschichte

Dieser Beitrag untersucht die Veränderungen der Rechtsstellung der Frauen nach der Entstehung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Auf der Grundlage ausführlicher Interviews, offizieller Dokumente und persönlicher Erfahrungen zeichnet er die Entwicklung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns von Frauen nach – von den frühen Wohltätigkeitsvereinen über eine anerkannte breite Frauenbewegung, die Verbindungen zu verschiedenen politischen Parteien besaß und zahlreiche Sektoren der Gesellschaft umfasste, bis zu ihrer Spaltung in zwei Hauptströmungen: die islamistische Frauenbewegung einerseits sowie die säkulare, von Geldgebern gestützte Ausbreitung professioneller Institutionen andererseits, von denen viele im Rahmen der großen Einschränkungen, denen die PA unterworfen ist, an der Entwicklung einer Genderpolitik arbeiten. Mit dieser zweiten Gruppe beschäftigt sich dieser Text.¹

Der Beitrag beschreibt sowohl die Schwierigkeiten als auch die Chancen für Frauenorganisationen in den ersten Jahren der Palästinensischen Autonomiebehörde. Er diskutiert den Umgang der PA mit Frauen und die dramatischen Veränderungen des von ihr gepflegten Frauenbildes, die zu einer veränderten Rolle der Frau in der modernen palästinensischen Geschichte beigetragen haben: von der militaristischen Guerillakämpferin und basisdemokratischen Organisatorin zur – zumindest an der säkularen Front – «professionellen Femokratin» an der Spitze einer neuen Art von Nichtregierungsorganisation (NRO). Es geht hier um die exogenen Einschränkungen, welche die Bezeichnung der PA als «neopatriarchalistisch» entkräften und gleichzeitig um die in dieser Situation vorhan-

1 Zur Entwicklung der islamistischen Frauenbewegung in Palästina siehe: Islah Jad, *Women at the cross-roads: The Palestinian women's movement between nationalism, secularism and Islamism*, insbesondere das 5. Kapitel: *The emergence of the Islamist women's movement*. Unveröffentlichte Dissertation, Department of Developmental Studies, School of Oriental and African Studies, London 2004.

denen Arbeitsbeschränkungen von NROs und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Am Ende steht ein Blick auf eine Fallstudie der *General Union of Palestinian Women* (GUPW – Generalunion der palästinensischen Frauen), eine der wichtigsten palästinensischen Frauenorganisationen, die zur Führung der palästinensischen Nationalbewegung gehört.

Die Einführung geschlechtsspezifischer Bürgerrechte im Nahen Osten

Die Entstehung des Begriffs «Bürgerrechte» wird im Nahen Osten oft in Verbindung gebracht mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Raum. Dazu zählt auch der Versuch, den Status der Frau gegenüber Staat und Gesellschaft theoretisch zu untermauern.² Dies wiederum wurde in Zusammenhang gesehen mit den Diskussionen um die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft.³ Der geschlechtsspezifische Charakter gesellschaftlichen Wandels belebte «eine ahistorische Vorstellung von der Einzigartigkeit des Nahen Ostens» neu.⁴ Neo-Orientalisten betrachten den Nahen Osten als gezeichnet von einer aufgrund seines essenzialisierten Wesens gescheiterten Modernisierung.⁵

Feministische Bewertungen von geschlechtsspezifischen Bürgerrechten im Nahen Osten weisen darauf hin, dass die Problematik der Frauenrechte deutliche «Brüche in modernen Bürgerrechtskonzepten» aufzeigt.⁶ Die feministische Kritik richtet sich gegen die andauernde Bedeutung der auf verwand-

- 2 S. Joseph, Women and Politics in the Middle East, in: *Middle East Report*, Jahrgang 16, Nr.1 (1986), S. 3-8; dies. (Hrsg.), *Gender and Citizenship in the Middle East*. New York: Syracuse University Press 2000; Maxine Molyneux, Mobilisation without Emancipation? Women's Interests, State and Revolution in Nicaragua, in: *Feminist Studies*, Jahrgang 11, Nr. 2 (1985), S. 227-54; Deniz Kandiyoti, *Women, Islam and the State*. London: Macmillan Press Ltd. 1991; ders., The Politics of Gender and the Conundrums of Citizenship, in: Suad Joseph/ Susan Slymowics (Hrsg.), *Women and Power in the Middle East*, Pennsylvania: University of Pennsylvania Press 2001, S. 52-58.
- 3 Azmi Bishara, *Mossahama Fi Nakd Al Muftam'a Al Madani* (Arab.: Ein Beitrag zur Kritik der Zivilgesellschaft). Ramallah, West Bank: *Muwatin* – The Palestinian Institute for the Study of Democracy 1996; Augustus Richard Norton, The future of Civil Society in the Middle East, in: *The Middle East Journal*, Jahrgang 47, Nr. 2 (Frühjahr 1993), S. 205-16; ders. (Hrsg.), *Civil Society in the Middle East*, Bände I und II, Leiden: E.J. Brill 1995.
- 4 Yahya Sadowski, The New Orientalism and the Democracy Debate, in: *Middle East Report*, Nr. 183 (Juli 1993), S. 14-26; Sami Zubaida, Islam, Cultural Nationalism and the Left, in: *Review of Middle East Studies*, Jahrgang 4, Nr. 7 (1988); ders., The Trajectories of Political Islam: Egypt, Iran and Turkey, in: *Political Quarterly*, Nr. 71 (2000), S. 60-78.
- 5 Daniel Pipes, *In the Path of God: Islam and Political Power*. New York: Basic Books 1983, S. 187 f.; Yahya Sadowski (1993), S. 18; J. A. Bill/ R. Springborg, *Politics in the Middle East*. New York: Harper Collins 1990; Bernard Lewis, *The Middle East and the West*. New York: Harper Torchbooks 1964; ders., *The Political Language of Islam*. Chicago: University of Chicago Press 1988; Elie Kedourie, *Democracy and Arab Political Culture*, Washington D.C.: Washington Institute for Near East Policy 1994; Patricia Crone, *Slaves on Horses: The Evolution of the Islamic Polity*, Cambridge: Cambridge University Press 1980.
- 6 Deniz Kandiyoti, Foreword, in: Suad Joseph (Hrsg.), *Gender and Citizenship in the Middle East*. New York: Syracuse University Press 2000, S. xv.

schaftlichen Beziehungen basierenden Gemeinschaften und ihre Einbindung in verschiedene Herrschaftssysteme – sei es als anerkannte Teile des politischen Systems oder als Quelle unterschiedlicher Formen des Nepotismus und Klientelismus. Einige Feministinnen sind der Ansicht, dass Bürgerrechtskonzepte hier nicht greifen, und fordern einen eher kulturspezifischen Ansatz zur Bewältigung der komplexen Art, in der diese Systeme Frauen gleichzeitig Macht verleihen und sie ihnen nehmen.⁷ Andere sprechen sich für Bürgerrechtskonzepte aus und fordern den Ausbau der Rechte von Frauen als Individuen, da sie die «Zwänge verurteilen, die gesellschaftliche und religiöse Kräfte auf sie ausüben».⁸

In der arabischen Welt wurden Frauenrechte von den post-kolonialen, nationalen Eliten in ihren Initiativen für Modernisierung und Entwicklung aufgegriffen. Strategien zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Frauen, zur Geburtenkontrolle und zur Einführung sozialer Netzwerke waren zentrale Faktoren der Modernisierung und führten zu Veränderungen in der Beziehung zwischen den Geschlechtern.⁹ Parallel zur Einführung dieser Reformen «von oben» und der Schaffung einer «neuen, modernen Frau» limitierten oder verboten dieselben Staaten meist jegliche Art autonomer Organisationen.¹⁰ Kurz gesagt, erweiterten sie den Begriff der sozialen Rechte, während sie gleichzeitig die politischen und die Bürgerrechte beschnitten. Dies widerspricht der in der Literatur skizzierten Theorie von der Entwicklung der Bürgerrechte, nach der zivile und politische Rechte im Allgemeinen vor der Einführung sozialer Rechte gesichert werden.

Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt führte nicht zu einer substantiellen Veränderung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Die nationalen Eliten sahen Frauen sowohl als moderne Staatsbürger als auch als Trägerinnen der kulturellen Authentizität.¹¹ Dieser Widerspruch findet sich in den meisten nationalen Verfassungen, die Frauen zwar als gleichberechtigte Bürger definieren, jedoch mit weniger Rechten als Männer ausstatten, da das Familienrecht weiterhin von der Scharia bestimmt wird, der strengen Auslegung des islamischen Rechts, das Frauen unter anderem als Abhängige definiert.

- 7 Suad Joseph, Problematising Gender and Relational Rights: Experiences from Lebanon, in: *Social Politics*, Jahrgang 1, Nr. 3 (Herbst 1994), S. 271-285; S. Al-Torki, The Concept and Practice of Citizenship in Saudi Arabia, in: Suad Joseph (Hrsg.), *Gender and Citizenship in the Middle East*. New York: Syracuse University Press 2000; Mounira Charrad, *Lineage versus Individual in Tunisia and Morocco*, in: Suad Joseph (Hrsg.) (1994)
- 8 Kandiyoti 2000, S. xv; M. F. Hatem, The Pitfalls of the National Discourses on Citizenship in Egypt; S. Hale, The Islamic State and Gendered Citizenship in Sudan; A. Amawi, Gender and Citizenship in Jordan, alle in: Suad Joseph (Hrsg.) (1994); Islah Jad et al., Qiraah nassaweyya lemosswadat al dosstor al-falastini, (Arab.: Eine feministische Lektüre zum Entwurf der Palästinensischen Verfassung), in: *Review of Women's Studies* (Bir Zeit University) Jahrgang 1, Nr. 1 (2003), S. 8-12.
- 9 Deniz Kandiyoti (1991).
- 10 Deniz Kandiyoti, Identity and Its Discontents: Women and the Nation, in: *Millenium Journal of International Studies*, Jahrgang 20, Nr. 3 (1991), S. 429-43.
- 11 Floya Anthias/Nira Yuval-Davis, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Woman-Nation-State*. Houndsmills/Basingstoke/Hampshire/London: MacMillan 1989.

Frauenrechte und Scharia-Gesetze wurden so zu einem vorherrschenden Streitthema im gesamten Nahen Osten, einschließlich Palästinas.

Die Palästinensische Autonomiebehörde und ihre Genderpolitik – Der rechtliche Rahmen der palästinensischen Bürgerrechte

Seit ihrer Gründung kann die Palästinensische Autonomiebehörde bestenfalls als eine Art «Quasi-Regierung» arbeiten, zerrissen und eingeschränkt durch rigide und sich dauernd verändernde Bedingungen und Sanktionen, die ihr die Möglichkeit nehmen, echte Regierungsarbeit zu leisten, und ihre gesamte Existenz in Frage stellen. Diese Erfahrung hinterließ tiefe Spuren in der palästinensischen Gesellschaft und insbesondere in der Beziehung der Geschlechter.

Im Falle von Palästina neigen Kritiker dazu, die externen Faktoren zu ignorieren, die ein normales Funktionieren der PA verhindern und die rechtlichen Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern beeinflussen. Zu diesen Faktoren zählen

- der eingeschränkte Zugang zu lokalen Ressourcen aufgrund der Belagerung durch die Israelis¹²;
- die äußerst unbeständige politische Situation, die die Planung von Entwicklungen unmöglich macht;
- die interne politische Opposition durch die islamische Bewegung Hamas;
- die PA-Politik selbst, die von früheren Formen des palästinensischen Nationalismus und den komplexen und immer stärker werdenden Einschränkungen durch die Israelis beeinflusst wird.

Regierungspolitik und die politische Verpflichtung, zur Befreiung der Frau beizutragen, haben entscheidenden Einfluss auf die Rechtsstellung der Frauen.¹³ Jeder der dargestellten Faktoren kann aber den Prozess der Emanzipation der Frau und den Kampf um ihre Rechte behindern.

Der rechtliche Rahmen für die palästinensischen Bürgerrechte war sowohl durch das Geschlecht bestimmt als auch die Geschichte, geprägt durch das Land und das Patriarchat.¹⁴ Mit der Gründung der PA geriet die Neudefinition der palästinensischen Bürgerrechte jedoch in ein Dilemma. Das Osloer Abkommen verlieh der PA lediglich das Recht, ein Grundgesetz zu verabschieden. Die ersten Entwürfe des Grundgesetzes zeigten, dass die Autonomiebehörde die palästinensische Staatsbürgerschaft nicht auf der Grundlage der Existenz einer palästinensischen Nation definieren konnte. Um keine Trennung zwischen palästin-

12 Jamil Hilal/Mushtaq Khan, State-Society Relationships, Rent-Seeking and the Nature of the PNA Quasi-State, in: Khan/Giacaman/Amundsen (Hrsg.), *State Formation in Palestine*. London: Routledge 2004.

13 Maxine Molyneux, *Women's Movements in International Perspective. Latin America and Beyond*. Houndmills, New York: Palgrave 2001, S. 50.

14 Joseph Massad, Conceiving the Masculine: Gender and Palestinian Nationalism, in: *Middle East Journal*, Jahrgang 49, Nr. 3 (Sommer 1995), S. 467-483 (468/9).

sischer Nationalität und Identität einerseits und einer palästinensischen Staatsbürgerschaft andererseits zu etablieren, verschoben die ersten Gesetzentwürfe¹⁵ eine Definition der Staatsbürgerschaft auf spätere Legislaturperioden.¹⁶ Erst Artikel 12 einer späteren Version vom März 2003 des palästinensischen Grundgesetzes präziserte die Möglichkeiten der Weitergabe der palästinensischen Staatsbürgerschaft. Die Grundlage für die Weitergabe der Staatsbürgerschaft – vor 1984 durch Blutsverwandtschaft mit dem Vater – wurde auf Drängen der Frauenbewegung geändert in eine Blutsverwandtschaft mit beiden Eltern. Zum ersten Mal war es Frauen damit in einem arabischen Staat möglich, ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder weiterzugeben.¹⁷

Frühere Entwürfe des Grundgesetzes enthielten die Anerkennung zahlreicher internationaler Vereinbarungen und Erklärungen, darunter das *UN-Abkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau* (CEDAW). Das bildete die Grundlage für die Übernahme universeller Konventionen als Quellen für die Rechtsprechung. In den ersten vier diskutierten Entwürfen wurde weder die Scharia als Quelle der Rechtsprechung genannt, noch der Islam als Staatsreligion übernommen. Auf Druck der Islamisten wurden jedoch beide später vom Legislativrat hinzugefügt, der sich damals im Übrigen mehrheitlich aus säkularen Mitgliedern zusammensetzte. Im ersten Palästinensischen Legislativrat (1996-2006) saßen keine islamistischen Mitglieder, da die islamistischen Gruppierungen die Wahlen 1996 boykottiert hatten, die sie als eine Folge des von ihnen abgelehnten Oslo-Prozesses betrachteten.

Im Grundgesetz gibt es einige aufschlussreiche Passagen zum Thema «Arbeit und Mutterschaft», die jedoch lediglich ein Lippenbekenntnis zur Veränderung der Geschlechterbeziehungen bezeugen. So besagt Artikel 23 des Gesetzes: «Die Frau hat das Recht, sich aktiv am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen, und die Gesetzgebung wird daran arbeiten, alle Hindernisse zu beseitigen, die es Frauen verbieten, voll und ganz am Aufbau ihrer Familien und der Gesellschaft teilzuhaben.»¹⁸ Viele Gesetze wie z.B. das Zivilrecht und das Beamtenrecht stellten Frauen jedoch als abhängig von den Männern dar. Wichtiger noch war, dass gesetzliche Veränderungen nicht in praktische Politik umgesetzt wurden, wenn es ein finanzielles Engagement der PA erforderte.

15 Da eine Verfassung ein Zeichen der Souveränität ist, erlaubten die Osloer Vereinbarungen den Palästinensern lediglich ein sogenanntes Grundgesetz, das ein Regieren während der vorgesehenen Interimsperiode (1993-1999) ermöglichen sollte und dann laut Vereinbarungen «bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung des palästinensischen Staates ausgebaut werden könnte» (Artikel 106 des Grundgesetzentwurfs, zitiert in Gil Friedman, *The Palestinian Draft Basic Law: Prospects and Potentials*, Jerusalem, Palästina: The Palestinian Independent Commission for Citizen's Rights 1999, S. 2).

16 Reema Hammami/Penny Johnson, Equality with a difference: gender and citizenship in transitional Palestine, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Jahrgang 6 (1999), S. 314-343.

17 Islah Jad et al. (2003), S. 9.

18 Ebenda, S. 10.

Neben der unklaren Definition der Rechtsstellung von Frauen mangelte es der PA auch an kohärenten Strategien zur Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit als wichtiger Garantin für Bürgerrechte, insbesondere bei der Sicherheit. Angriffe auf Mitglieder des Legislativrats, Razzien in palästinensischen Universitäten, Schließungen von Privatsendern und Verhaftungen von Journalisten zeugten von einem mangelnden Respekt vor den Bürgerrechten.¹⁹ Diese Repressalien stellten Frauenrechtlerinnen vor ein Dilemma. Um ihre Position zu stärken, mussten sie Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eingehen. Aber derartige Allianzen waren problematisch. Einerseits forderten die Bündnispartner, dass auch die Frauenbewegung eine kritische Position gegenüber der PA einnehmen sollten, was zu ähnlichen Repressionen als Reaktion auf das Engagement der Frauen führen konnte. Eine ausbleibende Stellungnahme andererseits würde die Forderungen der Frauenbewegung diskreditieren und ihre Legitimation in der Gesellschaft schwächen. Tatsächlich verloren die mit der Regierungspartei Fatah verbundenen Frauenorganisationen aus eben diesem Grund ihre Glaubwürdigkeit.

Die PA war nicht imstande, die elementarsten Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, auf Gesundheit und andere Leistungen zu garantieren, da öffentliche Dienstleistungen im Rahmen der von den internationalen Geldgebern geforderten «strukturellen Anpassungsmaßnahmen» privatisiert wurden. Dieser Wechsel zu neoliberalen Strategien unterminiert die Legitimität des Staates, da sie seine Kapazitäten zur Erbringung von Sozialleistungen schwächt.²⁰ Die Unzulänglichkeiten der PA im sozialen Bereich standen in Gegensatz zu der von palästinensischen Politikern oft gebrauchten *gender*-freundlichen Sprache, die ihr Engagement für die Emanzipation der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter belegen sollte, in Wirklichkeit jedoch dem Druck der UN geschuldet war, die auf der Berücksichtigung der Genderfragen bestand.

Der palästinensische «Quasi-Staat»: Neopatrimonialismus oder Gender Mainstreaming?

Die Macht des Staates, die Chancen für Frauen zu verbessern, eröffnet Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Frauengruppen. Genauso kann der Staat jedoch seine Ressourcen und Zwangsmechanismen einsetzen, um vorhandene, rückwärtsgewandte Tendenzen in Familie und Gemeinschaft zu stärken und so Konflikte zu schaffen.²¹

19 Siehe dazu *Palestine Report* des JMCC – Jerusalem Media and Communication Center, Berichte vom 23. Februar 2000, 24. Mai 2000 und 14. Juni 2000.

20 Kandiyoti (1991).

21 Shirin Rai, *Women and the State in the Third World*, in: Shirin Rai/Geraldine Lievesley (Hrsg.), *Women and the State: International Perspectives*, London: Taylor and Francis 1996; Bina Agarwal, *A field of one's own: Gender and land rights in South Asia*, Cambridge: Cambridge University Press 1994; Anne Marie Goetz (Hrsg.), *Getting Institutions Right for Women in Development*. London: Zed Books 1997; Kandiyoti (1991).

Die PA wird immer wieder als neopatrimonial bezeichnet, wobei die Autoren auf die der Vetternwirtschaft und Korruption innewohnenden, patriarchalischen Tendenzen verweisen, die Frauen systematisch benachteiligen. In Übereinstimmung mit diesen Vorwürfen des Neopatrimonialismus gegen die PA²² sehen einige Feministinnen den Staat als einen von Männern beherrschten Apparat, den Frauen bekämpfen müssen.²³ In Ländern mit einer starken sozialstaatlichen Tradition gibt es weniger Widerstände gegen eine Zusammenarbeit mit dem Staat; hier werden sowohl das Interesse als auch die Teilhabe an staatlichen Aktivitäten positiv gesehen. Das Bild des Staates als homogenem Organismus, gegen den soziale Kräfte wie Feministinnen und Islamisten kämpfen, wurde ersetzt durch ein Konzept von Staatlichkeit als heterogener institutioneller Organismus mit wechselnden Machtverhältnissen, der verschiedene Möglichkeiten der Auseinandersetzung bietet. Kandiyoti wies auf ein wichtiges Merkmal post-kolonialer arabischer Staaten auf der Suche nach Legitimität hin: die Festigung der auf Verwandtschaft und Gemeinden basierenden Gemeinschaften.²⁴ Das gilt auch für die PA. In ihrem Kampf um Legitimität suchte sie die Zustimmung von gegensätzlichen sozialen Gruppierungen, der gehobenen Mittelschicht, der Flüchtlinge, von auf Verwandtschaft basierenden Stämmen und von Feministinnen. Frauen im Staatsapparat der PA galten als Legitimitätsquelle. Gefordert und unterstützt durch ausländische Geldgeber, dienten sie dem säkularen und liberalen Image des neuen Staates.

Von der «Selbsthilfe» zur «Selbstregierung»: Femokratinnen zwischen Vetternwirtschaft und Feminismus

Eine Gruppierung, die durch die Gründung der PA zu voller Geltung kam, sind die «Femokratinnen». Dieser Begriff bezog sich ursprünglich auf Frauen, die in einem Staatsapparat angestellt waren und durch Strategien zur Gleichberechtigung und zur Antidiskriminierung an der Verbesserung der Stellung von Frauen in der Gesellschaft als Ganzes arbeiteten.²⁵ Palästinensische Femokratinnen dagegen sind nicht notwendigerweise Feministinnen, ebenso wenig wie sie «in einem Staatsapparat angestellt sind».²⁶ Die meisten palästinensischen Femokratinnen, insbesondere die in hochrangigen Positionen, wurden nicht aufgrund

22 Hillel Frisch, *Countdown to Statehood – Palestinian State Formation in the West Bank and Gaza*, Albany: State University of New York Press 1998; Christopher Parker, *Resignation or Revolt? Socio-Political Development and the Challenges of Peace in Palestine*, London: I.B.Tauris Publishers 1999; Hilal/Khan (1999).

23 Elizabeth Wilson, *Women and the Welfare State*, London: Tavistock Publ. 1977; Zillah Eisenstein, *The Female Body and the Law*, Berkeley: University of California Press 1989; Carole Pateman, *The Sexual Contract*. Cambridge: Polity Press 1988; Catherine MacKinnon, *Toward a Feminist Theory of the State*. Cambridge: Harvard University Press 1989.

24 Kandiyoti (2000), S. xv.

25 Anna Yeatman, *Bureaucrats, Technocrats, Femocrats: Essays on the Contemporary Australian State*, Sydney: Allen and Unwin 1990.

26 Ebenda, S. 65.

ihrer feministischen Qualifikationen, sondern aufgrund von Protektion eingesetzt. Diese Frauen sind jedoch weder völlig vereinnahmte Frauen, die nur auf Anweisungen des Präsidenten warten, um für ihn aktiv zu werden, noch große Innovatorinnen. Ihre Position liegt dazwischen. Einige sind sicherlich bemüht, im Rahmen der zahlreichen Einschränkungen, denen die PA unterliegt, Genderpolitik zu betreiben. Andere hingegen nutzen die Genderfrage und ihren politischen Zugang eher für eigene Interessen. Protektion an sich ist daher nicht in jedem Fall antifeministisch oder frauenfeindlich. In diesem Sinne kann man diese Frauen sicherlich als Femokratinnen bezeichnen, da sie die Interessen und die Rechte von Frauen verteidigen, ob sie an sie glauben oder nicht, um sich selbst einen Platz innerhalb der PA und der Gesellschaft zu verschaffen.

1994 entwickelte die palästinensische Frauenbewegung in den besetzten Gebieten ein Projekt²⁷ zur Gründung eines Ministeriums für Frauenangelegenheiten innerhalb der PA. Der Präsident lehnte den Vorschlag ab und schuf stattdessen das IMCAW (*Inter-Ministerial Committee for the Advancement of Women's Status* – Interministerielles Komitee für Frauenförderung). Bis zu seiner Gründung und der Auflösung des Frauenministeriums war das IMCAW Sitz der Femokratinnen innerhalb des palästinensischen «Staatsapparates». Das IMCAW sollte aus Frauen in Schlüsselpositionen in den verschiedenen Ministerien bestehen, die meist vom Präsidenten ernannt worden waren, um eine Gleichstellung der Geschlechter in den jeweiligen Strukturen zu erarbeiten. Der Vorschlag Arafats führte zu einem Konflikt zwischen der Sozialministerin und der Vorsitzenden der Generalunion der palästinensischen Frauen (GUPW), beides ausgewanderte Palästinenserinnen, die im Exil gearbeitet hatten, und der Vorsitzenden des *Women's Affairs Technical Committee* (WATC), einer Frau, die schon immer in den besetzten Gebieten wohnte und arbeitete. Da der Präsident einen Konflikt zwischen Frauen, die außerhalb der besetzten Gebiete gearbeitet hatten, und denen, die vor Ort unter der israelischen Militärbesetzung engagiert waren, erwartet hatte, schlug Arafat bei seinem Treffen mit der Frauendelegation vor, das neue Komitee solle sowohl Frauen aus der Regierung als auch aus der GUPW umfassen. So kam es zur Entstehung eines Komitees (IMCAW) der PA unter Einbeziehung einer Organisation – der GUPW –, die schon zur Zeit der PLO, also lange vor Gründung der PA, entstanden war und die Frauen und Frauenverbände innerhalb und außerhalb Palästinas repräsentierte.

Erfolge beim Einwerben von Geldern und beim Aufbau von Kapazitäten galten als wichtige Belege für die Professionalität der IMCAW-Frauen. Dabei folgten sie offenbar dem Beispiel der Frauen in den Nichtregierungsorganisationen – auf Kosten ihres früheren Images als Widerstandskämpferinnen. Die

27 Der Vorschlag für dieses Ministerium wurde Präsident Arafat am 17. November 1994 von einer Delegation der Frauenkoalition WATC in Gaza vorgelegt.

«NGO-isierung»²⁸ wurde zum Modell für die ehemaligen Kämpferinnen, sie war ihr Weg zur Professionalisierung. Das IMCAW arbeitete wie eine NRO (oder in diesem Fall eine GONGO – eine von der Regierung gesteuerte Nichtregierungsorganisation). Frauen wurden in Gender-Einheiten zusammengefasst, in denen viele Frauenaktivistinnen kooptiert wurden. Die Gleichstellungspolitik wurde jedoch niemals zu einem Teil der wirtschaftlichen und politischen Agenda der neuen «säkularen» PA. Das Fehlen einer übergreifenden Zielsetzung für die Arbeit der Femokratinnen im IMCAW führte dazu, dass sie sich auf technokratische Details konzentrierten, etwa darauf, wie viele Workshops man für die Erstellung eines Plans zur Gleichberechtigung benötigte. Das Durcheinander und die Konflikte innerhalb des IMCAW spiegelten ähnliche Zustände in allen Ministerien und Strukturen der PA wider. Diese behinderten nicht nur Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter, sondern jeglichen ernsthaften Versuch, die Entwicklung voranzutreiben. Von einem organisierten, klaren, nationalen Entwicklungsplan konnte daher nicht die Rede sein. Stattdessen waren unzusammenhängende, widersprüchliche und manchmal widerstreitende Strategien und Interventionen an der Tagesordnung.

Als bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 die Islamisten an die Macht kamen, stand das Frauenministerium, der Arbeitsplatz der palästinensischen Femokratinnen, vor einer großen Bewährungsprobe. Innerhalb der Islamisten gab es eine internationale Debatte, ob man das Ministerium übernehmen oder es anderen, nicht-islamischen Kräften überlassen sollte. Am Ende trug man dem Ministerium auf, zu «beweisen, dass Islamisten die Bedürfnisse und Interessen von Frauen besser vorantreiben können».²⁹ Die beiden weiblichen Ministerinnen im neuen Hamas-Kabinet, Mariam Saleh und Amal Syam, erhielten vom Kabinet grünes Licht, um den Status der palästinensischen Frauen in der Westbank und im Gazastreifen durch die Einrichtung von Frauenzentren mit vielfältigen Aufgaben «voranzutreiben». Diese Zentren sollten Frauen verschiedenste Fähigkeiten und Orientierung vermitteln, vor allem Frauen, die mit politischen Gefangenen und Märtyrern verwandt waren.

Rasch führten hinter der «feministischen Fassade» verborgene, politische Rivalitäten zu Konflikten zwischen Frauen aus der Fatah und den Islamistinnen im Frauenministerium. Für die Fatah-Frauen mangelte es den Islamistinnen an einer «feministischen Vision», während sich die Islamistinnen über die mangelnde Professionalität der Fatah-Frauen bei der Regierungsübergabe beklagten. Sie hatten Akten und Dokumente versteckt und weigerten sich auf

²⁸ Der Begriff «NGO-isierung» bezieht sich auf die veränderte Rolle von Nichtregierungsorganisationen in der Westbank und im Gazastreifen während des nach der Madrider Konferenz 1991 begonnenen Aufbaus des Staates. Die Auswirkungen des Staatsaufbaus auf die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationsformen sind für das Verständnis der Demobilisierung und der Zersplitterung der palästinensischen Frauenbewegung wichtig.

²⁹ So die neue Frauenministerin von der Hamas, Amal Syam, in einem Interview am 10. November 2009.

allen Ebenen, zusammenzuarbeiten. Diese internen Konflikte gipfelten in gewaltsamen Angriffen durch die Frauen der Fatah, worauf die Islamistinnen den Schutz von Leibwächtern suchten. Es zeigte sich, dass eine politische Zusammenarbeit zwischen Frauen aus den rivalisierenden politischen Parteien nicht möglich war.

Der Kampf um Gleichstellung litt unter den Konflikten und dem Durcheinander innerhalb der PA, aber um das Engagement von Frauen innerhalb der Zivilgesellschaft war es nicht besser bestellt. Die Gründung der PA führte zum Zerfall sowohl von zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch der GUPW, einer der wichtigsten palästinensischen Frauenorganisationen, die sowohl mit der PA – und damit der herrschenden Partei Fatah – als auch mit der PLO in Verbindung stand.

Die GUPW: Zwischen Mobilisierung und «NGO-isierung»

Die Struktur der *General Union of Palestinian Women* (GUPW), sei es in der Diaspora, wo sie außerhalb der Reichweite israelischer Repressionen arbeiten konnte, oder in ihren verschiedenen Ausprägungen in der Heimat, war das Ergebnis eines kontinuierlichen Wandels, wie er für die palästinensische Politik typisch ist. So führte die andauernde politische Instabilität zur Verschiebung der meisten Wahlen in allen Gremien der PLO, einschließlich der GUPW. Die letzten Wahlen zur GUPW hatten 1985 in Tunesien stattgefunden³⁰ – nach dem Herauswurf der PLO aus dem Libanon 1982.

Aufgrund der Gegebenheiten unter der israelischen Besatzung hatten sich die Strukturen der GUPW in den besetzten Gebieten immer schon von denen in der Diaspora unterschieden. In den besetzten Gebieten war die GUPW als Teil einer «terroristischen» Organisation von den israelischen Behörden verboten. Das führte dazu, dass die Führung dort über zahlreiche legale Wohltätigkeitsorganisationen arbeitete, die in den wichtigsten Städten der Westbank existierten. Die Union wurde bald von einer älteren Generation aus den Wohlfahrtsorganisationen kontrolliert, wodurch Konflikte mit der neuen Generation von Frauenrechtlerinnen in den neuen Bürgerkomitees vorprogrammiert waren. Der Gazastreifen trat der GUPW zunächst nicht bei, da man die Deportation der Präsidentin der arabischen Frauenorganisation, Yussra al Barbari, fürchtete. Durch diese Spaltung konnte die GUPW jedoch nicht als nationale Organisation tätig werden. Bald wurden auch die meisten der sich «national» und politisch engagierenden Wohltätigkeitsorganisationen drangsaliert und geschlossen und die Präsidentin der größten von ihnen, Samiha Khalil, verhaftet. Diese Entwicklung verhinderte eine führende Rolle der GUPW im Widerstand der Frauen gegen die Besatzung.

³⁰ Vom 21.-24. Mai 2009 waren Wahlen angesetzt, um eine neue Führung zu wählen. Sie fanden jedoch nicht statt, es gab aber indirekte Verhandlungen, die mit der Übereinkunft endeten, nahezu alle alten Gesichter der Union wiederzuwählen.

Vielmehr erschienen Bürgerkomitees auf der Bildfläche, um das von der GUPW hinterlassene Vakuum zu füllen. Aufgrund politischer Auseinandersetzungen gab es bald immer mehr von ihnen. Die Komitees brachten frischen Wind in die Führung der palästinensischen Frauenbewegung, aber die alte Führung verweigerte ihnen den Zugang zur Untergrundstruktur der Union. Von den verschiedenen Parteien unterstützt, gewannen die neuen Komitees aufgrund ihrer innovativen Ansätze zur Organisation von Frauen zahlreiche neue Anhängerinnen.

Nach der Schaffung der PA erleichterte die lange Abwesenheit der Union im Gazastreifen die Gründung eines neuen Zweigs der GUPW unter Vorsitz einer einflussreichen Persönlichkeit, Najla Jassine (alias Im Nasser), einem Mitglied des PLO-Exekutivkomitees und Schatzmeisterin der GUPW in der Diaspora. Sie hatte Zugang zum Büro des Präsidenten und daher zu beträchtlichen Ressourcen. Diese neue GUPW sprach sämtliche Frauenrechtlerinnen im Gazastreifen an – in Frauenkomitees, Nichtregierungsorganisationen oder im öffentlichen Dienst. Während in der Westbank die Unabhängigkeit der GUPW von der PA eine der wichtigsten und am meisten umstrittenen Fragen darstellte, war das in Gaza aufgrund der Art, wie neue Mitglieder angeworben wurden, kein Thema. Offenbar arbeitete man – wie auch in anderen mit der PA verbundenen Organisationen – erfolgreich über Beziehungen, sei es bei der Verteilung von Essensmarken, beim Erlass von Mitgliedsbeiträgen oder der Vergabe sozialer Leistungen. Diese Beziehungen wurden auch für die Vergabe von Mitgliedsanträgen an Frauen genutzt, die in der Regierung arbeiteten. Man drängte sie, der Union beizutreten. Die GUPW im Gazastreifen lebte jedoch von der Persönlichkeit ihrer Gründerin. Als sie erkrankte, kamen nahezu alle Aktivitäten zum Stillstand, und es zeigte sich, dass die Generalunion nicht mit der wachsenden Macht der Islamisten konkurrieren konnte.

Der Aufbau neuer Strukturen in der GUPW der Westbank war aus verschiedenen Gründen noch weniger erfolgreich. Einmal war die Struktur der dortigen GUPW ohnehin schon geschwächt. Darüber hinaus bestand die Union eher aus Repräsentantinnen von Wohlfahrtsorganisationen als aus individuellen Mitgliedern. Das fortgeschrittene Durchschnittsalter dieser Repräsentantinnen, ihre Wurzeln in der Mittelschicht sowie ihre Wohltätigkeits-Attitüde gegenüber den Frauen lockten keine großen Anhängerscharen. Und die Vertreterinnen der Frauenkomitees waren viel zu beschäftigt mit ihrer Komiteearbeit, um für eine Organisation zu arbeiten, die ihnen keinen größeren Einfluss verschaffen würde.

Dieser Stillstand beim Ausbau der GUPW war nicht allein im Machtkampf zwischen «Rückkehrerinnen», die im Ausland gelebt hatten, und «Einheimischen», die in den besetzten Gebieten geblieben waren, begründet. Er resultierte auch aus den durch Oslo vor Ort geschaffenen Bedingungen. Als Salwa Abu Khadra, die Vorsitzende sowohl der GUPW als auch des Exekutivkomitees immer wieder wegen der ausbleibenden Wahlen kritisiert wurde, antwortete sie: «Es ist eine Frage des Prinzips, dass wir sie [die Wahlen] nicht in der Diaspora

abhalten können. Die besetzten Gebiete sind jetzt das Führungszentrum. Es wäre auch sehr kostspielig, viele Frauenvertreterinnen aus der Diaspora einzufliegen, die Reserven der Union sind ausgeschöpft. Und selbst wenn wir die Wahlen auf die in der Heimat, im Gazastreifen und in der Westbank lebenden Mitglieder beschränkten, könnten die Mitglieder in Gaza wegen der Belagerung nicht teilnehmen.»

Ein weiterer Grund für die Spannungen innerhalb der GUPW, der mit den Konflikten zwischen den Frauen aus der Diaspora und den Frauen an der Basis in der Heimat zusammenhing, war das Verhältnis der Union zur PA. Nach ihrer Rückkehr nach Palästina erklärte die alte Diaspora-Führung die Union zu einer Nichtregierungsorganisation. Die alltägliche Praxis widersprach dem jedoch. Die Führung der GUPW und ihre Verwaltungsangestellten erhielten monatliche Gehälter, und die Miete ihrer luxuriösen Villen wurde von der PA gezahlt. Diese Tatsachen nutzten Führungsmitglieder der einheimischen Frauenorganisationen, um der Definition der GUPW als Nichtregierungsorganisation zu widersprechen.

Die finanzielle Abhängigkeit der GUPW galt als deutliches Zeichen dafür, dass die Organisation zu einem Anhängsel der PA geworden war. Dies geht aus einem weiteren Interview mit einer Gruppe einheimischer Frauen hervor: «Jedes Mal, wenn wir ein Flugblatt oder ein politisches Dokument veröffentlichen wollen, besteht sie [die GUPW] darauf, dass wir irgendwelche verherrlichenden Sätze über den Präsidenten einfügen, und sie fordert uns auf, Fotos von ihm zu veröffentlichen. Wir protestieren dagegen, das sind wir nicht gewohnt. Sie war auch dagegen, dass eines unserer Führungsmitglieder eine Konferenz in Amman besuchte, weil sie ein Flugblatt einer Oppositionsgruppe unterzeichnet hatte, das die Korruption in der PA angeprangerte. Natürlich müssen wir die Regierung kritisieren. Das ist unser Recht. Wir sind keine Regierungsvertreter. Wir vertreten unser Volk, unsere Frauen.»

Die Rückkehrerinnen wurden begünstigt durch die Tatsache, dass die neue Geschäftsführerin weniger Einfluss besaß als ihre Vorgängerin, da sie keine berühmte militärische Vergangenheit als Widerstandskämpferin hatte, als «weniger politisch» galt und darüber hinaus Christin war. Dies verstärkte die Kontrolle der Rückkehrerinnen über die Union. Damit will ich nicht sagen, dass die Frauen in der lokalen Führung über keinen Einfluss verfügten. Sie knüpften Verbindungen zu Frauen-NROs und den Fraueninitiativen der Parteien und bemühten sich intensiv um den Aufbau einer Basis im Volk für die Union, vor allem in ländlichen Gebieten. Die Zweite Intifada führte zur Einbeziehung der «einheimischen» Vorsitzenden der GUPW in die nationale und islamische Führung der Intifada, die als höchstes politisches Gremium galt, das von politischen Aktivisten aus den verschiedenen Parteien und Bürgerinitiativen gebildet worden war.

2009 veranstaltete die GUPW ihre 5. Konferenz zur Wahl einer neuen Führung. Die Konferenz spiegelte die neue Realität der Verlagerung des Hauptquartiers der Union aus der Diaspora (Tunis) in die besetzten Gebiete (Ramallah) wider.

Frauen aus der Diaspora bildeten auf der 5. Konferenz nur 19 Prozent (14 von 73 Mitgliedern) des Administrativrates. Man setzte einige Hoffnungen darauf, dass diese 5. Konferenz frischen Wind in eine der Volksorganisationen der PLO bringen würde. Es kam jedoch zu keinen echten Wahlen. Stattdessen nutzten die Mitglieder wieder einmal den alten Mechanismus der sogenannten «Gruppenquoten», durch die alle alten Parteien unter dem Dach der PLO einen proportionalen Anteil an der Führung erhalten. So trug die 5. Konferenz trotz ihres Slogans von der «Einheit des Landes und des Volkes unter der Flagge der PLO» nur wenig zur Vereinigung des zwischen den beiden politischen Rivalen Fatah und Hamas gespaltenen palästinensischen Gemeinwesens bei. Die islamistischen Frauen der Hamas waren ohnehin weder zur Teilnahme an der Konferenz geladen, noch war es ihnen erlaubt, der neuen Führung anzugehören.

Die politische und finanzielle Abhängigkeit der GUPW von der PA half der Union nicht, viele der Frauen, die bei den Parlamentswahlen von 2006 die Islamisten gewählt hatten, davon zu überzeugen, dass die Union die bessere Kämpferin für ihre Rechte sei. Zahlreiche Frauen hatten 2006 ihre Stimme den Islamisten gegeben, die eine zweideutige Strategie zur Emanzipation der Frau vertreten. Die Übernahme des Gazastreifens durch die Islamisten im Juni 2007 machte deutlich, dass die Islamisten zwar eine Politik der Entlastung und in gewissem Maße auch der Entwicklung für Frauen befürworteten, aber nur wenig Interesse an irgendwelchen von der säkularen Frauenbewegung geforderten rechtlichen Reformen zeigten.

Fazit

Dieser Beitrag hat gezeigt, wie die PA die Rechtsstellung der Frauen und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern durch Gesetze, Strategien und kulturelle Deutungen des palästinensischen Nationalismus gestaltet hat. Vor dem Hintergrund der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung habe ich argumentiert, dass die PA zwar weder eine Gender-Vision noch eine politische Vision zur gesellschaftlichen Veränderung besaß, dass sie jedoch trotz ihrer Abhängigkeit von Geldgebern, ihrer politischen Schwäche und ihrer eigenen Zerrissenheit auf den organisierten Druck der Frauen einige positive Reaktionen gezeigt hat. Schließlich habe ich das unter Wissenschaftlern verbreitete Bild einer neopatrimonialen PA in Zweifel gezogen. Diese Bezeichnung ist angesichts der Ursprünge der PA nicht haltbar. Außerdem lässt es den von außen herbeigeführten Mangel an politischer Stabilität außer Acht sowie die fehlende Kontrolle über nationale Ressourcen, die einer Gleichstellungspolitik im Wege stehen. Darüber hinaus ignoriert es die Konflikte innerhalb der und zwischen den Verwaltungen durch die Verschmelzung der alten PLO mit der neuen PA und die Entstehungsprozesse neuer Nichtregierungsorganisationen.

Die Gender-Abteilungen in den Ministerien der PA und die Geschichte der GUPW belegen, dass internationale Modelle für die Entwicklung der Gleichberechtigung von Frauen auf die palästinensische Situation, in der eine brutale

militärische Besatzung die Umsetzung der meisten Entwicklungsmechanismen verhindert, nicht unbedingt anwendbar sind. All diese Entwürfe gehen von politischer Normalität und Stabilität aus, von der Existenz eines Staates mit funktionierenden Strukturen und einer stabilen und eindeutig identifizierbaren Zivilgesellschaft. Externe «Experten» neigen häufig dazu, die Auswirkungen struktureller und politischer Instabilität zu ignorieren und die Umsetzung vorgefertigter «Gleichberechtigungsprojekte» zu verfolgen. Dieser Beitrag zeigt, dass die palästinensische Frauenbewegung während ihres Kampfes von der «Normalität» der neu eingesetzten PA und einer Periode politischer Stabilität ausging. Sie hoffte, dass dies zur Realisierung ihrer nationalen, politischen und gesellschaftlichen Rechte führen würde. Die angeführten Beispiele zeigen jedoch, dass das Engagement der palästinensischen Frauen nicht von einer die Interessen aller Frauen vertretenden Bewegung ausging, sondern dass diese eher Schauplatz gegensätzlicher Interessen, Machtkämpfe und unterschiedlicher Positionierungen war. Was also konnten Femokratinnen und ihre Gender-Abteilungen ohne politische Stabilität, ohne eine geeinte Frauenfront in der Zivilgesellschaft und angesichts des fragwürdigen Engagements eines «Quasi-Regierung» erreichen?

Die Erfahrungen mit den Frauen im Exekutivkomitee (EC) und einiger Femokratinnen aus der Diaspora-Führung zeigen, dass Eliten, die Macht und Einfluss aus ihrer Führungsrolle im nationalen Widerstand in der Diaspora ableiten, nicht zwangsläufig ihre Macht verlieren, wenn sich das politische System und ihr Aufenthaltsort verändern. Sie waren keine bloßen Mitläuferinnen der politischen Führung. Während sie vorgaben, mit der Führung und den vorherrschenden Normen der Vetternwirtschaft zu kooperieren, nutzten sie eben diese Normen, um ihre eigenen Interessen zu sichern und um die Führung an ihre Verantwortung zu erinnern. Die Zusammenarbeit mit der politischen Führung in den besetzten Gebieten war die wichtigste Strategie der Frauen aus der Diaspora, um ihre Ziele zu erreichen. Es ging ihnen aber nicht um Autonomie oder Unabhängigkeit, was viele Feministinnen für eine Bedingung zur Umsetzung von Fraueninteressen halten. Auch waren diese Frauen in der PA und der GUPW keine passiven Empfängerinnen ausländischer Hilfe. Sie arbeiteten im Gegenteil daran, diese Unterstützung für weitere Fortschritte zu nutzen und ihre Verhandlungsposition gegenüber der PA und den Frauenorganisationen in der Zivilgesellschaft zu stärken. Es hat sich gezeigt, dass das Engagement von Frauen die Politik der PA beeinflusst und zur Ausweitung ihrer Rechte als gleichberechtigte Bürgerinnen geführt hat. Gleichzeitig wurde schmerzhaft deutlich, dass die politische Situation Frauen dazu zwang, die von ihnen gesetzten Ziele zu reduzieren. Deshalb konnten bislang weniger Frauenrechte durchgesetzt werden, als es anderenfalls möglich gewesen wäre.

Letztendlich liegt es in der Verantwortung des Staates, die gesellschaftlichen Entwicklungen auf der Makroebene in Richtung auf eine Gleichstellung

der Geschlechter zu lenken.³¹ Nach Goetz ist der Erfolg der «Gleichstellung der Geschlechter in der Planung und Umsetzung von Politik von der Zusammenarbeit dreier wichtiger Faktoren abhängig:

- der Stärke der Gleichstellungslobby in der Gesellschaft;
- der Glaubwürdigkeit feministischer Politikerinnen und Politik im politischen Wettstreit;
- und der Fähigkeit des Staates, die Verpflichtung zur Gleichstellung durchzusetzen.»³²

Frauen-NROs und Basisorganisationen spielen somit bei der Politisierung der Forderungen von Frauen zwar eine wichtige Rolle und bereiten dafür gesellschaftlich den Boden; dennoch sind dem Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen klare Grenzen gesetzt.

31 Shahra Razavi/Carol Miller, *Gender Mainstreaming: A Study of Efforts by the UNDP, the World Bank and the ILO to Institutionalize Gender Issues*, Occasional Paper 4 (August 1995), United Nations Research Institute for Social Development, United Nations Development Programme, United Nations Research Institute for Social Development Palais des Nations (Schweiz), S. 4

32 Anne Marie Goetz, Women's Political Effectiveness: A Conceptual Framework, in: Anne Marie Goetz/Shireen Haseem (Hrsg.), *No Shortcuts to Power: African Women in Politics and Policy Making*, London/New York: Zed Books 2003, S. 30.

V Religion und Politik

Religion und Politik in Palästina

Der Islam und das Schisma zwischen Hamas und Fatah

Die palästinensische Nationalbewegung durchläuft zurzeit eine ihrer schwersten internen Krisen. Sie ist konfrontiert mit den wohl schärfsten Zersetzungen seit der Niederschlagung der Rebellion gegen die Briten 1936 oder dem Krieg von 1948. Ideologisch, institutionell und geografisch tief gespalten, blicken die Palästinenser in eine ungewisse politische Zukunft, aller Mittel beraubt, um den gewaltigen Herausforderungen mit einem gewissen Zusammenhalt zu begegnen. Besonders alarmierend ist, dass die wenigen Mittel und Institutionen, über die sie verfügten, um ihre Differenzen zu diskutieren und beizulegen, korrumpiert und zersetzt wurden.

Die palästinensische Zerrissenheit wird oft als tiefes Schisma interpretiert, bei dem eine säkulare nationalistische Bewegung (um die Fatah) einer religiösen Bewegung (um die Hamas) gegenübersteht.¹ In diesem Beitrag möchte ich dagegen zeigen, dass die Kluft nicht so tief ist, wie oft angenommen, dass sie dafür jedoch außerordentlich breit ist. Insbesondere möchte ich darstellen,

- dass die Wahrnehmung des palästinensischen Schismas als säkular versus religiös die Kluft überinterpretiert;
- dass Fatah und Hamas in der Praxis um die Kontrolle sowohl über nationalistische wie religiöse Symbole, Institutionen und Macht ringen;
- dass die Kluft zwar nicht so tief ist, wie oft behauptet, jedoch so breit, dass sie so bald nicht überwunden werden wird.

¹ Seit 2007 spricht man allgemein auch von einem Schisma, das die Palästinensische Autonomiebehörde und Hamas gegenüberstellt. Diese Terminologie ist jedoch irreführend (obwohl sie ironischerweise auch von Führern der Hamas gelegentlich benutzt wird). Die Regierung in Gaza erhebt, wie die in Ramallah, Anspruch auf die rechtmäßige Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Verwendet man den Begriff «Palästinensische Autonomiebehörde» nur für die Ramallah-Seite, kann das dazu führen, dass die tatsächliche Machtausübung und die Taten der Gaza-Regierung übersehen werden – wie dieser Artikel zeigen wird.

Was trennt die Palästinenser?

Während die Palästinenser selbst die Spaltung oft als eine Kluft darstellen, in der säkulare Formen der nationalen Identität den religiösen gegenüberstehen, sind die meisten von ihnen rasch bereit, diese oberflächliche Definition zu hinterfragen.

Was die Fatah angeht, so erzählen die Geschichten über die Ursprünge dieser Bewegung in den 1950er- und 1960er-Jahren von wichtigen Elementen, die ihre Wurzeln in der Muslimbruderschaft hatten – so eindeutige Wurzeln, dass zumindest einer Darstellung zufolge die Bruderschaft selbst unsicher war, ob die Fatah eine unabhängige Bewegung oder Teil der Organisation selbst war.² Natürlich wurde die Unabhängigkeit der Fatah rasch offenbar, sie zeigte sich vor allem durch eine Neigung zu Kampfeinsätzen (ein Weg, den die Gefolgsleute der Palästinensischen Bruderschaft damals scheuten).

Sicherlich hat die Fatah über die Jahre nationalistische Symbole hervorgehoben und viele Gefolgsleute gewonnen, die nur geringes Interesse an der Religion haben oder in der Öffentlichkeit keinen Raum für ihre religiösen Bekenntnisse sehen. Aber die überzeugten Säkularisten wurden meist nicht von der Fatah angezogen, sondern von linken oder anderen Bewegungen (wie der Volksfront, der FIDA oder der Kommunistischen Partei). Und die islamistischen Wurzeln der Fatah sind nie ganz verschwunden. Jassir Arafat selbst würzte seine Reden oft mit religiösen Zitaten, und die vermeintlich «säkulare» Bewegung bediente sich oft äußerst verschwenderisch eines religiösen Symbolismus.

Ähnliches gilt für die Hamas. Die Bewegung ist zweifellos islamistisch. Aber die Unterscheidung zwischen Nationalisten und Islamisten sollte nicht überbewertet werden. Die Hamas wurde von Islamisten gegründet, die verärgert waren über das Fehlen ihres Lagers im nationalen Kampf. Zwar trat die Bewegung niemals der PLO bei – der Dachorganisation aller palästinensischen Gruppierungen – doch das lag weniger an einer generellen Ablehnung der Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen als vielmehr an Auseinandersetzungen über den Umfang ihrer Repräsentation.

Seit ihren Anfängen hat die Hamas den Konflikt mit Israel in religiösen Begriffen formuliert (und tut das gelegentlich heute noch). Enge Beobachter der Hamas weisen jedoch darauf hin, dass das Gewicht der Religion sich im Gegensatz zu politischeren Argumentationen in den letzten Jahren dramatisch zugunsten letzterer verschoben hat.³ In mancher Hinsicht bestätigen die Wurzeln

2 Khalid Nimr Abu al-'Umrayn, *Hamas: Harakat al-Muqawima al-Islamiyya Juzuruha-Nasha'tuha-Fikruha al-Siyasi*, Markaz al-Hadara al-Arabiyya 2001.

3 Dies wird besonders deutlich in den zahlreichen Arbeiten von Khaled Hroub. Darüber hinaus sind interessant: Natir al-Din al-Sha'ir, *Amaliyyat al-Salam al-Filastiniyya-al-Isra'iliyya: Wijhat Nazar Islamiyya*, Nablus: Markaz al-Buhuth wa-l-Darisat al-Filastiniyya 1999; Jeroen Gunnin, *Hamas in Politics: Democracy, Religion, Violence*, New York: Columbia University Press 2008; und Shaul Mishal und Avraham Sela, *The Palestinian Hamas: Vision, Violence and Coexistence*, New York: Columbia University Press 2006.

der Hamas in der Muslimbruderschaft diesen Trend. Zwar hält die Bruderschaft eisern daran fest, dass islamische Werte das öffentliche Leben bestimmen sollten, ihr Zugang zu islamischer Doktrin und islamischem Gesetz ist oft jedoch recht pluralistisch, und einige führende Denker der Bruderschaft neigen in den letzten Jahren zu allgemeineren und weitergefassten Interpretationen der islamischen Rechtstradition.

Trotz aller Verbitterung hat die Spaltung innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde seit Juni 2007 die ideologischen Unterschiede zwischen Fatah und Hamas nicht unbedingt vergrößert. Tatsächlich versuchen beide Gruppen, ihre ideologischen Ansätze recht breit zu formulieren, da beide den Anspruch auf die rechtmäßige Führung der palästinensischen Nationalbewegung erheben.

Natürlich sind die Unterschiede zwischen Hamas und Fatah nicht zu leugnen, was ihre Ideologie und das jeweilige Gewicht von Nation und Religion in der palästinensischen Identität angeht. Aber diese Unterschiede sind keineswegs absolut. Das gilt nicht nur für die Führungsebene, sondern auch für die Basis der Bewegungen, wo sich die Ausrichtungen verschiedener Flügel in subtiler Weise verschieben können (und tatsächlich auch verschoben haben). So sieht Loren Lybargers tiefgründige Analyse der Entstehung einer palästinensischen Identität bei den Themen des nationalen und des islamistischen Lagers ebenso viele Überschneidungen wie Gegensätze und die Wanderungen zwischen ihnen sind entwicklungs- und generationsbedingt.⁴

Die Institutionalisierung des Islam

Wenn wir uns also von der Ideologie und existenziellen Fragen eher praktischen und institutionellen Problemen zuwenden, stellt sich die Frage nach den konkurrierenden politischen Visionen von Fatah und Hamas. Auch hier zeigt sich, dass die Rivalität zwischen den beiden Bewegungen zwar stark ist, die erbitterte Auseinandersetzung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterschiede weniger dramatisch sind als zunächst angenommen.

Wenn es um die Rolle der Religion in der palästinensischen Gesellschaft und im öffentlichen Leben geht, stößt man beispielsweise eher auf unterschiedliche Schwerpunkte als auf deutliche Gegensätze. So wollen etwa beide Seiten ein Personenstandsrecht, das vor allem auf einer religiösen Grundlage ruht. Als die Fatah die Mehrheit im Parlament besaß und an einem Gesetzentwurf dazu arbeitete, übernahm sie keineswegs ein durchweg zivilrechtliches Gesetz, sondern eines, das auf religiösen Quellen basierte. Im Grundgesetz und dem Verfassungsentwurf für einen Staat – beides Projekte, an denen treue Fatah-Anhänger gearbeitet haben – finden sich deutliche Anspielungen auf die islamische

⁴ Loren D. Lybarger, *Identity and Religion in Palestine: The Struggle between Islamism and Secularism in the Occupied Territories*, Princeton: Princeton University Press 2007.

Symbolik.⁵ Zwar war die Hamas an diesen Projekten nur am Rande beteiligt, sie lehnte sie jedoch nicht ab (und sieht sich heute nicht ganz unberechtigt als Verteidigerin der Rechtmäßigkeit der palästinensischen Verfassung).

Ebenso erkennen Palästinenser beider Lager Christen als legitimen Teil der palästinensischen Gesellschaft an und gestehen ihnen eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben zu.

Natürlich werden gerade hier die unterschiedlichen Schwerpunkte sehr deutlich. Die Hamas hat ein starkes langfristiges Interesse an einer Islamisierung der palästinensischen Gesetzgebung, die weit über alles hinausgeht, wovon die meisten Fatah-Mitglieder je träumen würden. Palästinensische Christen lassen sich von der ausgestreckten Bruderhand der Hamas sicherlich nicht besänftigen. Als die Fatah bis 2006 die Mehrheit im Legislativrat innehatte, enthielten die Gesetzentwürfe zwar viele Anspielungen auf den Islam, islamische Quellen wurden jedoch keineswegs intensiv genutzt. Und die Abgeordneten waren sich nicht immer einig darüber, inwieweit man der islamischen Rechtstradition treu bleiben müsse. Manchmal kritisierten religiöser eingestellte Abgeordnete ihre Arbeit (so beantragte die Liga der «Ulama Palästinas» den Entwurf eines eigenen Strafgesetzbuches, nachdem sie mit dem vom Parlament vorbereiteten Entwurf unzufrieden war)⁶. Derartige Diskussionen wurden jedoch meist zum Schweigen gebracht.

Zwar sind auch bei den religiösen Institutionen selbst die Unterschiede deutlich, doch auch hier sind sie politischer wie religiöser Natur. Anders gesagt, religiöse Institutionen sind in vieler Hinsicht eher Schauplätze politischer Konflikte zwischen Hamas und Fatah als Austragungsorte doktrinärer Auseinandersetzungen. Beide Seiten buhlen um die Sympathie und Loyalität religiöser Autoritäten, sie bekämpfen sich mit Fatwa-Duellen und Predigten, und sie versuchen, rivalisierende internationale Autoritäten auf ihre Seite zu ziehen (wie kürzlich im Streit um die Rechtmäßigkeit der ägyptischen Grenzbefestigungen, als Hamas schadenfroh die Aussagen von Yusuf al-Qaradwi und der ägyptischen Muslimbruderschaft zitierte und Fatah mit Zitaten des theologischen Forschungskomitees der Al-Azhar Universität antwortete.)

Am besten lässt sich die politische Natur religiöser Streitigkeiten vielleicht anhand der Schullehrpläne aufzeigen. Sicherlich ein eher prosaisches Beispiel,

5 Diese Dokumente liegen gesammelt vor und finden sich unter www.palestinianbasiclaw.org

6 Hayyam Hasan, Gaza: Lajnat Siyaghat Muqtarah Badil li-Mashru' al-'Uqubat Tadrus Haliyyan Ba'd al-Qawanin al-'Arabiyya li-Istafada minha, in: *al-Ayyam*, 9. September 2003, S.7. Im Jahr 2008 begann der Rechtsausschuss des Palästinensischen Rumpfl legislativrats erneut mit der Arbeit an diesem Projekt, in Zusammenarbeit mit dem *Diwan al-Fatwa wa-l-Tashri'* (einem beratenden Ausschuss des Justizministeriums). Man versuchte, einen islamischeren Entwurf des Strafgesetzbuches zu entwickeln, an dem der Rat viele Jahre gearbeitet hatte. Eine ziemlich verfälschte Version dieses Projekts erregte die Aufmerksamkeit einiger internationaler Medien, die verkündeten, Hamas habe die Kreuzigung in Gaza eingeführt. Ich konnte nicht feststellen, ob die von der «Ulama Palästinas» im Legislativrat nach 2007 begonnene Arbeit einbezogen wurde.

aber eines, das Hunderttausende von Schulkindern betrifft und inzwischen der letzte Bereich ist, in dem die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) noch als Einheit arbeitet.

Als die Fatah von der Gründung der PA 1994 bis zu ihrer Niederlage bei der Parlamentswahl 2006 das Erziehungsministerium innehatte, entwarf sie Lehrpläne, in denen die religiöse Erziehung eine große Rolle spielte. Einige palästinensische Pädagogen (meist außerhalb der Fatah stehend) hätten sich einen weniger traditionellen Zugang zu Religion und Moral gewünscht. Sie wollten gute Weltbürger erziehen und die Erziehung guter Muslime (oder Christen) Eltern, Moscheen, Kirchen und Privatschulen überlassen. Sie wurden jedoch deutlich überstimmt. Tatsächlich sah der offizielle Lehrplan, den die PA 1998 verabschiedete, seine Basis im «Glauben an Gott».⁷ Der islamische Religionsunterricht war Pflicht (mit Ausnahme der christlichen Schüler, die nach einem einheitlichen christlichen Lehrplan lernten).

In der Entstehungszeit dieses Lehrplans, stand die Hamas größtenteils außerhalb der PA. Interessant ist jedoch, dass einige ihrer Anhänger hinzugezogen wurden, wenn ihre technische Expertise gefragt war. So war Aziz al-Dweik (Hamas), nach 2006 Parlamentssprecher, als Fachmann für Stadtplanung am Erdkundelehrplan beteiligt.

Wenn Anhänger der Hamas sich zum Lehrplan äußerten, kritisierten sie ihn meist als zu wenig islamisch. So urteilte etwa ein Symposium des *Al-Buraq*-Center über den Lehrplan für Staatsbürgerkunde, dieser richte sich zu sehr nach internationalen Menschenrechten und beruhe zu wenig auf der islamischen Tradition.⁸ Das *Al-Buraq*-Center, ein unabhängiges Forschungszentrum mit ausgeprägter islamistischer Färbung, organisierte Arbeitsgruppen, die neue Lehrpläne erstellten. Daran beteiligt waren Persönlichkeiten wie Nasr Allah al-Sha'ir, der jüngere Bruder des Professors der al-Najah-Universität, der 2006 von der Hamasregierung zum Bildungsminister (und Vizepremierminister) ernannt wurde.

Zwar führte der Triumph der von der Hamas geführten Liste «Wandel und Reform» bei den Wahlen im Januar 2006 zu starken Spannungen im politischen System der Palästinenser, es war jedoch nicht von vorneherein klar, dass diese Spannungen außer Kontrolle geraten würden. Die Anhänger der Hamas waren gleichzeitig erschrocken und begeistert über ihren Sieg. Die Führer der Bewegung beeilten sich, beruhigende Signale auszusenden. Zunächst versuchten sie, eine breitgefächerte Regierung zusammenzusetzen. Nachdem das gescheitert war, bemühten sie sich ernsthaft um einige Technokraten. In dem Kabinett, das sie schließlich zusammenstellten, saßen auch moderate Persönlichkeiten. Das Außen- und Innenministerium besetzten treue Gefolgsleute der Hamas, es gab

7 General Administration of Curricula (Palestinian Curriculum Development Center), *First Palestinian Curriculum Plan*, Jerusalem: al Ma'arif 1998, S.7

8 Markaz al-Buraq li-l-Buhuth, Waqa'i' Warashat al-'Aml Hawla Manhaj al-Tarbiya al-Madaniyya li-l-Saff al-Thamin al-Asasi fi al-Madaris al-Filastini, 24. Mai 2003. Mein Dank gilt Hadeel Qazzaz, für die Übersendung der Unterlagen dieses Workshops.

jedoch auch Nasir al-Din al-Sha'ir als stellvertretenden Premier- und Bildungsminister. Al-Sha'ir gilt unter externen Beobachtern allgemein als Teil des friedfertigsten Flügels der Hamas, er selbst bezeichnet sich als unabhängigen Islamisten. Seine eigenen Positionen würden ihn sicherlich dem moderatesten Flügel der Hamas zuordnen – wenn er denn Mitglied der Bewegung wäre. (Seine Dissertation war eine vergleichende Analyse des täglichen Gebets im Judentum und im Islam, mit besonderem Schwerpunkt auf der Geschlechterfrage – für die meisten mit der Hamas verbundenen Wissenschaftler sicherlich kein Standardthema)⁹. Unermüdlich (und meist ohne Erfolg) versuchte er, die Regierung zu einer moderateren Außenpolitik zu bewegen, und bestand auf einer deutlichen Unterscheidung zwischen der Politik der Regierung und den Positionen der Hamas.

Besonders in der Bildungspolitik war die Regierung (und al-Sha'ir als Minister) bemüht, den evolutionären Charakter des Wechsels zu betonen. Die Lehrpläne blieben im Großen und Ganzen unverändert. Zwar schob man die Direktoren des *Curriculum Development Center* in den Ruhestand ab, Lehrbücher und Lehrmaterial blieben jedoch zum größten Teil erhalten. Die einzige wesentliche Änderung war die Anhebung der Zahl der Religionsstunden (eine Veränderung, die die Einstellung neuer Lehrer notwendig machte – Lehrer mit religiöser Ausbildung, die, nicht überraschend, oft Anhänger der Hamas waren). Gab es Probleme mit dem Nachdruck bestimmter Textbücher, genehmigte die Regierung die Nutzung neuer, vom *Al-Buraq*-Center produzierter Bücher. Derartige Schritte führten einen allmählichen, leisen Wandel herbei und ärgerten die Kritiker der neuen Regierung.

Tatsächlich wirkten die eingeführten Veränderungen in den meisten Bereichen wenig anders als solche, die man auch in einer etablierten Demokratie erwarten würde, nachdem eine neue Regierung mit einer neuen Ideologie an die Macht gekommen war. Aber die Ähnlichkeit mit einer etablierten Demokratie war natürlich nicht immer gegeben. In zwei kritischen Bereichen – der inneren Sicherheit und der Außenpolitik – brachten die Wahlen von 2006 zunächst keinen deutlichen Wandel. Bei der inneren Sicherheit versuchte das noch von der Fatah kontrollierte Präsidentenamt die Oberhand zu behalten. Aus diesem Grund rief die neue Regierung eine *Executive Force* ins Leben, die dem Innenminister unterstellt war. In der Außenpolitik fühlte sich die neue Regierung nicht an vergangene internationale Vereinbarungen gebunden (mit der nur teilweise gerechtfertigten Begründung, diese Vereinbarungen seien von der PLO geschlossen worden, nicht von der Autonomiebehörde). Keiner dieser Bereiche hatte jedoch etwas mit Religion zu tun.

Der Streit um Religion und Nation

Die deutlichsten Unterschiede zwischen Hamas und Fatah finden sich wohl eher in politischen Bereichen als in religiösen. Besonders tief scheint die Kluft in der

9 Nasir al-Din al-Sha'ir, *Required Daily Prayers*, University of Manchester 1995.

Frage der Zwei-Staaten-Lösung und der Angemessenheit verschiedener Formen des Widerstandes. Aber selbst bei diesen Fragen gibt es innerhalb der jeweiligen Bewegungen viele Grautöne und einige Überschneidungen.

Die Kluft zwischen Fatah und Hamas in Religions- und sogar in Politikfragen könnte durchaus zu überwinden sein. So könnten die Unterschiede zwischen den beiden Bewegungen im Rahmen eines Seminars oder Workshops diskutiert werden. Beide Bewegungen verbinden nationale und religiöse Ansprüche zwar mit deutlich unterschiedlichen Gewichtungen, aber im Allgemeinen nicht auf vollständig inkompatible Weise. Außerdem wäre es den beiden Seiten in einem Umfeld starker demokratischer Institutionen sicherlich möglich, ihre Streitigkeiten in unterschiedliche politische Positionen zu fassen, die durch normale verfassungsrechtliche Verfahren und Wahlentscheidungen geklärt werden könnten.

Aber Palästina fehlen die Strukturen, die Führer und die Anstöße, um die Kluft zu überwinden. Die Breite der Kluft könnte daher für die Palästinenser problematischer sein als deren Tiefe.

Was die Strukturen angeht, so liegt das Problem darin, dass sich Fatah und Hamas nicht in der gediegenen Umgebung eines Seminarraumes oder über die etablierten Verfahren einer verfassungsrechtlichen Demokratie bekämpfen. Ihre Auseinandersetzungen finden auf den Straßen von Gaza und der Westbank statt, wo beide Parteien ihren Willen überall dort durchsetzen, wo es ihnen gelingt. Natürlich verfügen auch sie über andere Wege, ihre Debatten auszufeuchten, aber in den letzten drei Jahren werden diese deutlich weniger genutzt. Das palästinensische Grundgesetz – der verfassungsrechtliche Rahmen – liegt in Scherben, die rechtlichen Instrumente werden inzwischen hauptsächlich für parteitaktische Kämpfe eingesetzt. Und auch die erzwungene Gemeinsamkeit von Fatah- und Hamas-Mitgliedern in israelischen Gefängnissen hat im Gegensatz zu früher, als dort noch gemeinsame Positionspapiere erarbeitet wurden, schon seit geraumer Zeit keine sichtbaren Ergebnisse mehr gezeigt.

Darüber hinaus stehen genau die Politiker, welche die beiden Seiten der PA dominieren, der anderen Seite mit tiefem Misstrauen gegenüber und sind Mitverursacher der jetzigen Spaltung. Einzelne Persönlichkeiten, die sich um eine Einigung bemühen könnten, scheinen oft Figuren von gestern. Al-Sha'ir ist nicht länger stellvertretender Premierminister, al-Dweik wurde von der Fatah als Sprecher abgelehnt und von der Hamas kaltgestellt, Marwan al-Barghuti sitzt im Gefängnis, und viele Führer der Fatah misstrauen ihm, und Abu Jihad wurde vor mehr als zwanzig Jahren getötet.

Am beunruhigendsten für alle, die eine palästinensische Einheit anstreben, ist schließlich die Art, wie internationale Kräfte immer wieder Anlässe schaffen, um die Seiten getrennt zu halten. Zwar bemüht man sich ab und zu auch international um Verhandlungen zwischen Fatah und Hamas, doch diese Versuche wirken blutleer und werden monopolisiert vom ägyptischen Regime, dessen Interesse an einer palästinensischen Einheit bestenfalls unsicher ist. Die Forde-

rungen externer Finanziers der Regierung in Ramallah – in erster Linie (aber nicht ausschließlich) der USA – machen eine Einheit praktisch unmöglich.

Die Palästinenser streiten über Gott und die Heimat, und manchmal tun sie das mit großer Bitterkeit. Aber letztendlich sind es die Auseinandersetzungen um Macht und sogar Geld, die Teilungen zementieren und eine Einheit (oder auch eine Begrenzung des Konkurrenzkampfes) in die Ferne rücken lassen.

Säkularismus versus Islam

Fatah, Hamas und die palästinensische Frage

Der Konflikt zwischen Säkularismus und Islam in Palästina reicht mehr als sechzig Jahre zurück. Säkulare politische Bewegungen und Organisationen, insbesondere die Fatah, entstanden aus den gewalttätigen politischen Konflikten der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre. Diese politischen Bewegungen und Organisationen waren eine Reaktion auf die Entstehung Israels im historischen Palästina und die Vertreibung der palästinensischen Flüchtlinge aus ihrer Heimat. Der Ausbruch der ersten palästinensischen Intifada im Dezember 1987 förderte die Verbreitung islamischer Organisationen in Palästina. Die Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im September 1993 und die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) 1994 schufen ein Vakuum im palästinensischen Widerstand gegen die israelische Besatzung, das von islamischen Bewegungen und Organisationen, insbesondere der Hamas, gefüllt wurde.

Die palästinensische Nationalbewegung

Die säkularen palästinensischen Gruppen gehörten meist der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an, die im Mai 1964 mit ideeller und finanzieller Unterstützung der Arabischen Liga und des ägyptischen Präsidenten Nasser gegründet worden war. Auf einem Treffen des Palästinensischen Nationalrats der PLO in Algerien im November 1988 wurde schließlich das Hauptziel dieser Gruppen definiert: Das Programm der PLO rief auf zur Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 (der Waffenstillstandslinien von 1949), mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und einer gerechten, auf der UN-Resolution 194 basierenden Lösung des Flüchtlingsproblems.

Seit der arabischen Niederlage im Juni-Krieg 1967 befanden sich der arabische Nationalismus und der Pan-Arabisismus im Niedergang. Die arabische Welt war entsetzt über das Ausmaß der Niederlage, die den Beginn des palästinensischen Nationalismus und der Ausbreitung säkularer palästinensischer Bewegungen markierte. Emile Sahliyh meint, das nach der arabischen Niederlage entstandene politische Vakuum sei von der «palästinensischen Nationalbewegung gefüllt worden, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der besetzten

[palästinensischen] Gebiete rasch wuchs».¹ 1974 erkannten die arabischen Staaten die PLO als alleinige rechtmäßige Vertretung der Palästinenser innerhalb und außerhalb Palästinas an. Auch die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen akzeptierten sie und weigerten sich, ohne die Unterstützung der PLO in Verhandlungen mit Israel einzutreten. In den frühen 1980er-Jahren in der Westbank durchgeführte Umfragen zeigten, dass 90 Prozent der Befragten die PLO und ihren Führer Jassir Arafat unterstützten.²

Vor der Vertreibung der PLO aus dem Libanon im Sommer 1982 war es aufgrund ihrer großen Popularität bei den Palästinensern für islamische Gruppen schwer, mit der PLO zu konkurrieren. Die Flucht der PLO und ihrer Kämpfer aus dem Libanon in weit von Israel entfernte arabische Länder wie den Jemen, den Sudan, Algerien und Tunesien schwächte die militärischen Optionen der PLO. Seither suchten säkulare palästinensische Gruppen, allen voran das Rückgrat der PLO, die Fatah, auf breiter Basis nach diplomatischen Alternativen zur Beendigung der Besatzung und der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Israel jedoch ignorierte die diplomatischen Bemühungen der PLO.

Fatah: Die Palästinensische Befreiungsbewegung

Fatah ist das arabische Akronym für *Harakat al-Tahrir al-Filastini* (Palästinensische Befreiungsbewegung), mit den Anfangsbuchstaben in umgekehrter Reihenfolge. Die Fatah ist die älteste, größte, stärkste und populärste nationale politische Kraft in den palästinensischen Gebieten und unter den Palästinensern in der Diaspora. Ihre große Beliebtheit gründet sowohl in ihrer militärischen Bilanz im Kampf gegen die israelische Besatzung als auch in ihrer gemäßigten Haltung und ihrem Pragmatismus. Seit der Gründung der PLO³ ist die Fatah ihre größte und mächtigste Fraktion. In den vergangenen vierzig Jahren ist sie mehr oder weniger zum politischen Arm der PLO geworden.

Das politische Programm der Fatah basiert auf einem säkularen Nationalismus. Es stellt sich die Frage, ob Nationalismus als Ideologie gelten kann. Viele Wissenschaftler betrachten ihn als eine politische Ideologie von vielen. Rubenberg meint dazu: «Man sollte jedoch festhalten, dass der Nationalismus selbst eine Ideologie ist, die von politischen Führern geformt wird, die in einer Gruppe von Menschen den Aufbau einer Nation und eine gemeinsame Identität voran-

- 1 Emile Sahliyeh, *In Search of Leadership: West Bank Policies Since 1967*, Washington, D.C.: The Brookings Institute 1988, S. 139.
- 2 Don Peretz, *The West Bank: History, Politics, Society and Economy*, Boulder: Westview Press 1986, S. 102-103.
- 3 Anm. der Hrsg.: In Deutsch liegen zur Geschichte und Politik der PLO vor: Abdallah Frangi, *PLO und Palästina – Vergangenheit und Gegenwart*, Frankfurt: Fischer 1982; Helga Baumgarten, *Palästina: Befreiung in den Staat*, Frankfurt: Suhrkamp 1991; Michael Lüders, *PLO – Geschichte, Strategie, Aktuelle Interviews*, Hannover: Fackelträger 1982; Dietrich Neuhaus/Christian Sterzing (Hrsg.), *Die PLO und der Staat Palästina. Analysen und Dokumente zur Entwicklung der PLO*, Frankfurt: Haag + Herchen 1991.

treiben wollen.»⁴ Die Fatah und die PLO nutzten den palästinensischen Nationalismus, um die Palästinenser zu einen und für ihren Kampf zu gewinnen. Die Ergebnisse zeigen, dass Fatah in diesem Bemühen ungleich erfolgreicher war als andere palästinensische Gruppen, die den Marxismus-Leninismus als Ideologie gewählt hatten. Die Fatah vertrat eine breite palästinensische Basis und verfügte, wie Hudson versichert, «über ein Netzwerk politischer und militärischer Gruppierungen, die alle Bereiche der palästinensischen Gemeinschaft einbanden: Flüchtlinge, Dorfbewohner und Bauern, das städtische Proletariat außerhalb der Lager, die berufstätige Mittelklasse und die wohlhabende Elite der Geschäftsleute».⁵

Ursprünglich war die Fatah eine Guerillatruppe, die in den 1950er-Jahren zur Befreiung Palästinas gegründet worden war. Laut Tessler «begannte sich die Bewegung auf einem Treffen in Kuwait im Oktober 1957 zu formieren, aber erst 1962 hatte sie ihre endgültige Gestalt angenommen.»⁶ Erst 1965 jedoch trat die Fatah durch ihren ersten militärischen Angriff auf Israel an die Öffentlichkeit. Da sie schon vor dem Krieg von 1967 gegründet worden war, war ihr ursprüngliches Ziel die Befreiung des 1948 besetzten, historischen Palästinas.

Das ursprüngliche Programm der Fatah und der PLO sah die Gründung eines unabhängigen Staates im gesamten historischen Palästina vor, in dem Muslime, Juden und Christen leben sollten. Das Ziel ihres Kampfes war die Befreiung von ganz Palästina und die Gründung eines unabhängigen, demokratischen, palästinensischen Staates mit der Souveränität und den Institutionen, um die Rechte seiner Bürger ohne religiöse oder weltanschauliche Diskriminierung zu wahren.⁷ Dieses Programm wurde jedoch in der Unabhängigkeitserklärung vom 15. November 1988 verändert. Jetzt rief man auf zur Gründung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und einer gerechten Lösung für das Flüchtlingsproblem, basierend auf der UN-Resolution 194 von 1949. Auf ihrem 6. Parteikongress im August 2009 bekräftigte Fatah ihre Verpflichtung gegenüber diesem Programm.

Seit ihrer Gründung war die Fatah eine mäßigende und pragmatische Kraft innerhalb der PLO. Während der 1970er-Jahre, insbesondere während des Oktober-Krieges 1973, wandten sich Fatah und PLO einer gemäßigten politischen Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts zu, der Schaffung eines unabhängigen Staates in den 1967 von Israel besetzten Gebieten – 22 Prozent des historischen Palästinas. Diese Lösung trat jedoch erst Anfang der 1980er-Jahre –

4 Cheryl Rubenberg, *The Palestine Liberation Organization: Its Institutional Infrastructure*, Belmont: Institute of Arab Studies 1983, S. 16.

5 Michael Hudson, *The Palestinian Resistance Movement since 1967*, in: William A. Beling (Hrsg.), *The Middle East*, Albany: State University of New York, New York Press 1973, S. 108.

6 Mark Tessler, *A History of the Israeli-Palestinian Conflict*, Bloomington: Indiana University Press 1994, S. 373.

7 Jamal Nasser, *The Palestine Liberation Organization: From Armed Struggle to the Declaration of Independence*, New York: Praeger 1991, S. 84.

nach dem Hinauswurf der PLO und ihrer Kämpfer aus dem Libanon im Sommer 1982 – in den Vordergrund. Der Ausbruch der Ersten Intifada in Dezember 1987 ebnete Fatah und PLO den Weg, auf der 19. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats, dem Exilparlament der PLO, im November 1988 eine auf der UN-Resolution 242 und dem Konzept «Land gegen Frieden» basierende, politische Lösung zu akzeptieren.

Die Fatah war das wichtigste Sprachrohr für das politische Programm der PLO und wurde von der Mehrheit der Palästinenser unterstützt. Obwohl es keine Umfragen gab, die diese Aussage untermauern könnten, belegen Fatah-Mehrheiten in Studentenräten, Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und Berufsorganisationen, dass die Mehrheit der Palästinenser die Fatah unterstützte. Die meisten Palästinenser hielten das neue politische Programm für die realistischste Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts. Bis vor kurzem war die Fatah in den Augen der meisten Palästinenser die einzige politische Kraft, die die israelische Besatzung beenden und eine umsetzbare Lösung für den Konflikt herbeiführen konnte.

«Der Islam ist die Lösung»

Weder dem arabischen noch dem von der säkularen PLO vertretenen palästinensischen Nationalismus ist es gelungen, die israelische Besatzung zu beenden und die politischen Rechte der Palästinenser zu sichern. So suchten einige Palästinenser, allen voran die jüngere Generation, nach Alternativen zum Säkularismus. Für viele bestand diese Alternative in einer Rückkehr zum Islam. Der Islam diene der jungen Generation als «Quelle einer ethnischen Identität, einer Verbundenheit mit dem Land und der kulturellen Reinheit der Palästinenser».⁸ Zwar gab es den Islam schon immer, während der 1970er-Jahre gab es jedoch keine starken islamischen Gruppen, die versuchten, die Jugend zu gewinnen.

Islamische Gruppen lassen sich in den palästinensischen Gebieten bis zu den Anfängen des palästinensisch-israelischen Konflikts zurückverfolgen. Intensität und Wachstum der islamischen Gruppen in Palästina und anderen arabischen Ländern wurden jedoch durch die islamische Revolution im Iran 1979 angestoßen. Der Erfolg der iranischen Revolution galt als wichtiger Impuls, der bewies, dass Kämpfer unter der Fahne des Islam ein mächtiges, von den USA unterstütztes Regime stürzen konnten.⁹ Auch die erfolgreichen Guerillaangriffe der Hisbollah gegen Israel im Südlibanon, die zum israelischen Rückzug führten, förderten eine Wiederbelebung des Islam in Palästina.¹⁰

Dabei darf man nicht vergessen, dass islamische Gruppierungen auch durch die Machtübernahme der israelischen Rechtsparteien unter Führung des Likud 1977 zunahmen. Der Anstieg des jüdischen Extremismus und der Angriffe auf

⁸ Sahliyyeh (1988), S. 137.

⁹ Mark Tessler (1994), S. 692.

¹⁰ Sahliyyeh (1988), S. 140.

muslimische Heiligtümer sowie die Strategien der Landenteignung und der Ausbreitung jüdischer Siedlungen trieben viele Palästinenser zum Islam.¹¹ Der Islam wurde zu einer Quelle der Hoffnung und der Rettung vor der israelischen Besatzung. Der Slogan «Der Islam ist die Lösung» wurde in Palästina wie in vielen Ländern der arabischen Welt äußerst populär.

Die erste islamische Gruppierung der Moderne ist die Muslimbruderschaft, die bereits 1928 in Ägypten von Hassan el-Banna gegründet wurde und heute in fast jedem arabischen Land existiert. In Palästina wurde die erste Gruppe der Muslimbruderschaft 1948 vor dem ersten arabisch-israelischen Krieg gegründet. Die Bewegung wurde von der nationalistischen palästinensischen Führung unter Hajj Amin al-Husseini eingebunden und unterstützt.¹² Darüber hinaus entsandte die ägyptische Bruderschaft Freiwillige, die in den arabischen Armeen in Palästina kämpften.¹³

In der Westbank und im Gazastreifen herrschten für die Muslimbruderschaft sehr unterschiedliche Bedingungen. Unter der ägyptischen Verwaltung in Gaza von 1948-1967 war die Gruppierung verboten. Die Muslimbruderschaft in Ägypten kämpfte gegen das Nasser-Regime, das sie von der Regierung ausschloss. Mitglieder der Gruppe organisierten einen missglückten Mordanschlag auf Nasser, der zu verschiedenen Repressalien gegen die Gruppe führte. Zahlreiche Mitglieder wurden verhaftet und Nasser ließ den Führer der Muslimbruderschaft, Sayyid Qutb, hinrichten.

In der Westbank dagegen war die Muslimbruderschaft die einzige politische Bewegung, die zwischen 1948 und 1967 frei und ohne Behinderung durch die jordanischen Behörden agieren konnte. Die Gruppe «durfte ihre Geschäfte öffentlich führen und war vom Staat offiziell als legale Organisation mit Büros überall in der Westbank anerkannt».¹⁴ Man betrachtete sie als staatstreue Opposition zum jordanischen Monarchen König Hussein. Für ihn war die Gruppe ein Verbündeter gegen die säkulare Führung der PLO. Die meisten Aktivitäten der Bruderschaft in der Westbank konzentrierten sich jedoch auf Bildungs- und Sozialprogramme. In Übereinkunft mit den jordanischen Behörden riefen sie nicht zur Gewalt oder zu bewaffneten Angriffen gegen Israel auf. Die Gruppierung hielt die Araber und die Palästinenser noch nicht für bereit und in der Lage, Israel militärisch zu bekämpfen. Man bemühte sich jedoch, den Islam zu fördern und eine starke muslimische Gesellschaft aufzubauen, die Israel bekämpfen konnte, sollte sich die Gelegenheit ergeben.¹⁵

11 Robert Friedman, *Zealots for Zion, Inside Israel's West Bank Settlement Movement*, New York: Random House 1992, S. 3-28.

12 Mohammed Shadid, *The Muslim Brotherhood Movement in the West Bank and Gaza*, in: *Third World Quarterly* Nr. 10, 1988, S. 658-682.

13 Ahmad Rashad, *Hamas: The History of the Islamic Opposition Movement in Palestine*, in: *The Washington Report on the Middle East Affairs* 11, 1993, S. 37-38.

14 Shadid (1988), S. 661.

15 Rashad (1993), S. 37-38.

In den späten 1970er-Jahren begann die Muslimbruderschaft eine aktivere Rolle zu spielen. Nach dem Krieg von 1967 konzentrierte sie ihre Kräfte auf die Mobilisierung der Massen in der Westbank und vor allem im Gazastreifen. Man verstärkte die sozialen und schulischen Programme, um die Unterstützung der Massen zu gewinnen, die man später brauchen würde, um mit der säkularen PLO konkurrieren zu können. Die Bruderschaft baute ein Netz von Kindergärten, Schulen, Kliniken und gesellschaftlichen Clubs auf, das ihr viele neue Mitglieder und Anhänger brachte. Dabei beteiligte sie sich weder am bewaffneten Widerstand gegen Israel noch trat sie der PLO bei. Während der ersten zehn Jahre der israelischen Besatzung hielt sich die Gruppierung im Hintergrund. Vorsichtig vermied man es, die überaus populäre PLO herauszufordern. Erst in den späten 1970ern tauchte die Bruderschaft mit Anwerbekampagnen und einem wachsenden Zulauf wieder auf der Bildfläche auf.¹⁶

Auch Israel ignorierte die Muslimbruderschaft und ihre Aktivitäten zunächst. Später trug die israelische Zivilverwaltung «maßgeblich zur Entwicklung der mischen Gruppierungen bei ... Viele israelische Militärs glaubten, der Aufstieg des Fundamentalismus in Gaza könne dazu genutzt werden, die Macht der PLO zu schwächen.»¹⁷ Israel plante, eine lokale islamische Führung als Gegenpol zur Führung der PLO zu etablieren, um die Palästinenser zu spalten: Die wohlbekannte (britische) Strategie des Teilens und Herrschens.

Die jordanischen, amerikanischen und israelischen Bemühungen, die Führung der PLO zu schwächen und zu diskreditieren, führten zur Stärkung islamischer Gruppierungen. König Hussein von Jordanien unterstützte die Bruderschaft und ließ ihr freie Hand in ihren Kampagnen gegen die PLO. Jordanien, das nie auf seine Interessen in der Westbank, die zwischen 1948 und 1967 zu Jordanien gehört hatte, verzichtet hat, war jedes Mittel recht, um die Popularität der PLO unter den dortigen Palästinensern zu schwächen. Der Ausbruch der Ersten Intifada in Palästina im Dezember 1987 gab den islamischen Gruppen neuen Auftrieb. Als die Intifada begann, hatte die PLO in den palästinensischen Gebieten stetig an Popularität verloren, vor allem nach ihrem Hinauswurf aus dem Libanon 1982. Der PLO und dem Säkularismus war es nicht gelungen, die israelische Besatzung zu beenden und die politischen Rechte der Palästinenser zu verteidigen. Der Ausbruch der Intifada war eine großartige Gelegenheit für die islamischen Gruppierungen, sich den Palästinensern als Alternative zur PLO und zum Säkularismus zu präsentieren. Die der Intifada vorangegangenen zehn Jahre der Organisation und Mobilisierung hatten eine Gruppierung entstehen lassen, die in der Lage war, die israelische Besatzung zu bekämpfen. Die Muslimbruderschaft nutzte die Intifada, um sich unter einem neuen, revolutionären Namen zu präsentieren: Islamische Widerstandsbewegung (Hamas). Ihr Ziel war es, die

¹⁶ Shadid (1988), S. 662.

¹⁷ Ze'ev Schiff/Ehud Ya'ari, *Intifada, The Palestinian Uprising – Israel's Third Front*, New York: Touchstone Books 1989, S. 233.

Jahre der Gewaltlosigkeit zu beenden und neue Anhänger für den Kampf gegen Israel zu gewinnen.

Die Hamas¹⁸

Hamas ist das arabische Akronym für *Harakat al-Muqawama al-Islamiyya*, die islamische Widerstandsbewegung. Sie wurde im Januar 1988, im ersten Monat der Intifada, gegründet und bezeichnete sich selbst wiederholt als Zweig der Muslimbruderschaft in Palästina. Im Dezember 2009 bekräftigte Hamas die Verbindung zur Bruderschaft auf ihrer jährlichen Feier. Der Gründer der Hamas, Scheich Ahmed Jassin, war der Führer der Muslimbruderschaft im Gazastreifen. Vor dem Ausbruch der Intifada lagen Jassins Prioritäten in der «Reform der palästinensischen Gemeinschaft von innen heraus und dem Kampf gegen den Säkularismus der Fraktionen der PLO».¹⁹ Die Führer der Gruppe beanspruchten für sich, die Grundlagen für die Intifada gelegt und die Massen vor ihrem Ausbruch mobilisiert zu haben.

Hamas spielte eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Palästinenser während der Ersten Intifada im Dezember 1987 und der zweiten, die im September 2000 ausbrach. In beiden Fällen gelang es ihr, die Unterstützung der Massen im Kampf gegen die israelische Besatzung zu gewinnen. Diese Unterstützung nährte sich aus Jahren der Erziehung und Indoktrination. Hamas verfügt über ein dichtes Netz an Schulen, Kliniken, Wohltätigkeitsorganisationen, Moscheen und sozialen Diensten, durch die sie in der palästinensischen Gesellschaft verwurzelt ist. In diesem Sinne repräsentiert Hamas, wie Graham Usher es ausdrückt, «mit Hilfe ihrer eigenen finanziellen Mittel, ihrer Strukturen, ihrer Organisationen und vor allem ihrer Ideologie eine breite, authentische, ansässige politische Wählerschaft in den besetzten Gebieten».²⁰

Hamas leitet ihre Ideologie aus dem Koran und der islamischen Scharia ab. Offiziell bekanntgegeben wurde sie in ihrer im August 1988 publizierten Charta, einem Dokument mit 36 Artikeln, in denen die islamische Ausrichtung der Bewegung und ihre Einstellung gegenüber der PLO und Israel dargelegt werden. Hamas treibt den Islam als Lösung voran und instrumentalisiert ihn als Mittel zur Befreiung ganz Palästinas, das als islamischer *Waqf* betrachtet wird, dessen Befreiung die Pflicht eines jeden Muslims ist. Das endgültige Ziel der Hamas ist der Aufbau eines islamischen Staates im gesamten historischen Palästina und letztendlich die Einführung islamischer Gesetze und der *Scharia*.

18 Anm. der Hrsg.: In Deutsch liegen zur Geschichte und Politik der Hamas-Bewegung vor: Helga Baumgarten, *Hamas – Der politische Islam in Palästina*, Kreuzlingen/München: Diederichs 2006; Joseph Croitoru, *Hamas – Der islamische Kampf um Palästina*, München: C.H.Beck 2007.

19 Ziad Abu Amr, *Islamic Fundamentalism in the West Bank and Gaza: Muslim Brotherhood and Islamic Jihad*, Bloomington: Indiana University Press 1994, S. 64.

20 Graham Usher, *The Politics of Internal Security: The PA's New Intelligence Services*, in: *Journal of Palestine Studies*, Nr. 25 (Winter 1996), S. 30.

Seit dem Ausbruch der Ersten Intifada 1987 wurde die Hamas zu einem wichtigen Faktor in der palästinensischen Politik. Sie war an den täglichen Protesten und Aktionen beteiligt und weitete ihren Widerstand später auf militärische Angriffe gegen Israel aus. Zu diesem Zweck gründete man einen militärischen Zweig namens *Izz al-Din al-Qassam*-Brigaden. Izz al-Din, ein islamischer Kämpfer, hatte gegen das britische Mandat in Palästina gekämpft und war 1935 getötet worden. Hamas' militärischer Zweig ist verantwortlich für den Einsatz von Selbstmordattentätern und den Abschuss selbstgebafter Raketen auf Israel. Außerdem stehen die Qassam-Brigaden hinter der Jagd auf palästinensische Kollaborateure und ihrer Ermordung sowie der Vertreibung der Fatah und ihrer Anhänger aus dem Gazastreifen im Juni 2007.

Immer wieder ist die Rede von einer Spaltung oder von Reibungen zwischen der politischen Führung von Hamas und ihrem militärischen Zweig. Ebenso wird häufig von einer Spaltung zwischen der Exilführung der Hamas und der Führung in den palästinensischen Gebieten gesprochen. Tatsächlich ist die Hamas jedoch eine sehr disziplinierte und organisierte Bewegung, die keinerlei Spannungen öffentlich werden lässt. Laut Hamas ist ihr Entscheidungsgremium der *Schura-Rat*, der sich aus Vertretern der Hamas-Führung in Gaza, der Westbank, in den Gefängnissen und im Exil, vor allem in Syrien, zusammensetzt. Entscheidungen werden also meist durch einen Konsens in der *Schura* getroffen, was Abspaltungen innerhalb der Bewegung keinen Raum lässt.

Der Konflikt zwischen Säkularismus und Islam in Palästina, der Anfang und Mitte der 1980er-Jahre vor allem in Form von Rivalitäten und kleineren Zusammenstößen zwischen säkularen und islamischen Universitätsstudenten ausgetragen wurde, steigerte sich während der Ersten Intifada zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Von Anfang an weigerte sich die Hamas, sich bei der Organisation der täglichen Aktionen den säkularen Gruppen anzuschließen. Stattdessen brachte sie die Gewalt auf die Straße und zwang den anderen ihre eigene Agenda auf.²¹ Von Beginn an machte Hamas klar, dass ihre Ideologie sich deutlich von der der PLO und ihrer Fraktionen unterscheidet und dass man daher im Kampf gegen Israel eigene Wege und Methoden sucht. Hamas stand den PLO-Fraktionen äußerst misstrauisch gegenüber und arbeitete auch militärisch nicht mit ihnen zusammen.

Oslo und die Folgen

Nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens zwischen der PLO und Israel im September 1993 und der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) 1994 eskalierte der Konflikt zwischen Säkularismus und Islam dramatisch. Hamas lehnte das Oslo-Abkommen ab, da man eine Autonomie für gefährlicher

²¹ Der Autor ist selbst Zeitzeuge dieser Jahre, zunächst als Student der Universität Birzeit in den frühen 1980er-Jahren, später, während der ersten beiden Jahre der Ersten Intifada, im Gazastreifen.

hielt als die Besatzung. Für Hamas bedeutet die Selbstverwaltung der PA eine für die Israelis äußerst komfortable Umstrukturierung der Besatzung.²² Einige Palästinenser bezeichneten die PA sogar als Subunternehmerin der israelischen Besatzung, die Israel Sicherheit liefert und den Palästinensern kommunale Versorgungsleistungen. Das Oslo-Abkommen gestand den Palästinensern nicht das Recht auf die Errichtung eines unabhängigen, souveränen, palästinensischen Staates zu. Ebenso fehlte darin eine volle Anerkennung der politischen Rechte der Palästinenser. Darüber hinaus hatte Israel seine Ansprüche auf die Westbank und Ost-Jerusalem keineswegs aufgegeben.

Hamas verschrieb sich von Anfang an dem Kampf gegen das Oslo-Abkommen sowie gegen alle zwischen der PLO und Israel geschlossenen Vereinbarungen. Von 1994-96 beschloss man, das Oslo-Abkommen und die PA durch Selbstmordattentate gegen Israel zu sabotieren. Ende Februar und Anfang März 1996 startete Hamas eine Welle von Selbstmordattentaten, um die Ermordung ihres Bombenherstellers Yehya Ayyash zu vergelten, der im Januar 1996 von den Israelis ermordet worden war. Der Präsident der PA, Jassir Arafat, sah die Stabilität der PA gefährdet. Unter starkem israelischem und internationalem Druck befahl er den Sicherheitsdiensten der PA, gegen Hamas und ihren militärischen Zweig, die *Izz al-din al-Qassam*-Brigaden, zu kämpfen. Hunderte ziviler und militärischer Hamas-Anhänger wurden aufgespürt und in die Gefängnisse der PA gebracht. Das riss eine Wunde innerhalb der palästinensischen Gesellschaft auf, die nie wieder geschlossen wurde. Die heutige Verfolgung von Fatah-Anhängern in Gaza durch die Hamas wird als Vergeltung dafür angesehen. Der Konflikt zwischen Islam und Säkularismus hatte seinen Zenit erreicht, Aufhetzung und Hass zwischen Islamisten und Säkularisten nahmen täglich zu.

Das Scheitern der Friedensverhandlungen zwischen der PLO und Israel nach dem Gipfel von Camp David im Juli 2000 bewies, dass Palästinenser und Israelis nicht in der Lage waren, ihre Differenzen in den Kernfragen zu beseitigen: das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge, Jerusalem, der endgültige Grenzverlauf und die Sicherheitsvorkehrungen entlang der jordanischen Grenze. Der Zusammenbruch der Friedensverhandlungen bereitete den Weg für die zweite, die *al-Aqsa*-Intifada im September 2000 nach Scharons Besuch des *Haram al-Scharif*.

In den ersten sechs Monaten zögerte Hamas, sich an den Aktionen der Intifada zu beteiligen. Als sich die Abgründe zwischen Palästinensern und Israelis jedoch als nicht überbrückbar erwiesen, Jassir Arafat die Spielregeln änderte und die Intifada nicht mehr aufzuhalten war, spielte Hamas die Karten geschickt aus. Man fasste den strategischen Entschluss teilzunehmen, jedoch äußerst gewaltsam: durch Selbstmordattentate, Einfälle in israelische Siedlungen und Raketenbeschuss israelischer Städte und Dörfer an der Grenze zum Gazastreifen. Als Israel im Sommer 2005 beschloss, sich von Gaza zu lösen, war Hamas

²² Keith Klein/Adila Laidi, *Pre-Election Technical Assessment: West Bank & Gaza*, International Foundation for Electoral Systems 1994.

zu einem wichtigen Akteur im palästinensisch-israelischen Konflikt geworden. Der Tod Jassir Arafats im November 2004 und der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen machten den Weg frei für die palästinensischen Präsidentschaftswahlen im Januar 2005 und die Parlamentswahlen im Januar 2006.

Politisches Erdbeben: Der Wahlsieg der Hamas

Hamas wurde zum überlegenen Sieger der palästinensischen Parlamentswahlen 2006. Sie gewann 74 von 132 Sitzen im Palästinensischen Legislativrat, nachdem sie 2005 schon bei den Kommunalwahlen Siege errungen hatte. Mit ihrem Slogan «Wandel und Reform» war es ihr gelungen, Herzen und Köpfe der Palästinenser zu gewinnen. Die Fatah wurde von ihrem Ruf der Korruption und des Missmanagements sowie dem Zusammenbruch des Friedensprozesses eingeholt. Außerdem konnte Hamas von dem intensiven militärischen Einsatz während der Intifada profitieren. Man interpretierte den israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen nicht als das Ergebnis von Verhandlungen, sondern als Sieg des Widerstands. Israel hatte sich tatsächlich auch geweigert, den Rückzug aus dem Gazastreifen mit der PA zu verhandeln oder auch nur zu koordinieren.

Die neue, Hamas-geführte palästinensische Regierung vom März 2006 unter Führung von Ismael Haniyeh stieß intern wie extern auf eine feindliche Atmosphäre. Obwohl die große Mehrheit der Regierungsangestellten der Fatah angehörte, sah sich die neue Regierung Sanktionen der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt. Vorgeschobene Gründe dafür waren die Weigerung der Hamas, Israel anzuerkennen, sich an vorhergehende Abkommen zu halten und auf Gewalt zu verzichten. Während der Westen die Hamas-geführte Regierung boykottierte und Hilfszahlungen zurückhielt, intensivierten die USA ihre Bemühungen um eine Verschärfung der Sanktionen, um z.B. die internationalen Finanzgeschäfte mit Banken in Palästina einzufrieren.

Führende Hamas-Politiker hielten diese Bedingungen für unfair und eine Gefahr für das Wohlergehen aller Palästinenser. Mit der militärischen Übernahme von Gaza durch die Hamas im Juni 2007 begann eine neue Phase des Konflikts zwischen Säkularismus und Islam. Einzelne Mitglieder der PA und der Fatah unterstützten die USA, Israel und mehrere arabische Staaten auf der Suche nach einer Strategie, um die Hamas-Regierung durch die Isolation des Gazastreifens zu schwächen.²³ Die Propaganda von Hamas gegen die Fatah erreichte ihren Höhepunkt. Man beschimpfte die PA-Regierung in Ramallah als Marionettenregime unter der Führung von US-General Keith Dayton und führte einen Medienkrieg gegen die PA und Präsident Mahmud Abbas.

Vier Jahre nach dem Erdrutschsieg der Hamas bei den Parlamentswahlen und drei Jahre nach der Machtübernahme im Gazastreifen stellte der israelische Brigadegeneral Michael Herzog fest, dass «Hamas weder seine Strategie

23 Mkhaimar Abusada, Hamas and Fatah at the Crossroads, in: project-syndicate, 16. November 2006, abrufbar unter www.project-syndicate.org/commentary/abusada5

entschärft noch demokratische Prinzipien übernommen hat. Die Bewegung ist zerrissen zwischen ihrer Ideologie als islamistische *Dschihad*-Bewegung und ihrer Verantwortung als Regierung von Gaza. Hamas erweist sich unwillig zur Veränderung.»²⁴ Wie die meisten politischen Bewegungen des Islam bemüht sich auch die Hamas um eine allmähliche Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft auf der Grundlage des islamischen Religionsgesetzes, der *Scharia*. Die gesellschaftlichen und politischen Besonderheiten des Gazastreifens bieten optimale Bedingungen dafür. Sollte es gelingen, würde Hamas ihr auf der *Scharia* basierendes, politisches und kulturelles Gedankengut in die Realität umsetzen. In der Gesellschaft des Gazastreifens hat man bereits durch die Kontrolle über die Gerichte, die Medien und das Bildungssystem einen allmählichen, aber entschlossenen Prozess der Islamisierung in Gang gesetzt.

In konsequenter Umsetzung ihrer Macht, insbesondere als Reaktion auf den Lehrerstreik 2007/08, hat die *de facto*-Regierung der Hamas im Gazastreifen in den letzten Jahren die Kontrolle über das Bildungssystem verstärkt. So wurden mehrere Hundert der Fatah angehörende Lehrer, Rektoren und Bildungspolitiker durch Hamas-Anhänger ersetzt. Darüber hinaus tendiert man dazu, Schulmädchen zum Tragen islamischer Kleidung (*Hijab* – Kopftuch) zu zwingen. Diese Maßnahmen sind – wie auch die ausschließliche Beförderung von Hamas-Anhängern, die «Feminisierung» von Mädchenschulen und schulinterne Gedenkfeiern zur Ermordung von Führern der Bewegung – Belege für die Islamisierung im Bildungswesen.²⁵

Die Zukunft der palästinensischen Politik

Die derzeitige Spaltung zwischen der PA und Hamas wird in absehbarer Zukunft nicht überwunden werden. Ebenso wenig in Sicht ist eine Regierung der Nationalen Einheit zur Wiedervereinigung von Westbank und Gazastreifen. Die von der Fatah unterzeichnete und bisher von Hamas abgelehnte ägyptische Initiative schlägt die Gründung eines palästinensischen Komitees vor, das zwischen den beiden Regierungen in Gaza und Ramallah vermitteln soll. Hamas hat im Gazastreifen Fakten geschaffen, die eine Rückkehr zu der Zeit vor der Machtübernahme unmöglich machen. Auch regionale und internationale Einmischung in palästinensische Politik entfernen Fatah wie Hamas weiter von einer nationalen Versöhnung. In dieser Hinsicht prophezeit der israelische Publizist Ehud Ya'ari, dass in Zukunft die Situation in Palästina mit der kurdischen Politik im Irak vergleichbar sein wird: «Die palästinensische Politik wird von einer Situation nach kurdischer Art bestimmt werden: Zwei rivalisierende Gruppierungen werden ihre jeweiligen Regionen kontrollieren, auch wenn es ihnen schließlich gelingt, den Anschein

24 Michael Herzog, The Hamas Conundrum. In: *Foreign Affairs*, 8. Februar 2010, abrufbar unter <http://www.foreignaffairs.com/articles/65952/michael-herzog/the-hamas-conundrum>

25 Vgl. dazu in diesem Band den Beitrag von Nicolas Pelham, Ideologie und Praxis – Das Rechtssystem im Gazastreifen unter der Hamas.

einer gemeinsamen Regierung zu erwecken. Ein zwischen der Hamas und der Fatah aufgeteilter palästinensischer Staat würde genauso funktionieren wie das irakische Kurdistan, wo die Demokratische Partei Kurdistans und die Patriotische Union Kurdistans ihre jeweiligen Provinzen im Nordirak kontrollieren, unter der nominellen Zuständigkeit der Kurdischen Regionalregierung – dem Äquivalent einer PA-geführten Einheitsregierung.»²⁶

26 Ehud Ya'ari, Armistice Now: An interim Agreement for Israel and Palestine, in: *Foreign Affairs*, März/April 2010.

Ideologie und Praxis

Das Rechtssystem im Gazastreifen unter der Hamas

Der Gazastreifen unter der Hamas bietet ein Versuchsfeld – das erste im Mittelmeerraum –, um die programmatische Entwicklung der Muslimbruderschaft zu analysieren, die im Übergang von Rebellion und Opposition zu Macht und Regierungsgewalt mit der Umsetzung von Ideologie in praktische Politik zu kämpfen hat. Dieser Beitrag dokumentiert, in welchem Ausmaß die Hamas seit der vollständigen Übernahme der exekutiven, legislativen und judikativen Gewalt im Gazastreifen im Juni 2007 islamisches Recht umgesetzt hat. Sie lässt erste Schlussfolgerungen zu, inwiefern die Notlage innerhalb des Gazastreifens und die strategische Position externer Parteien die geplante Einführung der Scharia beeinflussen. Sie beleuchtet, wie eine breite Bewegung, die zahlreiche islamistische Richtungen umfasst, die konkurrierenden Forderungen ihrer engagierten Anhänger mit denen ihres Umfeldes zu vereinbaren sucht.

Vor der Machtübernahme im Gazastreifen 2007

Von allen islamistischen Bewegungen des Nahen Ostens war die Hamas ursprünglich sicherlich am wenigsten erfahren in der Staatsführung, im Aufbau von Institutionen und in der Regierungsarbeit. Nach ihrer Gründung durch Einwohner von Gaza während der Ersten Intifada von 1987 verfügte sie über den revolutionären Schwung einer von keinem Amt kompromittierten Bewegung. Als Widerstandsbewegung kämpfte sie für den Dschihad bis zur Befreiung ganz Palästinas von der israelischen Herrschaft; als soziale Organisation erweiterte sie ihre inoffizielle Machtstellung durch den allmählichen Ausbau ihres außerhalb staatlicher Institutionen stehenden Netzwerkes von Wohlfahrtsorganisationen. In den 36 Artikeln der Charta der Hamas von 1988 finden sich kaum Hinweise auf ein potenzielles Regierungsprogramm, sollte das Ende der Besetzung einst gekommen sein. Artikel 8 formuliert den Slogan der Hamas: «Der Islam ist die Verfassung»; Artikel 9 definiert als Ziel die «Wiederherstellung eines islamischen Staates», ein Begriff, der nur an dieser Stelle auftaucht; und Artikel 27 bekräftigt die Ablehnung des von der PLO angestrebten «weltlichen Staates». Die Charta geht jedoch weder genauer darauf ein, wie die Bewegung eine Machtausübung gestalten will, noch propagiert sie die Umsetzung der Scharia. Artikel 11

bestimmt den Tenor der Charta. Er benennt als Strategie der Hamas nicht die Schaffung eines Staates, sondern die eines islamischen *Waqf*¹.

Der Prozess von Oslo führte zur Entstehung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), was die Hamas dazu zwang, ihre politischen Theorien weiterzuentwickeln. Anfangs tendierte sie weiterhin zu außerparlamentarischen Aktivitäten. Mit der Zeit jedoch, und zum Teil auf Druck der PA und der israelischen Regierung, bemühte man sich darum, auch innerhalb der PA Einfluss auszuüben. Als die Bewegung wuchs, konzentrierte sie ihre Kräfte über den bewaffneten Kampf um Palästina hinaus auch auf den politischen Kampf um die PA. Bei den Parlamentswahlen von 1996 und den Präsidentschaftswahlen von 2006 stellte sie keine Kandidaten auf, sie beteiligte sich jedoch an den Kommunal- und Parlamentswahlen von 2005 und 2006.

Im Wahlkampf 2006 trat der parlamentarische Flügel der Hamas, die Partei «Reform und Wandel», mit dem Slogan «Der Islam ist die Lösung» an. Wieder gab es nur wenige Hinweise darauf, wie diese aussehen sollte. Das kurz vor den Wahlen veröffentlichte Manifest führte angestrebte legislative und administrative Reformen auf. Das 5. Kapitel mit der Überschrift «Gesetzgebung und Rechtsreform» formulierte unter anderem die Absichten der Hamas:

- die islamische Scharia zu *der* Hauptquelle der Gesetzgebung in Palästina zu machen (was die Vorgabe des palästinensischen Grundgesetzes von 2003 verstärkte, in dem «die Prinzipien der islamischen Scharia» als «*eine* Hauptquelle der Gesetzgebung» genannt werden)²
- das palästinensische Strafrecht, die 1936 von den britischen Mandatsbehörden zusammengestellten Strafverordnungen, zu ergänzen – nicht jedoch zu ersetzen.

Bezeichnenderweise geht es beide Male nicht um revolutionäre Veränderungen, sondern um die schrittweise Reform existierender PA-Strukturen und Gesetzestexte. Es fällt auf, dass das Manifest, abgesehen von diesen beiden Modifikationen, keinerlei weitere Hinweise auf eine Islamisierung der Gesellschaft enthält. Nachdem die Hamas 2006 die Parlamentswahlen gewonnen hatte, war sie zunächst zu sehr damit beschäftigt, gegen alle inneren und äußeren Widerstände eine funktionierende Regierung aufzubauen, um sich auf mögliche Reformen einlassen zu können. Als Israel die Hamas-Abgeordneten in der Westbank festnahm, war ihre gesetzgebende Funktion neutralisiert. So verlor die Hamas die Mehrheit im Parlament, und der Palästinensische Legislativrat (PLC) war lahmgelegt.

-
- 1 Als *Waqf* (arab. für «religiöse Stiftung») wird ein der deutschen Stiftung vergleichbares Institut des islamischen Rechts bezeichnet. Gott (Allah) wird als ideeller Eigentümer des Stiftungsgutes angesehen.
 - 2 Das novellierte palästinensische Grundgesetz von 2003 entschärft das Original von 1997, in dem «die Prinzipien der islamischen Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung sein sollen».

Nach der Machtübernahme

Im Juni 2007 nutzte die Hamas das Machtvakuum und übernahm die Kontrolle über Regierung und Sicherheitskräfte im Gazastreifen. Innerhalb einer Woche überwältigte man die Sicherheitskräfte unter dem Kommando des Fatah-Vorsitzenden und palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas. Nun besaß die Hamas die uneingeschränkte Macht zur Errichtung einer neuen Ordnung im Gazastreifen. Die Militärs verwüsteten die Staatsanwaltschaft. Als die PA in Ramallah, unter dem Kommando von Abbas, Gazas Juristen und Richter zum Streik aufrief und damit das Rechtssystem blockierte,³ besetzten Hamas-Anhänger die freigewordenen Stellen.⁴ Weiteren Freiraum zur Umgestaltung des Gazastreifens verschaffte der Boykott durch die internationale Gemeinschaft, die bis dahin ein juristisches Reformprogramm finanziert und beaufsichtigt hatte. Der Boykott behinderte darüber hinaus externe Einflüsse auf das Gebiet. Davon abgesehen wies das alte Rechtssystem schwerwiegende Mängel auf. Schon vor der Beeinträchtigung durch die chaotische Sicherheitssituation auf Gazas Straßen war es nicht mehr funktionstüchtig gewesen. Die Justiz war durch Einschüchterungen und einen Rückstau von 27.000 Fällen behindert, und die Gesetze selbst waren fast ebenso chaotisch wie ihre Umsetzung. Sie setzten sich aus einem polyvalenten Rechtssystem zusammen, das auf die zahlreichen Herrscher des Gazastreifens im vergangenen Jahrhundert zurückging: die PA, die israelische Besatzung, die ägyptische Herrschaft, das britische Mandat und die Osmanen. Das Strafrecht beispielsweise wurzelt in Strafrechtsverordnungen aus der britischen Mandatszeit von 1936 (*qanun al-'uqubat*), teilweise abgeändert von Ägypten und Israel. Das Bodenrecht und das Zivilrecht basieren auf osmanischen Gesetzen mit britischen Veränderungen. Das Personenstandsrecht wird von Scharia-Gerichten behandelt, die sich auf religiöse Gebote berufen. Und auch diese sind vielfältig: In der *ibadat* (religiösen Anbetung) folgt Gaza der Schafa'I-Schule, bei den *mu'amalat* (den finanziellen Transaktionen) jedoch der Hanfi-Schule. Kurz gesagt, Hamas verfügte sowohl über die Gelegenheit als auch über das Motiv, die existierenden Gesetze abzuschaffen.

Aber trotz des offenbar ungestörten Freiraums, über den Hamas bei der Umsetzung einer neuen Ordnung verfügte, war die Bewegung in der Frage, welche Gesetze den Zwergstaat, den sie jetzt kontrollierte, regieren sollten, in Ideologen und Reformen gespalten. Erstere waren der Ansicht, Hamas dürfe die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, das Gesetz Gottes (*shara'allah*) einzuführen. Sie arbeiteten daran, das inoffizielle System auszubauen, indem sie *fatwas* erließen und überall im Gazastreifen Komitees gründeten, die sich um die Umsetzung inoffizieller Scharia-Gesetze kümmerten. Letztere argumentierten,

3 Nur 30 von 650 Angestellten arbeiteten weiter. Interview, Beamter des Justizministeriums, Gaza, Juni 2010.

4 «Staatsanwälte und Richter arbeiten nicht. Sie haben sich auf die Seite Ramallahs gestellt, darum besetzen wir die freigewordenen Stellen und bauen ein System auf, das nicht korrupt ist.» Interview, Ahmed Youssef, Gaza, 10. Juli 2007.

die Hamas solle über die offiziellen juristischen, gesetzgebenden und exekutiven Institutionen der PA arbeiten und sie schrittweise islamisieren. Auch hier war die Bewegung im Inneren gespalten zwischen den Anhängern einer grundlegenden Erneuerung der Gesetzesgrundlagen und den Befürwortern eines schrittweisen Wandels.

Anfänglich waren die Ideologen auf dem Vormarsch. Während des viertägigen Kampfes um Gaza beriefen sich die Streitkräfte der Hamas auf führende Gelehrte der Bewegung, deren Fatwas ihre Handlungen legitimierten. So sanktionierte Marwan Abu Ras – führender Religionsgelehrter und Vorsitzender der Union Muslimischer Gelehrter, einer außergerichtlichen Organisation muslimischer Geistlicher, die der Bewegung als Rechtsberater diente,⁵ – die Tötung von Samih al-Madhun, einem Kommandeur der mit der Fatah verbündeten Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden.⁶ Als Hamas nach der Machtübernahme ohne funktionsfähiges Strafverfolgungssystem dastand, formalisierte sie diesen Prozess innerhalb eines Monats. Am 22. Juli 2007 verkündete sie die Einrichtung eines von Abu Ras geleiteten, islamischen Rechtsausschusses als Ersatz für die Staatsanwaltschaft der PA.⁷

Nach der Machtübernahme jedoch gewannen die Reformer rasch an Einfluss und reaktivierten das bisher bestehende Rechtssystem. Im September 2007 verkündete die Hamas-Regierung die Gründung eines Obersten Justizrats, der das Vorrecht des Präsidenten übernahm, Richter zu ernennen. Auch die Wiederbelebung der palästinensischen Legislative, des PLC, folgte einem ähnlichen Muster. Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren reaktivierte die Hamas den PLC im Gazastreifen mithilfe eines Systems von Stimmrechtsvertretern für ihre inhaftierten Abgeordneten. Von der Regierung der PA in der Westbank und der Fatah boykottiert, agiert er als ausschließlich von der Hamas besetzte Legislative. Der Rechtsausschuss des PLC schlägt neue Gesetze vor und verabschiedet sie. Dadurch kommt ihm eine entscheidende Rolle bei der Überprüfung und manchmal sogar Neuformulierung aller Gesetze zu.⁸ Die meisten, wenn auch nicht alle seiner sechs Mitglieder sind *ulama*, Professoren für Scharia von der

- 5 Die Union ist Teil der Internationalen Union Muslimischer Gelehrter unter dem Vorsitzenden Scheich Yussuf al-Qaradawis.
- 6 Interview, Marwan Abu Ras, Gaza, September 2007. *Al-Aqsa*-TV übertrug Madhuns Exekution in voller Länge, einschließlich einiger Szenen, in denen er um sein Leben bettelte und in denen ein Mob seine Leiche durch die Straßen schleifte.
- 7 Zu den von Abu Ras nach der Machtübernahme erlassenen Fatwas zählen die Unterdrückung von durch die Fatah organisierten Gebetsversammlungen; das Verbot eines Streiks von Angestellten des Gesundheitswesens; die Bezeichnung Abbas' als Apostaten aufgrund seiner Verhandlungen mit Israel und die Legitimierung der Entscheidungen des Militärstaatsanwaltes. Interview, Abu Ras, Gaza, September 2007.
- 8 Folgende können dem Parlament Gesetze vorschlagen: das Kabinett, jeder Parlamentarier und einer der Ausschüsse des PLC. Jedes vorgeschlagene Gesetz wird jedoch vor seiner Beratung im PLC «Absatz für Absatz» durch den Rechtsausschuss gelesen und überprüft. Interview, Direktor des Rechtsausschusses der PLC, Amjad Al-Agha, September 2009. Die Macht und die Zusammensetzung des Ausschusses wurden schon mit dem iranischen Wächterrat verglichen.

juristischen Fakultät der Islamischen Universität Gaza, der wichtigsten pädagogischen Institution der Hamas.⁹ Keines der Mitglieder ist praktizierender Jurist oder verfügt über eine Ausbildung in weltlichem Recht. Der Vorsitzende, Ahmed Abu Halabiyeh, ein Professor für Scharia an der Islamischen Universität, sieht die Aufgabe des Ausschusses in der fortschreitenden Islamisierung der Rechtsprechung: «Wir wissen, dass der Islam die Lösung ist, darum ist unser Programm die Umsetzung der Scharia.»¹⁰

Von Anfang an zögerte der Ausschuss nicht, das Strafgesetz von 1936 durch Scharia-Gesetze zu ersetzen. Das erste Gesetz, das dem wiederbelebten PLC im Gazastreifen vorgelegt wurde, war das Militärgesetz. Dieses im März 2008 verabschiedete Gesetz ratifizierte rückwirkend die von der Hamas zwei Monate nach der Machtübernahme errichteten Militärtribunale, die sich eher nach Verfügungen der Exekutive als nach dem Strafgesetzbuch von 1936 gerichtet hatten. Ihr Zuständigkeitsbereich umfasste dabei nicht nur das Sicherheitspersonal der Hamas, sondern, aufgrund der Angst vor Sabotage, auch Zehntausende Angehörige des Sicherheitspersonals der PA, die auf Anweisung von Präsident Abbas zu Hause verharreten, sowie «jede Person, die Angehörige oder Anlagen der Militärs angreift, einschließlich der Polizei».

Eine zentralere Aufgabe des Rechtsausschusses war die Arbeit an einem neuen Strafgesetz, welches das aus der britischen Mandatszeit ersetzen sollte. Dabei arbeitete der Ausschuss eng mit Scharia-Gelehrten der Islamischen Universität zusammen, um ein islamisches Gesetzbuch zu entwerfen. Da kein früherer palästinensischer Text vorlag, bezog man sich in erster Linie auf islamische Rechtsquellen und frühere Entwürfe eines auf der Scharia basierenden Strafgesetzes aus der Region, insbesondere aus dem Iran, Libyen, dem Jemen, Saudi Arabien und vor allem dem Sudan.¹¹ Das Modell der Türkei wurde ausdrücklich ausgenommen, da es sich hier um einen säkularen Staat handelt, «der die Gesetze Atatürks anwendet».¹² Mitte 2008 hatte der Ausschuss seine Arbeit beendet. Der Vorsitzende, Abu Halabiyeh, rechtfertigte die eklektische Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen mit dem Verweis auf *ijtihad* (der Methode der Herleitung

9 Der Vorsitzende Ahmed Abu Halabiyeh, Professor an der juristischen Fakultät der Islamischen Universität, promovierte an der Imam Mohammed Bin Saud Universität in Riad, Saudi Arabien. Die restlichen fünf Mitglieder sind Dr. Youngs al-Astal, Promovend der Universität von Mekka; Dr. Mushir al-Masri, der einen MA in Scharia-Studien von der Islamischen Universität besitzt; Dr. Mohammed al-Shar, ein Apotheker; und Jamila al-Shanti, die einen MA in Pädagogik und einen Dokortitel in Englisch besitzt und zuvor an der Islamischen Universität unterrichtete. Als das überarbeitete Strafgesetzbuch eingebracht wurde, war Mohammed Faraj al-Ghoul Ausschussvorsitzender, der im November 2008 Justizminister wurde.

10 Interview, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Ahmed Abu Halabiyeh, Gaza, September 2009.

11 Interview, Direktor des Rechtsausschusses, September 2009. Interessanterweise besitzt der Direktor einen MA in Strafrecht von der Universität Tunis.

12 Interview, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Ahmed Abu Halabiyeh, Gaza, September 2009.

von Gesetzen nach eigenem Rechtsverständnis): «Im Ausschuss arbeiten *mujtahids* (Gelehrte, die *ijtihad* ausüben), die aus vorhandenen Gesetzbüchern und Rechtssystemen sowie anderen Quellen auswählen können.¹³

Der Entwurf umfasste 15 Kapitel und 214 Paragraphen. Art. 211 und 212 setzen alle früheren Texte – die alten säkularen Strafgesetzbücher – außer Kraft. Anstelle der Haftstrafen und Geldstrafen des Strafgesetzbuches setzt er *hudud* (dem Koran entnommene Strafmaße körperlicher Züchtigung und die Todesstrafe) und *qasas* (das Scharia-Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit): Wer durch das Schwert tötet, wird durch das Schwert umkommen. Vorgesehen waren Steinigung, Auspeitschung und Gefängnisstrafen für außerehelichen Geschlechtsverkehr (Art. 152-154); die Zahlung von Blutgeld (Art. 52-55), in Kamelen oder ihrem Gegenwert berechnet; bis zu 40 Peitschenhiebe für Alkoholkonsum (Art. 84), bis zu 25 Peitschenhiebe für Karten- oder Glücksspiel (Art. 86) und die Todesstrafe für einen reuelosen Apostaten (Art. 134).

Die Gesetzgeber rechtfertigten diese Veränderungen mit religiösen und juristischen Gründen. Juristisch präsentierten sie ihren Entwurf als Modernisierung einer veralteten Rechtsprechung. Während das englische Strafrecht in siebzig Jahren mehrfach abgeändert wurde, war es im Gazastreifen größtenteils unverändert geblieben. So taucht im Strafgesetzbuch von 1936 der Bereich des elektronischen Copyrights beispielsweise nicht auf, während Artikel 200 des Gesetzesentwurfs die Scharia auf die modernen Formen der Computer- und Internetkriminalität anwendet. Die Autoren waren auch der Ansicht, ihr Entwurf sei den Bedürfnissen vor Ort besser angepasst. So wurde beispielsweise eine Verfügung eingeführt, die vorsah, dass Verwandte eines Verbrechensofners gegen Zahlung eines Blutgeldes Straffreiheit gewähren können, wie es im Gazastreifen vielfach gehandhabt wird. Eine weitere wichtige Veränderung ist die Präambel, die besagt, das Gesetz gelte für Palästina, definiert als die Gebiete unter der Gerichtsbarkeit der PA. Dies schließt Israel aus und bedeutet *de jure* die Anerkennung der Existenz zweier Staaten.¹⁴

Um für den Entwurf zu werben, richtete der Rechtsausschuss zahlreiche Arbeitsgruppen ein, die sich an verschiedene Zielgruppen wandten, darunter auch Frauenrechtlerinnen.¹⁵ Es gab private – wenn auch wenig öffentliche – kritische Kommentare. Ende 2008 legte der Rechtsausschuss den Entwurf als Gesetzesvorlage dem PLC vor, der über seine Vorzüge debattierte, sich eine Entschei-

13 Interview, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Ahmed Abu Halabiyeh, Gaza, September 2009

14 «Palästina: das gesamte geografische Gebiet, das der Herrschaftsbereich der Palästinensischen Autonomiebehörde umfasst.» Artikel 1 (Definitionen) des Entwurfs für ein Strafgesetzbuch. Siehe *al-Hayat*, 24. Dezember 2008. Für weitere Erklärungen mit dieser Richtung siehe z.B. Meschal, Hamas seeks Palestinian state based on '67 borders, in: *Haaretz*, 5. Mai 2009.

15 Interviews, Ausschussmitglieder und Menschenrechtsanwältin, Gaza, September 2009.

derung jedoch vorbehielt.¹⁶ Im Juni 2009 setzte der PLC mit Rückendeckung der Regierung alle weiteren Diskussionen des Scharia-Gesetzentwurfs aus. So gelten für den Gazastreifen unter der Hamas auch weiterhin das Strafgesetz britischen Ursprungs und das weitgehend säkulare Grundgesetz der PA.

Die Sache der Reformer

Das Scheitern des Rechtsausschusses bei der Einführung der Scharia ist zum großen Teil einer Gruppe von Pragmatikern und Reformern innerhalb der Hamas zuzuschreiben, die sich aus Gründen des Gemeinwohls (*malasha*) gegen eine rasche Umsetzung der Scharia gewandt hatten. Ihre Gründe dafür waren die folgenden:

a) Erwartung negativer externer Reaktionen

Die Abgeordneten wiesen daraufhin, dass eine Einführung der Scharia die Hamas weiter stigmatisieren werde. Kritiker, so war ihre Sorge, würden der Bewegung vorwerfen, den Gazastreifen in ein islamistisches Emirat zu verwandeln. Dies würde ihre Bemühungen unterminieren, sich aus der Isolation zu befreien und mit regionalen und internationalen Normen kompatibel zu erscheinen. Der Generaldirektor des PLC, Nafiz Madhun, dem die Parlamentsverwaltung untersteht:

«Hamas möchte keinen Konflikt mit der internationalen Gemeinschaft auslösen und keine Ängste vor der Gefahr islamischer Bewegungen schüren. Wir befürchten, dass ausländische Mächte uns vorwerfen, ein islamisches Emirat geschaffen zu haben, ohne Respekt vor der Demokratie und vor einer Verfassung. Hamas ist keine Gefahr für die Region, und wir versuchen nicht, die Gesetze zu islamisieren.¹⁷ Hamas hat immer wieder gesagt, dass wir einen unabhängigen Staat in den Grenzen von 1967 anstreben, aber die internationale Gemeinschaft scheint nicht zuzuhören.»¹⁸

Ägypten, ein den islamistischen Gruppen feindlich gesinnter Nachbar, von dem die Hamas wegen des Zugangs zum Gazastreifen abhängig ist, galt hier besondere Sorge. Ein Politiker der Hamas, der zunächst eine radikale Veränderung des Rechtssystems gefordert hatte, revidierte seine Haltung bald: «Die Leute

16 Der Justizminister der Hamas-Regierung, Mohammed Faraj al-Ghoul, sagte in *al-Rissala*, 12. November 2008: «Wir legten den Entwurf eines überarbeiteten Strafgesetzes nach Diskussionen im November 2008 vor.» Interview, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Ahmed Abu Halabiyeh, Gaza, September 2009. Die erste Lesung einer deutlich abweichenden Bearbeitung des Strafgesetzes hatte vor den Wahlen von 2006 stattgefunden.

17 «Wir haben das Strafgesetz gestoppt, weil die internationale Gemeinschaft gegen eine Islamisierung des Gesetzes ist. Als islamische Bewegung haben wir beschlossen, nicht alles sofort zu islamisieren.» Interview, Madhun, Gaza, 4. September 2009.

18 Interview, Madhun, Gaza, 4. September 2009.

in Ramallah versuchen, die Hamas als extremistisch zu stigmatisieren. Aber es wird kein islamisches Emirat im Gazastreifen geben.»¹⁹

b) Verschärfung der innerpalästinensischen Spaltung

Die Hamas-Regierung reagiert empfindlich auf die Kritik, ihre Machtübernahme habe die geografische und politische Spaltung zwischen dem Gazastreifen und der Westbank verstärkt. Seit ihrer Gründung 1994 bemüht sich die PA, die unterschiedlichen Gesetze zu vereinen, die im Gazastreifen und der Westbank seit 1948 galten, als ersterer unter ägyptische Gesetzgebung geriet, letztere jedoch unter jordanische. Die gewählten Gesetzgeber haben Gesetze verabschiedet, die für beide Gebiete gelten, darunter auch das Grundgesetz. Daher befürchtete man, die Anwendung der Scharia in nur einem Teil der palästinensischen Autonomiegebiete werde die Spaltung weiter verschärfen.

c) Interne Reaktionen

Hamas-Abgeordnete schreckten davor zurück, die unter Grenzsicherungen, Belagerung, Isolation und militärischen Angriffen leidende Bevölkerung weiter zu belasten.²⁰ Man wies darauf hin, dass man *hudud*-Strafen nicht auf eine Bevölkerung anwenden könne, die arm und vom Krieg zerrissen sei.²¹ Auf die Frage, ob Hamas einen islamischen Staat in Palästina gründen wolle, antwortete der Vorsitzende des Politbüros der Hamas in Damaskus, Khalid Meschal:

«Als nationale Befreiungsbewegung ist es unsere Priorität, die israelische Besatzung unseres Heimatlandes zu beenden. Sobald unser Volk frei in seinem Land lebt und das Recht auf Selbstbestimmung genießt, kann es allein bestimmen, unter welchem Regierungssystem es leben will. Wir sind der festen Überzeugung, dass man den Islam keinem Volk aufzwingen kann. Wir werden in einem demokratischen Prozess für eine islamische Agenda kämpfen. Wenn sich die Menschen dafür entscheiden, so ist das ihre Wahl... Wir verbieten keinem Palästinenser abweichende Visionen. Wir zwingen den Menschen keine religiösen oder sozialen Verhaltensweisen auf. *Hudud* und andere Aspekte der Scharia

19 Interview, Ahmed Yusef, damals Berater des Premierministers, Gaza, Februar 2008. So verspottete beispielsweise Tayssir Khaled, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO und führendes Mitglied der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) die Initiative als Versuch, den Gazastreifen in ein Emirat der Taliban zu verwandeln.

20 «Wir wollen in einer Zeit, in der die Bevölkerung unter der Belagerung leidet, keine neuen Belastungen hinzufügen. Wir hoffen, dass wir, wenn die Belagerung aufgehoben wird, dem PLC das überarbeitete Strafgesetz vorlegen können.» Interview, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Ahmed Abu Halabiyeh, Gaza, September 2009.

21 «Bevor man jemanden wegen Diebstahls verurteilen kann, muss man für ausreichend Nahrung sorgen.» Interview, Generaldirektor des PLC, Nafiz Madhun, Gaza, 4. September 2009.

müssen von den Menschen akzeptiert werden, damit sie umgesetzt werden können.»²²

Bezeichnenderweise bemühten sich die Führer der Hamas, als die Diskussion über die Gesetzesvorlage ausgesetzt wurde, gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, die Bewegung sei eher dabei, ihre islamistischen Vorschriften zu lockern, als sie zu verschärfen. Die Behörden sponserten einen Film, genehmigten ein öffentliches Theaterstück mit fast ausschließlich weiblicher Besetzung und erlaubten Männern und Frauen, an vielen Stellen gemeinsam Strände und Cafés zu besuchen. Der Innenminister der Hamas, Fathi Hamad, betonte explizit, seine Sicherheitskräfte seien bemüht, «die Bürde der Menschen in der Öffentlichkeit zu erleichtern. Wir wollen für Unterhaltung sorgen und versuchen nicht, der Bevölkerung ein System aufzuzwingen. Männer und Frauen können gemeinsam zum Strand gehen. Wir sind aufgeklärt und moderat. Wir warten und geben den Menschen drei oder vier Jahre, um sich an die Situation zu gewöhnen.»²³

d) Institutionelle Kapazitäten im Gazastreifen

Letztendlich waren sich die Hamas-Politiker auch bewusst, dass es im Gazastreifen für die Umsetzung eines neuen Systems an Institutionen und qualifiziertem Personal fehlt, vor allem angesichts der weiteren Probleme bei der Umwandlung einer Wohlfahrts- und Guerillaorganisation in eine funktionierende Regierung und Verwaltung. «Hamas hat verstanden, dass man zunächst eine islamische Regierung und ein politisches und legislatives System braucht, bevor man islamisches Recht umsetzen kann», meinte der Generaldirektor des PLC, Nafiz Madhun. «Wir haben keine Angst davor, zuzugeben, dass wir ein islamisches System anstreben, aber jetzt haben wir noch keines.»²⁴ Auch zwei Jahre nach der Machtübernahme fehlen im Gazastreifen qualifizierte Richter, obwohl die vorhandenen versichern, der islamistischen Ideologie positiv gegenüberzustehen. Die meisten von ihnen haben keine Scharia-Gesetze studiert, sondern die der PA, und man kann davon ausgehen, dass ihnen die notwendige Erfahrung fehlt.²⁵ Die Islamische Universität hat Kurse in Scharia eingeführt, aber bisher hat erst der erste Jahrgang das Studium abgeschlossen. Die Bewegung ist

22 Interview, Khalid Meschal, *The New Statesman*, 17. September 2009. «Wir möchten, dass die Gerichte die Scharia anwenden, aber wir werden die Menschen nicht zwingen.» Interview, Marwan Abu Ras, Gaza, März 2008.

23 Interview, Hamad, Gazastreifen, Juli 2009.

24 Interview, Madhun, Gaza, 4. September 2009. Er fuhr fort: «Man braucht islamische Institutionen und Experten, und die haben wir nicht, deswegen haben wir nicht weitergemacht.»

25 Vielen der von der Hamas eingesetzten Richter soll die für eine Arbeit bei Gericht verlangte zehnjährige juristische Erfahrung fehlen. Einige sind jedoch in beiden Fachrichtungen ausgebildet, so verfügt einer der Oberen Richter des Zivilgerichts über einen Abschluss an der Fakultät für Recht und Scharia der Universität von Sanka, Jemen.

weiterhin auf Experten angewiesen, die ihre Erfahrungen mit der Scharia im Ausland gewonnen haben, meist in Ägypten oder im Jemen.

Um die Argumente der *maslaha* (Gemeinwohl) zu unterstreichen, beriefen sich Gesetzgeber und Entscheidungsträger auf die Vorbilder des Propheten und der frühen islamischen Tradition. Wiederholt betonten die Gesetzgeber, *hudud* seien die letzten Gesetze gewesen, die dem Propheten offenbart worden seien, und in den ersten vierzig Jahren der islamischen Zeitrechnung seien sie vom Propheten und dem Kalifat nur sechs Mal umgesetzt worden.²⁶

Der Gegenschlag der Salafiten

Von Beginn an rief die Entscheidung der Hamas, statt der Scharia das Rechtssystem und den juristischen Rahmen der PA beizubehalten, Kritik und Unzufriedenheit hervor – auch bei islamistischen Ideologen innerhalb der Bewegung. Besonders scharf war diese Kritik unter den Salafiten, deren Anhänger für eine strenge Einhaltung der Praktiken der Nachfolger des Propheten Mohammed eintreten und jede Abweichung in der Umsetzung der Scharia ablehnen. In den Straßen von Gaza kursierten Flugblätter von Organisationen wie dem Gesegneten Pfad *Jihadi Sunni Salafi*, die «alle aktiven *ulama*, aufrechten Prediger und rechtschaffenen *mujahedin* aufforderten, danach zu streben, nach der Scharia Gottes auf Erden zu regieren»; es «den Regierenden zur Pflicht zu machen, zuerst Gott und dann den Menschen zu gefallen» und sich gegen die «in unserem Land ... offiziell sanktionierten Gesetzesverstöße» zu schützen.²⁷

Als Widerstand gegen das schrittweise Vorgehen der Hamas setzten einige bewaffnete Gruppierungen ihre eigenen Interpretationen des islamischen Rechts um. Gazas Internetcafés, Friseure, christliche Treffpunkte und nicht-muslimische Schulen, wie die *American School*, als angeblich anti-islamische Manifestationen, waren ihre Ziele. Mitte August 2009 warf ein populärer Prediger im Gazastreifen, Abdel Latif Musa, in seiner Freitagspredigt den Fehdehandschuh hin und rief die Gründung eines nach der Scharia regierten, islamischen Emirats im Gazastreifen aus. Seine bewaffneten Anhänger, die sich *Jund Ansar Allah* nannten, schworen ihm die Treue. Vor der Predigt kursierten überall in Rafah Poster, auf denen die Predigt als Musas Ansprache «an die Regierung von Ismail Haniyeh» angekündigt wurde. Die Bilder auf der begleitenden Website erinnerten an die Widerstandsgruppen, die im Irak ein islamisches Emirat errichtet hatten. Nur wenige Stunden später stürmte Hamas die Moschee und überwältigte die

²⁶ Ein anderes Mitglied des PLC meinte, der Iran habe darauf bestanden, dass seine Revolution *hudud* anwende, bisher sei das aber noch nicht geschehen. «Ehe man *hudud* anwenden kann, müssen alle Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt sein.» Interview, Akram Suhar, Vorsitzender des Kontrollausschusses des PLC, Gaza, September 2009.

²⁷ Flugblatt anlässlich der Explosion in Khan Yunis (Gazastreifen), herausgegeben von *Shabab Ahl al-Sunna wa al-Jamama Aknaf, Beit al-Madqis, Filastin*, im Besitz des Autors, www.taheed.ps

bewaffneten Truppen. 28 Kämpfer wurden getötet und die islamistische Rebellion wurde niedergeschlagen.

Reformen des Rechtssystems im Gazastreifen

Die unmittelbare Bedrohung war damit zwar abgewehrt, aber der Aufstand lieferte den Ideologen in der Hamas neue Munition. Immer wieder schmähten sie den Islamisierungsprozess der Hamas als halbherzig und unaufrichtig. Die umfassende Umsetzung der Scharia blieb zwar weiterhin aus, die Hamas bemühte sich jedoch, die Spannungen durch eine schrittweise Reform offizieller und inoffizieller Schlichtungsmechanismen in Richtung anerkannter Dogmen der Scharia abzubauen.

a) Der formelle Rechtsbereich

Wie bereits erwähnt, arbeiteten die Reformer innerhalb der Hamas daran, die säkularen Institutionen der PA, einschließlich der Gesetzgebung, der Regierungsinstitutionen, der Gerichte und der Strafverfolgungsorgane wiederaufzubauen, statt ein alternatives System zu kreieren. Damit akzeptierte die Hamas das System der PA, welches durch die Auseinandersetzungen mit Israel während der Zweiten Intifada, die allgegenwärtige Korruption, die Gesetzlosigkeit im Familiensystem und interfraktionelle Kämpfe nahezu vollständig ausgehöhlt war.

Gesetzgebung

Nachdem durch Stimmrechtsvertreter für die in Israel inhaftierten Parlamentarier die Fraktion der Hamas wiederhergestellt war, nahm man allmählich die gesetzgebende Arbeit des PLC durch die Wiederbelebung des vorhandenen konstitutionellen Rahmens auf. Gesetze werden durch den Generaldirektor des PLC, Nafiz Madhun, einem Promovenden der Universität Minnesota, entworfen. Dabei bemüht er sich um «einen Kompromiss zwischen islamischen Quellen und den Bedürfnissen der Menschen».²⁸ In Übereinstimmung mit den Abläufen der PA und der verfassungsmäßigen Praxis legte der PLC die Gesetze solange dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas zur Ratifizierung vor, bis man dessen Amtszeit im Januar 2010 für abgelaufen erachtete. Obwohl Abbas sich weigerte, sie zu unterzeichnen, argumentierte die Hamas-Regierung, nach dem Grundgesetz trete jeder Gesetzentwurf, der nicht innerhalb eines Monats vom Präsidenten unterzeichnet werde, automatisch in Kraft.²⁹ Es überrascht nicht, dass Ramallah dieser Auslegung widerspricht.³⁰ Eine Abteilung des Justizministeriums, die Abteilung für Rechtsberatung und Gesetzgebung (*Diwan al-fatwa*

²⁸ Interview, Madhun, Gaza, 4. September 2009.

²⁹ «Wird ein Gesetz nicht innerhalb eines Monats durch den Präsidenten ratifiziert, so ist es Kraft des Gesetzes ratifiziert», Interview, Madhun, Gaza, 4. September 2009.

³⁰ Die Regierung in Ramallah hat die Arbeit des PLC in der Westbank bisher verhindert und regiert das Gebiet ohne diesen weiterhin auf dem Verordnungsweg.

wa-l-Tashri)³¹ gibt das Offizielle Gesetzesblatt heraus, ein Online-Zusatz wird regelmäßig aktualisiert. In der gedruckten Version des Blattes wurde das Bild von Präsident Mahmud Abbas auf der Innenseite durch das des Premierministers der Hamas-Regierung, Ismail Haniyeh, ersetzt.

Bisher hatte man keine große Eile, Gesetze zu erlassen. Der PLC kommt nur selten zusammen, oft nur einmal im Monat. 2007 verabschiedete er zwei Gesetze, 2008 sieben, 2009 waren es fünf, insgesamt also vierzehn seit dem Wahlsieg der Hamas 2006.³² Etwa die Hälfte dieser Gesetze behandelte nationale Fragen (die Sicherung des Rückkehrrechts, Jerusalem und den Widerstand) oder administrative Themen (beispielsweise eine Veränderung des Strafgesetzes, die die Inhaftierung und Anklage von Drogenhändlern erleichtert³³, und ein Gesetz, das dem Parlament erlaubt, unter bestimmten Voraussetzungen eine Amnestie für Gefangene zu erlassen).

Obwohl die Hamas-Abgeordneten die vollständige Umsetzung des islamischen Rechts ausgesetzt haben, wird in einigen der verabschiedeten Gesetze die existierende Rechtsprechung islamisiert, um eine größere Übereinstimmung zwischen der Rechtsprechung der PA und den Geboten der Scharia zu erzielen. In diesem Zusammenhang gab es seit Juni 2007 vier grundlegende Gesetzesänderungen:

- *Frauen dürfen anstelle des Nachnamens ihres Mannes den ihres Vaters behalten.* Dieses Gesetz wurde im März 2008 verabschiedet und bildete die erste Veränderung des Personenstandsrechts durch den PLC. In Übereinstimmung mit der Scharia ermöglicht es Frauen, vor einen Ausschuss zu treten, um sich nicht länger unter dem Namen ihres Mannes, sondern wieder unter dem ihres Vaters registrieren zu lassen.
- *Das Sorgerecht wurde vereinfacht.* Wegen der hohen Zahl vaterloser Kinder als Folge des Krieges von 2009 veränderte man das Personenstandsrecht, damit Witwen das Sorgerecht für ihre Kinder nicht nur bis zu deren 7., sondern bis zu deren 15. Lebensjahr behalten können. Diese Änderung gilt nicht im Fall einer Scheidung. Das Gesetz zitiert keine heilige Schrift, obwohl der Vorsitzende des Rechtsausschusses die Entscheidung auf eine freiere Lesart der Gesetzesregeln des Imam Malik bezog.³⁴
- *Einverständlicher außerehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Erwachsenen wird zu einem Strafbestand.* Im März 2009 erklärte der Gesetzgeber Ehebruch (*zina*) für illegal und legte eine sechsjährige Haftstrafe für gesetzeswidrigen,

31 Abteilungsleiter ist der Rechtsberater von Premierminister Ismail Haniyeh. Ein ebensolches Büro arbeitet in Ramallah.

32 Interview, Direktor des Rechtsausschusses der PLC, Amjad al-Agha, September 2009.

33 Nach der neuen Rechtsprechung können Drogenhändler auch dann angeklagt werden, wenn sie nicht selbst Drogen besitzen. Das Gesetz wurde eingeführt, um dem Import von Drogen durch das erweiterte Tunnelsystem Herr zu werden.

34 Noch liberaler urteilte der Vorsitzende der Scharia-Gerichte unter der Regierung in Ramallah, Scheich Tayssir Tamimi, eine Mutter könne selbst nach einer Scheidung das Sorgerecht für ihre Kinder bis zu deren 15. Lebensjahr behalten. Ein von der Hamas bestellter Richter in Gaza entschied jedoch gegen dieses Urteil.

einverständlichen Geschlechtsverkehr fest, dasselbe Strafmaß, welches das Strafgesetz auch für Vergewaltigung vorsieht. (Interessant ist, dass der Rechtsausschuss hier die Verhängung von *hudud*-Strafen umging und sich im Unterschied zur saudi-arabischen Praxis nach dem Sudan richtete.)³⁵

■ *Die offizielle Sammlung und Verteilung von zakat werden neu strukturiert.*

Im September 2008 verabschiedete der PLC ein Gesetz zur Neuregelung der Almosenspende, *zakat*. Es sieht die Gründung einer 15-köpfigen, nominell unabhängigen islamischen *zakat*-Behörde vor, welche die für Unternehmen vorgeschriebenen *zakat*-Zahlungen von 12 Prozent des Einkommens und die freiwilligen, von der Einkommenssteuer absetzbaren Zahlungen von Einzelpersonen einsammeln und verteilen soll. Angelehnt an jemenitische, malaysische und vor allem sudanesisches *zakat*-Gesetze,³⁶ wird die Zahlung der Almosen auf traditionelle Weise in Gold, Kamelen und Schafen berechnet. Einzelpersonen, die mehr als 85 Gramm Gold oder 595 Gramm Silber besitzen, werden aufgefordert, 2,5 Prozent ihres Besitzes abzugeben. Das Gesetz sieht die zentrale Sammlung und Verteilung von *zakat* vor, wie es auch in der Westbank gehandhabt wird. Ziel ist es, alle 120 *zakat*-Ausgänge, von denen bisher ein Drittel der Regierung unterstanden, einer einzigen weisungsbefugten Autorität zu unterstellen. In Zeiten sinkender Löhne und steigender Not wird das Gesetz als Steuererhöhung unter dem Deckmantel des Islam verstanden.³⁷ Die Regierung zögerte lange, das Gesetz umzusetzen.

Kabinetts- und Regierungsverordnungen

Mangels einer funktionierenden Gesetzgebung erließ die Hamas-Regierung unter Premierminister Ismail Haniyeh im ersten Jahr ihrer Amtszeit unzählige Verordnungen. Dies hat sich trotz der Wiederbelebung der gesetzgebenden Funktion des PLC nicht geändert. Einige dieser Verordnungen folgen islamischen Normen. Am meisten erregte die Kopftuchpflicht für Anwältinnen bei Gericht

35 Der Vorsitzende des Rechtsausschusses sagte, er freue sich auf die Zeit, wenn *hudud* angewandt werden könne, in der momentanen Situation sei das jedoch nicht angemessen. Interview, Ahmed Abu Halabiyeh, Gazastreifen, 4. September 2009

36 Interviews mit Mitgliedern des PLC, Gazastreifen, September 2009. Der Rechtsausschuss beauftragte darüber hinaus Berater von der Fakultät für Jura und Scharia der Islamischen Universität mit dem Studium islamischer Primärquellen und der Rechtssprechung moderner islamischer Staaten.

37 «Wir haben das *zakat*-Gesetz verabschiedet, weil wir Geld brauchen, damit die Menschen etwas zu essen haben. Solche Gesetze sind nicht nur islamisch, sie sind eine andere Form der Einkommensteuer, ein weiteres System, um Nahrung für die Menschen zu bekommen.» Interview Madhun, Gaza, 4. September 2009.

die Öffentlichkeit. Offiziell wurde sie auf öffentlichen Druck zurückgezogen, in der Praxis bleibt sie jedoch bestehen.³⁸

Gerichte

Um zwischen den Urteilen der Richter und der Scharia eine größere Übereinstimmung zu sichern, bemühte sich die Hamas-Regierung von Anfang an um eine kooperativere Richterschaft. Als die Richter nach der Machtübernahme der Hamas im Juni 2007 nicht der Hamas, sondern Präsident Abbas treu blieben, bildete Premierminister Ismail Haniyeh im September einen Obersten Justizrat, der das Recht des Präsidenten übernahm, Richter zu berufen. Nach monatelangem Stillstand betrat der Vorsitzende des Rates, Abdel Raouf al-Halabi, mit einer bewaffneten Hamas-Eskorte den Obersten Gerichtshof. Daraufhin traten sämtliche Richter in den Streik. Halabi ergriff die Gelegenheit, eine widerspenstige Justiz auszuschalten. Er gab den Richtern eine Woche. Wer bis dahin nicht wieder zur Arbeit erschien, werde suspendiert. Nur ein einziger Richter beachtete seine Warnung, alle anderen wurden entlassen und an ihrer Stelle neue Richter berufen. Aus Angst, dasselbe Schicksal zu erleiden, setzte die Anwaltskammer ihren Streik im Januar 2008 aus und ebnete damit ihren 750 Mitgliedern den Weg, zur Arbeit zurückzukehren. Im Februar 2008 arbeiteten die Strafgerichte im Gazastreifen wieder.

Einige Juristen im Gazastreifen loben die neuen Richter für ihre Effizienz und ihre Standhaftigkeit gegenüber Schmiergeldern. Urteile werden vollstreckt, und die Richter scheinen länger zu arbeiten als ihre Vorgänger. Die Reformer in der Regierung haben in diesem Prozess eine entscheidende Rolle gespielt. Die Gesetze der PA, einschließlich des Strafgesetzbuches, bleiben die Grundlage für die Rechtsprechung. Darüber hinaus sorgte für neue Unruhe unter führenden Konservativen, dass sich unter den neu berufenen Richtern auch zwei Frauen befanden, darunter auch eine, die zum Berufungsgericht befördert wurde,³⁹ was zwar der Praxis der PA entspricht, innerhalb der islamischen Tradition jedoch umstritten ist.⁴⁰ Aber vor allem die mangelnde juristische Erfahrung der Richter – viele waren junge Anwälte, ohne die von der PA für eine Berufung zum Richter

38 In einem denkwürdigen Erlass vom 9. Juli 2009 ordnete der Oberste Gerichtshof unter Abdel Raouf al-Halabi an, Anwälte müssten sich im Gerichtssaal respektvoll kleiden, dazu gehöre auch, dass Frauen «Kopftücher oder etwas Gleichwertiges» tragen müssten und – wie ein Beamter hinzufügte – keine zu offenherzigen Blusen tragen dürften. Interview, Gaza 2009. Die Beamten argumentierten, der Erlass stärke den Anstand in den Gerichtssälen, der mit der Zeit etwas nachgelassen habe. Da der Erlass nicht den islamischen, sondern den britischen Dresscode vor Gericht erhält (schwarze Robe, weißes Hemd, Krawatte für Männer), argumentierte man, es handele sich keineswegs um eine islamistische Maßnahme, die das Gericht von ausländischen Traditionen befreien wolle, sondern um das Gegenteil.

39 Interviews, Abdel Raouf al-Halabi als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs, und ein Anwalt, Gaza und Deir al-Balah, Februar 2008.

40 «Es gibt widersprüchliche Meinungen zu weiblichen Richtern. Aber als man uns gefragt hat, haben wir geantwortet, dass es das islamische Recht nicht verletzt», Interview, Marwan Abu Ras, Gaza, März 2008.

geforderten zehn Jahre Berufserfahrung – macht sie empfänglicher für eine Beeinflussung durch die Exekutive oder durch Anwälte, die den Koran zitieren können und damit die säkularen Gesetze weiter unterwandern. Obwohl es keine offiziellen Veränderungen in der Gesetzgebung gegeben hat, verweist die Regierung die Richter auf das Grundgesetz von 2003, um zu betonen, dass die Scharia weiterhin ein Prinzip der palästinensischen Gesetzgebung ist. Anwälte berichten, dass Richter zwar zögern, *fatwas* von Juristen zu akzeptieren, Koranzitate jedoch als Richtlinien annehmen. Auch der Oberste Justizrat der Hamas konnte der Scharia wohlgesonnene Richter gewinnen. Viele – wenn auch nicht alle – haben einen islamistischen Hintergrund. Früher gab es zwei christliche Richter, heute sind alle Muslime.⁴¹ Und ihre Löhne zahlt die Hamas.

Um neue islamische Richter auszubilden, baut die Regierung das Studium der Scharia für Jurastudenten aus. Offenbar hat das Bildungsministerium in Gaza der Palästinensischen Polytechnischen Universität die Genehmigung erteilt, akademische Titel zu verleihen, wenn sie islamische Studien in ihren Lehrplan aufnimmt.

In der Zwischenzeit hat das Justizministerium ersten Einfluss auf die Gesetze genommen, mit denen die Richter arbeiten. Im Juli 2009 veröffentlichte der *Diwan al-fatwa wa-l-Tashri* ein juristisches Handbuch, in dem Richter angeleitet werden, in ihrer Rechtsprechung zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Gesetzen zu unterscheiden. Es führt auf, welche der von den Gerichten angewandten Gesetze unter welcher Regierung entstanden sind. So können die Richter zwischen muslimischen (osmanischen, ägyptischen und PA-) und nicht-muslimischen (britischen und israelischen) Gesetzen unterscheiden. In den Worten des Handbuchs, soll es dem jeweiligen Richter helfen, seine Urteile nach «seiner Religion, seinen Werten, Gebräuchen, Traditionen und seiner historischen Überlieferung zu fällen und nicht nach Gesetzen, die vom britischen Mandat und israelischen Siedlern erlassen wurden» – mit anderen Worten, nach muslimischen und nicht nach ausländischen Gesetzen zu entscheiden.

Ausländische Gesetze bleiben gültig, solange sie dem islamischen Gesetz nicht ausdrücklich widersprechen. Tatsächlich wies man darauf hin, dass sie in der Präambel zu den vom Parlament im Gazastreifen verabschiedeten Gesetzen ausdrücklich erwähnt werden.⁴² In einigen Kreisen werden ausländische Gesetze jedoch ganz öffentlich kritisch gesehen. Ein neu berufener Richter in Gaza meinte, «kein Richter solle ein Gesetz anwenden, das dem Koran

41 «Nach der Scharia sollten Richter Muslime sein. Vor der Machtübernahme gab es auch christliche Richter, aber danach hat kein christlicher Richter seine Berufung beantragt.» Interview, Ahmed Abu Halabiyeh, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Gaza, September 2009.

42 So zitiert z.B. die Präambel des Gesetzes 1/2009 zur Reform des Sorgerechts das im Gazastreifen geltende Familiengesetz Nr. 303 vom 26.1.1954 und das in der Westbank geltende Personenstandsgesetz Nr. 61 von 1976. Ersteres wurde von Ägypten eingeführt, letzteres von Israel.

widerspricht». ⁴³ Bezeichnend für das neue Klima ist auch, dass Richter ermutigt werden, die in der palästinensischen Rechtsprechung erlaubte, in der Scharia aber verbotene Zinszahlung (*riba*) zu verurteilen. ⁴⁴ Die Gerichte im Gazastreifen haben Ansprüche palästinensischer Banken auf Zinszahlungen abgelehnt und die Banken aufgefordert, die Kosten der Schuldner zu tragen, da Zinsen nach den Worten eines Urteils «der edlen islamischen Scharia widersprechen, wie sie im Buch Sunna und al-Ijma niedergelegt ist». ⁴⁵ Diese Urteile könnten auch eine politische Zielsetzung haben, da die Hamas-Regierung die Bürger des Gazastreifens darin bestärkt, ihre Spareinlagen von Privatbanken, die der PA unterstellt sind und Zinsen erheben, auf die von der Hamas im März 2009 gegründete Islamische Nationalbank zu übertragen, die das nicht tut. ⁴⁶

Darüber hinaus hat die Exekutive offenbar auch unmittelbaren Druck auf die Richterschaft ausgeübt. Von der Hamas eingesetzte Richter sollen mit Rücktritt gedroht haben, nachdem die Exekutive Druck auf sie ausübte, damit sie Verdächtige mit engen Verbindungen zur Regierung freiließen, die in zwielichtige Geldgeschäfte mit einem Schneeballsystem verwickelt waren, das Tausende im Gazastreifen um ihre Ersparnisse gebracht hatte.

b) Informeller Rechtsbereich

In ihrer Verbitterung über die langsame Gangart der Veränderungen versuchen einige Ideologen, den Prozess der Islamisierung zu beschleunigen, indem sie mit großer Eile ein paralleles System inoffizieller Rechtsprechung aufbauen. Dabei bauen sie auf die gut etablierten, inoffiziellen Schiedsmechanismen im Gazastreifen, die Schlichtungskomitees, mittels derer Clans, Familien und Fraktionen traditionell – unter Umgehung des offiziellen Sektors – interne Streitigkeiten beilegen. Diese Komitees dienten in Zeiten enger zentralistischer Kontrolle als Ausweichmöglichkeiten, in Zeiten des gesellschaftlichen Zusammenbruchs und eines machtlosen Rechtssystems übernahmen sie lebenswichtige Stützfunk-

⁴³ Interview, Richter am Gericht Erster Instanz, Gaza, September 2009.

⁴⁴ «Wir wollen *riba* abschaffen.» Interview, Ahmed Abu Halabiyeh, Vorsitzender des Rechtsausschusses, Gaza, September 2009.

⁴⁵ Urteil im Besitz des Autors. Am 5. Juli 2009 erklärte Richter Imad al-Nabiya im Schiedsgericht in Jabalia, einem Gericht, das für Streitwerte unter 10.000 Jordanischen Dinar zuständig ist, den Zinsanspruch einer Bank auf eine Schuld von 10.237 Schekel für ungültig und verurteilte die Bank zur Zahlung der Kosten des Schuldners. In seiner Urteilsbegründung bezeichnete der Richter die Zinszahlung als «*al-riba al-fahish*», ein Begriff aus dem entsprechenden im Gazastreifen gültigen osmanischen Recht, das verlangt, dass Zinsraten nicht «*fahish*» (übertrieben) sein dürfen, d.h. nicht höher als 9 %. In dem Urteil wird die Zahlung von Zinsen jedoch offenbar generell abgelehnt. Es enthielt darüber hinaus ein bekanntes Koranzitat aus Surat al-Baqara, 2:278.

⁴⁶ Im Kampf gegen die Zinserhebung ist Hamas bemüht, eigene Finanzdienstleister im Gazastreifen als Alternative zu den weiterhin unter Aufsicht der PA stehenden aufzubauen. So eröffnete man eine islamische Bank, die keine direkten Zinsen erhebt, und eine Versicherungsagentur, die islamischen Grundsätzen folgt. Offiziell werden säkulare finanzielle Operationen bisher aber nicht eingeschränkt.

tionen – wie zuletzt während des Interregnums und des Sicherheitschaos im Gazastreifen vor der endgültigen Machtübernahme der Hamas 2007.

Die Fortsetzung und Förderung eines inoffiziellen Parallelsystems reflektiert die anhaltenden Spannungen zwischen der Bewegung Hamas und der Regierung Hamas. In der Opposition unter der Besatzung und unter der PA entwickelte die Bewegung inoffizielle Mechanismen, um ihre Anhänger außerhalb offizieller Institutionen zu beeinflussen und zu kontrollieren. Schon vor der Gründung in den frühen 1970er-Jahren bot der zukünftige geistliche Führer, Ahmed Jassin, in seiner islamischen Organisation einen Schiedsservice an, der die israelischen Besatzer und später die juristischen Prozesse der PA umging. Als die Bewegung wuchs, nahm auch die Zahl der Islamischen Schlichtungskomitees zu. Sie arbeiteten unter dem Schutz des juristischen Arms der Hamas, der Union Muslimischer Gelehrter, einer Versammlung muslimischer Geistlicher und Rechtsgelehrter. Neben der Kontrolle des Netzwerks von Schlichtungskomitees sprach sie *fatwas* aus, die die Aktivitäten der Bewegung sanktionierten und als allgemeine Richtlinien dienten.

Der Zusammenbruch des institutionellen Sektors während des Chaos vor der Machtübernahme durch die Hamas 2007 und der Stillstand der offiziellen Rechtsprechung in den darauf folgenden Monaten schufen Raum für den inoffiziellen Rechtsbereich. Mit zunehmender Konsolidierung der Macht bemühte sich Hamas verstärkt, diesen Sektor innerhalb eines islamistischen Rahmens und unter der Kontrolle der Hamas und nicht der PA-Regierung agieren zu lassen. Mit diesem Ziel förderte man die Union Muslimischer Gelehrter als zuständige Autorität für den inoffiziellen Rechtsbereich, erweiterte das Netzwerk anerkannter Schlichtungskomitees unter Schirmherrschaft des Innenministeriums – insbesondere durch ihre Platzierung in Polizeistationen – und gründete eine Sittenpolizei, die sich um sittengerechtes Verhalten kümmern sollte und teilweise von Moscheen aus agierte. Manchmal ersetzen diese inoffiziellen oder halboffiziellen Netzwerke der Bewegung offizielle juristische Institutionen. So gab die Hamas-Bewegung beispielsweise Verwaltungsanordnungen für Hochzeiten heraus, die vor gemischtem Tanz und nicht-islamischer Musik warnten.⁴⁷ Bewohner des Gazastreifens, die sich für eine Stelle bei einer Regierungsbehörde bewerben oder eine zehnprozentige Reduktion städtischer Gebühren erreichen wollten, bemühten sich um ein Genehmigungsschreiben der lokalen Moschee der Hamas.⁴⁸

Die Union Muslimischer Gelehrter

Vor der Machtübernahme war die Union die wichtigste *fatwa*-Autorität der Hamas. Sie sanktionierte und lenkte die Aktivitäten der Bewegung. Zwar gibt es im Gazastreifen keinen Rat von Rechtsgelehrten mit konstitutioneller Funktion

⁴⁷ Interview, Amin Nofal, Oberster Militärstaatsanwalt, Gaza, Oktober 2007.

⁴⁸ Interview, Anwälte, Deir al-Balah, Februar 2008. Diese Aussagen wurden von der Hamas bestritten, Interview, Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs, Abdel Raouf al-Halabi, Gaza, Februar 2008.

wie im Iran. Seit der Machtübernahme scheint es jedoch manchmal so, als habe die Union eine Aufsichtsfunktion übernommen. Ihr Vorsitzender, Marwan Abu Ras, ein Abgeordneter, der allgemein als oberster Mufti der Hamas im Gazastreifen angesehen wird, sanktionierte öffentlich die Tötung des starken Mannes der Fatah, Samih al-Madhun, was zu seiner Ermordung führte. Darüber hinaus dient die Union auch als Referenz für die neu entstehenden Institutionen der Hamas, einschließlich ihrer Militärgerichte. Und obwohl der Vorsitzende des Rechtsausschusses sagt, *fatwas* der Union dürften keinen Einfluss auf richterliche Entscheidungen haben, berichten Anwälte von ihrer wachsenden Bedeutung für die Rechtsprechung. Auch sollen Staatsanwälte in ihren Anträgen vor Gericht immer öfter *fatwas* zitieren.

Die nahezu gesetzgebende Macht der Juristen der Bewegung wird weiter gefördert durch die einzige von der Hamas genehmigte Tageszeitung im Gazastreifen, *Filastin*, die regelmäßig juristische Kommentare der führenden Gelehrten der Union publiziert – darunter *fatwas*, die z.B. das Verbot von Gebetsversammlungen der Fatah oder die höheren Steuern auf Zigaretten legitimieren,⁴⁹ die Bezeichnung von Präsident Abbas als Apostaten wegen seiner Verhandlungen mit Israel, das Verbot von gemischten Tanzveranstaltungen und nicht-islamischer Musik bei Hochzeiten, die Billigung von Internetcafés, solange sie den Zugang zu verbotenen Webseiten sperren, und erst kürzlich der Bann auf Banken, die religiöse Gesetze des Islam nicht befolgen (um die Einheimischen zu einem Wechsel von Banken der PA, die Zinsen erheben, zu den Finanzinstituten der Hamas anzuregen, die das nicht tun). Interessanterweise erteilten sie auch den oben erwähnten Geldgeschäften mit Schneeballsystem ihre Zustimmung, das enorme – Zinsen gleichwertige – monatliche Raten beinhaltet, die von der Union jedoch nicht als *riba* (gemäß der Scharia verbotene Zinsen) eingestuft werden.

Schlichtungskomitees

Die Ursprünge der Schlichtungskomitees (*islah*) liegen in alten Familien- und Stammesmechanismen der Konfliktlösung. Diese Komitees überlebten die Gründung formaler Rechtssysteme als inoffizielle Formen der Schlichtung. Sie bildeten eine Symbiose zwischen Staat und gemeinschaftlichen Organisationen, die das Auf und Ab staatlicher Machtausübung widerspiegeln. In Zeiten zunehmender staatlicher Kontrolle wirkten sie als ergänzende Strukturen, oft wurden sie von den Herrschern als Instrument zur Machtkonsolidierung vereinnahmt. In Zeiten des staatlichen Zusammenbruchs nahmen sie ihre Stellung als vorrangige und unabhängige Konfliktlösungsinstrumente wieder auf. Die politischen Fraktionen Palästinas übernahmen sie als Reaktion auf die Besatzung und als

⁴⁹ Nach den Steuererhöhungen im Frühjahr 2010 sah sich die Hamas-Regierung interner wie externer islamistischer Kritik ausgesetzt, sie profitiere von dem Handel mit Waren, die von ihr selbst als *haram* oder unter religiösem Bannfluch stehend abgelehnt würden. Die Union argumentierte, die Steuer von 50 % diene der Abschreckung moralisch wenig Gefestigter. Interview, Nassim Jassin, Generalsekretär der Union, Gaza, Juni 2010.

Instrument der Selbstregulierung und Alternative zur ausländischen Rechtsprechung.⁵⁰

Mit der Zeit entwickelte sich ein Gewohnheitsrecht (*urf*), dessen traditionelle Mechanismen und Rechtsetzungen die frühen islamischen Geistlichen mit wechselndem Erfolg in die juristische Architektur des Islam zu integrieren und allmählich zu islamisieren suchten. Wie bereits erwähnt, übernahm und veränderte die Muslimbruderschaft diese Mechanismen, um ein Rechtssystem außerhalb staatlicher Kontrolle zu etablieren. 1973 eröffnete der Gründer der Hamas, Scheich Ahmed Jassin, das *Mujamma al-Islamiya*-Zentrum in Gaza, in dem unter Verwendung institutioneller Strukturen des *urf* Streitigkeiten entschieden wurden. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zu dem bisherigen Schlichtungssystem und seine Existenzberechtigung war der Anspruch, die Ungerechtigkeiten der Clan-Justiz zu korrigieren: durch die Unterstützung der Schwächeren in der Gesellschaft – Frauen und kleinere Familien – gegen größere, einflussreichere und mächtigere Familien.

Als lebenswichtiger Ersatz für ein lahmgelegtes Rechtssystem funktionierten die Strukturen vor allem während der Intifada in den späten 1980er-Jahren und während des vor der Machtübernahme durch die Hamas im Gazastreifen herrschenden Sicherheitschaos.⁵¹ Zur Zeit der Machtübernahme sprach die Union Muslimischer Gelehrter von acht der Scharia gegenüber aufgeschlossenen Schlichtungskomitees, die sie in den bevölkerungsreichsten Gegenden des Gazastreifens unterhielt. Nach der Machtübernahme fehlte ein funktionierendes Strafrechtssystem und die Union beeilte sich, das Vakuum zu füllen. Innerhalb zweier Monate erweiterte sie ihr Netzwerk auf dreißig Komitees. Um öffentlichen Zulauf zu ihren Institutionen zu bekommen, verteilte die Union Broschüren mit Namen und Handynummern der Komiteemitglieder überall im Gazastreifen.⁵² Einige Mitglieder sahen in der Möglichkeit, den existierenden Gesetzeskorpus

50 Der Begriff *lajnat islah* wurde während des Aufstands von 1987-1993 geprägt und danach von der PA als allgemeiner Begriff für den gesamten informellen rechtlichen Sektor übernommen, einschließlich der Parteigerichte und eines von der Hamas unterhaltenen Systems von Scharia-Gerichten und den familiären Netzwerken. Interview, Abu Salman al-Mughani, Vorsitzender des Obersten Rats von *Lijan al-Sulh*, Gaza, Juli 2007. Vor 1987 sprach man von dem familiären Schlichtungssystem meist als *majlis asha'iri* (Stammesrat) oder *diwan ai'ili* (Familienversammlung). Familiäre Vermittler nannte man jedoch schon lange *rijal al-islah*, Männer der Schlichtung. Interview, Dara'an Birjis Wihaidi, Gaza, Juli 2007.

51 2006 zählte das Nationale Versöhnungskomitee, eine Institution der PA, mehr als 8.556 von Schlichtungskomitees bearbeitete Fälle – von Schadensersatz- und Sorgerechts- bis zu 50 Mordfällen. Selbst Strafverfolgungsorgane der PA griffen auf diese Mechanismen zurück. Von den Gerichten nicht behandelte Morde, Überfälle, Diebstähle, Unterschlagungen und andere Fälle wurden im informellen Sektor bearbeitet. «Der formale Rechtsbereich ist so schwach, dass die lokalen Strafverfolgungsorgane sich wegen Rechtshilfe an die *lajnat al-islah* wenden, wenn eine Polizeistation überfallen wird.» Interview, Issam Younis, al-Mezan Menschenrechtszentrum, Gaza, April 2007.

52 *Dalil Lijan al-Islah*, veröffentlicht von der Union Muslimischer Gelehrter, 2007. Exemplar im Besitz des Autors.

mitsamt seinem institutionellen Rahmen loszuwerden, eine Hintertür für die offizielle Einführung der Scharia.

Nachdem die Regierung ihre Macht konsolidiert hatte, bemühte sie sich jedoch, das informelle System unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch unter der PA hatten die Schlichtungskomitees unter der nominellen Schirmherrschaft des Innenministeriums gearbeitet. Manchmal waren Gouverneure der PA als private Schlichter tätig. Auch nach der Wiederbelebung des formellen Rechtssektors förderten die Sicherheitskräfte der Hamas das System der *islah* mit allen Mitteln, in erster Linie, um die Kontrolle der Exekutive über die juristischen Prozesse zu festigen. Darüber hinaus unterstreicht Gazas Innenminister, Fathi Hamad, die Vorteile der Schlichtung als ein effizienterer, preiswerterer, schnellerer und weniger kontroverser Prozess als das formelle, europäisch geprägte Rechtssystem. In einem Interview sprach sich Hamad selbst im Falle von Mord für diese Art der Rechtsprechung aus, als Instrument, mit dessen Hilfe Familienstreitigkeiten in einer stark stammesgeprägten Gesellschaft durch die Zahlung von Blutgeld beigelegt werden können.⁵³ Eine Abteilung des Innenministeriums überwacht 42 Schlichtungskomitees, von Rafah im Süden bis Beit Hanoun im Norden, und zahlt 250 Schlichtern einen monatlichen Lohn von 800 Schekel. Sieben arbeiten direkt aus dem Innenministerium in Gaza, manchmal auch als Berufungsinstanzen, bei der Schlichtung schwererer Verbrechen wie Mord. Andere arbeiten in Polizeistationen, was eine rasche Umsetzung von Urteilen durch die Gesetzeshüter ermöglicht.

Parallel dazu und manchmal über diese Strukturen hinaus bietet der juristische Arm der Bewegung, die Union Muslimischer Gelehrter, auch weiterhin ihre eigenen Schlichtungen an. Am 27. Juli 2007 erklärte Islam Shahwan, der Sprecher der *Executive Forces*, der von der Hamas nach ihrem Wahlsieg eingesetzten Polizei, die Schlichtungskomitees der Union ersetzen das Büro des Staatsanwalts.

Der Übergang war nur kurzfristig, aber die Ausweitung des *islah*-Systems ermöglichte es der Hamas, die Islamisierung juristischer Mechanismen voranzutreiben. Der oberste *islah*-Schlichter im Innenministerium, ein früherer Direktor für Öffentlichkeitsarbeit an der Islamischen Universität, sagt, sein Ziel sei es, «die Schlichtungskomitees in Übereinstimmung mit der neuen Ordnung zu organisieren und ihre Arbeit zu läutern ... Wenn allen Menschen bei den Schlichtern

53 «Das *islah*-System stabilisiert die Gesellschaft und übernimmt so die Arbeit der Polizei. Darüber hinaus sorgt es für eine rasche und effektive Lösung, die den gesellschaftlichen Druck abbaut. Die Gerichte sind dieser Tage überfüllt. Es kann bis zu ein Jahr dauern, bis ein Verbrechen bestraft wird, und in dieser Zeit könnte jemand getötet werden. Wenn dein Bruder ermordet wird, kannst du das nicht ertragen. Wir haben auch versucht, es fairer zu machen. In der Vergangenheit beherrschten die großen Familien das *islah*-System, jetzt nicht mehr. Die Starken können den Schwachen keine Rechte absprechen. Wenn das *islah*-System weiterbesteht, sind wir vielleicht bald arbeitslos. Und natürlich ermöglicht das *islah*-System uns als Regierung, die Umsetzung dieser islamischen Gebote zu respektieren und zu ermutigen.» Interview, (Innenminister) Fathi Hamad, Gaza, Juli 2009.

Gerechtigkeit widerfährt, wird die Anwendung der Scharia Wirklichkeit.»⁵⁴ Mit anderen Worten, er verfolgt die freiwillige Unterwerfung unter das islamische Gesetz sowie die daraus folgende Umsetzung. Das Innenministerium bestärkt in seinen Anweisungen die Schiedsmänner, das Gewohnheitsrecht (*urf*) mit den traditionellen Geboten des Islam zu vereinbaren, um ihren Entscheidungen eine religiöse Legitimität zu verleihen, die dem institutionalisierten System unter der Besatzung fehlt.

Das System ist durchtränkt mit islamischer Terminologie. Der oberste Schlichter bezeichnet die Schlichter als *musalih* (Schiedsmänner), *faqih* (Rechtskundige) und – überraschender – als *mujtahid* (Gelehrte, die die Methode der Herleitung von Gesetzen nach eigenem Rechtsverständnis beherrschen). Er hat Schiedsmänner eingesetzt, die sich seiner Aussage nach mit islamischem Recht auskennen, und islamische Rechtsgelehrte von Universitäten und Moscheen ausgewählt, um sie auszubilden. Der Verweis auf die doppelte Legitimität des islamischen und des Gewohnheitsrechts, sichert dem informellen System die Mitarbeit der mächtigen Familienverbände des Gazastreifens und stellt diese gleichzeitig unter die Herrschaft des Staates.

Bürgerrechtler kritisieren, die Unterstützung der Hamas für dieses System zerstöre selbst den Anschein einer Trennung zwischen Exekutive und Judikative, unterwandere den formellen rechtlichen Sektor und offenbare die anhaltende Unzufriedenheit der islamistischen Bewegung mit den zuvor von der PA verwendeten, säkularen juristischen Mechanismen. Menschenrechtsanwälte stellen die Berufungsmöglichkeiten sowie die Qualifikation und Ausbildung der Schlichter in Frage. Sie sind der Ansicht, das System zerstöre die Rechte des Einzelnen und führe zu Schnellurteilen und Machtmissbrauch.

Diese Kritik an dem parallelen Rechtssystem stößt im Innenministerium der Hamas auf taube Ohren. Anwälte im Gazastreifen klagen darüber, dass viele Schlichtungskomitees in Polizeistationen untergebracht sind und islamische Geistliche beträchtlichen Einfluss auf ihre Entscheidungen hätten, was die Unabhängigkeit der Justiz von der Exekutive weiter unterminierte. Auch innerhalb des strafrechtlichen Sektors scheinen sie eine immer wichtigere Rolle zu spielen. Obwohl Angeklagte wählen dürfen, unter welchem System ihnen der Prozess gemacht werden soll, gibt es Hinweise auf Einschüchterungsversuche wegen des Verzichts auf «das Urteil Gottes». «*Hukum Allah au hukum al-Qadi?*» – Gottes Gesetz oder das Gesetz der Gerichte, sollen die Polizisten der Hamas fragen.

In einem wichtigen Fall richteten sich die Behörden nach einer Entscheidung der Muftis der Union, selbst nachdem die Gerichte auf der Grundlage von durch die Hamas eingeführten Gesetzen ein Urteil gefällt hatten. 2007, nach der vollständigen Machtübernahme im Gazastreifen, erschien Feda Dablan, eine Frau aus Kalqilya (Westbank), im Gazastreifen, um ihre beiden Kinder im Alter von zwei und drei Jahren von ihrem getrennt lebenden Ehemann zurückzufor-

⁵⁴ Interview, Beamter des Innenministeriums, Gaza, 2007.

dern, nachdem ihr ein Gericht das Sorgerecht zugesprochen hatte. Der Vater weigerte sich, ihr Zugang zu den Kindern zu gewähren oder diese gar mit ihr in die Westbank gehen zu lassen. Sie reichte eine Beschwerde bei der Polizei ein, deren anfängliche Sympathie in Gleichgültigkeit umschlug, als sich herausstellte, dass der Ehemann enge Verbindungen zur Hamas besaß und ein gegenteiliges Urteil der Union vorweisen konnte. Das Urteil besagte offenbar, die Westbank sei ein eigenständiger Staat mit eigenständiger Rechtsprechung. Da das Paar nicht reisen könne, seien sie praktisch geschieden, und die von der Hamas eingeführte Rechtsprechung habe in der Westbank keine Gültigkeit. Nachdem sie ihre Kinder drei Jahre lang nicht sehen durfte, kehrte die Mutter allein nach Kalqilya zurück.⁵⁵

Moschee-gestützte Sittenpolizei

Obwohl die Regierung offiziell weiterhin kein islamisches Recht anwenden will und bereit ist, säkulare Freiheiten und Kleidungsregeln aufrechtzuerhalten, versucht sie indirekt, islamische Sitten einzuführen und teilweise zu erzwingen. Zu diesem Zweck hat sie den islamischen Propagandaarm der Bewegung *Da'wa* verstärkt und ausgegliedert. *Da'wa* ist in Moscheen angesiedelt und beschäftigt sich mit Predigten und sozialer Arbeit. Damit bildet er den eigentlichen Kern der Bewegung. Er hat seit dem Gaza-Krieg an Statur gewonnen, teilweise weil der militärische und politische Flügel der Bewegung daran gescheitert war, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Nach dem Krieg tauchten religiöse Freiwilligentrupps in den Straßen von Gaza auf, rekrutiert von den Moscheen der Bewegung und bekannt als «Gruppen zur Verteidigung einer aufrechten Moral» (*Jamaat al-Wadiya wa-hassan al-akhla*). Oft arbeiteten sie gemeinsam mit der Zivilpolizei. Zur Unterstützung der Kampagne schickte das Ministerium für religiöse Stiftungen (*Waqf*) 50 seiner 800 neuen Angestellten aus, um die Sittenpolizei zu begleiten. Außerdem initiierte man ein «Programm für Rat und Überwachung» (*nusuh wal-irshad*) mit dem Ziel, die islamische Identität durch sozialen Druck zu stärken (*tawthiq*).

Diese Truppen patrouillierten auf öffentlichen Plätzen wie Stränden und Cafés. Im Sommer 2009 verwarnten sie junge Männer, die mit freiem Oberkörper am Strand spielten oder sich mit Frauen mischten. Als Folge dieser Patrouillen brachten einige Cafés Schilder an, wie etwa «Rauchen und gemischtes Ausgehen verboten.» Im Sommer 2009 führten die Aktionen offenbar zur Schließung von mehr als 60 Cafés, in denen geraucht und Backgammon gespielt worden war.⁵⁶ Parallel dazu starteten die Ministerien für Inneres und Religiöse Angelegen-

55 Für eine Dokumentation des Falls und weitere Details siehe <http://fedadblan.jeeran.com/archive/2009/2/813404.html>. In einem anderen Fall verweigerte das Komitee einem Mann Zugang zu seinen Kindern, dessen Frau die Schwägerin eines hohen Funktionärs der Qassam-Brigaden war.

56 Laut Anwälten wurden die Schließungen nach dem israelischen Militärgesetz Nr. 143 durchgeführt, das die Militärregierung ermächtigt, Institutionen zu schließen, in denen illegale Aktivitäten stattfinden.

heiten im Juni 2009 die *Fadila*-Kampagne – mit vollem Namen *Naam li Fadila La lil-Radila* –, eine koordinierte öffentliche Initiative gegen unislamische Aktivitäten. Auf 12.000 Plakaten an Werbetafeln und Schulwänden wandte man sich gegen Aktivitäten, die mit dem Islam nicht vereinbar sein sollten.⁵⁷ Angesichts lautstarker externer Kritik fuhr die Hamas diese Kampagne später jedoch zurück. Offenbar hatte man zumindest teilweise auch den Salafi-Gruppierungen entgegenkommen wollen, die der Hamas vorwarfen, die Anwendung des islamischen Rechts nur halbherzig zu betreiben. Mit dem Rückgang offener Salafi-Aktionen nach dem Angriff auf die Rafah-Moschee gerät auch das öffentliche *tawthiq*-Programm des Ministeriums mehr und mehr in den Hintergrund.

Fazit

Die Hamas hat in ihrer Geschichte das Ziel einer Einführung der Scharia im Gazastreifen nur selten formuliert. Die absolute Kontrolle über den Gazastreifen jedoch und das Scheitern der Umsetzung weitergehender Ziele der Bewegung ließen sie ihre Energien auf den Gazastreifen konzentrieren. Auf Druck von in der Bewegung einflussreichen Salafi-Gruppierungen verstärkte man die Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft durch offizielle wie durch informelle Mechanismen.

Aber trotz einiger Versuche, kulturelle Normen zu verschieben, arbeitet die Hamas im Gazastreifen auch weiterhin mit einem offiziellen System, das die physische und rechtliche Infrastruktur des ehemaligen PA-Systems nutzt. Die Bemühungen der Ideologen richten sich hauptsächlich auf den informellen Sektor, der zwar offizielle Unterstützung genießt, das institutionalisierte Rechtssystem jedoch nicht ersetzt. Diese symbiotische Beziehung ist jedoch keineswegs gefestigt. In ihrem Bemühen, die widersprüchlichen Interessen der Bevölkerung und der Mitglieder der Bewegung in der Balance zu halten und sie in dem vorhandenen doppelschichtigen System informeller und offizieller Rechtsprechung zu kanalisieren, riskiert die Regierung die Kluft zwischen den beiden Systemen so sehr zu vertiefen, dass es instabil wird. Die ungute Trennung in offizielle und inoffizielle Kanäle in anderen Sektoren des Gazastreifens, z.B. der Wirtschaft (gegensätzliche Interessen der Tunnelhändler und der offiziellen Kaufleute) und dem Sicherheitsbereich (Interessensgegensätze zwischen den Einheiten der Polizei und den Qassam-Brigaden), existiert auch im rechtlichen Bereich. Sie kennzeichnet eine islamistische Bewegung, die noch immer damit beschäftigt ist, die widersprüchlichen und gegensätzlichen Rollen einer Oppositionsbewegung und einer Regierung in Einklang zu bringen.

⁵⁷ Die Plakate wandten sich gegen Pornografie, mit dem Bild eines jungen Mannes, der vor einem Computerbildschirm masturbierte. Auch das Rauchen und allzu knappe Bekleidung wurden verurteilt. (Ein Plakat mit dem Titel «Satanischer Eifer» zeigte ein Mädchen mit Kopftuch in Hosen und einem Pullover, unter dem sich die Form ihrer Brüste abzeichnete. Darunter war ein Teufel mit Dreizack abgebildet.)

Hamas-Politiker, die eine schrittweise Umsetzung der Scharia befürworten, argumentieren, man könne die Scharia erst dann vollständig umsetzen, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert hätten. Tatsächlich erfolgten die meisten Ansätze zur Islamisierung in Zeiten, in denen die Hamas-Regierung großem inneren oder äußeren Druck ausgesetzt war, so etwa direkt nach dem Gaza-Krieg oder auf dem Höhepunkt der Salafi-Unruhen im Sommer 2009. Die externen Einschränkungen des Bewegungsspielraums der Hamas haben die Energien der Bewegung weiter auf den internen Spielraum konzentriert. Da die Möglichkeiten des praktischen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Erholung stark eingeschränkt sind, konzentriert sich die Bewegung auf das einzige ihr noch offene Feld: den religiösen Wiederaufbau. Gleichzeitig hat der Rückzug externer Akteure den islamistischen Gruppen freie Hand für einen Richtungswandel im Gazastreifen gegeben.

Ein Ende der westlichen, palästinensischen und israelischen Isolationspolitik und eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen im Gazastreifen würden Gruppierungen mit Verbindungen ins Ausland stärken und eine Islamisierung behindern. Die Alternative einer Aufrechterhaltung der Isolation dagegen wird die Einführung der Scharia beschleunigen.

VI Freunde und Feinde

Die Palästinenser, die arabischen Staaten und Israel

Der Kampf um Palästina gewann in den benachbarten arabischen Staaten und der weiteren arabischen Welt zum ersten Mal in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre eine gewisse Bedeutung. Grund dafür war vor allem die palästinensisch-arabische Revolte gegen das zionistische Projekt und die britische Kolonialherrschaft, die es schützte und förderte. Zu jener Zeit gab es in der arabischen Welt große Sympathien für die Sache der Palästinenser, da auch andere arabische Völker damals in ihre eigenen antikolonialen Kämpfe verwickelt waren. Die jüdische Mehrheit und ein jüdischer Staat in Palästina sowie die britische Unterstützung dieses Projekts waren für sie eine krasse Ungerechtigkeit. Während des Aufstandes 1936-1939 versuchten mehrere arabische Regierungen ohne Erfolg zwischen den palästinensisch-arabischen Nationalisten und den britischen Behörden zu vermitteln. Schließlich schlugen die Briten den Aufstand mit militärischen Mitteln (und mit Unterstützung palästinensischer Divisionen) nieder. Zum damaligen Zeitpunkt, 1939, versuchte Großbritannien angesichts des drohenden Krieges in Europa die arabischen Gemüter innerhalb und außerhalb Palästinas zu beruhigen, indem es seine (in der Balfour-Erklärung 1917 und dem Mandat verkündete) Mission der Schaffung einer «nationalen Heimstatt» für Juden in Palästina für beendet erklärte. Zehn Jahre später sollte einem ungeteilten Palästina, in dem Araber und Juden sich die Macht teilen würden, die Unabhängigkeit zuerkannt werden. Darüber hinaus schränkte man jüdische Landkäufe und die jüdische Einwanderung ein, um den jüdischen Anteil an der Bevölkerung Palästinas nicht über ein Drittel steigen zu lassen.

Als die Kämpfe um die Kontrolle über Palästina gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wiederaufflammten, wurden auch die arabischen Staaten wieder in die Palästinafrage verwickelt, zunächst an diplomatischer Front. Weder den arabischen Staaten noch den palästinensischen Nationalisten gelang es jedoch, die Kampagne der zionistischen Bewegung, Palästina für eine jüdische Masseneinwanderung (von Holocaust-Überlebenden) zu öffnen, wirkungsvoll zu bekämpfen und das Land unregierbar zu machen. Auch konnten die arabischen Nationalisten im November 1947 die Annahme einer Resolution durch die UN-Vollversammlung nicht blockieren, die eine Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat befürwortete. Obwohl die arabischen Staaten diese Teilung als eine Verletzung des Rechts der arabischen Mehrheit

Palästinas auf Selbstbestimmung in einem ungeteilten Palästina vehement ablehnten, hielten sie sich aus den von Ende November 1947 bis Mitte Mai 1948 dauernden Kämpfen zwischen Zionisten und palästinensischen Milizen (und einigen arabischen Freiwilligentruppen) weitestgehend heraus. Am Ende gerieten die palästinensischen Milizen immer stärker in die Defensive und jüdische Truppen drangen tiefer und tiefer in Regionen Palästinas vor, die der UN-Teilungsplan einem zukünftigen arabischen Staat zugesprochen hatte. Eine Niederlage der Palästinenser schien unmittelbar bevorzustehen und Massen von Flüchtlingen und Vertriebenen strömten aus den Kampfgebieten. Die Arabische Liga bereitete sich auf eine militärische Intervention vor, und am 15. Mai 1948, ein Tag nachdem die zionistische Führung die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina bekanntgegeben hatte, marschierten reguläre arabische Truppen, nominell unter dem Oberkommando der Arabischen Liga, in Palästina ein, um die Teilung zu verhindern und die Palästinenser zu retten.

In einer Reihe kurzer, aber intensiver Feldzüge schlug die neue israelische Armee die arabischen Truppen. Letztere befanden sich in Unterzahl und waren unkoordiniert, meist schlecht geführt und schlecht ausgerüstet. Schon damals wurde deutlich, dass zumindest einige der in Palästina einmarschierten arabischen Staaten widersprüchliche Interessen verfolgten, die ihre militärischen Bemühungen konterkarierten und zu ihrer Niederlage beitrugen. Die Waffenstillstandsvereinbarungen, die Anfang 1949 die Kämpfe beendeten, sprachen Israel 77 Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes zu, gegenüber den 55 Prozent, die im Teilungsplan der UN für einen jüdischen Staat vorgesehen waren. Transjordanien (das bald in Jordanien umbenannt wurde) annektierte das während des Krieges besetzte zentrale Bergland Palästinas, das von nun an Westbank genannt wurde, sowie die östliche Hälfte von Jerusalem. Der Küstenstreifen vom Norden der Stadt Gaza bis zur ägyptischen Grenze im Süden, der während des Krieges von ägyptischen Streitkräften besetzt worden war, blieb unter ägyptischer Verwaltung, obwohl Ägypten stets darauf bestand, dass dieser neue «Gazastreifen» Teil Palästinas sei.

Die demütigende Niederlage in Palästina sandte Schockwellen durch den arabischen Osten und diskreditierte die Regime, die für dieses Scheitern verantwortlich gemacht wurden. Nach dem Krieg verweigerten die arabischen Regierungen Friedensverhandlungen mit Israel, solange Israel den 750.000 Palästinensern, die 1947-1949 aus ihren Häusern im jetzt israelischen Teil Palästinas fliehen mussten oder vertrieben worden waren, nicht erlaube zurückzukehren. Israel jedoch verweigerte dies. (König Abdullah von Jordanien, dessen langjährige stillschweigende Allianz mit der zionistischen Bewegung und später mit Israel es ihm ermöglicht hatte, die Westbank unter seine Kontrolle zu bringen, hatte weniger Skrupel. Seine heimlichen Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Israel wurden jedoch durch seine Ermordung 1951 vereitelt.) Die arabischen Regierungen bezeichneten die Enteignung der Palästinenser zwar auch weiterhin als eine nicht hinnehmbare Ungerechtigkeit, die rückgängig gemacht werden müsse, aber sie taten nichts dafür, da sie meist mit hausge-

machten Problemen beschäftigt waren. Selbst die «Freien Offiziere», die 1952 die Macht in Ägypten ergriffen, und von denen viele 1948/49 in Palästina gekämpft hatten, betrachteten die Palästinafrage zunächst als zweitrangig. Zu sehr waren sie mit der Festigung ihrer Macht beschäftigt und damit, die Briten langfristig aus Ägypten zu vertreiben sowie ihre politischen und wirtschaftlichen Reformprogramme umzusetzen.

In späteren Jahren jedoch erschien die Palästinafrage beharrlich immer wieder auf der arabischen Tagesordnung, so beispielsweise anlässlich der wachsenden Spannungen an den Grenzen zum Gazastreifen und der israelischen Vorstöße, die dazu führten, dass die Nasser-Regierung 1955 den Kurs wechselte und die palästinensischen Fedajin unterstützte, statt sie zu unterdrücken. Neben Nassers Waffenanfrage an die Sowjetunion und Ägyptens Nationalisierung des Suezkanals führte dies zum israelisch-britisch-französischen Angriff auf Ägypten im Oktober/November 1956. Die Interventionen der USA und der Sowjetunion zwangen Briten und Franzosen, und später auch die Israelis, zum Rückzug und Nasser konnte die drohende Niederlage in einen politischen Sieg umwandeln. Nach 1956 blieb es an der ägyptisch-israelischen Grenze jedoch ruhig, trotz der zunehmend panarabischen Ausrichtung von Nassers Regime, das die Befreiung Palästinas durch eine arabische Vereinigung und sozialen Wandel («arabischen Sozialismus») erreichen wollte.

Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre erschienen verschiedene Gruppen auf der Bildfläche (die wichtigste von ihnen war die Fatah), deren Zusammenschluss zu einer neuen, unabhängigen palästinensischen Nationalbewegung den nach 1956 erreichten Status quo bedrohte, insbesondere da diese neue Welle palästinensischer Kämpfer Palästina durch einen langfristigen Guerillakrieg gegen Israel befreien wollte. Einige dieser Gruppierungen wurden zeitweise von dem ein oder anderen arabischen Regime unterstützt (vor allem vom syrischen Baath-Regime), sei es aus panarabischer Solidarität oder um sich in den oft erbitterten (und manchmal blutigen) Rivalitäten und Konflikten, die damals zwischen den arabischen Staaten tobten, einen Vorteil zu verschaffen. Nasser seinerseits befürchtete, unabhängige palästinensische Aktionen könnten Ägypten und andere arabische Staaten in eine Auseinandersetzung mit Israel ziehen, für die sie nicht gerüstet waren. Die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unter der Schirmherrschaft der Arabischen Liga 1964 wurde daher von vielen als Möglichkeit gesehen, diese neue Welle palästinensischer Gewalt der politischen Strategie Nassers zu unterwerfen. Damals (und bis heute) existierte eine deutliche Diskrepanz zwischen der verbalen Unterstützung aller arabischen Regime für die palästinensische Sache und dem Vorrang, den jedes von ihnen seinen eigenen Interessen einräumte. Die palästinensischen Interessen gerieten oft in den Hintergrund oder wurden vollständig geopfert. Oder aber man benutzte die Palästinafrage, um die jeweils eigene Position gegenüber rivalisierenden arabischen Staaten zu stärken und sich die Unterstützung der eigenen Bevölkerung zu sichern.

Die durch die Fatah oder andere Gruppen lancierten Überfälle auf Israel waren zwar militärisch wirkungslos, sie führten jedoch zu wachsenden Spannungen, vor allem zwischen Israel und Syrien, und verschärfen die Krise, die schließlich zum Junikrieg von 1967 führte. Der Ausgang dieses Krieges – die israelische Eroberung des restlichen historischen Palästinas (sowie der ägyptischen Sinaihalbinsel und der syrischen Golanhöhen) – war eine demütigende Niederlage für Ägypten, Syrien und Jordanien.

In den Jahren nach dem Krieg übernahmen die Fatah und andere palästinensische Guerillagruppen die Macht in der PLO und erreichten schließlich die arabische und die internationale Anerkennung der PLO als einziger rechtmäßiger Vertretung des palästinensischen Volkes. Diese Anerkennung und die Unterstützung der arabischen Regime hatten jedoch oft ihren Preis. So wirkte sich die finanzielle Abhängigkeit der PLO von gesellschaftlich und politisch konservativen Staaten (darunter Saudi-Arabien und die Golf-Emirate), die enge Verbündete der USA waren, deutlich auf die Politik, die Strategien und die Ziele der PLO aus.

Darüber hinaus wurde sie in Konflikte verwickelt, die die arabischen Staaten (und ihre regionalen Verbündeten und Stellvertreter) in feindliche Lager trennten. Dies schränkte ihren Handlungsspielraum und ihre Fähigkeit, eigene Ziele zu verfolgen, weiter ein. Abgesehen von den oft feindlichen Umständen und den begrenzten Möglichkeiten, muss man jedoch auch feststellen, dass die Führung der PLO nicht selten selbst unglückliche strategische und taktische Entscheidungen traf und es ihr nicht gelang, eine konsequente und realistische Strategie zu entwickeln und umzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen. Hinzu kommt, dass die Palästinenser durch die Auflösung der Sowjetunion in den 1990er-Jahren und den Niedergang anderer internationaler Kräfte, die in den 1970ern und 1980ern der globalen Vorherrschaft der Amerikaner entgegengewirkt hatten, wichtige politische, moralische und materielle Unterstützung verloren.

Die PLO stellte zu keiner Zeit eine ernsthafte militärische Bedrohung für Israel dar, und sie war nie stark genug, um eine politische Vereinbarung zu erzwingen, durch die palästinensische Rechte umfassende Anerkennung gefunden hätten. Oft gelang es ihr jedoch, arabische Regime von Abkommen mit Israel auf Kosten der Palästinenser abzuhalten. Die große Ausnahme war natürlich Anwar Sadats 1981 unterzeichneter, separater Friedensvertrag mit Israel, der lediglich bedeutungslose Gespräche über eine palästinensische Autonomie in der Westbank und im Gazastreifen vorsah, die rasch wieder fallengelassen wurden. Aus diesem Grund lehnten die PLO und die anderen arabischen Staaten den Vertrag ab. Die umfassende öffentliche Solidarität mit den Palästinensern in der arabischen Welt und die Angst arabischer Herrscher vor einer regionalen Vormachtstellung Israels führten dazu, dass fast alle arabischen Regierungen (selbst die ägyptische) sich weiter lautstark für die palästinensische Sache einsetzten. Aber für all diese Regierungen standen weiterhin die eigenen Interessen stets an erster Stelle. Und sie zögerten nicht, sich mit der PLO anzulegen, wenn sie es für notwendig hielten (oft durch die Finanzierung und Kontrolle wenig repräsentativer Split-

tergruppen), oder zu versuchen, die Palästinenser zu spalten. Syriens Interventionen im Libanon und darüber hinaus in den 1970er- und 1980er-Jahren sind ein Beispiel dafür. Bemerkenswert ist auch, dass die arabischen Staaten nahezu tatenlos zusahen, als die Israelis eine arabische Hauptstadt (Beirut) belagerten und es ihnen gelang, die PLO aus ihrem Hauptquartier, wo sie ein Jahrzehnt residiert hatte, zu vertreiben.

Nach dem Oslo-Abkommen wurde deutlich, dass viele arabische Staaten durchaus bereit sind, mit Israel Verträge zu schließen, solange sie bekommen, was sie wollen, selbst wenn diese Verträge keinerlei Vereinbarungen enthalten, die den Palästinensern nennenswerte Rechte einräumen. Kurz nach dem Oslo-Abkommen unterzeichnete Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel, und wahrscheinlich würde auch Syrien ein Abkommen mit Israel unterzeichnen, wenn es jeden Quadratmeter seiner besetzten Gebiete zurückbekommen könnte (so wie Sadat den Sinai zurückbekam), auch wenn ein solches Abkommen die Palästinenser außen vor ließe. Das prominenteste Beispiel des zynischen Umgangs arabischer Regierungen mit den Palästinensern war die andauernde Beteiligung des Mubarak-Regimes an der israelischen Blockade des Gazastreifens. Der Grund dafür lag in seiner Feindschaft gegenüber der Hamas, die Gaza seit 2006 regiert, und den Bemühungen, jeden Plan zu vereiteln, Gaza irgendwie an Ägypten abzustößen. Die ägyptische Bevölkerung verfolgte diese Politik voller Wut und zeigte große Anteilnahme für die Menschen im Gazastreifen, vor allem nach den verheerenden israelischen Angriffen von Dezember 2008 bis Januar 2009.

Im Allgemeinen haben sich arabische Regierungen als wirkungslos erwiesen, wenn es darum ging, den Palästinensern in ihrer nationalen Frage zu helfen – sei es aufgrund eigener hegemonialer Auseinandersetzungen (oder Vorteile) innerhalb des arabischen Staatensystems oder wegen nationaler Interessen, sei es aufgrund von Verbindungen mit (und Abhängigkeit von) den USA oder aufgrund von anderen Problemen (z.B. Machterhalt um jeden Preis) oder aufgrund ihrer konservativen Einstellung und ihrer soziopolitischen Stagnation usw. Seit langem ist klar, dass keiner der arabischen Staaten, und nicht einmal alle gemeinsam eine echte militärische Bedrohung für Israel darstellen. Ihre Chancen, Israel davon abzuhalten, mehr oder weniger zu tun, was es will, sind daher äußerst begrenzt. Während die arabischen Staaten Israel gegenüber einen zunehmend moderaten Standpunkt einnehmen und ihre Friedensbereitschaft deutlich machen, vertritt Israel immer stärker Hardliner-Positionen, die Saudi-Arabien, Ägypten und ihre Verbündeten harmlos und schwach erscheinen lassen. Auch ist es den arabischen Alliierten der USA bisher nicht gelungen, die «besonderen Beziehungen» zwischen Israel und den USA zu schwächen oder letztere dazu zu bewegen, Druck auf Israel auszuüben, damit das Land in ernsthafte Verhandlungen eintritt oder auch nur den Siedlungsbau in der Westbank oder Ost-Jerusalem einfriert. Letzteres ist das armselige Faustpfand, das die Palästinensische Autonomiebehörde für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Israel benötigt.

In dieser Hinsicht zeichnet sich also leider ein nahezu vollständiges Scheitern ab, das den Palästinensern nur sehr wenig Hoffnung auf effektive Unterstützung durch die arabischen Staaten macht. Und auch die Haltung dieser Länder gegenüber den dort lebenden palästinensischen Flüchtlingen hat bisher noch zu keiner Zeit Anlass zu Optimismus gegeben. Zwar ist die rechtliche Situation der Flüchtlinge von Land zu Land sehr unterschiedlich, aber seit der Ausweisung der PLO erst aus Jordanien und später aus dem Libanon hat keine der Flüchtlingsgemeinschaften die Vorreiterrolle spielen können, die palästinensische Revolutionäre einst für sie vorgesehen hatten. Im besten Fall sind sie untergeordnete Minderheiten geblieben.

Menschen palästinensischer Herkunft machen inzwischen fast die Hälfte der jordanischen Bevölkerung aus und nur weniger als ein Fünftel davon lebt noch in Flüchtlingslagern. Aber obwohl sie rechtlich voll anerkannte Staatsbürger Jordaniens sind, verknüpft das haschemitische Regime die Identität des Landes stets mit dem Ostufer des Jordans und versucht, die «Palästinenserschaft» eines großen Teils seiner Bevölkerung herunterzuspielen oder zu unterdrücken (auch um Behauptungen rechter Israelis zu widerlegen, Jordanien sei das eigentliche Palästina). Die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon leben meist am Rande oder außerhalb des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens, aber auch sie stehen unter scharfer politischer Kontrolle. Die kleineren palästinensischen Gemeinschaften in Saudi-Arabien, Ägypten und anderswo werden oft wie unerwünschte Gäste behandelt. Kuwait, einst Heimat einer großen und blühenden palästinensischen Gemeinde (Palästinenser machten fast ein Drittel der Bevölkerung aus), wies die meisten von ihnen aus, nachdem Jassir Arafat sich mit der PLO nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait auf die Seite des Iraks gestellt hatte. Heute sind nur noch 3 Prozent der kuwaitischen Bevölkerung Palästinenser.

Es ist daher nicht überraschend, dass sich seit den späten 1980er-Jahren der Schwerpunkt nationalen Handelns auf die Palästinenser der Westbank und des Gazastreifens verschoben hat. Wie die Erste Intifada auf dramatische Weise gezeigt hat, haben sie sich, als die PLO schwach und isoliert war, die Fähigkeit zu dauerhaftem Widerstand erhalten. In vieler Hinsicht haben der Oslo-Prozess und seine Folgen die Lage der Palästinenser verschlechtert. Das palästinensische Volk ist schmerzhafter zerrissen als je zuvor in den letzten Jahrzehnten. Gaza, unter der Kontrolle der Hamas, wird isoliert, blockiert und bombardiert, mit grauenvollen Folgen für die Bevölkerung. Und in der Westbank verfügt die Palästinensische Autonomiebehörde über genau die Art begrenzter Autonomie (über lediglich einen Teil des Territoriums), die von der PLO in den 1970er- und 1980er-Jahren als inakzeptable, neokolonialistische Alternative zur israelischen Besatzung vehement bekämpft worden war. Die unter der Vermittlung von Ägypten laufenden Verhandlungen zur Überwindung der Spaltung zwischen Fatah und Hamas blieben bislang ohne Erfolg. Die von Saudi-Arabien 2002 angestoßene Arabische Friedensinitiative scheint in Israel und den USA auf taube Ohren zu stoßen. Und die Aussicht auf einen lebensfähigen palästin-

sischen Staat in der Westbank und Gaza rückt in immer weitere Ferne, während israelische Siedlungsprojekte täglich weiter und tiefer in die Westbank und nach Ost-Jerusalem vorrücken. Die israelische Taktik der Spaltung und Unterwerfung der Palästinenser triumphiert, und die von der «Trennmauer» verkörperte Philosophie regiert allerorten.

In der Folge neigt sich die Waagschale im israelisch-palästinensischen Konflikt derzeit stark zugunsten Israels, und das zu einer Zeit, in der die israelische Regierung so sehr von Hardlinern bestimmt wird wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. In diesem Zusammenhang fällt es schwer zu begreifen, warum so viel Zeit darauf verwendet wird, die israelisch-palästinensischen Verhandlungen wiederaufzunehmen. Angesichts der Haltung der Regierung Netanjahus scheint es nicht wirklich etwas zu verhandeln zu geben. Die Arbeitspartei bildet keine ernstzunehmende politische Alternative zum *Likud* und seinen rechten Verbündeten. Aufgrund ihrer gescheiterten Politik und zahlreicher Fehlentscheidungen scheint sie ihrer Auflösung entgegen zu dümmern. Ihr momentaner Führer, Ehud Barak, ist zwar nicht sonderlich beliebt in den eigenen Reihen, aber er ist geübt darin, sich an die Macht zu klammern, und er kennt keine Skrupel, mit Netanjahu und der Rechten zusammenzuarbeiten oder ihre Politik (die größtenteils auch die seine ist) umzusetzen. Die wichtigste Oppositionspartei, *Kadima*, verkauft sich als die Partei des Friedens und der Vernunft und hat die einst von der Arbeitspartei besetzte Rolle eingenommen. Als sie jedoch an der Macht war, gelang es ihr nicht, eine Vereinbarung mit der Palästinensischen Autonomiebehörde zu treffen; und ihre militärischen Abenteuer gegen die Hisbollah im Sommer 2006 und gegen die Hamas im Winter 2008/2009 deuten darauf hin, dass ihre Führer nicht wissen, was tatsächlich geschehen muss, um den Verhandlungen eine Chance auf Erfolg zu geben. In jedem Fall hat *Kadima* zurzeit nur wenig Einfluss auf die israelische Politik, und es ist noch nicht klar, ob sie sich langfristig dort wird behaupten können.

Im Prinzip befürworten viele, vielleicht sogar die meisten Israelis immer noch eine Zwei-Staaten-Lösung (oder meinen, damit leben zu können), wenn auch nicht unbedingt eine für die Palästinenser akzeptable Vision. Für eine tatsächliche Umsetzung dieser Vision bräuchte es jedoch ernsthaften Druck aus den USA, und es käme zu heftigen Kämpfen innerhalb des politischen Systems Israels, deren Ausgang schwer vorherzusagen ist. Solange die Kosten des Status quo für die Israelis gering sind, gibt es nur wenig Gründe für oder Aussichten auf grundlegende Veränderungen in der israelisch-jüdischen Haltung oder Politik.

Unterdessen waren die Versuche der Obama-Regierung, die Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern wieder in Gang zu bringen, bisher unzureichend, wenn nicht stümperhaft. Es ist schwer zu glauben, aber verglichen mit der Krisendiplomatie der Obama-Regierung in diesem Konflikt wirkte die Bush-Regierung kompetent und seriös. Viele Israelis – und die Regierung Netanjahus – waren in den ersten Monaten von Obamas Regentschaft nervös. Sie befürchteten, der Präsident werde Israel unter Druck setzen, den Siedlungsbau dauerhaft einzufrieren und ernsthafte Verhandlungen zu führen. Aber nach einigen kraft-

losen und schlecht koordinierten Versuchen gaben die USA ihre Bemühungen mehr oder weniger auf und erlaubten Netanjahu, ein Spiel zu spielen, welches die Israelis hervorragend beherrschen: den teilweisen und zeitlich begrenzten – tatsächlich rein kosmetischen – Stopp neuer Siedlungen lediglich in der Westbank (d.h. ohne Ost-Jerusalem, wo eine aggressive, von der Regierung unterstützte Kampagne zur Judaisierung im Gange ist). Da also kein Interesse an einer Wiederaufnahme der Verhandlungen existiert, gibt die Palästinensische Autonomiebehörde ein trauriges Bild ab, und Obama wirkt hilflos. Einige Fraktionen innerhalb der israelischen Regierung sprechen von einer Vereinbarung mit Syrien, aber es erscheint zweifelhaft, dass der politische Wille vorhanden ist, die notwendige Voraussetzung zu erfüllen: den vollständigen israelischen Rückzug bis zur israelisch-syrischen Grenze von 1967.

Es scheint klar, dass nur anhaltender und ernstzunehmender amerikanischer Druck die Israelis zu seriösen, ergebnisorientierten Verhandlungen bringen kann. In absehbarer Zukunft stehen die Chancen dafür so schlecht wie nie zuvor. Die Obama-Regierung ist offenbar zu dem Schluss gekommen, dem israelisch-palästinensischen Konflikt kein nennenswertes politisches Gewicht einräumen zu wollen, und hat ihn beiseite geschoben. Damit stärkt sie die Elemente innerhalb Israels, die eine (von den USA offiziell unterstützte) Zwei-Staaten-Lösung ablehnen. Dabei ist es zu diesem späten Zeitpunkt sowieso nur noch schwer vorstellbar, wie eine solche Lösung angesichts der Situation vor Ort und der extremen Zersplitterung der Palästinenser umgesetzt werden könnte. Die Befürchtungen der Palästinenser, jeder «Staat» in der Westbank, dem Israel zustimmen würde, sei in Wirklichkeit eine Art Bantustan, scheinen äußerst gerechtfertigt.

Was bedeutet das alles? Mehr als sechzig Jahre nach 1948 finden sich die Palästinenser innerhalb und außerhalb des historischen Palästinas in einer trostlosen Situation. Die Chancen auf eine Zwei-Staaten-Lösung in absehbarer Zukunft stehen schlecht, aber verschiedene Alternativen – etwa die «Ein-Staat-Idee», der Gedanke eines vereinten arabisch-jüdischen Staates, der das gesamte historische Palästina umfasst – haben noch viel geringere Aussichten und werden auch nicht viele Anhänger finden. Möglicherweise werden die dramatischen Veränderungen in der Region, wie z.B. Regimewechsel in arabischen Schlüsselstaaten, die regionale Kräfteverteilung verändern und die USA zu einer ernsthaften Unterstützung von Verhandlungen zwingen. Das würde allerdings einen ernstzunehmenden und dauerhaften Druck auf Israel erfordern. Zurzeit ist dies jedoch weder in Sicht noch besonders wahrscheinlich. Eher wird es wegen der kontinuierlichen israelischen Unterdrückung und der Übergriffe der Siedler zu Gewaltausbrüchen vor Ort in der Westbank und/oder in Ost-Jerusalem kommen. Auch dies kann den Verlauf des Konflikts beeinflussen. Die andauernden Proteste in einigen Dörfern der Westbank wie Bil'in und Ni'lin gegen die Trennmauer werden von einigen als eine effektivere neue Methode des Kampfes gegen die Besatzung gesehen. Trotz des Muts und der Entschlossenheit der Protestierenden darf man jedoch

nicht vergessen, dass diese Proteste lokal ausgerichtet sind: gegen den Verlauf der Trennmauer und ihre Auswirkungen auf die Dorfgemeinschaften. Es ist nicht klar, wie ihr Beispiel zu einem Modell für eine umfassende Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Besatzung und für einen palästinensischen Staat aufgewertet werden kann, vor allem weil es an einer einigen nationalen Führung mit einer einheitlichen Strategie fehlt.

So wie die Dinge jetzt stehen, sehen weder die arabischen Staaten noch die USA, die Europäische Union oder die UN die Notwendigkeit, aus der augenblicklichen Sackgasse auszubrechen. Es fehlt ihnen auch die Fähigkeit dazu. Und die meisten Israelis können mit dem Status quo gut leben. Wenn sich etwas verändern soll, dann müssen es wohl die Palästinenser innerhalb des historischen Palästinas sein – die in der Westbank und im Gazastreifen natürlich, aber auch (und vielleicht besonders?) die innerhalb Israels, deren strategischer (und komplexer) Standort weit mehr Aufmerksamkeit und Analyse verdiente –, die einen Weg finden müssen, um den jetzigen toten Punkt zu überwinden und sowohl die Konturen wie auch den Verlauf des Konflikts zu verändern.

Das europäische und amerikanische Engagement für einen palästinensischen Staat

Sieben Thesen

Eins

In der internationalen Gemeinschaft hat sich in den letzten zehn Jahren eine Zwei-Staaten-Regelung als Lösungsansatz für den israelisch-palästinensischen Konflikt durchgesetzt. Dennoch hat sich die internationale Gemeinschaft für eine solche Regelung weder überzeugend engagiert, noch hat sie Entwicklungen verhindert, die eine Zwei-Staaten-Regelung letztlich unmöglich machen können.

Zu diesen Entwicklungen zählen insbesondere die Fragmentierung der palästinensischen Gebiete durch die israelische Siedlungspolitik, den Bau der Sperranlagen in der Westbank und die Isolierung Jerusalems sowie die Verfestigung der politisch-territorialen Spaltung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen.

Generell gibt es eine immense Kluft zwischen der offiziellen Rhetorik des Westens und seiner Bereitschaft, auch entsprechend zu handeln und die propagierten Positionen umzusetzen. Dies gilt einerseits in Bezug auf allgemeine Werte. Um nur ein Beispiel zu geben, das für Deutschland von besonderer Bedeutung ist: Deutschland hat sich zwar sehr dafür eingesetzt, durch die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStG) der Strafflosigkeit bei systematischen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen ein Ende zu bereiten. Es hat sich aber keineswegs dafür stark gemacht, dass die Konfliktparteien nach dem Gaza-Krieg 2008/2009 für ihre Taten entsprechend zur Verantwortung gezogen werden. Es gilt andererseits für spezifische Positionen in Bezug auf den Nahostkonflikt, wie sie in zahllosen Erklärungen der EU (etwa der Erklärung von Venedig 1980, von Berlin 1999 usw.), in George W. Bushs Zwei-Staaten-Vision von 2002 oder in der *Road Map* von 2003 zum Ausdruck kommen. Denn die internationale Gemeinschaft hat wenig getan, um konsequent entsprechend ihrer eigenen Deklarationen zu handeln. In der Tat ist der Widerspruch zwischen Deklarationen einerseits und den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, diese

umzusetzen, insbesondere deutlich geworden bei der Haltung zum Goldstone-Bericht 2009, in Bezug auf Jerusalem, die israelischen Siedlungen, die palästinensische Aussöhnung und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens. Erklärungen, Resolutionen und Vereinbarungen bleiben jedoch wirkungslos, wenn sie nicht durch konkrete und konsequente Politik umgesetzt werden.

Zwei

Der Ansatz der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Verhandlungen ist gescheitert.

Das Ziel dieses Ansatzes war und ist es, durch bilaterale Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zu einer Zwei-Staaten-Regelung zu gelangen. Dabei sollte die internationale Gemeinschaft, abgesehen von den einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, keine Vorgaben machen. Dritten Parteien, insbesondere den USA, war demnach lediglich eine Rolle als Unterstützer oder Organisator von Gesprächen zugeordnet, nicht aber die eines aktiven Vermittlers oder Mediators. Dieser Ansatz hat bislang jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis geführt und seine Erfolgchancen sind auch künftig gering. Zwar kann er insofern als gerechtfertigt angesehen werden, als er die Eigenverantwortung der Konfliktparteien in den Vordergrund stellt. Aber er vernachlässigt die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen den Parteien. Und er ist nicht dazu geeignet, den Teufelskreis von Misstrauen und Gewalt zu durchbrechen und den starken Vetogruppen in beiden Gesellschaften effektiv entgegenzuwirken. Trotz dieser Ineffektivität werden die Parteien dem politischen Kalender der USA (insbesondere dem amerikanischen Wahlzyklus) unterworfen, der ein zusätzliches Hindernis bei der Konfliktregelung darstellt und von den relevanten Fragen ablenkt.

Drei

Das Nahost-Quartett (USA, EU, Russland und UNO) wurde 2002 mit dem Ziel etabliert, die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Wiederbelebung des Friedensprozesses zu bündeln. Allerdings hat sich das Koordinationsgremium, statt Synergieeffekte hervorbringen, eher als kontraproduktiv für die Effektivität der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit dem Konflikt erwiesen.

So bewies sich das Gremium nicht als handlungsfähiges Forum des Konfliktmanagements oder der Politikkoordinierung, sondern diente eher dazu, die Rolle der USA als *main power broker* festzuschreiben. Auch führte es dazu, dass der US-amerikanische Ansatz nicht nur den Europäern, sondern auch den UN auferlegt wurde. Denn mit der Verabschiedung der sogenannten Quartett-Kriterien durch das Vierergremium wurden die UNO der Isolationspolitik gegenüber der Hamas unterworfen, bzw. sie unterwarf sich ihr vielmehr selbst. Dadurch wurden der Einfluss und das Ansehen der UNO in zweierlei Hinsicht untermi-

niert: als unparteiische Organisation, die Zugang zu allen Parteien in Konflikten haben sollte, und als Repräsentantin der Weltgemeinschaft, die per Definition nicht den Interessen eines einzelnen Landes unterworfen werden darf. Tatsächlich war Russland der einzige Quartettspartner, der das Diktum der Isolierung der Hamas zumindest zeitweise ignorierte.

Vier

Die USA und die EU haben der Arabischen Friedensinitiative von 2002 ihre Unterstützung zugesagt. Sie haben allerdings nicht ernsthaft versucht, mit den arabischen Staaten zu kooperieren und gemeinsam das Potenzial der Friedensinitiative auszuloten bzw. diese fruchtbar zu machen.

Vielmehr haben sie immer wieder bei den arabischen Staaten um Unterstützung für westliche Friedensinitiativen geworben – ohne sie als gleichberechtigte Partner einzubinden. Wichtige Beispiele hierfür waren 2007 das Werben bei den arabischen Staaten um Unterstützung des Annapolis-Prozesses, in dem sie zwar die Kulisse beim Gipfel bilden sollten, ihnen aber letztlich keine Rolle zukam, sowie der Versuch des US-Präsidenten im Jahr 2009, die arabischen Länder dazu zu bewegen, positive Signale an Israel zu senden, um so Vertrauen zu bilden und die Rahmenbedingungen für einen Neustart der Verhandlungen zu schaffen.

Darüber hinaus ermutigte der Westen in einigen Fällen die arabischen Staaten explizit dazu, sich zu engagieren, z. B., um zwischen den palästinensischen Gruppierungen zu vermitteln, und konterkarierte dann mit seiner Politik die Ergebnisse dieses Engagements. Beispielhaft hierfür war das durch Saudi-Arabien ausgehandelte Mekka-Abkommen vom Februar 2007. Dieses wurde von den USA kritisiert und zwar nicht zuletzt deshalb, weil es nicht explizit auf die Quartett-Kriterien Bezug nahm. Schlimmer war allerdings, dass der Westen die auf Grundlage des Mekka-Abkommens gebildete palästinensische Einheitsregierung durch den fortgesetzten Finanzboykott gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde (seitens der EU und den USA) und die Ausrüstung von Fatah-Milizen mit Waffen (seitens der USA) unterminierte.

Fünf

Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den Aufbau palästinensischer Institutionen und Regierungsstrukturen ist inkonsequent. Zwar betonen die Europäer, dass ihr bedeutendster Beitrag zum Frieden im Nahen Osten seit der Etablierung der Palästinensischen Autorität im Aufbau palästinensischer Regierungsstrukturen und damit in der Unterstützung für die Herausbildung eines demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates liege. Tatsächlich hatte jedoch auch für die Europäer die Fortsetzung des Friedensprozesses, unabhängig von dessen Effektivität, immer Vorrang vor palästinensischer Selbstbestimmung und vor demokratischen Reformen.

Symptomatisch für diese Haltung war die Unterstützung des autoritären Regimes von Präsident Jassir Arafat. Dieses Wohlwollen hielt so lange an, wie Arafat als Befürworter des Friedensprozesses wahrgenommen wurde, keine Minute länger. Weitere Beispiele hierfür sind die westliche Unterstützung für Präsident Mahmud Abbas, für die Fatah-dominierten Sicherheitskräfte und schließlich für Premierminister Salam Fayyad. Eine Unterstützung, die ungeachtet der Wahlniederlage der Fatah im Jahr 2006 und der Rücknahme der zuvor international geförderten Reformen, die den Premierminister gegenüber dem Präsidenten stärken sollte, gewährt wurde.

Als unzweckmäßig erwies sich zudem der Versuch der internationalen Gemeinschaft seit dem Amtsantritt der Hamas-geführten Regierung im März 2006, Hilfgelder durch immer kompliziertere Mechanismen an der Palästinensischen Autonomiebehörde vorbeizuschleusen. Sie führte zu einer Schwächung der Regierungsinstitutionen und förderte die direkte Abhängigkeit der Bevölkerung von internationaler Fürsorge.

Weiterhin hat die internationale Gemeinschaft keinen Wert darauf gelegt, dass die Palästinenser zu einer verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren – spätestens seit Januar 2010 mangelt es den palästinensischen Regierungsinstitutionen an Legitimität, weil ihre Amtszeit (Präsident) bzw. Legislaturperiode (Parlament) abgelaufen ist oder weil sie von vorneherein nicht durchs Parlament bestätigt wurden (beide Regierungen). Die Europäer sollten sich dessen bewusst sein, dass unter diesen Umständen keine legitimen Institutionen geschaffen werden können. Solange es kein funktionierendes Parlament und keine unabhängige Gerichtsbarkeit gibt, wird auch kein Rechtsstaat entstehen können. Auch wird das von den Europäern angebotene Menschenrechtstraining für die palästinensische Zivilpolizei letztere nicht in einen legitimen und respektierten Akteur verwandeln, solange sie nicht demokratischer Kontrolle unterworfen ist und sie nicht als unparteiischer Akteur wahrgenommen wird, der in allererster Linie palästinensischen Sicherheitsinteressen dient. Letztlich lässt sich der Anspruch, demokratische Institutionen aufzubauen, nicht mit einem Friedensprozess vereinen, der nicht zur Unabhängigkeit führt. Daher ist auch die Begeisterung der internationalen Gemeinschaft über den sogenannten Fayad-Plan und seinen Ansatz der Institutionen- und Staatsbildung fehlgeleitet – es sei denn, die internationale Gemeinschaft würde sich konsequent dafür einsetzen, die Hindernisse für eine nachhaltige palästinensische Entwicklung und für die palästinensische Unabhängigkeit aus dem Weg zu räumen.

Sechs

Die Politik der EU und USA gegenüber dem Gazastreifen und die Isolation der Hamas haben sich als kontraproduktiv erwiesen.

Die Blockade, die Israel nach der Entführung des israelischen Soldaten Shalit im Juni 2006 über das Gebiet verhängt hatte und die nach der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen im Juni 2007 weiter verschärft wurde, ist von Ägypten,

der Autonomiebehörde und implizit auch von der internationalen Gemeinschaft mitgetragen worden. Sie hat nach dem Krieg von 2008/2009 den Wiederaufbau verhindert und die Bevölkerung nahezu vollständig von internationaler Hilfe und der Tunnelwirtschaft abhängig gemacht. Dadurch hat sie dazu beigetragen, dass die Hamas ihre Kontrolle über das Gebiet und die Bevölkerung des Gazastreifens festigen konnte – und damit auch dazu, die Spaltung zwischen Westbank und Gazastreifen zu vertiefen und damit die Hindernisse auf dem Weg zu palästinensischer Staatlichkeit zu vergrößern.

Sieben

Mit ihrem zögerlichen und widersprüchlichen Ansatz zur Zwei-Staaten-Lösung haben die USA und die EU ihren eigenen Interessen zuwidergehandelt.

Gerade die Deutschen sollten sich die Frage stellen, ob sie auf diese Art und Weise tatsächlich ihrer historischen Verantwortung gerecht werden. Es stellt sich auch die Frage, ob den Sicherheitsrisiken für Europa, die von einer Region ausgehen, mit denen die EU direkte Seegrenzen hat und die durch den andauernden Konflikt immer weiter angeheizt werden, angemessen begegnet wird. Und es ist zu fragen, ob die zögerliche Haltung förderlich für die Beziehungen zu Muslimen ist, sei es in benachbarten Staaten, sei es in Europa selbst – Beziehungen, die ohnehin bereits durch die Wahrnehmung eines «Zusammenpralls der Kulturen» schweren Schaden genommen haben. Diese Wahrnehmung wird durch das Andauern des Konfliktes und unterschiedliche europäische Standards beim Umgang mit den Konfliktparteien weiter verstärkt. Trägt die zögerliche und widersprüchliche Haltung der EU und der USA außerdem dazu bei, gute Beziehungen zu den ressourcenreichen arabischen Staaten und Iran zu etablieren und zu festigen, die notwendig sind, um Europas Energiesicherheit und moderate Energiepreise zu gewährleisten? Die Antwort auf diese Frage ist eindeutig: Das Andauern des Konflikts liegt weder im europäischen noch im amerikanischen Interesse. Theoretisch bildet genau diese Erkenntnis die Grundlage des westlichen Engagements für Frieden im Nahen Osten. In der Praxis jedoch haben sich andere Interessen durchgesetzt.

Wie weiter?

Wie aber kann es nun weitergehen? Amerikaner und Europäer haben die Wahl: Sie können sich zurücklehnen und sich damit begnügen, den Konflikt zu managen und damit auch weiterhin Steuergelder ineffizient einzusetzen, oder sie übernehmen Verantwortung für eine Konfliktregelung. Das würde bedeuten, sich ernsthaft und konsistent für eine Zwei-Staaten-Regelung einzusetzen und einem Friedensschluss Priorität in ihren Beziehungen zu Israel und den Palästinensern einzuräumen. Wenn Amerikaner und Europäer nicht zuletzt ihren eigenen Interessen dienen wollen, sollten sie sich dabei auf drei Hauptpunkte konzentrieren:

a) *Vermittlung und Anreize*: Die USA wollen indirekte Gespräche zwischen Israel und den Palästinensern initiieren, um den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen. Für einen Erfolg bräuchte es jedoch einen sehr viel engagierteren Ansatz. Denn eine erneute Verhandlung über die Grundzüge einer Zwei-Staaten-Regelung wäre reine Zeitverschwendung. Denn sie liegen mit den sogenannten Clinton-Parametern vom Dezember 2000, den Ergebnissen der Verhandlungen von Taba im Januar 2001 und dem inoffiziellen Genfer Abkommen vom Herbst 2003 längst vor: zwei Staaten auf Basis der Grenzen von 1967, ein geeintes Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, eine Kompromisslösung für die Flüchtlinge, die das Rückkehrrecht umsetzt, ohne die israelische Souveränität zu beeinträchtigen etc. Auch zwischen Syrien und Israel sind die Grundzüge eines Abkommens bereits ausgehandelt und in offiziellen und inoffiziellen Gesprächen weiter detailliert worden. Vorschläge, wie die beiderseitigen Interessen in Bezug auf den Zugang zu den Golanhöhen und den Zugriff auf ihre Ressourcen vereinbart werden könnten, liegen auch auf dem Tisch. Auch hier wären weitere Interimsvereinbarungen nicht vorwärtsweisend.

Was jetzt gebraucht wird, sind Verhandlungen mit einem klaren Referenzrahmen, die durch eine engagierte und konsequente Vermittlung vorangetrieben werden, die den Konfliktparteien aktiv hilft, ihre Differenzen zu überwinden. Zu einem solchen Ansatz würden die Vorlage einer Blaupause für ein Endstatus-Abkommen seitens der internationalen Gemeinschaft sowie konkrete Angebote für eine internationale Truppenpräsenz, die die Umsetzung eines Abkommens begleitet und einen Frieden absichert, gehören. Weiterhin sollte konkrete Unterstützung angeboten werden, um Differenzen zwischen den Parteien in Bezug auf den Endstatus zu überwinden – etwa, was das Rückkehrrecht der Flüchtlinge angeht.

Ein solcher Ansatz verlangt, dass die Mitglieder des Nahost-Quartetts bereit sind, Verhandlungen über die Einzelheiten eines Endstatus-Abkommens voranzutreiben und die Nichteinhaltung von Vereinbarungen sowie die Anwendung von Gewalt konsequent zu sanktionieren. In diesem Zusammenhang sollten Europäer und Amerikaner über positive und negative Anreize nachdenken, die geeignet sind, das Verhalten der Parteien zu beeinflussen. Dabei sollte es darum gehen, die Kosten von Besatzung und Gewaltanwendung zu erhöhen und gleichzeitig positive Anreize für eine Konfliktregelung zu setzen. Für die EU könnte das beispielsweise bedeuten, den im Dezember 2008 grundsätzlich beschlossenen Ausbau der Beziehungen zu Israel im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) von einer vollständigen Einstellung des Siedlungsbaus und konkreten Schritten zur Beendigung der Besatzung abhängig zu machen.

b) *Gaza und Hamas*: Eine dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge zum Gazastreifen, wie sie das 2005 von US-Außenministerin Condoleezza Rice ausgehandelte *Agreement on Movement and Access* vorsieht, sollte eine weitere Priorität der Bemühungen der USA und der EU sein. Denn eine dauerhafte und zuverlässige Grenzöffnung gehört zu den elementaren Voraussetzungen für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung im Gazastreifen. Die Europäer

rühmten sich, mit der Entsendung ihrer Grenzmission (EUBAM Rafah) einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet zu haben, den israelischen Abzug aus dem Gazastreifen auch in einen Erfolg für die ansässige Bevölkerung zu verwandeln. Jetzt sollten sie zu einem Ende der Blockade beitragen und auf ein erneutes Abkommen drängen, das die permanente Öffnung aller Grenzübergänge ermöglicht.

Dies wird ohne eine Vereinbarung mit der De-facto-Regierung im Gazastreifen kaum gelingen. Auch wird Fatah und Hamas keine andere Wahl bleiben als zu kooperieren, um den innenpolitischen Stillstand zu durchbrechen und Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen zu ermöglichen. Letztlich ist eine solche Zusammenarbeit auch eine notwendige Voraussetzung dafür, dass europäische Bemühungen, den Aufbau palästinensischer Regierungs- und Sicherheitsorgane zu unterstützen, erfolgreich sein können. Das bedeutet für den Westen, dass er Gespräche über eine nationale Aussöhnung und ein neues, wenn auch begrenztes, Machtteilungsarrangement zwischen Fatah und Hamas nicht blockieren, sondern im Gegenteil entschieden unterstützen sollte. Es bedeutet auch, dass der Westen dazu bereit sein sollte, mit einer palästinensischen Übergangsregierung oder einem anderen Arrangement zu kooperieren, das von allen relevanten politischen Gruppierungen getragen wird.

c) *Rechtsstaatlichkeit und internationales Recht*: Es sollte ein kollektives Anliegen der internationalen Gemeinschaft sein, ohne Diskriminierung oder Präferenzen internationales Recht, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte sowie die Achtung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen sicherzustellen. Wenn der Westen sich seine Glaubwürdigkeit als Verfechter dieser Normen und Werte bewahren will, muss er sein Handeln mit seiner Rhetorik in Einklang bringen. Er sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass ein tragfähiges Friedensabkommen im Nahen Osten nicht auf Strafflosigkeit, grobem Unrecht oder fortgesetzter Dominanz gründen kann. Aus diesen Einsichten sollte sich ergeben:

- ein konsequenter Umgang mit Produkten aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten;
- die Unterstützung einer gründlichen und unabhängigen Untersuchung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts und von Kriegsverbrechen während des Gaza-Krieges 2008/2009, deren beide Seiten beschuldigt werden (wie sie unter anderem vom sogenannten Goldstone-Bericht gefordert wurde);
- eine Politik, die mit dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004 bezüglich des Verlaufs der Sperranlagen in der Westbank konform ist.

Ignoranz und Manipulation

Zum internationalen Einfluss auf palästinensische Politik

Man ist geneigt, eine Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt für nicht machbar zu halten. Die USA und die internationale Gemeinschaft stehen vor zahllosen Hindernissen für eine solche Übereinkunft, darunter mangelndes Vertrauen auf beiden Seiten, der andauernde israelische Siedlungsbau und die Spaltung zwischen palästinensischen säkularen Nationalisten und Islamisten. Für einen neuen Ansatz müssen die verschiedenen Probleme entwirrt werden. Außerdem müssen wir uns damit auseinandersetzen, inwiefern bisherige US-Strategien dazu beigetragen haben und wie die USA den Parteien helfen können, sich selbst zu befreien.

US-Präsident Barack Obama nannte Spaltungen innerhalb des israelischen wie des palästinensischen Lagers – «das politische Umfeld, die Art ihrer Koalitionen oder die Spaltungen innerhalb ihrer Gesellschaften» – zu Recht als Gründe für das Scheitern der ersten Friedensbemühungen seiner Regierung im Januar 2010.¹ Was Obama jedoch nicht sagte, war, dass die USA eine gewisse Verantwortung für diese Probleme tragen. In den letzten zwanzig Jahren hat Washington im Umgang mit der palästinensischen Innenpolitik schwere Fehler begangen. Mal ignorierte man sie, mal versuchte man, sie zu manipulieren, mit gleichermaßen desaströsen Ergebnissen. Früher versuchten die USA, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) auszugrenzen; heute ist es die islamische Widerstandsorganisation Hamas. Wie begründet die Sorge über eine Verbindung zwischen Hamas und Terrorismus auch sein mag, die Organisation kann nicht aus der Welt oder von der politischen Bühne gedrängt werden.

Die Spaltung zwischen Fatah und Hamas ist nur die jüngste Folge eines seit langem bestehenden Problems. Die internationale Gemeinschaft verhält sich ambivalent in der Frage, ob die Palästinenser ihre eigenen Führer wählen dürfen. Seit ihrer Gründung 1964 musste die PLO um internationale Anerkennung kämpfen, zum Teil wegen der Verwendung terroristischer Mittel. 1974 wurde sie von den arabischen Staaten als «alleinige, rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes» anerkannt. 1988 akzeptierte eine Mehrheit der

1 Joe Klein, Q & A: Obama on his first year in office, in: *Time Magazine*, 21. Januar 2010.

UN-Mitglieder einen selbsternannten palästinensischen Staat, Israel und die USA jedoch erkannten die PLO erst 1993 als rechtmäßige Führung an. 1996 hielten die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ab, eine Folge der Vereinbarungen von Oslo I und II, die ihren Institutionen erstmals demokratische Legitimität verliehen.

Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die USA, förderten den Aufbau palästinensischer Regierungsinstitutionen anfänglich sowohl finanziell als auch personell. Man ging davon aus, dass diese Unterstützung kurzfristig bleiben würde, etwa fünf Jahre, bis die Verhandlungen die noch ausstehenden Fragen zwischen Israel und den Palästinensern geklärt hätten. Dieser kurzfristige Ansatz beim Aufbau von Institutionen hatte jedoch verheerende Folgen. Die internationale Gemeinschaft unter Führung der USA nahm in den entscheidenden frühen 1990er-Jahren die Bildung palästinensischer Regierungsinstitutionen nicht ernst genug. Später versuchte man, sie als Kontrollinstrument zur Auswahl von Führungspersönlichkeiten zu missbrauchen. Nach mehr als fünfzehn Jahren wechselnder Missachtung und Manipulation – und ohne Friedensabkommen – sind wichtige palästinensische Institutionen wie das Parlament zusammengebrochen.

Warum sind palästinensische Institutionen so wichtig? Kann man die Institutionen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) nicht auch ohne Wahlen aufrechterhalten? Wäre es nicht einfacher, mit der jetzigen Führungsspitze der PLO ein Friedensabkommen zu schließen, das in einem Referendum oder etwas Ähnlichem die Unterstützung des Volkes erhält? Der Glaube, dass der Frieden unmittelbar bevorstehe und die palästinensische Politik hingehalten werden könne und müsse, bis dieser Frieden erreicht worden sei, zeigt genau die Art von kurzfristigem Denken, welche die palästinensische Führung paralyisiert und zu der zerstörerischen Entzweiung mit Hamas geführt hat.

In freiem politischem Wettstreit gewählte Institutionen bilden eine friedliche Möglichkeit, Differenzen beizulegen und Entscheidungen zu treffen, die von den Bürgern getragen werden. Rechtsstaatliche Institutionen können meist nicht ohne eine oder vor einer grundlegenden politischen Einigung aufgebaut werden, die alle wichtigen politischen Kräfte eines Landes vereint.² Palästinensische Führer wie Mahmud Abbas und sein Vorgänger Jassir Arafat haben deutlich gemacht, dass sie kein Friedensabkommen unterzeichnen werden, das keine klare Unterstützung in allen palästinensischen Gebieten findet. Inzwischen dürfte klar geworden sein, dass ein solches Abkommen nicht unmittelbar bevorsteht. Die USA sollten diese Fragen daher strategischer angehen.

Die Vernachlässigung des langfristigen Aufbaus staatlicher Institutionen in Palästina ist zumindest teilweise der Neigung von Politikern und Diplomaten zuzuschreiben, sich auf akute Krisen zu konzentrieren. Außerdem befürchten einige US-Politiker, die Palästinenser könnten, wie bei den Parlamentswahlen

2 Thomas Carothers, The 'Sequencing' Fallacy, in: *Journal of Democracy*, Jhrg. 18. Nr. 1 (Januar 2007), S. 12-27.

im Januar 2006, Politiker wählen, die nicht mit Israel verhandeln wollen (oder mit denen Israel nicht verhandeln will). Der Sieg der Hamas stellte ein ernstes Problem für die USA dar, die ihre Steuergelder keiner Gruppierung zukommen lassen konnten, die vor dem amerikanischen Gesetz als terroristische Organisation gilt. Aber die Reaktion der USA machte aus einer schwierigen Situation eine dramatische. In ihrer unbeirrten Suche nach einer Verhandlungslösung und einem kooperativen palästinensischen Partner verweigern die USA eine realistische Sichtweise der palästinensischen Politik und vereitelten so – mal unbewusst, mal ganz gezielt – die Entstehung palästinensischer Institutionen, die in der Lage wären, Differenzen friedlich beizulegen.

Das Erbe der 1990er-Jahre: Vernachlässigung des Aufbaus notwendiger Institutionen

Der Umgang der Bush-Regierung mit den Parlamentswahlen von 2006 ist von vielen kritisiert worden. Die Unfähigkeit Washingtons, die Auswirkungen der palästinensischen Politik richtig einzuschätzen, geht jedoch viel weiter zurück. Von 1993, dem Jahr der ersten Osloer Vereinbarung, bis 2000, als die Friedensverhandlungen nach Beginn des zweiten palästinensischen Aufstands zusammenbrachen, ignorierten die USA den Schaden, den Arafats Verhalten den entstehenden palästinensischen Institutionen zufügte. Arafat untergrub den Palästinensischen Legislativrat (PLC), schuf zahlreiche Sicherheitsdienste und erlaubte Menschenrechtsverletzungen und Korruption. Die Gelegenheit, mit dem Aufbau staatlicher Institutionen für einen zukünftigen palästinensischen Staat – oder ein «palästinensisches Gemeinwesen», wie es in amerikanischer Diplomatsprache damals hieß – zu beginnen, wurde in den 1990er-Jahren verpasst.

Die amerikanische Strategie bestand darin, Arafat in der neu geschaffenen PA solange schalten und walten zu lassen wie er mit den USA und Israel im Kampf gegen den Terrorismus und bei der Fortsetzung der Verhandlungen zusammenarbeitete. Mit dem Thema vertraute Diplomaten warnten die Beamten in Washington vor den gefährlichen Folgen, sollte man Arafat erlauben, Legislative und Judikative der PA zu unterminieren. Aber in Washington war man nach Aussagen eines ehemaligen US-Diplomanten «auf diesem Ohr taub» und stets mit der Beilegung zahlreicher kurzfristiger Sicherheitskrisen beschäftigt, um Israel am Verhandlungstisch zu halten.³ «Wir haben die Sorge um die Staatsführung und die Korruption für einen stabilen Friedensprozess verkauft», gestand ein ehemaliger US-Vermittler später ein.⁴

Zwei Episoden aus den 1990er-Jahren zeigen, wie die USA daran beteiligt waren, die Institutionen der neuen PA zu untergraben. So drängte man auf die Schaffung von Staatssicherheitsgerichten, die das neugeschaffene palästinensi-

³ Edward Abington (ehemaliger amerikanischer Generalkonsul in Jerusalem) im Gespräch mit der Autorin, 9. Oktober 2009.

⁴ Aaron David Miller (ehemaliger amerikanischer Berater für arabisch-israelische Beziehungen) im Gespräch mit der Autorin, 14. Oktober 2009.

sche Rechtssystem umgehen, um Personen, die verdächtigt wurden, terroristische Anschläge zu planen oder auszuführen, schneller bestrafen zu können. Der Anfang 1995 durch eine Verfügung errichtete Oberste Sicherheitsgerichtshof war rechtlich unantastbar und hielt Schnellprozesse ab, oft spät in der Nacht, nur Stunden nach der Verhaftung eines Verdächtigen. Im März 1995 lobte Vizepräsident Al Gore diesen Gerichtshof als «wichtigen Schritt, um das allseitige Vertrauen in den Friedensprozess und in die Bemühungen beider Seiten zu stärken, die Gewalt zu kontrollieren, den Terrorismus zu stoppen und die Feinde des Friedensprozesses zu besiegen».⁵

Zwar galt der Gerichtshof offiziell als Reaktion der PA auf israelische Sicherheitsbedürfnisse; Arafat hatte jedoch noch mindestens zwei weitere Gründe für seine Einrichtung. Erstens ermöglichte der Gerichtshof es der PA, die politisch heikle Situation zu vermeiden, einen Palästinenser, der eines Verbrechens gegen israelische Soldaten oder Siedler verdächtigt wurde, an Israel ausliefern zu müssen. Nach dem Gaza-Jericho-Abkommen von 1994 konnte Israel eine solche Auslieferung verlangen. Zweitens erlaubte es der Gerichtshof Arafat, politisch heikle Fälle, die oft nichts mit Terrorismus zu tun hatten, schnell, unbarmherzig und unter Umgehung der Verfahrensgarantien des entstehenden palästinensischen Rechtssystems zu erledigen. *Amnesty International* und *Human Rights Watch* haben die Menschenrechtsverletzungen des Gerichtshofes umfangreich dokumentiert, dessen Entstehungsgrund (laut *Human Rights Watch*) «starker Druck vonseiten Israels und der USA auf Präsident Arafat [war], antiisraelische Gewalt militanter Gruppierungen zu verhindern und zu bestrafen».⁶

Der Experte für arabisches Recht Nathan J. Brown bezeichnete den palästinensischen Sicherheitsgerichtshof selbst im Vergleich mit Militär- und Sicherheitsgerichten anderer arabischer Staaten als «unverfroren und skrupellos». Diese Gerichte beachten im Allgemeinen «mehr Verfahrensgarantien und nehmen sich mehr als ein paar Stunden Zeit für ihre Arbeit».⁷ Hier wurde die Gelegenheit, eine glaubwürdige Institution aufzubauen und Rechtsstaatlichkeit – ein langfristiges Ziel – zu wahren, von dem kurzfristigen Bedürfnis, terroristischen Bedrohungen des Friedensprozesses rasch zu begegnen, sabotiert. Der amerikanische Fokus auf das kurzfristige Ziel bestärkte Arafat auf seinem schon von anderen arabischen Führern eingeschlagenen Weg zum autoritären Staat.

Ein zweites Beispiel mit weiterreichenden Auswirkungen war die fehlende Unterstützung der USA für den Palästinensischen Legislativrat (PLC). Die Oslo-II-

- 5 Mary Curtius, Gore meets Arafat, announces plan to use U.S. aid to create jobs, in: *Los Angeles Times*, 25. März 1995.
- 6 Human Rights Watch, *Palestinian Self-Rule Areas – Human Rights Under the Palestinian Authority*, New York: Human Rights Watch, 1. September 1997, Bd. 9, Nr. 10, S. 25. Amnesty International, *Trials at Midnight: Secret, Summary Unfair Trials in Gaza*, London: Amnesty International, Juni 1995. Amnesty International, *Five Years after the Oslo Agreement: Human Rights Sacrificed for 'Security'*, London: Amnesty International, September 1998.
- 7 Nathan J. Brown, *Resuming Arab Palestine*, Berkeley, Kalifornien: University of California Press 2003, S. 41.

Vereinbarungen vom September 1995 hatten Wahlen zur Errichtung dieses Rates gefordert, «damit die Palästinenser in der Westbank, Jerusalem und im Gazastreifen in demokratischer Wahl rechenschaftspflichtige Abgeordnete wählen können». Genauer hieß es, die Wahlen sollten «eine demokratische Basis bilden, für die Schaffung palästinensischer Institutionen».⁸ Der Rat sollte sowohl legislative als auch einige exekutive Funktionen haben. So sollte er aus seinen Mitgliedern eine «exekutive Autorität» bilden (z.B. ein Kabinett), der ein separat gewählter Präsident Mitglieder hinzufügen konnte. Obwohl die PA kein souveräner Staat war – damals hatten sich die USA noch nicht öffentlich für die Schaffung eines solchen Staates ausgesprochen –, implizierte die Vereinbarung die Anerkennung eines von Locke formulierten Prinzips: «...das erste und grundlegende positive Gesetz aller Gemeinwesen ist die Errichtung einer Legislative.»⁹

Arafat unterlief den PLC von Anfang an. Er weigerte sich, wichtige Gesetze zu unterzeichnen, und bestand auf der Abhaltung breit angelegter Führungstreffen mit Vertretern vieler politischer Gruppen und gesellschaftlicher Organisationen, die die Gewaltenteilung verwischten. Der Abgeordnete Ziad Abu Amr sagte: «Wenn der PLC die Verkörperung der Institutionalisierung ist, dann ist Arafats Führungsstil die Antithese dieser Institutionalisierung sowie der Konzepte von Gewaltenteilung und der Teilung der Macht.»¹⁰ Und das, obwohl damals fast nur säkulare Nationalisten im PLC saßen, die seine weitgefassten Ziele unterstützten, da die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) die Wahlen von 1996 boykottiert hatte, um damit ihre Ablehnung der Osloer Vereinbarungen zu unterstreichen.

Schon vor den Wahlen zum ersten PLC im Januar 1996 (zeitgleich mit Arafats Wahl zum Präsidenten der PA) arbeiteten palästinensische Rechtsexperten an einem Grundgesetz, das als rechtlicher Rahmen für die Interimszeit dienen und das in den palästinensischen Gebieten herrschende juristische Flickwerk vereinfachen sollte. Das auch als Oslo II bekannte Interimsabkommen zur Westbank und Gaza vom September 1995 beauftragte den zu wählenden «Palästinensischen Rat» explizit damit, ein Grundgesetz zu verabschieden. Abgeordnete des PLC machten sich umgehend an die Arbeit. Dabei stützten sie sich auf den in Umlauf befindlichen Entwurf eines Grundgesetzes und zogen palästinensische und ausländische Rechtsexperten zu Rate. Arafat war der Ansicht, die PLO und nicht der PLC solle das Gesetz entwerfen, damit es für alle Palästinenser auf der Welt gültig sei. Zu der Zeit aber war die Sache schon ins Rollen gekommen. 1997 diskutierte und verabschiedete der PLC das Gesetz und legte es dem damaligen Präsidenten Arafat zur Unterschrift vor.

Da seine Versuche, den PLC politisch oder verfahrenstechnisch auszuhebeln, gescheitert waren, griff Arafat auf eine klassische bürokratische Strategie

8 *The Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip*, 28. September 1995.

9 John Locke, *Second Treatise on Civil Government*, 11. Kap. Absatz 134.

10 Ziad Abu Amr, *The Palestinian Legislative Council: A Critical Assessment*, in: *Journal of Palestine Studies*, Bd. 26, Nr.4 (Sommer 1997), S. 94.

zurück: die Verzögerung. Er weigerte sich, das Gesetz zu unterzeichnen oder es auch nur zu diskutieren. Der Präsident des PLC bat den Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Ziad Abu Zayyad, den Generalsekretär Rawhi Fattuh und andere Abgeordnete, sich mit Arafat zu treffen und ihm klar zu machen, wie wichtig es sei, das Gesetz zu unterzeichnen. Das Gespräch lief nicht gut.

«Zwei Stunden lang umschiffte Arafat das Thema, er erzählte Geschichten usw.», berichtete Abu Zayyad. «Schließlich fragte ich ihn direkt, «Wollen Sie ein Grundgesetz oder nicht?» Er weigerte sich zu antworten. Rawhi sagte zu mir, «Er will es nicht. Lass uns gehen.» Arafat waren alle Institutionen und Gesetze suspekt», meinte Abu Zayyad. «Er vertraute niemandem und wollte die gesamte Macht in seinen eigenen Händen behalten.»¹¹

Obwohl die USA und Europa damals einen enormen Einfluss auf Arafat hatten, waren sie dem PLC keine echte Hilfe bei dem Versuch, ihn zu überzeugen, das erstaunlich liberale Grundgesetz zu akzeptieren. Fast die gesamte Finanzierung der PA stammte aus ausländischen Quellen (laut dem Planungsministerium der PA ca. 100 Millionen Dollar jährlich aus den USA und 125 Millionen Dollar von europäischen Geldgebern¹²) sowie aus Steuern, die Israel einzog und an Arafat persönlich weiterleitete. Die USA lehnten das Grundgesetz keineswegs ab – tatsächlich hatten sie Experten bezahlt, die bei dem Entwurf mitgearbeitet hatten –, aber seine Verabschiedung war für sie nicht wichtig genug, um sich mit Arafat ernsthaft darüber zu streiten. Die Botschaft, die bei ihm ankam, war, dass nur zwei Dinge wirklich zählten: die Fortsetzung der Verhandlungen und die Befriedigung von Israels Sicherheitsbedürfnissen.

Bis 2002 lag das Grundgesetz in Arafats Ablage. Nach dem Abbruch der Verhandlungen war der zweite palästinensische Aufstand ausgebrochen, die EU stand der autoritären Politik Arafats zunehmend kritisch gegenüber, und die USA interessierten sich plötzlich für palästinensische Reformen und den Aufbau von Institutionen, um den problematischen palästinensischen Präsidenten zu umgehen. Aber inzwischen hatte man der Institution PLC und der PA als funktionierendem Gebilde beträchtlichen Schaden zugefügt. In diesen entscheidenden fünf Jahren hatte das Fehlen eines Grundgesetzes die Entwicklung echter Beziehungen zwischen der Exekutive, der Legislative und den rechtsprechenden Teilen der PA verhindert. Der PLC-Abgeordneten Hanan Ashrawi zufolge «existierte in den 1990er-Jahren keine Gewaltentrennung. Arafat behandelte den PLC und die PA wie eine Einheit.»¹³ Der PLC-Abgeordnete Ziad Abu Amr meinte, die Verachtung, mit der Arafat die Legislative belegte, habe zu ihrer Marginalisierung geführt. Für jedermann war ersichtlich, dass die Demokratie Arafat nichts bedeutete und er Wahlen und der Errichtung des PLC lediglich zugestimmt hatte, damit

11 Ziad Abu Zayyad (Mitglied des Palästinensischen Legislativrats und ehemaliger palästinensischer Staatsminister) im Gespräch mit der Autorin, Ramallah, 18. Oktober 2009.

12 Miftah, *Fact sheet: The Palestinian Authority's Sources of Funding*, Februar 2006, abrufbar unter www.miftah.org/Doc/Factsheets/MIFTAH/English/PA_Sources_of_Funding2.pdf

13 Hanan Ashrawi (Mitglied des Palästinensischen Legislativrats) im Gespräch mit der Autorin, Ramallah, 18. Oktober, 2009.

auch die anderen Punkte von Oslo II umgesetzt würden: der israelische Rückzug aus weiteren Gebieten der Westbank und die Ausweitung des Machtbereichs der PA.¹⁴ Die Episode um das Grundgesetz zeigt daher einerseits Arafats Entschlossenheit, die Geschäfte auf der Basis persönlicher Ad-hoc-Entscheidungen zu führen, sowie andererseits die Bereitschaft der internationalen Geldgeber, ihn gewähren zu lassen – ein Ansatz, den sie wenige Jahre später verwerfen werden.

Einmischung: Die Manipulation palästinensischer Politik 2000-2008

Im Januar 2001 nahm die US-Regierung Präsident Bushs ihre Amtsgeschäfte mit einer radikal veränderten Vorstellung von den Problemen im Nahen Osten auf. Schon vor den Terroranschlägen vom September 2001, aus denen die Bush-Doktrin der Präventivschläge und der Verbreitung der Demokratie hervorging, erklärten führende Regierungsmitglieder, dass sie die Auffassung ihrer Vorgänger von der zentralen Bedeutung des arabisch-israelischen Konflikts und der US-Diplomatie nicht teilten. Für sie wurde die Region (insbesondere der Irak, der Iran und Syrien) von Unruhestiftern heimgesucht. Man hielt es für sinnlos, regionale Konflikte lösen zu wollen, solange diese Akteure Öl in die Flammen gossen. Das klassische Beispiel einer solchen Einmischung in der Region war der Bericht, der irakische Führer Saddam Hussein zahle jeder Familie eines palästinensischen Selbstmordattentäters 25.000 Dollar.¹⁵

Darüber hinaus war die Bush-Regierung der Ansicht, das Scheitern des Gipfels von Camp David II im Sommer 2000 habe gezeigt, dass weder Palästinenser noch Israelis die für einen Frieden notwendigen schwierigen Entscheidungen getroffen hätten. Der Ausbruch der Gewalttätigkeiten im Herbst jenes Jahres und der Verdacht, dass Arafat, obwohl er dem Terrorismus zehn Jahr zuvor abgeschworen hatte, die Angriffe insgeheim ermutigte, trugen dazu bei, dass die Bush-Regierung von der Notwendigkeit eines völlig neuen Ansatzes überzeugt war. Die Terroranschläge vom September 2001 ließen die Sensibilität auf ein Höchstmaß ansteigen. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war im Januar 2002 die *Karine A*, ein den Israelis in die Hände gefallenes Schiff voller Waffen, die der Iran der PA offenbar für den Aufstand geliefert hatte.

Als Bush und andere US-Politiker in Arafat keinen brauchbaren Friedenspartner mehr sahen, bereuten sie allmählich, dass die USA so wenig zum Aufbau der nicht exekutiven Bereiche der PA beigetragen hatten, die seine Macht als Präsident hätten eingrenzen können. Jetzt konzentrierte man sich auf den PLC und das Kabinett, das sich nach den Vorgaben von Oslo II hauptsächlich aus PLC-Abgeordneten zusammensetzen sollte. Die Durchführung der überfälligen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen lehnte man jedoch ab, da man befürchtete, ein erneutes Mandat der Wähler könne Arafat stärken. Angesichts

¹⁴ Ziad Abu Amr (1997), S. 93.

¹⁵ Ken Layne, Saddam Pays 25K for Palestinian Bombers, *Fox News*, 26. März 2002, abrufbar unter <http://foxnews.com/story/0,2933,48822.html>

des anhaltenden Aufstands ließ sich eine Verschiebung problemlos rechtfertigen.

Im Juni 2002 verkündete Bush in einer Rede zwei wichtige Veränderungen in der amerikanischen Palästinalpolitik. Zunächst erklärte er die ausdrückliche Unterstützung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Damit verabschiedete er sich von der seit 1967 geltenden ängstlichen Weigerung der USA, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Zweitens machte er deutlich, dass die USA nicht länger mit Arafat verhandeln würden. Er rief die palästinensischen Wähler auf, «neue Führer zu wählen, Führer, die nicht vom Terrorismus kompromittiert sind», und «eine funktionierende Demokratie aufzubauen, die auf Toleranz und Freiheit basiert». Er unterstrich die Notwendigkeit der Reform palästinensischer Institutionen, um die Demokratie voranzutreiben und Korruption und Terrorismus zu bekämpfen.¹⁶

Paradoxerweise akzeptierte Bush in seiner Rede die Tatsache, dass die Palästinafrage nur durch die Schaffung eines Staates gelöst werden kann, während er eine andere negierte. Seine Weigerung, mit dem zwar verhassten, aber doch gewählten Führer der Palästinenser zu verhandeln, warf die USA auf die Zeit vor Beginn der amerikanischen Kontakte zur PLO 1988 zurück. Arafat war 1996 zum Präsidenten gewählt worden, und obwohl der Aufstand Neuwahlen bis dahin verhindert hatte, besaß er immer noch genügend Popularität für eine Wiederwahl. Aber anders als in den 1970er- und 1980er-Jahren, als die Weigerung der Amerikaner, mit der PLO zu reden, ihnen die Möglichkeit verschloss, sich in Palästina einzusetzen, verfügte Washington 2002 über weitreichende Kontakte zu Palästinensern in der Westbank und Gaza und konnte durch Diplomatie und Hilfsprogramme Einfluss auf die dortige Innenpolitik nehmen.

Von Mitte 2002 bis zu Arafats Tod im November 2004 unternahmen amerikanische Politiker verschiedene Versuche, das Machtverhältnis zwischen dem palästinensischen Präsidenten und anderen Institutionen zu verschieben. Zunächst bemühte man sich (in Zusammenarbeit mit dem 2002 ernannten Finanzminister Salam Fayad) intensiv um eine verstärkte finanzielle Rechenschaftspflicht und Transparenz sowie um Reform und Ausbildung der Sicherheitsdienste. Außerdem drängte man die Abgeordneten, das Grundgesetz zu überarbeiten, um die Macht des Präsidenten zu beschneiden. Die Aufsichtsbehörde für diese internationalen Interventionen war die *Task Force on Palestinian Reform*, die im Juli 2002 aus Vertretern des Nahost-Quartetts (USA, UN, EU und Russland) und weiteren Geldgebern und internationalen Finanzbehörden gebildet worden war.

Unter dieser internationalen Aufsicht und intensivem Druck verabschiedete der PLC am 18. Mai 2003 mehrere Änderungen des Grundgesetzes. So schuf man das Amt des Premierministers. Seine Machtbefugnisse und Privilegien sowie die

¹⁶ President Bush Calls for New Presidential Leadership, 24. Juni 2002, Mitschrift abrufbar unter <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020624-3.html>

seiner Regierung wurden detailliert aufgeführt. Der erste palästinensische Premierminister, Mahmud Abbas, hatte dieses Amt vom März bis Oktober 2003 inne, als er wegen der seiner Meinung nach mangelnden Ernsthaftigkeit der israelischen und amerikanischen Friedensbemühungen und aufgrund der schwierigen Zusammenarbeit mit Arafat zurücktrat.

Im Rückblick sind sich US-Vertreter und Palästinenser einig, dass einige der Reformen sinnvoll und unvermeidlich waren (insbesondere die finanziellen Reformen und zumindest einige Aspekte der Sicherheitsreformen). Die den PLC und das Kabinett betreffenden Reformen waren jedoch unausgegoren und hatten unvorhergesehene negative Folgen. Ein ehemaliger USAID-Beamter meinte, «wir haben die politische Entwicklung Palästinas behindert, weil wir Arafat davon abgehalten haben, 2002/2003 Wahlen durchzuführen», um ein erneutes Mandat der Wähler für ihn zu verhindern. «Stattdessen setzten wir lieber auf die «Ernen-nung» eines Premierministers und erzwangen eine diesbezügliche Änderung des Grundgesetzes.»¹⁷ Einige Jahre später bereuten die USA diese Entscheidung, als Abbas, der 2005 nach Arafats Tod 2004 als dessen Nachfolger zum Präsidenten gewählt worden war, nach dem Wahlsieg der Hamas bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 gezwungen war, Ismail Haniyeh als Premierminister zu ernennen.

Darüber hinaus war der von Interventionismus und Instrumentalisierung geprägte Ansatz der internationalen Gemeinschaft auch insofern problematisch, als er die Bemühungen palästinensischer Reformer überlagerte und diskreditierte. Schon seit mehreren Jahren hatte sich insbesondere Azmi Shuaibi gemeinsam mit anderen Abgeordneten um PLC-interne Reformen bemüht. Sie hatten 1999 die *National Reform Commission* gegründet sowie weitere Organisationen, darunter *Miftah* (die Palästinensische Initiative für Globalen Dialog und Demokratie) und *Aman* (palästinensischer Zweig der internationalen Anti-Korruptionsorganisation *Transparency*). Dann hielt Bush 2002 seine Rede «und plötzlich drängten die USA auf die Bildfläche, stellten Dutzende palästinensischer Berater ein und wollten 17 Millionen Dollar für die Reform des PLC ausgeben», sagte Ashrawi. Verständlicherweise betrachteten die Palästinenser diese Reformen bald als von außen aufgezwungen, was «unseren internen Gegnern eine wunderbare Angriffsfläche bot», so Ashrawi.¹⁸

Von 2002 bis 2004 waren die amerikanischen Bemühungen, die palästinensische Politik zu beeinflussen, jedoch zurückhaltend, verglichen mit denen nach den Wahlen von 2006. Viel ist darüber spekuliert worden, ob Bush Abbas 2005 in seinem Versprechen, Wahlen so schnell wie möglich abzuhalten, hätte unterstützen sollen. Beobachter haben auch bedauert, dass die USA nicht darauf bestanden, dass Abbas die Teilnahme der Hamas an bestimmte Bedingungen knüpfte, wie etwa die Anerkennung des Existenzrechts Israels oder die Verpflich-

17 Larry Gaber (ehemaliger Direktor des USAID-Einsatzes in der Westbank und Gaza) im Interview mit der Autorin, Washington DC, 9. Oktober 2009.

18 Hanan Ashrawi (Mitglied des PLC) im Gespräch mit der Autorin, Ramallah, 18. Oktober 2009.

tung, mit Israel geschlossene Abkommen einzuhalten und dem Terrorismus abzuschwören.

Die damalige innenpolitische Lage in Palästina machte derartige Bedingungen jedoch sehr schwierig. 2005 hielt Hamas eine Teilnahme an den Wahlen für ihre Interessen förderlicher als einen Boykott wie 1996. Im März 2005 unterzeichneten dreizehn palästinensische Gruppierungen die Kairoer Erklärung zur Beendigung der Zweiten Intifada. Sie machte den Weg frei für politische Teilhabe und ermöglichte Wahlrechtsreformen und eine Eingliederung der Hamas in die PLO.¹⁹ Da der PLC kein Gesetz zu politischen Parteien geschaffen hatte, fehlte die rechtliche Grundlage, um der Hamas-Liste «Wandel und Reform» die Teilnahme zu verweigern. Kurz gesagt: Abbas versprach, Wahlen abzuhalten, die Hamas wollte teilnehmen, und es gab einen klaren palästinensischen Konsens, dass die Wahlen nur rechtmäßig seien, wenn Hamas dabei wäre.

Neben der Hilfe bei der Schaffung einer arbeitsfähigen Wahlkommission und eines Wahlsystems versuchten die USA den Ausgang der Wahlen auch durch ungewöhnlichere Unterstützung zu beeinflussen. In den wenigen Monaten vor der Wahl ließ USAID Abbas und der PA etwa 2 Millionen Dollar für kurzfristige Projekte zukommen, um die Chancen der Fatah zu verbessern, deren politischer Stern aufgrund der allgemeinen Wahrnehmung der PA als korrupt und ineffizient unterzugehen drohte.²⁰ Diese zwei Millionen waren nur ein kleiner Teil der US-Hilfe für die PA, aber es war mehr, als Parteien wie die Hamas für die Wahl ausgeben konnten.

Die Bemühungen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Die Liste «Wandel und Reform» der Hamas gewann 74 der 132 Sitze des PLC und stürzte so die USA in eine schmerzliche Zwickmühle. Die Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen hatten freie und faire Wahlen abgehalten und ihre Stimmen genutzt, um die Fatah abzustrafen, eine regierende Partei, die in den Verhandlungen und in der Regierungsarbeit gescheitert war. Theoretisch passte das gut zu Präsident Bushs Ruf nach Demokratisierung und Rechenschaftspflicht in Palästina aus dem Jahr 2002 und auch zu dem Freiheitsbegriff, der 2005 zum Grundprinzip seiner Außenpolitik geworden war. Aber das amerikanische Gesetz betrachtete Hamas als eine terroristische Organisation und ihre anhaltende Feindseligkeit gegenüber Israel verhinderte rechtlich und politisch ihre Unterstützung mit amerikanischen Steuergeldern. Hamas zeigte keinerlei Neigung, ihre Positionen soweit zu ändern, dass es zu einem Durchbruch bei den Beziehungen kommen könnte, wie 1988 zwischen der PLO und den USA.

In einer Erklärung vom 30. Januar 2006 stellte das Nahost-Quartett drei Prinzipien für die Spendenbereitschaft von Geldgebern der neuen palästinensischen Regierung vor: «Gewaltlosigkeit, Anerkennung Israels und die Akzep-

19 Cairo Declaration, 19. März 2005, abrufbar unter <http://www.palestine-pmc.com/details.asp?cat=2&id=849>

20 Scott Wilson und Glenn Kessler, U.S. funds enter fray in Palestinian elections, in: *Washington Post*, 22. Januar 2006.

tanz früherer Abkommen und Verpflichtungen, einschließlich der *Road Map*.»²¹ Im März bildete die Hamas eine Regierung, und im April verkündeten die USA und die EU, dass sie einer Hamas-geführten PA keine Hilfen zukommen lassen würden. Humanitäre Hilfe sollte jedoch über Nichtregierungsorganisationen weiter in die Westbank und den Gazastreifen fließen. Israel begann, die für die PA eingezogenen Steuern und Zolleinnahmen zurückzuhalten, so dass die PA unter immer stärkeren Druck geriet, da sie zwei Drittel ihrer Einnahmen verloren hatte. Internationale Mittel standen auch nicht zur Verfügung, da die Banken aus Angst, amerikanische Antiterrorgesetze zu verletzen, eine Zusammenarbeit mit der PA verweigerten.²²

Die Feindseligkeiten zwischen der Hamas-geführten PA und Israel verschärften sich Ende Juni 2006, als palästinensische Kämpfer bei einem Grenzüberfall im südlichen Gaza den israelischen Soldaten Gilad Schalit gefangen nahmen. Der Überfall galt als Vergeltung für einen israelischen Überfall in Gaza, bei dem am 24. Juni zwei Hamas-Mitglieder gefangen genommen worden waren. In den Monaten nach der Entführung verhaftete Israel ungefähr vierzig Hamas-Abgeordnete des PLC sowie mehrere weitere Parlamentarier, wodurch die Legislative weitgehend lahmgelegt war. Ohne eine Mehrheit im Parlament und mit ihrem Sprecher Aziz Dweik im Gefängnis berief Hamas keine Sitzung des PLC ein. Die Abgeordneten der Fatah und ihre Verbündeten verfügten jedoch nicht über die erforderlichen siebenzig Sitze, um ohne die Hamas zusammenzukommen.

War der anfängliche Unwillen der USA, eine Hamas-geführte PA finanziell zu unterstützen – verbunden mit der Anerkennung, dass die Gruppe in freien und fairen Wahlen gewählt worden war –, noch verständlich, so gilt das weniger für spätere Versuche, eine palästinensische Versöhnung und Kompromisse zu vereiteln. 2006 und Anfang 2007 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Hamas und Fatah, gewaltsame Zusammenstöße häuften sich. Anfang Februar 2007 vermittelte Saudi-Arabien das Abkommen von Mekka, in dem zu einem Ende der internen Gewalt und zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit aufgerufen wurde, der Minister von Fatah und Hamas angehören sollten, sowie zu einer Reform der PLO (die nach der Kairoer Erklärung von 2005 ausgeblieben war) und der Respektierung des politischen Pluralismus.²³ Das Abkommen stürzte die USA in ein Dilemma und Washington reagierte zwiespältig. Man äußerte höfliche Anerkennung für die Bemühungen Saudi-Arabiens und verschob ein abschließendes Urteil bis zur Regierungsbildung.

Nachdem im März 2007 eine Regierung gebildet und ihr Programm verkündet worden war, wurde rasch deutlich, dass die USA nicht mit ihr verhandeln würden.

21 Erklärung des Nahost-Quartetts, 30. Januar 2006, abrufbar unter <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/354568CCE5E38E5585257106007A0834>

22 Zu weiteren amerikanischen Maßnahmen gegen die Hamas-geführte PA siehe Paul Morro, *International Reaction to the Palestinian Unity Government*, Congressional Research Service, 9. Mai 2007.

23 Mekka-Abkommen, 9. Februar 2007, abrufbar unter: <http://www.jmcc.org/Document-sandmaps.aspx?id=690>

Obwohl Hamas sich bemüht hatte, einige Schlüsselpositionen mit in Washington gut bekannten, moderaten Säkularen zu besetzen (Abu Amr als Außenminister, Mustafa Barghouti als Informationsminister), war Haniyeh immer noch Premierminister. Darüber hinaus folgte das Programm nicht eindeutig den Prinzipien des Quartetts, obwohl es sich darauf zu bewegt hatte, indem es versprach, von der PLO getroffene Vereinbarungen zu «respektieren». Jedoch verteidigte es vehement das Recht der Palästinenser auf «jede Form des Widerstandes» und ließ das Existenzrecht Israels unerwähnt.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Außenbeauftragten der EU, Javier Solana, machte die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice wenig Hoffnungen: «Ich werde nicht versuchen, das ›Recht auf Widerstand‹ zu interpretieren, aber ich sage Ihnen, ich finde, es klingt nicht gut, wenn man von allen Formen des Widerstandes spricht.» Solana und sie kamen überein, die humanitäre Hilfe für das palästinensische Volk fortzusetzen und mit Abbas zu kooperieren. Von den europäischen Staaten erkannte nur Norwegen die Einheitsregierung an und verhandelte direkt mit ihr. Ohne internationale Anerkennung und die existenzielle finanzielle Unterstützung, von der die PA immer abhängig gewesen war, zerbrach die Einheitsregierung, und die beiden Parteien bewegten sich erneut auf Konfrontationskurs.

Die Ablehnung der Einheitsregierung war nicht der einzige Schritt der US-Regierung, der die Spannungen verschärfte. Ihr Entschluss, der Fatah unterstehende Sicherheitskräfte aufzubauen, weckte bei der Hamas den Verdacht, man plane einen bewaffneten Coup, um das Ergebnis der Wahlen von 2006 rückgängig zu machen. Das Projekt erweiterte und entwickelte Hilfsprogramme für die Sicherheit aus den 1990er-Jahren, die jedoch während der Zweiten Intifada ausgesetzt worden waren. Ungeachtet der Einstellung der Hamas bezeichneten die USA ihre Unterstützung als Garantie dafür, dass die PA in der Lage sei, den Terrorismus zu bekämpfen und zu verhindern.²⁴ Aber selbst offizielle Verlautbarungen ließen durchblicken, dass die USA eine Seite gegen die andere bewaffnen wollte. Am 21. März 2007 erläuterte Rice gegenüber Kongressabgeordneten die Absicht hinter der Unterstützung: «Ich bin fest davon überzeugt, dass wir den Aufbau von Sicherheitskräften unterstützen müssen, die denjenigen gegenüber loyal sind, die die Prinzipien des Quartetts akzeptieren, denn ich bin sicher, dass die anderen, die das nicht tun, ihre Sicherheitskräfte ebenfalls weiterhin aufbauen werden.»²⁵

In Juni 2007 führte Hamas einen Präventivschlag gegen Streitkräfte der Fatah, was zu einer einwöchigen, blutigen Schlacht um Gaza führte. Das Inter-

²⁴ Zur Geschichte dieser Frage siehe Jim Zanotti, *U.S. Security Assistance to the Palestinian Authority*, Congressional Research Service, 24. Juni 2009.

²⁵ Condoleezza Rice, *International Affairs FY 2008 Budget, Remarks before the U.S. House, Committee on Appropriations, Subcommittee on State, Foreign Operations, and Related Programs*, 21. März 2007, abrufbar unter <http://2001-2009.state.gov/secretary/rm/2007/mar/82015.htm>

nationale Rote Kreuz sprach von mehr als 500 Verletzten und 116 Toten.²⁶ Am Ende kontrollierte Hamas den Gazastreifen, und Abbas behielt die Kontrolle über die Westbank. Er löste die Regierung der Nationalen Einheit auf und setzte eine neue Regierung ein, die hauptsächlich aus fähigen Technokraten bestand (insbesondere Premierminister Salam Fayad). Zwar besaß diese neue Regierung nach palästinensischem Gesetz nur eine zweifelhafte Legitimität, sie erfreute sich jedoch internationaler Unterstützung. Die Geldgeber verdoppelten ihre Mittel. Die USA stießen eine neue Verhandlungsrunde an und luden Abbas und den israelischen Premierminister Ehud Olmert im November 2007 nach Annapolis, Maryland, ein, um ein Jahr ernsthafter, detaillierter Gespräche einzuläuten. Bald darauf musste Olmert jedoch wegen Korruptionsvorwürfen sein Amt niederlegen. Im Juli 2008 kündigte er seinen Rücktritt an und blieb bis März 2009 als *lame duck* im Amt. So beendete die Bush-Regierung ihre zweite Amtszeit nicht mit einem Durchbruch bei den Friedensverhandlungen, sondern mit einem dreiwöchigen Krieg in Gaza zwischen Israel und der Hamas Anfang 2009.

Der Fayad-Plan und gescheiterte Versöhnungsversuche

2009 begann US-Präsident Barack Obama seine Amtszeit mit dem Versprechen, «sich umgehend im Nahost-Friedensprozess zu engagieren». Am zweiten Tag seiner Amtszeit setzte er den ehemaligen Senator George Mitchell als Sondergesandten ein. Später, nach wiederholten schmerzhaften öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu über den Siedlungsbau in der Westbank und Ost-Jerusalem, startete die US-Regierung «indirekte Friedensgespräche», bei denen Mitchell zwischen den Parteien hin und her pendelte. Die US-Außenministerin Clinton läutete am 2. September 2010 mit großem Getöse in Washington direkte israelisch-palästinensische Gespräche ein, die jedoch innerhalb von vier Wochen auseinanderfielen, als Netanjahu sich weigerte, ein zehnmonatiges Moratorium zu verlängern, das den Siedlungsbau in der Westbank Beschränkungen unterwarf.

Abbas, der verbittert war über einen amerikanischen Rückzieher im September 2009, als Netanjahu einen Stopp des Siedlungsbaus verweigert hatte, lehnte direkte Verhandlungen ohne diesen Stopp zunächst ab. Im Oktober kündigte er seinen baldigen Rücktritt und den Verzicht auf eine Wiederwahl an. Bezeichnend für die Schwäche der PLO war, dass Abbas für die Zustimmung zu den im Mai 2010 beginnenden indirekten Gesprächen sowie später für die direkten Gespräche im September und ihre kurz darauf folgende Beendigung politische Rückendeckung bei den arabischen Staaten suchte.

Auf palästinensischer Seite bestanden die wichtigsten politischen Entwicklungen während dieser Zeit in mehreren gescheiterten Versöhnungsversuchen

²⁶ Internationales Komitee des Roten Kreuzes, *Gaza-West Bank – ICRC Bulletin Nr. 22/2007*, Presseerklärung, 15. Juni 2007, abrufbar unter <http://www.alertnet.org/thenews/fromthefield/220224/025f24b73a37ef712ad576eb84b22e84.htm>

zwischen der Fatah und Hamas sowie Fayads Plan, die Institutionen eines palästinensischen Staates unabhängig von Verhandlungen weiterzuentwickeln. Arabische und andere Regierungen versuchten mehrfach, zwischen Fatah und Hamas zu vermitteln. Im März 2008 gelang dem Jemen sogar ein kurzlebiges Abkommen. Die dauerhaftesten Verhandlungen sind jedoch die vom ägyptischen Geheimdienstchef Omar Suleiman episodisch meist in Kairo geführten Gespräche. Im Oktober 2009 standen sie kurz vor einem Abkommen – die Fatah hatte schon unterschrieben, während Hamas noch Bedenken hatte –, als die USA offenbar eingriffen und die ägyptischen Vermittlungsbemühungen, die sie offiziell begrüßten, hinter den Kulissen verhinderten.²⁷

Offenbar war die Obama-Regierung noch nicht bereit für eine palästinensische Versöhnung. Empfänglicher war man für Fayads Plan «Ende der Besatzung, Aufbau eines Staates» vom August 2009. Fayads Regierung sprach sich für die «Entwicklung von effektiven Regierungsinstitutionen aus, basierend auf den Prinzipien einer guten Regierungsführung, Rechenschaftspflicht und Transparenz», um «innerhalb der nächsten zwei Jahre *de facto* einen Staatsapparat aufzubauen».²⁸ Das Programm legte Ziele zum Aufbau von Institutionen fest, darunter die Vereinheitlichung und Modernisierung des Flickwerks von Gesetzen in der Westbank und Gaza, die Rationalisierung von Regierungsstrukturen, um Doppelungen zu vermeiden, die Verbesserung der Informations- und Kommunikationstechniken der PA sowie finanzielle Transparenz und Rechenschaftspflicht und eine Professionalisierung des Personalmanagements. Es enthielt eigene Ziele für jedes PA-Ministerium.

Fayads Plan war in vielerlei Hinsicht innovativ. Es war der bisher detaillierteste und systematischste Plan, in dem ein palästinensischer Führer selbst die Hauptverantwortung für den Aufbau eines Staates übernahm, statt darauf zu warten, dass dieser sich aus Verhandlungen oder anderen externen Interventionen ergab. Fayads Ruf als kompetenter und unbestechlicher Manager verliehen dem Plan Glaubwürdigkeit in den Augen der USA und der EU, die mit Maßnahmen zu seiner Unterstützung reagierten.

Ein anderer, umstrittener Aspekt von Fayads Programm ist die Absicht, nach dem Aufbau der genannten Institutionen unabhängig vom Stand der Verhandlungen mit Israel einen palästinensischen Staat auszurufen und internationale Anerkennung zu verlangen. Es wäre nicht das erste Mal, dass palästinensische Führer einseitig einen Staat ausrufen. Der Palästinensische Nationalrat hatte das bereits 1988 getan und die Anerkennung der meisten Mitglieder der Vereinten Nationen gewonnen. Diesmal jedoch unterstützte der Europäische Rat die implizite Drohung, als er am 8. Dezember 2009 in einer Grundsatzerklärung seine

27 Avi Issacharoff/Barak Ravid, U.S. to Egypt: Fatah-Hamas Deal Undermines Israel-PA Talks, in: *Haaretz*, 15. Oktober 2009, abrufbar unter <http://www.haaretz.com/print-edition/news/u-s-to-egypt-fatah-hamas-deal-undermines-israel-pa-talks-1.6197>

28 Palästinensische Autonomiebehörde, *Palestine: Ending the Occupation, Establishing the State*, Programm der 13. Regierung, August 2009, abrufbar unter http://www.american-taskforce.org/ending_occupation_establishing_state_introduction

Bereitschaft wiederholte, «im geeigneten Moment einen palästinensischen Staat anzuerkennen». In den Monaten zwischen der ersten Verkündung von Fayads Programm und der Erklärung der Europäer waren die Hoffnungen auf direkte israelisch-palästinensische Gespräche auf oberster Ebene zusammengebrochen und Europa wollte seiner Verbitterung Ausdruck verleihen. Obwohl Abbas (in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen im April 2010) eine einseitige Erklärung anfänglich ablehnte, sprachen Mitglieder der PA nach dem Abbruch der Gespräche im September 2010 immer häufiger davon.

Gesucht: Ein neuer Ansatz

Die USA haben eine eigenständige palästinensische Politik behindert, beschnitten und manchmal aktiv verhindert. Diese enorme amerikanische Einmischung ist zu einem großen Hindernis geworden für echte Friedensverhandlungen und den Aufbau der Institutionen für einen unabhängigen, lebensfähigen, palästinensischen Staat. Abbas glaubt, es fehle ihm ein Mandat seines Volkes, um in Verhandlungen Risiken einzugehen. Dieses Mandat kann er jedoch nur durch freie und im ganzen Land stattfindende Wahlen gewinnen. Und diese Wahlen gibt es nicht ohne eine Versöhnung zwischen Fatah und Hamas.

Palästinensische Wähler werden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen allein in der Westbank nicht akzeptieren, da dies den Bruch mit Gaza zementieren würde. Darüber hinaus ist es viel zu spät, um Hamas von palästinensischen Wahlen auszuschließen, egal wie viel Bauchschmerzen ihre Teilnahme 2006 Außenstehenden (und einigen Palästinensern) gemacht haben mag. Ohne baldige erfolgreiche Gespräche mit Israel werden Abbas und die PA weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Die Folgen sind unvorhersehbar, aber sicherlich unerfreulich und werden die Fatah zu einer Versöhnung mit Hamas treiben.

Fayads Plan, die Institutionen eines Staates aufzubauen, hängt von vielen Unwägbarkeiten wie der Kooperation der Israelis und dem Ausbleiben palästinensischer Unruhen ab. Außerdem weist er schwere inhärente Mängel auf. Solange die PA nicht ihre Fähigkeit zurückerlangt, Gesetze zu erlassen und ihre Macht auf Gaza auszudehnen – was nur durch eine Versöhnung von Fatah und Hamas möglich wäre – bleibt der Plan ein viel zu dünner Strohalm für eine amerikanische Politik, die zu einem palästinensischen Staat führen soll.

An einer palästinensischen Versöhnung führt also kein Weg vorbei – so schwer dies auch für Israel, die USA und viele Europäer zu akzeptieren sein mag. Das bedeutet nicht, dass die USA in direkte Gespräche mit Hamas eintreten sollten, vor allem nicht, solange die Gruppe dem Terror nicht abgeschworen hat. Aber die USA und Europa sollten ihre Strategien auf die unbedingte Notwendigkeit einer Versöhnung einstellen. Sie sollten neben den israelisch-palästinensischen Verhandlungen auch einen dauerhaften Plan zur Staatsbildung verfolgen, die Wiederaufnahme des demokratischen, politischen Lebens in Palästina unterstützen und sich gegenüber einer palästinensischen Versöhnung offen zeigen.

Die Spaltung zwischen Fatah und Hamas ist äußerst schmerzlich für die Palästinenser. Sie verzerrt und lähmt das politische Leben. Es wird Zeit, die Hindernisse für eine Versöhnung und die Ausreden für ihr Ausbleiben aus dem Weg zu räumen, indem die internationale Gemeinschaft den Palästinensern erlaubt voranzuschreiten. Das Abkommen von Mekka von 2007 und die Regierung der Nationalen Einheit waren sicher keine Allheilmittel, aber eine wichtige Chance. Als man sie verpasste, führte das zu Blutvergießen und Jahren des politischen Stillstands. Die USA sollten sich einem palästinensischen *modus vivendi* gegenüber öffnen – selbst wenn dieser nicht exakt den Prinzipien des Quartetts entspräche –, solange eine palästinensische Einheitsregierung bereit wäre, mit Israel zu verhandeln und in Sicherheitsfragen zusammenzuarbeiten, um den Terrorismus zu verhindern.

Eine einzigartige Beziehung

Die UNRWA und die palästinensischen Flüchtlinge

Die Palästinenser eint ein Schicksal, welches den meisten Völkern dieser Welt glücklicherweise erspart geblieben ist: mehr als sechzig Jahre Exil und Vertreibung. Nur wenige Nicht-Palästinenser kennen die Folgen dieser Geschehnisse und die bleibende Erinnerung daran aus erster Hand. Vielleicht gelingt es deshalb so vielen von uns nicht, das Ausmaß und die Bitterkeit des palästinensischen Flüchtlingsdaseins zu erfassen und gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die damit verbundenen, anhaltenden Ungerechtigkeiten zu korrigieren.

Sechzig Jahre sind seit der palästinensischen *Nakba* vergangen, aber die Flüchtlingsfrage ist weiterhin ungelöst. Mehr als 4,7 Millionen registrierte Flüchtlinge führen bis heute ein Leben, bestimmt von Ungewissheit, Ungerechtigkeit und Unsicherheit. Aus der Sicht der Menschen – dieser Millionen von Flüchtlingen, die im Nahen Osten und in anderen Regionen unter angespannten Bedingungen leben – bedeutet das: Es mangelt an Planungssicherheit, Menschenrechte werden ihnen verweigert, und sie leben in Angst vor der Zukunft.

Die Zwangslage der Palästinenser ist einzigartig unter den Flüchtlingen weltweit. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) versteht unter langanhaltenden Flüchtlingssituationen Flüchtlingsgruppen von 25.000 Personen oder mehr, die seit mindestens fünf Jahren im Exil leben. Daran gemessen stellt die vierte Generation palästinensischer Flüchtlinge eine blamable Bilanz für uns alle dar. Aufgrund ihrer Not zwangsläufig verletztlich, sind die palästinensischen Flüchtlinge zu einem Synonym für anhaltendes Leid und kollektives internationales Scheitern geworden.

Einzig die Anerkennung und Umsetzung der palästinensischen Selbstbestimmung können dazu beitragen, dass die derzeit herrschende Stimmung Gefühlen wie Würde, Freiheit und Hoffnung weicht. Die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA) unterstützt durch ihre Arbeit palästinensische Flüchtlinge auf humanitärer Ebene und gibt ihnen Schutz. Sie begleitet sie auf ihrem langen Weg zu einer stärkeren Wahrnehmung als Gemeinschaft – sowohl durch die Palästinenser selbst als auch weltweit – und zur Anerkennung des gegen sie verübten Unrechts, und sie unterstützt die Flüchtlinge bei dem Versuch, ihre Not zu beenden.

Die UNRWA wurde in der Folge des Krieges von 1948 gegründet, um den mehr als 700.000 Palästinensern, die aus ihren Häusern in der britischen Mandatszone geflohen waren oder vertrieben wurden, zu helfen. Die UN-Resolution 302 (IV) vom 8. Dezember 1949 gab der Organisation das Mandat, Hilfs- und Arbeitsprogramme zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge zu organisieren, bis eine gerechte und nachhaltige Lösung des Flüchtlingsproblems sie überflüssig machen würde. Seit ihren Anfängen im Mai 1950 bemüht sich die UNRWA in Übereinstimmung mit den in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegten Grundsätzen um einen angemessenen Zugang zu Grundversorgung und Unterstützung.

Der Umfang ihre Engagements macht die UNRWA zur größten humanitären Organisation des Nahen Ostens. Sechzig Jahre später arbeitet die UNRWA in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Entwicklungshilfe, Mikrofinanzen und Lagerentwicklung zur Unterstützung und zum Schutz palästinensischer Flüchtlinge in Jordanien, Syrien, im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten der Westbank und des Gazastreifens. Mehr als 500.000 Schüler lernen zurzeit in UNRWA-Schulen, etwa zehn Millionen Patienten besuchen jedes Jahr die Kliniken der UNRWA, und Hunderttausende erhalten von der Organisation die notwendigsten Überlebensgrundlagen oder Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer unternehmerischen Träume. Von den 4,7 Millionen registrierten Flüchtlingen leben 1,4 Millionen in 58 anerkannten Flüchtlingslagern in der Region.

Jede Diskussion über die Rolle der UNRWA sollte im Hinblick auf Instrumente, Prinzipien und Praktiken zum Schutz von Flüchtlingen geführt werden, wie sie von der internationalen Gemeinschaft vereinbart wurden. Mag die UNRWA auch einzigartig erscheinen, was ihr Mandat und die direkte Umsetzung der Leistungen angeht, so ergänzt und spiegelt sie in gewisser Weise doch die Rolle und die Aktivitäten des UNHCR. Ähnlich wie dieser ist die UNRWA verpflichtet zu helfen und zu schützen. Arbeitet der UNHCR für Flüchtlinge weltweit, so ist die Rolle der UNRWA auf die Region ihres Mandats begrenzt.

Genau wie andere UN-Organisationen orientiert sich die UNRWA an globalen Normen internationaler Verantwortung. Nur eine dauerhafte Lösung des Flüchtlingsproblems der Palästinenser wird ihrer Staatenlosigkeit und Vertreibung ein Ende setzen und die UNRWA überflüssig machen. Wie in anderen Flüchtlingssituationen bliebe auch den palästinensischen Flüchtlingen die Option zwischen drei nachhaltigen Lösungen: Repatriierung, Integration im Gastgeberland oder Neuansiedlung in einem Drittland. Durch die weitgehende Politisierung der palästinensischen Flüchtlingsfrage und ihre vorgezeichnete Rolle als tabuisiertes Hindernis im größeren Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts dürfen den Millionen von Flüchtlingen weder rhetorisch noch praktisch ihre Rechte abgesprochen oder ihnen die Möglichkeit genommen werden, nach Flucht und Exil eine Lösung ihrer Probleme anzustreben.

Wie bei anderen Flüchtlingsgruppen bleiben der Schmerz der Vertreibung und die Sehnsucht nach Gerechtigkeit Teil des alltäglichen Lebens palästinensi-

scher Flüchtlinge. Die kollektive Erinnerung an Palästina und die *Nakba* einen die Gemeinschaft trotz jahrzehntelanger Trennung. Neben dieser kollektiven emotionalen Verbindung sind den Flüchtlingen bestimmte Eigenschaften gemein. Die hervorstechendste davon ist eine fundamentale Verletzlichkeit. Bemerkenswert ist jedoch, dass in Syrien, Jordanien und in den besetzten Gebieten die Jahre des Exils die einst tiefe Kluft zwischen Flüchtlingen und der übrigen Bevölkerung geschlossen haben. Die zwei Drittel der Flüchtlinge, die außerhalb von Flüchtlingslagern leben, bestätigen diesen Trend. Zwar deuten die höhere Arbeitslosenquote oder ein niedrigerer sozialer und wirtschaftlicher Status noch auf Unterschiede hin, andere Indikatoren – im Gesundheits- und Bildungswesen – zeugen jedoch nicht nur vom relativen Erfolg von sechzig Jahren UNRWA-Programmen, sondern auch vom beständigen Streben der Flüchtlinge selbst nach einer Verbesserung ihrer Situation und einer veränderten Zukunft.

Entgegen einem oft wiederholten Mythos sind die Flüchtlinge keine passiven, hilfsabhängigen Empfänger internationaler Großzügigkeit. Palästinensische Flüchtlinge legen traditionell großen Wert auf Bildung. Die Ergebnisse davon finden sich in so unterschiedlichen Kontexten wie europäischen Universitäten und dem öffentlichen Sektor am Golf. Seit ihrer Gründung hat UNRWA mehr als vier Millionen Kinder an Grund- und weiterführenden Schulen unterrichtet. In den ersten Jahren reagierte die UNRWA damit auf Forderungen aus der Bevölkerung nach größeren Investitionen in die Bildung. Dabei entfernte sich die Organisation von ihrer rein humanitären Mission. Mit Unterstützung der Flüchtlinge setzte das Bildungsprogramm der UNRWA in den 1950er-Jahren neue Maßstäbe, als es Mädchen und Jungen gleichermaßen Zugang zur Bildung gewährte. Auf diesem Gebiet, wie auf so vielen anderen, ergriffen die Flüchtlinge die Gelegenheit, sich zu universellen Werten, einem produktiven Lebensstil und ihrem Mitgefühl zu bekennen. Heute ist es die große Mehrheit der Lehrer unter den 30.000 Angestellten der UNRWA, die sich unermüdlich um die Bedürfnisse ihrer Mit-Flüchtlinge kümmert.

Seit der *Nakba* haben palästinensische Flüchtlinge – sei es aus eigenem Antrieb oder gezwungenermaßen – unter stets wechselnden Bedingungen verschiedenste Rollen gespielt. Heute, nach Jahrzehnten im Exil, erscheint die Situation der palästinensischen Flüchtlinge überall im Nahen Osten komplex und bedrohlich. In Jordanien und Syrien charakterisieren Armut und ein ständiges unterschwelliges Gefühl der Verletzlichkeit weiterhin das Leben der Flüchtlinge. Die Palästinenser der Westbank sind von Zäunen umgeben. Ihr Land wurde enteignet, und sie leben mit der ständigen Bedrohung einer weiteren Beschneidung ihres Lebensraumes. Für die Flüchtlinge im Gazastreifen kulminierten Jahre erzwungenen, menschengemachten Niedergangs in einer Blockade, welche die Gesellschaft zu zerreißen droht. Im Libanon schließlich verdunkelt nicht nur die Geschichte des libanesischen Bürgerkriegs das Bild der palästinensischen Flüchtlinge in der Öffentlichkeit, sondern staatliche Regelungen, die ihre Freiheit deutlich beschneiden, behindern ihre Integration. Während die Zeit den in Jordanien und Syrien lebenden Flüchtlingsgemeinschaften positive Verän-

derungen gebracht hat, zeigen die aus dem Libanon und den besetzten palästinensischen Gebieten kommenden Bilder immer wiederkehrende Konflikte, Verbitterung und Verzweiflung. Verglichen mit palästinensischen Flüchtlingen in anderen Regionen genießen die Flüchtlinge in Jordanien und Syrien die weitestreichenden Grundrechte und Freiheiten. In diesen Ländern können sie ihr Schicksal in größerem Maße selbst in die Hand nehmen, da sie Zugang zu Arbeit und einer Art Staatsbürgerschaft haben. In einer Situation anhaltender relativer Stabilität ist es palästinensischen Flüchtlingen möglich, sich ein eigenes Leben mit Unterstützung der UNRWA aufzubauen, wobei letztere weniger durch externe Faktoren und Ereignisse behindert wird, als durch finanzielle Probleme.

Im Libanon, von Bürgerkrieg, israelischer Besatzung und wiederholten Militäreinsätzen verwüstet, gestaltet sich die Lage deutlich anders und messbar

Tabelle: UNRWA-registrierte palästinensische Flüchtlinge (Juni 2010)¹

	Jordanien	Libanon	Syrien	Westbank	Gaza-Streifen	Gesamt/ Durchschnitt
Flüchtlinge 1950	506.200	127.600	82.194	--- ²	198.227	914.221
Flüchtlinge 2010 ³	2.004.795	427.057	477.700 ⁴	788.108	1.122.569	4.820.229
Wachstum im Vergleich zum vorangegangenen Jahr (in %)	1,9	1,2	2,2	2,2	2,9	2,1
Anteil an der Gesamtzahl der registrierten Flüchtlinge (in %)	41,6	8,9	9,9	16,4	23,3	100
Zahl der Flüchtlingslager	10	12	9	19	8	58
Registrierte Flüchtlinge in Lagern	346.830	226.767	129.457	200.179	514.137	1.417.370
Anteil der registrierten Flüchtlinge in Lagern (in %)	17,3	53,2	27,1	25,4	45,8	29,4

- 1 Quelle: UNRWA, abrufbar <http://www.unrwa.org/userfiles/2011031065331.pdf> (30.06.2010). Als Flüchtlinge wurden nur Palästinenser erfasst, die zwischen Juni 1946 und Mai 1948 flüchteten, sowie deren Nachkommen. Palästinensische Quellen schätzen die Zahl der nicht-registrierten Flüchtlinge und ihrer Nachkommen 2008 auf ca. 1 Mio.
- 2 Die Flüchtlinge in der Westbank sind in den Zahlen für Jordanien enthalten (1950 erfolgte keine getrennte Erhebung).
- 3 Etwa ein Drittel der registrierten Flüchtlinge lebt noch heute in einem der 58 Lager der UNRWA.
- 4 Die Zahlen enthalten auch Flüchtlinge (und deren Nachkommen), die 1967 aus dem (syrischen) Bezirk Kuneitra (Golan-Höhen) flohen.

schwieriger. Der lange und blutige Bürgerkrieg hat dem Ansehen der palästinensischen Flüchtlinge geschadet und überschattet bis heute das verzweifelte Bemühen der Gemeinschaft, ihre Situation zu verbessern. Das libanesische *Rapprochement* verlief in den 1990er-Jahren parallel zu einer fortlaufenden Isolierung der Palästinenser. Palästinensischen Flüchtlingen im Libanon bleibt ein eindeutiger rechtlicher Status bis heute verwehrt. Sie haben nur begrenzten Zugang zu Basisleistungen wie medizinischer Versorgung und Sozialhilfe. Außerdem bleiben ihnen zwanzig wichtige Berufsfelder verschlossen, darunter juristische, medizinische und Ingenieurberufe. An den Rand gedrängt, benachteiligt und zersplittert erlebte die palästinensische Flüchtlingsgemeinschaft im Libanon in jüngster Zeit Ausbrüche von Gewalt, wie dem schrecklichen Konflikt von 2007, bei dem das Nahr al-Bared-Flüchtlingslager vollständig zerstört wurde und alle 27.000 Einwohner fliehen mussten. Trotz vieler von der UNRWA nicht zu beeinflussender Hindernisse – von der Regierung auferlegte Beschränkungen oder eine wachsende Verbitterung – bleibt die Organisation auch weiterhin ihren Pflichten treu und wird keine Mühen scheuen, um Nahr al-Bared wiederaufzubauen. Echte Freiheit wird für die palästinensischen Flüchtlinge im Land jedoch noch solange ein Traum bleiben, bis der politische Wille vorhanden ist, ihre Situation grundlegend zu ändern.

Abgesehen von der trostlosen Situation palästinensischer Flüchtlinge im Libanon stellt die momentane Lage in den besetzten palästinensischen Gebieten vielleicht die größte Herausforderung für die UNRWA und die Flüchtlinge selber dar. Von externen politischen Entscheidungen gelenkt, über die sie keinerlei Kontrolle haben, werden Menschen überall in den besetzten Gebieten in die Armut und die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe gezwungen. In der Westbank zerschneiden ein Netz von Checkpoints und Straßensperren sowie die Mauer und Straßen für die Siedler das einst zusammenhängende, 1967 von Israel besetzte Land. Einfache Fahrten sind unmöglich geworden. Ganze Kommunen sind abgeschnitten vom Land ihrer Vorfahren, den traditionellen Wasserquellen, Gesundheitszentren, Schulen, Familien und Freunden. Am schlimmsten für viele ist, dass ihnen die Sperranlage oder Mauer der Westbank den Zugang zu den Heiligen Stätten in Jerusalem versperrt. Die territoriale, wirtschaftliche und soziale Zersplitterung hat zu Lebensmittelengpässen, Arbeitslosigkeit und Isolation geführt. Als Reaktion auf die veränderten Umstände musste die UNRWA ihre Prioritäten verschieben. Angesichts zunehmender humanitärer Bedürfnisse nach Lebensmitteln, Arbeitsplätzen und einer medizinischen Notversorgung wird eine menschliche Entwicklung immer schwieriger.

Der Gazastreifen ist ein gutes Beispiel für die Fähigkeit der UNRWA, sich in Krisenzeiten umzustellen und anzupassen. Jahrzehnte israelischer Besatzung, die Wellen zweier Intifadas, wiederholte, großräumige Militäreinsätze der Israelis und die inzwischen im dritten Jahr bestehende Blockade haben den Gazastreifen zu einer Herausforderung für langfristige Planung und Leistungserbringung werden lassen. Neue Realitäten – seien sie nun hervorgerufen durch Konflikte oder Friedensaussichten – zwangen die UNRWA immer wieder, ihre

Vorgehensweise, ihre Schwerpunkte und die materielle Hilfe vor Ort anzupassen. Die Isolation von 1,5 Millionen Menschen seit Juni 2007 ist tragisch, illegal und kontraproduktiv, um den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, zu zitieren. Darüber hinaus zieht sie schwerwiegende Konsequenzen nach sich, nicht zuletzt für die Hunderttausende palästinensischer Flüchtlinge, die inzwischen als bitterarm eingestuft werden, die Zehntausende, die ihre Arbeit verloren haben und die 750.000 Kinder, deren Weltbild von den täglichen Erfahrungen der Blockade und der Isolation geprägt werden. Zwar verhindert die Blockade jegliche Wiederaufbauarbeit, aber die UNRWA versucht, die schädlichen Auswirkungen der kollektiven Bestrafung von 1,1 Millionen Flüchtlingen aufzufangen. Wie schon in den vergangenen Jahrzehnten stellt sich die Organisation der Herausforderung, aber nur eine gerechte und nachhaltige Lösung für die besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich ihrer großen Flüchtlingsgruppen, kann die Folgen der augenblicklichen Politik langfristig eindämmen.

Sechs Jahrzehnte der Arbeit für die palästinensischen Flüchtlinge brachten zweifellos sowohl Kontinuität als auch Veränderungen. Trotz Konflikten, Gewalt, Aufruhr und chronischem Geldmangel war die UNRWA stets bemüht, in ihrem Mandat humanitäre Hilfe, menschliche Entwicklung und Schutz in der Balance zu halten. Über Generationen haben die Hilfsprogramme der UNRWA Millionen palästinensische Flüchtlinge auf eine bessere Zukunft vorbereitet. Die Ausbildung von mehreren Millionen Kindern stand im Zentrum dieser Mission und widerlegt das fälschliche Bild der Organisation als Teil des Problems statt seiner Lösung.

Im Einklang mit internationalen Grundsätzen sollte der Respekt vor Staatenlosen und Enteigneten jeder Einschätzung der Rolle und der andauernden Notwendigkeit der UNRWA im Nahen Osten zugrunde liegen. Während der israelisch-palästinensische Konflikt seit Jahrzehnten die Aufmerksamkeit der Weltmächte auf sich zieht, stehen die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge und unsere kollektive Verantwortung für ihre Umsetzung überraschend weit im Hintergrund. Als Endstatusfrage definiert und kategorisiert, ereilte das Elend der palästinensischen Flüchtlinge dasselbe Schicksal wie andere zentrale Fragen, die im weiten Raum eines ins Abseits geratenen Friedensprozesses verlorengegangen sind. Allen palästinensischen Flüchtlingen ist schmerzhaft bewusst, dass trotz öffentlicher Bekundungen über die Wichtigkeit dieser Frage weiterhin ein echtes, greifbares Engagement für positive und anhaltende Veränderungen fehlt.

Es war nie beabsichtigt, die UNRWA sechzig Jahre lang am Leben zu erhalten. Von ihren Gründungsvätern als kurzfristige Institution gedacht, in einer Zeit als Europa unter den Erfahrungen des 2. Weltkriegs taumelte, erfüllte die Organisation die Rolle, einer traumatisierten Bevölkerung Hilfe und relative Stabilität zu geben. Die Verantwortung dafür, dass bis heute keine Lösung für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge gefunden wurde, liegt zweifellos in der Politik. Die UNRWA ihrerseits war stets maßgeblich an der Suche nach Möglichkeiten für eine bessere Zukunft für alle palästinensischen Flüchtlinge beteiligt, ungeachtet

der jeweiligen politischen Agenda. So wird es auch in Zukunft sein. Unser Ziel ist identisch mit dem der Gemeinschaft, der wir dienen: Eine Lösung für das Elend der palästinensischen Flüchtlinge – aus Gründen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Sicherheit. Vor diesem Hintergrund erinnert uns die UNRWA täglich an unser kollektives politisches Scheitern und seine Konsequenzen. In erster Linie bleibt sie jedoch ein Strahl der Hoffnung.

UNRWA auf einen Blick

- Im Juni 2010 waren bei der UNRWA 4,8 Mio. palästinensische Flüchtlinge registriert.
- UNRWA arbeitet im Gaza-Streifen, der Westbank, in Jordanien, Syrien und dem Libanon.
- UNRWA unterhält 58 Flüchtlingslager, davon in der Westbank 19, im Gaza-Streifen 8, Syrien 9, Jordanien 10, Libanon 12. In den Lagern der UNRWA leben ca. 1,5 Mio. Palästinenser, also etwa ein knappes Drittel der registrierten Flüchtlinge. Aber auch die Flüchtlinge außerhalb der Lager haben Anspruch auf die Leistungen der UNRWA.
- UNRWA verwaltet nicht die Lager, sondern ist verantwortlich für die Bildung, Gesundheit, soziale Dienste und die Infrastruktur. Sicherheit und Ordnung obliegen dem jeweiligen Gastland.
- Die finanziellen Mittel für ihre Arbeit erhält die UNRWA vor allem (98 %) durch freiwillige Zuwendungen von Geberländern wie z.B. den USA (2009: 268 Mio. \$) und der EU (2009: 232,7 Mio. \$), die damit etwa die Hälfte des Gesamtbudgets von ca. 1,2 Mrd. \$ (2009) bereitstellen. Bedeutende Geldgeber sind ferner Großbritannien (50 Mio. \$), Schweden (48 Mio. \$), Norwegen (39 Mio. \$), Kuwait (35 Mio. \$), Niederlande (29 Mio. \$), Saudi-Arabien (28 Mio. \$). Deutschland steuerte 2009 für den Gesamtetat der UNRWA ca. 16 Mio. \$ bei und liegt damit an 14. Stelle der Geberliste.
- Mehr als die Hälfte des regulären Kernbudgets von ca. 600 Mio. \$ wurden für den Bildungssektor (Schulen und berufliche Ausbildung) ausgegeben. Der Gesundheitssektor beanspruchte etwa ein Fünftel des regulären Budgets in 2009. Aufgrund von Krieg, Blockade, Absperrungen etc. wurden in den letzten Jahren immer höhere Sonderbudgets (allein 2009 ein Sonderbudget mit weiteren ca. 600 Mio. \$) für Nothilfemaßnahmen, Lebensmittelhilfe und Spezialprogramme aufgelegt.
- Von den ca. 30.000 Beschäftigten der UNRWA sind ca. 23.000 als Lehrer in ca. 700 Schulen und weiteren beruflichen Ausbildungszentren tätig.
- UNRWA unterhält in den Lagern 137 Gesundheitszentren mit ca. 4.600 Mitarbeitern.
- UNRWA vergibt auch Kleinkredite an Flüchtlinge für Existenzgründungen.
- In Palästina hat in den letzten Jahren – vor allem aufgrund der israelischen Blockade des Gaza-Streifen – die Lebensmittelhilfe an Bedeutung und Umfang erheblich zugenommen. Neben UNRWA leisten zahlreiche internationale Organisationen Lebensmittelhilfe in der Westbank und im Gaza-Streifen. Im Gaza-Streifen z.B. versorgte UNRWA 2008 etwa 900.000 Flüchtlinge mit Lebensmittelrationen, 208.000 Schüler erhielten eine Mahlzeit. In der Westbank gehörten 70.000 Flüchtlinge zu den Empfängern von Lebensmittelhilfe, 21.000 erhielten finanzielle Unterstützung und weitere 204.000 andere Sozialhilfeleistungen.

VII Ausgrenzung und Diskriminierung

Festgeschriebene Ungleichheit

Die Diskriminierung der palästinensisch-arabischen Minderheit in Israel

Nach dem Krieg von 1948 fanden sich zahlreiche palästinensische Araber innerhalb der Grenzen des neu gegründeten Staates Israel wieder. Seit damals ist diese Gruppe fast um das Achtfache gewachsen (von 160.000 auf 1,3 Millionen), ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt jedoch weiterhin bei etwa 18 Prozent. Als große indigene sprachliche, religiöse und nationale Minderheit leben die palästinensischen Araber seither hauptsächlich in drei Regionen innerhalb Israels: in Galiläa, im sogenannten «Arabischen Dreieck» im Norden des Landes und in der Negev-Wüste im Süden. Etwa 90 Prozent leben in über fünfzig rein arabischen Städten und Dörfern, der Rest wohnt in verschiedenen arabisch-jüdischen Städten, vorrangig Haifa, Akko, Lod und Jaffa. Historisch gesehen haben alle Palästinenser denselben ethnischen und kulturellen Hintergrund.

Die zurzeit im historischen Palästina (heute: Israel und die besetzten Gebiete der Westbank und des Gazastreifens) lebenden Palästinenser lassen sich in drei große Gruppen aufteilen, die unter drei unterschiedlichen rechtlichen und politischen Systemen leben:

- die staatenlosen Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen (unter einer Mischung aus israelischem Militärrecht und schwindender Autonomie);
- die palästinensischen Einwohner des von Israel besetzten und annektierten Ost-Jerusalem (die palästinensischen Jerusalemer);
- die palästinensischen Araber in Israel, die nach dem Krieg von 1948 zu einer Minderheit in Israel wurden.

Der rechtliche Status dieser dritten Gruppe, *de jure* und *de facto*, ist das Thema dieses Beitrags.

Israel definiert sich offiziell als jüdischer und demokratischer Staat. Dabei gehört fast ein Fünftel seiner Bevölkerung einer nationalen, kulturellen, religiösen und sprachlichen Minderheit an. Der besondere Status der palästinensischen Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft, aber palästinensisch-arabischer Nationalität, war für zahlreiche israelische Regierungen ein Grund, dieser

nationalen Minderheit mit großem Misstrauen zu begegnen.¹ Die jüdisch-israelische Gesellschaft stellt den Status der palästinensischen Araber in Israel in Frage, während diese ihre Rolle innerhalb der israelischen Gesellschaft und Politik und in der gesamten Region kontinuierlich neu definieren.²

Aufgrund des andauernden israelisch-arabischen Konflikts sind die Haltungen äußerst feindselig, da die jüdische Mehrheit die im Staat gebliebenen Palästinenser als Teil der arabischen Welt betrachtet, als mögliche fünfte Kolonne oder schlicht als Staatsfeinde. Hauptkonsequenz dieser Haltung ist, dass palästinensisch-arabische Bürger nach jedem messbaren Standard – wie Einkommen, Bildung, Infrastruktur, Arbeit, dem Strafrechtssystem und den Sozialleistungen – weit hinter jüdischen Bürgern liegen.³ Palästinensische Araber sind von den Zentren der Macht ausgeschlossen und sowohl in der Regierung als auch im öffentlichen Raum deutlich unterrepräsentiert.⁴ Palästinensisch-arabische politische Parteien spielen im israelischen Parlament traditionell die Rolle der ewigen Opposition. Man betrachtet sie als «feindliche» Wähler, die niemals Teil irgendeiner Regierungskoalition sein können.

Ein wichtiger Gesichtspunkt jeder Diskussion über den Status und die Rechte der palästinensisch-arabischen Minderheit ist die Einzigartigkeit dieser Gruppe im israelischen Kontext. Sie ist nicht einfach eine von vielen benachteiligten Minderheiten in Israel. Sie ist vielmehr eine indigene Gemeinschaft, die schon lange vor der Staatsgründung dort beheimatet war,⁵ und wo sie mit dem Rest des

- 1 Muhammad Amara, The Collective Identity of the Arabs in Israel in an Era of Peace, in: *Israel Affairs*, Volume 9, Issue 1 & 2, 2003, S. 249-262; vgl. auch As'ad Ghanem, State and Minority in Israel: The Case of the Ethnic State and the Predicament of its Minority, in: *Ethnic & Racial Studies* 21 (1998), S. 428; Yoav Peled, Ethnic Democracy and the Legal Construction of Citizenship: Arab Citizens of the Jewish State, in: *American Political Science Review*. Nr. 86 (1992), S. 432.
- 2 Dan Rabinowitz/Khawla Abu-Baker, *Coffins on our Shoulders: The Experience of the Palestinian Citizens of Israel*, Berkeley/Kalifornien: University of California Press 2005.
- 3 Vgl. Association For Civil Rights in Israel: *Comments on the Combined Initial and First Periodic Report Concerning the Implementation of the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)*, passim (1998).
- 4 Vgl. As'ad Ghanem, *The Palestinian-Arab Minority in Israel 1948-2000*, Albany: State University of New York Press 2001. 2009 waren nur 7 % aller Angestellten im öffentlichen Dienst Araber.
- 5 Vgl. Edward Said, *The Question of Palestine*, New York: Vintage Books 1992 (1979); vgl. auch Baruch Kimmerling/Joel S. Migdal, *Palestinians – The Making of a People*, New York: Free Press 1993, S. 162-163.

palästinensischen Volkes Teil der Mehrheit war.⁶ Der indigene Charakter der palästinensisch-arabischen Bevölkerung, ihre nationalen, sprachlichen, kulturellen und religiösen Besonderheiten, die sie von der Mehrheit unterscheiden, ist von grundlegender Bedeutung für die eigene Erfahrung ihrer Lebensbedingungen und ihres Status in Israel und führt zur zentralen Spaltung innerhalb der israelischen Gesellschaft – der national-ethnischen Spaltung.⁷

In der israelischen Öffentlichkeit und der Diskussion über eine Verfassung in Israel wird der indigene Charakter der palästinensischen Minderheit nur selten anerkannt.⁸ Dies steht in absolutem Gegensatz zu den heute anerkannten Normen des vergleichenden und internationalen rechtlichen Diskurses, nach dem der indigene Charakter einer Minderheit (im Gegensatz zu eingewanderten Minderheiten) die kollektiven Rechte der Gruppe sowohl rechtlich als auch moralisch stärkt.⁹

Rechtliche Diskriminierung

Die Einstellung des Staates gegenüber der palästinensisch-arabischen Minderheit in Israel bestimmt ihre Lage auf zwei Ebenen, der formal-symbolischen und der sozioökonomischen. Beide sind miteinander verknüpft. Seit der Staatsgründung enthalten die Gesetze formale Diskriminierung. Das israelische Recht beinhaltet zahlreiche Regelungen, die klar und unmissverständlich eine

- 6 *Nakba* (die Katastrophe) ist der von Palästinensern und Arabern für den Exodus und die Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land direkt nach der Gründung Israels 1948 verwendete Begriff. Man schätzt, dass etwa 800.000 Palästinenser aus ihrer Heimat ins Exil vertrieben wurden und in der Westbank, im Gazastreifen und in den umliegenden arabischen Staaten zu Flüchtlingen wurden. Die palästinensische Gesellschaft und Lebensart wurden zum größten Teil zerstört. Die tragischen Folgen der *Nakba* sind bis heute zu spüren und schüren den palästinensischen Kampf für einen unabhängigen Staat in der Westbank und Gaza. Vgl. Ilan Pappé, *The Making of the Arab-Israeli Conflict 1947-51*, London/New York: I.B. Tauris 1994. Pappé analysiert wichtige diplomatische und militärische Schlachten, mit besonderem Schwerpunkt auf der Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems und dem Scheitern internationaler Friedensbemühungen. Fast 160.000 Palästinenser blieben 1948 in Israel, betäubt von der arabischen Niederlage, schwach und ohne nationale politische Führung.
- 7 Vgl. Ghanem (2001); Peled (1992); Nadim Rouhana/As'ad Ghanem, *The Crisis of Minorities in Ethnic States: The case of Palestinian Citizens in Israel*, in: *International Journal of Middle Eastern Studies* 30 (1998), S. 321.
- 8 Amal Jamal, *On the Morality of Arab Collective Rights in Israel* (Adalah Newsletter Nr. 12, Shafa'mir, Israel), April 2005, abrufbar unter <http://www.adalah.org/newsletter/eng/apr05/ar2.pdf>
- 9 Anders als indigene Minderheiten entstehen Einwandererminderheiten durch die Migration einzelner Personen aus ihrem Heimatland in ein anderes Land. Dieser freiwillige Transfer wird allgemein als Einverständnis des individuellen Einwanderers verstanden, sich zu integrieren und in der neuen Gesellschaft aufzugehen. Vgl. S. James Anaya, *Indigenous Peoples in International Law*, Oxford: University Press 2004, S. 95-215; und *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*, G.A. Res. 61/L.67, U.N. Doc. A/61/L.67 (7. Sept. 2007).

Ungleichheit zwischen Juden und Arabern in Israel formulieren. Die sozioökonomische Diskriminierung existiert im alltäglichen Leben aufgrund der Lebensbedingungen und der rechtlichen Diskriminierung der palästinensisch-arabischen Bevölkerung.¹⁰ Beide Arten der Diskriminierung sind Teil der kollektiven Erfahrung palästinensisch-arabischer Bürger in Israel.¹¹

Die im israelischen Recht festgelegten Symbole des Staates beziehen sich ausschließlich auf die jüdische Mehrheit. Dazu zählt insbesondere das Gesetz zur Flagge, zum Wappen und zur Nationalhymne von 1949. Es verleiht der Flagge, dem Nationalsymbol und der Nationalhymne sowie dem Staatssiegel offiziellen rechtlichen Status. All diese Symbole entstammen der nationalen jüdischen Tradition und der jüdischen Religion. So ist z.B. die Nationalhymne laut Gesetz die *Hatikva* (Hoffnung). Ihr Text bezieht sich auf den jüdisch-zionistischen Traum, frei im Land von Zion zu leben. Sie ist daher eine eindeutig jüdisch-zionistische Hymne, die niemals als Hymne für palästinensisch-arabische Bürger dienen kann. Obwohl der Staat seit über 62 Jahren existiert, hat er bisher keine Symbole angenommen, die von der gesamten Bevölkerung geteilt werden können.

Auch die im israelischen Gesetz festgelegten Bürgerrechte begünstigen die jüdische Mehrheit. So erlaubt z.B. das Rückkehrrecht jedem Juden weltweit, israelischer Staatsbürger zu werden, während die Palästinenser, die als Folge der Gründung des israelischen Staates Flüchtlinge geworden sind, dieses Recht nicht besitzen.¹² Dieses Recht gilt für Juden und ihre Kinder, Enkelkinder und Ehegatten, ob jüdisch oder nicht. Darüber hinaus gilt es für nichtjüdische Angehörige, egal ob sie als Juden verfolgt wurden oder Verwandte verfolgter Juden sind. Eine Einwanderung aufgrund dieses Gesetzes bringt große wirtschaftliche Vorteile mit sich wie Steuererleichterungen, Mietzuschüsse, besondere Hypothekenraten, ein kostenloses Studium und Zuschüsse bei der Berufsausbildung. Diese Vorteile stehen ausschließlich Juden (und ihren Familienangehörigen) zu. Um die jüdische Einwanderung nach Israel zu unterstützen und zu fördern, schuf die Regierung ein eigenes Ministerium und ein ständiges parlamentararisches Komitee der Knesset, das sich mit dieser Aufgabe befasst.

Gleichzeitig werden die Einschränkungen bei der Wohnsitzwahl für Palästinenser immer drakonischer. Technisch gesehen können auch nicht-jüdische Ehegatten israelischer Staatsbürger nach einem langen und komplizierten Einbürgerungsprozess die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Seit der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts von 2003 ist es jedoch fast unmög-

10 David Kretzmer, *The Legal Status of Arabs in Israel*, Westview Special Studies on the Middle East, Boulder, Colorado: Westview Press 1990.

11 Vgl. z.B. Gershon Shafir/Yoav Peled, *Being Israeli: The Dynamics of Multiple Citizenship*, Cambridge: University Press 2002.

12 Vgl. Yousef T. Jabareen, *Constitution Building and Equality in Deeply-Divided Societies: The Case of the Palestinian-Arab Minority in Israel*, in: *Wisconsin International Law Journal*, Band 26 (2008), S. 345, abrufbar unter http://law.haifa.ac.il/faculty/lec_papers/jabareen/Constitution_Building.pdf

lich, eine Aufenthaltsgenehmigung in Israel oder gar die Staatsbürgerschaft zu bekommen, wenn der nicht-jüdische Ehepartner arabisch-palästinensisch ist und aus der Westbank oder dem Gazastreifen kommt. Diese Gesetzesänderung wird gerichtlich angefochten, zurzeit gilt sie jedoch zeitlich unbegrenzt.¹³

Diese Bevorzugung der jüdischen Mehrheit gibt es auch in der Religion, der Kultur oder den Medien.¹⁴ Das Gesetz über religiöse jüdische Dienstleistungen in der Fassung von 1971 sieht einen Religionsrat in jedem Bezirk vor, zuständig für religiöse Dienstleistungen für jüdische Bürger. Jeder Rat besteht aus Vertretern des Ministeriums für Religionsangelegenheiten, der lokalen Behörden und des regionalen Rabbinats. Muslime oder andere Religionsgemeinschaften innerhalb der palästinensisch-arabischen Gemeinschaft verfügen über keine derartigen, vom Staat finanzierten Räte.¹⁵ Auch erkennt das israelische Gesetz jüdische heilige Stätten offiziell an, eine Anerkennung der für die palästinensischen Araber wichtigen religiösen Stätten gibt es jedoch nicht. Beunruhigend ist, dass zahlreiche heilige Stätten der Muslime verfallen oder entweiht wurden. Darüber hinaus verlangen sowohl das Rundfunk-Gesetz von 1965 als auch das Zweite Gesetz für die Fernseh- und Rundfunkanstalten von 1990, dass die Institutionen unter ihrer Jurisdiktion jüdische Werte und Traditionen stärken und fördern und die zeitgenössische jüdische Kultur widerspiegeln. Da für die palästinensisch-arabische Minderheit keine ähnlichen Bestimmungen existieren, bedeutet diese Gesetzgebung eine klare Bevorzugung einer Gruppe gegenüber einer anderen.

Die Landverteilung ist ein besonders wichtiges Thema für indigene Minderheiten im Allgemeinen und die palästinensische Minderheit in Israel im Besonderen. Auch hier finden sich eine diskriminierende Rechtsprechung und diskriminierende Praktiken. Der größte Teil des Bodens und der Wohnungen in Israel wird durch halbstaatliche Organisationen verwaltet, deren Mandat es ist, dem jüdischen Volk zu dienen. Das *World Zionist Organization – Jewish Agency (Status)*-Gesetz (1952) und das *Jewish National Fund*-Gesetz treffen Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Organisationen zur Stärkung der besonderen Stellung der *Jewish Agency* und des *Jewish National Fund (Keren Kayemet LeIsrael – Jüdischer Nationalfonds)*. Als halbstaatliche Organisationen besitzen sie das Mandat, neue Wohngebiete auszuweisen. Diese und andere Aktionen werden ausschließlich für Juden durchgeführt.¹⁶ So besagt z.B. Abschnitt 4 des *World Zionist Organization – Jewish Agency (Status)*-Gesetzes, dass «der Staat Israel die Zionistische Weltorganisation als autorisierte Behörde anerkennt, die im Staat Israel für die Entwicklung und Besiedlung des Landes zuständig ist».

13 Vgl. <http://www.acri.org.il/eng/story.aspx?id=756>.

14 Kretzmer (1990).

15 Dazu sollte man wissen, dass es zwar großzügige staatliche Stipendien für Studien an der Jeschiwa (jüdischen religiösen Lehrinstitutionen) gibt, nicht jedoch ähnliche Unterstützung für religiöse Studien in den arabischen Gemeinden. Siehe Kretzmer (1990), S. 49.

16 Bezeichnend für diese Regierungspraktiken ist, dass den nationalen zionistischen Institutionen ein Monopol in den Bereichen der Planung und Errichtung neuer Wohngebiete eingeräumt wurde.

Eine vergleichbare öffentliche Institution mit der Aufgabe, allen Bürgern zu dienen, wurde niemals eingerichtet, und es wurde auch keine für die palästinensisch-arabische Minderheit arbeitende Freiwilligenorganisation mit dieser Aufgabe betraut.

Ähnliche Arrangements existieren bezüglich des Jüdischen Nationalfonds, dessen Vertreter nach dem israelischen Landverwaltungsgesetz von 1960 die Hälfte der Mitglieder des israelischen *Land Council* stellen. Diese Behörde überwacht die Bodenverwaltung im ganzen Land. Weitere Gesetze stärken die Stellung der *Jewish Agency*, wenn sie festlegen, dass ihre Vertreter in den wichtigsten Komitees vertreten sein müssen. So verlangen z.B. das Nationale Bauplanungsgesetz (1965) und das Rundfunkgesetz (1965) (das u.a. die Besetzung der Gremien der Behörde regelt), dass Vertreter der *Jewish Agency* in den Vorständen sitzen. Natürlich stellen staatliche jüdische Organisationen, die *per definitionem* ausschließlich zum Wohle von Juden arbeiten, eine klare Bevorteilung der jüdischen Mehrheit dar.

Während die oben erwähnten Gesetze die jüdische Mehrheit gegenüber der arabischen Minderheit bevorzugen, richten sich Gesetzesentwürfe aus jüngster Zeit direkt gegen die palästinensisch-arabische Minderheit. Seit den Wahlen von 2009 haben Abgeordnete der rechten Parteien mehrere Gesetze eingebracht, in denen die arabische Bevölkerung dämonisiert und ihr Daseinsberechtigung und Menschlichkeit abgesprochen werden. Viele dieser Gesetzesentwürfe werden von der Regierung unterstützt.¹⁷ So steht die Regierung z.B. hinter einem Gesetzesentwurf, der Neubürger dazu verpflichtet, Israel als einem «jüdischen und demokratischen» Staat die Treue zu schwören, statt dem bisher vom Gesetz definierten Staat Israel. Ein weiteres Gesetz sieht vor, jeder Institution die staatliche Förderung zu entziehen, welche die Staatsgründung als *Nakba* bezeichnet (oder als die Katastrophe, die der Krieg von 1948 für das palästinensische Volk darstellt). Abgesehen davon, dass derartige Gesetze gegen die Freiheit der Meinungsäußerung verstoßen würden, hätten sie schädliche Auswirkungen auf arabische Regionalverwaltungen, Schulen und andere Institutionen, die wichtige Dienstleistungen für ihre Bürger anbieten. Selbst vor der Kunst machen die Gesetzesentwürfe nicht halt. Ein Filmgesetz verlangt als Bedingung für staatliche Zuschüsse eine Loyalitätserklärung der gesamten Belegschaft eines Filmprojekts. Diese und andere Gesetzesentwürfe sind antidemokratisch, entfremden die palästinensische Minderheit in Israel weiter vom Staat und seinen Institutionen und schwächen ihren schon jetzt labilen Status als gleichberechtigte Bürger ihres Heimatlandes.

Ironischer Weise existieren diese diskriminierenden Gesetze neben einer ganzen Anzahl von Gesetzen im israelischen Rechtssystem, die jegliche Diskriminierung aufgrund von Rasse und/oder Nationalität z.B. bei der Arbeitssuche¹⁸

¹⁷ <http://www.idi.org.il/BreakingNews/Pages/252.aspx>

¹⁸ Vgl. *Equality of Opportunities at Work*-Gesetz, 5748-1988, abrufbar unter <http://www.tamas.gov.il/NR/exeres/82CF3999-915B-4D33-BE32-48D61416302D.htm>; *Employment Service* – Gesetz § 42, 5719-1959, 13 LSI 29 (1958-59).

oder dem Zugang zu öffentlichen Orten¹⁹ verbieten. Darüber hinaus existieren diese diskriminierenden Rechtsnormen trotz der rechtlichen Verpflichtung zur Gleichberechtigung in zahlreichen Streitfragen, formuliert und bestätigt durch Urteile des Obersten Gerichtshofes, einschließlich solcher, die sich direkt mit der Gleichberechtigung von Juden und Arabern befassen.²⁰

Ein gutes Beispiel für den problematischen Umgang der israelischen Rechtsprechung mit den palästinensischen Arabern und ein weiteres Beispiel für die jüngsten Versuche, dieser Gruppe ihre Daseinsberechtigung zu entziehen, ist ein Gesetzesentwurf zum Wohnungswesen. Es geht darin um das Recht von Zulassungskomitees in kleinen Ortschaften, Bewerber für eine Wohnung anzunehmen oder abzulehnen. Während die Komitees Personen «nicht allein aufgrund ihrer Rasse, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer Nationalität oder körperlicher Behinderungen» ablehnen dürfen, ist es ihnen erlaubt, Bewerber abzulehnen, die nicht in das «soziale und kulturelle Umfeld der Gemeinschaft» passen. Dieses Gesetz, das eine Diskriminierung auf den ersten Blick zu verbieten scheint, festigt in Wirklichkeit Ausschlussfaktoren gegenüber der arabischen Minderheit, einer Gruppe, die ohnehin zahlreichen Einschränkungen bei der Planung und dem Bau von Wohnungen ausgesetzt ist und dringend neuen Wohnraum benötigt.²¹

Tatsächlich begegnet das israelische Gesetz den palästinensisch-arabischen Bürgern mit bemerkenswerter Zwiespältigkeit. Viele diskriminierende Gesetze unterscheiden zwischen Juden und Arabern zugunsten Ersterer, während andere Gesetze jede Diskriminierung verbieten. Trotzdem ziehen sich diskriminierende israelische Gesetze durch das gesamte Rechtssystem. Sie haben eine eindeutig ausgrenzende Wirkung, überschreiten die Schwelle zur diskriminierenden Gesetzgebung und unterminieren die Funktion der Gleichheitsgesetze. Sie haben Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche in Israel, einschließlich solcher, in denen rechtliche Normen gleichgewichtig zu sein scheinen.²² Diese ungleichen Gesetze schwächen das gesamte israelische Regelsystem.

19 Vgl. *Prohibition of Discrimination in Products, Services and Entry into Places of Entertainment and Public Places Law*, 2000, abrufbar unter <http://www.tamas.gov.il/NR/exeres/A4587F25-5F3F-4FBA-8A90-818960801A9E.htm>

20 Vgl. Ilan Saban, *Minority Rights in Deeply Divided Societies: A Framework for Analysis and the Case of the Arab-Palestinian Minority in Israel*, in: *New York University Journal of International Law and Politics*, Heft 36 (Sommer 2004), S. 885, 891; zur Diskussion des Gleichheitsprinzips, vgl. Itzhaq Zamir, *Hasamchot Hamenhalit* [Verwaltungshaft], hebräisch, 1996 (Israel) (einsehbar beim Autor): «Das Gleichheitsprinzip, nach dem es eine gleiche Rechtsprechung für Juden und Nichtjuden geben müsse, gilt auf der Ebene individueller Rechte. Für die Rechte von Gruppen scheint es nicht zu gelten.» S. 44.

21 HCJ 6698/95 Qa'adan v. Israel Land Administration [2000] IsrSC 54(1), S. 258 (Übersetzung durch den Autor). Vgl: <http://www.haaretz.com/print-edition/opinion/israel-s-legislation-could-eventually-serve-its-enemies-1.322215>

22 Yousef T. Jabareen, *Law and Education: Critical Perspectives on Arab Palestinian Education in Israel*, in: *American Behavioral Scientist*, Jahrgang 49 (2006), Heft 8, S. 1052; vgl. auch Arnon Bar-On, *Citizenship, Social Rights and the Ethnic State: The Case of Structural Discrimination Against Arab Children in Israel*, in: *Cambridge Journal of Social Policy*, Jahrgang 23 (1994), Heft 1, S. 1 ff.

Sozioökonomische Diskriminierung in der Praxis

Neben der normativen Diskriminierung zeugt auch der sozioökonomische Alltag der palästinensisch-arabischen Bürger Israels von einer andauernden Diskriminierung, auch in Bereichen, in denen die relevanten Normen auf den ersten Blick neutral und gleichberechtigt sind.²³ Tatsächlich belegen zahlreiche staatliche Dokumente die andauernde Diskriminierung palästinensischer Araber sowie die fehlende Einlösung wiederholter Versprechungen der Regierung, diese Situation zu verbessern. Zu diesen Dokumenten zählen u.a. Rechnungsprüfungsberichte, Daten des Zentralbüros für Statistik und des Staatlichen Versicherungsinstituts sowie Urteile des Obersten Israelischen Gerichtshofs.

Neben dieser institutionalisierten Diskriminierung leben palästinensische Araber in Israel im Alltag mit inoffizieller Diskriminierung und einer allgemein skeptischen, oft sogar feindlichen Haltung. So zeigt z.B. eine kürzlich erstellte Studie der Universität Haifa, dass 75 Prozent der jüdischen Schüler Araber für ungebildet, unzivilisiert und schmutzig halten.²⁴ Die sozioökonomische Diskriminierung zeigt sich besonders bei der Zuweisung und Verteilung von staatlichen Subventionen. Mehr als sechzig Jahre lang wurden Investitionen nicht an die Bedürfnisse der palästinensisch-arabischen Bevölkerung angepasst, was zu dramatischen Unterschieden zwischen Juden und Arabern in nahezu allen Lebensbereichen führte, etwa bei den Einkommensniveaus, Arbeitslosenquoten, Armutsraten, dem Umfang der Infrastruktur, Umweltbedingungen, Wohnungsbau, Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Schulabbrecherzahlen, Erfolgsquoten bei den Aufnahmeprüfungen der Universitäten, Gefängnisinsassen u.a.²⁵

23 Vgl. Kretzmer (1990); Jabareen, ebenda, S. 1057-63; vgl. Ian Lustick, *Arabs in the Jewish State: Israel's Control of a National Minority*, Austin and London: University of Texas Press 1980.

24 Presseerklärung der Universität Haifa, *Study Reveals Negative Stereotypes*, abrufbar unter http://media.haifa.ac.il/index.php?option=com_content&task=view&id=1450&Itemid=60; vgl. auch Arab Association for Human Rights, *On the Margins: Annual Review of Human Rights Violations of the Arab-Palestinian Minority in Israel* 2006.

25 Ausführliche Daten siehe Arab Association for Human Rights, *Comments on the Combined Initial and First Periodic Report Concerning the Implementation of the International Covenant on Civil and Political Rights* (ICCPR), passim (1998); International Crisis Group, *Identity Crisis: Israel and Its Arab Citizens*, Middle East Report No 25, 4. März 2004, abrufbar unter <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/israel-palestine/025-identity-crisis-israel-and-its-arab-citizens.aspx>; Human Rights Watch, *Second Class: Discrimination against Palestinian-Arab Children in Israel's Schools* (2001), abrufbar unter <http://www.hrw.org/reports/2001/israel2/ISRAEL0901.pdf>; Mossawa Center, *The Palestinian-Arab Citizens of Israel: Status, Opportunities and Challenges for an Israelis-Palestinian Peace* (2006), abrufbar unter <http://mossawacenter.org/default.php?Ing=3&pg=3&dp=2&fl=3> (Hyperlink unter «June») und Sikkuy's Gleichheitsindex, abrufbar unter <http://www.sikkuy.org.il/english/home.html>

Die offizielle Or-Kommission²⁶ kam zu dem Schluss, dass «die ungleiche Ressourcenzuweisung nicht länger eine Frage der Quantität, sondern eine Frage von Status und Rechten ist». Diese Frage, betonte der Ausschussbericht von 2003, sei zu einem «beträchtlichen und gefährlichen Problem» geworden, das «zu einer Atmosphäre der Verbitterung und Unruhe» beitrage.²⁷ Diese Unterschiede können heute nur noch durch enorme wirtschaftliche Investitionen ausgeglichen werden, darunter Programme zur positiven Diskriminierung und Entschädigungszahlungen für erlittene Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten.

Ein deutliches Zeichen der materiellen Diskriminierung, der die palästinensisch-arabische Bevölkerung ausgesetzt ist, ist die dramatische Armut der arabischen Städte und Dörfer, wiederholt festgehalten im Bericht des Zentralbüros für Statistik. Jedes Jahr teilt dieses Amt die Regierungsbezirke Israels nach ihrer sozioökonomischen Lage in zehn Gruppen ein. Gruppe Nr. 1 ist dabei die niedrigste, Nr. 10 die höchste. Diese Rangordnung bewertet die gesamte Situation jedes Bezirks nach einem komplexen System, darunter demografische Daten, das Niveau von Schul- und Studienabschlüssen, Lebens- und Einkommensstandards, Berufsgruppen und Rentenniveaus. Die Daten für 2006 belegen die dramatische Situation arabischer Städte und Dörfer: 80 Prozent der arabischen Regierungsbezirke fallen in die drei niedrigsten sozioökonomischen Cluster, 97 Prozent in die vier niedrigsten.²⁸ Diese Konzentration arabischer Städte und Dörfer am unteren Ende der sozioökonomischen Rangliste bedeutet, dass arabische Bewohner ungleich mehr unter den sozioökonomischen Schwierigkeiten leiden, denen alle Bürger des Staates ausgesetzt sind.²⁹ Obwohl das Problem seit langem besteht und allgemein bekannt ist, vergibt die Regierung nur etwa 5-10 Prozent ihrer Mittel (variierend nach Art der Finanzierung) an palästinensisch-arabische Orte, obwohl fast 20 Prozent der israelischen Bevölkerung Araber sind.

Ein weiterer Indikator für den relativ niedrigen sozioökonomischen Status der palästinensisch-arabischen Minderheit verglichen mit der jüdischen Mehrheit sind die unverhältnismäßig hohen Armutsraten.³⁰ Etwa 58,2 Prozent der palästinensisch-arabischen Familien leben unterhalb der Armutsgrenze, fast

²⁶ Die sogenannte Or-Kommission untersuchte die gewalttätigen Zusammenstöße vom Oktober 2000. Sie waren eine Folge von Protesten arabischer Staatsbürger Israels, hauptsächlich in Nordisrael zu Beginn der Zweiten Intifada, und endeten mit der Tötung zwölf arabischer Staatsbürger und eines Palästinensers aus dem Gazastreifen durch israelische Sicherheitskräfte.

²⁷ *Or Commission Report*, Kap. 1, § 16 (Übersetzung durch den Autor).

²⁸ Ergebnisse der Untersuchungen des *Central Bureau of Statistics* zur Rangordnung von Regierungsbezirken in Israel, 2006, abrufbar unter http://cbs.gov.il/www/publications/local_authorities06/pdf/t02.pdf

²⁹ Vgl. Sikkuy, *The Sikkuy Report 2006: The Equality Index of Jewish and Arab Citizens in Israel*, S. 65-67 (2006), abrufbar unter <http://www.sikkuy.org.il/english/en2008/sikkuy-english.pdf>

³⁰ Sikkuy, ebenda, S. 66.

doppelt so viele wie jüdische Familien.³¹ Dennoch sind die Sozialausgaben für den jüdischen Sektor höher (pro Kopf 527 NIS gegenüber 360 NIS).³² Besonders besorgniserregend ist die Armut unter palästinensisch-arabischen Kindern. Etwa 66 Prozent aller arabischen Kinder sind arm, gegenüber 31,4 Prozent landesweit.³³ Und diese Zahlen verschlechtern sich rapide.

Auch im Bildungssektor sind ungleiche Investitionen ein dauerhaftes Problem. Statistiken aus dem Jahr 2004 zeigen, dass die öffentlichen Investitionen in arabischen Schulen sich auf durchschnittlich 534 NIS pro Schüler beliefen, verglichen mit 1.779 NIS pro jüdischem Schüler.³⁴ Die Klassenstärken in der Grundschule spiegeln das wider. Jüdische Klassen haben durchschnittlich 24,5 Schüler, während sich in arabischen Schulen 28,8 Schüler in einer Klasse drängeln.³⁵ Da überrascht es nicht, dass arabische Jugendliche schlechtere Schulleistungen erbringen als die Schüler im jüdischen Sektor. Auch diejenigen, die die Aufnahmeprüfungen und die für den Besuch einer Universität notwendigen psychometrischen Tests bestehen, schneiden durchgängig etwa 100 Punkte schlechter ab als ihre jüdischen Altersgenossen.³⁶ So werden etwa 40 Prozent der palästinensisch-arabischen Bewerber von den Hochschulen abgelehnt und nur 13,3 Prozent aller Bachelor-Abschlüsse des Landes gehen an palästinensische Araber.³⁷

Insgesamt rührt die Diskriminierung palästinensisch-arabischer Schüler in israelischen Schulen jedoch nicht nur von der Tatsache, dass der Staat weniger in ihre Ausbildung investiert als in die ihrer jüdischen Mitschüler,³⁸ oder dass der Staat ihnen das Recht auf die Pflege ihrer Identität und ihres nationalen Erbes im Bildungssystem verweigert,³⁹ sondern daher, dass sie in einem Bildungsumfeld lernen, das sie als Bürger zweiter Klasse einstuft.⁴⁰ Eine sich in der staatlichen

31 National Insurance Institute, *Bericht über Armut und Einkommensungleichheit*, 2008.

32 Israelisches Sozialministerium, Sozialausgaben in ausgewählten jüdischen und arabischen Gemeinden durch das *Freedom of Information Department*, 2008.

33 National Insurance Institute, *Report on Poverty and Income Inequality*, 2008.

34 Central Bureau of Statistics, *New Survey – Investment in Education 2000/1*, 2004.

35 Central Bureau of Statistics, *Statistical Abstract of Israel*, 2009, Abb. 8.7.

36 Erhebungen der israelischen NRO *Dirasat*, abrufbar unter <http://www.dirasat-aclp.org/index.asp>; vgl. auch Yousef T. Jabareen/Ayman Agbaria, *Education on Hold: Government Policy and Civil Society Initiatives to advance Arab Education in Israel*, Haifa 2011, abrufbar unter http://www.dirasat-aclp.org/files/Report_Education%20on%20Hold_Jan2011.pdf

37 Für Daten zur Bildung vgl. die Dirasat-Studie, *Disparities in Education*, abrufbar unter http://www.dirasat-aclp.org/Fact_Sheet-Education%5B1%5D.pdf

38 Daphna Golan-Agnon, Separate but Not Equal: Discrimination Against Palestinian Arab Students in Israel, in: *American Behavioral Scientist*, Vol. 49, No 8 (April 2006), S. 1075-79; abrufbar unter <http://law.huji.ac.il/upload/DaphnaarticleAmericanBehavioralScientist.pdf>

39 Mohammed Abu-Nimer, Education for Coexistence in Israel: Potential and Challenges, in: Mohammed Abu-Nimer (Hrsg.), *Reconciliation, Justice, and Coexistence: Theory & Practice*, S. 235-254. Lanham, Maryland: Lexington Books 2001.

40 Yousef T. Jabareen, Critical Reflection on Law, equal Citizenship and Transformation, in: Dan Avnon/Yotam Benziman (Hrsg.), *Plurality and Citizenship in Israel – Moving beyond the Jewish/Palestinian civil divide*, London/New York: Routledge 2010, S. 68 ff.

Bildung widerspiegelnde Gleichberechtigung würde bedeuten, dass arabische Schüler in ihren Schulen spüren könnten, dass der Staat ihnen ebenso gehört wie ihren jüdischen Mitschülern in jüdischen Schulen. Während arabische Studenten dies in ihrer Heimat heute sicherlich so empfinden, können die palästinensisch-arabischen Studenten in Israel das über ihren Staat nicht sagen.⁴¹

Volle Staatsbürgerschaft und echte Gleichberechtigung

Schon die Definition eines ausschließlich auf die Bedürfnisse der Mehrheit ausgerichteten nationalen Ethos führt zu Ausgrenzung und Diskriminierung in allen Bereichen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens innerhalb einer Gesellschaft. In Israel wird diese offizielle Definition von einer umfangreichen diskriminierenden Gesetzgebung begleitet, welche die Definition des Staates als jüdischen Staat umsetzt, indem sie zahlreiche Privilegien in zentralen Lebensbereichen ausschließlich jüdischen Bürgern vorbehält.

Trotzdem könnten die kollektiven Rechte die Grundlage bilden für einen alternativen Rahmen zur Schaffung angemessener Strukturen in Israel. Tatsächlich ist sich die palästinensisch-arabische Gemeinde nahezu einig in ihrer Forderung nach einer neuen Partnerschaft auf individueller und kollektiver Ebene.⁴² Die Umsetzung kollektiver Rechte erfordert die vollständige und gleichberechtigte Beteiligung größerer Minderheiten an den staatlichen Ressourcen, sowohl als Individuum als auch als Gruppe. Dazu wäre ein gemeinsamer Prozess der Umgestaltung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen des Staates notwendig. Ein solcher Prozess, so er denn umfassend und an den Prinzipien der Gleichberechtigung zwischen jüdischer und arabischer Seite orientiert wäre, könnte zur Basis einer umfassenden, gleichberechtigten und fairen Beziehung werden, die jede Gesellschaft anstreben sollte. Letztendlich kann die Existenz kollektiver Rechte sowohl für die Minderheit als auch für die Mehrheit ein Gefühl der Zugehörigkeit sichern und gleiche Chancen für alle schaffen.

Was die kollektiven Rechte angeht, so müssen Reformen vor allem in drei Bereichen angegangen werden: im öffentlichen Bereich, in der Selbstverwaltung und in der Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Der öffentliche Bereich – Verteilungsgerechtigkeit: Eine garantierte Gleichberechtigung für palästinensische Araber in Israel erfordert Mitbestimmung und Gleichbehandlung bei der Zuweisung öffentlicher Mittel sowohl als Individuen als auch als Gruppe. Dies basiert auf dem Verständnis des Staates als «Treuhänder» der öffentlichen Güter, die allen Bürgern gleichermaßen gehören. In dieser Eigenschaft muss der Staat diese Güter fair und gleichberechtigt verteilen. Dazu zählen materielle Ressourcen (u.a. Landverteilung), symbolische, kulturelle und

⁴¹ Jabareen, ebenda.

⁴² Vgl. Y. Jabareen, *Constitution Building and Equality in Deeply-Divided Societies: The Case of the Palestinian-Arab Minority in Israel*, in: *Wisconsin International Law Journal*, Band 26 (2008), S. 345, abrufbar unter http://law.haifa.ac.il/faculty/lec_papers/jabareen/Constitution_Building.pdf

politische Ressourcen sowie Möglichkeiten der Einwanderung und Staatsbürgerschaft.

Zu den materiellen Ressourcen zählen die Staatsfinanzen. Eine Minimalforderung ist, dass die Staatsfinanzen proportional vergeben werden. Die historische und aktuelle Situation der finanziellen Diskriminierung rechtfertigt jedoch auch die Zuweisung größerer Ressourcenanteile für die palästinensischen Araber in der Zukunft. Nur ausgleichende Gerechtigkeit und positive Diskriminierung können zu einer Gleichberechtigung zwischen jüdischen und arabischen Gruppen führen.

Neben materiellen haben auch andere staatliche Ressourcen große Auswirkungen auf die palästinensisch-arabische Minderheit. Augenblicklich sind nationale Symbole wie die Landesflagge und die Nationalhymne allein auf die jüdische Mehrheit ausgerichtet, wodurch sie eine beträchtliche Anzahl von Bürgern entfremden. Hier sollten Änderungen eine breitere Identifikation ermöglichen. Darüber hinaus ist die arabische Sprache zwar rechtlich gesehen eine Amtssprache, ihr Status im Alltag ist jedoch weit niedriger als der des Hebräischen. Im öffentlichen Raum taucht sie so gut wie nie auf – vor allem was offizielle Formulare und die Medien angeht, ein Zeichen der Unterdrückung der Identität ihrer Sprecher. Die palästinensisch-arabische Gemeinde fordert die Anerkennung des Arabischen im täglichen Leben. Auf der politischen Ebene müssen palästinensische Araber in allen zivilen Institutionen und Entscheidungsgremien effektiv, authentisch und mindestens proportional vertreten sein. Außerdem fordern die palästinensischen Araber in Israel eine offizielle Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Organisationen und kollektiven Institutionen. Schließlich vergibt Israel seine Staatsbürgerschaft freizügig an jüdische Bewerber, während es bei palästinensischen Arabern extrem restriktiv agiert, selbst in Fällen der Familienzusammenführung. Dies ist ein ständiger Konflikt, für den eine gerechte Lösung gefunden werden muss.

Die Selbstverwaltung: Für den umfassenden Schutz ihrer kollektiven Rechte müssen die palästinensischen Araber das Recht haben, ihre internen und lokalen Angelegenheiten selbst zu verwalten.⁴³ Von besonderer Bedeutung für die palästinensischen Araber sind dabei die Bereiche Bildung, Religion, Medien und Stadtplanung. Im Bildungssektor würde eine unabhängige Verwaltung arabischen Pädagogen und Beamten die Möglichkeit geben, die Inhalte, Prioritäten und Zielsetzungen von Lehrplänen festzulegen. Insbesondere könnten dann palästinensische Geschichte, Kultur und Tradition unterrichtet werden. Eine kulturelle Selbstverwaltung der palästinensischen Araber würde darüber hinaus

43 Für weitere Informationen zum Thema Rechte indigener Minderheiten vgl. Yousef T. Jabareen, *Toward Participatory Equality: Protecting Minority Rights Under International Law*, in: 41 *Israel Law Review* 635 (2008), abrufbar unter <http://weblaw.haifa.ac.il/he/Faculty/DocLib/ISLR.pdf>; ders., *On the Constitutional Status of the Arab Minority in Israel: Proposing a New Order, State and Society*, (Hebräisch) Volume 7(1), 105-140 (2010), abrufbar unter http://www.dirasat-aclp.org/files/Yousef_Jabareen_MedinaVehevra_2010.pdf

die Regierung dazu zwingen, von den Gemeinden organisierte und geleitete öffentliche kulturelle Aktivitäten wie Konzerte oder Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen, Jugendgruppen u. ä. zu finanzieren. Auch die Massenmedien haben hier einen wichtigen Stellenwert. Die palästinensischen Araber fordern den Zugang zu den staatlichen Kanälen sowie das Recht auf ein eigenes Radio- und Fernsehprogramm, frei von staatlicher Zensur. Darüber hinaus brauchen sie das Recht, ihre Stadtplanung und sozialen Dienstleistungen so zu verwalten, dass sie den hauptsächlich in ihren Gebieten lebenden Gruppen angemessen sind. All dies würde die besondere Identität der palästinensisch-arabischen Gemeinde fördern und stärken.

Der Umgang mit der Vergangenheit: Das dritte Prinzip, das die Zusammenarbeit mit der palästinensisch-arabischen Minderheit prägen muss, ist die ausgleichende Gerechtigkeit. Für die palästinensisch-arabische Minderheit in Israel beinhaltet dies die offizielle Anerkennung ihrer eigenen, indigenen kollektiven Identität. Darüber hinaus gehören dazu Instrumente zum Ausgleich vergangener Ungerechtigkeiten, unter denen die palästinensische Minderheit weiterhin leidet. Außerdem muss der Staat die besondere Beziehung dieser Gemeinschaft zu ihrem Heimatland anerkennen sowie die darin enthaltenen historischen Rechte. Dazu zählen auch jene Rechte, die unter die kürzlich angenommene UN-Erklärung der Rechte indigener Völker (2007) fallen.

Neben Entschädigungen für Menschenrechtsverletzungen muss der Staat anerkennen, dass die Enteignung palästinensischen Landes eine bis heute schwärende Wunde darstellt. Aus diesem Grund sollte der Staat im Namen aller ehemaligen Regierungen eine offizielle Entschuldigung formulieren, sowohl für die den palästinensischen Arabern zugefügten Ungerechtigkeiten als auch für die systematische Diskriminierung. Dazu zählt auch die offizielle Anerkennung, dass sich diese Ungerechtigkeiten bis heute auswirken. Derartige Stellungnahmen könnten einen historischen Heilungsprozess herbeiführen und eine echte Gleichberechtigung fördern. Ohne die Wiedergutmachung vergangener Ungerechtigkeiten und das Erreichen einer echten Gleichberechtigung für die palästinensischen Araber werden diese in Israel ihre Rechte als Individuen oder als Gruppe niemals vollständig umsetzen können.

Fazit

Während die geopolitische Situation in der Region und die Hoffnungen des palästinensischen Volkes und seine Träume von Selbstbestimmung in den besetzten Gebieten weiterhin die Schlagzeilen beherrschen, kämpft die palästinensisch-arabische Gemeinde in Israel um eine gleichberechtigte Stellung als Bürger in ihrem Heimatland. Nach sechs Jahrzehnten der Diskriminierung und der Unterdrückung ihrer nationalen Identität kämpft diese indigene Minderheit um die Umsetzung ihrer kollektiven Rechte, die ihnen eine umfassende Teilhabe an allen öffentlichen Ressourcen ermöglichen würde. Dazu gehören eine angemessene Selbstverwaltung ihrer internen Angelegenheiten und eine Umset-

zung individueller Bürgerrechte. Obwohl es zahlreiche Probleme gibt, wäre es vielleicht immer noch möglich, eine Gesellschaft zu errichten, in der alle Bürger sich gleichberechtigt fühlten – sowohl als Individuen als auch als Kollektiv. Um die universellen Standards der Menschenrechte und der Minderheitenrechte für die palästinensisch-arabische Minderheit in Israel zu erreichen, muss nicht nur die arabische Minderheit für Gleichberechtigung und Demokratie kämpfen, sondern auch die jüdischen Bürger Israels und die internationale Gemeinschaft müssen dies tun.

ANHANG

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS UND GLOSSAR

- AMA** *Agreement on Movement and Access* (Abkommen über Bewegungsfreiheit und Zugang). Im November 2005 trafen die israelische und palästinensische Führung unter amerikanischer und europäischer Vermittlung eine Vereinbarung, die u.a. den Zugang zum Gazastreifen für Personen und Waren sowie den Transit für Palästinenser zwischen der Westbank und dem Gazastreifen regelte. Auch die Schaffung eines Grenzübergangs zwischen dem Gazastreifen und Ägypten bei Rafah wurde vereinbart. Das Abkommen wurde von Israel bislang in den wesentlichen Punkten nicht umgesetzt.
- ANC** *African National Congress* (Afrikanischer Nationalkongress). Südafrikanische Partei, die jahrzehntelang gegen die Apartheid kämpfte und 1994 unter Führung Nelson Mandelas die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika gewann. Der ANC und der Kampf gegen die Apartheid dienen vielen Palästinensern als Vorbild für ihren Kampf gegen die Besatzung.
- Arabische Friedensinitiative** Auf Vorschlag des damaligen saudi-arabischen Kronprinzen und heutigen Königs Abdullah erklärten sich die arabischen Staaten gemäß dem Beschluss der Arabischen Liga vom März 2002 bereit, die Beziehungen zum Staat Israel zu normalisieren, wenn sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht und sich die Palästinenser und Israel auf eine Regelung des Flüchtlingsproblems einigen.
- Camp David** Auf dem Landsitz des US-Präsidenten Bill Clinton in Camp David fanden vom 11. bis 25. Juli 2000 Friedensverhandlungen zwischen dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak und dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat statt, die jedoch scheiterten. Auf diese gescheiterten Verhandlungen wird oft mit dem Kürzel Camp David II Bezug genommen, weil bereits im September 1978 auf diesem Landsitz das sogenannte Camp-David-Abkommen (Camp David I) zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Begin und dem ägyptischen Präsidenten Sadat geschlossen wurde, das 1979 zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag führte.

Charta

Palästinensische Nationalcharta (auch Palästinensisches Nationalabkommen). 1964 verabschiedete und 1968 novellierte der Palästinensische Nationalrat (PNC) ein Grundsatzpapier, in dem die Ziele und Strategien der PLO festgelegt wurden, u.a. die Vernichtung Israels und der bewaffnete Kampf zur Befreiung Palästinas. Durch verschiedene Beschlüsse des PNC in den 1970er- und 1980er-Jahren wurde die Charta inhaltlich-politisch modifiziert (Zwei-Staaten-Lösung, Verhandlungsstrategie), aber nicht explizit verändert. Auf der Tagung 1996 in Gaza wurde in Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten Clinton die Beschlusslage dem Oslo-Abkommen angepasst (Anerkennung des Existenzrechts Israels). Die Gültigkeit der Charta ist heute umstritten. (Siehe den Text auf Deutsch <http://www.nahost-politik.de/palaestina/plo-charta-alt.htm>)

Clinton-Parameter

Nach dem Scheitern des Gipfeltreffens in Camp David (Juli 2000) und dem Beginn der Zweiten Intifada (September 2000) veröffentlichte US-Präsident Clinton am 23. Dezember Grundsätze für einen umfassenden israelisch-palästinensischen Frieden. Sowohl die israelische Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak als auch die palästinensische Führung unter Präsident Jassir Arafat akzeptierten diese Grundsätze unter einer Reihe von Vorbehalten.

DFLP

Democratic Front for the Liberation of Palestine (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas), linksorientierte palästinensische Widerstandsgruppe (kurz Demokratische Front genannt, zunächst PDFLP, ab 1974 DFLP). Sie entstand 1969 als Abspaltung von der PFLP unter Führung von Nayef Hawatmeh, um dem ideologischen Aspekt gegenüber dem militärischen Kampf gegen Israel mehr Gewicht zu geben. Obwohl sich auch die DFLP für Attentate verantwortlich erklärte, führte sie geheime Gespräche mit Israelis und setzt sich für die Schaffung eines demokratischen binationalen Staates in Palästina/Israel ein. Die DFLP verstand sich als intellektuelle Vorhut des palästinensischen Widerstandes. Bei den PLC-Wahlen 2006 kandidierte sie in der Listenverbindung «Die Alternative» mit anderen linken Gruppierungen (FIDA und PPP). Die Liste errang mit fast 3 Prozent zwei Abgeordnetensitze. (Für weitere Einzelheiten siehe <http://www.dflp-palestine.org>)

- Fatah** Abkürzung für «Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas». Gleichzeitig bedeutet die Abkürzung «Sieg/Eroberung» sowie rückwärts gelesen «Öffnung/Befreiung». Die 1964 unter der Führung von Jassir Arafat gegründete Bewegung strebte die «komplette Befreiung Palästinas» an und propagierte den bewaffneten Kampf. Später bekannte sich die Fatah, die seit 1969 zur dominierenden Kraft in der PLO wurde, zum Friedensprozess, schwor dem Terrorismus ab und erkannte im Rahmen des Oslo-Friedensprozesses 1993 das Existenzrecht Israels an. Als stärkste politische Bewegung übernahm sie innerhalb der palästinensischen Autonomiegebiete bald mit Arafat als Präsidenten der PA, Vorsitzenden der PLO und der Fatah die politische Führung, die sie erst bei den Parlamentswahlen 2006 gegenüber der Hamas verlor. Vorsitzender ist heute Mahmud Abbas. Fatah ist eine sehr heterogene, heute weitgehend fragmentierte, eher konservativ-säkulare Bewegung, die sich von sozialistischen Vorstellungen der linken Fraktionen in der PLO (DFLP, PFLP, PPP) ebenso abgrenzt wie vom politischen Islam der Hamas. Fatah ist beratendes Mitglied der Sozialistischen Internationale. (Für weitere Einzelheiten siehe <http://www.fatah.de>)
- Fatwa** Islamisches Rechtsgutachten, das in der Regel von einem gelehrten Mufti zu einer speziellen Frage abgegeben wird. Die Verbindlichkeit bzw. der Einfluss einer Fatwa hängt von der Stellung und Anerkennung des Mufti ab.
- Fedajin** Als *Fedajin* (auch *Fedayin*, arab. für «Opferbereite») werden im Allgemeinen die aktiven Mitglieder politischer oder religiöser Kampfverbände von militanten Widerstandsgruppen in der arabischen Welt bezeichnet.
- FIDA** *Palestinian Democratic Union* (Palästinensische Demokratische Union). Kleine linksgerichtete Partei, die sich 1990 von der DFLP abgespaltete, der Gewalt abschwor und eine Zwei-Staaten-Lösung forderte. Ihr bekanntester, allerdings inzwischen aus der Partei ausgetretener Vertreter war Jassir Abed Rabbo, ein enger Berater der Präsidenten Arafat und Abbas und einer der Väter der Genfer Initiative. FIDA verband sich bei den Wahlen zum PLC 2006 mit der PPP und DFLP zur Liste «Die Alternative», die zwei Sitze im palästinensischen Parlament errang.

Genfer Initiative

In Genf unterzeichneten 2003 eine Reihe von prominenten Israelis und Palästinensern unter Führung des ehemaligen israelischen Justizministers Jossi Beilin und des ehemaligen palästinensischen Informationsministers Jassir Abed Rabbo nach jahrelangen Verhandlungen ein «Genfer Abkommen», das angesichts der dort getroffenen Kompromisse als Blaupause für einen israelisch-palästinensischen Friedensvertrag gilt. (Für weitere Einzelheiten siehe www.genfer-initiative.de)

Gisha

Legal Center for Freedom of Movement (Rechtsberatungszentrum für Bewegungsfreiheit). Israelische Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt.

Grüne Linie (Grüne Grenze)

Mit diesem Begriff werden die Waffenstillstandslinien von 1949 bezeichnet, die faktisch bis zum 4. Juni 1967, dem Tag vor Ausbruch des sogenannten Sechs-Tage-Krieges, die Außengrenze zwischen (dem Kernland) Israel und den palästinensischen Gebieten Westbank und Gazastreifen bildeten. Diese Grüne Linie, obwohl weder von Israel noch international als endgültige Grenze anerkannt, wird auch als die «Grenzen von 1967» bezeichnet.

Grundgesetz

Das palästinensische Grundgesetz wurde 1997 vom PLC verabschiedet, jedoch erst 2002 von Präsident Arafat unterzeichnet. Eine Verfassung soll erst in einem palästinensischen Staat erarbeitet werden, so dass das Grundgesetz den Charakter einer Übergangsverfassung hat. Das Grundgesetz wurde 2003 und 2005 zum Teil erheblich verändert. (Für weitere Einzelheiten siehe <http://www.palestinianbasiclaw.org/2003-amended-basic-law>)

GONGO

Governmental Non-Governmental Organization. Als GONGOs werden zivilgesellschaftliche Gruppen bezeichnet, hinter denen mehr oder weniger deutlich erkennbar Regierungen oder deren Vertreter stehen, sozusagen zivilgesellschaftliche Tarnorganisationen.

GUPW

General Union of Palestinian Women (Generalunion der palästinensischen Frauen). Die GUPW gehört zu den sogenannten Volksorganisationen innerhalb der PLO (neben der Generalunion der Lehrer, der Arbeiter, der Studenten, der Juristen etc.) und ist die Dachorganisation palästinensischer Frauen und Frauenverbänden aus Palästina und aller Welt.

Hamas	«Islamische Widerstandsbewegung», fundamentalistisch-islamistische Bewegung, die als Liste für «Wandel und Reform» bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 fast eine Zweidrittelmehrheit gewann. Aufgrund vieler Anschläge wird sie von der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft. Hamas ging 1988 aus der palästinensischen Muslimbruderschaft hervor.
HCR	Siehe UNHCR
ICBS	<i>Israeli Central Bureau of Statistics</i> (Israelisches Zentralbüro für Statistik)
ICRC	<i>International Committee of the Red Cross</i> (Internationales Komitee des Roten Kreuzes)
IMCAW	<i>Inter-Ministerial Committee for the Advancement of Women's Status</i> (Interministerielles Komitee für Frauenförderung)
Intifada	Die Erste Intifada (arab. für «abschütteln»/»erheben») begann am 9. Dezember 1987 im Gazastreifen und breitete sich als palästinensischer Aufstand («Krieg der Steine») gegen die israelische Besatzung sehr schnell aus. «Offiziell» wurde sie mit der Unterzeichnung der Prinzipienerklärung von Oslo 1993 beendet. Die Zweite Intifada (auch <i>Al-Aqsa</i> -Intifada genannt) brach nach dem Besuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Scharon am 28. September 2000 auf dem Tempelberg/ <i>Haram al-Scharif</i> aus. Sie endete nach einer Waffenstillstandsvereinbarung vom Februar 2005 zwischen der PA (Mahmud Abbas) und Israel (Ministerpräsident Ariel Scharon) und der Vereinbarung eines Abkommens zwischen den palästinensischen Widerstandsgruppen in Kairo im März 2005.
Islamischer Dschihad	Islamischer Heiliger Krieg: Die militante islamistische Bewegung wurde Mitte der 1980er-Jahre von Fathi Shikaki als Abspaltung von der Muslimbruderschaft gegründet.
Jischuv	Mit <i>Jischuv</i> (hebr. für «Siedlung») wird die jüdische Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina vor der Staatsgründung Israels (1948) bezeichnet.

Mujahedin	Abgeleitet von dem Wort «Dschihad» (arab. für «Heiliger Kampf» oder «Heiliger Krieg») werden als <i>Mujahedin</i> (auch <i>Mudscha-hidin</i> etc.) im Allgemeinen militante Kämpfer für den Islam bezeichnet.
Muslim-bruderschaft	Die sunnitische Muslimbruderschaft wurde 1928 von Hassan al-Banna (1906–1949) in Ägypten gegründet und gilt seit Jahrzehnten als die einflussreichste sunnitisch-islamische Gruppierung mit Organisationen in ca. siebzig Ländern. Zu ihren Zielen gehört die Schaffung eines islamischen Gottesstaates auf der Grundlage der Scharia. Dies will die Muslimbruderschaft durch eine kulturelle Durchdringung der islamischen Staaten erreichen, notfalls auch mit Gewalt. In einigen arabischen Ländern ist sie verboten, in anderen verkörpert sie als organisierte Form des politischen Islam eine starke Opposition, in der häufig heftige Auseinandersetzungen über die Legitimität der Gewaltanwendung und die Einbindung in ein demokratisches System geführt werden. In einigen arabischen Staaten haben sich gemäßigte Muslimbruderschaften in das politische System integriert, in anderen arbeiten sie im Untergrund. Hamas in Palästina ging aus der Muslimbruderschaft hervor.
Nahost-Quartett	Siehe Quartett
Nakba	Arab. für «Katastrophe». Die Niederlage im Krieg 1948/49 und die damit zusammenhängende Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden von Palästinensern werden von Palästinensern als <i>Nakba</i> , die Katastrophe, bezeichnet.
NRO	Nichtregierungsorganisation
OCHA	Siehe UN-OCHA

Oslo

Mit «Oslo» oder den Oslo-Abkommen werden eine Reihe von Vereinbarungen zwischen der PLO und Israel bezeichnet, die zwischen September 1993 und September 1995 getroffen wurden und deren erste geheimen Verhandlungen in Oslo begannen. Die Osloer Prinzipienerklärung (Declaration of Principles, DOP, oder Oslo-Abkommen) unterzeichneten am 13. September 1993 Jassir Arafat und der israelische Ministerpräsident Jizchak Rabin in Washington. Vereinbart wurden die gegenseitige Anerkennung von PLO und Israel und die Absicht, Verhandlungen zur Konfliktregelung aufzunehmen. Damit begann der sogenannte Oslo- oder Friedensprozess, der am 4. Mai 1994 (offizieller Beginn der fünfjährigen Übergangsperiode) zur Unterzeichnung des Kairoer Abkommens (Oslo I oder auch Gaza-Jericho-Abkommen genannt) führte, das die Errichtung palästinensischer Selbstverwaltungsgebiete (zunächst im Gazastreifen und in Jericho) regelte. Am 28. September 1995 folgte das Interimsabkommen (Oslo II) mit erweiterten Zuständigkeiten für die palästinensische Autonomie und Regelungen für den stufenweisen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten.

PA

Palestinian National Authority (Palästinensische Autonomiebehörde, auch PNA). Nach dem Oslo-I-Abkommen wurde sie zunächst im Gazastreifen und Jericho eingesetzt. Mit dem Oslo-II-Abkommen wurde ihre Zuständigkeit auf Teile der Westbank ausgeweitet. Sie wird seit Januar 2005 von Präsident Mahmud Abbas (als Nachfolger Jassir Arafats) geleitet. Nach der gewaltsamen Übernahme der Kontrolle im Gazastreifen durch Hamas löste Präsident Abbas im Juni 2007 die sogenannte Nationale Einheitsregierung unter dem Ministerpräsidenten Ismael Haniyeh (Hamas) auf und berief Salam Fayad zum Ministerpräsidenten einer Notstandsregierung, die praktisch bis heute im Amt ist, ohne dass sie jemals die notwendige Bestätigung durch den – allerdings seit Jahren funktionsunfähigen – PLC erhalten hätte. Im Gazastreifen «regiert» praktisch seit Juni 2007 die Hamas unter Ministerpräsident Haniyeh. Jahrelange Versöhnungsversuche zwischen Fatah und Hamas führten erst im Mai 2011 zu einem Versöhnungsabkommen, das eine Regierung der nationalen Einheit (aus Technokraten) und Neuwahlen innerhalb eines Jahres vorsieht. (Website der palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah siehe <http://www.palestinecabinet.gov.ps>)

Paltrade	<i>Palestinian Trade Center</i> (Palästinensisches Handelszentrum). Freiwilliger Zusammenschluss von ca. 400 palästinensischen Unternehmen zur Förderung des Handels. www.paltrade.org
PCBS	<i>Palestinian Central Bureau of Statistics</i> (Palästinensisches Zentralbüro für Statistik). http://www.pcbs.gov.ps/
PDFLP	<i>Popular Democratic Front for the Liberation of Palestine</i> (Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas), seit 1974 DFLP, siehe DFLP.
PFLP	<i>Popular Front for the Liberation of Palestine</i> (Volksfront für die Befreiung Palästinas). Die 1967 gegründete, linksgerichtete marxistische palästinensische Widerstandsgruppe unter Leitung von George Habasch verübte zahlreiche Anschläge innerhalb und außerhalb Israels. Sie wurde von der EU und den USA als Terrororganisation qualifiziert. Bei den Wahlen 2006 erzielte sie ca. 4 Prozent und gewann drei Abgeordnetensitze im PLC. Sie vertritt als strategische Vision das Konzept eines demokratischen säkularen Staates in Palästina, d.h. eine Zwei-Staaten-Regelung nur als Übergangslösung. http://www.pflp-info.de/pflp
PLC	<i>Palestinian Legislative Council</i> (Palästinensischer Legislativrat), das palästinensische Parlament in den Palästinensischen Gebieten. Der PLC ist ein Einkammer-Parlament mit 132 Sitzen. Bei der letzten Wahl am 25. Januar 2006 errangen die Hamas 76, Fatah 43 und weitere kleinere Gruppierungen 13 Sitze. Der PLC ist derzeit funktionsunfähig, seitdem im Sommer 2007 Israel etwa 40 Abgeordnete inhaftiert und Hamas im Gazastreifen die Macht übernommen hat. Die vierjährige Legislaturperiode ist abgelaufen.

PLO

Palestinian Liberation Organisation (Palästinensische Befreiungsorganisation), Dachorganisation (gegründet 1964) aller säkularen palästinensischen Gruppierungen (außer z.B. Hamas) in den palästinensischen Gebieten und im Exil mit Sitz in Ramallah. Die PLO (nicht die PA) mit ihrem Vorsitzenden Mahmud Abbas (Abu Mazen) ist Vertragspartner der Oslo-Abkommen. Demgemäß obliegt ihr die außenpolitische Vertretung der Palästinenser, und sie ist zuständig für Friedensverhandlungen mit Israel. Aufgrund der Personalunion des Vorsitzenden der PLO, des Präsidenten der PA und des Vorsitzenden der Fatah hat die PLO mit ihren Gremien in den letzten Jahren an Bedeutung verloren, zumal eine Reform der PLO nicht zuletzt an der kontroversen Frage einer Einbindung von Hamas gescheitert ist. (Für weitere Einzelheiten siehe <http://www.nad-plo.org>) Die PLO wird seit 1964/1974 von den arabischen Staaten als «einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes» anerkannt. In den Vereinten Nationen erhielt sie 1974 den Beobachterstatus. Nach der Unabhängigkeitserklärung 1988 wurde die Beobachtermission der PLO bei den UN zur Vertretung «Palästinas» aufgewertet, und sie erhielt ein Rederecht in der Generalversammlung, so dass die Vertretung praktisch einem Staat gleichgesetzt ist, jedoch ohne Stimmrecht.

PNC

Palestinian National Council (Palästinensischer Nationalrat). Er ist das korporatistisch zusammengesetzte «(Exil-)Parlament der PLO». In dem höchsten Beschlussgremium der PLO sind seit 1964 die unterschiedlichen säkularen sozialen Bewegungen, Parteien und Widerstandsgruppen der Palästinenser in aller Welt sowie unabhängige Einzelpersonen vertreten (also keine islamischen Gruppen wie die Hamas). Seit 1996 sind die Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrats (PLC), die die Palästinenser in der Westbank und dem Gazastreifen repräsentieren, auch Mitglieder des ca. 650- bis 700-köpfigen PNC. Der PNC verabschiedete 1964/1968 die Palästinensische Nationalcharta und am 15. November 1988 in Algier die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung. Am 24. April 1996 erkannte der PNC das Existenzrecht Israels an.

PNF

Palästinensische Nationale Front

PPP

Palestinian Peoples Party (Palästinensische Volkspartei), vor 1967 ein Zweig der Jordanischen Kommunistischen Partei, bis 1991 Kommunistische Partei Palästinas. Mitgliedsorganisation der PLO.

Quartett	Das sogenannte Nahost-Quartett, bestehend aus den USA, UN, EU und Russland, entstand 2002, um die Nahost-Politik zu koordinieren und gemeinsam den Friedensprozess im Nahen Osten zu fördern. 2003 unterbreitete das Quartett den Konfliktparteien die sogenannte <i>Road Map</i> , einen Drei-Stufen-(Fahr-)Plan zum Frieden, der bis Ende 2005 zu einem palästinensischen Staat führen sollte.
Road Map	Der 2003 vom Nahost-Quartett entworfene «Fahrplan zum Frieden» beschrieb in drei Stufen bis Ende 2005 einen Zeitplan zur Gründung eines palästinensischen Staates.
Salafiten	Die Anhänger des Salafismus (arab. «Salaf» steht für «Ahnen», «Vorfahren») streben eine streng reglementierte Gesellschaft an, die sich buchstabengetreu am Koran und den Überlieferungen des Lebens des Propheten (sunnna) orientiert. Heute steht der Begriff Salafismus für eine besonders fundamentalistische und militante Strömung des Islamismus. Als Salafiten (auch Salafisten) werden unterschiedliche religiöse und politische Bewegungen bezeichnet, die sich etwa seit Beginn des letzten Jahrhunderts an einem idealisierten Bild der Frühzeit des Islam orientieren.
Scharia	Die Scharia ist die Gesamtheit der islamischen Gesetze, wie sie im Koran, in der islamischen Überlieferung und in den Auslegungen maßgeblicher Theologen und Juristen vor allem der frühislamischen Zeit niedergelegt wurden. Als unfehlbare Pflichtenlehre umfasst die Scharia das gesamte religiöse, politische, soziale, häusliche und individuelle Leben sowohl der Muslime als auch – mit Einschränkungen – das Leben der im islamischen Staat geduldeten Andersgläubigen. Im palästinensischen Grundgesetz wird die Scharia als «eine der Hauptquellen der Gesetzgebung» bezeichnet.
Taba	Kleiner ägyptischer Ort am Golf von Akaba (Jordanien) nahe Eilat (Israel). In Taba führten 2000/2001 palästinensische und israelische Unterhändler Gespräche über einen Friedensvertrag, nachdem im Juli 2000 die Verhandlungen in Camp David gescheitert waren. Die Gespräche, in denen nach Auskunft einiger Beteiligter erhebliche Fortschritte erreicht worden waren, wurden im Januar 2001 im Vorfeld der israelischen Parlamentswahlen beendet.

UNCTAD	<i>United Nations Conference on Trade and Development</i> (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, auch Welthandels- und Entwicklungsorganisation)
UNHCR	<i>United Nations High Commissioner for Refugees</i> (Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen), das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, zuständig für Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen in aller Welt (außer Palästina). (Für weitere Einzelheiten siehe http://www.unhcr.de)
UN-OCHA	<i>UN-Office for the Coordination of Humanitarian Affairs</i> (Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten). Die Organisation organisiert und koordiniert humanitäre Einsätze in aller Welt. In Palästina arbeitet UN-OCHAoPt («oPt» steht für <i>occupied Palestinian territories</i> – besetzte palästinensische Gebiete) seit 2000, als sich die humanitäre Situation für die Palästinenser aufgrund der israelischen Grenzabriegelungen in der Westbank und im Gazastreifen rapide verschlechterte. Die Organisation berichtet regelmäßig über die humanitäre und menschenrechtliche Situation in den palästinensischen Gebieten. (Für weitere Einzelheiten siehe http://www.ochaopt.org)
UNRWA	<i>United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East</i> (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten). Das 1949 gegründete Hilfsprogramm leistet Unterstützung bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse der palästinensischen Flüchtlinge im Gazastreifen und in der Westbank, aber auch in Jordanien, Syrien und Libanon vor allem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Notfallhilfe, Erziehung und Ausbildung. (Für weitere Einzelheiten siehe http://www.unrwa.org)
USAID	<i>United States Agency for International Development</i> (Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung). Die Behörde finanziert Hilfsprogramme in aller Welt und koordiniert die entwicklungspolitischen Aktivitäten der US-Außenpolitik. (Für weitere Einzelheiten siehe http://www.usaid.gov)
Volksfront	Siehe PFLP

Waqf	Als <i>Waqf</i> (arab. für «religiöse Stiftung») wird ein Institut des islamischen Rechts bezeichnet, einer Stiftung vergleichbar. In Jerusalem verwaltet eine Waqf die Gebäude auf dem Tempelberg/ <i>Haram al-Scharif</i> , in Hebron die Gräber der Patriarchen.
WATC	<i>Women's Affairs Technical Committee</i> (Technisches Komitee für Frauenangelegenheiten). Koalition (Netzwerk) von palästinensischen Frauenorganisationen in den palästinensischen Gebieten.
WFP	<i>World Food Programme</i> (UN-Welternährungsprogramm). Größte humanitäre Organisation der UN zur Bekämpfung des Hungers weltweit, die auch in den palästinensischen Gebieten tätig ist. http://de.wfp.org
Wye River	In Wye River (USA, Maryland) wurde im Oktober 1998 unter Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zwischen dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und dem palästinensischen Präsidenten Arafat ein Memorandum vereinbart, das die Umsetzung des sogenannten Interimabkommens von 1995 (Oslo II) konkretisieren sollte, insbesondere weitere militärische Rückzüge Israels aus den besetzten Gebieten. Es wurde nie vollständig umgesetzt.
Zahal	<i>Zahal</i> (auch Tzahal) ist die hebräische Abkürzung für das israelische Militär.
Zakat	Eine der fünf grundlegenden Verpflichtungen der gläubigen Muslime umfasst die Pflicht, einen bestimmten Anteil ihres Einkommens Armen und Bedürftigen sowie für andere soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen.

AUSGEWÄHLTE DEUTSCHSPRACHIGE LITERATUR ZUM THEMA PALÄSTINA

- Abu Ijad: Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf/Wien: Econ 1979
- Aburish, Said K.: Schrei, Palästina! Alltag auf der Westbank, München: Kneesebeck 1982
- Asseburg, Muriel: Palästina auf dem Weg zum Staat. Determinanten, Entwicklungen, Szenarien, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik 1999
- Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode, Baden-Baden: Nomos 2002
- Baumgarten, Helga: Palästina: Befreiung in den Staat. Die Palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt: Suhrkamp 1991
- Arafat. Zwischen Kampf und Diplomatie, München: Ullstein 2002
- Hamas. Der politische Islam in Palästina, Kreuzlingen/München: Diederichs 2006
- Bechmann, Ulrike / Mitri Raheb (Hrsg.): Verwurzelt im Heiligen Land. Einführung in das palästinensische Christentum, Frankfurt: Knecht 1995
- Bernstein, Reiner (Hrsg.): Araber in Israel, Bonn 1981 (Band 5 der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten)
- Bock, Burghard / Will Tondok: Palästina. Reisen zu den Menschen, München: Tondok 2011 (Reise Know-How)
- Bredt, Friederike: Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts im Israel-Palästina-Konflikt, Schriften zum Völkerrecht Band 187, Berlin: Duncker & Humblot 2009
- Bucaille, Laetitia: Generation Intifada, Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag 2004
- Büren, Rainer: Ein palästinensischer Teilstaat? Zur internen, regionalen und internationalen Dimension der Palästinafrage, Baden-Baden: Nomos 1982
- Croitoru, Joseph: Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München: Verlag Beck 2007
- Flapan, Simcha: Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit, München: Melzer 2006
- Flores, Alexander: Intifada. Aufstand der Palästinenser, Berlin: Rotbuch 1988
- Flores, Alexander / Alexander Schölch: Palästinenser in Israel, Frankfurt: Campus 1973
- Frangi, Abdallah: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt: R.G.Fischer 1982
- Grünert, Angela: Der längste Weg heißt Frieden. Die Frauen im ersten palästinensischen Parlament, München: dtv 1998
- Hass, Amira: Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land, München: Verlag Beck 2003, 2. Auflage
- Bericht aus Ramallah. Eine israelische Journalistin im Palästinensergebiet, Kreuzlingen/München: Hugendubel 2003
- Herz, Dietmar: Palästina. Gaza und Westbank. Geschichte, Politik, Kultur, München: Verlag Beck 2003, 5. Auflage
- Kanaan, Salah / Anja Zückmantel: Palästina – Alltag unter Besatzung, Frankfurt: Melzer 2005
- Krämer, Gudrun: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München: Verlag Beck 2003, 4. Auflage
- Levy, Gideon: Schrei, geliebtes Land. Leben und Tod unter israelischer Besatzung, Neu-Isenburg: Melzer 2005
- Lewis, Bernard: Stern, Kreuz und Halbmond. 2000 Jahre Geschichte des Nahen Ostens, München/Zürich: Piper 1997
- Lübben, Ivesa / Käthe Jans: Kinder der Steine. Vom Aufstand der Palästinenser, Reinbek: Rowohlt 1988
- Lüders, Michael: PLO. Geschichte, Strategie. Aktuelle Interviews, Hannover: Fackelträger 1982

- Marx, Bettina: Gaza. Berichte aus einem Land ohne Hoffnung, Frankfurt: Zweitausendeins 2009
- Mejcher, Helmut / Alexander Schölch: Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn: F. Schöningh Verlag 1993
- Mejcher, Helmut: Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten, München dtv 1999, 2. Auflage
- Metzger, Jan (Hrsg.): Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung, Frankfurt: Schriften Band 13 des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V. 1986
- Metzger, Jan / Martin Orth / Christian Sterzing: Das ist unser Land. Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Bornheim-Merten: Lamuv 1980
- van der Meulen, Lionel: Fremd im eigenen Land. Die Geschichte der Palästinenser und der PLO, München: Knesbeck & Schuler 1989
- Neuhaus, Dietrich / Christian Sterzing (Hrsg.): Die PLO und der Staat Palästina. Analysen und Dokumente zur Entwicklung der PLO, Frankfurt: Haag + Herchen 1991 (Schriften Band 21 des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V.)
- Nusseibeh, Sari / Anthony David: Es war einmal ein Land. Ein Leben in Palästina, München: Kunstmann 2008
- Ofer, Eyal (Hrsg.): Israel – Palästina. Die Mauer, Frankfurt: Melzer 2004
- Oosterholt, Elmar: Warum das Heilige Land auch den Palästinensern gehört. Religiöse Legenden und die tatsächliche Geschichte um die Besitznahme Palästinas, Zürich: edition 8, 2009
- Ortlieb, Sylvia: Palästinensische Identität und Ethnizität, Köln: ISP 1995
- Quetsch, Guido: Auf dem Weg zur Nation. Die Palästinensische Bewegung in den fünfziger und sechziger Jahren, Würzburg: Deutscher Wissenschafts-Verlag 2000
- Perthes, Volker: Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch, München: Siedler 2006, S. 83-164
- Rawert, Mechthild / Christian Sterzing / Kathrin Vogler (Hrsg.): Nach Gaza. Zivilgesellschaft und internationale Politik, Berlin: Aphorisma 2011
- Rubinstein, Danny: Yassir Arafat. Vom Guerillakämpfer zum Staatsmann, Heidelberg: Palmyra 1996
- Sadek, Hassan: Arafat, Kreuzlingen/München: Hugendubel 2006
- Said, Edward: Das Ende des Friedensprozesses. Oslo und danach, Berlin: Berlin Verlag 2002
- Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina, Heidelberg: Palmyra 1997
- Schölch, Alexander: Palästina im Umbruch, 1856-1882. Untersuchungen zur wirtschaftlichen und sozio-politischen Entwicklung, Stuttgart: Steiner 1986
- Segev, Tom: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München: Siedler 2005
- 1967. Israels zweite Geburt, Berlin: 2007
- Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, Berlin: 2008
- Shegadeh, Raja: Aufzeichnungen aus einem Ghetto. Leben unter israelischer Besatzung, Bonn/Berlin: Dietz 1983
- Fremd in Ramallah. Mein Leben als Sohn im besetzten Palästina, Hamburg/Wien: Europa 2002
- Streifzüge durch Palästina. Notizen zu einer verschwundenen Landschaft, Wien: ProMedia 2008
- Tibi, Bassam: Pulverfass Nahost – eine arabische Perspektive, Stuttgart: DVA 1997
- Wagner, Heinz: Der Arabisch-Israelische Konflikt im Völkerrecht. Schriften zum Völkerrecht, Heft 15, Berlin: Duncker & Humblot 1971
- Wasserstein, Bernard: Israel und Palästina. Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören? München: Verlag Beck 2003
- Jerusalem. Der Kampf um die heilige Stadt, München: Verlag Beck 2002
- Weizman, Eyal: Sperrzonen. Israels Architektur der Besatzung, Hamburg: Nautilus 2008

AUTORINNEN UND AUTOREN

Prof. Dr. Mkhaimar S. Abusada Professor für Politische Wissenschaften an der Al-Azhar-Universität in Gaza seit 1998. Er studierte in Birzeit und in den USA, wo er 1996 an der University of Missouri-Columbia promovierte. Zahlreiche Veröffentlichungen. Sein Beitrag in diesem Band wurde im November 2010 abgeschlossen.

Prof. Dr. Nazmi Al-Jubeih Professor an der Birzeit Universität in der Westbank und ehemaliger Co-Direktor von Riwaq (Centre for Architectural Conservation), einer palästinensischen NRO, die sich dem Erhalt palästinensischer Baukultur und dem Denkmalschutz widmet. Er studierte Archäologie und Geschichte des Nahen Ostens an der Birzeit Universität und promovierte in Tübingen. Er gehörte zu den Mitverfassern der Genfer Initiative (2003), insbesondere als Experte für Jerusalem, wo er 1955 geboren wurde. Zahlreiche wissenschaftliche und politische Veröffentlichungen.

Dr. Muriel Asseburg Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, mit den Schwerpunkten Nahostkonflikt und Friedensprozess, deutsche und europäische Nahostpolitik und Konfliktprävention und Friedenssicherung. Zahlreiche Veröffentlichungen. Der Beitrag in diesem Band basiert auf dem Vortrag der Autorin auf der Palästina-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im März 2010.

Prof. Dr. Samir Awad Professor für Politische Wissenschaft und Direktor des Zentrums für Entwicklungsstudien an der Birzeit Universität (Westbank) mit den Forschungsschwerpunkten Nahostkonflikt und Palästina. Nach dem Studium promovierte er über *Persistence of Authoritarianism in the Middle East* an der Columbia Universität (USA). Zahlreiche Veröffentlichungen. Sein Beitrag in diesem Band wurde im August 2010 abgeschlossen.

Prof. Dr. Nathan Brown Professor für Politische Wissenschaft und Internationale Beziehungen an der George Washington Universität, Nahostexperte bei *Carnegie Endowment for International Peace* (Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden), Mitglied des *Woodrow Wilson International Center for Scholars*; zahlreiche Veröffentlichungen zum Nahen Osten, vor allem zum Reform- und Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt und in Palästina. Sein Beitrag vom März 2010 wurde im Juni 2010 überarbeitet.

Dr. Michele Dunne Nahostexpertin bei *Carnegie Endowment for International Peace* (Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden) in Washington DC. Sie gibt das *Arab Reform Bulletin* des Carnegie Endowment heraus (<http://www.carnegieendowment.org/arb/>) und lehrt an der Georgetown Universität. Von 1986-2003 arbeitete sie im Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums, im amerikanischen Generalkonsulat in Jerusalem und der US-Botschaft in Israel. Ferner war sie Mitarbeiterin im Nationalen Sicherheitsrat. Sie promovierte an der Georgetown Universität (Arabisch und Linguistik). Zahlreiche Veröffentlichungen. Ihr Beitrag in diesem Band wurde im Dezember 2010 fertiggestellt.

Prof. Dr. Michael R. Fischbach Professor für Geschichte am *Randolph-Macon College*, Ashland, Virginia. Er hat sich auf die Geschichte des Nahen Ostens spezialisiert und beschäftigt sich vor allem mit Eigentums- und Entschädigungsfragen von Palästinensern und Juden. Zahlreiche Veröffentlichungen.

John Ging Von 2006 bis 2011 Leiter der UNRWA-Operationen (United Nations Relief and Works Agency for Palestinian Refugees in the Near East) im Gazastreifen. Zuvor arbeitete er in verschiedenen Auslandsmissionen für irische und internationale Organisationen (OSZE, UN) in Afrika (Ruanda, Kongo) und Europa (Bosnien-Herzegowina, Kosovo).

Prof. Dr. Kai Hafez Seit 2003 Professor für Vergleichende Medienforschung an der Universität Erfurt, Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft. Er lehrte vorher an der Universität in Hamburg und am Deutschen Orient-Institut. Gastprofessuren in Bern/Schweiz sowie Cambridge und Oxford. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Ilan Halevi Geboren als Ilan Albert in Frankreich, ist er heute ein führender jüdisch-palästinensischer Journalist und Politiker. Seit Jahren repräsentiert er die PLO in Europa und ist Vertreter der PLO bei der Sozialistischen Internationale. Als ehemaliger PLO-Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten nahm er an den Verhandlungen der Nahostkonferenz in Madrid 1991 teil. Zahlreiche Veröffentlichungen. Sein Beitrag stammt vom April 2011.

Dr. Sabine Hofmann Dozentin an der Freien Universität Berlin, Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, und an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften. Die Forschungsschwerpunkte der Wirtschaftswissenschaftlerin sind Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Israels und Palästinas, das Nahostkonfliktsystem sowie der Israel-Palästina-Konflikt und internationale Beziehungen. Zahlreiche Veröffentlichungen. Ihr Beitrag wurde im Juli 2011 abgeschlossen.

Dr. Yousef T. Jabareen Generaldirektor von *Dirasat (Arab Centre for Law and Policy)* in Nazareth, einer palästinensischen NRO in Israel, die sich für eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage der Palästinenser in Israel und für

deren Gleichberechtigung einsetzt. Er ist auch Anwalt und Dozent an der juristischen Fakultät der Universität Haifa. Er studierte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und promovierte an der Georgetown Universität in Washington. Zahlreiche Veröffentlichungen. Sein Beitrag wurde im Januar 2011 fertiggestellt.

Prof. Dr. Islah Jad Professorin an der Birzeit Universität, Gründerin und Leiterin des *Institute of Women's Studies*, eine der Gründerinnen des WATC (*Women's Affairs Technical Committee*) 1992, einer nationalen Koalition von Frauenorganisationen. Sie studierte in Kairo und Nanterre (Frankreich) und promovierte an der SOAS (*School of Oriental and African Studies – University of London*) 2004. Sie gehört in Palästina und den arabischen Staaten zu den führenden Expertinnen in Entwicklungs- und Gender-Fragen und berät zahlreiche Ministerien, internationale Organisationen und NRO. Zahlreiche Veröffentlichungen.

May Jayyusi Geschäftsführende Direktorin des *Palestinian Institute for the Study of Democracy – Muwatin* (Palästinensisches Institut für Demokratiestudien) in Ramallah, dessen Arbeitsschwerpunkte in der Demokratieforschung, -förderung und Politikberatung liegen. Sie studierte in England und den USA Philosophie, Film und Kommunikation. Jayyusi arbeitete als Übersetzerin arabischer Romane und Poesie ins Englische.

Prof. Dr. Zachary Lockman Professor für Nahost-Studien und Geschichte am *Department of Middle Eastern and Islamic Studies* der New York Universität. Ehemaliger Präsident der *Middle East Studies Association* und Mitglied des *Joint Committee on the Near and Middle East of the Social Science Research Council/American Council of Learned Societies* sowie Redakteur und Herausgeber des *Middle East Report (MERIP)*. In Harvard promovierte er 1983 über die ägyptische Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zahlreiche Veröffentlichungen. Der Beitrag in diesem Band basiert auf einem Vortrag vom März 2010 und wurde im Juni 2010 überarbeitet.

Nicolas Pelham Journalist und Publizist, der in den letzten Jahren für *The Economist* und *The Financial Times* aus dem Nahen Osten berichtete. Zurzeit arbeitet er in Jerusalem als politischer Beobachter für die *International Crisis Group (icg)*, die im November 2009 einen Bericht über *Palestine: Salvaging Fatah* veröffentlichte. Der vorliegende Beitrag wurde im Juli 2010 abgeschlossen.

Alia Rayyan Studium der Internationalen Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Naher Osten sowie Soziologie und Kunstgeschichte in Hamburg und London, Mitarbeit in unterschiedlichen Kunstprojekten in Berlin, Beirut, Dubai, Kairo, Amman und Ramallah. Seit 2001 arbeitet sie als Medien- und PR-Beraterin, Journalistin und Wissenschaftlerin für deutsche und internationale Organisationen wie die Heinrich-Böll-Stiftung, die GTZ oder UNESCO. Gegenwärtig

bereitet sie eine Untersuchung zum Thema «Kollektives Gedächtnis in Palästina» vor und lebt in Jerusalem.

Prof. Dr. Birgit Schähler Lehrstuhl für Westasiatische Geschichte an der Universität Erfurt. Nach dem Studium der Geschichts-, Islam- und Politikwissenschaft an den Universitäten Würzburg, University of California, Berkeley und Erlangen-Nürnberg und Forschungs- und Studienaufenthalten in vielen arabischen Staaten sowie Israel/Palästina lehrte sie viele Jahre in den USA. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Alexandra Senfft Nach dem Studium der Islamwissenschaft, Germanistik und Anglistik in St. Andrews (Schottland) und Hamburg sowie Sprachstudien in Paris, Perugia, Kairo und Amman arbeitete sie zunächst als Nahostreferentin im Bundestag. Während der Ersten Intifada und dem Golfkrieg 1991 war sie in der Westbank und im Gazastreifen für die UNRWA tätig. Nach ihrer Rückkehr arbeitete sie als Journalistin bei VOX und Premiere, heute als freie Autorin und Publizistin. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Salah Abdel-Shafi Palästinensischer Wirtschaftswissenschaftler aus Gaza, seit 2006 Repräsentant der PLO in Stockholm/Schweden und seit Juli 2010 Generaldelegierter der PLO in Berlin. Ehemaliger Generaldirektor des *Gaza Community Mental Health Program*. Sein Beitrag vom März 2010 wurde im Juni darauf überarbeitet.

Christian Sterzing Rechtsanwalt und Pädagoge; Publizist und Autor. Mitglied des Deutschen Bundestages 1994 bis 2002; Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah/Palästina von 2004 bis 2008; von 1977 bis 2010 Vorstandsmitglied im Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAk) und Redakteur der Zeitschrift *israel & palästina*. Zahlreiche Beiträge in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zu den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Nahen Osten, zuletzt: *Kleine Geschichte des Nahostkonflikts*, zusammen mit Jörn Böhme/Tobias Kriener, Schwalbach/Ts. 2009, 4. Auflage.

Prof. Dr. Salim Tamari Direktor des *Institute of Jerusalem Studies* und Soziologie-Professor an der Birzeit Universität. Gastprofessuren führten ihn an die *University of California* in Berkeley (2005, 2007, 2008), die Universität Cambridge (2008) und u.a. die Universitäten in New York (2001-2003), Chicago (1991-92) und Paris (1993). Tamari promovierte 1983 an der Universität in Manchester. Er ist Herausgeber der Zeitschrift *Hawliyyat al Quds* und des *Jerusalem Quarterly* (Ramallah/Jerusalem). Zahlreiche Publikationen zur Geschichte und Soziologie Palästinas. Der vorliegende Beitrag ist eine überarbeitete und aktualisierte Fassung des Beitrags *Palestine's Conflictual Modernity*, in Salim Tamari: *Mountain Against the Sea – Essays on Palestinian Society and Culture*, Berkeley: University of California Press 2009, S. 1-21, den wir mit freundlicher Genehmigung der University of California abdrucken.

Prof. Dr. Anja Zorob Professorin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients) der FU Berlin mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Politik der Länder der Nahost- und Mittelmeerregion, Friedens- und Konfliktforschung und Politische Ökonomie der Reformen. Die Islam- und Wirtschaftswissenschaftlerin studierte in Freiburg, Bochum, Erlangen und Damaskus. Zahlreiche Veröffentlichungen. Ihr Beitrag in diesem Band wurde im Juni 2011 abgeschlossen.



Die Palästinenser streben seit Jahrzehnten nach einem eigenen Staat, um endlich frei und selbstbestimmt ihr eigenes Gemeinwesen gestalten zu können. Umstritten ist, ob die Palästinenser durch die Aufnahme in die UNO als «Staat Palästina» ihrem Ziel näher kommen oder ob dies einer friedlichen Konfliktlösung sogar im Wege steht.

Wer die Chancen auf ein Ende des Konflikts im Nahen Osten beurteilen und die Hoffnungen und Ansprüche der Palästinenser verstehen will,

muss sich intensiver mit der Geschichte der letzten sechzig Jahre befassen: mit den Folgen von Flucht und Vertreibung, der Katastrophe (*Nakba*) von 1948 und der israelischen Besatzung seit 1967. Die Beiträge internationaler Autorinnen und Autoren in diesem Sammelband vermitteln vielfältige Einblicke in Geschichte, Politik und Alltag des palästinensischen Volkes. Eine vergleichbare Publikation zu Palästina und den Palästinensern gibt es zurzeit nicht.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

Tel. 030 285340 Fax 030 28534109

info@boell.de

www.boell.de

ISBN 978-3-86928-061-5